



Ralf Melzer, Sebastian Serafin
(Hrsg.)

RECHTS- EXTREMISMUS IN EUROPA

Länderanalysen, Gegenstrategien und
arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

RECHTS- EXTREMISMUS IN EUROPA

Länderanalysen, Gegenstrategien und
arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit

Impressum

ISBN: 978-3-86498-521-8

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von:

Ralf Melzer und Sebastian Serafin
Forum Berlin/Politischer Dialog
Projekt „Gegen Rechtsextremismus“
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Lektorat:

Barbara Engels, Barbara Hoffmann, Stephan Schmauke, Viktoria Kleber

Übersetzung:

zappmedia GmbH, Berlin

Fotos:

Siehe Seite 423

Gestaltung:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck:

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main

Copyright 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Projekt „Gegen Rechtsextremismus“, Forum Berlin

Anmerkungen der Herausgeber:

Zu Gunsten eines flüssigeren Textes und einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Buch nicht jeweils die weibliche und männliche Schreibweise personenbezogener Hauptwörter verwendet. Auch wenn nur die männliche grammatikalische Form Anwendung findet, sind selbstverständlich Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

Die in den Artikeln geäußerten Einschätzungen und Auffassungen liegen in der Verantwortung der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Herausgeber wider.

Um den individuellen Charakter der einzelnen Beiträge in diesem Sammelband zu wahren, wurde bewusst auf eine Vereinheitlichung der Zitierweise verzichtet.

Dieser Sammelband ist entstanden im Projekt „Internationale Vernetzung der ausstiegsorientierten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ und wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.



Inhalt

Vorwort

Ralf Melzer Sebastian Serafin	5
---------------------------------------	---

1. Bestandsaufnahme:

Michael Minkenberg

Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen	9
---	----------

Länderanalysen

Deutschland Britta Schellenberg	39
Griechenland Vassiliki Georgiadou	79
Italien Roberto Chiarini	107
Portugal Riccardo Marchi	139
Polen Rafał Pankowski und Marcin Kornak	165
Rumänien Radu Cinpoes	181
Ukraine Mridula Ghosh	213
Ungarn András Bíró Nagy, Tamás Boros, Zoltán Vasali	247

2. Gegenstrategien:

Gideon Botsch | Christoph Kopke | Fabian Virchow

Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland	273
---	------------

Brigitte Bailer

Das „Wiederbetätigungsverbot“ als politisch-gesellschaftliche Gegenstrategie in Österreich	297
---	------------

Petra Boumaiza

Die arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit gegen Rechtsextremismus am Beispiel des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“	323
--	-----

Katrine Fangen | Yngve Carlsson

Rechtsextremismus in Norwegen: Prävention und Intervention	343
---	-----

3. Perspektiven:

Martin Schulz

Ein gemeinsames Europa der Vielfalt gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	377
---	-----

Harald Weilnböck

Das narrative Prinzip: „Good Practice“-Interventionen im Kontext des Radicalisation Awareness Network (RAN)	397
--	-----

Kristina Nauditt | Gerd Wermerskirch

Lessons learned – Können die erfolgreichen Ansätze arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit für andere europäische Länder adaptiert werden?	429
--	-----

Anhang:

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren	446
FES-Publikationen zum Thema Rechtsextremismus	458
Bildnachweise	463

Vorwort der Herausgeber

Rechtsextremismus ist ein Problem von gesamteuropäischer Dimension. Eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung 2011 veröffentlichte europäische Vergleichsstudie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ergab, dass rund die Hälfte der Befragten in acht europäischen Staaten der Ansicht sind, es gebe zu viele Zuwanderer in ihrem Land. Rund ein Drittel glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen unterschiedlicher Ethnien. Sekundäranisemitische Aussagen treffen bei den polnischen Befragten auf bis zu 70 Prozent Zustimmung.¹

Wie stark sind Vorurteile, rechtsextremes Denken und rechte Strukturen in Europa verbreitet? Wie entwickeln sich europaweit rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen? Welche historischen Wurzeln haben sie und warum ziehen sie Menschen an?

Der vorliegende Sammelband leistet einen Beitrag zur aktuellen Bestandsaufnahme des Problems und zur wirkungsvollen Positionierung gegenüber der radikalen Rechten in Europa. Damit knüpft er an den 2011 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Sammelband „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa“² an. Abermals zweisprachig in einer deutschen und einer englischen Fassung, ist der neue Band zugleich die Abschlusspublikation des deutschen XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Zwischen 2009 und

-
- 1 Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin (FES) 2011.
 - 2 Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.), Europa auf dem ‚rechten‘ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin (FES) 2011.

2013 wurden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) Projekte der arbeitsmarktorientierten Ausstiegsarbeit gefördert. Dabei gewonnene Erkenntnisse werden in diesem Buch diskutiert.

Die Beiträge zu ausgewählten Ländern konzentrieren sich zum einen auf Mittel- und Osteuropa, zum anderen wird ein Schwerpunkt auf südeuropäische Staaten gelegt, die im besonderen Maße von der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. von den massiven sozialen Auswirkungen betroffen sind (Griechenland, Italien, Portugal), sich gleichwohl im Hinblick auf das rechtsextreme politische Lager deutlich unterscheiden. Neben den Länderanalysen beinhaltet der Band einen Überblicksartikel zu Trends und Strukturen der radikalen Rechten in Europa und mehrere Beiträge, die sich mit Gegenstrategien sowie mit historischen Erfahrungen und Perspektiven der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beschäftigen. Uns freut besonders, dass wir abermals Martin Schulz – seit 2012 Präsident des Europäischen Parlaments – für einen Artikel gewinnen konnten. Sein leidenschaftlicher Appell: In Zeiten, in denen Rechtspopulismus europaweit an Boden gewinnt, brauchen wir die Europäische Union mehr denn je. Die EU sei der einzigartige Versuch, „mittels einer politischen Union demokratische Prinzipien in die transnationalen Beziehungen einzuführen, das heißt, Demokratie auch in einer globalisierten, interdependenten Welt weiterhin zu ermöglichen“.

Die extreme Rechte in Europa weist eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede auf. Gerade die Unterschiede genauer zu analysieren, erscheint im Hinblick auf Gegenstrategien und möglichst passgenaue Handlungsansätze besonders geboten. Nationalismus und Vorstellungen von ethnischer Homogenität bestanden im sowjetischen Einflussbereich jahrzehntelang ungebrochen unterhalb der offiziellen Doktrin von Antifaschismus und Internationalismus fort und dienten teilweise den kommunistischen Regimen als Legitimation, was dazu führte, dass sie sich nach dem politischen Umbruch ab 1989/1990 umso massiver zu artikulieren begannen: vor allem gegen Sinti und Roma, aber

auch gegen nationale Minderheiten, gegen Juden und Homosexuelle. Rechtsextremismus ist jedoch keineswegs ausschließlich ein Phänomen Ostmitteleuropas. Im heutigen Westeuropa richten sich Ablehnung und Abwertung besonders gegen muslimische Migranten – eine Tendenz, die rechtspopulistische Kräfte zunehmend instrumentalisieren wollen.

Derzeit blicken wir vor allem mit Sorge auf die Entwicklungen in Ungarn. Bis vor kurzem war es mit Dänemark jedoch ausgerechnet ein skandinavisches Land mit ausgeprägt liberaler Tradition, in dem die radikale Rechte Einfluss auf Regierungshandeln nahm, indem die *Dänische Volkspartei* (DPP) von 2001 bis 2011 als Mehrheitsbeschafferin einer liberal-konservativen Minderheitsregierung fungierte³: aus Sicht der radikalen Rechten eines der erfolgreichsten Beispiele ihrer Betätigung in Westeuropa.

In Deutschland ist zwar der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus relativ schwach und die NPD in „nur“ zwei Landesparlamenten vertreten. Allerdings sind rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung durchaus weit verbreitet, wie die regelmäßigen „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen.⁴ Dass sich in Deutschland rechtsterroristische Strukturen bilden konnten und der sogenannte „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) jahrelang ungehindert rassistisch motivierte Morde verüben konnte, erfordert neben der juristischen Aufarbeitung und Konsequenzen in den staatlichen Sicherheitsorganen auch eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Vor diesem Hintergrund sind die Themen des vorliegenden Sammelbandes wichtige Aspekte in der kontinuierlichen Arbeit des seit 2005 bestehenden Projektes „Gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, das im Forum Berlin der Abteilung Politischer Dialog angesiedelt

3 Vgl. ebd. den Beitrag von Susi Meret: Vom Rand zur Mitte? Die Entwicklung der radikalen Rechten in Dänemark (S. 257 ff.).

4 Zuletzt erschienen: Oliver Decker/Johannes Kies/Elmar Brähler (et al.), Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, hrsg. von Ralf Melzer, Bonn (Dietz/FES) 2012.

ist. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird auch weiterhin ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung sein.

Unser Dank als Herausgeber gilt neben den Autorinnen und Autoren allen, die durch ihre Mitwirkung an Übersetzungen, Lektorat und Layout zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen in den Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Unterstützung in der Planungs- und Entstehungsphase dieser Publikation.

Berlin, im April 2013

Dr. Ralf Melzer und Sebastian Serafin
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Projekt „Gegen Rechtsextremismus“

Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen



Michael Minkenberg

Aktuelle Entwicklungen in zahlreichen Ländern zeigen die Langlebigkeit und sogar die Ausdehnung der radikalen Rechten in Europa. Bei den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai und Juni 2012 erreichte der *Front National*, kosmetisch verändert und unter der Führung von Marine Le Pen, 18 % bzw. 14 % der Stimmen im jeweiligen ersten Durchgang, ein erheblicher Zuwachs seit dem Tiefpunkt der Partei im Jahr 2007. In vielen westeuropäischen Ländern gewinnen rechtsradikale Parteien regelmäßig mehr als 10 % der Stimmen bei nationalen Parlamentswahlen oder Wahlen zum Europaparlament. Newcomer wie die *Schwedendemokraten* und die *Wahren Finnen* haben sich in letzter Zeit zu den älteren Parteien gesellt.

Unterdessen ist Ostmitteleuropa nach wie vor der dynamischste Nährboden für Rechtsextremismus. Während rechtsradikale Parteien bei den vergangenen Wahlen in Polen und der Slowakei aus dem Parlament verdrängt wurden, erzielte die größte rechtsextreme Partei in Ungarn, *Jobbik*, einen spektakulären Erfolg und erhielt bei den Wahlen 2010 fast 17 % der Stimmen. Außerdem haben die ungarischen Rechtspopulisten *Fidesz*, die das Land seit ihrem erdrutschartigen Sieg (53 % der Stimmen) in jenem Jahr regieren, die Transformation der ehemaligen Heimstätte des „Gulaschkommunismus“ in Angriff genommen.

Doch es ist irreführend, die Anziehungskraft rechtsradikaler Parteien allein auf der Basis von Wahlergebnissen zu beurteilen. Bereits vor 25 Jahren mahnte der deutsche Politikwissenschaftler Klaus von Beyme: „Future studies of right-wing extremism will have to pay more attention to the whole political context of this political movement instead of being

preoccupied with traditional party and electoral studies.“¹ Dieses Argument gilt auch heute noch, insbesondere für vergleichende Analysen. Wir müssen unseren Blick erweitern, indem wir sowohl allgemeine Trends rechtsgerichteter und fremdenfeindlicher Einstellungen als auch deren überparteiliche Manifestationen untersuchen. Sind erstere der „Resonanzkörper“ der radikalen Rechten mit Folgen auch für die Mainstream-Parteien, so stellen letztere einen besonders virulenten Ausdruck der radikalen Rechten und des rassistischen Denkens dar. Diese Tatsachen unterstreichen sowohl Anders Breiviks politisch motivierter Massenmord in Norwegen am 22. Juli 2011 als auch die Serie immigrantenfeindlicher Morde, die in den frühen 2000er Jahren von der deutschen Terroristengruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) begangen und erst



Fußgängerzone in Hamburg am 19.11.2011: Fotos von Personen, die Opfer rechter Gewalt seit dem Jahr 1990 wurden.

1 Klaus von Beyme: Right-wing Extremism in Post-war Europe. West European Politics 11(2), 1988, S. 1–18 (hier: Seite 16) [dt. Übersetzung: „Zukünftige Studien des Rechtsextremismus werden dem gesamten politischen Kontext dieser politischen Bewegung mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, anstatt sich in traditionelle Partei- und Wahlstudien zu vertiefen.“]

im November 2011 entdeckt wurde. Diese rassistisch motivierten Hassverbrechen haben gezeigt, wie hilflos – oder, wie einige sagen würden, amateurhaft – unsere Ordnungskräfte der rechtsextremen Bedrohung außerhalb der Wahlkabine gegenüberstehen. Vor dem Hintergrund der Vernetzung von fremdenfeindlichen Haltungen und Parteipolitik versucht dieser Beitrag, eine breit gefasste, multidimensionale Perspektive zu bieten, indem er Trends und Muster sowohl in Ost- als auch in Westeuropa untersucht und die Herausforderung bewertet, die diese für Regierungen und Gesellschaften darstellen.

Definition des Begriffs radikale Rechte

Der Ausgangspunkt für die folgenden Ausführungen fußt auf modernisierungstheoretischen Überlegungen. Modernisierung kann als Prozess gesellschaftlichen Wandels begriffen werden, der sich durch zunehmende funktionelle Differenzierung und persönliche Autonomie auszeichnet. Dementsprechend definiere ich Rechtsradikalismus als den Versuch, die Modernisierung durch die Radikalisierung inklusiver und exklusiver Zugehörigkeitskriterien rückgängig zu machen oder zu bekämpfen.² Es ist die Überbetonung oder Radikalisierung von Bildern gesellschaftlicher Homogenität, die charakteristisch für rechtsradikales Denken ist, wobei die Nation als primäre „Wir-Gruppe“ dient. Diese Logik trifft in hohem Maße auch auf Fremdenfeindlichkeit zu. Anders ausgedrückt handelt es sich bei Rechtsradikalismus um eine politische Ideologie, die um den Mythos einer homogenen Nation kreist – ein romantischer und populistischer Ultrationalismus, der der liberalen, pluralistischen Demokratie mit ihren grundlegenden Prinzipien des Individualismus und Universalismus feindlich gegenübersteht.³

2 Siehe Michael Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998, S. 29-47; Michael Minkenberg: The Radical Right in Europe: An Overview. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2008; und Cas Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.

3 Siehe auch mein Beitrag zu Nora Langenbacher und Britta Schellenberg (Hrsg.): Is Europe on the “right path”? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010, S. 37–55 (hier: S. 9, 39f.).

Die Exklusionskriterien im rechtsradikalen Diskurs können auf ethnischer Zugehörigkeit, Kultur, Religion und/oder dem Geschlecht beruhen (siehe Tabelle 1 für eine detaillierte Darstellung).⁴ Analytisch gesehen sind diese Kriterien natürlich voneinander abgegrenzt, und jedes hat seine ganz besondere Logik. In der Realität aber vermischen sie sich oft, und es ist die Aufgabe des Forschers, sie zu entwirren und ihre jeweiligen logischen Grundlagen im rechten Denken aufzuzeigen. Eine Konstante ist, dass wir es bei allen Varianten mit einer radikalen Unterscheidung zwischen Eigengruppen und Fremdgruppen zu tun haben.

Exklusionskriterien im rechtsradikalen Diskurs

Tabelle 1

Exklusionskriterien	Kernargument
Rassismus	Unterlegenheit des „anderen“ aufgrund biologischer Unterschiede („natürliche“ Hierarchie)
Antisemitismus	Spezialfall des Rassismus
Ethnozentrismus	Überlegenheit des eigenen Kollektivs aufgrund kultureller und wirtschaftlicher Errungenschaften (entwicklungsbezogene Differenzierung)
Religiozentrismus (Fundamentalismus)	Überlegenheit des eigenen Kollektivs aufgrund eines bestimmten Glaubens und des exklusiven Zugangs zur „Wahrheit“
Fremdenfeindlichkeit	Defensive Reaktion auf ethnisch und kulturell „andere“ (Kampf um Ressourcen, Angst vor „kultureller Vermischung“)
Nativismus	Spezialfall der Fremdenfeindlichkeit (die Ablehnung fremder Einflüsse unabhängig von der Ethnizität in Ländern mit einer Geschichte von Masseneinwanderung)
Heterophobie	Intoleranz gegenüber Abweichungen von Normen des Mainstream (Nichtakzeptieren derjenigen, die moralisch „anders“ sind, auch innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe)

Quellen: Michael Minkenberg: *Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998, S. 119; Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände. Band 3*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2005, S. 14–15.

- 4 Die Tabelle folgt der Logik von Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld, der das Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ entwickelt hat. Siehe Heitmeyer: *Deutsche Zustände. Band 3*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2005; auch Andreas Zick et al.: *Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011.

Die Vorstellung, dass es in Zeiten beschleunigten gesellschaftlichen oder kulturellen Wandels häufig zur Mobilisierung rechtsradikaler oder fremdenfeindlicher Bewegungen kommt, bietet einen fruchtbaren Ausgangspunkt für die Erklärung derartiger Trends sowohl in Osteuropa nach 1989 als auch in Westeuropa vor und nach jenem Jahr. Im Folgenden werde ich versuchen, wichtige Unterschiede innerhalb der rechtsradikalen Familie zu bestimmen. Der primäre Unterschied hat damit zu tun, ob die heutige radikale Rechte sich historische Bewegungen, Ideologien oder Regime wie den Nazismus oder Faschismus, die ausdrücklich antidemokratisch waren, zu eigen macht oder sich davon distanziert, und ob sie Gewalt als Mittel zum Erreichen politischer Ziele gutheißt oder sogar einsetzt.

Aufbauend auf dieser grundlegenden Unterscheidung und den zuvor aufgeführten Exklusionskriterien ergeben sich vier Varianten rechtsradikaler Kräfte: (1) eine autokratisch-faschistische Rechte, die sich üblicherweise durch Rassismus und Ethnozentrismus auszeichnet und von rechten Diktaturen der Zwischenkriegszeit inspiriert ist; (2) eine rassistische oder ethnozentrische, aber nicht faschistische Rechte, die sich normalerweise „ethnopluralistischer“ Argumente für die Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien bedient, dabei aber die Existenz einer „natürlichen Hierarchie“ (siehe unten) verneint; (3) eine populistisch-autoritäre Rechte, die auf einen starken charismatischen Führer ausgerichtet und durch eine autoritäre Struktur und eine diffus nationalistische oder fremdenfeindliche Ideologie gekennzeichnet ist; und (4) eine religiös-fundamentalistische Rechte, bei der sich Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit mit religiöser Unnachgiebigkeit vermischen, was in der Verteidigung eines religiös eingebetteten Konzepts nationaler „Reinheit“ resultiert. Beachtenswert ist, dass alle vier Varianten Unterschiedlichkeit und Pluralismus im Namen nationaler Homogenität durch die primäre „Wir-Gruppe“ ablehnen und (populistische) politische Stilformen und Strategien anwenden, die gegen die etablierten Eliten gerichtet sind. Diese rigorose Unterscheidung zwischen „uns“ und „den anderen“ veranschaulichen die Wahlplakate der *Schweizerischen Volkspartei* SVP und der deutschen NPD (Abbildung 1).



Eine weitere analytisch sinnvolle Möglichkeit, rechtsradikale Gruppen voneinander abzugrenzen, ist die Bestimmung der Organisationsformen, zu denen sie tendieren. Drei Gruppentypen lassen sich identifizieren: (1) Gruppen, die öffentliche Ämter anstreben und sich durch politische Parteien und Wahlkampf organisieren; (2) Gruppen, die keine Kandidaten für öffentliche Ämter nominieren, sondern eher Unterstützung durch größere soziale Bewegungen mobilisieren, mit denen sie sich identifizieren und die Interpretationsrahmen für bestimmte Probleme anbieten; (3) kleinere Gruppen und soziokulturelle Milieus, die relativ unabhängig von Parteien und größeren sozialen Bewegungen operieren, keine formalen Organisationsstrukturen aufweisen und eventuell eine höhere Gewaltneigung zeigen.

Insgesamt ergibt sich sowohl für West- als auch für Osteuropa die folgende Matrix rechtsradikaler Gruppen und ideologischer Varianten (Tabelle 2).

Dominierende Akteure der radikalen Rechten in ausgewählten europäischen Ländern (seit den 1990er Jahren)

Tabelle 2

	Partei / Wahlkampforganisation	Soziale Bewegungsorganisationen (SMO)	Subkulturelle Milieus
Extremistische Rechte (faschistisch-auto-kratische Rechte, häufig Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit einschließend)	NPD/DVU (D) NA/NNP/NVU (NL) MSI/AN (vor 1995) (I) MSFT (I) BNP (GB) DSSS (CZ) Jobbik (H) SNS (SR) PRM (RO)	ANS/FAP, NPD (D) FANE (F) ANS/JSN (NL) NOP, ONR PWN-PSN (PL) Magyar Gárda (H) NSS (SR) SNJ (SR)	Neonazis (alle) Skinheads (alle) Blood and Honor (alle) Kameradschaften (D) Stormfront Niederlande Dansk Front (DK) FNE (F)
Ethnozentristische Rechte (rassistische oder fremdenfeindliche, aber nicht faschistische)	Vlaams Blok/Belang (B) Centrumdemocraten (NL) Republikaner (D) Front National (F) DF (DK) Lega Nord (I) FPÖ (A) KPN-SN (PL) SPR-RSČ (CZ) MIÉP (H)	ANS/FAP (D) NPD/DVU (D-Osten) Arhus gegen die Moschee (DK) Neue Rechte (verschiedene) Radio Maryja (PL) MÖM (H) VR (RO) MS (SR)	Neonazis (alle) Skinheads (alle) Kameradschaften (D) Stormfront Niederlande Dansk Front (DK) GUD (F)
Populistische Rechte (normalerweise mit starkem, charismatischem Führer und diffusum Programm)	Liste Pim Fortuyn (NL) PdV (NL) BZÖ (A) MSI/AN (Mitte der 1990er Jahre) (I) [FI] (I) Samoobrona (PL) [PiS] (PL) [FIDESZ] (H) HZDS (SR)	CP'86 (NL) Zwiazek Samoobrona (PL)	
Religiös-fundamentalistische Rechte (mit Fremdenfeindlichkeit)	ZChN (PL) LPR (PL) KDNP (H)	CCS (F) Neue Ára (DK) Radio Maryja (PL)	Allpolnische Jugend (PL)

Anmerkung:

Parteien mit anhaltender Wahlrelevanz und/oder Regierungsbeteiligung sind fett gedruckt. Populistische rechte Parteien, die nicht eindeutig im rechtsradikalen Spektrum positioniert sind, stehen in eckigen Klammern.

Länderabkürzungen:

Österreich (A), Belgien (B), Tschechische Republik (CZ), Frankreich (F), Deutschland (D), Großbritannien (GB), Ungarn (H), Italien (I), Niederlande (NL), Polen (PL), Rumänien (RO), Slowakische Republik (SR).





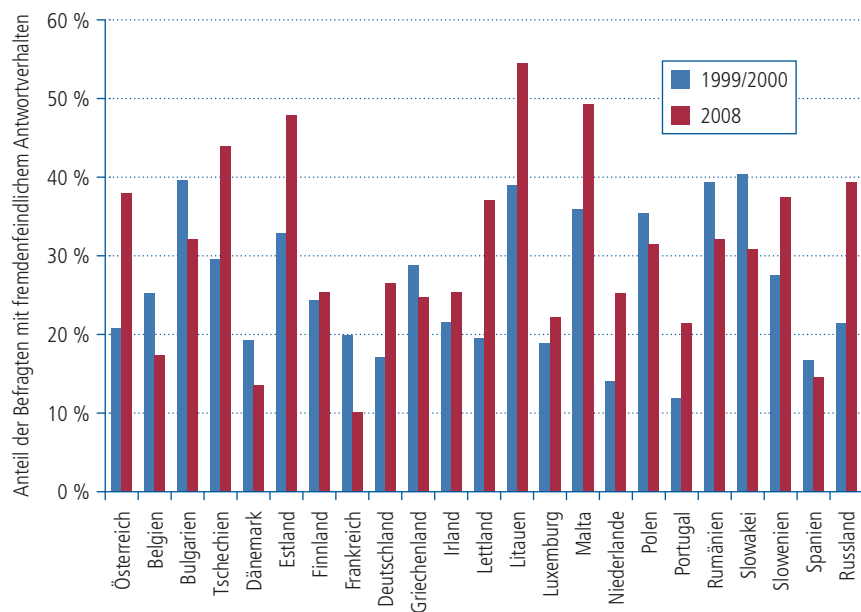
Abkürzungen

AN:	Alleanza Nazionale (Nationale Allianz)
ANS:	Aktionsfront Nationale Sozialisten
BNP:	British National Party (Britische Nationalpartei)
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreichs
CCS:	Comités Chrétienté-Solidarité (Komitees Christentum-Solidarität)
CP '86:	Centrumpartij '86 (Zentrumspartei '86)
DF:	Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)
DSSS:	Dělnická strana/Dělnická strana sociální spravedlnosti (Arbeiterpartei/Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit)
DVU:	Deutsche Volksunion
FANE:	Fédération d'action nationale européenne (National-europäisches Aktionsbündnis)
FAP:	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FIDESZ	(Ungarischer Bürgerbund)
FNE:	Faisceaux Nationalistes Européens (Nationalistische europäische Faschisten)
FPÖ:	Freiheitliche Partei Österreichs
GUD:	Groupe Union Défense (Union Verteidigungsgruppe)
HZDS:	Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine demokratische Slowakei)
JSN:	Jeugd Storm Nederland, Stormfront (Jugendsturm Niederlande)
KDNP:	Kereszténydemokrata Néppárt (Christlich-demokratische Partei)
KPN-SN:	Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation für ein unabhängiges Polen)
LPR:	Liga Polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien)
MG:	Magyar Gárda (Ungarische Garde)
MIÉP:	Magyar Igazság és Élet Pártja (Ungarische Gerechtigkeits- und Lebenspartei)
MÖM:	Magyar Önvédelmi Mozgalom (Ungarische Selbstverteidigungsbewegung)
MS:	Matica Slovenska (eine kulturelle Vereinigung für Sprache und Kultur)
MSI:	Movimento Sociale Italiano (Italienische soziale Bewegung)
MS-FT:	Movimento Sociale-Fiamma Tricolore (Soziale Bewegung-Trikoloreflamme)
NA:	Nationale Alliantie (Nationale Allianz)
NNP:	Nieuwe Nationale Partij (Neue Nationalpartei)
NOP:	Narodowe Odrodzenie Polski (Nationale Wiedergeburt Polens)
NPD:	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSS:	Nové Slobodne Slovensko (Neue Freie Slowakei)
NVU:	Nederlandse Volksunie (Niederländische Volksunion)
ONR:	Obóz Narodowo-Radikalny (Nationalradikales Lager)
PIS:	Prawo i Sprawiedliwość (Gesetz und Gerechtigkeit)
PWN-PSN:	Polska Wspólnota Narodowa: Polskie Stronnictwo Narodowe (Polnische nationale Union)
PdV:	Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit)
PRM:	Partidul Romania Mare (Partei für ein Großrumänien)
SNJ:	Slovenská Národná Jednota (Slowakische nationale Union)
SNS:	Slovenská Národná Strana (Slowakische Nationalpartei)
SPR-RSČ:	Sdružení pro republiku - Republikánska strana Československa (Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei)
VR:	Vatra Romaneasca (Rumänische Wiege)
ZChN:	Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (Christlich-nationale Union)

Trotz einiger Schwierigkeiten bei der Kategorisierung legt Tabelle 2 nahe, dass faschistisch oder rechtsextrem orientierte Parteien in Ostmitteleuropa erfolgreicher sind als im Westen, wo ihre Glanzzeit in den 1960er Jahren endete. Dieses Muster wird deutlicher, wenn man Wahlrends und deren Kontexte in einzelnen Ländern betrachtet; zunächst in Westeuropa mit seinen seit langer Zeit etablierten Demokratien und der zunehmenden Bedeutung der Einwanderungsfrage; dann in den neuen Demokratien Ostmitteleuropas mit ihren charakteristischen kulturellen und strukturellen Merkmalen. Doch bevor wir uns diesen Daten zuwenden, sollen die Ost-West-Unterschiede durch die Untersuchung der Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Ländern (siehe Abbildung 2) unterstrichen werden. Eine Person wird dann als „fremdenfeindlich“ eingestuft, wenn sie auf die Frage: „Könnten Sie bitte alle

Fremdenfeindlichkeit in Europa

Abbildung 2



Quelle: Die Daten sind den Europäischen Wertestudien (EVS) 1999–2000 und 2008 entnommen;
<http://zacat.gesis.org/webview/index.jsp?object=http://zacat.gesis.org/obj/fCatalog/Catalog5> (Zugriff 17.11.2011).

nennen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten?“ mindestens eine der folgenden Kategorien nennt: „Muslime“, „Immigranten“, „Menschen anderer ethnischer Herkunft“.

Die Daten zeigen, dass erstens die Untergrenze für Fremdenfeindlichkeit relativ hoch ist, in den meisten Ländern ca. 20 % oder deutlich mehr der Befragten, und dass zweitens die Anteile in denjenigen Ländern besonders hoch sind, die der EU erst vor relativ kurzer Zeit beigetreten sind, insbesondere in den Ländern Ostmitteleuropas. Diese Feststellung wird von neueren Daten aus ausgesuchten ost- und westeuropäischen Ländern bestätigt. Während in Polen und Ungarn mehr als 40 % der Bevölkerung glauben, dass es „eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Menschen“ gibt und mehr als 23 % der Meinung sind, dass „Schwarze und Weiße nicht heiraten sollten“, waren Bewohner Westeuropas weniger geneigt, solche Ansichten zu bestätigen.⁵

Erneuerung und Neuordnung: Konsolidierung der radikalen Rechten in Westeuropa

Im Westen lassen sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschiedene Phasen rechter und fremdenfeindlicher Mobilisierung beobachten: (1) die unmittelbare Nachkriegszeit, die die wichtigsten Gruppen und Bewegungen McCarthyismus in den USA, Poujadismus in Frankreich, SRP in der Bundesrepublik und MSI in Italien hervorbrachte; (2) die 1960er und frühen 1970er Jahre mit der Wallace-Bewegung in den USA, der NPD in Westdeutschland und Powellismus und *National Front* in Großbritannien sowie der nach wie vor existierenden MSI in Italien; (3) die Zeit ab den 1980er Jahren, in der sich in den meisten westlichen Demokratien rechtsradikale Parteien etablierten, die sich von ihren Vorgängern unterschieden.

5 Siehe Zick et al. (zitiert in Fußnote 4), S. 68f. Die anderen Länder der Studie sind Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, die Niederlande und Portugal.

Die Hauptakteure der ersten und zweiten Mobilisierungswelle waren wesentlich rückwärtsgerichteter als ihre Nachfolger und feierten häufig Praktiken, Regime oder Ideen, die in grundlegendem Widerspruch zur liberalen Demokratie standen, so wie die Rassentrennung in den amerikanischen Südstaaten, das diktatorische Dritte Reich in Deutschland und den biologischen Rassismus. Die dritte Welle stellte eine echte Erneuerung der radikalen Rechten und der Fremdenfeindlichkeitspolitik dar. Sie kann als Produkt eines *allgemeinen Modernisierungsschubs* infolge des mit den Ereignissen von 1968 verbundenen Umbruchs und eines *spezifischen Mobilisierungsschubs* innerhalb der Gelegenheitsstruktur eines jeden Landes verstanden werden.

Der Modernisierungsschub umfasst einen Übergang von westlichen Industriegesellschaften in eine „postindustrielle“ Phase und einen neuen politischen Dynamismus. Dieser Wandel schuf Gelegenheiten für neue Bewegungen und Parteien am linken und rechten Pol einer neuen, wert- und kulturbasierten Konfliktachse. Rechtsradikale Parteien und Bewegungen konnten das mobilisieren, was man als „normales pathologisches“ rechtes Potential bezeichnen könnte, das in den meisten sich schnell verändernden, sich modernisierenden Gesellschaften endemisch zu sein scheint. Die Daten in Abbildung 2 gleichen Ergebnissen anderer Meinungsumfragen darin, dass sie zeigen, dass es ein beachtliches und in einigen Ländern wachsendes Bevölkerungssegment mit fremdenfeindlichen oder ultranationalistischen Ansichten gibt.⁶

Auf einer komplementären Analyseebene gibt es einige Studien, die Fremdenfeindlichkeit bei etablierten Akteuren und Institutionen offenlegen.⁷ Diese Studien zeigen, dass es sich bei Fremdenfeindlichkeit nicht um ein Privileg der radikalen Rechten handelt, sondern dass sie auf allen

6 Siehe zum Beispiel Pew Research Center: Unfavorable views of Jews and Muslims on the increase in Europe. Washington, D.C.: Pew Research Center for the People & the Press, 2008. Verfügbar unter: <http://www.pewglobal.org/2008/09/17/unfavorable-views-of-jews-and-muslims-on-the-increase-in-europe/> (Zugriff 20.12.2012).

7 Für ein frühes Beispiel siehe Teun van Dijk: *Elite Discourse and Racism*. London: Sage, 1993.

Seiten des politischen Spektrums zu finden ist. Ein Beispiel dafür ist Thilo Sarrazin, ein ehemaliger SPD-Politiker, der nach dem Rücktritt von seinem öffentlichen Amt Vorstandsmitglied der Bundesbank wurde. Sarrazin schrieb ein umstrittenes Buch über den demographischen Wandel in Deutschland, in dem er behauptet, die Integration sei im Hinblick auf Menschen anderer Kulturen und Ethnien und insbesondere im Hinblick auf Muslime gescheitert. Das Buch – ein Frontalangriff auf den Multikulturalismus an der Grenze zum biologischen Rassismus – reproduzierte eine Reihe negativer Stereotypen über den Islam, Immigranten und „andere“. Obwohl es von der politischen Klasse fast einstimmig verurteilt wurde, wurden über 1,5 Millionen Exemplare verkauft, mehr als von jedem anderen gebundenen Sachbuch in Nachkriegsdeutschland.

Die radikale Rechte hat sowohl aufgrund ihrer eigenen Erneuerung als auch aufgrund des sich verändernden Umfeldes eine neue Position in der politischen Landschaft besetzt. Die neue radikale Rechte – oben als die „dritte Welle“ des Rechtsradikalismus in den westlichen Demokratien der Nachkriegszeit identifiziert – ist nicht nur die Ausdehnung des Konservatismus bis an den äußersten Rand des politischen Spektrums; vielmehr ist sie das Produkt einer Umstrukturierung dieses Spektrums und einer Umgruppierung politischer Akteure und Allianzen. Die neue Rechte unterscheidet sich von der alten zum einen durch die Abmilderung ihrer demokratiefeindlichen Rhetorik und die Bereitschaft, sich an die Spielregeln zu halten, und zum anderen durch ihr Verfechten des Ethnozentrismus anstelle des klassischen biologischen Rassismus.

Bei der Analyse der dritten Extremismuswelle ist es wichtig, die Rolle jener intellektuellen Bewegung in den 1970er bis 1990er Jahren anzuerkennen, die als Neue Rechte bekannt ist und die eine Kraft der rechten ideologischen Erneuerung war. Die Formulierung des Konzepts des „Ethnopluralismus“ durch die Neue Rechte grenzte ihr Denken von altmodischen Ideen über biologischen Rassismus und Überlegenheit der weißen Rasse ab. Indem sie das Konzept des „Rechts auf Verschieden-

heit“ der politischen Linken direkt übernahm, betonte die Neue Rechte die Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien und trat für die Legitimität eines europäischen Widerstands gegen kulturelle Vermischung ein.⁸ Ethnopluralismus ist eine politisch auferlegte Segregation von Kulturen und Ethnien nach geographischen Kriterien – im Grunde genommen eine Art globale Apartheid – und der Gegenentwurf der Neuen Rechten zum Multikulturalismus, der als modernisierte Strategie gegen Immigration und Integration fungiert. Er geht den fremdenfeindlichen Aussagen zum Mainstream gehörender Politiker und Autoren voraus und verschmilzt damit. Während die Neue Rechte als Bewegung nicht mehr existiert, haben ihre Ideen überlebt und Einzug in den allgemeinen politischen Diskurs gehalten.⁹

Auf der Ebene des parteipolitischen Diskurses läuft Ethnopluralismus auf einen defensiven Ultranationalismus hinaus. Keine der neuen rechten Parteien tritt für eine Rückkehr zu vordemokratischen, diktatorischen politischen Ordnungen ein; alle betonen ihre Unterstützung der republikanischen Prinzipien und demokratischen Verfassungen – in deutlichem Gegensatz zum Faschismus der Zwischenkriegszeit in Italien und Deutschland. Auch wurde die traditionelle Suche der radikalen Rechten nach einem „dritten Weg“ zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus – also die Ablehnung dessen, was als „Wodka-Cola-Imperialismus“ bezeichnet wurde – weitgehend durch eine grundsätzliche, aber nicht uneingeschränkte Befürwortung der kapitalistischen Ordnung ersetzt.

Zur Ergänzung der vorausgehenden Analyse werden nun einige Trends betrachtet, beginnend mit den Wahlerfolgen der radikalen Rechten in Westeuropa, wie in Tabelle 3 zusammengefasst. Die Untersuchung dieser

8 Pierre-André Taguieff: *La force du préjugé*. Paris: La Découverte, 1987

9 Siehe Michael Minkenberg: *Neue Rechte in Europa*. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch Antisemitismus*. Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen. Berlin: de Gruyter, 2012, S. 447–449.

Wahlergebnisse der radikalen Rechten (in %) bei nationalen Parlamentswahlen in Westeuropa ab 1980 (Durchschnittswert für fünf Jahre, Abgeordnetenkommission)

Tabelle 3

	1980– 1984	1985– 1989	1990– 1994	1995– 1999	2000– 2004	2005– 2009	2010– 2012
Belgien (B)	1,1	1,7	6,6	10,9	13,8	14,0	7,8
Dänemark (DK)	6,4	6,9	6,4	9,8	12,6	13,9	12,3
Deutschland [Bundesrep.] (D)	0,2	0,6	2,3	3,3	1,0	2,1	x
Frankreich (F)	0,4	9,9	12,7	14,9	12,4	4,7	13,6
Großbritannien (GB)	-, -	0,6	0,9	-, -	0,2	0,7	1,8
Italien (I)	6,8	5,9	18,0	25,8	4,3*	8,3*	x
Niederlande (NL)	0,8	0,7	2,9	0,6	11,4	5,9	12,7
Norwegen (N)	4,5	8,4	6,0	15,3	14,7	22,5	x
Österreich (A)	5,0	9,7	19,6	24,4	10,0	28,3	x
Schweden (S)	-, -	-, -	4,0	-, -	1,5	3,0	5,7
Schweiz (CH)	3,8	6,3	11,9	18,7	26,6	30,0	26,6

x = keine Wahl in diesem Zeitraum.

Folgende Parteien wurden einbezogen:

Österreich: FPÖ; Belgien: *Vlaams Blok*, *Front National*; Dänemark: *Fremskridtsparti*, *Dansk Folkeparti*; Frankreich: *Front National*, *Mouvement National Républicain*; Deutschland: Republikaner, DVU, NPD; Großbritannien: *British National Party*, *National Front*, *Democratic Unionist Party*; Italien: *Movimento Sociale Italiano*, *Alleanza Nazionale*, *Movimento Sociale-Fiamma Tricolore*, *Lega Nord*; Niederlande: *Centrumpartij*, *Centrum Democraten*, *Lijst Pim Fortuyn*, *Partij voor de Vrijheid*; Norwegen: *Fremskrittsparti*; Schweden: *Ny Demokrati*, *Sverigedemokraterna*, *Nationaldemokraterna*; Schweiz: Schweizer Volkspartei-Union *Démocratique du Centre*, Autopartei, Schweizer Demokraten, *Lega dei Ticinesi*.

* Ohne AN, aber einschließlich *Lega Nord*, *Movimento Sociale-Fiamma Tricolore*, *Mussolini*, *Rauti*.

Quelle: Minkenberg: *The Radical Right in Europe* (zitiert in Fußnote 2), aktualisiert.

Daten liefert zwei wichtige Erkenntnisse. Erstens hat die Wählerunterstützung für rechtsradikale Parteien zwischen den 1980er und den 1990er Jahren stark zugenommen. Zweitens lassen sich die untersuchten Länder in zwei Hauptkategorien unterteilen. In sieben Ländern – in Österreich, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Dänemark und Norwegen – kann die Unterstützung für rechtsradikale Parteien Ende der 1990er Jahre als stark bezeichnet werden. In einigen dieser Länder sank die Unterstützung im folgenden Jahrzehnt aufgrund von Veränderungen des Wesens der rechten Parteien (Italien), Spaltungen innerhalb der rechten Parteien (Österreich) oder wegen der Reaktionen anderer Parteien auf sie (Frankreich). Dennoch sind dies die Länder, mit Ausnahme von Frank-

reich, in denen sich die radikale Rechte dem Zentrum der Macht immer mehr angenähert und Regierungsbeteiligung erreicht oder Regierungen unterstützt und beeinflusst hat. Demgegenüber blieb die radikale Rechte in Deutschland, Großbritannien, Schweden und – bis vor kurzem – den Niederlanden extremer oder war in Parteiform kaum sichtbar (siehe auch Tabelle 2).

Betrachtet man die Länder mit dem deutlichsten Aufwärtstrend der radikalen Rechten im Hinblick auf Wählerunterstützung, ist festzustellen, dass es die *neue* radikale Rechte ist (d. h. neu gegründete oder reformierte Parteien), die im Aufstieg begriffen ist. Diese Parteien gehören eher der ethnozentrischen oder populistischen Variante an als der extremistischen oder faschistischen. Wie zuvor dargelegt, ist ihr Aufstieg mit einer ideologischen und strategischen Erneuerung verknüpft, die mit sich verändernden Spaltungsmustern im Parteienwettbewerb und dem Aufkommen der Immigrationsfrage einhergeht. Zusammengenommen haben diese Faktoren der neuen radikalen Rechten den Weg zu Wahlerfolgen geebnet.

Es sind aber noch andere Faktoren beteiligt. Wie bereits festgestellt wurde, gibt es keinen allgemeinen Trend im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit. Abbildung 2 legt nahe, dass die Fremdenfeindlichkeit in einigen Ländern wie Deutschland, Österreich und Portugal zunimmt.¹⁰ In anderen Ländern – und zwar interessanterweise in denjenigen, in denen die radikale Rechte bei Wahlen relativ erfolgreich war, z.B. in Belgien, Frankreich und Dänemark – scheint die Fremdenfeindlichkeit während des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts deutlich zurückgegangen zu sein. Wissenschaftliche Studien¹¹ haben gezeigt, dass es nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Zuwanderungsraten oder der Präsenz ausländischer Staatsbürger in einem bestimmten Land und der Wählerunter-

10 Für aktuelle Daten zu Deutschland siehe auch Oliver Decker et al.: Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, 2012.

11 Siehe zum Beispiel Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe (zitiert in Fußnote 2), S. 210–216, und Decker et al.: Die Mitte im Umbruch (zitiert in Fußnote 10), S. 31–39.

stützung für rechtsradikale Parteien gibt. Es ist nicht die tatsächliche Anzahl zugewanderter Einwohner, sondern vielmehr die Politisierung der Zuwanderungsfrage, die zum Erfolg der radikalen Rechten beiträgt.

Für die Erklärung des Aufstiegs der radikalen Rechten und der divergierenden Muster in verschiedenen Ländern sind bestimmte kulturelle und strukturelle Faktoren wichtiger als die bloße Größe zugewanderter Bevölkerungsgruppen, wie ich in früheren vergleichenden Analysen dargelegt habe.¹² Diese Analysen unterscheiden zwischen einer Gruppe von Ländern mit starken rechtsradikalen Parteien und einem schwachen Bewegungssektor, darunter Österreich, Belgien, Frankreich und Italien, und einer Gruppe von Ländern mit schwachen rechtsradikalen Parteien und einem starken Bewegungssektor, darunter Deutschland, Schweden und das Vereinigte Königreich. Vier der Länder, in denen rechtsradikale Parteien bereits in den 1990er Jahren Wahlerfolge erzielten, waren überwiegend katholische Länder. Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, gibt es unter den europäischen Demokratien, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs existieren (dazu gehören nicht Spanien und Portugal), keine katholischen Länder, in denen rechtsradikale Parteien bei den vergangenen beiden aufeinanderfolgenden Wahlen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt und weniger als 5 % der Stimmen gewonnen haben (obwohl Italien, wie in Tabelle 3 gezeigt, 2004 eine teilweise Ausnahme von der Regel darstellte). Beachtenswert ist, dass sich die protestantischen Länder Dänemark und Norwegen bis zum Ende der 1990er Jahre auch zu dieser Gruppe gesellt hatten. Außerdem ist in sechs der Länder, die überdurchschnittliche Wahlergebnisse für rechtsradikale Parteien aufzeigen, der Islam entweder die zweitgrößte Religion (wie in Belgien, Frankreich, Dänemark und Norwegen) oder fast gleichauf mit der protestantischen Mehrheit (Österreich und Italien).¹³

12 Siehe Minkenberg: *The Radical Right in Europe* (zitiert in Fußnote 2); auch Minkenberg: *The West European Radical Right as a Collective Actor: Modeling the Impact of Cultural and Structural Variables on Party Formation and Movement Mobilization*. In: *Comparative European Politics* 1(2), 2003, S. 149–170.

13 Siehe Michael Minkenberg: *Democracy and Religion: Theoretical and Empirical Observations on the Relationship between Christianity, Islam and Liberal Democracy*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33(6), August 2007, S. 887–909.

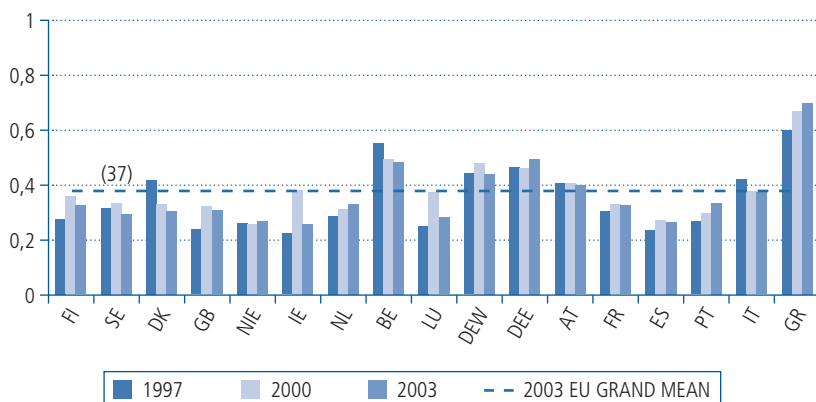
Man könnte argumentieren, dass insbesondere die Kombination zweier kultureller Faktoren die Resonanz und Mobilisierung der radikalen Rechten fördert. Diese Faktoren sind die traditionelle katholische oder protestantische Homogenität oder sogar deren Monopol auf der einen, und die besonders starke Präsenz des Islam, die diese Homogenität herausfordert, auf der anderen Seite.

Es ist jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Generalisierung nicht auf die Bewegungsmobilisierung zutrifft. Katholische Länder weisen relativ schwache rechtsradikale Bewegungen und, soweit vergleichbare Daten verfügbar sind, relativ wenig rassistisch motivierte Gewalt auf. Rechtsradikalismus und rassistische Gewalt scheinen in protestantischen Ländern am ausgeprägtesten zu sein, wie Norwegen beispielhaft zeigt. Aus dieser Beobachtung lässt sich schließen, dass die derzeitige radikale Rechte dort stark ist, wo sie eine ultranationalistische oder rassistische Botschaft mit Islamfeindlichkeit verknüpft, insbesondere in Ländern mit einer langen Tradition des christlichen Monokonfessionalismus.

Die Tatsache, dass große Teile der Öffentlichkeit in westeuropäischen Ländern islamfeindliche Haltungen zeigen und den Multikulturalismus ablehnen, bietet der radikalen Rechten einen Ansatzpunkt und versetzt sie in die Lage, mehr zum Mainstream gehörig zu erscheinen als offen rassistische Diskurse wie Antisemitismus und biologischer Rassismus. Ein Überblick über das Widerstandsniveau gegen den Multikulturalismus in Westeuropa ist in Abbildung 3 zu finden.

Unter den strukturellen Variablen, die die Verbreitung des Rechtsradikalismus verstärken, scheint der Rolle anderer Akteure, insbesondere dem Verhalten von Eliten und nicht-rechtsextremen politischen Parteien, besondere Bedeutung zuzukommen. Diese Schlussfolgerung wird von einer Reihe anderer Studien unterstützt.¹⁴ Diese Akteure werden nicht

14 Siehe z. B. Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe (zitiert in Fußnote 2).



Quelle: EUMC: *Majorities' attitudes towards minorities in European Union Member States*. Wien, 2003, S. 42.

marginalisiert, wenn sie die Agenda der radikalen Rechten übernehmen und ihr die Teilnahme an einer Regierungskoalition anbieten. Vielmehr wird ihre fremdenfeindliche Botschaft weiter legitimiert.

Kontrast oder Konvergenz? Spezielle Muster in Ostmitteleuropa

Schaut man Richtung Osten, findet man ähnliche Muster vor, aber mit recht abweichenden Inhalten. Schon ein kurzer Blick auf die Karte der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa nach 1990 zeigt einige Gegensätze zu westlichen Ländern (siehe Tabelle 2 oben). Eine größere Anzahl der erfolgreicherer Parteien in Mittel- und Osteuropa kann als rechtsextrem bezeichnet werden, und es gibt mehr religiösen Ultra-nationalismus, insbesondere in Polen. Außerdem gibt es bedeutende rechtsradikale Bewegungsorganisationen wie die *Magyar Gárda* (Ungarische Garde) oder die rumänische *Noua Dreapta* (Neue Rechte), die bei ihren öffentlichen Auftritten Symbole verwenden, die ursprünglich von faschistischen Gruppen und Regimen der Zwischenkriegszeit benutzt wurden. Die Übernahme solcher Symbole wird sowohl in dem jeweiligen

gesellschaftlichen Umfeld als auch von den Ordnungskräften weitgehend toleriert. Obwohl zum Beispiel die paramilitärische Ungarische Garde, die 2007 von *Jobbik* gegründet worden war, 2010 verboten wurde, tauchte sie bald unter anderem Namen wieder auf und verwendete dieselben Symbole wie früher. Sie organisierte weiterhin Straßenaktionen und terrorisierte weiterhin Mitglieder von Minderheiten wie den Roma.

In Mittel- und Osteuropa richtet die radikale Rechte ihre Angriffe gegen zwei Ordnungen: die neoliberale Ordnung und den Staatssozialismus, welcher der ersteren vorausging. Anders als ihre westlichen Gegenstücke sind rechtsradikale Parteien hier in ihren grundlegenden Positionen eindeutig gegen die etablierten Eliten gerichtet. Das heißt aber nicht, dass sie notwendigerweise eher die *Parias* als Partner anderer Parteien sind. Ebenfalls anders als ihre westlichen Gegenstücke haben sie beeindruckende Wahlergebnisse erzielt, wenn auch ihre Wahlerfolge im Kontext von Parteiensystemen, die wesentlich unbeständiger sind als die im Westen, mehr schwankten (siehe Tabelle 5).¹⁵

Insgesamt ist die radikale Rechte, wie auch die meisten anderen politischen Parteien, in diesen Ländern weniger strukturiert als im Westen. Das Auf und Ab der Wahlergebnisse der extremen Rechten und ihre Tendenz, sich von einer Wahl zur nächsten neu zu erfinden, machen sie beunruhigend fließend. Diese Flexibilität trägt auch zu der durchlässigen Grenze zwischen rechtsradikalen Parteien und Bewegungen sowie zwischen der radikalen Rechten und der Rechten des Mainstream bei. Anders formuliert, unterscheiden sich die Spaltungsstrukturen in Mittel- und Osteuropa deutlich von denen in westlichen Demokratien; es gibt hier keine neue wertebasierte Konfliktachse in Unterscheidung zu älteren Spannungslinien. In Mittel- und Osteuropa sind alle Konfliktachsen im Parteiensystem neu; sie müssen im Kontext des Prozesses des Regimewandels betrachtet werden, der neue Grenzlinien im politischen Raum zieht.

15 Die letzte Parlamentswahl in Polen (Oktober 2011) ist ein anschauliches Beispiel dieser politischen Unbeständigkeit: Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wurde eine amtierende Regierung in diesem Land wiedergewählt.

**Wahlergebnisse der radikalen Rechten (in %) bei nationalen
Parlamentswahlen in Ostmitteleuropa ab 1990 (Durchschnittswert für 5 Jahre,
Abgeordnetenkontrollen)**

Tabelle 5

	1990–1994	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2012
Polen (PL)	14,1	8,0*	18,1	10,4	0,0
Rumänien (RO)	5,8	9,2	20,9	3,1	1,2
Slowakische Republik (SR)	k.D.	k.D.	7,0	11,7	4,8
Slowenien (SV)	k.D.	k.D.	4,4	5,4	1,8
Tschechische Republik (CZ)	6,8**	6,0	1,1	--	1,1
Ungarn (H)	0,8	5,5	4,5	1,7	16,7

Folgende Parteien wurden einbezogen:

Polen: *KPN, ZChN, LPR, Samoobrona*; Rumänien: *PUNR, PRM*; Slowakei: *SNS*; Slowenien: *SNS*; Tschechische Republik: *SPR-RSC, Arbeiterpartei*; Ungarn: *MIÉP, Jobbik*.

* Geschätzter Anteil von *ZChN* und *KPN*, die 1997 mit einer gemeinsamen Liste mit dem Wahlbündnis *Solidarnosc AWS* antraten (Stimmenanteil 33,8%)

** Tschechischer Nationalrat

Quellen: siehe Tabelle 2, aktualisiert.

Bereits vor dem Fall der Berliner Mauer gab es in allen sozialistischen Staaten Tendenzen hin zu einer Stärkung der politischen Legitimität durch Berufung auf nationale Traditionen. Während im heutigen Westeuropa Immigranten die Rolle des Sündenbocks spielen können, sind solche Sündenböcke in Mittel- und Osteuropa nicht jederzeit verfügbar. Stattdessen übernehmen nationale Minderheiten und Nachbarländer diese undankbare Rolle. Die Wurzeln dieser Entwicklung sind in den besonderen Nationen- und Staatenbildungsprozessen zu finden, die in dieser Region stattgefunden haben.

Im Gegensatz zu vielen Fällen der Nationenbildung im Westen haben sich die meisten osteuropäischen Nationen nicht im Zusammenhang mit einer bürgerlichen Revolution, einer starken liberalen Bewegung oder der Etablierung einer liberalen Demokratie entwickelt. Fast ganz Osteuropa unterstand multinationalen Reichen: das Habsburgische Reich, das Russische Reich und das Osmanische Reich. Die Nationenbildung fand immer im Stil des *Risorgimento* statt. Sie war gegen die bestehende Ordnung gerichtet und abhängig von deren Zusammenbruch. Die nationale

Unabhängigkeit erlangten Rumänien 1881, Serbien 1882, Bulgarien 1908 und alle anderen 1919. Als Folge dieses Prozesses können viele post-sozialistische Nationen heute durch eine triadische Struktur beschrieben werden, nämlich durch die Überschneidung der fortlaufenden Nationenbildung durch die Staaten, der Präsenz nationaler Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen und der Existenz „externer Heimatländer“.¹⁶

Im Laufe der vorangegangenen Nationenbildungsprozesse der Region und im Grunde genommen auch unter den derzeitigen Umständen waren und sind „externe Heimatländer“ und „verlorene Gebiete“ besonders bedeutende Themen der radikalen Rechten. Einen Überblick über Grenzfragen und die Geographie der Minderheitengebiete bietet der folgende Buchumschlag (Abbildung 4), der die mangelnde Deckungsgleichheit zwischen den Grenzen der Nationalstaaten und den Siedlungsräumen nationaler Minderheiten veranschaulicht.

Grenzen der Siedlungsräume nationaler Minderheiten in Mittel- und Osteuropa

Abbildung 4



Quelle: Publikation aus dem Jahr 2008, Ch. Links Verlag.

16 Siehe Rogers Brubaker: Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

Diese externen Heimatländer und die nationalen Minderheiten, die sie bewohnen, machen den spezifisch osteuropäischen Hintergrund der Fremdenfeindlichkeit aus. Hier haben wir es nicht mit einem defensiven Ultranationalismus zu tun, der sich gegen Immigranten und Multikulturalismus richtet, sondern mit einem offensiven Ultranationalismus, der Nachbarländer und langfristig ansässige Minderheiten ins Visier nimmt. Zu diesen Minderheiten gehört auch eine große Anzahl von Roma in der Region, obwohl man von ihnen strenggenommen nicht behaupten kann, dass sie in einem externen Heimatland leben, da sie keinen Staat haben, den sie ihr eigen nennen könnten.

Es ist behauptet worden, dass rechtsradikale Parteien im Osten im Begriff sind, mit ihren Gegenstücken in Westeuropa „gleichzuziehen“. ¹⁷ Doch im Unterschied zu letzteren vertreten die Führer und Programme der östlichen Parteien stärker rückwärtsgerichtete Ideologien, insbesondere im Hinblick auf „verlorene Gebiete“ und offenen Antisemitismus oder Rassismus (anstelle von Islamfeindlichkeit, abgesehen von Bulgarien). Zu ihrer Ideologie gehört eine große Portion Nostalgie in Bezug auf die alten despotischen Regime und die ethnische und territoriale Konzeption nationaler „Identität“, die unter diesen vorherrschend war und die auf die Anstrengungen um Nationenbildung in der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg folgte. Zum Beispiel forderten die tschechischen „Republikaner“ (*SPR-RSČ*), die aktuellen Grenzen ihres Landes zu ändern und denen der ehemaligen Tschechoslowakei anzupassen, woraufhin nur eine „homogene“ Bevölkerung berechtigt sein sollte, innerhalb dieser Grenzen zu wohnen. Ähnlich tritt in Rumänien die Partei für ein Großrumänien (*PRM*) für eine Änderung der Grenzziehung entsprechend den Gegebenheiten der Zwischenkriegszeit ein und verlangt so die Annexion Moldawiens. Am stärksten ist der Wunsch nach Änderung in

17 Siehe z.B. Lenka Bustikova und Herbert Kitschelt: The Radical Right in Post-communist Europe: Comparative Perspectives on Legacies and Party Competition. In: Michael Minkenberg (Hg.): Historical Legacies and the Radical Right in Post-Cold War Central and Eastern Europe. Stuttgart: ebd., 2010: S. 29–61; oder auch Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe (zitiert in Fußnote 2).

Ungarn. Die ungarische Gerechtigkeits- und Lebenspartei (*MIÉP*) und die Partei für ein besseres Ungarn (*Jobbik*) sprechen sich beide für eine Revision des Vertrages von Trianon und die Wiederherstellung der Grenzen des habsburgischen Ungarns aus. So wie die an früherer Stelle genannten Bewegungen übernehmen und verwenden diese Parteien Symbole der faschistischen Bewegungen und Regime der 1930er Jahre, darunter das ungarische Pfeilkreuz oder die rumänische Eiserne Garde. Abbildung 6 zeigt ein Wahlkampfplakat von *Jobbik*, das dem Wunsch nach einem Großungarn in den Grenzen der Zeit der Doppelmonarchie (1867–1918) Ausdruck verleiht.

In Polen wurde der wieder auflebende Nationalismus von religiösem Fundamentalismus beeinflusst. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts behauptete Roman Dmowski, der antiliberalen und antiwestlichen Theoretiker der „nationalen Demokratie“, dass nur Katholiken gute Polen sein könnten. Dmowskis Standpunkt erlebt heute ein starkes Comeback im Parteien- und Bewegungsspektrum. In den 1990er Jahren bestand die

Wahlkampfplakat der ungarischen Partei *Jobbik* (2009)

Abbildung 5



Quelle: <http://internetfigyelo.wordpress.com/2009/08/01/jobbik-tuntetes-a-bankokracia-ellen-hetfon/> (Zugriff 01.04.2010).

Christlich-Nationale Union (*ZChN*) darauf, dass die katholische Lehre das Fundament des nationalen Lebens Polens sein müsse und dass der Staat die Interessen der über ganz Osteuropa verstreuten „ethnischen“ Polen zu verteidigen habe. Mittlerweile hat sich die Liga der polnischen Familien (*LPR*) diese Forderungen auf die Fahnen geschrieben und reaktiviert die Netzwerke ihrer nicht mehr bestehenden Vorgänger. Bis vor kurzem genoss die *LPR* die Unterstützung von Radio Maryja, einem ultrakatholischen Radiosender, der regelmäßig traditionalistische, fremdenfeindliche und antisemitische Reden unter Millionen von Hörern verbreitet.¹⁸ In letzter Zeit hat *Radio Maryja* seine Unterstützung auf die von Jarosław Kaczyński geführte rechtspopulistische Gesetzes- und Gerechtigkeitspartei (*PiS*) übertragen, die sowohl einen radikalen als auch einen moderateren Flügel umfasst und viele ehemalige *LPR*-Wähler für sich gewinnen konnte.

Insgesamt ändert sich das Bild drastisch, wenn die Mischung durch weniger extreme, ausgeprägter populistische und nationalistische Parteien von rechts und aus dem rechten Mainstream ergänzt wird. Mit wenigen Ausnahmen wie Estland und Slowenien liegt das Unterstützungspotential für solche Parteien bei ca. 20 % der Wahlberechtigten. Diese Statistik deutet auf eine größere Entwicklung hin, die die Beziehung zwischen der radikalen Rechten und der Rechten des Mainstream in Mittel- und Osteuropa formt. Innerhalb dieser Region hat der antikommunistische Druck, der durch die Ereignisse von 1989 entstand, das Konzept des Nationalstaats energisch rehabilitiert. Diese Tatsache erklärt, warum nationalistische und ethnozentrische Rhetorik dort nicht marginal ist, sondern vielmehr eine Achse darstellt, die das öffentliche Leben strukturiert, insbesondere in einem postkommunistischen Kontext, der der Zivilgesellschaft im politischen Prozess nur eine untergeordnete Rolle einräumt. Wenn man die Ablehnung von Eliten und eine weit verbreitete Enttäuschung über Politiker mitberücksichtigt, kann es kaum überraschen, dass

18 Siehe auch den Beitrag von Rafał Pankowski und Marcin Kornak in diesem Band.

die ostmitteleuropäische Gesellschaft zunehmend nach rechts tendiert, trotz der dürrftigen Wahlergebnisse einiger rechtsradikaler Parteien (siehe Abbildung 2). In dieser Hinsicht gehört die radikale Rechte in Mittel- und Osteuropa eher zum Mainstream als zum Rand, während sie gleichzeitig extremer ist als ihr Gegenstück im Westen.

Fazit:

Die durch die radikale Rechte gestellten Herausforderungen

Mit dem Aufkommen neuer rechtsradikaler Akteure in West und Ost erfahren europäische Demokratien vielfache Herausforderungen für ihre liberalen und pluralistischen Ordnungen. In Westeuropa ist eine der größten Herausforderungen, den öffentlichen Diskurs und die Politiken bezüglich Immigration und Integration zu ändern, und, allgemeiner gesprochen, Multikulturalismus anders zu thematisieren. Wie ich an anderer Stelle gezeigt habe¹⁹, haben etablierte politische und staatliche Akteure in mehreren europäischen Ländern auf die zunehmende organisatorische Stärke der radikalen Rechten reagiert, indem sie einige ihrer Elemente übernahmen und legitimierten. Dieser Trend stellt eine wesentliche Veränderung im Vergleich zu früheren Mustern dar, im Rahmen derer etablierte Akteure solche Positionen noch ächteten. Die Konsolidierung der radikalen Rechten in organisatorischer Hinsicht und im Hinblick auf Wahlen ist in Frankreich und Belgien erheblich fortgeschritten. In beiden Ländern ist die radikale Rechte nach wie vor isoliert, doch Teile ihrer Agenda haben Einzug in die etablierte Politik gefunden, insbesondere während der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy. Anstrengungen konservativer Parteien in Dänemark und Österreich, die Wahlerfolge und den relativen Pragmatismus der radikalen Rechten zu übernehmen, haben diesen Parteien sogar noch mehr Legitimität gegeben.

19 Siehe Michael Minkenberg: Anti-Immigrant Politics in Europe: The Radical Right, Xenophobic Tendencies, and Their Political Environment. In: Jennifer Hochschild und John Mollenkopf (Hg.): *Bringing Outsiders In: Transatlantic Perspectives on Immigrant Political Incorporation*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 2009, S. 140–157.

Während diese Taktik die rechtsradikalen Parteien tatsächlich „gezähmt“ hat, beinhaltet sie auch eine Verhärtung zuwanderungsfeindlicher Politiken.

Allgemeiner gesprochen haben die organisatorische Stärke der Rechten, die Partei- und Bewegungsmobilisierung und die allgemeine Offenheit gegenüber Immigranten und Immigration begonnen, über nationale Grenzen hinweg systematische Abweichungen zu zeigen. Was die skandinavischen Länder betrifft, sind in Dänemark und Norwegen starke rechtspopulistische Parteien inzwischen fest verwurzelt, während Gewalt gegen Immigranten die öffentliche Meinung aufgerüttelt hat, am dramatischsten in Norwegen, aber auch in Schweden. Gleichzeitig lehnen die Bürger dieser Länder Immigration und Multikulturalismus nicht so stark und grundsätzlich ab, wie es in anderen Teilen Europas der Fall ist (siehe Abbildung 2 und 3). Auf der anderen Seite zeigen die Bürger der meisten katholischen Länder eine deutliche Abneigung gegenüber Multikulturalismus. In diesen Ländern konnten rechtsradikale Parteien unverhältnismäßig große Erfolge verzeichnen, auch wenn es dort seltener zu rechter Gewalt kommt. In Folge der aktuellen Finanzkrise hat sich dieser Trend in einigen Ländern, wie beispielsweise in Griechenland, intensiviert.²⁰ Sowohl in Skandinavien als auch im katholischen Europa haben sich der politische Diskurs und die öffentliche Ordnung nach rechts verlagert.

Im Gegensatz zu den Herausforderungen in Westeuropa sind die in Ostmitteleuropa grundlegender, da sie nicht nur die Minderheitenpolitik, sondern auch die politische Ordnung an sich betreffen. Ungarn liefert ein treffendes Beispiel. Hier verlagerte sich die ehemalige Mainstream-Partei *Fidesz* unter ständigem Druck der radikalen Rechten nach rechts, was eine Umschichtung des gesamten politischen Systems Ungarns angestoßen hat. Andere Länder, in denen die radikale Rechte an der Regierung

20 Siehe den Beitrag von Vassiliki Georgiadou in diesem Band.

beteiligt ist (Polen, Slowakei und Rumänien), haben ebenfalls dramatische Brüche in ihrer Politik erlebt, wenn auch in geringerem Maße als Ungarn. Die Region Ostmitteleuropa unterscheidet sich vom Westen durch den Extremismus der Agenda ihrer radikalen Rechten (antiliberal, antidemokratisch, minderheitenfeindlich und EU-feindlich), der von den großen rechten Parteien des demokratischen Spektrums nur geringfügig abgemildert wird. Im Osten gab es nie einen *Cordon sanitaire* zwischen der Rechten des Mainstream und der radikalen Rechten, weshalb auch die Grenzen zwischen ihnen unschärfer sind. Die Rehabilitation des Nationalismus nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat politische Protagonisten und Programme begünstigt, die eine radikale Rechte tendenziell weitgehend überflüssig gemacht haben.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bustikova, Lenka und Kitschelt, Herbert (2010): The Radical Right in Post-communist Europe: Comparative Perspectives on Legacies and Party Competition. In: Michael Minkenberg (Hrsg.): Historical Legacies and the Radical Right in Post-Cold War Central and Eastern Europe. Stuttgart: ebd., S. 29–61.
- Brubaker, Rogers (1997): Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Decker, Oliver et al. (2012): Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Deutsche Zustände. Band 3. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Nora Langenbacher und Britta Schellenberg (Hrsg.) (2010): Is Europe on the “right path”? Right-wing extremism and right-wing populism in Europe. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 37–55.
- Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 29–47.
- Minkenberg, Michael (2008): The Radical Right in Europe: An Overview. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Minkenberg, Michael (2009): Anti-Immigrant Politics in Europe: The Radical Right, Xenophobic Tendencies, and Their Political Environment. In: Jennifer Hochschild und John Mollenkopf (Hg.): Bringing Outsiders In: Transatlantic Perspectives on Immigrant Political Incorporation. Ithaca, NY: Cornell University Press, S. 140–157.
- Minkenberg, Michael (2003): The West European Radical Right as a Collective Actor: Modeling the Impact of Cultural and Structural Variables on Party Formation and Movement Mobilization. In: Comparative European Politics 1(2), S. 149–170.
- Minkenberg, Michael (2012): Neue Rechte in Europa. In: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch Antisemitismus. Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen. Berlin: de Gruyter, S. 447–449.

- Minkenberg, Michael (2007): Democracy and Religion: Theoretical and Empirical Observations on the Relationship between Christianity, Islam and Liberal Democracy. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 33(6), S. 887–909.
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pew Research Center (2008): Unfavorable views of Jews and Muslims on the increase in Europe. Washington, D.C.: Pew Research Center for the People & the Press. Verfügbar unter: <http://www.pewglobal.org/2008/09/17/unfavorable-views-of-jews-and-muslims-on-the-increase-in-europe/> (Zugriff 20.12.2012).
- Taguieff, Pierre-André (1987): La force du préjugé. Paris: La Découverte.
- van Dijk, Teun (1993): Elite Discourse and Racism. London: Sage.
- von Beyme, Klaus (1988): Right-wing Extremism in Post-war Europe. West European Politics 11(2), S. 1–18
- Zick, Andreas et al. (2011): Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.



Blick auf die rechtsextreme Kneipe „Zum Henker“ in Berlin am 08.04.2013 in der Brückenstraße 14 in Berlin-Schöneeweide.

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland: Entwicklungen und Ermöglichungsstrukturen¹

Britta Schellenberg

Das Schlagwort „Rechtsextremismus“ ruft bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren öffentlich artikulierte Gegenreaktionen hervor. Gleichzeitig geht die konsensuelle Abgrenzung vom Rechtsextremismus mit kontroversen Debatten über seine politische Bedeutung einher. Zwar konnten sich rechtsradikale² Parteien bislang in Deutschland nicht auf der nationalen Ebene etablieren, doch hat die scheinbar einmütige Verurteilung des Rechtsextremismus keineswegs zum Verschwinden rechtsradikaler Aktivitäten geführt. Im Gegenteil: Jüngere Untersuchungen zeigen, dass sich in einigen Gemeinden und Städten Deutschlands rechtsradikale Angstzonen³ etabliert haben und sich auf lokaler Ebene eine rechtsradikale Hegemonie entwickeln kann.⁴ Im europäischen Vergleich weist Deutschland eine dramatisch hohe Gewaltrate auf.⁵ Nicht nur der „Nationalsozialistische Untergrund“, der über ein Jahrzehnt unentdeckt morden konnte, sondern die seit 1990 kontinuierlich hohe Zahl gewalttätiger Übergriffe auf von Rechtsradikalen als „undeutsch“ stigmatisierte Menschen unterstreichen, dass es sich beim gewalttätigen „Rechtsextremismus“ in Deutschland weder um Einzeltäter noch um Bagatellen

-
- 1 Rechtsextremismus wird mit Michael Minkenberg als Teilbereich der radikalen Rechten verstanden. Vgl. den Artikel von Minkenberg in diesem Buch.
 - 2 Ich definiere die Radikale Rechte nach Michael Minkenberg 1998. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind ein Teilbereich von ihr.
 - 3 Vgl. Döring, Uta: Angstzonen: Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.
 - 4 Vgl. Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013 (im Erscheinen).
 - 5 Vgl. Schellenberg, Britta: Country Report: Germany. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2009: 179–248, 179 f.

handelt, sondern um ein komplexes Problem – ein Problem der inneren Sicherheit. Vor diesem Hintergrund möchte ich in diesem Beitrag folgende Fragen beantworten: Wie hat sich der deutsche Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt? Wie sieht sein aktuelles Erscheinungsbild aus? Welches sind seine Ermöglichungsstrukturen?

I. Akteure

1. Politische Parteien: Rechtsradikale Akteure haben in der Bundesrepublik Deutschland stets an den Nationalsozialismus angeknüpft.⁶ Versuche, eine moderne rechtsradikale Partei aufzubauen, blieben bislang erfolglos. Die heute einflussreichste rechtsradikale Partei ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Eine gewisse Rolle spielen gegenwärtig zudem die „Pro“-Parteien und *Die Freiheit*.

Die NPD wurde 1964 gegründet. Sie schloss sich – zwölf Jahre nachdem die Nachfolgepartei der NSDAP, die Sozialistische Reichspartei, verboten wurde – aus mehreren rechtsradikalen Splittergruppen und der (in Rheinland-Pfalz bereits verbotenen) „Deutschen Reichspartei“ zusammen. Funktionäre und Mitglieder waren vielfach Alt-Nazis. Das Programm der NPD beinhaltet zunächst eine heterogene Mischung aus nationalsozialistischen, antikommunistischen und zu Beginn auch konservativ-katholischen Elementen. Kernforderungen der Partei waren die deutsche Wiedervereinigung und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Zwischen 1966 und 1968 zog die junge Partei in sieben Landesparlamente ein. Nachdem sie bei den Bundestagswahlen 1969 überraschend an der 5 %-Hürde scheiterte (4,3 % der Stimmen), wurde sie durch innere Rührungskämpfe geschwächt.

6 Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus. Bezüge zum Nationalsozialismus. In: Gehl, Günter (Hrsg.): Vor 60 Jahren Kriegsende – Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bertuch Verlag: Weimar 2006: 97–114, 97–100.

Unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (1996 bis 2011) gelang es der NPD, ihre Bedeutungslosigkeit seit den 1970er Jahren zu überwinden. Noch im Jahr seiner Wahl gab sich die Partei ein neues Parteiprogramm, das 2010 inhaltlich leicht überarbeitet wurde: Im Grundsatz nationalistisch und völkisch, enthält das Programm antikapitalistische und nationalrevolutionäre Elemente und befürwortet einen nationalen Sozialismus. Die Partei ist offen systemfeindlich und propagiert ein biologisches Rassekonzept mit daraus abgeleiteten politischen Forderungen (unter anderem Enteignung und Ausweisung von Deutschen mit Migrationshintergrund).⁷ Damit hat sie sich seit ihrer Entstehung ideologisch radikalisiert. Unter Voigt knüpfte die NPD neue Netzwerke, insbesondere in „Mitteldeutschland“ – wie sie in Anlehnung an ihre Großraumfantasien bezeichnenderweise die fünf neuen Bundesländer nennt. Gleichwohl erschloss sie sich den Zugang zu der sich seit den 1990er Jahren ausbreitenden rechtsextremen Subkultur. 1998 verabschiedete die Partei auf ihrem Bundesparteitag ein „Drei-Säulen-Konzept“, mit dem sie sich von ihrer althergebrachten Rolle als reine Wahlpartei verabschieden wollte. Für den mittelfristigen politischen Kampf wurden drei strategische Agitationsfelder bestimmt: der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Wähler/Parlamente“.⁸ Hinter dem Konzept steht die Überlegung, dass die NPD nur politische Macht erlangen kann, wenn sie erstens Sympathisanten „auf der Straße“ mobilisiert und zweitens ihre völkisch-nationale Bildungsarbeit verstärkt, Parteimitglieder schult und intellektuelle Netzwerke schafft. Drittens wollte die Partei – auf Grundlage der beiden anderen Ziele – Wahlen gewinnen: in einem ersten Schritt kommunale und später dann regionale und nationale Wahlen. Ende 2004 wurde das Konzept um eine vierte Säule ergänzt: Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ will sie die extreme Rechte einen. Dahinter steht die Überzeugung, dass Wahlerfolge nur durch Kooperation mit anderen Rechtsparteien und den „Freien

7 Vgl. Parteiprogramm der NPD (2010).

http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf (30.1.2013).

8 Apfel, Holger: „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Deutsche Stimme Verlag: Stuttgart 1999: 469 f., 359 f.

NPD-Schulhof-CD „Freiheit statt BRD!“ (wurde indiziert),
Mecklenburg-Vorpommern 2010

Abbildung 1



Kameradschaften“ erzielt werden können.⁹ Die NPD hat sich mit der Öffnung gegenüber Neonazi-Kameradschaften weiter radikalisiert.

Besonders aktiv geht die ehemalige Altherren-Partei heute auf Jugendliche zu, unter anderem durch Freizeitangebote oder die Verteilung kostenloser CDs. Mit der seit 2006 in verschiedenen Versionen herausgegebenen *NPD-Schulhof-CD* wirbt sie für rechtsextremes Gedankengut und bezeichnet sich dabei als „Bewegung“. Die Entwicklung der Schulhof-CDs offenbart in Inhalt, aber auch anhand der beteiligten Musikgruppen, das zunehmend radikale Auftreten der NPD. Gelegentliche Indizierungen einzelner Musiktitel nutzt die sich als Anti-Establishment

⁹ Auf dieser Idee fußt die Wahlabsprache zwischen der NPD und der rechtsradikalen DVU im Jahr 2004. Vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004 schlossen sie den sogenannten „Deutschlandpakt“. Durch den Wegfall rechtsradikaler Konkurrenz sollte das in Deutschland notwendige Überspringen der 5%-Hürde auf dem Weg in die Parlamente besser möglich sein. Tatsächlich zog die DVU damals in den Brandenburger, die NPD in den Sächsischen Landtag ein. Der Deutschlandpakt wurde jedoch mit dem nicht vereinbarten Antreten der NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg 2009 beendet. Nach internem Richtungsstreit und Verabredungen zum Zusammenschluss mit der NPD hat sich die DVU inzwischen aufgelöst. Zur rechtsradikalen Partei DVU vgl. Schellenberg, Britta: Die Radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2011: 59–83, 64 f.

verstehende Partei zur Eigenwerbung.¹⁰ Heute ist der in der rechtsextremen Szene zum Märtyrer stilisierte Musiker Michael Regener alias Lunikoff, der wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung in Haft saß, zum Held der Schulhof-CDs avanciert.

Die strategische Ausweitung der NPD von einer klassischen politischen Partei hin zu einer Organisation mit Bewegungskarakter sowie ihr Vorstoß in die Subkultur kommen den Lebenswelten junger Menschen im 21. Jahrhundert entgegen. Subkulturelle Aktivitäten helfen der NPD auch, dem repressiven Instrumentarium des Staates gegen Neonazi-Organisationsstrukturen und Aktivitäten zu entgehen. Gemeinsam mit anderen rechtsradikalen Akteuren initiiert die NPD „Katz-und-Maus-Spielchen“, mit denen sie, gewissermaßen dialektisch, den Spielraum des Rechtsextremismus in Deutschland ausweitet: Sie steigt in die Subkultur ein und formuliert ihre menschenfeindlichen Anliegen zunehmend offen, wodurch sie eine auf Provokation bedachte „Gegenwelt“ (mit)gestaltet. Ihre Ablehnung des Grundgesetzes¹¹ wird immer deutlicher. Die Partei ist längst verfassungsfeindlich – dass sie trotz des Instruments¹² des Parteienverbots in der Bundesrepublik Deutschland nicht verboten ist, liegt vor allem am Scheitern des ersten Verbotsverfahrens (2001–2003). Grund hierfür war die Durchdringung der Partei durch Sicherheitsbehörden und die Befürchtung einiger, die NPD könne nach einem Verbot (ohne eine Durchdringung der Behörden) unkontrollierter im Untergrund agieren.¹³

10 Die Schulhof-CD „Freiheit statt BRD“ (2010) aus Mecklenburg-Vorpommern wurde indiziert. Die NPD nutzte dies als Werbekampagne und entfernte beanstandete Lieder aus ihrem Download-Bereich.

11 Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

12 Es handelt sich freilich nicht um eine leicht zu nehmende Hürde. Aufgrund des ideologischen Gerüsts und der Zielsetzung der NPD sollte diese im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu nehmen sein. Von einigen Akteuren wird aber die Legitimation eines Parteienverbots moralisch bezweifelt (vielfach bei den Grünen), von anderen aus strategischen Gründen abgelehnt (Teilen der CDU/CSU).

13 Zur kontroversen Debatte zum NPD-Verbot vgl. Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013 (im Erscheinen).

Neben den vielschichtigen Radikalisierungstendenzen zeigt sich, dass die NPD heute auch um Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft bemüht ist. Sichtbar wird das in der Diskrepanz zwischen der Bürgeransprache (etwa im Wahlprogramm oder in Wahlaussagen)¹⁴, bei der sie verhältnismäßig moderat auftritt, und ihrer internen Kommunikation (etwa in der Schulungsbroschüre für Kader)¹⁵. Tatsächlich gelingt es ihr in den sich als abgehängt begreifenden Milieus und Regionen (strukturschwach, Bevölkerungsrückgang), mit nationaler Sozialromantik und Nachbarschaftshilfe auch für breitere Wählerschichten attraktiv zu sein. Im Jahr 2013 verfügt die Partei in einigen Gegenden, vor allem in vom demografischen Wandel stark betroffenen Gegenden Ostdeutschlands, über eine recht aktive und stabile Basis, die sich auch in Mandaten in Stadt- und Gemeinderäten manifestiert. Darüber hinaus verbucht sie auf Länderebene Wahlerfolge: So sitzen ihre Vertreter in den Landtagen von Sachsen (Wahlen 2004: 9,2 %; 2009: 5,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (Wahlen 2006: 7,3 %, 2011: 6,0 %). In Thüringen verfehlte sie 2009 nur knapp den Einzug in den Landtag (2009: 4,3 %), ebenso in Sachsen-Anhalt (2011: 4,6 %). Ihr relativ gutes Ergebnis im Saarland (2004: 4 %) konnte sie 2009 nicht wiederholen. Chancen rechnet sich die Partei auch für die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2014 aus, da dort erstmals die 5 %-Hürde wegfallen wird.

Obgleich die NPD vom staatlichen Repressionsdruck und auch von internen Kämpfen (zwischen radikalen und gemäßigeren Strömungen) und Skandalen (unter anderem Kinderporno-Skandal eines sächsischen Abgeordneten) regelmäßig erschüttert wird und obwohl sie mit der neuen Brisanz der Debatte über Rechtsextremismus seit dem Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ noch stärker der öffentlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt ist, bleibt die NPD im Jahr 2013 die erfolg-

14 Etwa beim Wahlomat der Bundeszentrale für Politische Bildung.

15 Vgl. NPD-Schulungsbroschüre, abrufbar unter: <http://www.redok.de/images/stories/dokumente/npd-argumente.pdf>, (30.01.2013); vgl. ausführlich: Schellenberg, Britta: NPD-Publikationen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 6: Publikationen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston (im Erscheinen).

reichste rechtsradikale Partei Deutschlands. Im November 2011 hat der aus Niedersachsen stammende ehemalige sächsische NPD-Landesvorsitzende Holger Apfel den Bundesvorsitz der Partei übernommen. Im Dezember 2012 hat der Bundesrat beschlossen, erneut ein Verbot der Partei beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Die Bundesregierung hat inzwischen angekündigt, sich an dem Verbotsantrag nicht zu beteiligen.¹⁶

Neben der NPD konnten vor allem *Die Republikaner* (REP) und die *Deutsche Volksunion* (DVU), in den 1980er Jahren gegründet, Wahlerfolge erzielen. *Die Deutsche Volksunion* (DVU), die sich aus national-konservativen Traditionen speist, wurde 1971 als Verein, 1987 als Partei gegründet. Sie wurde maßgeblich von ihrem Gründer, Finanzier und langjährigen Parteivorsitzenden, dem Millionär Gerhard Frey geprägt. In den 1990er Jahren hatte sie eine relativ hohe Anzahl von Parteimitgliedern (1992: 26 000), die aber 2011 auf etwa 1 000 Mitglieder zurückgegangen war. Nach missglücktem Fusionsversuch mit der NPD löste sich die DVU 2012 auf. In den 1990er Jahren und auch noch Anfang des neuen Jahrtausends hatte sie zum Teil beträchtliche, aber zumeist recht kurzlebige Wahlerfolge in Schleswig-Holstein (1992: 6,3 %), Sachsen-Anhalt (1998: 12,9 %) und Brandenburg (1999: 5,3 %; 2004: 6,1 %). Auch in der Hansestadt Bremen konnte die Partei – aufgrund des dortigen speziellen Wahlrechts (5 % in Bremerhaven reichten) – (1991: 6,2 %; 1999: 3,0 %; 2003: 2,3 %; 2007: 2,7 %) in die Bürgerschaft einziehen. Auch *Die Republikaner* (REP) waren zeitweise erfolgreich, sind aber heute weitgehend bedeutungslos. Sie wurden 1983 vom abtrünnigen CSU-Bundesabgeordneten und Fernsehmoderator des Bayerischen Rundfunks Franz Schönhuber gegründet. Sie wollten eine rechtskonservative Wende einleiten und richteten sich gegen die vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredite der Bundesrepublik an die DDR, die als einseitiges Zugeständnis empfunden

16 Anm. der Herausgeber: Aufgrund des Redaktionsschlusses kann diese Entwicklung in dem vorliegenden Artikel nicht ausführlich diskutiert werden.

wurden. *Die Republikaner* waren vor allem Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre erfolgreich, in einer Phase, in der sie sich verstärkt rechtsradikal ausrichteten. Wahlerfolge konnte die Partei vor allem in Baden-Württemberg (1992: 10,9 %; 1996: 9,1 %), aber auch in West-Berlin (1989: 7,5 %) und im Europäischen Parlament (1989: 7,1 %) erzielen. Mit dem jetzigen Parteivorsitzenden Rolf Schlierer (seit 1994) hat sich eine eher konservative, weniger radikale Ausrichtung der Partei durchgesetzt.¹⁷

Die Pro-Parteien, allen voran die Bürgerbewegung *Pro-Köln*, sind in ihren Kampagnen und mit ihren transnationalen Bündnissen anderen modernen Varianten des Rechtsradikalismus in West-Europa (wie der *Dänischen Volkspartei*) ähnlich. Wenngleich sie keine großen Wahlerfolge erzielt haben, so gelingt es den Pro-Parteien doch, durch anti-muslimische Kampagnen immer wieder auf sich aufmerksam zu machen. Die Parteien verstehen sich selbst als „populistisch“, als „Bewegung der Bürger“.¹⁸ Sie stellen das weitverbreitete Angstthema „Islam“ ins Zentrum ihrer politischen Agenda („Gegen die Islamisierung Kölns“), initiieren Kampagnen etwa gegen Moscheebau oder provozieren mit Mohammed-Karikaturen vor muslimischen Glaubensstätten. Jüngst sind sie durch öffentlich-wirksame Aktionen gegen eine radikal-islamische Gruppe, die Salafisten, aufgetreten. Weitere Feindbilder der Partei sind Roma und Migranten allgemein. Diese werden vor allem als „Kriminelle“ stigmatisiert und thematisiert. *Pro Köln* wurde 1996 als Verein gegründet und zur Jahrtausendwende von Aktivisten aus der rechtsextremen Szene durchdrungen. 2004 gelang ihnen mit 4,7 % der Einzug in den Kölner Stadtrat mit vier Mandaten. Bei der Kommunalwahl in Köln im August 2009 erreichte *Pro-Köln* 5,4 % und zog mit fünf Mandaten in den Stadtrat ein. Ihr Ableger *Pro-NRW* ist gleichzeitig ihre flächenmäßige Ausdehnung. *Pro-Köln* ist aktuell die erfolgreichste von diversen rechtspopulistischen und rechts-

17 Vgl. ausführlich Schellenberg, Britta: *Die Republikaner*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston 2012: 536–538.

18 Vgl. Häusler, Alexander (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.

extremen Wählervereinigungen. Ähnlich stellt die in Inhalt und Ausrichtung an die rechtspopulistische, niederländische Wilders-Partei anknüpfende Partei *Die Freiheit* die Agitation gegen den Islam und gegen Moslems ins Zentrum ihrer Agenda. Ihr steht der ehemalige Berliner CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz vor, der die junge Partei 2010 mitgegründet hat. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 erlangte *Die Freiheit* trotz intensivem Wahlkampf lediglich 1 % der Stimmen. Allerdings haben sich inzwischen zahlreiche Landesverbände gebildet. Mit provokativen Aktionen und rechtspopulistischem Gestus suchen ihre Protagonisten Zugang zu Medien und Öffentlichkeit. Das Personal der Partei versteht sich als „rechts-konservativ“, „islamkritisch“ und „national“ und rekrutiert sich aus dem Spektrum der Neuen Rechten, dessen größtes Sprachrohr aktuell die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und der rechtsradikale Blog „Politically Incorrect“ (PI/PI-news) ist.¹⁹ Auch die *Bürgerinitiative Ausländerstopp* aus Bayern stellt das Thema „Feindlichkeit gegen Moslems“ ins Zentrum ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Partei, auch als „Tarnorganisation“ der NPD bezeichnet, gelang der Sprung in die Stadträte von Nürnberg (2008: zwei Mandate) und München (2008: ein Mandat).

Rechtsradikale Parteien in Deutschland punkten – im Gegensatz zu vielen ihrer europäischen Pendanten – (bislang) nicht auf Bundesebene. Allerdings verbuchen sie Erfolge auf kommunaler und regionaler Ebene. Abgeordnete rechtsradikaler Parteien sitzen in einigen Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten. Begünstigt durch kommunale Wahlregeln, die vielerorts auf die sonst übliche 5 %-Hürde verzichten und bereits bei 2 % oder 3 % kommunalpolitische Mandate vergeben, setzten rechtsradikale Parteien ihren Aufbau der Basis in bestimmten Gebieten fort. Prozentual hohe Erfolge konnte die NPD bei Kommunalwahlen in Sachsen (2004: 26, 2009: 72 Mandate) und Mecklenburg-Vorpommern (2009: 60 Mandate) verbuchen, aber auch in anderen Bundesländern ist sie auf der

19 So ist Michael Stürzenberger prominenter Autor von Politically Incorrect sowie bayerischer Landesvorsitzender der Freiheit.

kommunalen Ebene vertreten (so in Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt). Bei den letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gewann die NPD in einzelnen Gemeinden über 30 % der Stimmen, in Sachsen bis zu rund 20 %. So zeigt sich, dass der Erfolg rechtsradikaler Parteien insgesamt betrachtet zwar begrenzt bleibt, die radikale Rechte sich jedoch in einigen Gebieten, im lokalen und zum Teil auch regionalen Bereich, etablieren kann.

2. Bewegungen und Subkultur

Komplementär zu den Parteien besteht in Deutschland ein heterogenes Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Aktivitäten. Die Entwicklungen im subkulturellen und bewegungsförmigen Bereich zeigen die Innovationskraft des (aktionistischen) deutschen Rechtsextremismus: Mit der Fragmentierung und Radikalisierung des Rechtsradikalismus in den 1970er und 1980er Jahren gründeten sich nicht allein neue Parteien wie die DVU und *Die Republikaner*. Es entstanden neonazistische²⁰ Kampfgruppen, die paramilitärische Übungen durchführten, um für einen nationalrevolutionären Umsturz der Bundesrepublik Deutschland und gegen eine (angeblich) linke Gefahr des Kommunismus und der Studentenbewegung gerüstet zu sein.²¹ Diese neonazistischen Gruppen warben um die „deutsche Jugend“, was vorerst kaum erfolgreich war. Allerdings gelang es, das Machtvakuum der im Niedergang begriffenen

20 Der Begriff „Neonazismus“, eine Abkürzung für neuen Nationalsozialismus, bezeichnet einen Teilbereich des gegenwärtigen Rechtsextremismus, der sich positiv auf den historischen Nationalsozialismus bezieht. Dies wird durch Adaption der Ideologie, Glorifizierung einzelner Personen des Nationalsozialismus (wie Hitler und Hess), Gebrauch entsprechender Symbole sowie durch Nachahmung von Organisationsformen (etwa der SA, SS) deutlich.

21 1971 verlieh der Amerikaner Gary Rex Lauck dem Neonazismus einen ersten organisatorischen Ausdruck: Er gründete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslandsorganisation (seit 1977: Aufbauorganisation; NSDAP/AO) in den USA. In Deutschland bildete Michael Kühnen die Aktionsfront Nationaler Sozialisten des (ANS; später: ANS/NA; Verbot 1983) als „legalen Arm“ der Auslandsorganisation, sowie Friedhelm Busse die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD), Manfred Roeder die Deutsche Aktionsgruppe (DA) und Karl-Heinz Hoffmann die Wehrsportgruppe Hoffmann.

DDR zu nutzen und auf ihrem Gebiet Neonazi-Strukturen aufzubauen. So gründeten Anfang 1990 prominente DDR-Faschos, -Skins und -Hooligans gemeinsam mit „Kameraden“ aus dem Westen die *Nationale Alternative* (NA) in Ost-Berlin. In einem besetzten Haus (Weitlingstraße 122) richteten sie ein „Nationales Kommunikationszentrum“ ein, das ihnen zu einer breiteren Öffentlichkeit verhalf. In dieser Zeit wurden zahlreiche neonazistische Organisationen gegründet. Auch bereits existierende Kampfgruppen verlagerten ihr Aktionsfeld in die neuen Bundesländer.²²

Nach Anschlagswellen auf Asylbewerber in Hoyerswerda und Rostock sowie auf Migranten in Solingen und Mölln wurde ab 1992 eine Reihe rechtsextremer Organisationen auf Grundlage der umfangreichen Gesetzgebung gegen alle Formen des (Neo-)Nazismus verboten.²³ Auf die Verbotswelle reagierten führende Neonazis mit einem Strukturumbau des organisierten Neonazismus. Sie verzichteten fortan auf eine staatliche Zertifizierung (als Verein oder ähnliches) ihrer Zusammenschlüsse: Statt juristisch belangbarer Organisationen etablierten sie ein Netz scheinbar autonom agierender, lokal verankerter Kameradschaften.²⁴ Ihre Führungsfiguren, Christian Worch, Thomas Wulff und Thorsten Heise, waren selbst von der staatlichen Repression betroffen: So wurde die *Nationale Liste*, die Worch und Wulff führten, wie auch die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*, der Heise angehörte, verboten.²⁵

22 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert Stiftung: Berlin 2010: 102 f.; vgl. Schellenberg, Britta: Neonazismus. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston 2012: 445–447.

23 Gleichwohl wurde die rassistische und rechtsextreme Gewalt politisch von der Bundesregierung genutzt, um das Asylrecht einzuschränken. Vgl. hierzu Lynen von Berg, Heinz: Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990–1994). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Opladen 2000.

24 Zur Struktur einer Kameradschaft und ihrer regionalen Einheit, dem „Aktionsbündnis“, siehe: Schellenberg, Britta: Die Radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora; Britta, Schellenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2011: 59–83, 70.

25 Vgl. Röpké, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Ch. Links Verlag: Berlin 2004.

Das Konzept der *Neonazi-Kameradschaften* ist aber nicht allein eine Reaktion auf staatliche Repression, sondern stellte auch eine bewusste Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien dar. Die Vertreter der „Freien Kräfte“, wie sich die Neonazi-Kameradschaften meist selbst nennen, warfen Parteien wie der NPD zu jener Zeit vor, zu parlamentarisch und zu legalistisch zu sein. Sie selbst wollten sich offen in die ideologische Tradition des Nationalsozialismus stellen und NS-Organisationen sowie rechtsterroristische Gruppen wie die Wehrsportgruppe Hoffmann als ihre kämpferischen Ideale preisen. Die Neonazi-Kameradschaften sehen sich als Teil eines „nationalen Widerstands“, einer „rechtsradikalen Einheitsfront“. Heute stellen sie die dynamischsten Zusammenschlüsse deutscher Neonazis dar, und das Konzept findet sich als Exportgut in Ländern Osteuropas.

In den Kameradschaften sind häufig militante Neonazis, aggressive Rechtsrocker und rechtsorientierte Jugendliche vereint. Vielfach sind die Kameradschaften für gewalttätige Übergriffe und die Etablierung sogenannter „Angstzonen“ („no go areas“) verantwortlich. Ins öffentliche Interesse rücken die Neonazi Kameradschaften jedoch meist erst dann, wenn bei ihren Mitgliedern Waffen gefunden werden oder sie terroristische Aktivitäten durchführen. So wurde etwa die Kameradschaft Süd bekannt, als ihr Vorhaben, ein Bombenattentat bei der Grundsteinlegung für das jüdische Kulturzentrum in München zu verüben, offengelegt und die Kameradschaft infolgedessen als terroristische Vereinigung eingestuft wurde.²⁶

Seit ca. 2002 ist zudem eine neue Gruppierung zum festen Bestandteil – und Exportgut – des deutschen Rechtsextremismus geworden: die Autonomen Nationalisten. Sie entwickelten sich in Berlin und Dortmund und haben sich bundesweit verbreitet. Ihre Anhänger sind meist sehr jung (ab

26 Vgl. Schellenberg, Britta: Neonazi-Kameradschaften. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen. de Gruyter, Saur: Berlin/Boston 2012: 443–445.

etwa 14 Jahre) und übernehmen den Kleidungsstil und zum Teil auch Habitus linker Gruppierungen, insbesondere des autonomen „Schwarzen Blocks“. Ihre Themen sind gegenwartsbezogen: So fragen sie nach Perspektiven für Jugendliche in der heutigen Gesellschaft. Zum Teil ist die Gruppe auch für Jugendliche in prekären Situationen attraktiv: Sie bietet ihnen Unterschlupf (zum Beispiel Übernachtungsmöglichkeiten für Heimkinder) und Beschäftigung. Damit hat ihre soziale Kritik eine reale Basis. Allerdings ist die Fluktuation dieser Gruppe erheblich. Viele verlassen sie nach einigen Monaten wieder, in einigen Gegenden haben sich die Autonomen Nationalisten inzwischen vollständig aufgelöst.²⁷

Nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren (2003) haben sich die Beziehungen zwischen Kameradschaftsszene und NPD verbessert, weil die NPD „gereifter“ aus dem Verfahren herausgekommen sei, so die Kameradschafts-Kader Ralph Tegethoff, Thorsten Heise und Thomas Wulff. Die NPD gehöre nun zum „nationalen Widerstand“ und ihr solle bei Wahlen geholfen werden. Heise, Wulff und Tegethoff traten der NPD bei.²⁸ Der wegen Körperverletzung, Volksverhetzung etc. mehrfach verurteilte Heise etwa sitzt heute für die NPD im Kreistag Eichsfeld (Thüringen).

27 Vgl. ausführlich: Häusler, Alexander; Schedler, Jan: Neonazismus in Bewegung: Verortung der „Autonomen Nationalisten“ in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2011.

28 Vgl. Röpke, Andrea: Braune Kameradschaften. Bundeszentrale für Politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus vom 13.09.2006. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41901/braune-kameradschaften> (30.01.2013).



Beerdigung von Friedhelm Busse. Rechts: Wulff und Polizist, Mitte: Neonazi-Prominenz aus NPD und Kameradschafts-Szene sowie Wulff mit Hakenkreuzflagge; rechts im Bild der Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl.²⁹

Inzwischen wurden einige Kameradschaften gerichtlich verboten, wie die Kameradschaft Süd, die Kameradschaft Oberhavel und die Skinheads Sächsische Schweiz. Verboten wurden darüber hinaus aufgrund ihrer gegen die Verfassung und Völkerverständigung gerichteten Ausrichtung die „Blood & Honor Division Deutschland“, „White Youth“ (2000) und aufgrund ihrer aggressiv-kämpferischen Ausrichtung gegen die verfassungsmäßige Ordnung die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (2009). Nach öffentlichem Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ kommt es im Jahr 2012 in einigen Bundesländern zu einer Verbotschwelle (so wird in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel der „Nationale Widerstand Dortmund“ verboten)³⁰. Blickt man auf die Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigt sich, dass die glei-

29 Der Polizeidirektor der Stadt Passau Alois Mannichl lässt Thomas Wulff, der die Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz auf den Sarg gelegt hatte, festnehmen. Später wird die Flagge als Beweismittel entfernt. Es folgen Beschimpfungen gegen Mannichl aus der Neonazi-Szene. Im Dezember 2008 wird Mannichl Opfer eines gewalttätigen Übergriffs. Er bezeugt die Worte des Täters: „Du trampelst nimmer auf den Gräbern unserer Kameraden herum.“ Bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt – im Kontrast zur nahe liegenden Vermutung, die Tat könnte rechtsradikal motiviert gewesen sein, formulierten bayerische Behörden schnell den Verdacht gegenüber der Presse, es könnte sich um eine „Beziehungstat“ aus dem Umfeld der Familie Mannichl handeln – was sich als nicht stichhaltig erwies. Vgl. „Theorie der Beziehungstat. Nach Attacke auf Mannichl“ in der Süddeutschen Zeitung vom 17. Mai 2010. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/nach-attacke-auf-mannichl-jetzt-auch-noch-spottfigur-nummer--1.410229-2> (30.01.2013).

30 Killguss, Hans-Peter; Puls, Hendrik; Klare, Heiko; Sturm, Michael: Verbote von Neonazi-Kameradschaften: Jahresrückblick 2012 aus Nordrhein-Westfalen. Vom 25. Dezember 2012. Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-jahresrueckblick-2012-aus-nordrhein-westfalen-8356> (30.01.2013).

chen Personen unter neuen, aber ähnlichen Strukturen kontinuierlich weiterarbeiten. Jüngst hat der Neonazi Christian Worch die Organisation, „Die Rechte“, gegründet, die militanten Rechtsradikalen eine neue Heimat bietet. Die Organisation ist diesmal wieder als politische Partei konzipiert und könnte, sollte sie zugelassen werden, der NPD Konkurrenz machen oder sie, für den Fall, dass diese verboten wird, ersetzen.

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU)

Rechtsterrorismus ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Novum. Die Aufklärung rechtsterroristischer Taten und eine sachliche Analyse ihrer Ermöglichungsstrukturen wie etwa beim Levin-Poeschke-Mord (1980 in Erlangen, Bayern) und dem Anschlag auf dem Münchener Oktoberfest (Bayern) gestalteten sich stets als schwierig.³¹

Am 4. November 2011 verfolgte die Polizei Bankräuber, die 70.000 Euro von einer Sparkassen-Filiale in Eisenach (Thüringen) erbeutet hatten. Durch Hinweise aus der Bevölkerung kamen die Polizeibeamten den Tätern auf die Spur. Sie hatten sich in ein angemietetes Wohnmobil zurückgezogen und sich dort vor ihrem Aufgreifen (vermutlich selbst) erschossen. Die Täter, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, gehörten zum bis dahin der Öffentlichkeit unbekannten „Nationalsozialistischen Untergrund“, was die Waffenfunde im Wohnmobil sowie Bekennerfilme belegten.

Über ein gutes Jahrzehnt mordete die Gruppe, in der Wendezeit sozialisierte Neonazis, mindestens zehn Menschen (neun Personen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin) und verletzten weitere Menschen schwer (Passanten in multikulturellen Großstädten und mindestens einen Polizisten).³² Hinrichtungen sollten Migranten (und Polizisten?) in Angst und Schrecken versetzen, zudem wurden Sprengstoffanschläge

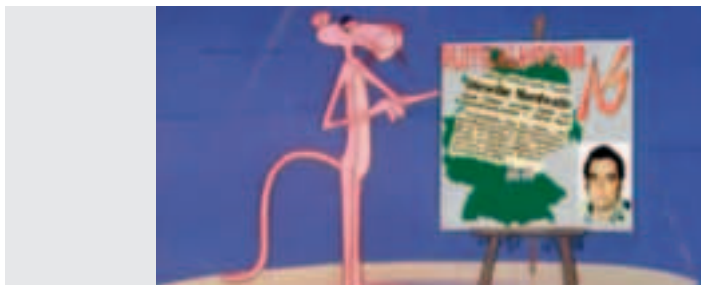
31 Vgl. Virchow, Fabian; Levin-Poeschke-Mord (1980). In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Bd. 4, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston 2011: 232 f.

32 Der erste Mord wurde im Jahr 2000 verübt, der letzte 2007.

(mindestens zwei in Köln) verübt und mindestens fünfzehn Banken sowie ein Lebensmitteldiscounter überfallen. Mit dem geraubten Geld unterstützten die NSU-Terroristen diverse Neonazi-Aktivitäten. Zur Werbung für den neo-nationalsozialistischen Kampf hatten sie ein antisemitisches Monopoly-Spiel („Pogromly“) sowie einen die Gewalttaten preisenden Film produziert. Inzwischen führt der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen den NSU wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

NSU-Bekennervideo zu Döner-Mordserie

Abbildung 3



Quelle: Youtube

Eine Komplizin von Mundlos und Böhnhardt, Beate Zschäpe, sitzt in Haft, nachdem sie versucht hatte, durch Brandlegung im gemeinsamen Wohnhaus Beweismaterialien zu vernichten. Sie stellte sich selbst der Polizei.³³ Ihr Prozess findet vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München (Bayern) statt und begann am 6. Mai 2013. Nach der Strafprozessordnung muss der Prozess in einem der Bundesländer stattfinden, in dem NSU-Tatorte liegen. Fünf der zehn NSU-Morde wurden in Bayern verübt.

Die Entwicklung des Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren hin zu mehr Radikalität und Militanz, aber auch Referenzpunkte zum NSU innerhalb der Szene unterstreichen, dass es sich beim militanten Rechts-

33 Zu weiteren, im NSU-Zusammenhang festgenommenen Personen, vgl.: <http://nsu-watch.apabiz.de/zeitleiste/> (30.01.2013).

radikalismus nicht um Einzeltäter, sondern um ein komplexes Netzwerk handelt: Dies belegen unter anderem Tonbandaufzeichnungen eines Gesprächs aus dem Jahr 2007 zwischen zwei bekannten Neonazis, Thorsten Heise und Tino Brandt, sowie einer dritten Person. Die drei unterhalten sich offenbar über Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Dabei wird unter anderem geäußert, dass diese im Untergrund leben und ihnen Geld überbracht werden sollte, das möglicherweise verloren ging.³⁴ Wie bekannt die Taten des NSU in der Szene auch über einen engen Personenkreis hinaus bereits vor der öffentlichen Debatte waren, zeigt ein Blick auf rechtsextreme Publikationen und Musiktex te. So rühmen beispielsweise „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ im Sommer 2010 die Taten des NSU mit ihrem Lied „Döner Killer“ auf der CD „Adolf Hitler lebt“³⁵:

*„Neun mal hat er es jetzt schon getan.
Die SoKo Bosporus³⁶, sie schlägt Alarm.
Die Ermittler stehen unter Strom.
Eine blutige Spur und keiner stoppt
das Phantom.
Sie drehen durch,
weil man ihn nicht findet.
Er kommt, er tötet und er verschwindet.
Spannender als jeder Thriller, sie jagen den Döner-Killer.*

*Neun mal hat er bisher brutal gekillt,
doch die Lust am Töten ist noch nicht gestillt.
Profiler rechnen mit dem nächsten Mord.
Die Frage ist nur wann und in welchem Ort.“*

34 Die Auswertung der Tonbänder vom Mai 2009 lagerte beim BKA. Ihre Existenz wurde nicht vom BKA in der NSU-Debatte bekundet, sondern im Dezember 2012 zufällig bei Aktendurchsicht von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses entdeckt. Vgl. Bericht und nachgefragt von Petra Pau im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags am 29.11.2012 (bezieht sich auf: MAT_A_BKA_2-46, Bl. 113–117). Vgl. auch den entsprechenden Beschluss des Untersuchungsausschusses hierzu: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/beweisbeschuesse/20121213/GBA-012.pdf> (30.01.2013).

35 Diese CD wurde indiziert.

36 So nannte sich die Sonderkommission, die Ermittlungen anlässlich der Morde an Menschen mit ausländischer Familienbiografie durchführte.

Und eine weitere Band aus dem Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes“ besingt freundschaftlich das Abtauchen der drei gesuchten Neonazis: „Ihr hattet wohl keine andere Wahl. [...] Zurück könnt Ihr jetzt wohl nicht mehr. [...] Die Kameradschaft bleibt bestehen [...] Der Kampf geht weiter, für unser deutsches Vaterland!“³⁷ Nicht nur während das untergetauchte NSU-Trio mordete und raubte, auch nach deren Entdeckung gibt es zahlreiche Referenzen und Zustimmung zum Terrornetzwerk in der Neonazi-Szene: Beliebt wurde Kleidung mit dem Aufdruck „Killerdöner nach Thüringer Art“, ebenfalls wurden die in der NSU-DVD verwendete Comicfigur Paulchen Panther und ihr Lied häufiger Referenzpunkt.³⁸ Auch wurde auf rechtsextremen Konzerten, Demonstrationen und im Internet Zustimmung zum „NSU“ skandiert.³⁹

Mit der militanten Neonazi-Szene stark verwoben ist ein breites subkulturelles Angebot. Es zielt auf frustrierte, protestorientierte, rassistisch und autoritär geprägte Jugendliche ab und besteht aus Musik, modischen Accessoires, Kleidung und Codes sowie aus diversen (Freizeit-)Veranstaltungen. Attraktion und Treffpunkt für junge Sympathisanten und Anhänger sind insbesondere rechtsradikale Konzerte, bei denen gemeinschaftlich gegröler Hass gegen als „fremd“ stigmatisierte Menschen, „das System Bundesrepublik“ ebenso wie Sieg-Heil-Rufe und das Zeigen des Hitler- oder Kühnen-Grußes⁴⁰ die Regel sind.⁴¹ Die Verbreitung der rechts-

37 Band „Eichenlaub“, Lied „5. Februar“ (angenommenes Datum des Abtauchens).

38 Die Figur war allerdings auch schon vor der Entdeckung des NSU durch Polizisten Referenzpunkt von Neonazis (der ehemalige sächsische Landtagsabgeordnete Peter Klose etwa zeigte die Figur auf seiner Facebookseite). Nach der öffentlichen Diskussion über den NSU wurde das Paulchen-Panther-Lied als Solidaritäts-Song u. a. auf einer Neonazi-Demonstration in München gespielt. Nachdem jeweils rechtliche Schritte eingeleitet wurden, ebte diese Form des öffentlichen Bekenntnisses wieder ab.

39 Vgl. etwa Verfassungsschutzbericht 2011: 63.

40 Der von dem verstorbenen Neonazi Michael Kühnen als Alternative zum verbotenen Hitlergruß eingeführte Kühnengruß (gestreckter rechter Arm, Daumen, Zeige- und Mittelfinger abgespreizt, andere Finger angewinkelt – es entsteht ein „W“ für „Widerstand“) ist heute ebenfalls verboten und muss strafrechtlich geahndet werden.

41 Einen anschaulichen Einblick bietet der Film „Blut muss fließen“ von Thomas Kuban (Regisseur: Peter Ohlendorf) und das gleichnamige Buch.

extremen Musik spiegelt sich in der wachsenden Anzahl von Konzerten und Bands (2011: 178 gegenüber 2010: 165⁴²) wider. Das rechtsradikale Musikangebot ist in den letzten Jahren qualitativ hochwertiger und auch differenzierter geworden. Es reicht von Rock über National Socialist Hatecore und Black Metal bis hin zu rührseligen Balladen. Gehört werden Bands wie „Die Lunikoff Verschwörung“, „Faustrecht“ und „Feuer & Flamme“.⁴³

Wie viele Jugendliche rechtsradikale Subkultur nutzen oder als subkulturell geprägte Rechtsextreme bezeichnet werden können, lässt sich schwer abschätzen. Eine „abnehmende Bedeutung der subkulturell geprägten Rechtsextremisten“ anzunehmen, weil das Skinhead-Outfit unattraktiv geworden ist, ignoriert jedoch die Wandlungsfähigkeit von Subkulturen.⁴⁴ Das vergleichsweise Unauffällige heutiger rechtsradikaler Outfits, die versteckte, aber klare Hinweise auf die Gesinnung geben, ist jedoch für viele weniger sichtbar. Typische rechtsradikale Outfits sind gegenwärtig dunkle T-Shirts und Kapuzen-Shirts, Turnschuhe und Hemden mit häufig eher unauffälligen rechtsradikalen Namen, Codes und Symbolen, auch einschlägiger Kleidermarken (unter anderem „Thor Steinar“ und „Consdable“). Geschulte Beobachter können vielerorts rechtsradikale Codes (wie etwa „88“, was als Zahlencode für die Buchstaben HH steht und „Heil Hitler“ bedeutet) entdecken: an Straßenschildern, U-Bahnzugängen oder Hauswänden und auch als Accessoires bei ansonsten nicht augenscheinlich rechtsradikalen Jugendlichen.

Eine jüngere Aktionsform der Neonazis sind die Auftritte der „Unsterblichen“, eine moderne Variante der Ku-Klux-Klan- und SS-Aufmärsche. „Die Unsterblichen“, mit weißen Masken und schwarzer Kleidung kostümierte

42 Verfassungsschutzbericht 2011: 109.

43 Vgl. Schellenberg, Britta: Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Wochenschau Verlag: Schwalbach 2011.

44 Zu dieser Einschätzung und Argumentation vgl. Verfassungsschutzbericht 2011: 65 ff. Möglicherweise benutzt der Verfassungsschutz auch einen eigenwilligen „Subkultur“-Begriff, der in der Wissenschaft unbekannt ist.

Neonazis, marschieren nachts mit Fackeln durch (verlassene) Straßen. Diese Fackelmärsche werden visuell ästhetisch aufgenommen, die Neonazis wollen Stärke demonstrieren und Zuschauer im Netz emotional treffen. Dies zeigt, dass die virtuelle Welt gegenüber den traditionellen Aktivitäten in der realen Welt wichtiger wird. Die Botschaft der Auftritte wird knapp formuliert und knüpft in der direkten Ansprache an den Einzelnen vor dem Computer, an Userfantasien in der digitalen Spielwelt an: „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass Du Deutscher gewesen bist.“ Entsprechende Aktivitäten können auf Neonazi-Blogs, auch bei YouTube, jederzeit und von jedem angeschaut werden.

Tatsächlich wird das Web als Kommunikations- und Informationsmedium immer beliebter. 2011 dokumentierte das deutsche jugendschutz.net 1 671 rechtsextreme Webseiten.⁴⁵ Besonders aktiv zeigten sich Neonazi-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen. Auch soziale Medien wie Facebook und YouTube sowie der Mikroblogging-Dienst Twitter werden stark frequentiert.⁴⁶ Das rechtsextreme Internetportal „Altermedia“ wird mit seiner deutschen Sektion, nach vorübergehender Sperrung, wieder zur wichtigen Informations- und Kommunikationsstruktur der Neonazis. Typisch für das rechtsradikale Netzverhalten sind simple politische Kampagnen: Nach der Entdeckung der NSU-Morde fanden sich auf Webseiten Banner mit der Aufschrift „Wir sind keine Terroristen“. Die Ambivalenz der Aussage ist charakteristisch für den deutschen Neonazismus des beginnenden 21. Jahrhundert. Das Statement betont – so die eine Lesart –, dass sich die Neonazis nicht als Terroristen, sondern als Verteidiger eines völkischen Deutschtums, auch gegen den Staat „Bundesrepublik“, verstehen. So seien die NSU-Morde nicht Terrorismus, sondern Befreiungsakte. Nach anderer Lesart wird der Vorwurf

45 Besonders viele Webseiten stammten aus dem Umfeld der Neonazi-Kameradschaften (391 Webseiten), hinzu kamen 63 Seiten von Gruppierungen der Autonomen Nationalisten und 52 Angebote, die speziell der Mobilisierung für bestimmte Kampagnen oder Szeneevents dienten.

46 Jugendschutz.net (Hrsg.): Rechtsextremismus online. Beobachten und nachhaltig bekämpfen. Bericht über Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2011, Mainz 2012 (verantwortlich Stefan Glaser). <http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/pk2012/bericht2011.pdf> (30.01.2013). Jugendschutz.net überprüft im Auftrag der Obersten Landesjugendbehörden Angebote der Telemedien.

des Mordes und Terrorismus durch Rechtsextreme als Verschwörungstheorie zurückgewiesen. Dabei werden Beziehungen zum klassischen Repertoire der Neonazis gesetzt: Schuldabwehr, das Einnehmen der Opferrolle und die Verbreitung von Verschwörungstheorien. In dieser Lesart sind es böse Mächte, die den Neonazis Terrorismus unterstellen, um ihnen bzw. dem „völkisch Deutschen“ den Todesstoß zu versetzen. Die ambivalente Aussage ermöglicht sowohl die gewinnbringende Ansprache der Anhänger als auch die Präsentation von Harmlosigkeit gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit und bundesdeutschem Strafrecht.

Häufig gibt es auf rechtsextremen Seiten eine Rubrik, die Namen und Fotos von „Feinden“ der Neonazis veröffentlicht. Hier sind Personen genannt, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Zudem ist der Hass gegen Juden, auch teilweise personifiziert und bebildert, ein besonderer Schwerpunkt der Neonazi-Seiten.⁴⁸

Anti-Antifa-Drohvideo 2008

Abbildung 4



Anti-Antifa-Drohvideo gegen Rainer Sauer, den ver.di-Sekretär, der eine Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus gegründet hatte, 2008 auf YouTube (inzwischen gelöscht).⁴⁷ Quelle: Youtube

47 Vgl. Kleffner, Heike: Neonazi-Drohvideos bei YouTube, veröffentlicht unter [netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de) am 18.05.2008. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/neonazi-drohvideos-bei-youtube> (30.01.2013).

48 Vgl. Schellenberg, Britta: Neo-Nazi Blogs. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 6. Publikationen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston (im Erscheinen).

II. Gewalt, Straftaten und Opfer

Nach der Wende 1989, dem Fall der Mauer und dem Niedergang der DDR nahm die Anzahl rechtsradikaler Straf- und Gewalttaten drastisch zu. Die Zahl von mindestens 149 Todesopfern durch rechtsradikale Gewalt und eine viel größere Anzahl an physisch wie psychisch Verletzten, darunter auch zahlreiche Schwerverletzte, unterstreichen die Schlagkraft der rechtsradikalen Szene unabhängig von Wahlergebnissen. Im Oktober 2012 äußerte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) gegenüber der Presse, es seien nicht nur die drei bekannt gewordenen Personen des NSU vor dem Zugriff durch die Behörden untergetaucht, sondern es gebe 110 weitere untergetauchte Rechtsextreme, die mit offenen Haftbefehlen gesucht würden. Kurz darauf wurde er von einem seiner Mitarbeiter korrigiert, es handele sich „lediglich“ um 18 untergetauchte Rechtsextreme – was freilich ebenfalls keine kleine Zahl ist.⁴⁹

2011 wurden offiziell 16 873 Straftaten „Politisch motivierter Kriminalität – rechts“ gezählt. Den Löwenanteil dieser Straftaten machten Propagandadelikte (11 475) aus. Hierzu zählen Aktivitäten (etwa das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole), deren Verbot als Charakteristikum der deutschen „wehrhaften“ Demokratie verstanden werden muss und deren strafrechtliche Ahndung sich auf europäischer Ebene nicht durchsetzen konnte.⁵⁰ Im westeuropäischen Vergleich sind Fälle von Nötigung/Bedrohung (128) und Sachbeschädigung (1 377) allerdings ebenfalls relativ hoch. Der Anteil der Volksverhetzung mit 1 605 Taten (unter anderem Anstiftung zu Rassenhass) unter den Fällen ist beträchtlich.⁵¹ Durchschnittlich wird in Deutschland fast stündlich eine rechtsextreme Straftat erfasst.

49 „110 untergetauchte Rechtsextreme‘: Minister Friedrich bauscht Nazi-Meldung auf.“ Artikel des Spiegels vom 28.10.2012. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/untergetauchte-rechtsextreme-innenminister-friedrich-trug-dick-auf-a-863838.html> (30.01.2013).

50 Vgl. hierzu Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland, Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C-A-P Analyse, 2/2008: 10f; <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/cap-analyse-2008-02.php> (30.01.2013).

51 Verfassungsschutzbericht 2011: 35ff.

Laut Bundesverfassungsschutzbericht wurden im Jahr 2011 aufgrund „politisch rechter Motivation“ im Schnitt 2,7 Gewalttaten täglich (828, davon 755 mit extremistischem Hintergrund) verübt, dabei wurde etwa pro Tag ein Mensch aus „fremdenfeindlichen Motiven“ verletzt (338). Gegenüber dem Vorjahr hat neben „fremdenfeindlicher Gewalt“ zudem die Gewalttätigkeit gegenüber „politischen Feinden“ zugenommen, die keine (vermeintlichen) „Linksextreme“ waren. Es handelt sich bei den Gewalttaten vorwiegend um Körperverletzungen. Registriert wurde ein versuchter Mord in beinahe jedem zweiten Monat.⁵²

Dass die Diskrepanz staatlicher Daten zu Daten nichtstaatlicher Organisationen im Bereich „politisch rechts(extrem) motivierter“ Gewalt bzw. „Vorurteils kriminalität“ erheblich sind, beklagen Menschenrechtsorganisationen und Opferberatungsstellen. Besonders brisant sind diese Differenzen gemessen am Indikator der Todeszahlen: Die Bundesregierung hatte bislang 48 Todesfälle seit 1990 registriert, die sie – nach den NSU-Morden – auf 58 Morde korrigierte (Februar 2012). Journalisten von Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau und ZEIT sowie Vertreter von Opferberatungsstellen verzeichnen seit 1990 149 Todesopfer „rechter Gewalt“.⁵³ Die Opferchronik der Amadeu Antonio Stiftung zählt sogar 182 Todesopfer „durch rechtsextreme Gewalt“ seit 1990.⁵⁴ Internationale Institutionen kritisieren Deutschland aufgrund der Erfassung und des Umgangs mit entsprechenden Opferzahlen. Sie bemängeln, dass Vorurteils kriminalität, insbesondere rassistische Taten, häufig von offiziellen Stellen nicht erfasst würden. Dies liege vor allem daran, dass die Täter keiner rechts-extremen Gruppierung zuzuordnen seien und damit die entsprechende

52 Verfassungsschutzbericht 2011: 36ff. Nachmeldungen sind hier noch nicht berücksichtigt, ebenso selbstredend nicht Delikte, die nicht gemeldet oder aufgenommen wurden.

53 „149 Todesopfer rechter Gewalt“, Tagesspiegel vom 31.05.2012, Autoren: Frank Jansen, Johannes Radke, Heike Kleffner, Toralf Staud. <http://www.tagesspiegel.de/politik/todesopfer-rechter-gewalt/> (30.01.2013).

54 Erkol, Aslan; Winter, Nora: 182 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990. Veröffentlicht unter: Mut gegen rechte Gewalt am 23.11.2011. <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990> (30.01.2013).

Tat nicht als rassistisch verzeichnet werde.⁵⁵ Doch selbst wenn man – entgegen der Einschätzung von Experten – die offiziellen Zahlen zugrunde legt, ist die Zahl der Todes- und Gewalt-Opfer immer noch alarmierend hoch.⁵⁶

III. Ermöglichungsstrukturen

Betrachtet man die Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus in den vergangenen Jahrzehnten, so zeigt er sich – jenseits seines ideologischen Gerüsts – innovations- und wandlungsfähig. Das Ausmaß an rechtsradikaler Gewalt in Deutschland und seine Konstanz seit 1990 muss verwundern – insbesondere weil Deutschland über eine regressive Gesetzgebung und eine große öffentliche Ächtung gegenüber dem Phänomen verfügt.⁵⁷ Nach der Entdeckung des NSU stellt sich die Frage nach

55 Ferner beobachten internationale Institutionen und Menschenrechtsorganisationen mangelnden Aufklärungswillen bezüglich „politisch motivierter Kriminalität rechts“ – häufig fehle dem Personal ein menschenrechtliches Grundverständnis. Vorstellungen von Ungleichwertigkeit manifestierten sich beim Personal u. a. in Polizei-Publikationen mit diskriminierendem Inhalt (etwa gegen Roma) und Misshandlungsfällen in Polizeigewahrsam. ECRI (Hrsg.): ECRI Report on Germany (fourth monitoring cycle), Strasbourg 2009. Vgl. http://hudoc.ecri.coe.int/XML/ECRI/ENGLISH/Cycle_04/04_CbC_eng/DEU-CbC-IV-2009-019-ENG.pdf (30.01.2013), 30, 44f.; Amnesty International (Hrsg.): Täter Unbekannt. Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland. Berlin 2010. Vgl. <http://www.amnesty-polizei.de/d/wp-content/uploads/Polizeibericht-Deutschland-2010.pdf> (30.01.2013).

56 Vor diesem Hintergrund muss einen objektiven Betrachter die aktuelle „Extremismus“-Debatte in Deutschland erstaunen: Die Gefahreneinschätzung beschreibt „Rechtsextremismus“ häufig auf gleicher Ebene wie „Linksextremismus“ sowie „Ausländerextremismus“/„Fundamentalistischer Islamismus“. In den Verfassungsschutzberichten wird anderen Formen des Extremismus – je nach Bundesland – ungefähr ebensoviel Raum wie dem „Rechtsextremismus“ gegeben. Die Suche nach Todesopfern von Linksextremen oder fundamentalistischen Islamisten in Deutschland im gleichen Zeitraum ist vergeblich – es gibt keine. Ein Mord im Jahr 1991 wird noch der RAF zugeschrieben. Da der Mörder nie gestellt wurde, wird dies allerdings kontrovers diskutiert. Wie es zu solchen Wahrnehmungsproblemen kommen kann, beschreibt ausführlich der Artikel von Britta Schellenberg: Strategien gegen Rechtsextremismus und Vorurteilskriminalität – für Pluralismus und liberale Demokratie in Deutschland. Was muss getan werden, um den Nationalsozialistischen Untergrund und seine Ideologie erfolgreich zu bekämpfen? In: Glaab, Manuela; Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Angewandte Politikforschung. Springer VS für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2012: 419–429.

57 Vgl. hierzu ausführlich: Schellenberg, Britta: Die Radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2011: 59–83.

den Ermöglichungsstrukturen des deutschen Rechtsextremismus jenseits der ideologischen Stabilität, Innovationskraft und Hartnäckigkeit einzelner Rechtsextremer mit neuer Vehemenz.

Sozialer Wandel und die Attraktivität der radikalen Rechten

Der soziale und demografische Wandel macht vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Angst. Der Zusammenbruch der DDR und mit ihm die Zerstörung von als „richtig“ oder zumindest opportun angenommenen Werten und Autoritäten stellte darüber hinaus eine besondere Herausforderung für die Menschen in Ostdeutschland, insbesondere für nach Identität suchende Jugendliche dar.

Auch die über die Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern hinausgehenden sozialen Veränderungen im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert werden von den Betroffenen durchaus ambivalent erlebt. Während einige von den Chancen, die das Informationszeitalter und die Globalisierung mit sich bringen, profitieren, fürchten andere, den Anschluss zu verlieren. Die Angst hat insofern eine reale Basis, als ein knappes Viertel der gegenwärtigen Schulabgänger mit einer mangelnden Kompetenz in den Fertigkeiten des Lesens, Rechnens und in naturwissenschaftlichen Fächern entlassen wird, was bedeutet, dass sie nur unzureichend befähigt sind, den Alltag zu bewältigen. Das Kompetenzniveau gilt für eine anschließende Berufsausbildung als unzureichend. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen gibt es einen Sockel von knapp einem Viertel sogenannter „Unvermittelbarer“, die kaum eine Chance haben, jemals erwerbstätig zu werden.⁵⁸ Ein zunehmender Teil der Bevölkerung empfindet die persönliche Zukunft nicht nur als unsicher, sondern erleidet ganz real ökonomische Einbußen und Prestigeverlust.⁵⁹

58 Zu Ergebnissen vergleichender Bildungsuntersuchungen siehe: Schellenberg, Britta: Integration ist Integration ist Integration. Deutschlands Einwanderungspolitik: Bildung ist der erste Schritt. In: Internationale Politik, Nr. 11, 61. Jahr, Nov. 2006: 90–96, 94.

59 Tatsächlich zeigt sich, dass Rechtsradikalismus mit bestimmten strukturellen Daten korreliert. Diese Daten bieten lediglich Ansatzpunkte für Erklärungen von Rechtsradikalismus und stellen natürlich keine notwendigen Merkmale dar. Dafür ist die Interpretation der Daten durch perspektivenreiche Erklärungsansätze und mehrdimensionale Analyse notwendig.

Die Auswertung der letzten Bundestagswahlen, bei denen die NPD 1,5 % der Stimmen erlangte, zeigt (wie auch andere Analysen zur Struktur der Anhänger und Wähler), dass die radikale Rechte vor allem in Gegenden mit einem niedrigen Ausländeranteil erfolgreich ist. NPD-Wähler haben meist einen Schulabschluss der mittleren Reife, sie sind oft Auszubildende, Arbeiter oder (etwas seltener) arbeitslos. Charakteristisch ist zudem, dass vor allem junge Männer rechtsradikale Parteien wählen.⁶⁰ Bei der vergangenen Bundestagswahl haben knapp 10 % der 18- bis 24-jährigen und 8 % der 25- bis 34-jährigen Männer die NPD gewählt. Als zentrale Themen für ihre Wahlentscheidung gaben sie „Ausländer“ und „Innere Sicherheit, Kriminalität“ (und kaum „Arbeitsmarkt“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Außenpolitik“) an. Die Daten zeigen, dass es sich bei Anhängern und Wählern der radikalen Rechten vorwiegend um Personen mit vergleichsweise schwierigen oder unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen handelt.⁶¹

Dies wird auch durch den Befund unterstrichen, dass die radikale Rechte vor allem in ländlichen, strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands erfolgreich ist. Diese Gebiete zeichnen sich durch eine starke Bevölkerungsabnahme und hohe Arbeitslosigkeit aus. In Gegenden mit Bevölkerungswachstum wird die NPD hingegen kaum oder gar nicht gewählt. Auch rechtsradikale Einstellungen gedeihen eher in dünn besiedelten Gebieten als in Großstädten.⁶² In jüngeren Studien wurde die Ausbreitung des Rechtsextremismus auf lokaler Ebene untersucht. Dirk Borstel attestiert, dass „diverse Regionalanalysen [...] deutliche Hinweise auf eine stärkere kommunale Verankerung rechtsextremer Strukturen“ geben und eine zunehmende Akzeptanz der Bürger dort gegenüber rechtsextremen Manifestationen (Organisationen, Parteien) bestätigten.⁶³ Bereits 2005

60 Im Gegensatz dazu finden sich rechtsradikale Ideologeme je häufiger, desto älter die Person ist.

61 Vgl. Stöss 2010: 90ff.; vgl. auch Schellenberg, FES 2011.

62 Stöss 2010: 90ff.

63 Borstel, Dierk: Der immergleiche braune Sumpf? Neuere Entwicklungen der rechtsextremen Szene. In: Albrecht, Jan Philip, MdEP (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz: Berlin 2010: 9–20, 16. Vgl. http://janalbrecht.eu/wp-content/uploads/2010/07/20100615_strategien_GE_final04-web.pdf (30.8.2010).

schrrieb der Journalist Toralf Staud von einer alltagskulturellen Dominanz rechtsextremer Ideologie in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands und bezeichnete dieses Phänomen als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“⁶⁴. In meiner Dissertation konnte ich die Entwicklung einer rechtsradikalen Hegemonie auf lokaler Ebene nachzeichnen. Nicht alleine eine spezifische Bevölkerungsstruktur in stark vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Gebieten (kaum Migranten, viele Ältere, Abwanderung, zurückgebliebene, perspektivlose junge Männer), sondern auch Weichenstellungen durch Lokal-Politiker (Verharmlosung) und durch Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden (Täter-Opfer-Umkehr) sowie die Agitation der radikalen Rechten sind hierfür ausschlaggebend.⁶⁵ Die radikale Rechte agiert gegen alles vermeintlich von außen kommende (Bundespolitik, Medien, Westdeutsche,⁶⁶ Ausländer) und nutzt Ost-West-Befindlichkeiten für ihre schuldzuweisende Argumentation. „Das Fremde“ wird zum Aggressor, der mit der Zuschreibung „undeutsch“ versehen wird.⁶⁷ Hierzu werden neben Ausländern, Migranten, Juden, „die Medien“, „die Bundespolitik“, Linke und zum Teil allgemein „Westdeutsche“ gezählt. Vor diesem Hintergrund breiten sich in bestimmten Gegenden Deutschlands rechtsradikale Angsträume und Hegemonien aus.⁶⁸

64 Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005.

65 Vgl. Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013 (im Erscheinen).

66 Interessanterweise findet sich die Agitation gegen die Westdeutschen, die zu „Bundesrepublikanern“ transformiert werden, häufig in Gegenden der östlichen Bundesländer, in denen sich der Rechtsradikalismus von Westdeutschen angeführt ausgebreitet hat.

67 Ebd.

68 Ein Zeichen für die rassistische Prägung und das rechtsextreme Stimmungsbarometer ist neben Wahlerfolgen auch das Wohlbefinden potenzieller Opfergruppen rechtsradikaler Gewalt. Opferinitiativen beklagen ein Klima rechtsradikaler Gewalt in bestimmten Gegenden und eine schweigende Zustimmung zu den Taten in der örtlichen Bevölkerung. Aus der Arbeit von Vereinen der Opferberatung ist bekannt, dass Opfer rechtsextremer Gewalt in einigen Gegenden keine Unterstützung in ihren Kommunen finden und eine große Hemmschwelle besteht, Probleme mit Rechtsextremismus und Rassismus öffentlich zu thematisieren. Vgl. Grell, Britta et al. (Hrsg.): Hate Crime Monitoring and Victim Assistance in Poland and Germany. Nigdy Więcej und Opferperspektive: Warsaw/Berlin 2009. Zu Angsträumen siehe auch Döring 2008.

Der falsche Umgang?

Problemakteure: Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden

Tatsächlich ist die Ausbreitung des Rechtsextremismus und die Bedrohlichkeit seiner Stoßkraft nicht allein Resultat strategischer Bemühungen der Radikalen Rechten. Die innovative Umstrukturierung der Szene hin zu einer stark subkulturell orientierten Bewegung, die möglichst auf feste bzw. registrierte Organisationsstrukturen verzichtet, ist auch eine Reaktion auf das repressive staatliche Instrumentarium gegen neonazistische Organisationsstrukturen und Aktivitäten in Deutschland.⁶⁹ Rechtsextreme wurden gezwungen, sich wenig organisiert zu zeigen. Allerdings bleiben, wenn nicht die im Register sichtbaren Organisationsstrukturen, doch die Taten wie auch die Täter existent. So verweist das kontinuierliche Scheitern, die realen Täter (nachhaltig) zu belangen und Taten zu verhindern nicht allein auf die häufig fehlende Registrierung rechtsradikaler Gruppierungen, sondern auch auf massive Schwächen im deutschen Sicherheitsapparat.

Einen empfindlichen Schock löste in großen Teilen der deutschen Gesellschaft die Tatsache aus, dass die Behörden nach den Tätern der NSU-Morde an Menschen mit ausländischer Familienbiografie und einer Polizistin nicht im rechtsextremen Milieu fahndeten, sondern im ethnischen oder familiären Umfeld der Opfer ermittelten. Es wurde öffentlich über „Döner-Morde“ gesprochen und die eingesetzte Sonderkommission mit dem problemzuschreibenden Namen „Bosporus“ versehen. Zwar gibt es bereits Studien zu Rassismus bei der Polizei. Jedoch hat die Rechtsextremismusforschung erst jetzt begonnen, die „Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden“ als Akteure zu untersuchen und ihre Bedeutung für die Ausbreitung rechtsradikaler Angstzonen und Hegemonien zu untersuchen. Es zeigt sich, dass rassistische Vorurteile und Weichenstellungen bei Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden das Erkennen rechtsradikaler

69 Vgl. ausführlich: Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C-A-P Analyse, 2/2008. Vgl. <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf> (31.1.2013).

Gewalttaten verhindern, rechtsradikale Weltdeutungen im öffentlichen Diskurs und lokalen Raum stärken und schließlich zur Ausbreitung des Rechtsradikalismus vor Ort beitragen können.⁷⁰

Unverständlich bleibt nicht nur, warum die Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden und Anschlägen nicht in Richtung Rechtsextremismus ermittelten, sondern es bleibt auch offen, warum konkrete Hinweise auf das rechtsradikale Terror-Netzwerk ignoriert wurden oder vorhandenes Wissen zum rechtsextremen Terror im In- und Ausland nicht mit Politik und Öffentlichkeit geteilt wurden.⁷¹

Die parlamentarische Aufarbeitung des sicherheitsbehördlichen Versagens offenbart eine komplexe Eigenständigkeit bei den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden, die sich im anhaltenden Vorenthalten von Informationen gegenüber den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen⁷² und der Öffentlichkeit manifestiert. Besonders nachdenklich müssen die bekannt gewordenen Schredder-Affären beim Bundesamt für Verfassungsschutz sowie bei Landesämtern stimmen,⁷³ bei denen relevantes Material aus dem Bereich „Rechtsextremismus“ vernichtet wurde, bevor es von Mitgliedern der Untersuchungsausschüsse eingesehen oder vom Generalbundesanwalt hätte verwendet werden können. Durch deutsche Sicherheitsbehörden wurden Personenakten vernichtet, unter

70 Vgl. Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013 (im Erscheinen).

71 Es handelt sich um Funde, die sich zwar möglicherweise in Unterlagen deutscher Geheimdienste befinden, an deren Veröffentlichung diese jedoch keinerlei Anteil hatten. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass die Wahrnehmung des Ausmaßes des Problems von den Behörden torpediert wird. Nur so erklären sich Schredder-Affären und die Verheimlichung relevanter Materialien.

72 Diese wurden bislang im Bundestag, in Berlin, Sachsen, Bayern und Thüringen eingesetzt.

73 So wurde öffentlich, dass Behörden nach Einsetzung der NSU-Untersuchungsausschüsse (Bundstag/Bund, Sachsen, Thüringen, Berlin, Bayern) Akten, die im Zusammenhang mit der NSU und dem Rechtsextremismus gestanden haben, vernichtet haben. Es soll einen sogenannten „Vernichtungserlass“ des BMI vom 14. November 2011 gegeben haben, der die Löschung von sechs G10-Vorgängen nach sich zog. Darunter die Akte AO2023: Protokolle von umfassenden Abhörmaßnahmen gegen Thomas S. und anderen B&H-Mitgliedern aus Sachsen.

anderem von Personen, bei denen vermutet wird, dass sie zum NSU-Umfeld gehören. Betroffen sind Akten von Anwerbeaktivitäten aus den frühen 1990er Jahren, womit vermutete Anwerbeversuche oder mögliche Arbeitsverhältnisse des untergetauchten NSU-Trios und weiterer Personen aus dem NSU-Umfeld schwer nachvollziehbar werden (unter anderem Akten zu V-Personen aus Thüringen). Geschreddert wurden auch verschiedene Sachakten, deren Inhalte und Themen ebenso wie ihr Zusammenhang zum NSU nun kaum mehr aufklärbar sind (unter anderem Akten zur „Operation Rennsteig“⁷⁴). Dass Verfassungsschutzämter Rechtsextreme als Informanten bezahlen, ist unbestritten, der nahe liegende Verdacht, dass Rechtsextreme aus dem Umfeld des NSU als V-Männer arbeiteten und die Geschehnisse der inneren Sicherheit in Deutschland mit prägten, hat sich inzwischen auch bestätigt (Beispiel: der oben bereits erwähnte Tino Brandt). Der Verdacht, dass es sich hierbei nicht um einzelne Personen handelt, sondern die Verbindung zwischen Sicherheitsbehörden und NSU-Netzwerk vielschichtig ist, verhärtet sich aufgrund von Zufallsfunden der Mitarbeiter der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in noch existierenden, nicht durch die Behörden vernichteten Akten.⁷⁵

Ein Beispiel aus dem Alltag des eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages soll exemplarisch die Tiefe des Problems bei Verantwortlichen des deutschen Sicherheitsapparats, das offenbar auf wahrnehmungseinschränkenden Vorurteilen basiert, darstellen: Aufschlussreich ist der Frontalangriff von Dr. August Hanning,

74 Bei der „Operation Rennsteig“ wurde von Gemeindiensten versucht, die rechtsextreme Szene in Thüringen und Bayern aufzuhellen. Dabei ging es auch um den Einsatz von V-Leuten im Umfeld des rechtsextremen „Thüringer Heimatschutzes“, dem einst auch das untergetauchte NSU-Trio angehörte.

75 Bereits belegt ist der Fall Tino Brandt (Chef des Neonazi-Zusammenschlusses „Thüringer Heimatschutz“ und V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes). Belegt ist inzwischen auch, dass der Militärische Abschirmdienst zumindest versucht hatte, Mundlos anzuwerben und eine Akte über ihn führte. Der Thüringer Verfassungsschutz wollte – nach Aussagen Thüringer Zeugen im Untersuchungsausschuss des Bundestages – Zschäpe anwerben, nahm davon aber Abstand, weil diese drogenabhängig war.

einst Präsident des Bundesnachrichtendienstes und von 2005 bis 2009 als Staatssekretär für den Bereich „Rechtsextremismus“ im Bundesinnenministerium zuständig. Er fühlte sich zu einem Angriff auf die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses herausgefordert, nachdem der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages, Sebastian Edathy, (am Ende der Vernehmung routinemäßig) unterstrich, dass sich die Mitglieder des Ausschusses die Frage stellen, ob die Ermittlungsarbeit bei den Morden an Bürgern mit ausländischer Familienbiografie ebenso ergebnislos verlaufen wäre, wenn es sich um neun Großunternehmer gehandelt hätte. August Hanning verstand Edathy nicht, sondern warf emotional angespannt ein: „Wenn neun Polizisten (statt neun Ausländer/Migranten – B.S.) ermordet wären, hätten Sie keinen Untersuchungsausschuss eingesetzt.“ – Womit er zu implizieren scheint, die Bundespolitiker würden sich nicht um (deutsche?) Polizisten kümmern, sondern vornehmlich um Migranten. Die Bundestagsabgeordneten der FDP, CDU/CSU, SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen zeigten sich angesichts dieser Anschuldigungen überrascht.⁷⁶ Tatsächlich macht das emotionale Aufwallen des ehemaligen BND-Präsidenten und Staatssekretärs im BMI nachdenklich: Sind möglicherweise spezifische Weltbilder der für die Bekämpfung von Extremismus und Terror verantwortlichen Führungspersonen mitverantwortlich dafür, dass Rechtsextremismus weder wirkungsvoll bekämpft noch in seinem Wesen angemessen erkannt wird?⁷⁷

Der sichtbar werdende desaströse Zustand der Sicherheitsbehörden im Bereich „Rechtsextremismus“ hat Konsequenzen: Es kommt zu einem Rauswurf von Führungspersonen. Gründe hierfür sind schwerwiegende Versäumnisse im Amt bzw. der Behörde im Zusammenhang mit dem NSU-Fall und seiner Aufarbeitung. Gegangen, versetzt bzw. in den vorzeitigen Ruhestand geschickt oder zurückgetreten sind: Heinz Fromm (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz), Alexander Eisvogel

76 Öffentliche Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 29. November 2012.

77 Dass dem NSU mindestens eine Polizistin zum Opfer fiel, ist kein Zufall – auch Polizisten, die Recht und Ordnung durchsetzen, gehören zu den Feindbildern der extremen Rechten.

(Vize-Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz), Thomas Sippel (Landesamt VS Thüringen), Reinhard Boos (Landesamt VS Sachsen), Volker Limberg (Landesamt VS Sachsen-Anhalt), Claudia Schmid (Landesamt VS Berlin), Mathilde Koller (Landesamt NRW) und Karl-Heinz Brüsselbach (Militärischer Abschirmdienst).⁷⁸ Doch wer folgt?⁷⁹ Gibt es Lerneffekte? Vor dem Hintergrund jüngster Forschungsergebnisse⁸⁰ und den Investigationen der NSU-Untersuchungsausschüsse liegt die Ausbreitung des militanten Rechtsextremismus zumindest zum Teil in einer problematischen Haltung der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden im Umgang mit Rechtsextremismus und Terrorismus begründet. Eine angemessene Problemorientierung im Umgang mit dem Rechtsextremismus scheint vielfach zu fehlen. Wird dieser schlichten Erkenntnis heute praktisch entgegnet?

Besorgniserregend für eine realitätsnahe Wahrnehmung und Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Probleme muss insgesamt die öffentlich geführte Extremismus-Debatte stimmen, die eine Relativierung des Phänomens „Rechtsextremismus“ begünstigt.⁸¹ Dies unterstreichen falsche Linksextremismus-Zuschreibungen, die einigen Behörden voreilig in öffentlichen Meldungen über die Lippen gehen⁸² oder die sich als haltlose

78 Ohne erkennbare Gründe wurden zudem der Chef der Bundespolizei und seine beiden Stellvertreter abgesetzt. An die Spitze wurde ein Referatsleiter des Bundesinnenministers Friedrichs (CSU) gesetzt. Über die übliche Altersgrenze hinaus bleibt hingegen der Bundeskriminalamts-Chef Ziercke im Amt, der mit seiner Behörde wegen in der NSU-Debatte in der Kritik steht. Es wurde bislang kein Nachfolger gefunden.

79 Die Beobachterin fragt sich, wer auf diese Führungsfiguren folgt und wie die Arbeit mit dem bestehenden Personal besser werden soll (an welchem scheinbar auch einige eher als zielstrebig-ambitioniert einzuschätzende Personen scheiterten)?

80 Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013 (im Erscheinen).

81 Ausführlich hierzu Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus und Vorurteils-kriminalität – für Pluralismus und liberale Demokratie in Deutschland. Was muss getan werden, um den Nationalsozialistischen Untergrund und seine Ideologie erfolgreich zu bekämpfen? In: Glaab, Manuela; Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Angewandte Politikforschung. Festschrift für Werner Weidenfeld, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2012, S. 419 - 430.

82 Beispiel: brennende Autos und Kinderwagen in Berlin – die Vorwürfe erwiesen sich als haltlos.

Narrative in Berichten der Sicherheitsbehörden⁸³ finden. Das Gerede von Linksextremen ist verbreitet – ohne dass linksextreme Morde oder Täter identifiziert werden können. Selbst Zuschreibungen gegen den (in der Tat gefährlichen!) globalen islamistischen Terrorismus liegen den Behörden schnell – aber häufig nicht auf Fakten basierend – im Mund.⁸⁴ Dies ängstigt die Bevölkerung und befördert Fehleinschätzungen über aktuelle Gefahren der inneren Sicherheit.

Betrachtet man das Ausmaß des Versagens der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden beim Themenkomplex Rechtsextremismus insgesamt – neben den NSU-„Pannen“ auch die Bilanz von mindestens 149 Toten und Tausenden Verletzten seit 1990 –, so verwundert es nicht, dass sich die Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und Ermittlungen zum Unterstützer-Netzwerk als nicht einfach erweisen. Wie ausgeprägt die Eigenwelten der Ermittlungs- und Sicherheitsinstanzen sind, zeigt eine aktuelle Aussage des Oberlandesgerichts München. Im Zusammenhang mit der Haft Beate Zschäpes, die die NSU-Beweise in der von ihr mit Mundlos und Böhnhardt bewohnten Wohnung vernichten wollte, wird im Januar 2013 (also vor dem Prozess) geäußert, dass es nun die rechtsextreme Terrorgruppe NSU nicht mehr gibt, wodurch die Gefahr, dass Zschäpe sich rechtsterroristisch betätigen könnte, gebannt sei.

83 Beispiel: Die Erwähnung der gegen Rechtsextremismus engagierten Initiative a.i.d.a. als links-extrem im Bayerischen Verfassungsschutzbericht – ein absurder Klagemarathon bestätigte schließlich die Haltlosigkeit der Kategorisierung.

84 Beispiel: die angeblich von islamistischen Terroristen gelegte Taschenbombe am Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012 (Bundesinnenminister Friedrich: Deutschland ist „im Fadenkreuz des dschihadistischen Terrorismus“). – Bleibt man an den Fällen „dran“, zeigt sich, dass diese Zuschreibungen haltlos sind.



Aktenordner stehen am 17.12.2012 in Dresden (Sachsen) vor dem Landtags-Untersuchungsausschuss zur Zwickauer Terrorzelle NSU.

Ausblick

Das Konfliktpotenzial in Deutschland nimmt zu: Einerseits gibt es militante Rechtsextremisten, die vor Gewalt und Mord nicht zurückschrecken. Auf der anderen Seite ist die deutsche Gesellschaft globaler, vielfältiger und individualistischer geworden. Es gibt immer weniger Personen, die nicht wenigstens ausländische oder migrantische Bezugspunkte in ihrer Familie oder ihrem Freundeskreis haben, insbesondere in den Großstädten. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund⁸⁵ wächst kontinuierlich, im Jahr 2011 auf 19,5 % – also auf etwa ein Fünf-

85 Mindestens ein zugewanderter oder als Ausländer in Deutschland geborenes Elternteil; zugewanderte Eingebürgerte; in Deutschland geborene Ausländer; Ausländer mit eigener Migrationserfahrung.

tel der Bevölkerung. Jedoch gibt es einen scharfen Kontrast zwischen ländlichen Gebieten, in denen kaum Menschen mit Migrationshintergrund leben, und den Großstädten. Ebenso gewichtig ist die Diskrepanz zwischen den alten und neuen Bundesländern. So ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland auf 4,7 % gesunken. Besonders eklatant ist die statistische Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund bezogen auf unterschiedliche Altersgruppen.⁸⁶ Massive Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie Jung und Alt zeigen sich insgesamt bei der Anerkennung von Vielfalt (über ethnische Vielfalt hinaus). So gibt es Intoleranz gegenüber einer selbstständigen Wahl eigener Identitäten oder Vorlieben eher auf dem Land.

Tatsächlich ist die Zustimmung zu Pluralität und Individualismus mit Blick auf die Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen.⁸⁷ Allerdings zeigt sich auch, dass einzelne Dimensionen menschenfeindlichen Denkens wie „Ausländerfeindlichkeit“, „Chauvinismus“, „Antisemitismus“ und „Islamfeindlichkeit“ durchaus stark verbreitet sind und bei Teilen der Bevölkerung jüngst sogar zugenommen haben.⁸⁸ Elitäre rechtsradikale Zirkel wie die Wochenzeitung *Junge Freiheit* und das Internet-Portal *Politically Incorrect* verleihen ihren rassistischen, islamfeindlichen und zum Teil antisemitischen Ansichten Ausdruck und versuchen, diese zu verbreiten. Nicht zuletzt aufgrund der Agitation der radikalen Rechten, die versucht, über bestimmte Themen oder Vorfälle eine Deutungshoheit zu erlangen, werden rechtsradikale Orientierungen

86 Während unter den 85- bis 95-Jährigen gerade einmal ca. 6 % einen Migrationshintergrund haben, sind es bei den 35- bis 39-Jährigen etwa 22 %, bei Kindern unter fünf Jahren sind es hingegen 35 %. Vgl. Statistische Bundesamt: Mikrozensus, Bericht 2011 (erschienen September 2012).

87 Vgl. Schellenberg, Britta: Die Radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2011: 59–83, 78f.

88 Vgl. hierzu ausführlich Schellenberg, FES 2011; die neusten Zahlen sind in der „Mitte-Studie“ der FES veröffentlicht: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Dietz: Bonn 2012.

in bestimmten Gegenden und Milieus gestärkt. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen für die radikale Rechte sind problematische gesellschaftliche Entwicklungen, wie die zunehmende Abkopplung ganzer Bevölkerungsgruppen von Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates. Bei den Deprivierten und Abgeschotteten nimmt die Bereitschaft zu, simplen Schuldzuweisungen der radikalen Rechten zu folgen.

Festzuhalten bleibt darüber hinaus, dass der staatliche Umgang mit dem Rechtsextremismus gravierende strukturelle und personelle Probleme aufweist. Es zeigen sich deutliche Wahrnehmungsdefizite beim (Führungs-)Personal bisher zuständiger Behörden. Die rechtsextreme Szene nutzt diese Gemengelage erfolgreich und profitiert von den Problemstrukturen, um national und international ihre mörderische Ideologie zu verbreiten und in Form von Gewalt und Terror in die Tat umzusetzen. Wenngleich nicht damit zu rechnen ist, dass rechtsradikale Parteien in der nächsten Zeit nationale Wahlerfolge erzielen, ist der militante Rechtsextremismus und damit die Gewalt gegen seine Feinde (Ausländer, Migranten, Linke, demokratische Politiker, demokratisch engagierte Bürger, Journalisten, Polizisten, international agierende Unternehmer etc.) keineswegs gebannt. Nicht zuletzt die Tiefe der Probleme bei den Sicherheits- und teilweise auch Ermittlungsbehörden scheint einer „Bewältigung“ des Rechtsextremismus und Terrorismus auf absehbare Zeit im Wege zu stehen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Apfel, Holger (1999): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Deutsche Stimme Verlag: Stuttgart, S. 469f., 359f.
- Borstel, Dierk (2010): Der immergleiche braune Sumpf? Neuere Entwicklungen der rechtsextremen Szene. In: Albrecht, Jan Philip, MdEP (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz: Berlin, S. 9–20, 16. Vgl. http://janalbrecht.eu/wp-content/uploads/2010/07/20100615_strategien_GE_final04-web.pdf (30.8.2010).
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Dietz: Bonn.
- Döring, Uta (2008): Angstzonen: Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Glaab, Manuela; Karl-Rudolf Korte (Hrsg.) (2012): Angewandte Politikforschung. Festschrift für Werner Weidenfeld, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 419–430
- Grell, Britta et al. (Hrsg.) (2009): Hate Crime Monitoring and Victim Assistance in Poland and Germany. Nigdy Więcej and Opferperspektive: Warsaw/Berlin 2009. Zu Angsträumen siehe auch Döring 2008.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Häusler, Alexander (2011); Schedler, Jan: Neonazismus in Bewegung: Verortung der „Autonomen Nationalisten“ in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Killguss, Hans-Peter; Puls, Hendrik; Klare, Heiko; Sturm, Michael (2012): Verbote von Neonazi-Kameradschaften: Jahresrückblick 2012 aus Nordrhein-Westfalen. Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-jahresueckblick-2012-aus-nordrhein-westfalen-8356> (30.01.2013).

- Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.) (2011): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 59–83, 64f.
- Lynen von Berg, Heinz (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990–1994). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Opladen.
- Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.) (2004): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Ch. Links Verlag: Berlin.
- Röpke, Andrea (2006): Braune Kameradschaften. Bundeszentrale für Politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus vom 13.09.2006. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41901/braune-kameradschaften> (30.01.2013).
- Schellenberg, Britta (2013): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden (im Erscheinen).
- Schellenberg, Britta (2009): Country Report: Germany. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, S. 179–248, 179.
- Schellenberg, Britta (2012): Die Republikaner. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston, S. 536–538.
- Schellenberg, Britta (2011): Die Radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora; Britta, Schellenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg?
- Schellenberg, Britta: NPD-Publikationen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 6: Publikationen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston (im Erscheinen).
- Schellenberg, Britta (2011): Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Wochenschau Verlag: Schwalbach.

- Schellenberg, Britta (2006): Integration ist Integration ist Integration. Deutschlands Einwanderungspolitik: Bildung ist der erste Schritt. In: Internationale Politik, Nr. 11, 61. Jahr, S. 90–96, 94
- Schellenberg, Britta (2006): Strategien gegen Rechtsextremismus. Bezüge zum Nationalsozialismus. In: Gehl, Günter (Hrsg.): Vor 60 Jahren Kriegsende – Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bertuch Verlag: Weimar, S. 97–114, 97–100.
- Schellenberg, Britta: Neo-Nazi Blogs. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 6. Publikationen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston (im Erscheinen).
- Schellenberg, Britta (2008): Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland, Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C•A•P Analyse, 2, S. 10f.; <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/cap-analyse-2008-02.php> (30.01.2013).
- Schellenberg, Britta (2013): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden (im Erscheinen).
- Schellenberg, Britta (2012): Neonazismus. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston, S. 445–447.
- Statistische Bundesamt (2012): Mikrozensus, Bericht 2011.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD: Köln.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert Stiftung: Berlin, vgl. Verfassungsschutzbericht 2011: 109.
- Virchow, Fabian; Levin-Poeschke-Mord (1980). In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Bd. 4, de Gruyter/Saur: Berlin/Boston 2011: 232f.



Parteimitglieder der rechtsextremen griechischen *Chrysi Avgi* (*Goldene Morgenröte*) mit Motorrädern vor dem Parlament in Athen.

Populismus und Extremismus am rechten Rand – Der rasante Aufstieg der *Goldenen Morgenröte* im Krisenland Griechenland

Vassiliki Georgiadou

Vom Normalfall zur Ausnahme – oder der Beginn einer prekären Normalität?

Einleitende Bemerkungen zur politischen Geschichte Griechenlands

Griechenland, seit 1974 parlamentarische Demokratie und seit 1981 volles Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, galt in der internationalen Öffentlichkeit längst als ein Fall politischer Normalität. Dieser Eindruck entstand vor allem in den Jahren zwischen 1996 und 2004 und wurde verstärkt, als das Land von einer Regierung geführt wurde, die der „Neuen Sozialdemokratie“ nahe stand. Während der Regierungszeit der neuen Sozialdemokraten unter Führung von Premierminister Kostas Simitis (PASOK) schlug sie einen „dritten Weg“ zur Modernisierung und Europäisierung des Landes ein (Georgiadou 2002: 597–602). Während dieser Zeit wurde Griechenland, trotz aller Hindernisse, zwölftes Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Eintritt Griechenlands in die Eurozone bestätigte die Europa-Orientierung der Dritten Griechischen Republik, die sich nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur (1974) und dem „Regimewandel“ (griechisch: Μεταπολίτευση [Metapolitefsi]), das heißt der Rückkehr zur Demokratie und Abschaffung der Monarchie, etablierte (Voulgaris 2001).

Europäisierung und Modernisierung Griechenlands gingen mit der Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in der Spätphase der Dritten Republik Hand in Hand: Abmilderung der ideologischen Polarisierung der Parteienlager, Tendenz zur Konvergenz der Regierungsparteien auf

die Mitte des politisch-ideologischen Spektrums und regulärer Wechsel von Sozialisten (PASOK) und Konservativen (*Neue Demokratie*) an der Regierungsmacht sind Kernelemente der Parteiendemokratie Griechenlands ab den 1990er Jahren geworden. Zu den Merkmalen der griechischen Demokratie zählte auch die Tatsache, dass für den Rechtsextremismus jahrzehntelang kein Platz in der parteipolitischen Szene vorhanden war. Es war die konservative *Neue Demokratie* (ND), die einen bedeutenden Teil der Ultranationalisten, Pro-Monarchisten und Anhänger der Militärjunta an sich binden konnte (Georgiadou 2011).

In den 1980er und 1990er Jahren, als Europas Rechtspopulisten und Rechtsradikale anfangen, Wahlerfolge zu erzielen (Betz 1994: 3; Binder 2005), verblieben griechische Gleichgesinnte am Rand des Parteiensystems. Die Lage änderte sich in Griechenland kurz vor (2007) und – radikal – nach dem Ausbruch der heutigen Finanzkrise (2010/2012). Das war der Zeitpunkt, der das Ende der griechischen „Normalität“ signalisierte. Die Finanzkrise hat gezeigt, wie fest der griechische Rechtsextremismus inzwischen verwurzelt ist. Hinter der „griechischen Normalität“ verbarg sich ein Land mit hohen Staatsausgaben und geringer Produktivität; mit einem ineffizienten und intransparenten Staatssektor sowie mit einer ausgeprägten Vetternwirtschaft. Die Krise hat das latente rechtsextremistische Potenzial an die Oberfläche gebracht. Versteckt unter dem Deckmantel einer Anti-Kapitalismus-Rhetorik und Anti-Globalisierungskritik, des Euroskeptizismus und des Anti-Multikulturalismus verbreitete sich dieses Potenzial quer über das ganze politische Feld von links bis rechts. Heute, nach dem Ausbruch der Finanzkrise, ist das Vertrauen in die politischen Institutionen so stark zurückgegangen, dass sich rechtsextremes Gedankengut bei den Wählern der etablierten Parteien verbreiten konnte.

In den nachfolgenden Ausführungen versuchen wir, die Grundzüge des Rechtsextremismus im heutigen Griechenland aufzuzeigen. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht dabei eine bis vor kurzen (2009) eher marginale Organisation des philonazistischen rechtsextremen Lagers, die

Partei *Völkische Verbindung – Goldene Morgenröte*. Diese Partei, die sich offen zum Nationalsozialismus bekennt, seine Symbole (Hakenkreuz) und Grußrituale (Hitlergruß) kultiviert, hat einen großen Sprung von der parteipolitischen Bedeutungslosigkeit auf die zentrale politische Bühne des Krisenlandes Griechenland vollzogen.

Der Aufsatz besteht aus drei Teilen. Im **ersten Teil** präsentieren wir die entscheidenden Stationen der neuen radikalen Rechte in Griechenland vom Regimewandel bis zur Krisenexplosion (1974–2009). Im **zweiten Teil** konzentrieren wir uns auf die *Goldene Morgenröte*: ihre Geschichte, Ideologie und militante politische Aktionen. Im **letzten Teil** analysieren wir den Typus des rechtsextremen Wählers: sein sozial-demografisches Profil, seine politisch-ideologischen Ansichten, seine Nähe zu den rechts-radikalen Parteien.

Wir gehen davon aus, dass die rechts von der etablierten konservativen *Neue Demokratie* liegenden Parteien keine homogene Parteifamilie bilden. Nach Cas Mudde gibt es „fundamentale Differenzen“ zwischen den Rechtsextremisten und den populistischen Rechtsradikalen (Mudde 2007: 31). Seinen Definitionen zufolge sind Rechtsradikale (wenn auch nur „nominell“) demokratisch, während Rechtsextremisten die Demokratie in ihrer „Substanz“ ablehnen (ebd.). Die Unterscheidung zwischen Rechtsradikalen und Rechtsextremisten fällt nicht immer deutlich aus. Rechtsradikale haben auch die Tendenz, sich „gegen die liberale Demokratie und deren zugrunde liegenden Werte von Freiheit und Gleichheit sowie die Kategorien von Individualismus und Universalismus“ zu richten (Minkenberg 1998: 33). Auch wenn sie sich hauptsächlich durch die Ablehnung des politischen Systems definieren, ohne das Ziel der Delegitimierung des parlamentarischen Regierungssystems zu verfolgen (vgl. Ignazi 2010: 33), ist es nicht auszuschließen, dass sie damit eine „Doppelstrategie“ verfolgen, um die Unterscheidung zwischen Systemablehnung und Systemdelegitimation zu verwischen. Nicht nur die italienischen Extremrechten vom MSI (*Movimento Sociale Italiano*) oder die Rechtsradikalen der *Alleanza Nazionale* (Milza 2004: 158–160; Scharsach 2002:

120),¹ sondern auch viele ihrer griechischen Gleichgesinnten, die die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus bzw. -populismus oft überschreiten, gelten als Meister dieser Strategie. Das oft verschwommene Bild von rechtsradikalen bzw. rechtsextremen Parteien im griechischen Parteiensystem vergrößert die Zahl ihrer potenziellen Wähler und verbindet Organisationen und Akteure dieses Lagers miteinander, die – trotz interner Antagonismen – nicht selten als ein Netzwerk fungieren.

I. Vom Regimewandel bis zum Beginn der Krise: parteipolitische Stationen alter und neuer Rechtsradikaler und Rechtsextremisten

A) Die alten Rechtsradikalen bzw. Rechtsextremisten

Das *Nationale Lager* (griechisch: Εθνική Παράταξις [Ethniki Parataxis]) war die einzige antikommunistische und pro-monarchistische Partei nationalistischer Richtung, die nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur 1974 neben der konservativen *Neuen Demokratie* im Nationalparlament Fuß fassen konnte. Das Nationale Lager war nicht sofort nach dem Regimewandel entstanden und hatte an den ersten freien Parlamentswahlen in Griechenland nach 1964 nicht teilgenommen.² Die *Ethniki Parataxis* entstand einige Jahre nach der Volksabstimmung von 1974,³ die

-
- 1 Milza (ebd., S. 148–180) erklärt die Doppelstrategie des MSI, einer neofaschistischen Partei der Nachkriegszeit, folgendermaßen: Der MSI habe sich einerseits bemüht, sich in das politische System der Ersten Italienischen Republik einzugliedern („Integrationsstrategie“), andererseits dieses System durch Anwendung politischer Gewalt zu unterminieren versucht („Intensitätsstrategie“). Die Alleanza Nazionale hat eine ähnliche Strategie angewandt: Die Partei von G. Fini „verurteilte ‚jede Form des Totalitarismus‘ und ‚jede rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Haltung‘“, hielt aber „am faschistischen Gesellschaftsmodell der ‚Volks-gemeinschaft‘“ und an der Idee eines „organischen Staates“ fest (Scharsach, ebd., S. 120–121).
 - 2 Über die Parteienlandschaft der ersten Zeit nach dem Bürgerkrieg in Griechenland bis zum Zusammenbruch der „kachektischen Demokratie“ der 1950er und 1960er Jahren siehe Nikola-kopoulos (2001) und Clogg (1987: 17ff.).
 - 3 Über das Aufkommen des Nationalen Lagers im Sommer 1977, die Gründer und das ideologische Profil der Partei siehe Clogg (ebd., S. 70–73).

vom liberal-konservativen Ministerpräsidenten Konstantinos Karamanlis organisiert worden war und zur Abschaffung der Monarchie führte.⁴ Die Ultrakonservativen, eine politisch-ideologische Strömung, die in Griechenland nach dem Ende des Bürgerkriegs (1949) mit der etablierten Rechtspartei unter einem Dach agierte, haben nach der Volksabstimmung von 1974 der *Neuen Demokratie* ihr Vertrauen entzogen. Das Nationale Lager war eine Art „Rächer-Partei“ (Voulgaris 2001: 55), die bei den Parlamentswahlen von 1977 die regierende *Neue Demokratie* wegen der „neutralen Haltung“ (ebd.) ihres Vorsitzenden (Konstantinos Karamanlis) bei der Abschaffung der Monarchie bestrafen wollte.

Die Partei von Karamanlis verlor zwischen 1974 und 1977 über eine halbe Million ihrer Wähler, vor allem durch die Erfolge der sozialpopulistischen *PASOK* von Andreas Papandreou, teilweise aber auch durch das Erstarken des *Nationalen Lagers*. Die 350 000 Stimmen, die *Ethniki Parataxis* bei den Parlamentswahlen von 1977 gewann, haben entscheidend zur weiteren Schwächung der *Neuen Demokratie* beigetragen: Die Partei war zwar nur mit fünf Abgeordneten im Parlament vertreten, sie hatte jedoch nicht nur an die traditionellen Philo-Monarchisten, sondern auch an die Anhänger der Obristen appelliert. Die von Karamanlis enttäuschten „Juntaroyalisten“ (griechisch: βασιλοχουντικοί [vasilohountikoi])⁵ von *Ethniki Parataxis* (Clogg, ebd.: 72) bildeten eine Gefahr für die Rechtskonservativen, die sowohl von links (*PASOK*) als auch von rechts (*Nationales Lager*) angegriffen wurden. Weil die *Neue Demokratie* einen großen Teil ihrer Wählerschaft an die *PASOK* verloren hatte, versuchte sie, diese Verluste auszugleichen, indem sie Anhänger und Kader der Ultrakonservativen in ihren Einflussbereich zurückholte.

4 An der Volksabstimmung hatten 75,5 % der Wähler teilgenommen. Für die konstitutionelle Monarchie stimmten 30,8 %, eine nicht unbedeutende Zahl der gesamten Wählerschaft.

5 „Vasilohountikoi“ waren im Jargon der Zeit jene Personen, die die Beibehaltung der Monarchie in der Diktatur der Obristen befürworteten.

Rechtsradikale und rechtsextreme Parteien mit parlamentarischer Vertretung

Tabelle 1

Parteien	Parteistärke in Parlamentswahlen (P) und Europawahlen (E), 1974–2009						
	1977 P	1981 E	1984 E	2004 E	2007 P	2009 P	2009 E
Ethniki Parataxis	6,82 % (5)						
Partei der Progressiven		1,96 % (1)					
EPEN			2,29 % (1)				
LAOS				4,1 % (1)	3,8 % (10)	5,36 % (15)	7,15 % (2)

Quelle: Innenministerium, <http://www.ypes.gr/en/Elections/>.

In Parenthesis die Zahl der Abgeordneten in Parlaments- oder Europawahlen.

Hanspeter Kriesi (1995) unterscheidet zwischen zwei Strategien der etablierten Rechten in Bezug auf die Rechtsextremen: die „Strategie der Instrumentalisierung“ und die „Strategie der Abgrenzung“. Wenn „die etablierte Rechte Konzessionen in ein paar Bereichen macht ohne aber einen expliziten Dialog mit den Rechtsextremen aufzunehmen oder gar eine Koalition mit ihnen zu bilden“, hat sie die zweite Strategie gewählt. Diese Strategie der Abgrenzung lässt den Rechtsextremen „wenig Aktionsfreiheit“, parteipolitisch erfolgreich zu handeln. „Wenn hingegen“, schreibt Kriesi, „die etablierte Rechte versucht, die extreme Rechte zu instrumentalisieren, gibt die etablierte Rechte ihrem Anliegen nicht nur mehr Gewicht, sondern legitimiert sie gleichzeitig ihre Anführer, ihre Organisationen und ihren politischen Ansatz und verstärkt dadurch ihre Mobilisierungskapazität“ (ebd., S. 34–35). Konstantinos Karamanlis, der damalige Ministerpräsident und Vorsitzende der *Neuen Demokratie*, hat – ebenso wie sein Nachfolger Georgios Rallis – eine dritte Strategie verfolgt. Die beiden liberalkonservativen Politiker hatten sich zum Ziel gesetzt, die Mitglieder des *Nationalen Lagers* in die *Neue Demokratie* aufzunehmen, nicht aber deren politische Agenda. Damit haben sie erfolgreich die graduelle Auflösung der ultrakonservativen Partei herbeiführt. Ihre Taktik war einfach: Bei den Parlamentswahlen 1981 haben sie die Nr. 2 des *Nationalen Lagers* auf den dritten Platz ihrer nationalen Wahlliste sowie weitere Abgeordnete und Aktivisten von *Ehniki Parataxis* auf ihre Parteilisten gesetzt. Damit war die Auflösung der Partei des Nationalen Lagers in die Wege geleitet.

Die Partei der *Progressiven* (griechisch: Κόμμα των Προοδευτικών [Komma ton Proodeftikon]), die an den Parlamentswahlen und den Europawahlen von 1981 teilgenommen und einen Europaabgeordnetensitz gewonnen hatte, war eine Splitterpartei des national-konservativen Lagers. Sie setzte sich zum Ziel, die Strategie des „Aufsaugens“ der „Nationalgesinnten“ (Clogg, ebd.: 72) durch die Partei von Karamanlis zu beenden. Das hat sie jedoch nicht erreicht. Die Zahl von Ultrakonservativen, die sich als unabhängig ausgaben, war nicht groß genug (<2% der gesamten Wählerschaft), um einen parteipolitischen Alleingang der Nationalgesinnnten zu garantieren.⁶

Die *Nationale Politische Union* (griechisch: Εθνική Πολιτική Ένωση – ΕΠΕΝ [Ethniki Politiki Enosis – EPEN]) gehörte ebenfalls zu den Splitterparteien, die nach der Auflösung des *Nationalen Lagers* (1984) entstanden waren. Sie war eine nationalistische Organisation, die das Militärregime positiv bewertete und die Freilassung der inhaftierten Obristen verlangte. Als „geistiger Führer“ von EPEN galt der Ex-Diktator Georgios Papadopoulos, der im Gefängnis die Gründung der Partei angekündigt hatte. Die Anhängerenschaft und der politische Einfluss von EPEN waren auf parlamentarischer Ebene sehr gering. Obwohl sie nur einen Europaabgeordnetensitz bei den Europawahlen von 1984 errungen hatte, konnte sie sich jedoch zu einer politisch-ideologisch einflussreichen Partei innerhalb des rechtsextremen Lagers entwickeln. Sie war diejenige Partei, die die Entstehung neuer Parteien im rechtsradikalen und rechtsextremen Spektrum stark beeinflusst hat. EPEN gehörte auch eine Jugendorganisation an, deren erster Sekretär der spätere Generalsekretär der rechtsextremen *Goldenen Morgenröte* war.

6 Die Partei der Progressiven war eine alte Rechtspartei, die in den 1950er Jahren als Abspaltung von der rechtskonservativen Griechischen Sammlungsbewegung (griechisch: Ελληνικός Συναγερμός [Ellinikos Synagermos]) gegründet worden war. Ihr Vorsitzender Spyridon Markezinis war 1973 Protagonist des sogenannten „Markezinis-Experiments“, eines misslungenen Versuchs der „Selbsttransformation“ des Militärregimes in einen von den Militärs kontrollierten Parlamentarismus. Markezinis hatte von Diktator Papadopoulos den Auftrag erhalten, Parlamentswahlen auszuschreiben, um die langsame Rückkehr zur Demokratie zu ermöglichen (Georgiadou 2007: 143). Gegensätze innerhalb der Putschisten hatten diese Pläne verhindert und Markezinis politisch diskreditiert.

Die drei genannten politischen Parteien (*Ethniki Parataxis*, *Partei der Progressiven* und *Nationale Politische Union*), waren nach der Typologie von Ignazi (1996, 2010) dem Typus der „alten“ oder „traditionellen“ extremen bzw. radikalen Rechten zuzurechnen. Alle drei waren parteipolitische Organisationen, die während der ersten Phase des Regimewandels (Metapolitefsi) eine Rolle gespielt haben: Sie gehörten einer Ära an, die Anfang bzw. Mitte der 1990er Jahre zu Ende ging.

B) Die neuen Radikalpopulisten der *Volksorthodoxen Sammlungsbewegung* (LAOS)

Es vergingen 30 Jahre, bis eine Partei rechts der *Neuen Demokratie* wieder auf die parlamentarische Bühne Griechenlands trat. Die Gründung der *Volksorthodoxen Sammlungsbewegung* (griechisch: Λαϊκός Ορθόδοξος Συναγερμός- ΛΑΟΣ [Laikos Orthodoxos Synagermos-LAOS])⁷, eine ethno-populistische Partei der „dritten Welle“ des Rechtsextremismus⁸, war eine Folge der veränderten Strategie der Neuen Demokratie: das „Aufsaugen“ der Rechtsextremen war aufgegeben worden zugunsten einer verstärkten Orientierung hin zur politischen Mitte, d.h. einer Strategie der „Abgrenzung“ von der extremen Rechten. Zur Gründung der *Volksorthodoxen Sammlungsbewegung* im Jahre 2000 führte der Parteiausschluss des langjährigen ND-Mitglieds und Abgeordneten Giorgos Karatzaferis durch Karamanlis. Karatzaferis wurde vorgeworfen, die Orientierung der *Neuen Demokratie* auf die Mitte des parteipolitischen Spektrums öffentlich abzulehnen.⁹

7 Die Abkürzung LAOS verweist auf das griechische Wort λαός, das „Volk“ bedeutet. Karatzaferis bestand immer darauf, die Abkürzung LAOS auf der letzten Silbe zu betonen, genau wie das Wort λαός.

8 Zu den drei Wellen des Rechtsextremismus vgl. von Beyme (1988), Zimmermann und Saalfeld (1993), Mudde (2000: 5).

9 Nach Mavrogordatos (2005) sollte die Selbstbezeichnung der ND als „eine Partei der Mitte“ sie von dem Verdikt des Erzkonservatismus befreien, das ihr die PASOK angehängt hatte (ebd.: 1027).

Die Strategie der Abgrenzung half der Partei der etablierten Rechtskonservativen, ihre Orientierung auf die politisch-ideologische Mitte gezielt fortzusetzen, was jedoch eine Schwächung ihres Einflusses auf den rechten Rand zur Folge hatte. Das führte dazu, dass den Extremrechten und den Rechtspopulisten ein freier Raum geschaffen wurde, in dem sie sich politisch-ideologisch ausbreiten konnten. Da die Mitte-Rechts-Wendung der *Neuen Demokratie* nur ein vager Versuch blieb (Vasilopoulos & Vernardakis 2011: 4), konnte sie zwar ihren Einfluss auf das rechte Spektrum beibehalten, doch die Gruppierungen der Extrem- bzw. Radikalrechten konnten die Randpositionen im rechten Spektrum für sich gewinnen.

Wir fassen zusammen: In den 1970er und 1980er Jahren verfolgte die *Neue Demokratie* eine Strategie des „Aufsaugens“ und nach 2000 eine Strategie der Abgrenzung gegenüber der Extremrechten. Im Rahmen der früheren Strategie hatte die *Neue Demokratie* die politische Agenda der Rechtsextremen abgelehnt und ist bei politischen Grundsatzfragen keinen Kompromiss eingegangen. So ist die *Neue Demokratie* während der ersten Phase der Demokratisierung in den 1970er Jahren bei politischen Sachfragen, die die Agenda der Extremrechten betrafen, keinen Kompromiss mit den Extremrechten eingegangen.¹⁰ Im Rahmen der Abgrenzungsstrategie hat die *Neue Demokratie* einer Taktik der fallweisen Berücksichtigung von Sachfragen den Weg geöffnet, die für die Extremrechten von Interesse sind, wie zum Beispiel bei der Namensgebung für die ehemalige Jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM). In diesem Fall hat sich der griechische Ministerpräsident vor den Parlamentswahlen 2007 dafür entschieden, vom Vetorecht Gebrauch zu machen und den Beitritt des nördlichen Nachbarn zur NATO zu blockieren, sollte das Land darauf bestehen, den Namen Mazedonien für sich allein in Anspruch zu nehmen. Damit konnte die *Neue Demokratie* den griechischen ethno-populistischen Rechten von LAOS den Wind aus den Segeln nehmen.

10 Vor allem waren es die drei Themen der Legalisierung der Kommunistischen Partei, der Abschaffung der Monarchie und der Gefangenschaft der Obristen. Diese Streitfragen bildeten ein ständiges Spannungsfeld zwischen der Neuen Demokratie und den Ultrakonservativen.

Bei den Parlamentswahlen von 2007 erhielt die *LAOS* allerdings 3,8 % der Stimmen und konnte erstmals zehn Abgeordnete ins Nationalparlament schicken. Die Partei steigerte danach ihren Stimmenanteil weiter und erhielt bei der Nationalwahl von 2009 5,6 % der Stimmen und 15 Abgeordnete. Ihr höchstes Wahlergebnis erzielte *LAOS* bei den Europawahlen von 2009: Sie erhielt 7,15 % (gegenüber von 4,12 % bei den Europawahlen 2004) der Stimmen, ein Ergebnis, das bis dahin das höchste war, das eine Partei der Extremrechten bzw. Rechtsradikalen jemals erreicht hatte.

Die *LAOS* ist eine ethno-populistische Partei, die die politische Bühne Griechenlands einige Monate nach den Parlamentswahlen vom April 2000 betrat (Ellinas 2010: 125ff.). Die Partei, die von Giorgos Karatzaferis ins Leben gerufen worden war, proklamierte von Anfang an das rechtsradikale Prinzip der „nationalen Priorität“¹¹ und verlangte die sofortige Ausweisung aller „illegalen Einwanderer“. Außerdem wandte sie sich gegen die Globalisierung, gegen die Macht der Banken und gegen das Finanzkapital, obwohl sie die Prinzipien des freien Markts akzeptierte. In ihrem ideologischen Manifest und ihrem ersten Wahlmanifest hat die *LAOS* (2004) einem offenen Militarismus das Wort geredet, den Irredentismus unterstützt und eine „expansive Rüstungspolitik“ verlangt (Miliopoulos 2011: 155). Im Wahlmanifest von 2007 hatte die Partei ihre Anti-Ausländer-Politik allerdings abgeschwächt, auch gezielt versucht, ihre extremen Positionen gegenüber Homosexualität und Minderheitenrechten abzumildern und ihre antisemitische Einstellung und Leugnung des Holocausts zu verschleiern.¹² Von Anfang an hatte Karatzaferis die christlich-orthodoxe Orientierung seiner Partei hervorgehoben. Obwohl seine wiederholten Versuche, der griechisch-orthodoxen Kirche seinen Respekt zu erweisen, grotesk ausfielen, gelang es ihm trotzdem, ein

11 Über das rechtsradikale Prinzip der „nationalen Priorität“ siehe u.a. Guibernau (2010: 10, 12).

12 Der Parteivorsitzende hatte schon früher in seiner Privatsendung in Teleasty (ein Fernsehsender, der seiner Partei gehört) eine Taktik der politischen Tarnung proklamiert: „Unsere politische Rede muss eine sehr verarbeitete Rede sein [...]. Auf der einen Seite denunzierend und auf der anderen Seite gleichzeitig brückenbauend [...]. Aggressivität und Verträglichkeit [...]. Wir sollten manche Probleme abrunden. Mit anderen Worten, wir sollten sagen all das, was uns immer bewegt.“ (22.10.2005) Psarras (2010: 144).

Netzwerk von Priestern und Bischöfen aufzubauen und das Vertrauen des damaligen Athener Erzbischofs Christodoulos zu gewinnen (siehe Miliopoulos, ebd.: 154).

Ambivalenz und Zweideutigkeit gehörten zum politischen Stil von LAOS. Die Partei entwickelte eine politische Protestmentalität, war jedoch trotzdem keine typische Protestpartei. Sie fungierte als ein Knotenpunkt, an dem sich mehrere ideologische Strömungen der nicht etablierten Rechten kreuzten. Unter dem Dach von LAOS fanden Neonazis, Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, aber auch „Salon-Rechte“ (Droumpouki 2012: 367) Unterschlupf. Das Auftauchen von LAOS auf der parteipolitischen Bühne hat für die gesamte Szene rechts der etablierten Rechten neue politische Möglichkeiten geschaffen.

II. Der alte und neue Rechtsextremismus: die *Goldene Morgenröte* von 1980 bis heute

A) Ideenkampf

Die *Goldene Morgenröte* (griechisch: Χρυσή Αυγή [*Chrysi Avgi*]) existiert seit 1980. „Goldene Morgenröte“ hieß zunächst eine Zeitschrift, die eine Gruppe ehemaliger Mitglieder einer älteren neofaschistischen Splitterpartei herausgab.¹³ Die Angehörigen dieses Kreises rund um die Zeitschrift waren der Meinung, dass „Politik eine sehr dreckige Sache ist“ und man sich deswegen von allen politischen Aktivitäten fernhalten sollte.¹⁴ Als jedoch neben der Zeitschrift 1983 eine politische Organisation entstand, die den Name „*Völkische Verbindung*“ trug, waren auch Mitglieder des

13 Es handelt sich um die „Partei des 4. August“, bekannt mit der Abkürzung K4A, die der erklärte Nationalsozialist Kostas Plevris 1965 gründete (Psarras 2012: 35). Die Partei verherrlichte antidemokratische und ultranationalistische Ideen und träumte von der Wiederkehr der „Dritten Griechischen Zivilisation“ des Ex-Diktators Ioannis Metaxas (1936–1941). Der Parteiname verweist auf das Regime des 4. August 1936, wie die Diktatur von Ioannis Metaxas genannt wird, die als ein Beispiel des griechischen Protofaschismus gilt. Siehe Mavrogordatos (1996).

14 Goldene Morgenröte, H. 1, 1980.

Zeitschriftenkreises daran beteiligt. Die Partei mit dem Namen *Völkische Verbindung – Goldene Morgenröte* wurde 1985 gegründet, jedoch erst 1994 registriert. 1994 nahm sie auch an politischen Wahlen teil.

Während der Anfangsphase von *Chrysi Avgi* ging es um eine Organisation, die Struktur und Ziele von GRECE und verschiedenen Strömungen der „Neuen Rechte“ Europas übernahm.¹⁵ In der Satzung von 1987 (Psarras, ebd.: 53f.) kann man nachlesen, dass die Gründungsmitglieder die Initiative ergriffen hätten, eine „Gesellschaft mit dem Namen ‚Chrysi Avgi‘ für das Erforschen und die Förderung der Europäischen Zivilisation“ ins Leben zu rufen. Nicht nur der Name beider „Gesellschaften“, *Chrysi Avgi* und GRECE, ist identisch, was als Indiz anzusehen ist, dass die Mitglieder des Personenkreises rund um die Zeitschrift die Entwicklungen innerhalb der europäischen „Neuen Rechte“ zur Kenntnis genommen hatten;¹⁶ Gemeinsamkeiten stellt man auch bei der Zielsetzung beider Organisationen fest. Es geht ihnen darum, die europäische Zivilisation vor ihren vermeintlichen Feinden (Marxismus, Liberalismus, Egalitarismus, Christentum) zu schützen, und darum ging es auch der Redaktion, die in der Anfangsphase die Zeitschrift *Chrysi Avgi* herausgab. Eine Zusammenfassung der Themen, die in der Zeitschrift immer wieder behandelt wurden, findet man in einem Aufsatz unter dem Titel „Wir“ (griechisch: Εμείς [Emeis]) im 5. Heft. Darin wird offen zugegeben, dass die Mitglieder dieses Kreises ein heidnisches, nazistisches, opportunistisches, fanatisches und extremistisches Gedankengut pflegen.¹⁷

15 GRECE ist die Abkürzung für die französische Organisation Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne. Es ging um einen Kreis von Intellektuellen unter Alain de Benoist, der die europäische Rechte als Antwort auf die Neue Linke und deren gesamtgesellschaftlichen Einfluss in der Nachkriegszeit aufbauen wollte. GRECE fand Nachahmer in Europa außerhalb Frankreichs. Die Organisation hat zum Erstarken der Extremrechten entscheidend beigetragen. Vgl. Milza (ebd.: 322–382); Schields (2007: 147ff.). Über die „Neue Rechte“ in verschiedenen Ländern siehe Minkenberg (ebd.: 141–142).

16 1987 erschien auf Griechisch das Buch von Alain de Benoist, *Orientations pour des années décisives*, im Verlag Eleftheris Skepsis (Freies Denken), der der Verlagsszene der Ultranationalisten und Rechtsextremisten angehört. Vom selben Verlag wurde ein Jahr später das Buch von Charles Maurras, *L'avenir de l'intelligence*, herausgegeben.

17 Chrysi Avgi, H. S. 3, 1981, siehe http://xa-watch.blogspot.gr/2012/05/blog-post_03.html (19.01.2013).

Es stellt sich die Frage, ob es sich bei *Chrysi Avgi* um eine neue Organisation handelt. Die Antwort kann kein klares Ja oder Nein sein. Die *Goldene Morgenröte* trat zwar als neu gegründete Organisation auf, ihre Gründer aber waren bereits bekannte Aktivisten des rechtsextremen Lagers. Nikos Michaloliakos und der engere Personenkreis von *Chrysi Avgi* gehörten nicht nur der älteren *Partei des 4. Augusts* an, die 1977 aufgelöst wurde, sondern auch der *Nationalen Politischen Union (EPEN)*. Die *Goldene Morgenröte* kooperierte von Zeit zu Zeit mit Splittergruppierungen, politischen Parteien und Personen der gesamten rechtsextremen Szene, vom Nazisten Kostas Plevris bis zum Rechtspopulisten Giorgos Karatzaferis. Diese Zusammenarbeit verschleierte die Konflikte zwischen Aktivisten und Organisationen des rechtsextremen Milieus, auch den heftigen Machtkampf, der auf allen Ebenen stattfand: der Ideologie, des Aktivismus und des politischen Einflusses. Es dauerte 30 Jahre, bis sich die *Goldene Morgenröte* durchsetzte.

Alte und neue radikal-populistische bzw. rechts-extreme Parteien

Abbildung 1



B) Straßenkämpfe

In einem Aufsatz von Nikos Michaloliakos (1987), der mit dem Satz „Hitler für Tausend Jahre“ beginnt und mit dem „Heil Hitler“ endet,¹⁸ wurden die ideologischen Grundsätze der *Völkischen Verbindung – Goldene Morgenröte* präsentiert. Die Organisation bekennt sich darin ohne jegliche Zurückhaltung (mit Ausnahme der Anwendung des Begriffs „Nazismus“¹⁹) zur Ideologie des Nationalsozialismus; darüber hinaus ist sie Verfechterin des praktizierten Totalitarismus. Nach dem ersten Parteikongress (1990)²⁰ begann *Chrysi Avgi*, militante Aktionen zu organisieren. Die Solidarisierung mit dem Regime von Slobodan Milosevic stand hoch im Kurs; Mitglieder der *Goldenen Morgenröte* nahmen am Massaker von Srebrenica teil, wie der ehemalige Parteifunktionär Charis Kousoumvrís in seinem Buch (Kousoumvrís 2004: 20–23) schreibt.²¹ Dazu gehörte auch die aktive Teilnahme von *Chrysi Avgi* an den Massendemonstrationen Anfang der 1990er Jahre, die sich gegen die Anerkennung von FYROM, des kleinen Staates Mazedonien, ehemals zu Jugoslawien gehörend, richteten (siehe Kousoumvrís, ebd.: 17–19; Psarras, ebd.: 63). Nach Danforth (1995: 132) hatte die Mitwirkung von Mitgliedern der *Goldenen Morgenröte* an diesen Aktionen eine offensive Zielsetzung, indem sie die Eroberung von FYROM und die Gewaltanwendung gegen diesen kleinen Staat proklamierte.

In der Zeit danach hat *Chrysi Avgi* den Schwerpunkt ihrer militanten Aktionen graduell von außen- zu innenpolitischen Themen verlagert: Migration und Kriminalität (und deren Wechselwirkung) avancierten zu

18 Chrysi Avgi, H. 13, 1987, S. 3–5. Der Aufsatz ist dem Tod Hitlers gewidmet.

19 Chrysi Avgi, H. 5, ebd.: „Wir sind Nazisten, wenn es Sie sprachlich nicht stört (uns stört das) ...“

20 Zum 1. Parteikongress siehe Chrysi Avgi, H. 52, 1990. Nikos Michaloliakos, Vorsitzender der Organisation seit ihrer Gründung, ist in einer offenen Abstimmung auf dem 1. Parteikongress zum Generalsekretär gewählt worden. Er steht bis heute an der Spitze der Partei, der „Häuptling“ (griechisch: *Αρχηγός* [Arhigos]), wie er von Parteifunktionären genannt wird. In der Parteisatzung von 1987 (siehe Psarras, ebd.: 59) werden die Eigenschaften des Vorsitzenden detaillierter beschrieben. Die Beschreibung entspricht dem Modell des nationalsozialistischen Führers; in einigen Passagen wird er als „nationalsozialistischer Häuptling“ bezeichnet.

21 Kousoumvrís war bis 2002 Dritter in der Parteihierarchie. In seinem Buch findet man fotografisches Material, das seine Behauptungen belegen. Kousoumvrís, ebd.: 22–23.



Einige hundert Menschen beteiligten sich an einem antifaschistischen Protest im Stadtteil Ampelokipoi, Athen, Griechenland am 9.2.2013.

Lieblingsstreitobjekten der *Goldenen Morgenröte*. Die Konzentration von Migranten in Athen wie auch im Landkreis von Attika (Georgiadou 2011: 38) verschärfte die bereits vorhandenen Spannungen zwischen den linksradikalen Gruppierungen und den Extremrechten. Der seit den frühen 1990er Jahren entbrannte Kampf zwischen Antifa und Anti-Antifa-Zirkeln erreichte seinen Höhepunkt 1998. Damals verprügelte der stellvertretende Vorsitzende von *Chrysi Avgi*, Antonios Androutsopoulos, einen linken Studenten und verletzte ihn schwer; sicherlich nicht die letzte kriminelle Tat in einer langen Reihe von Gewalttaten, die Mitgliedern der *Goldenen Morgenröte* zugerechnet werden können.²²

22 Eine ausführliche Liste der Gewaltaktionen von *Chrysi Avgi* in Psarras (ebd.: 118–136). Androutsopoulos, genannt Periandros, versteckte sich über acht Jahre lang, um seiner Festnahme zu entgehen, eine Tatsache, die den Verdacht bestärkte, dass die *Goldene Morgenröte* über enge Beziehungen zum Polizeiapparat verfügt. In erster Instanz wurde Androutsopoulos zu 21 Jahren Haft verurteilt. In zweiter Instanz wurde seine Strafe auf zwölf Jahre reduziert. Auf militante Gewaltaktionen der *Goldenen Morgenröte* verweist auch Kousoumvriss (ebd.: 30ff.).

Chrysi Avgi ist eine Partei, die sich gegen alle Immigranten wendet; trotzdem ist sie keine typische Anti-Immigranten- Partei. Die *Goldene Morgenröte* unterstützt ideologisch das Modell eines ethno-kulturell homogenen Staates, wobei für sie die Nation auf „Rasse, Blut und Abstammung“ basiert.²³ Daher vertritt *Chrysi Avgi* den Standpunkt, dass Einwanderer die Rassenhomogenität der Nation gefährden²⁴ und fordert, dass „alle Immigranten sofort das Land verlassen“ sollten. Konflikte der Migration, die Anzahl der Migranten und die Angst der Einheimischen vor den Immigranten sind von der Partei zwischen 2008 und 2010, als Athen eine neue Massenwelle von nicht registrierten Einwanderern erlebte, stark instrumentalisiert worden. Schon zwei Jahre später, als sich die politische Agenda im Krisenland Griechenland radikal veränderte, nahm die „Migration“ nur noch eine sekundäre Position auf der Parteitagenda von *Chrysi Avgi* (wie auch allgemeinen in der Öffentlichkeit) ein. Nach Schätzungen (Noumta 2013) betrafen vier Wochen vor den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 weniger als 1 % der Inhalte der offiziellen Website von *Crysi Avgi* das Thema Migration. Genau zu dieser Zeit begann die *Goldene Morgenröte*, sich von ihrer „Hochburg“ Athen aus auf das gesamte Land auszubreiten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom November 2010 konzentrierte sich *Chrysi Avgi* wahlpolitisch auf die Stadt Athen und machte einen Teil des Stadtzentrums zu ihrer „Hochburg“: Statt ihre zahlenmäßig begrenzten Mitglieder und relativ geringe Organisationsstärke auf Nationalebene zu verteilen, sammelte sie ihre Parteikräfte in der 4. und der 6. Stadtkommune, wo sich auch die große Zahl „illegaler Einwanderer“ aufhielt. Die Präsenz und militanten Aktivitäten von *Chrysi Avgi* im Athener Stadtzentrum haben entscheidend zur Vernetzung der Parteiorganisation mit Graswurzelbewegungen vor Ort beigetragen. Es gab ca. 20 Graswurzelinitiativen, die im Stadtzentrum sehr aktiv waren. Auf die Hälfte von

23 Zu den ideologischen Positionen der Organisation vgl. <http://www.xryshaygh.com/index.php/kinima/neolaia> (20.1.2013).

24 Siehe das neue ideologische Manifest der Organisation: *Goldene Morgenröte. Eine Ideologiebewegung*. Athen 2012: 12.

ihnen hat *Chrysi Avgi* einen direkten Einfluss ausgeübt (Georgiadou & Rori 2013). Damit hat die *Goldene Morgenröte* das erreicht, was in der Fachliteratur als Bildung von politischen Gelegenheitsstrukturen via internes Angebot genannt wird (Mudde 2007: 256ff.). Mit den Worten von Mudde (ebd.: 269): „...recent developments seem to indicate that two aspects increase the chance of electoral persistence and even political survival (for the populist radical right parties, V.G.): a grass-roots basis and local Hochburgen (strongholds).“ Im Fall von *Chrysi Avgi* waren diese beiden Voraussetzungen vorhanden.

III. Wer hat die *Goldene Morgenröte* gewählt und warum? Zusammensetzung und Motive der Wählerschaft von *Chrysi Avgi*

Die Präsenz der *Goldenen Morgenröte* war jahrzehntelang bei allen Wahlen, an denen sie teilgenommen hat, sehr marginal. Nach einer langen Wahldürre stellte die Partei bei den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 einen Wahlrekord auf, der sechs Wochen später bei der nachfolgenden Wiederholungswahl vom 17. Juni 2012 bestätigt wurde. Zwischen den Parlamentswahlen von 2009 und 2012 konnte *Chrysi Avgi* ihre Wählerstimmen dramatisch von ca. 20 000 auf rund 440 000 erhöhen.

Die massive Wählerbewegung zugunsten von Parteien jenseits des Zentrums sowie das Schrumpfen der Radikalpopulisten von *LAOS* ermöglichten die Stärkung der *Goldenen Morgenröte*. Die Parlamentswahlen vom Mai/Juni 2012 können als „Erdrutschwahlen“ angesehen werden: Die Sozialisten von *PASOK* haben zwischen Oktober 2009 und Mai 2012 mehr als zwei Drittel, die Konservativen der *Neuen Demokratie* fast die Hälfte ihrer Wähler verloren; in derselben Zeit vervierfachte die Radikallinke von *SYRIZA* ihre Wahlprozente und die beiden Parteien rechts der *Neuen Demokratie*, die *Unabhängigen Griechen (ANEL)* und die *Goldene Morgenröte*, nahmen entsprechend den vierten und sechsten Platz im Parlament ein.

Wahlentwicklung der *Goldenen Morgenröte* seit 1994

Tabelle 2

Wahljahr (Wahltyp*)	Wahlergebnisse		Wahlsitze
	in %	in Stimmen	
1994 (E)	0,11	7.242	-
1996 (P)	0,07	4.487	-
1999 (E) ¹	0,75	48.532	-
2002 (K) ²	0,30	1.059	-
2004 (E) ³	0,17	10.618	-
2006 (K) ⁴	1,34	3.705	-
2009 (E)	0,46	23.609	-
2009 (P)	0,29	19.624	-
2010 (K) ⁵	5,29	10.222	1
2012/Mai (P)	6,97	441.018	21
2012/Juni (P)	6,92	425.990	18

Kommentare:

- In Parenthesis der Wahltypus, Europawahlen (E), Parlamentswahlen (P), Kommunalwahlen (K).
- 1 Zusammen mit der Ersten Linie (auf griechisch: Πρώτη Γραμμή [Proti Grammi]), die Partei von Konstantinos Plevris.
- 2 Das Ergebnis in der Stadt Athen. Die Goldene Morgenröte unterstützte den Bürgermeisterkandidaten Odysseas Tiligadas, Vorsitzender des Wahlzusammenschlusses „Griechisch-Orthodoxe Gemeinde – Erst Die Griechen“. In der Präfektur Athen-Piräus unterstützte Chrysi Avgi die Kandidatur von Giorgos Karatzaferis (LAOS), der mit dem Wahlzusammenschluss „Sauberes Herz“ 13,6 % aller Stimmen sammelte.
- 3 Zusammen mit der Patriotischen Allianz (griechisch: Πατριωτική Συμμαχία – ΠΑΤΡΙ.Σ. [Patriotiki Symmachia – PATRI.S]). PATRI.S bedeutet auf Griechisch Vaterland. PATRI.S wurde von Parteifunktionären der Goldenen Morgenröte mit Zustimmung der Parteiführung gegründet und war eine Art Tochterpartei von Chrysi Avgi bis 2007.
- 4 Zusammen mit der Patriotischen Allianz.
- 5 Das Ergebnis in der Stadt Athen. Bürgermeisterkandidat war N. Michaloliakos und sein Wahlzusammenschluss hieß „Griechische Morgenröte für Athen“. Michaloliakos ist in den Gemeinderat der Stadt Athen gewählt worden.

Quelle: Innenministerium, <http://www.ypes.gr/en/Elections/>.

Von welchen Parteien hat nun *Chrysi Avgi* ihre Wähler gewonnen? Es waren die *Neue Demokratie* und die *PASOK*, also die (ehemaligen) Großparteien, aber auch Kleinparteien (*LAOS* etc.), die zu den Stimmengebern der *Goldenen Morgenröte* gehörten. Die extremrechte Partei hat auch von neuen Wählern und von ehemaligen Nichtwählern Stimmen bekommen. Zwischen den Parlamentswahlen vom Mai 2012 und Juni 2012 konnte festgestellt werden, dass sich sogar ein kleiner Teil der linksradikalen Wähler nach rechts orientiert und die *Goldenen Morgenröte* gewählt hat.

Wählerzufluss in die *Goldene Morgenröte*: frühere Parteipräferenz der Wähler von *Chrysi Avgi*

Tabelle 3

Parlamentswahlen Mai 2012		Goldene Morgenröte	Parlamentswahlen Juni 2012	
Neue Demokratie	33,9 %		5 %	Neue Demokratie
PASOK	23,3 %		2 %	PASOK
Neue Wähler	20,9 %		6 %	Neue Wähler
LAOS	12,3 %		3 %	LAOS
Andere Parteien	9,6 %		6 %	Andere Parteien u. Nichtwähler
			5 %	SYRIZA •
			7 %	ANEL ••
			64 %	Goldene Morgenröte

Kommentare:

- Koalition der radikalen Linken
- Unabhängige Griechen. National-konservative Partei, Abspaltung von der Neuen Demokratie

Quelle: Exit polls, Metron Analysis.

Obwohl die *Goldene Morgenröte* die Hälfte ihrer Neuwähler von den Parteien des breiten rechten Spektrums bekommen hat, war die andere Hälfte ihrer Wählerschaft parteipolitisch sehr bunt. Es ist bemerkenswert, dass eine stark ideologisch geprägte Partei wie *Chrysi Avgi* Wahlstimmen von fast allen Positionen der Links-Rechts-Achse auf sich vereinigen konnte. In Tabelle 4 führten wir die Motive der Wähler von *Chrysi Avgi* auf.

Wahlmotive der *Golden Morgenröte*-Wähler und der gesamten Wählerschaft (in %)

Tabelle 4

Wahlmotive	Wähler der Goldenen Morgenröte	Gesamte Wählerschaft
Die Bildung einer Einparteienregierung	8 %	39 %
Die Bildung einer Regierungskoalition	14 %	35 %
Das Entstehen einer starken Opposition	38 %	11 %
Die Parteien abzulehnen	40 %	14 %
Die Diskussionen über das Memorandum	71 %	53 %
Die Diskussionen über den €	47 %	29 %

Quelle: Exit poll, Metron Analysis.

In der Tabelle treten zwei Kategorien von Protestwahlmotiven deutlich hervor: erstens gegen die Regierenden und die etablierten politischen Parteien und zweitens gegen die harschen Sparmaßnahmen und das Memorandum, das Griechenland als Gegenleistung für die internationale Finanzhilfe des Landes mit der Troika (IWF, EU-Kommission, Europäische Zentralbank) vereinbart hat. Protestwähler, die sich entweder aus parteipolitischer Unzufriedenheit oder aus einer Anti-Memorandumshaltung für die *Goldene Morgenröte* entschieden, sind die beiden Hauptgruppen ihrer Wähler. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass sich beide Wählergruppen und Wählermotive überschneiden. Diese Protesthaltung kann man sowohl bei den Wählern der *Goldenen Morgenröte* als auch bei der gesamten Wählerschaft feststellen. Die gesamte Wählerschaft war allerdings in zwei Teile gespalten: Sie war entweder gegen das Memorandum oder für die Bildung einer starken Einpartei- bzw. Koalitionsregierung. Die Wählerschaft von *Chrysi Avgi* dagegen stand dem allem ablehnend gegenüber: der Regierungsbildung, den etablierten Parteien und dem Memorandum.

Wie sieht nun das sozial-demografische Profil des Wählers von *Chrysi Avgi* aus? Nach unseren Daten ist eine Geschlechts- wie auch eine Altersspaltung mehr als offensichtlich: Drei Viertel der Wähler von *Chrysi Avgi* sind Männer, das waren 18 Prozentpunkte mehr als ihr Anteil in der Gesamtstichprobe. Dagegen waren fast doppelt so viele Frauen in der Gesamtstichprobe wie unter der Wählerschaft von *Chrysi Avgi* enthalten. Ein Umstand, der das „beinahe ehernen Gesetz“, dass „extremistische Parteien zunächst mehr von Männern als von Frauen gewählt werden“, untermauert (Falter 1994: 28).

Abgesehen davon, dass während der letzten Parlamentswahlen die *Chrysi Avgi* eine „Männerpartei“ war – war sie auch eine „Jungwählerpartei“ (ebd.: 34). Die *Goldene Morgenröte* gewann eine große Zahl ihrer Wähler in den Altersgruppen bis 44 Jahren, die mit großer Mehrheit sowohl die extreme Rechte als auch die radikale Linke (SYRIZA) wählte. SYRIZA war die stärkste Partei in allen Altersgruppen von 18 bis 54 Jahren, und *Chrysi Avgi* war zweitstärkste Partei in der Altersgruppe bis 44 Jahren,

**Sozial-demografische Zusammensetzung der Wählerschaft von
Chrysi Avgi (in %)**

Tabelle 5

Wahlmotive	Anteil an der Gesamtheit der Wählerschaft von Chrysi Avgi	Anteil an der gesamten Stichprobe
GESCHLECHT		
Männer	76	58
Frauen	24	42
ALTERSGRUPPEN		
18 – 24	15	8
25 – 34	25	16
35 – 44	24	19
45 – 54	18	21
55 – 64	11	16
65+	7	20
BILDUNG		
Niedrige	15	21
Mittlere	58	46
Höhere	27	33
BESCHÄFTIGUNG		
Arbeitgeber/Selbstständige	18	14
Landwirte	7	6
Beamte	14	12
Angestellte	22	21
Arbeitslosen	16	11
Studenten	7	5
Rentner	9	23
Hausfrauen	4	7

Quelle: Exit poll, Juni 2012, Metron Analysis.

wobei sie ihre Hochburg bei Wählern im Alter von 35 bis 44 Jahren hatte. Deshalb ist es angemessener, von einer quasi Altersspaltung zu sprechen.

Ähnliches kann man bezüglich des Bildungsniveaus der Wähler von *Chrysi Avgi* beobachten. Die Mehrheit ihrer Wähler bewegt sich auf einem mittleren Bildungsniveau (technische Bildung oder Abitur). Wähler mit elementarer Bildung hatten überdurchschnittlich die *Neue Demokratie*, die PASOK, aber auch die *Kommunistische Partei* gewählt. Die oberen

Bildungsschichten hatten SYRIZA und die *Demokratische Linke* (DIMAR) gewählt. Die Mehrheit der Wähler der *Goldenen Morgenröte* (58 %) hat eine mittlere Bildung (technische Bildung oder Abitur). Insgesamt gehörten über neun Prozent ihrer Wähler zu dieser Gruppe.

Im Hinblick auf das Wahlverhalten verschiedener Berufsgruppen sehen wir, dass *Chrysi Avgi* unter Hausfrauen, Landwirten, Studenten und Rentnern kaum Zulauf gewann, während hingegen Angestellte, höhere Angestellte, Freiberufler, Arbeitslose und öffentlich Bedienstete in höherem Maße die Rechtsextremisten gewählt haben.

Die oben angeführten Daten und die Ergebnisse der Meinungsumfragen zeigen eines auf: Wähler in prekärer Beschäftigungssituation wählen tendenziell diejenige Partei, die ihre Probleme extrem vereinfacht angeht und ihre Ängste systematisch instrumentalisiert.



„Athen – antifaschistische Stadt“ (Januar 2013)

Schlussbetrachtung: Perspektiven für die Extremrechte in Griechenland

In einem Aufsatz von 1992 haben Mayer und Perrineau die Ansicht vertreten, dass es sich bei den Le-Pen-Wählern um drei verschiedene Gruppen handelt. Sie unterscheiden zwischen „normalen“, „gelegentlichen“ und „potenziellen“ Wählern. Bei der ersten Gruppe handelt es sich um Wähler, die die Partei von Le Pen in zwei aufeinander folgenden Wahlen, und zwar aus politisch-ideologischer Überzeugung gewählt haben. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Wähler, die „gelegentlich“, das heißt unsystematisch die *Nationale Front (FN)* gewählt haben. Die dritte Gruppe der „potenziellen Wähler“ machen diejenigen Wähler aus, die die Wahl von *FN* nicht kategorisch ausschließen (ebd.: 134, 137). Eine ähnliche Typologie haben Fieschi, Morris und Caballero (o. J.) in ihrer Studie über die rechtsradikalen Wähler in Europa entworfen. Sie differenzieren zwischen „engagierten“ (committed), „widerstrebenden“ (reluctant) und „potenziellen“ (potential) Radikalwählern (ebd.: 32) und schätzen ein, dass die beiden letzten Gruppen die Wählermehrheit rechtsradikaler Parteien ausmachen.

Unsere Wahldaten reichen noch nicht aus, um mit Sicherheit eine ähnliche Einschätzung der Wählermotive für die *Goldene Morgenröte* zu formulieren. Es sind jedoch erste Anzeichen dafür vorhanden, dass die Wähler von *Chrysi Avgi* in Bezug auf ihre parteipolitische Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung sowie in Bezug auf ihre Nähe zum Rechtsextremismus eine gewisse Heterogenität aufweisen. Weniger als die Hälfte der Wähler von *Chrysi Avgi* geben an, der Partei „sehr nah“ zu stehen. Mehr als ein Drittel der rechtsextremen Wählerschaft zeigt im Gegenteil Indifferenz und ein Sechstel bis ein Fünftel bleibt der Partei von *Chrysi Avgi* politisch-ideologisch fern.

Überzeugte und nicht überzeugte Wähler der Goldenen Morgenröte (in %)

Tabelle 6

Ideologischer Abstand von Goldener Morgenröte	Parlamentswahlen, Mai 2012	Parlamentswahlen, Juni 2012
Ganz nah	44	48
Weder noch	37	37
Weit weg	19	15

Quelle: Exit poll Mai und Juni 2012, Metron Analysis.

Ob nun die *Chrysi Avgi* den Status des *Parias* endgültig hinter sich gelassen und einen Platz in der etablierten Parteiszene errungen hat, bleibt noch abzuwarten. Das Parteiensystem in Griechenland befindet sich in einer Übergangsphase. Es ist das erste Mal in der Geschichte des parlamentarischen Regierungssystems nach 1974, dass es die Extremrechten geschafft haben, sich parteipolitisch durchzusetzen. Ob die *Chrysi Avgi* ihre Ziele erreichen oder nicht erreichen wird, hängt von der Politik der verfassungstreuen Parteien und der Haltung der Bürger selbst ab. Deshalb ist es notwendig, einen festen Damm gegen die rechtsextreme Flut aufzubauen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Betz, H.-G. (1994): *Radical right-wing populism in Western Europe*. London: MacMillan.
- Binder, T. (2005): *Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen?* Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Clogg, R. (1987): *Parties and elections in Greece. The search for legitimacy*. Durham: Duke University Press.
- Danforth, L. M. (1995): *The Macedonian conflict: Ethnic Nationalism in a transnational world*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Downs, W. M. (2012): *Political extremism in democracies. Combating intolerance*. New York: Palgrave Macmillan.
- Droumpouki, A. M. (2012): Laikos Orthodoxos Synagermos (Griechenland). In: W. Benz (Hrsg.). *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 5, Organisationen, Institutionen, Bewegungen*. Berlin, Boston: Walter de Gruyter GmbH & Co.
- Ellinas, A. (2010): *The Media and the far right in Western Europe. Playing the nationalist card*. New York: Cambridge University Press.
- Falter, J. W. (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: C.H. Beck.
- Fieschi, C., M. Morris und L. Caballero (o. J.): *Recapturing the reluctant voter. How to win back Europe's populist vote*. Counterpoint.
- Georgiadou, V. (2002): Parteireform in Griechenland. Am Beispiel der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK). *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12(2), 585–609.
- Georgiadou, V. (2007): Der Übergang Griechenlands von der Diktatur zur Demokratie. Oberflächliche Vergangenheitsbearbeitung und Modernisierungswiderstände. In: *Politische Entwicklungen nach der Demokratisierung. Die Erfahrungen und Erinnerungen von Korea, Spanien, Portugal und Griechenland*. Seoul: Friedrich Ebert Stiftung und Korea Democracy Foundation (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/seoul/05148inf.html>).
- Georgiadou, V. (2011): Glissement des partis d'extrême droite vers le centre et renouvellement de l'extrémisme à leur marge, *Revue des Sciences Sociales*, 46, 36–45.

- Georgiadou, V. und L. Rorri (2013): Wie und warum jetzt? Anfangsfragen und Arbeitshypothesen über das Aufkommen der Goldenen Morgenröte. [Γεωργιάδου, Β. και Λ. Ρόρη, «Πώς και γιατί τώρα; Αφετηριακές υποθέσεις εργασίας για την άνοδο της Χρυσής Αυγής». Αθήνα: Πάντειο Πανεπιστήμιο, 13–14.01.2013]. *Aufsatz präsentiert am Kongress des Zentrums für Politische Forschung*. Athen: Panteion Universität (13–14 Januar 2013).
- Guibernau, M. (2010): *Migration and the rise of the radical right. Social malaise and the failure of mainstream politics*. London: Policy Network.
- Ignazi, P. (1996): *New challenges. Post-materialism and the extreme right*. Working Paper. Madrid: Centre for Advanced Study in the Social Sciences, Juan March Institute.
- Ignazi, P. (2010): *Extreme right parties in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Kousoumvris, Ch. (2004): *Zerstreuend den Mythos der Goldenen Morgenröte*. [Κουσουμβρής, Χ., Γκρεμίζοντας τον μύθο της Χρυσής Αυγής. Αθήνα: Εκδόσεις Έρεβος]. Athen: Erevos.
- Kriesi, H. (1995): Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten. Die Mobilisierung von zwei Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext. *Swiss Political Science Review*, 1(1), 1–46.
- Mayer, N. und P. Perrineau (1992): Why do they vote for Le Pen?. *European Journal of Political Research*, 22, 123–141.
- Mavrogordatos, G. Th. (1996): *Nationalspaltung und Massenorganisation. Die Reservisten von 1916*. [Μαυρογορδάτος, Γ., Εθνικός διχασμός και μαζική οργάνωση: Οι Επίστρατοι του 1916, Αθήνα: Εκδόσεις Αλεξάνδρεια]. Athen: Alexandraia.
- Mavrogordatos, G. Th. (2005): Greece. *European Journal of Political Research*, 44, 1025–1032.
- Miliopoulos, L. (2011): Extremismus in Griechenland. In: E. Jesse und T. Tieme (Hrsg.). *Extremismus in den EU-Staaten*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Milza, P. (2004): *Europe im schwarzen Hemd. Die extremrechten Parteien in Europa nach 1945*. [Μιλζά, Π., Οι μελανοχίτωνες της Ευρώπης. Η ευρωπαϊκή ακροδεξιά από το 1945 μέχρι σήμερα. Αθήνα: Εκδόσεις Scripta]. Athens: Scripta (Originaltitel: *L'Europe en chemise noire. Les extrêmes droites en Europe de 1945 à aujourd'hui*, Fayard 2002).
- Minkenberg, M. (1998): *Die neue radikale Rechte im Vergleich*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Mudde, C. (2000): *The ideology of the extreme right*. Manchester: Manchester University Press.
- Mudde, C. (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nikolakopoulos, I. (2001): *Die kachektische Demokratie*. Parteien und Wahlen 1946-1967. [Νικολακόπουλος, Η., Η καχεκτική δημοκρατία: Κόμματα και εκλογές 1946-1967. Αθήνα: Εκδόσεις Πατάκη]. Athen: Patakis.
- Noumta, K. (2013): Inhalt und Bildungsvoraussetzungen der politischen Sprache der Goldenen Morgenröte vor den Wahlen. *Aufsatz präsentiert am Kongress des Zentrums für Politische Forschung*. [Νούμτα, Κ., Περιεχόμενο και παράγοντες διαμόρφωσης του πολιτικού λόγου της Χρυσής Αυγής πριν τις εκλογές. Αθήνα: Πάντειο Πανεπιστήμιο, 13–14.01.2013]. Athen: Panteion Universität (13–14 Januar 2013).
- Psarras, D. (2010): *Die unsichtbare Hand von Karatzafaris*. Die Wiedergeburt der griechischen extremen Rechten über das Fernsehen. [Ψαρράς, Δ., Το κρυφό χέρι του Καρατζαφέρη. Η τηλεοπτική αναγέννηση της ελληνικής ακροδεξιάς. Αθήνα: Εκδόσεις Αλεξάνδρεια]. Athen: Alexandria.
- Psarras, D. (2012): *Die schwarze Bibel der Goldenen Morgenröte*. [Ψαρράς, Δ., Η μαύρη βίβλος της Χρυσής Αυγής. Αθήνα: Εκδόσεις Πόλις]. Athen: Polis.
- Scharsach, H.-H. (2002): *Europas Populisten*. Wien: Ueberreuter.
- Shields, J. G. (2007): *The extreme right in France. From Pétain to Le Pen*. New York: Routledge.
- Vasipoulou, P. and Chr. Vernadrakis (2011): The rise and fall of the Greek Conservative Party: Ideological realignments and agocentric economic voting at the dawn of the financial crisis, *Paper presented at the 61st PSA Annual Conference*. London.
- Vernardakis, Chr. (2012): *Politische Parteien, Wahlen und Parteiensystem*. [Βερναρδάκης, Χ., Πολιτικά κόμματα, εκλογές και κομματικό σύστημα. Αθήνα: Εκδόσεις Σάκκουλα]. Athen: Sakkoula.
- Von Beyme, Kl. (1988): *Right Wing Extremism in Western Europe*. London: Frank Cass Publishers.
- Voulgaris, Y. (2001): *Griechenland des Regimewandels, 1974–1990*. [Βούλγαρης, Γ., Η Ελλάδα της Μεταπολίτευσης, 1974–1990. Αθήνα: Εκδόσεις Θेमέλιο]. Athen: Themelio.
- Zimmermann, E. and T. Saalfeld (1993): The three waves of West German right-wing extremism. In: P. H. Merkl and L. Weinberg (eds). *Encounters with the Contemporary Radical Right*, Boulder: Westview.



Anhänger der *Forza Italia* und der *Alleanza Nazionale* mit Fahnen.

Die Rechte, die Rechtsextreme und die Altlast des Faschismus in Italien, 2008–2013

Roberto Chiarini

Italien ist das einzige Land in Westeuropa, in dem es schwierig ist zwischen der gemäßigten Rechten und der Rechtsextremen zu unterscheiden. Die eine fühlt sich den Grundsätzen, Werten, Institutionen und Vorgehensweisen der liberalen Demokratie verpflichtet, die andere lehnt all dies ab. Schwer zu verstehen ist dies in erster Linie für die breite Öffentlichkeit, die solche Unterscheidungen generell lediglich für eine rhetorische Übung hält. Darüber hinaus ist es offensichtlich auch ein mühsames Unterfangen für Politikwissenschaftler und Historiker, so dass die meisten nicht einmal den Versuch unternehmen, den substantiellen Inhalt und die Grenzen der italienischen Rechten zu definieren. Zur Debatte steht auch das Selbstverständnis letzterer; es ist gekennzeichnet durch einen „Zustand der Verwirrung“, in dem jegliche „konzeptionelle Klarheit“ verloren gegangen ist.¹ Die Schwierigkeit zu definieren, ist letzten Endes bedingt durch das Erbe des Faschismus, der ursprünglich aus Italien stammt und das Land lange prägte. Die italienischen Faschisten entwarfen ein Modell für den Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft, das sie stolz exportierten und somit den Faschismus als einzige Alternative zum sowjetischen Kommunismus darstellten.²

Aus verschiedenen Gründen ist es dem faschistischen Gedankengut in Italien durch die Geschichte hinweg gelungen, präsent zu bleiben. Zuerst war es politisch hauptsächlich durch die einzige Partei der Rechten, der *Movimento Sociale Italiano* (MSI), vertreten. Auch hier ist Italien wieder

1 Antonio Gnoli, „Il tramonto grottesco del pensiero della Destra,“ in *La Repubblica*, 30. September 2012.

2 Marco Cuzzi, *Antieuropa: Il fascismo universale di Mussolini* (Milan: M&B Publishing, 2007).

einzigartig, denn die MSI ist das einzige europäische Beispiel für eine neofaschistische Partei, die in den zentralen und dezentralen Institutionen des Landes ständig präsent war und auf lokaler Ebene häufig an den Hebeln der Macht saß. Zweitens hat das faschistische Erbe in der Nachkriegszeit derart entscheidenden Einfluss ausgeübt, dass es die politische Szene der gesamten italienischen Rechten stark prägte. Andere Parteien befürchteten, dass ihr Parteiprogramm bei Faschisten Anerkennung findet und es somit in den eigenen Reihen und bei Teilen der Bevölkerung nicht mehr legitim ist. Das hat die rechte Seite des politischen Spektrums für viele Parteien faktisch zu einem „Sperrgebiet“ gemacht, ungeachtet dessen, ob sie nun konservativ oder gemäßigt, säkular oder katholisch, liberal oder christdemokratisch sein mögen. Und das ist nicht das Ende der Geschichte. Die Position, die nostalgisch denkende Italiener als Aufruf zu einer identitätsstiftenden Politik ansehen, ist ein wichtiger Bezugspunkt für demokratische Kräfte geworden, insbesondere für die Linke, die sich als Gegner solcher Praktiken versteht. Die Linke hat in unterschiedlichen sensiblen Abschnitten in der Geschichte der Republik den Antifaschismus als kostbare politische Ressource eingesetzt, seine extremen Flügel haben ihn in den Status einer ausgereiften Ideologie erhoben. Die Debatte hat die italienischen Parteien deutlich beeinflusst, hat eine klare Trennungslinie zwischen legitimen und nicht legitimen politischen Aktivitäten der Linken und der Rechten gezogen und hat schlussendlich das gesamte politische System verändert.

Nutznieser dieser Entwicklung waren vor allem Parteien der politischen Mitte wie *Democrazia Christiani* (DC) und untergeordnete säkulare Gegenspieler, die – angesiedelt zwischen neofaschistischer Rechten und kommunistischer Linken – die einzige Domäne darstellten, die eine Regierungskoalition bilden konnte.

Im Jahr 1994 ging Italien von der Ersten zur Zweiten Republik über, ein neues Mehrheitswahlsystem wurde eingeführt, was als bipolares demokratisches System vorgesehen war. Linke und Rechte hatten somit gleich gute Chancen, es waren die Parteien der Mitte, die sich orientieren mussten. In einigen Kreisen zeichnete sich ein Nostalgieruck ab, politische

Kräfte wetterten gegen den Antifaschismus. Dies vergiftete die politische Debatte und weitete sich auf das politische System aus.

Die beständige Altlast an Werten und Ideen, ganz zu schweigen von der Bewunderung für das Regime von Benito Mussolini, lastete schwer auf der politischen Kultur der *Alleanza Nazionale*.³ Sie ist die Partei, die Gianfranco Fini 1995 aus den Scherben der *Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale* (MSI-DN) wieder aufgebaut hat. Es war ein politischer Schachzug, der die alte Rechte an jeglicher Form einer liberalen Neuausrichtung hinderte. Der Antifaschismus als „demokratische Wachsamkeit“ hat sich als Identität der Linken durchgesetzt und wurde in mehreren Parteien verankert – zuerst in der *Partito Democratico della Sinistra*, in der Zeit von 1991 bis 1998; anschließend in der *Democratici di Sinistra* von 1998 bis 2007; und in jüngster Zeit in der *Partito Democratico*. Die Linke hat schnell auf den immer beliebter werdenden Neofaschismus reagiert⁴ und löste damit am anderen Ende des politischen Spektrums ständig Umgruppierungen aus. Dementsprechend wurde das rechte Lager – die AN, die *Lega Nord* (LN) und die von Silvio Berlusconi 1993 gegründete *Forza Italia* (FI) – von den Linken allesamt als der „Faschismus des neuen Jahrtausends“ bezeichnet: eine Bedrohung der Demokratie, entweder getarnt als Populismus neuen Stils, im Entstehen begriffener Plebiszitarismus, fremdenfeindlicher Rassismus oder mediatisierter Autoritarismus.

Der Faschismus: Tief in Italiens Gesellschaft verankert

In den letzten zwei Jahrzehnten fand sich nur außerhalb des parlamentarischen Rahmens – sei es offene oder verdeckte – Unterstützung für Elemente der politischen Altlast des Faschismus oder sogar vollständige

3 Siehe Roberto Chiarini, „L'integrazione passiva,“ in R. Chiarini and M. Maraffi (Hrsg.), *La destra allo specchio: La cultura politica di Alleanza nazionale* (Venedig: Marsilio, 2001), S. 13–42, und Alessandro Giuli, *Il passo delle oche. L'identità irrisolta dei postfascisti* (Turin: Einaudi, 2007).

4 Ernesto Galli della loggia, „La perpetuazione del fascismo e della sua minaccia come elemento strutturante della lotta politica nell'Italia repubblicana,“ in E. Galli della loggia und L. Di Nucci (Hrsg.), *Due nazioni: Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea* (Bologna: Il Mulino, 2003), S. 227–261.

Identifizierung mit ihnen. Am deutlichsten sind die Fälle innerhalb des rebellischen Kosmos der Rechtsextremen. Roberto Fiores Terza Posizione und CasaPound sind die bekanntesten und aktivsten Gruppen, obwohl auch neofaschistische Organisationen wie Mailands Azione Skinhead und Venedigs Fronte Skinhead⁵ zu erwähnen sind. Diese Gruppen haben in den 1990ern Aufmerksamkeit auf sich gezogen, später vor allem durch ihre Militanz, ihre Bereitwilligkeit, Gewalt auszuüben und ihre Angriffe auf antifaschistische Symbole, Bewegungen und Einzelpersonen. Die Trennlinie zwischen außerparlamentarischer, neofaschistischer Militanz und der ex-faschistischen Rechten verläuft recht fließend. Nehmen wir beispielsweise den Fall Terza Posizione, die auf keinerlei Schwierigkeiten stieß, als sie ein von Alessandra Mussolini initiiertes Wahlbündnis einging. Ursprünglich war sie eine bedeutende Akteurin in der MSI-DN gewesen, später in AN aktiv und schließlich Mitglied von *Il Popolo della Libertà* (PDL). Als Teil dieses Bündnisses nahm Fioris Gruppe an den Europawahlen 2004 teil, an den Regionalwahlen 2005 und an den Parlamentswahlen 2006 und 2008 und schaffte es, ihren Vorsitzenden ins Europäische Parlament nach Strasbourg zu entsenden.

Einen gemeinsamen Nenner haben die beiden Lager auch gefunden, wenn es darum ging, sich auf Ideen der Vergangenheit zu berufen. Äußerst aufschlussreich sind in dieser Hinsicht die kulturellen Bezugspunkte, die beim Gründungskongress der *Alleanza Nazionale* 1995 offensichtlich wurden. Bei dieser Gelegenheit stimmten 62 Prozent der Delegierten mit der Behauptung überein, dass das faschistische Regime ein „gutes Regime“ gewesen sei, auch wenn sie einräumten, dass es einige fragwürdige Entscheidungen getroffen habe. Sieben Prozent stuften die zwanzig Jahre der

5 Domenico Di Tullio, *Centri sociali di destra: Occupazioni e culture non conformi* (Rom: Castelvetchi, 2006); Nicola Rao, *La Fiamma e la Celtica* (Rom: Sperling & Kupfer, 2006); Stefano Bartolini, „Fascismo e neofascismo: I ‘nipoti del Duce’ tra eredità, novità, persistenze e sviluppi all'alba del nuovo secolo,” in QF: *Quaderni di Farestoria: Periodico dell'Istituto Storico Provinciale della Resistenza di Pistoia* (Band X, Nr. 2–3, Mai-Dezember 2008); Guido Caldiron, *La destra sociale da Salò a Tremonti*, (Rome: Manifestolibri, 2009); Daniele Di Nunzio and Emanuele Toscano, *Dentro e fuori Casapound. Capire il fascismo del Terzo Millennio* (Rom: Armando Editore, 2011); Saverio Ferrari, *Le nuove camicie nere: Il neofascismo oggi in Italia* (Pisa: BFS edizioni, 2009); und Saverio Ferrari, *Fascisti a Milano: Da Ordine Nuovo a Cuore Nero*, (Pisa: BFS edizioni, 2012).

faschistischen Herrschaft in Italien als „bestes Regime, das je konzipiert wurde“ ein. Dagegen hielten es nur 18 Prozent für ein schlichtweg „autoritäres“ Regime und lediglich 0,2 Prozent bezeichneten es als „brutale Diktatur“.⁶ Diese Überzeugungen waren offenbar tief im italienische Bewusstsein verankert, denn drei Jahre später, auf dem Parteikongress der *Alleanza Nazionale* in Verona, hatten sich die Positionen der Mitglieder kaum verändert. Nur 1,1 Prozent verurteilten den Faschismus, 18 Prozent hielten ihn für autoritär und 61 Prozent sahen ihn weiterhin als ein „gutes Regime“.⁷

Dies stützt die Behauptung, dass ein großer Teil der öffentlichen Meinung – repräsentiert durch Mitglieder der MSI-DN, als die Partei noch existierte – mit der faschistischen Vergangenheit noch immer nicht abgeschlossen hat. Zudem nährt es den begründeten Verdacht, dass schleichende Trägheit viele Italiener davon abhält, eine wirklich liberaldemokratische rechte Kultur zu schaffen, d.h., eine eher gemäßigte als extremistische.⁸ Die *Lega Nord*, die *Forza Italia* und heutzutage selbst die *Partito Democratico* (PD) demonstrieren, dass sie nach wie vor mit einer Denkweise liebäugeln, die, obwohl sie nicht als nostalgisch eingeordnet werden kann, in einem gewissen Sinn eine gefällige Haltung zur Mussolini-Zeit annimmt. Es ist nicht einfach, Erklärungen zu finden, in denen diese Gruppen sich offiziell zu dem Thema bekennen. Einige ihrer Anhänger tun dies aber ganz offiziell. So hat beispielsweise Roberto Maroni von der LN den 25. April 1945 (den Tag, der für die Befreiung Norditaliens durch die Resistenza steht) als „unvergessliches Datum“ bezeichnet. Ignazio La Russa, früher Anhänger der MIS, später der AN, und seit jüngster Zeit PDL-Mitglied, hat dieses Datum „gemeinsamen Jahrestag“

6 Piero Ignazi, „Legitimation and Evolution on the Italian Right Wing: Social and Ideological Repositioning of Alleanza Nazionale and Lega Nord,” in *South European Society and Politics*, Band 10, Nr. 2 (2005).

7 Roberto Vignati, „La memoria del fascismo,” in R. Chiarini and M. Maraffi (Hrsg.), *op. cit.*, S. 43–82.

8 Alessandro Giuli, *Il passo delle oche: L'identità irrisolta dei postfascisti* (Turin: Einaudi, 2007).

genannt.⁹ Maroni und La Russa nahmen sogar an offiziellen Gedenkveranstaltungen zu entscheidenden Daten im Kalender der Resistenza teil, was vielfach auf ablehnende Reaktionen stieß. Bei der Demonstration in Mailand am 25. April 1994 wurde beispielsweise die Delegation der damaligen *Lega Lombarda* anfangs mit Protestrufen begrüßt und später ausgeschlossen. Zwölf Jahre danach wiederholte sich diese Szene in Mailand; diesmal stand Letizia Moratti, Kandidatin für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt der Lombardei, in der Schusslinie, als sie neben ihrem körperbehinderten Vater, Paolo Brichetto, erschien, der nach Dachau deportiert worden war und wegen seiner Rolle in der Resistanza später gewürdigt worden ist.¹⁰

Insgesamt scheint jedoch die Rechte der Tradition des Antifaschismus skeptisch gegenüber, wenn nicht gar gänzlich entgegen zu stehen. Sie widerspricht einem Antifaschismus, innerhalb dessen die Resistanza eine einschneidende Zäsur in der Geschichte Italiens repräsentiert und von den demokratischen Errungenschaften der Republik bestätigt wird.

Meist geht diese fortbestehende profaschistische Neigung im Gedanken- gut der Nachfolgepartei der MSI-DN mit einem Gegensatz zur antifaschistischen Linie einher, die für andere Mitte-Rechts-Gruppen überwiegend typisch ist. Allgemein gesprochen, scheinen sich diese Parteien bei dem Thema etwas zu eigen gemacht zu haben, das als „graue Erinnerung“ tituiert wird. Sie erinnern an die mutmaßlichen revolutionären Ergebnisse der Resistanza-Erfahrung, als ein inzwischen abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit. Dadurch wird der Resistanza das Vermögen abgesprochen, die Gegenwart gestalten zu können. „Graue Erinnerung“ war stets die unverkennbare Chiffre der gemäßigt konservativen öffentlichen Meinung – dem Teil der öffentlichen Meinung, der zwar nicht unverhohlen nostalgisch ist, sich nichtsdestotrotz ungern eine „rote Erinnerung“ aneignen will. Mit anderen Worten lehnt die gemäßigt konservative

9 Siehe *La Repubblica*, 24. April 2009. Vgl. zu diesem Thema: Mario Isnenghi, „Ben venga Umberto Bossi e il suo antifascismo,“ in *Il Corriere della sera*, 12. Mai 1995.

10 Vgl. *Il Corriere della sera*, 26. April 2006.

öffentliche Meinung die deutlich fortschrittlichere Version von Italiens Vergangenheit offen ab. Es ist die Vergangenheit, die vom militanten Antifaschismus geprägt wurde und eine Form der Erinnerung ist, die als charakteristische Eigenschaft der Linken betrachtet wird.¹¹

Berlusconi rehabilitiert Mussolini

Darüber hinaus bringt die gemäßigte Rechte lückenhafte Interpretationen des italienischen Faschismus vor. Sie bestehen überwiegend aus Anspielungen, Vorurteilen und Klischees und zirkulieren unter jenen, die wenig politisches Interesse haben oder unpolitisch sind.

Das Hauptargument lautet folgendermaßen: Auch wenn der Faschismus eine Diktatur war, so war er nicht so „brutal“ wie das Nazi-Regime, sondern stattdessen eine saft- und kraftlose Variante desselben. Die faschistische Regierung, so Silvio Berlusconi, „schickte die Leute in den Urlaub, um sie einzusperren“ auf einer malerischen Mittelmeerinsel.¹² Erneut griff der PDL-Vorsitzende das Thema 2013 (und zwar ausgerechnet am Holocaust-Gedenktag!) auf, was einen Hagel an Protesten auslöste. Er erklärte, dass der Duce mit Ausnahme seines „größten Fehlers“, den Rassengesetzen, „in vielen anderen Belangen richtig gehandelt“ habe.¹³ Selbst wenn Mussolini verantwortlich für die Beschneidung der Freiheit gewesen sei, so Berlusconi weiter, so habe er dennoch wertvolle, nützliche öffentliche Arbeitsprogramme vorangebracht: von der Landgewinnung in bestimmten Regionen bis zur Schaffung von sozialen Wohlfahrtsinstitutionen.

11 Roberto Chiarini, *25 aprile: La competizione politica della memoria* (Venedig: Marsilio, 2005).

12 Diese Äußerungen hat Silvio Berlusconi in einem Interview gegenüber *The Spectator* gemacht, nachgedruckt in *Il Corriere della sera*, 11. September 2003.

13 In diesen Begriffen hat sich Berlusconi am Holocaust-Gedenktag geäußert. Siehe: Presseberichte des darauffolgenden Tages, 28. Januar 2013.

Nostalgiker glaubten sich durch diese Worte in einem gewissen Umfang rehabilitiert – waren sie doch bis dahin durch antifaschistische Erklärungen aus der Gemeinschaft der Demokraten ausgestoßen. In noch größerem Maße wirkte Berlusconis verständnisvolle und positive Interpretation des Mussolini-Regimes als Katalysator: Sie verbündete die Wähler, die der Linken abgeneigt waren, miteinander. Diese Wähler standen vor allem dem Aufruf der Linken feindselig gegenüber, den italienischen Widerstand als die Kraft anzuerkennen, die das nationale politische Leben neu begründet hatte.

Für manche sozialistischen Utopisten in Italien ist die Erinnerung an den Widerstand sowohl das Versprechen, als auch die Voraussetzung für die Demokratie gewesen. Es war Silvio Berlusconi, der den ersten offiziellen Schritt unternahm, die extreme Rechte aus der Ecke der gesellschaftlichen Diskreditierung zu holen, kurz bevor er 1993 den Entschluss fasste, politisch „ins Feld zu ziehen“. Dieser Moment war kein Zufall, denn genau zu diesem Zeitpunkt fand für die Verwaltungswahlen eine wichtige Abstimmung statt. Mehrere Parteien gründeten eine Initiative, die dafür eintrat, dass „Demokratie auf dem Machtwechsel basiert“. Solche Ereignisse markierten in Italien das Wiederaufleben einer Rechten. Bis dahin war sie zwar im politischen Spektrum nicht vertreten, doch ihre Befürworter hatten stets ein Bewusstsein dafür, dass ihre Werte Einfluss ausüben könnten und von breiten Teilen der Gesellschaft geteilt würden. Die politische Nische, die die Initiative nun auszufüllen versuchte, war „enorm und barg [für die Rechte] das Potential in sich, eine Mehrheit zu erlangen, wie die gesamte Geschichte des Landes zeigte“.¹⁴ Bei den Wahlen bewies die Rechte, dass sie nicht nur eine stattliche Anzahl von Anhängern hinter sich hatte, sondern auch „den Aufruf zur Regierungsbildung erhalten hatte“, nachdem das Hindernis des Antifaschismus aus dem Weg geräumt worden war.

14 E. Galli della Loggia, „Una destra diversa,“ in *Il Mulino*, Februar 2012, S. 249.

Aufstieg, Höhepunkt und Niedergang: das Schema der Rechten

Die Mitte-Rechts-Aufstellung erzielte unmittelbar Erfolg – trotz vieler inhaltlicher Widersprüchlichkeiten. Aus den ersten Wahlen, die im Frühjahr 1994 unter neuem Wahlrecht stattfanden, ging sie als Siegerin hervor. Doch der Erfolg erwies sich nur von kurzer Dauer: nur sechs Monate später gab diese Koalition ihre Macht wieder ab, aufgrund von unüberwindbaren internen Meinungsverschiedenheiten. Dennoch würde Mitte-Rechts in der Legislaturperiode 2001–2006 erneut den Palazzo Chigi (den Amtssitz des Ministerpräsidenten) beziehen. Nachdem Mitte-Links zwei Jahre regiert hatte, erzielte Mitte-Rechts erneut einen überwältigenden Sieg und rühmte sich mit der deutlichsten Mehrheit, die in der gesamten Geschichte der Republik je erreicht worden war. Es schien, als würde dieser Triumph sämtliche Hindernisse aus dem Weg räumen, doch bald wurde offensichtlich, dass es eine Fülle von ungelösten politischen Widersprüchen und Konflikten innerhalb der Koalition gab. Sicherlich hatte der Kampf gegen die antifaschistischen Parteien es möglich gemacht, die verschiedenen rechten Lager zusammenzuschweißen. Doch das allein reichte nicht aus, die Rechten langfristig zu einigen, ihre zahlreichen Probleme zu lösen und befähigte sie auch nicht dazu, als Regierung zu funktionieren.

Aufstieg, Höhepunkt und Niedergang: Dieses Schema beschreibt den parabolischen Bogen der italienischen Rechte. Ihre Aura der Unbesiegbarkeit löste sich nach der Amtszeit 2008–2011 auf. Bei den Parlamentswahlen des 13. und 14. April 2008 hatte die Koalition aus PDL, LN und der kleineren Partei *Movimento per l'Autonomia* 46,8 Prozent der Stimmen und damit in der Abgeordnetenkammer 344 von 630 Sitzen sowie im Senat 174 von 315 Sitzen (47,3 Prozent) erreicht. Dass die Koalition so viele Sitze erringen konnte, lag an der 2005 durchgeführten Reform des Wahlrechts. Das neue Verhältniswahlssystem sah keine Sperrklausel vor und gewährte der gewinnenden Partei oder Koalition einen Mehrheitsbonus. Alles wies darauf hin, dass Silvio Berlusconi – der zum dritten Mal an der Spitze der Regierung stand – dazu imstande sein würde, die neue Legislaturperiode mit völliger Gelassenheit anzusteuern, ohne Schiffbruch

zu erleiden. Während die Linke verunsichert war und nach ihrer schweren Wahlniederlage neue Orientierung suchte, wollte der Vorsitzende der rechten Koalition die errungene Macht festigen. Er ließ keine Gelegenheit aus, seinem Image als „preisgekrönter Mann der Tat“ Nachdruck zu verleihen. Neapolitaner, die zu der Zeit unter nicht abtransportiertem Müll begraben waren, boten einen „Bühne, die sich effektiver als jede andere politische Mobilmachung erwies“. Berlusconi wurde als der gepriesen, der „für eine wunderbare Leistungsfähigkeit stehe, fast ein Zauberer sei“. In Abruzzo erklärte der Ministerpräsident in der Hauptstadt L'Aquila hastig seine Solidarität mit den Gebieten, die vom Erdbeben zerstört worden waren, welches die gesamte Region verwüstet hatte, und brachte seine Betroffenheit zum Ausdruck. Berlusconis Präsenz vor Ort und sein energisches Engagement für den Wiederaufbau wurde zum globalen Medienereignis – er führte die weltweit führenden Staatsschefs, einschließlich U.S.-Präsident Obama, zu den Schauplätzen.¹⁵

Es war nicht allein die Apathie der Opposition, die die Verbreitung der politischen Initiativen Berlusconis erleichterte. Es war auch der Ausschluss von Einzelpersonen und Gruppen mit abweichenden Meinungen aus seiner Partei oder seiner Koalition. Im Jahr 2008 trennte sich Berlusconi von seinem ersten schwierigen Verbündeten, Pier Ferdinando Casinis *Unione dei Democratici Cristiani e di Centro* (UdC). 2009 hielt Berlusconi dann die berühmte „Trittbrett-Rede“, in der er eigenmächtig die Gründung der PDL verkündete. Mit diesem Schachzug überlistete er einen zweiten Verbündeten, die *Alleanza Nazionale* – eine Partei, die er mehr fürchtete als die vorherige, da sie sich eine Verankerung und Strukturen an der Basis bewahrt hatte. Am Vorabend der Fusionierung hatte Finis Partei sich eigentlich noch mit der doppelten Menge an Mitgliedern im Vergleich zur FI gebrüstet. Unvermittelt präsentierte der Vorsitzende von Mitte-Rechts seinem Verbündeten und gleichzeitig Konkurrenten die vollendete Tatsache. Fini widerstrebte es, bei der Gründung einer einzigen rechtsradikalen Partei die zweite Geige zu spielen. Er wollte vermeiden, Verhandlungsmacht zu verlieren. Letzten Endes fügte er sich

15 Ilvo Diamanti, „I luoghi della destra e la sinistra senza luoghi,“ in *La Repubblica*, 3. Mai 2009.

jedoch, auch deswegen, weil ihm seine isolierte Stellung innerhalb der eigenen Partei bewusst wurde. Die Detailfragen schienen geklärt zu sein, Maßnahmen wurden in Gang gesetzt, um die Allianz mit der LN zu stärken, vor allem mit ihrem Chef, Umberto Bossi, der zuvor als Mehrheitsaktionär aufgetreten war. Bossi betonte stets die „Vielfalt“ der Bewegung und wahrte seine eigene Position als Verteidiger der Interessen des Nordens.

Ein Jahr nach den Wahlen von 2008 schien die Furcht der Linken zunehmend gerechtfertigt, nicht länger imstande zu sein, die Pro-Berlusconi Flut aufzuhalten. In der Tat begann ihr die Möglichkeit Sorgen zu bereiten, dass die Vormachtstellung der Rechten in ein autoritäres Regime transformiert werden könnte: mit anderen Worten – um es in den Begriffen von Gramsci zu sagen – dass ihre dominante Position in einer „Hegemonie“ konsolidiert würde.

Der Aufstieg von Mitte-Rechts

Mit einer seiner typischen *coups de théâtre* nahm der Vorsitzende von Mitte-Rechts eine Einladung von Dario Franceschini, dem Parteisekretär der PD, zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung an. Derartige Veranstaltungen hatte der Vorsitzende stets sorgfältig gemieden. Am 25. April reiste er nach Onna, ein kleines Dorf in Mittelitalien, das am 11. Juni 1944 Schauplatz eines Nazi-Massakers an Zivilisten gewesen war. Mit einem Schal in den Farben der italienischen Flagge erkannte Berlusconi nicht nur an, dass der italienische Widerstand „ein großes Kapitel in unserer Geschichte darstellt und die Basis unseres grundlegenden Gesetzes, der Verfassung, ist“, er ging so weit, den Gründungsvätern „seine Ehrerbietung zu erweisen“. Die Opposition musste „den Feind“ loben und anerkennen, dass „ein Wendepunkt erreicht war“. Gleichzeitig äußerten sie jedoch weiterhin Bedenken: der „Schritt in die richtige Richtung“, den Berlusconi „für die Aussöhnung des Landes in Bezug auf die Ereignisse vor sechzig Jahren“ unternommen hatte, könne mit „rückläufigen Schritten in Richtung eines autoritären Populismus“ einhergehen. Die Opposition war beunruhigt, dass Berlusconi sich das

Vermächtnis des Gedenkens aneignen würde, das den Linken besonders am Herzen liegt. Würde er dies tun, „könnte er ein gänzlich unkritisches Verhältnis zwischen sich als Führungskraft des Landes und seinem Volk forcieren, jegliche Formen der Volksvertretung an den Rand drängen, angefangen mit der Gewaltenteilung und verschiedenen verfassungsmäßigen Garantien als quasi nutzlose Hindernisse“.¹⁶

Der unumstrittene führende Kopf der Rechten hatte der Linken ihre wichtigste Waffe aus der Hand gerissen. Misstrauisch hatten sie diese zuvor auf ihn gerichtet, da sie ihn als potentiellen Saboteur des demokratischen Vermächtnisses (in Form des verfassungsgemäßen Antifaschismus-Pakts) währte. Nun schien ihm letztendlich das Meisterstück gelungen, das ihm das Durchbrechen der letzten Deiche und Dämme erlaubte, die seiner Macht im Wege standen. Zumindest war es diese Stimmung, die in Italien vorherrschte.

Eine weitere Bestätigung dafür, dass die Rechte überlegen war, kam nur wenige Wochen später bei den Europa-Wahlen vom 6. und 7. Juni 2009. Obwohl sie in Koalitionsgespräche involviert war, die normalerweise nicht zu einer energischen Mobilisierung von Anhängern führen, gelang es der PDL-LN-Aufstellung, an der Linken bei den Europa-Wahlen vorbeizuziehen. Mit 35,26 Prozent der Stimmen profilierte sich die PDL mit einem großen Vorsprung (fast zehn Prozentpunkte vor ihrem wichtigsten Konkurrenten, der PD, die 26,12 Prozente verzeichnen konnte) unter den landesweiten Parteien als Nummer eins. Inzwischen hatte die LN 10,21 Prozent erzielt, mit denen sie mehr als zufrieden war. Auch Berlusconi Kontrahenten waren zunehmend davon überzeugt, dass er die politische Zukunft des Landes dominieren würde.¹⁷

16 Die komplette Rede von Berlusconi in Onna ist zu finden unter http://www.corriere.it/politica/09_aprile_25/discorso-berlusconi-25-aprile-onna_00e34c08-31b6-11de-98f0-00144f02aabc.shtml. Siehe auch: Giancarla Rondinelli, „A Onna Berlusconi fa il pacificatore,“ in *Il Tempo*; Massimo Franco, „La scelta del Cavaliere,“ in *Il Corriere della sera*; und Eugenio Scalfari, „La patria e il nuovo padre padrone,“ in *La Repubblica*, 26. April 2009.

17 Siehe: Antonio Gibelli, *Berlusconi passato alla storia: L'Italia nell'era della democrazia autoritaria* (Rom: Donzelli, 2010) und Beppe Severgnini, „Il Cavaliere spiegato ai posteri: Dieci motivi per 20 anni di 'regno,“ in *Il Corriere della sera*, 27. Oktober 2010.

Die Wählerunterstützung der Mitte-Rechts-Gruppierung wuchs an und befand sich neun Monate später, im März 2011, auf einem Höhepunkt. Die für diesen Monat geplanten Regionalwahlen boten eine günstige Gelegenheit, einen Angriff auf die Linke zu inszenieren. Der Angriff von Mitte-Rechts hatte Erfolg. Die PD konnte lediglich die Kontrolle über sieben Regionen erhalten. Sie verlor vier Regionen, darunter zwei, die auf der politischen Landkarte eine recht bedeutende Rolle spielen: Latium und Piemont. Mit dem Sieg in Latium erlangte Mitte-Rechts Macht über die Schlüsselregion Mittelitaliens, in der auch die Hauptstadt liegt. Der Erfolg in Piemont war der letzte Teil des begehrten Puzzles: Da sie die Lombardei und Venetien ohnehin schon regierte, war nun das gesamte Norditalien unter ihrer Kontrolle – der bevölkerungsreichste, modernste Teil des Landes mit dem höchsten Wohlstand. Absolut gesehen erlangte Mitte-Rechts „im Vergleich zu Mitte-Links die doppelte Menge an Unterstützung“.¹⁸

Doch der Erfolg der Koalition als Ganzes verbarg, dass der dominante Partner der Koalition keine Stimmengewinne verzeichnen konnte. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Europa-Wahlen im Vorjahr sank die Unterstützung für die PDL von 32,3 Prozent auf 26,7 Prozent. Der tatsächliche Gewinner war die LN, ihr Stimmenanteil stieg von 11,3 Prozent auf 12,7 Prozent. Für die LN zahlte sich aus, dass sie sich leidenschaftlich für das produzierende Gewerbe eingesetzt und für das Label „Made in Italy“ stark gemacht hatte. Sie berief sich häufig auf populistische Begriffe wie Zollabgabe und Protektionismus und artikuliert die Interessen kleiner Firmen, die das Rückgrat der italienischen Wirtschaft bilden. Darüber hinaus ging die Koalition auf Stimmenfang. Sie ergriff Maßnahmen bezüglich des städtischen Verfalls, die auf die Ängste der einfachen Bevölkerung abzielten. Die LN und in geringerem Umfang ihre Partner führten diesen Verfall generell sowohl auf Bagatelldelikte wie auch auf groß

18 Lorenzo Fuccaro, „Vanno al centrodestra le regioni più grandi. La Lega avanza al Nord,“ in *Il Corriere della sera*, 30. März 2010.

angelegte Kriminalität und vor allem auf die illegale Einwanderung zurück.¹⁹ Infolge der Wahlen schien die Zukunft der Partei sogar nach Ansicht ihrer Gegner mehr als vielversprechend. Sie zeigte die Absicht, „eine führende Rolle an allen Fronten spielen“ zu wollen, in örtlichen und sozialen Institutionen – als auch ein beispielloses Geschick, ihre Aktivisten zu mobilisieren.²⁰ Gleichzeitig hatte die LN die Fähigkeit, sich „wenn in der Opposition, einer radikal fremdenfeindlichen und aggressiven Sprache“ zu bedienen, während sie sich „in der Regierung für eine reformistische Strategie“ entschied. Die LN war kurz gesagt ein Paradebeispiel für eine „richtige Partei“, eine „Partei der Identität“, wie es die Hauptkraft der Linken einst gewesen war.²¹

Berlusconi will die Macht nicht teilen

Jedes Hindernis schien aus Berlusconis Weg geräumt zu sein. Er war bereit für die Umsetzung des ehrgeizigen Reformplans, den er bei den siegreichen Wahlen 2008 versprochen hatte. Während er an der Image- und Unterstützungsfront weiterhin einen Erfolg nach dem anderen verzeichnete, gelang es ihm bei seinem Siegesmarsch nicht, die nun auftretenden politischen Widersprüche zu lösen, um *dominus* der nationalen Politik zu werden. Eine grundlegende Komponente in Berlusconis politischer Strategie ist der Aufbau einer Parteiorganisationsform mit einer direkten Beziehung zwischen Oberhaupt und „Volk“. Damit machte er die traditionell starke Vermittlerrolle der Volksparteien in repräsentativen Demokratien zunichte. Häufig als „Abwärtsspirale“ oder „plebiszitäre Neigung“ beschrieben, wird diese Strategie von seinen Kontrahenten als eine Bedrohung für die konstitutive Basis der Demokratie kritisiert. Berlusconi ist dafür bekannt, dass ihm langwierige Vorgehensweisen, wie beispiels-

19 In Prato, einem großen Textilzentrum der Toscana, hat die Northern League sogar „ein pseudo-chinesisches Flugblatt verbreitet, auf dem stand, dass die Stadt bereits erobert sei.“ Dario Di Vico, *E il Carroccio neo laburista conquistò operai e padroni*, in *Il Corriere della sera*.

20 Gianluca Passarelli-Dario Tuorto, „Attivisti di partito nella Lega Nord: un caso anomalo?“, in *Polis*, 2/2012, S. 255–284.

21 Nadia Urbinati, „La Lega e la politica del doppio binario“, in *La Repubblica*, 6. April 2010.

weise die Zwänge verfahrensrechtlicher Vereinbarungen, die das Wesen der parlamentarischen Praxis ausmachen, missfallen. Sein Missfallen geht einher mit einer Aversion gegenüber verschiedenen Arten von Druck und Einfluss, Konsenssuche und den unvermeidlichen Verhandlungen mit den Partnern, die sich in jedem Bündnis zwischen unterschiedlichen Parteien ergeben. Deutlich wurde dies insbesondere an einem derartig instabilen Bündnis, an dem Berlusconis Koalitionspartner „sich beteiligen wie an einem Negativ-Summen-Spiel, ständig darum bestrebt, die Bremse zu ziehen und seine Macht einzuengen“. Es ist kein Zufall, dass er immer danach gestrebt hatte, die Mitte-Rechts-Koalition zunächst zu gründen, um sie dann – vorzugsweise unter seiner Führung – zu konsolidieren. Dies führte zur Bekanntgabe der Bildung einer gemeinsamen Liste von FI und AN unter dem Namen „*Il Popolo della Libertà*“ (PDL). Nach der Auflösung der FI im November 2008 und der AN im März 2009 entstand die PDL als Partei.

Offenkundig ist eines: Umso gefestigter Berlusconis Position wurde, umso weniger war er bereit, Macht zu teilen. Wie oben erwähnt, hatte Casini 2008 das Bündnis bereits verlassen, und nur ein Jahr später war Fini (als Vorsitzender der AN) kurz davor, Gleiches zu tun. Während die meisten in der AN im Glauben an größere politische (Karriere-)Möglichkeiten für eine eigene Partei eintraten, beugte Fini sich aus Furcht, dies würde ihm die Hände binden, widerwillig dem Berlusconi-Plan. Er tat dies entweder aus der Befürchtung heraus, von seiner eigenen Partei im Stich gelassen zu werden, oder weil es infolge der Gründung einer vereinigten Partei der Linken (der PD) tatsächlich an der Zeit wäre, den gleichen Schritt bei der Rechten zu akzeptieren. Indem er in seiner Position als Präsident der Abgeordnetenkammer Zuflucht suchte, machte Fini sich daran, eine maßgeschneiderte Rolle als Verteidiger der bürgerlichen Freiheitsrechte zu kreieren (mit Themen, die von der gleichgeschlechtlichen Ehe über die künstliche Befruchtung und zur Pille danach, bis hin zu biologischen Testamenten und sogar dem Wahlrecht für Einwanderer bei den Verwaltungswahlen reichten), schuf damit eine noch größere Distanz zwischen sich und seinen ursprünglichen „Kameraden“, und sorgte innerhalb der neu geschaffenen Partei für zunehmende Spannungen.

Die Spannungen wurden am 22. April 2010, während eines Arbeitsgesprächs der nationalen Führung der Partei, zu einer Zerreißprobe. Berlusconi hatte den Mitgründer der PDL ins Kreuzverhör genommen, worauf Fini mit dem berühmt gewordenen Ausspruch reagierte: „Was haben Sie denn vor, wollen Sie mich rausschmeißen?“ Dieser Vorfall löste eine Kettenreaktion aus: Im Laufe einiger Monate führte er zunächst (am 21. Oktober) dazu, dass die Anhänger des früheren AN-Vorsitzenden eine autonome Parlamentariergruppe aufstellten (ursprünglich bestehend aus 31 Parlamentsmitgliedern, bald darauf 45) und später (im Februar 2011) eine neue Partei, die *Futuro e libertà per l'Italia* (FLI), gründeten. Hauptursache für die Reibungen waren Initiativen, die die Sezessionisten als „für das Wahlprogramm irrelevant“ bezeichneten: Gesetzesentwürfe, die für kürzere Gerichtsverhandlungen plädierten und ein Antrag auf Kürzung des prozessualen Verjährungsgesetzes für Gerichtsverfahren. Für beides trat der Ministerpräsident eifrig (*pro domo sua*) ein.²²

Das Mitte-Rechts-Bündnis verliert Zuspruch

Das *redde rationem* ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Dezember 2010 versuchte Fini, Berlusconi durch ein Misstrauensvotum des Amtes zu entheben – ein Bemühen, das an nur drei Stimmen scheiterte. Berlusconi flüchtete sich *in extremis*, er wurde verdächtigt, dass er viele Anhänger bestochen hatte (entweder verbal, mit Geld oder durch Versprechen verschiedener Art). Der aufstrebende Herrscher der nationalen Politik stand vor einem unaufhaltsamen Abstieg. Im Zuge dieser Vorgänge war er im November 2011, nur elf Monate nach Finis Machtprobe, zum Rücktritt gezwungen. Die Krise spitzte sich, aufgrund einer Mischung aus „lähmenden Entscheidungsfindungen, äußeren Kräften und einem Verlust an Glaubwürdigkeit“, zu.²³ Nach seinem Höhepunkt zwischen 2008

22 Siehe hierzu: Davide Hine-Davide Vampa, „Un altro divorzio: il Pdl nel 2010,“ in *Politica in Italia*, 2011, S. 69–91.

23 Anna Bosco-Duncan Mc Donnell, „Da Berlusconi a Monti: default dei partiti?,“ in *Politica in Italia*, 2012, S. 49.

und 2009 drohte der Berlusconismus plötzlich zu scheitern. Die Ergebnisse des Referendums vom Juni 2011 bestätigen diesen Abstieg durch die unmissverständliche Sprache harter Zahlen. Sie belegten eine Niederlage für Mitte-Rechts, die eine Vielzahl von Stimmen eingebüßt hatte, sogar in den so genannten „symbolischen“ Städten, den historischen Bollwerken, die stets Beweis dafür gewesen waren, dass das Mitte-Rechts Bündnis die territoriale Macht in den Händen hielt. Im Norden wurde Mitte-Rechts von der Linken überholt, auch in Gemeinden, die vorher ausschließlicher Machtbereich der LN gewesen waren. In allen großen Städten verlor Mitte-Rechts: im ersten Wahlgang bereits Turin und Bologna und bei der Stichwahl Neapel, Cagliari, Triest und auch Mailand. Insgesamt kamen nur zwölf der gewählten Bürgermeister oder Präsidenten der Provinzen aus dem Mitte-Rechts-Bündnis, gegenüber 29 aus dem Mitte-Links Lager. Es sollte auch erwähnt werden, dass die PDL bereits im Vorjahr einen (leichten) Rückgang an Unterstützung erlebt hatte. In letzter Zeit wirkte sie zunehmend schwach und gespalten. Für die wahre Überraschung sorgte der vollkommen unerwartete Zusammenbruch von Bossis Partei, die in guter Verfassung gewesen zu sein schien und bis zum Wahlabend als „vielsprechend“ gepriesen worden war.²⁴

Das schwache Ergebnis der LN lag auch daran, dass die Wählerschaft enttäuscht von ihrer Regierungsarbeit war. Das Rezept, auf das die LN sich seit den frühen Neunzigern verlassen hatte, zeigte keine Wirkung mehr. Dieses Rezept enthielt eine ausgeprägte Zentralisierung und eine solide Organisationsstruktur, ein „enormes Vermögen [...] den Männern und Frauen auf der Straße Gehör zu schenken“; das Geschick, das politische Programm „in häufig extremistischer und provokativer Form“ zu gestalten²⁵ und die Fähigkeit, seinen Einfluss in einer Form geltend zu machen, als wäre die Partei in Regierung und Opposition zugleich. Die LN hatte in den dynamischsten Gebieten Norditaliens lange Zeit von den

24 Roberto D'Alimonte, „La Lega punta al profilo 'nazionale,'“ in *Il Sole24 Ore*, 15. Mai 2011; Roberto d'Alimonte, „Al Nord Lega e Pdl divisi perdono i sette capoluoghi,“ in *Il Sole24 Ore*, 20. November 2011.

25 Roberto Biorcio, *La rivolta del Nord: La Lega dalla contestazione al governo* (Rome-Bari: Laterza, 2010), S. VII.

Protesten kleinerer Unternehmer profitiert, die gegen das Establishment von Politik und Großindustrie rebellierten. Mit der Zuspitzung der Wirtschaftskrise ist es ebendiese Neo-Bourgeoisie, die den höchsten Preis gezahlt hatte.²⁶ Bossis Partei wandelte sich von einer Fürsprecherin der Ambitionen eines modernen, reichen und dynamischen Italiens hin zu einer Vertreterin der Angst, „dieser tief greifenden Emotion der Menschen in den Peripherien, die sich aus Groll, Desorientierung [und] dem Bedürfnis nach Rückversicherung zusammen setzt“.²⁷ Es war die Angst, auf die sich Bossis Partei stützte. Angst, die kleine Unternehmer, Selbständige und auch viele Arbeitnehmer umtrieb, die sich von der Globalisierung bedroht fühlten. Das „Bündnis der Opposition ‚innerhalb‘ der Regierung“ wurde zu einem Oxymoron. Das dramatische Absinken der Wahlergebnisse bedeutete für die Führungsriege der LN eine deutliche Warnung, ließ sie aber „verwirrt und von Zweifeln geplagt“ zurück. Die Partei, die noch einige Tage zuvor „die starke Kraft“ der Regierungskoalition gewesen war, versank in einer Depression.²⁸

In dem wesentlich kleineren Bündnis, das nach Finis Treuebruch übrig geblieben war, spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern zu, während sich am Horizont gleich an zwei Fronten ein Sturm zusammenbraute: in den Medien und in der Finanzwelt. Die Medienkrise betraf Berlusconi persönlich und untergrub die Grundlage seiner Glaubwürdigkeit und Autorität. Die dramatischen Auswirkungen der Finanzkrise hoben die absolute parlamentarische Mehrheit von Mitte-Rechts auf und lösten den Rücktritt des Ministerpräsidenten aus.

26 Fausto Anderlini, „Il mito dell’espansione leghista,“ in *Il Mulino*, 5/2009, S. 744–753.

27 Idem, „Il partito liquido e la durezza del territorio,“ in *Il Mulino*, 2/2009, S. 199–209.

28 Ilvo Diamanti, „Lega. Il partito dei ribelli del Nord nella ragnatela del potere,“ in *La Repubblica*, 16. Juni 2011.

Der Fall Berlusconi

Es herrscht breiter Konsens darüber, dass das Medien-Geschick des führenden Kopfes von Mitte-Rechts aus „offenkundigem Geschichtenerzählen“ bestand. Damit brachte er die Öffentlichkeit dazu, sich mit ihm als Person, einer weiterentwickelten Version [...] des gewöhnlichen Menschen, zu identifizieren.²⁹ Einerseits spielte sein Selbstbild als „verführerischer Playboy“ innerhalb dieses „charmanten Märchens“ eine entscheidende Rolle. Andererseits war es ebendieser Faktor, der sein „Märchen“ in tausend Stücke zerschellen ließ. Berlusconi war zuvor scharf für seine Absicht angegriffen worden, als Kandidatinnen für die Wahlen zum Europäischen Parlament „Showgirls, Schauspielerinnen und Sängerinnen“ auszuwählen. Der Skandal wurde jedoch (im April 2009) erst mit der Nachricht perfekt, dass er an der Feier zum achtzehnten Geburtstag eines Mochtegern-Modells teilgenommen hatte, das ihre sehr enge Verbindung zu Berlusconi durch die Benutzung des Kosenamens „Papa“ geradezu demonstrierte. Die Enthüllungen nahmen ihren Lauf mit dem Bekanntwerden der Partys, die in der Residenz des Ministerpräsidenten mit extra für diese Gelegenheiten gebuchten „Hostessen“ gefeiert wurden. Berlusconis Frau, Veronica Lario, die sich infolge dieser Ereignisse scheiden ließ, bezeichnete besagte junge Damen als „schamloses Gesindel“, die „sich dem Drachen anbieten, um Ruhm und Erfolg zu erlangen“.³⁰ Das Vertrauen, das der führende Kopf der Rechten aufgebaut hatte, begann rasch zu bröckeln. Der *Todesstoß* folgte kurz darauf: eine Affäre mit einem mutmaßlich minderjährigen Mädchen, das dank eines Anrufs des Ministerpräsidenten aus der Haft entlassen worden war. Berlusconi hatte sich für ihre schnelle Freilassung auf die *raison d'état* berufen, mit der Behauptung, sie sei „die Nichte von [Hosni] Mubarak“.

29 Sofia Ventura, *Il racconto del capo. Berlusconi e Sarkozy* (Rome-Bari: Laterza, 2012), S. 103. Zum Skandal siehe Stephen Gundle, „*Berlusconi, il sesso e il mancato scandalo*,“ in *Politica in Italia*, 2010, S. 73–89.

30 Piero Colaprico, „Il Drago, le vergini, i festini hardcore così si avvera la profezia di Veronica,“ in *La Repubblica*, 22. Januar 2011. Zum Skandal siehe S. Gundle, „*Berlusconi, il sesso e il mancato scandalo*,“ in *Politica in Italia*, 2010, S. 73–89.



Am 14. Dezember 2010, versuchte Fini, Berlusconi durch ein Misstrauensvotum des Amtes zu entheben – ein Bemühen, das an nur drei Stimmen scheiterte.

Diese Darstellung der Ereignisse wurde anschließend durch eine Abstimmung im Parlament abgesegnet.³¹

Dennoch hätte die durch den Skandal aufgeworfene „moralische Frage“ aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgereicht, um den Regierungschef aus dem Amt zu bringen. Doch zur selben Zeit hat der ökonomische Wirbelsturm das öffentliche Finanzwesen Italiens verwüstet, in dessen Folge die Zinsaufschläge auf italienische und deutsche Staatsanleihen in Höhen emporschnellten, die für den Staatshaushalt nicht zu bewältigen waren. Berlusconi, der die Aufrufe „sich zurückzunehmen“ ignoriert hatte, nachdem er moralisch in Verruf geraten war, warf schließlich im November 2011 das Handtuch. Seine Amtsniederlegung gab den Weg frei

31 Pierluigi Battista, „La parabola dei mille giorni: Trionfo poi liti e dispetti,“ in *Il Corriere della sera*, 13. November 2011

für eine technokratische Regierung, die von einer recht breiten Mehrheit aus vielen Parteien unterstützt wurde, der sowohl Vertreter der Linken als auch Rechten angehörten. Die Politiker in der Mitte des Spektrums waren jedoch die engagiertesten Anhänger dieser ungewöhnlichen Regierungsmannschaft. Die einzigen größeren Parteien außerhalb der neuen Koalition waren *Italia dei Valori*, die Partei des früheren Staatsanwaltes Di Pietro von der *Linken*, und die *Lega Nord* von der Rechten.

Die ethno-regionale LN war von der Regierungskrise inmitten der Schwierigkeiten überrascht worden, die sich aus dem Führungs- und Machtwechsel von Parteigründer Umberto Bossi auf Minister Roberto Maroni, ergeben hatten. Diese Krise fiel in eine Zeit, in der die LN sich gerade von einem dramatischen Verlust ihres Ansehens zu erholen begann, verursacht von Enthüllungen in der Regenbogenpresse und in Gerichtsprozessen, die aufgedeckt hatten, was im besten Fall als schlampiger Umgang der Partei mit öffentlichen Geldern beschrieben werden könnte. Außer dem Schatzmeister der Partei, Francesco Belsito, waren unter den Beschuldigten jene, die als „magischer Zirkel“ um Bossi bekannt waren und vor allem verschiedene Mitglieder seiner Familie, die öffentliche Gelder für rein private Zwecke genutzt hatten (wie z.B. einen ausländischen Studienabschluss für Renzo Bossi, Sohn Umberto Bossis und Mitglied im Regionalrat der Region Lombardie). Dieser schwerwiegende Schlag für die Glaubwürdigkeit des Vorsitzenden kam zu einer Zeit, als Bossi bereits mit körperlichen Einschränkungen zu kämpfen hatte, die durch frühere gesundheitliche Probleme ausgelöst worden waren. Darüber hinaus verschärfte dieses Vorkommnis die Machtkämpfe um seine Nachfolge, die in der Partei schon seit einiger Zeit tobten.

Die LN orientiert sich um und trennt sich von der PDL

Diese Wachablösung führte zu einem entscheidenden Strategiewechsel der LN. Das Schlagwort „Prima il Nord“ („Der Norden zuerst“), das von der neuen Führung um Maroni, dem frisch ernannten Politischen Sekretär, unverzüglich verkündet wurde, zeigt den deutlichen politischen

Kurswechsel der LN, der sich voll und ganz auf die Themen Mitte und Peripherie konzentrierte. Diese neue Art der regionalen Ausrichtung schwächte die Ambitionen der Partei, sich auf landesweiter Ebene zu etablieren und verabschiedete sich offiziell von ihren revolutionären und sezessionistischen Tendenzen, die sie insgeheim womöglich noch immer hegte. Stattdessen entschied sich die LN nun für ein Projekt, das greifbarer schien: die Konzentration auf die Positionierung als politische Kraft des Nordens. Daher trennte sie sich von ihren extremsten Positionen. Darüber hinaus arbeitete die Partei an der Feinabstimmung ihres öffentlichen Images, nahm Abstand von der starken, aber unglaublichen rituellen und symbolischen Metaphorik, die mit „Padanien“ (Regionen Nord- und Mittelitaliens, deren Abspaltung vom Süden die LN propagiert hatte) assoziiert wird. So hatte sie Pilgerfahrten zu den Quellen des Gottes Padus auf dem Monte Viso oder zur Mündung des „heiligen“ Flusses (des Padus oder Po) in Venedig organisiert. Eine nun eher pragmatische Strategie verfolgend, richtete die Partei ihre Aufmerksamkeit auf die konkreten Bedürfnisse der Bürger und hielt sich damit an das Modell einer Stadtregierung, wie sie in Verona erfolgreich durch den Bürgermeister Fulvio Tosi, ebenfalls Mitglied der LN, erprobt worden war.

Die neue Herangehensweise berücksichtigte auch die Ungeduld, die ihr früherer Koalitionspartner, die PDL, zu spüren bekommen hatte. Verursacht wurde sie durch den Mangel an entschiedener Tatkraft in der Regierung und durch das Verhalten ihres Vorsitzenden. LN-Mitglieder waren ernüchtert durch die zahlreichen „Rotlicht-Skandale“, in die Berlusconi verwickelt war, ganz zu schweigen von den vielen kriminellen Aktivitäten, derer ihn die Justiz beschuldigte. Das „Bündnis innerhalb der Regierung“ kehrte sich um in ein „Bündnis der Opposition“ und trennte sich von seinem früheren Verbündeten. Die Kluft zwischen den beiden traditionellen Rechts-Parteien vertiefte sich zunehmend. Die PDL saß auf den Regierungsbänken, allerdings mit spürbar großem Unbehagen angesichts der unbeliebten Maßnahmen, die sie auf Initiative der Monti-Regierung billigen musste. Inzwischen saß die LN in der Opposition und zeigte sich zunehmend streitlustig.

Neuwahl bringt die politische Rechte wieder zusammen

Diese Kluft bedeutet jedoch nicht, dass die Verbindungen zwischen den beiden traditionellen Rechts-Parteien unwiderruflich abgerissen wären. Veränderungen in den politischen Konstellationen haben zu einer erneuten Annäherung geführt, wenn auch nur aus taktischen Erwägungen. Zermürbt von den fortwährenden spiegelbildlichen Kritiken seitens der beiden größten Parteien, die die Mehrheit stellten, nutzte Ministerpräsident Monti (in Reaktion auf einen zeitlich ungünstigen Angriff vom PDL-Parteisekretär Angelino Alfano) die Gelegenheit und trat am 21. Dezember 2012 zurück. Diese Regierungskrise führte direkt zu Neuwahlen, in deren Verlauf die politische Landschaft sich schlagartig änderte. LN und PDL fanden sich nun im selben Boot wieder, doch nicht ohne Zwiespalt. Als Mario Monti sich entschied, für die Wahlen zu kandidieren und seine eigene Liste anzuführen, wurden die Meinungsunterschiedlichkeiten umso heftiger. Die beiden Rechts-Parteien stießen bereits bei der Neubildung einer bloßen Partnerschaft für die bevorstehenden Wahlen auf immense Schwierigkeiten.

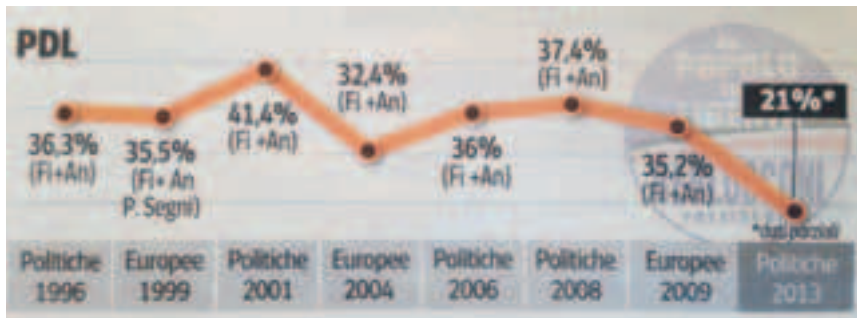
Die LN war von Berlusconi in seiner Rolle als Industriemagnat nie besonders begeistert gewesen, und ihre Abneigung wandelte sich im Anschluss an die mediale Schmutzkampagne, die ihn verschlang, in unumwundene Ablehnung. Für beide Parteien stand jedoch viel auf dem Spiel; keine von beiden konnte es sich leisten, ein neues Wahlbündnis mit der anderen auszuschlagen. Dies galt auf jeden Fall für Berlusconi, der – nach langem Zögern und mehreren wiederholten (und regelmäßig zurückgenommenen) Rückzugsbekundungen – schließlich entschied, das Ruder der PDL erneut in die Hand zu nehmen, und zwar mit der Absicht zu retten, was zu retten sei. Noch mehr traf es auf Maroni zu, der sich ganz und gar darüber bewusst war, dass er erfolgreich sein musste, wollte er seine Führungsrolle nicht einbüßen, noch bevor sie Form angenommen hatte. Daher beschloss er, sich für den Gewinn der Wahlen in der Region Lombardei einzusetzen, die infolge der Skandalwelle, die die regionale Regierung getroffen hatte, in Mitleidenschaft gezogen war. Um es auf den Punkt zu bringen: Um das Risiko einer sicheren Niederlage zu vermeiden, konnte keiner der beiden es sich leisten, das Vorhaben allein anzugehen.

Das nach zähen und aufgeregten Verhandlungen³² zustande gekommene Bündnis ermöglichte es beiden Parteien, das Waterloo abzuwenden, das wahrscheinlich angesichts der entmutigenden Umfrageergebnisse und der angeschlagenen Parteiapparate beider Partner eingetreten wäre. Vor allem dank Berlusconis Meisterschaft in der Kunst der Fernsehpropaganda gelang es dem rechten Lager, den prognostizierten Sieg der PD in beiden Parlamentshäusern abzuwenden. Maroni gelang es sogar, den Regionalrat der Lombardei zu übernehmen, womit sein ehrgeiziges Projekt einer Makro-Region des Nordens (zusammen mit den zwei anderen nördlichen Provinzen, Piemont und Venetien, die bereits in den Händen von LN-Regierungen waren) an Konturen gewann. Offensichtlich wollte er seine Macht für mögliche zukünftige Verhandlungen mit Rom über steuerliche Autonomie für Norditalien stärken. Und dennoch waren die ernsthaften Problemen des Bündnisses auch am Vorabend der Wahl noch offensichtlich, obwohl es gelungen war, die größte Bedrohung abzuwenden: den endgültige Zusammenbruch der PDL und einen entmutigenden Rückschlag für die LN. Darüber hinaus offenbarten die Wahlergebnisse, wie dramatisch die Schwierigkeiten tatsächlich waren. Berlusconis Partei verlor mehr als sechs Millionen Stimmen im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen (siehe Abbildung 1), während der Stimmenanteil der LN um mehr als anderthalb Millionen sank (siehe Abbildung 2). Es war vielleicht der schlechteste Wahlauftritt in der Geschichte beider Parteien. Der Rechten gelang es nur, aufgrund des parallelen Rückgangs an Unterstützung für Mitte-Links ein vollständiges Fiasko zu verhindern.

32 Der größte Widerstand gegen die Abmachung mit der PDL kam aus Venetien, wo eine beträchtliche Anzahl von LN-Mitgliedern sogar damit drohte, nicht für die Kandidaten der eigenen Partei zu stimmen. Vgl. Marco Bonet, "La fronda di Bozza & Co.: Farema votare Pdl e Pd," in *Corriere di Verona*, 1. Februar 2013, S. 18.

Verlauf der Wahlen für die PDL von 1996 bis ins frühe Jahr 2013

Abbildung 1



Von links nach rechts:

Parlamentswahlen 1996; Wahlen 1999 zum Europäischen Parlament (gemeinsame Liste: AN und Patto Segni/Segni Pact); Parlamentswahlen 2001; Wahlen 2004 zum Europäischen Parlament; Parlamentswahlen 2006; Parlamentswahlen 2008; Wahlen 2009 zum Europäischen Parlament; Parlamentswahlen 2013 (Daten nur auszugsweise).

Quelle: Corriere della Sera, 26. February 2012, S. 10.

Verlauf der Wahlen für die LN von 1996 bis ins frühe Jahr 2013

Abbildung 2



Von links nach rechts:

Parlamentswahlen 1996; Wahlen zum Europäischen Parlament 1999; Parlamentswahlen 2001; Wahlen zum Europäischen Parlament 2004; Parlamentswahlen 2006; Parlamentswahlen 2008; Wahlen zum Europäischen Parlament 2009; Parlamentswahlen 2013 (Daten nur auszugsweise).

Quelle: Corriere della Sera, 26. February 2012, S. 10.

Ungewisse Aussichten – die PDL ohne Berlusconi?

Unterdessen bleiben die Aussichten für beide Parteien ungewiss. Für Maroni wird es nicht einfach sein, sein Ziel einer Makro-Region des Nordens umzusetzen. Zudem ist seine Partei unter Druck geraten, da sie Konkurrenz von der neu gegründeten *Movimento Cinque Stelle* bekommt. Viele der ursprünglichen LN-Anhänger sind von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. Sie sind entweder zu dieser Bewegung übergelaufen oder kommen zumindest in Versuchung, ihre Loyalität aufzugeben und sich einer anderen Partei zuzuwenden.³³

Mehr noch scheint die Situation der PDL beeinträchtigt. Da sie nicht länger als vereinende Kraft für das konservative Ende des politischen Spektrums dient, hat sie Mühe, gegen die regelrechten Zentrifugalkräfte anzukämpfen, die bereits viele Mitglieder dazu veranlasst haben, zu anderen Parteien überzulaufen. Die PDL musste in dieser Hinsicht einen sehr hohen Preis zahlen, da sie nun in direkter Konkurrenz mit neu formierten Gruppierungen steht, wie z.B. *Fratelli d'Italia* und *Fare per Fermare il Declino*. Das größte Dilemma ist, dass die PDL gänzlich von Berlusconis Führung bestimmt wird, wie im Laufe des Jahres 2012 offensichtlich wurde. Hatte es noch kurze Zeit so ausgesehen, als sei die Partei mit der Auswahl eines Nachfolgers beschäftigt, kam es letztendlich nicht zur Machtübergabe. Doch offenbar kann sie nicht mehr allzu lange aufgeschoben werden. Berlusconis Alter holt ihn ein. Zudem ist seine Glaubwürdigkeit beeinträchtigt – ein Fehlschlag, der auf der politischen Bühne kaum wiedergutzumachen ist. Innenpolitisch wie international haben ihn die vielfachen Anschuldigungen wegen Steuervergehen und anderer Verbrechen zu viel Ansehen gekostet, ganz zu schweigen von den beschä-

33 Am schlechtesten schnitt die LN in Venetien ab, wo sie nur 11.1 % der Stimmen erhielt – ein klarer Einbruch, wenn man bedenkt, dass die Partei bei den letzten Parlamentswahlen 27 % und bei den Regionalwahlen 35 % erreicht hatte. Dieser dramatische Rückgang stellt die Rolle der Partei infrage, vor allem dort, wo eines ihrer Bollwerke gewesen war und vor allem in den Augen ihrer traditionellen Wählerschaft („die Klasse der Mehrwertsteuerpflichtigen“, Unternehmer und Handwerker), die faktisch überlaufen zu *Movimento Cinque Stelle*. Siehe: Dario di Vico, „Il Nord tra vendette e rivoluzione: Cambia il popolo delle partite Iva,“ in *Il Corriere della sera*, 26. Februar 2013.

menden Skandalen, in die er verwickelt war. Außerdem zermürbte ihn der Verlust seiner Führungsrolle innerhalb der gesamten Rechten zunehmend. Als er zum ersten Mal auf der politischen Bühne erschien, gelang es dem „Cavaliere“, sogar scheinbar unvereinbare Kontrahenten zu vereinen: die LN, ein eingeschworener Feind des „diebischen Roms“, und die AN, durchdrungen von ihrer Nostalgie für Rom, das Symbol der italienischen Einheit, wenn nicht gar für „das kaiserliche Rom“. Nachdem er entlang der Wegstrecke zuerst Follini (2006), dann Casini (2008) und zuletzt Fini (2009) vor den Kopf gestoßen hatte, kann Berlusconi heutzutage nicht mehr auf die LN, seine ehemalige Verbündete, zählen. Um die Sache noch schlimmer zu machen, haben sich seit seinem Auszug aus dem Palazzo Chigi die Reihen seiner eigenen Partei gelichtet. Die Welle an Übertritten hat letztendlich nur deshalb nachgelassen, weil viele Mitglieder befürchteten, in einer anderen Partei nicht auf einer gesicherten Position der Kandidatenliste zu stehen.

Darüber hinaus erschweren es einerseits bestimmte grundlegende Eigentümlichkeiten an Berlusconis politischer Persönlichkeit, ihn zu ersetzen. Andererseits werden die Zukunftsaussichten der italienischen Rechten so entschieden beschränkt. Es ist keineswegs einfach, einen Ersatz zu finden, der seine Rolle ausfüllt, wie bei den Wahlen 2013 zu sehen war. Ohne Berlusconi sind die Wählerbasis und der innere Zusammenhalt der PDL gefährdet. Gleichzeitig ist mit Berlusconi am Steuer das Schicksal der Partei aus verschiedenen Gründen besiegelt. Erstens ist es schwer vorstellbar, wie sich eine wirtschaftlich liberal orientierte Rechte entwickeln kann, wenn sie von einer Figur geleitet wird, die wesentlich von staatlichen Genehmigungen und Konzessionen abhängig ist; vor allem im hochsensiblen Bereich des Fernsehens. Zweitens ist es kaum denkbar, dass eine Partei ihre Strukturen ohne innere Demokratie festigen will und dabei gleichzeitig sicherstellen sollte, nicht von Berlusconis Handlangern dominiert zu werden. Drittens ist es fraglich, wie die Rechte sich zu einer nationalen Kraft entwickeln soll, wenn sie ein besonderes Verhältnis zur LN aufrechterhält, einer Partei, die ausschließlich auf den Norden ausgerichtet ist. Viertens ist es schwer vorstellbar, wie die Rechte angesichts der derzeitigen Isolierung Berlusconis auf internationaler Ebene ihre



Anhänger der italienischen Partei *Lega Nord* bei dem jährlichen Parteitreffen in Pontida, in der norditalienischen Provinz Bergamo in der Lombardei, 7. April 2013

Glaubwürdigkeit wiedererlangen könnte. Diese Ausgrenzung wurde überdeutlich und öffentlichkeitswirksam demonstriert, als Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicholas Sarkozy am 22. Oktober 2011 öffentlich über Berlusconi lachten. Ihr Hohn sorgte weltweit für Schlagzeilen und besiegelte Berlusconis Todesstoß als politische Führungspersönlichkeit. Nicht zuletzt kann man sich schwer eine Rechte ausmalen, die den Staat und seine Institutionen nicht deutlich erkennbar in ihre Identität einbindet.

Berlusconi steht einer neuen Rechten im Weg. Dies wird nicht nur durch die vorangegangenen Ausführungen deutlich, sondern auch durch die Betrachtung der politischen „Fehler“, die von der Rechten unter Berlusconis Führung begangen wurden. Die Liste der Fehler wird angeführt von dem Versäumnis, in Kultur zu investieren – die unangreifbare Ressource, die für eine politische Kraft unentbehrlich ist, um ihre unverkennbaren Spuren zu hinterlassen. Ein Hinterlassen solcher Spuren ist nur durch

eine ernsthafte, dauerhafte Investition in die Medien und Schulen und durch Einbindung der Intellektuellen erreichbar. Historisch schwach wie sie auf diesem Terrain ist, hat die italienische Rechte es unterlassen, dieses Defizit auszugleichen. Die Aufzählung setzt sich fort mit der längeren Zeitspanne in Regierungsverantwortung, in der die Partei das Image eines Gebildes vermittelte, dem es an beständigen Überzeugungen fehlte, wie sich am wiederholten Rückwärtsrudern der PDL zeigte, wenn es um wichtige ökonomische und institutionelle Reformen sowie Wahlreformen ging. Die Liste schließt ab mit der rückschrittlichen Art, die Berlusconis Rechte bei ihren sozialen Botschaften an den Tag legt. Anfangs verpackt als Versprechen auf Befreiung von lähmenden Kräften und Interessengruppen, keimte diese Botschaft zu einem Traum von Wohlstand für alle Italiener auf. Im Endeffekt schrumpfte das Ganze jedoch auf nichts anderes als die Prahlerei eines Mächtigen, der nicht mehr durch sein ursprünglich lebhaftes, energisches Auftreten eines Mannes bestechen kann, der sich aus einfachen Verhältnissen hochgearbeitet hat. Berlusconi ist indessen, wie es ein kluger politischer Kommentator treffend bemerkt hat, zu einem „östlichen Satrap“ mutiert, umringt von einem Haufen neureicher „Bauerntölpel“.³⁴

34 Antonio Polito, *In fondo a destra: Cent'anni di fallimenti politici* (Milan: Rizzoli, 2103), S. 105ff.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Al Nord Lega e Pdl divisi perdono i sette capoluoghi (2011): in *Il Sole24 Ore*.
- Anderlini, Fausto (2009): "Il mito dell'espansione leghista," in *Il Mulino*, 5, S. 744–753.
- Bartolini, Stefano "Fascismo e neofascismo (2008): I 'nipoti del Duce' tra eredità, novità, persistenze e sviluppi all'alba del nuovo secolo," in QF: Quaderni di Farestoria: Periodico dell'Istituto Storico Provinciale della Resistenza di Pistoia (Band X, Nr. 2–3).
- Battista, Pierluigi (2011): "La parabola dei mille giorni: Trionfo poi liti e dispetti," in *Il Corriere della sera*.
- Biorcio, Roberto(2010): *La rivolta del Nord: La Lega dalla contestazione al governo* (Rome-Bari: Laterza), S. VII.
- Bonet, Marco (2013): "La fronda di Bozza & Co.: Farema votare Pdl e Pd," in *Corriere di Verona*, S. 18.
- Bosco-Duncan Mc Donnell, Anna (2012): "Da Berlusconi a Monti: default dei partiti?, in *Politica in Italia*, S. 49.
- Caldiron, Guido (2009): *La destra sociale da Salò a Tremonti*, (Rome: Manifestolibri).
- Chiarini, Roberto (2001): "L'integrazione passiva," in R. Chiarini and M. Maraffi (Hrsg.), *La destra allo specchio: La cultura politica di Alleanza nazionale* (Venedig: Marsilio), S. 13–42.
- Chiarini, Roberto (2005): *25 aprile: La competizione politica della memoria* (Venedig: Marsilio).
- Colaprico, Piero (2011): "Il Drago, le vergini, i festini hardcore così si avvera la profezia di Veronica," in *La Repubblica*.
- Cuzzi Marco: *Antieuropa* (2007): *Il fascismo universale di Mussolini* (Milan: M&B Publishing).
- D'Alimonte, Roberto (2011): "La Lega punta al profilo 'nazionale,'" in *Il Sole24 Ore*, Roberto d'Alimonte.
- Diamanti, Ilvo (2009): "I luoghi della destra e la sinistra senza luoghi," in *La Repubblica*.
- Diamanti, Ilvo (2011): "Lega. Il partito dei ribelli del Nord nella ragnatela del potere," in *La Repubblica*.

- Di Nunzio, Daniele and Toscano, Emanuele (2011): *Dentro e fuori Casapound. Capire il fascismo del Terzo Millennio* (Rom: Armando Editore).
- Di Tullio, Domenico (2006): *Centri sociali di destra: Occupazioni e culture non conformi* (Rom: Castelvechi).
- Di Vico, Dario: *E il Carroccio neo laburista conquistò operai e padroni*, in *Il Corriere della sera*.
- Di Vico, Dario (2013): „Il Nord tra vendette e rivoluzione: Cambia il popolo delle partite Iva,” in *Il Corriere della sera*.
- Ferrari, Saverio: *Le nuove camicie nere: Il neofascismo oggi in Italia* (Pisa: BFS edizioni, 2009); und Saverio Ferrari, *Fascisti a Milano: Da Ordine Nuovo a Cuore Nero*, (Pisa: BFS edizioni, 2012).
- Fuccaro, Lorenzo (2010): „Vanno al centrodestra le regioni più grandi. La Lega avanza al Nord,” in *Il Corriere della sera*.
- Galli della loggia, Ernesto (2003): „La perpetuazione del fascismo e della sua minaccia come elemento strutturante della lotta politica nell’Italia repubblicana,” in E. Galli della loggia und L. Di Nucci (Hrsg.), *Due nazioni: Legittimazione e delegittimazione nella storia dell’Italia contemporanea* (Bologna: Il Mulino), S. 227–261.
- Galli della Loggia, Ernesto (2012): „Una destra diversa,” in *Il Mulino*, S. 249.
- Gibelli, Antonio (2010): *Berlusconi passato alla storia: L’Italia nell’era della democrazia autoritaria* (Rom: Donzelli).
- Giuli, Alessandro (2007): *Il passo delle oche. L’identità irrisolta dei post-fascisti* (Turin: Einaudi).
- Gnoli, Antonio (2012): „Il tramonto grottesco del pensiero della Destra,” in *La Repubblica*.
- Gundle, Stephen (2010): „Berlusconi, il sesso e il mancato scandalo,” in *Politica in Italia*, S. 73–89.
- Idem (2009): „Il partito liquido e la durezza del territorio,” in *Il Mulino*, 2, S. 199–209.
- Ignazi, Piero (2005): „Legitimation and Evolution on the Italian Right Wing: Social and Ideological Repositioning of Alleanza Nazionale and Lega Nord,” in *South European Society and Politics*, Band 10, Nr. 2.
- Isnenghi, Mario (1995): „Ben venga Umberto Bossi e il suo antifascismo,” in *Il Corriere della sera*.

- Passarelli-Dario Tuorto, Gianluca (2012): "Attivisti di partito nella Lega Nord: un caso anomalo?," in *Polis*, 2, S. 255 – 284
- Polito, Antonio (2013): *In fondo a destra: Cent'anni di fallimenti politici* (Milan: Rizzoli), S. 105ff.
- Rao, Nicole (2006): *La Fiamma e la Celtica* (Rom: Sperling & Kupfer).
- Rondinelli, Giancarla: "A Onna Berlusconi fa il pacificatore," in *Il Tempo*; Massimo Franco.
- Scalfari, Eugenio (2009): "La patria e il nuovo padre padrone," in *La Repubblica*.
- Severgnini, Beppe (2010): "Il Cavaliere spiegato ai posteri: Dieci motivi per 20 anni di 'regno,'" in *Il Corriere della sera*.
- Urbinati, Nadia (2010): "La Lega e la politica del doppio binario," in *La Repubblica*.
- Vampa, Davide Hine-Davide (2011): "Un altro divorzio: il Pdl nel 2010," in *Politica in Italia*, S. 69–91.
- Ventura, Sofia (2012): *Il racconto del capo. Berlusconi e Sarkozy* (Rome-Bari: Laterza), S. 103.
- Vignati, Roberto: "La memoria del fascismo," in R. Chiarini and M. Maraffi (Hrsg.), *op. cit.*, S. 43–82.

Die extreme Rechte im Portugal des 21. Jahrhunderts: die *Partido Nacional Renovador*

Riccardo Marchi

1. Die extreme Rechte am Beginn der portugiesischen Demokratie

Nach dem Sturz des autoritären salazaristischen Regimes in Folge des Militärputsches vom 25. April 1974 gelang es der portugiesischen extremen Rechten nicht, ihre Präsenz auf der politischen Bühne aufrechtzuerhalten. Teilweise war das ein Resultat der Unterdrückungswelle, die auf das Ereignis folgte, und des Widerstrebens der salazaristischen „Barone“, für eine einheitliche Front gleichgesinnter Gruppen einzutreten. Es lag jedoch auch an der Tatsache, dass verschiedene nationalistische Gruppierungen, die während der letzten Jahre des abgesetzten Regimes ziemlich fragmentiert gewesen waren, nicht gewillt waren, im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zusammenzuarbeiten. Stattdessen entschieden sich diese Gruppierungen dafür, sich unabhängig voneinander in einer Handvoll kleiner Parteien zu organisieren, die einigen der radikalen und weniger radikalen rechten Kreise entsprachen, die während der letzten Jahre des Regimes aktiv gewesen waren. National-revolutionäre Studentengruppen, die sich gegen die technokratische Regierung von Salazars Nachfolger Marcelo Caetano stellten, bildeten die *Movimento Federalista Português – Partido do Progresso* (Portugiesische föderalistische Bewegung – Fortschrittspartei oder MFP-PP), konservative katholische Kräfte der salazaristischen Schule gründeten die *Movimento Popular Português* (Portugiesische Volkspartei oder MPP) und die *Partido da Democracia Cristã* (Christlich-demokratische Partei oder PDC), und Radikale aus den repressiven und paramilitärischen Organisationen des Regimes (politische Polizei oder PIDE/DGS, Portugiesische Legion und Portugiesische Jugend) und die winzigen von konterrevolutionären oder faschistischen Ideen inspirierten

intellektuellen Kreise sammelten sich in der *Movimento de Accção Portuguesa* (Portugiesische Aktionsbewegung oder MAP).

Obwohl jede Partei für sich in Anspruch nahm, ihr eigenes spezifisches Profil zu besitzen, schlug sich diese angebliche Unabhängigkeit nicht in besonders originären politischen Positionen nieder. Stattdessen konzentrierten alle Parteien der extremen Rechten während der ersten Jahre des Übergangs ihre Anstrengungen auf zwei Hauptziele: die Verteidigung des portugiesischen Reiches, auch durch Eintreten für föderalistische Lösungen bezüglich der Kolonien, und die Verhinderung der Errichtung eines kommunistischen Regimes im Land. Bis Ende 1975 war das erste dieser Ziele durch die rasche Vollendung des Entkolonialisierungsprozesses, der Portugal auf seine europäischen Territorien reduzierte, obsolet geworden, während das zweite erreicht worden war: Die *Partido Comunista Português* (Portugiesische kommunistische Partei oder PCP) und die extreme Linke waren beschnitten worden, wenn auch die Hauptnutznießer dieser Entwicklung nicht die extreme Rechte, sondern gemäßigte antikommunistische Kräfte waren, insbesondere die von Mario Soares geführten Sozialisten.

Während der angespanntesten Phase des Übergangs zur Demokratie (1974–1975) konnte die extreme Rechte – in ihrem fragmentierten, schwachen und marginalisierten Zustand – durch die vom Militär ausgeübten Repression gegen vermeintliche oder tatsächliche konterrevolutionäre Bestrebungen leicht verdrängt werden. Die extreme Rechte blieb selbst während der Normalisierung, die durch den Demokratisierungsprozess eingeleitet wurde, der zwischen Ende 1975 und den ersten Monaten des Jahres 1976 begann, fragil. Keine der drei rechtsextremen Parteien, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aktiv waren – die PDC, General Kaulza de Arriagas *Movimento Independente para a Reconstrução Nacional* (Unabhängige Bewegung für den nationalen Wiederaufbau oder MIRN) und die kurzlebige *Frente Nacional* (Nationale Front oder FN) – schaffte es, ihre selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Es gelang ihnen nicht, die Aktivisten der portugiesischen radikalen Rechten zu einen; vielmehr verloren sie Wähler, die zunehmend entweder der Politik ganz fern blieben oder taktisch wählten und die beiden gemäßigten Mitte-rechts-Par-

teien, die *Partido Social Democrata* (Sozialdemokratische Partei oder PSD) und das *Centro Democrático Social* (Demokratisch-soziales Zentrum oder CDS), unterstützten. Zur gleichen Zeit wurden wichtige Führungsfiguren abtrünnig, wie José Miguel Júdice, der – enttäuscht durch die begrenzten Erfolgsaussichten der radikalen Kräfte – der unter dem Namen *Aliança Democrática* (Demokratische Allianz oder AD) bekannten Regierungskoalition zwischen PSD und CDS beitrug. Bei den Wahlen von 1976, 1979 und 1980 gewann die radikale Rechte nie mehr als 1,2 % der abgegebenen Stimmen (Ergebnis von 1979), und 1980 brach ihr Stimmanteil bei den Parlamentswahlen auf 0,4 % ein. Paradoxerweise war dies das einzige Mal, dass sie in Form einer Koalition der drei rechtsextremen Parteien als einheitliche Front auftrat, die der Anziehungskraft entgegenwirken sollte, die die AD auf ihre traditionellen Anhänger ausübte.

Nachdem ihre Hoffnungen, eine institutionelle Rolle als parlamentarische politische Kraft zu erlangen, zunichtegemacht worden waren, erlebte die portugiesische extreme Rechte die 80er Jahre als Durststrecke, während der die PDC sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Europawahlen nur ca. 0,5 % der Stimmen erhielt. Die interessanteste Manifestation der portugiesischen extremen Rechten während dieser Zeit waren die Zeitschrift *Futuro Presente* und ihre Kämpfe an der kulturellen Front. Die Gruppe, die an der Zeitschrift arbeitete, entstammte der nationalrevolutionären Universitätsszene der 1960er und 1970er Jahre und versuchte, dem extrem rechten politischen Denken neues Leben einzuhauchen, indem sie die Analysen der französischen, britischen und amerikanischen „Neuen Rechten“ in Portugal einführte. Das Projekt, das eine bizarre Begeisterung für Alain de Benoist, Margaret Thatcher und Ronald Reagan offenbarte, erlangte jedoch keinen wesentlichen Einfluss, nicht einmal innerhalb seines eigenen Bezugsrahmens. Einige der Autoren oder Redakteure der Zeitschrift, darunter Jaime Nogueira Pinto und Nuno Rogeiro, erreichten Schlüsselpositionen als politische Kolumnisten und Analysten, gaben aber in diesen Rollen der von ihnen angestrebten kulturellen Hegemonie keinen greifbaren Ausdruck. Die Zeitschrift gibt es auch heute noch, sie hat aber keinen wirklichen Einfluss als Erneuerungsinstrument der portugiesischen radikalen Rechten.

Die 80er Jahre waren auch die Zeit eines bedeutenden Generationenwechsels und kulturellen Bruchs in der portugiesischen extremen Rechten. Nach einer langen Entwicklungszeit in den 1990er Jahren waren radikale Aktivisten begierig darauf, zu versuchen, in der politischen Arena Fuß zu fassen und von den Strömungen von Populismus, Identitätspolitik und Protest zu profitieren, die im neuen Jahrtausend allmählich durch Europa zogen.

2. Eine neue Identität für die portugiesische extreme Rechte

Die tiefgreifenden Veränderungen, die die portugiesische extreme Rechte in den letzten zwei Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts beeinflussten, entstanden aus neuen geopolitischen und sozioökonomischen Szenarien, die sich im demokratischen Portugal nach der zum Abschluss gekommenen Übergangszeit entwickelten.

Aus geopolitischer Perspektive zerbröckelte der imperiale Mythos, der in der kollektiven Vorstellung des lusitanischen radikalen Nationalismus eine Schlüsselrolle gespielt hatte, schnell, als die Entkolonialisierung Mitte der 1970er Jahre abgeschlossen war. In der Folge zogen sich viele Führungspersonen, die während der Jahre der Kolonialkriege zur Verteidigung des Kolonialreiches radikalisiert worden waren, zurück und übernahmen keine aktive Rolle in der Politik mehr, während Aktivisten, die nach dem Übergang politisiert wurden, den Mythos eines multiethnischen und plurikontinentalen portugiesischen Reichs aufgaben.

Was die Wirtschaft betrifft, bedeutete Portugals Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1986 verminderte nationale Souveränität, Unterordnung unter EWG-Politiken in strategischen Bereichen wie Landwirtschaft und Fischereiwesen und wachsende Abhängigkeit von Subventionen aus Brüssel. Diese Entwicklungen veranlassten die portugiesische extreme Rechte dazu, eine ausgesprochen antieuropäische Haltung einzunehmen, womit sie einen Faden aufgriff, der in der politischen Kultur des imperialistischen Nationalismus stets präsent gewesen war.

In gesellschaftlicher Hinsicht verwandelte der Anstieg der Einwanderung ab Mitte der 80er Jahre, hauptsächlich aus ehemaligen afrikanischen Kolonien in die Ballungsgebiete von Lissabon und Porto, Portugal von einem Land der Emigranten in ein von Immigration geprägtes Land. Dieser demografische Wandel weckte fremdenfeindliche Gefühle, die in der portugiesischen Gesellschaft bereits latent vorhanden waren, insbesondere innerhalb der riesigen Gemeinde von *retornados* aus dem portugiesischsprachigen Afrika. Die immer ausgeprägtere multi-ethnische und multikulturelle Mischung in den Vororten dieser ausgedehnten Großstädte zeigte insbesondere auf junge Leute deutliche Auswirkungen. Immer mehr von ihnen schlossen sich kleinen ultranationalistischen Gruppen an, die sich im Portugal der 1980er Jahre durch politische Subkulturen auszeichneten, die hauptsächlich aus dem angelsächsischen Raum importiert worden waren, wie die Skinheads und die *White-Supremacy*-Bewegung.

All diese Faktoren trugen zum Aufkommen einer neuen Art rechtsextremer Aktivisten bei, der eine von früheren Generationen weitergegebene Organisations- und Schulungsbasis fehlte und die sich weit von der salazaristischen Nostalgie und dem „lusotropikalischen“ Diskurs des traditionellen portugiesischen Nationalismus (nach dem der portugiesische Kolonialismus milder gewesen sei als der anderer Länder) entfernt hatte. Der neue Rechtsextremismus zeichnete sich stattdessen durch einen ausgesprochenen Ethnonationalismus und eine Betonung der Verteidigung der „rassischen“ und kulturellen Homogenität des europäischen Portugals im weiteren Kontext der über fünf Kontinente verstreuten weißen Gemeinde aus. Zwischen 1985 und 1991 war die *Movimento de Acção Nacional* (Nationale Aktionsbewegung oder MAN) der Nährboden für diese Identität. Aufgrund mehrerer gewalttätiger Zwischenfälle, zu denen der (dem Kreis der Skinheads zugeschriebene) Mord an einem linksextremen Anführer gehörte, und des darauf folgenden Verfassungsfeindlichkeitsprozesses, der auf gegen faschistische Organisationen gerichteten Gesetzen aufbaute, zog die Bewegung die Aufmerksamkeit der Presse auf sich. Die MAN war nicht viel mehr als eine winzige ultranationalistische Gruppe mit – an Mitgliederzahlen gemessen – kaum gegebener

Relevanz. Doch die Aktionen, die sie durchführte, und die unzähligen Minigruppen, die auftauchten, als sie sich in den frühen 1990er Jahren auflöste, machten sie zum Übungsfeld einer neuen radikalen politischen Elite, die nur zu gern die Herausforderung annahm, eine Partei zu gründen und der extremen Rechten Portugals eine Stimme zu geben, als sich das 20. Jahrhundert seinem Ende zuneigte.

3. Die „neue“ extreme Rechte Portugals: die *Partido Nacional Renovador*

Die ersten Schritte in dieser neuen Phase der portugiesischen extremen Rechten erfolgten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als sich einige Elemente der neuen radikalen Generation der alten salazaristischen Generation annäherten und sich um das kurzlebige Akronym AN (das für *Aliança Nacional* oder Nationale Allianz steht) sammelten. Die AN-Episode ist auch symptomatisch für die organisatorische Schwäche der portugiesischen extremen Rechten: Ihren Unterstützern gelang es nie, die Partei beim Verfassungsgericht zu registrieren, da sie sich schwertaten, die erforderlichen 7.500 Unterschriften zusammenzubekommen. Dieses rechtliche Hindernis wurde erst 1999 überwunden, als das AN-Projekt aufgegeben wurde und seine Anhänger eine Partei infiltrierten, die bereits beim Verfassungsgericht registriert, aber nicht mehr wirklich aktiv war: die *Partido Renovador Democrático* (Demokratische Erneuerungspartei oder PRD). Im Jahr 2000 wurde die PRD von Radikalen neugegründet, die ihren Namen in *Partido Nacional Renovador* (National Erneuerungspartei oder PNR) änderten und ein Logo übernahmen, das besser zu ihren Ideen passte: eine Flamme.

Die ersten Jahre des Bestehens der PNR ließen Konflikte zwischen der alten und der neuen Generation radikaler Aktivisten wiederaufleben, wobei letztere sehr darauf erpicht waren, die direkte Kontrolle über die Partei zu übernehmen und sie an den erfolgreichsten Ausdrucksformen des Rechtsextremismus in Europa auszurichten. 2002 gewannen die auf Erneuerung drängenden Kräfte die Oberhand, als zunächst Paulo Rodrigues

(2002–2005) und anschließend José Pinto Coelho (seit 2005), der seine Karriere unter den nationalistischen Aktivisten der 70er und 80er Jahre begonnen hatte, António da Cruz Rodrigues, den Führer des salazaristisch-traditionalistischen katholischen Lagers, an der Spitze der Partei ersetzen.

Die neue Führung machte sich unverzüglich daran, das Image des portugiesischen Nationalismus zu verjüngen, indem sie ihn an den politischen Diskurs des europäischen Populismus annäherte. Obwohl sie formal die Regeln der Demokratie akzeptierte, handelte es sich hierbei um einen radikal systemfeindlichen Diskurs, der einwandererfeindliche und islamfeindliche Themen auf die politische Agenda setzte. In praktischer Hinsicht visierte die neue Führung einen Parlamentsitz bei den Parlamentswahlen 2009 an, als Sahnehäubchen auf dem Erneuerungsprozess der Partei, der mit einer Zunahme der Zahl von Parteiaktivisten und einer stärkeren Präsenz der PNR im gesamten Land einherging. An diesem Ziel scheiterte die Partei kläglich, teilweise weil das Image der PNR immer mehr Schaden nahm: Ab 2007 waren einige führende Figuren der Partei in Gerichtsprozesse verwickelt, die mit kriminellen Aktivitäten der portugiesischen Skinhead-Bewegung zu tun hatten, die zu jenem Zeitpunkt eine aktive Komponente der Partei war und, unter der Führung von Mario Machado, Verbindungen zu der prominenten Neonazigruppe *International Hammerskin Nation* unterhielt.

Trotz des Erneuerungsprozesses verblieb die Partei nach wie vor auf der Umlaufbahn dessen, was Politikwissenschaftler als „alte“ extreme Rechte kategorisieren. Die PNR sah sich nicht in der Lage, sich mit den Werten der Nelkenrevolution und dem im Anschluss 1974 errichteten demokratischen Regime zu identifizieren. Obwohl die Partei die nostalgischen und revanchistischen Einstellungen aufgab, die den Salazarismus alten Stils auszeichneten, feierte sie Salazar weiterhin als den größten portugiesischen Staatsmann des 20. Jahrhunderts und redete weiterhin dem Beitrag des autoritären Regimes zur Verteidigung nationaler Interessen und traditioneller Werte das Wort.

In diesem Zusammenhang enthüllte eine Reihe von Interviews mit Führungskräften der PNR am Rande des Nationalkongresses 2010, dass alle Parteimitglieder entweder ziemlich oder vollkommen unzufrieden mit der Art und Weise waren, wie die portugiesische Demokratie funktionierte. Sie betrachteten sie als „partitokratisches“ Regime, seit jeher kontrolliert von derselben politischen Elite. Nationalistische Aktivisten standen allen wesentlichen Institutionen des Landes gleich misstrauisch gegenüber: dem Parlament, der Regierung, den Führungsebenen des Staates und allen parlamentarischen Parteien von rechts (CDS-PP) bis extrem links (*Bloco de Esquerda* oder Linker Block, BE), von den Medien ganz zu schweigen. Die systemfeindliche Haltung der PNR wird auch aus ihrer Ablehnung der Rechts-Links-Dichotomie und ihrer selbstproklamierten nationalen Identität außerhalb des Rahmens „partitokratischer“ Polemik deutlich. Die einzige Institution, der Parteimitglieder in irgendeiner Weise positiv gegenüberstanden, war die katholische Kirche, die sie als letztes Bollwerk im Kampf um die Verteidigung traditioneller Werte betrachteten.

Was politische Strategien betrifft, lag der Fokus während der ersten Jahre der Parteipräsidenschaft Pinto Coelho darauf, mit provokativen Aktionen, die darauf zugeschnitten waren, die Aufmerksamkeit der nationalen Medien zu erregen, mehr öffentliche Präsenz zu gewinnen. Das trug auch dazu bei, den Mangel an Charisma des Parteiführers zu kompensieren: Im Gegensatz zu anderen rechtsextremen Gruppierungen in ganz Europa zog die PNR keinen zusätzlichen Nutzen daraus, ihre Politiken durch die persönliche Anziehungskraft ihres Führers zu bewerben.

Anfänglich konnten die Kampagnen zur Stärkung der Sichtbarkeit der Partei in den Medien einige Erfolge verzeichnen, indem sie den Anblick von Märschen und Demonstrationen bot, die im Kontext der portugiesischen politischen Agenda eher ungewöhnlich waren: gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, gegen Adoptionen durch homosexuelle Paare, welche die PNR als unnatürlich betrachtet und denen sie demzufolge die traditionellen heterosexuellen Partnerschaften zustehenden Rechte abspricht, gegen die Entkriminalisierung der Abtreibung, mit

regelmäßiger Beteiligung der PNR an Aktionen, der in der katholischen Kirche verwurzelten Pro-Leben-Bewegung, gegen steigende Einwanderung aus Brasilien und gegen den Mangel an Sicherheit, den die große portugiesischsprachige Gruppe in Südafrika nach dem Ende der Apartheid erlebte. Die erfolgreichsten Veranstaltungen hatten mit einwanderungsfeindlichen Fragen zu tun, die im politischen Diskurs während der ersten Jahre der Präsidentschaft Pinto Coelho eine wesentliche Rolle spielten. Die besondere Aufmerksamkeit der nationalen Medien erregte die PNR mit einer Demonstration, die sie 2005 organisierte, und mit zwei fremdenfeindlichen Plakatkampagnen im Zentrum von Lissabon 2007 und 2008. Im ersten Fall konnte die PNR, indem sie einen Fall von Bagatelldelinquenz an der Küste außerhalb Lissabons aufgriff, der von den Medien hochgespielt worden war, mehrere hundert Menschen dafür gewinnen, gegen Immigration und Multikulturalismus zu demonstrieren. Es war die größte rechtsextreme Demonstration – mit der effektivsten Öffentlichkeitsarbeit – seit sich die Spannungen während des Übergangs zur Demokratie auf ihrem höchsten Stand befunden hatten. Dennoch war sie nur ein eingeschränkter Erfolg, erleichtert durch die gesellschaftliche Alarmstimmung, die von den Medien geschürt worden war, und tatsächlich konnte eine vergleichbare Demonstration nach einem ähnlichen Vorfall 2010 nur geringfügige Beteiligung verzeichnen.

Im zweiten Fall kaufte die Partei Werbeflächen an Hauptdurchgangsstraßen in der portugiesischen Hauptstadt und füllte sie mit fremdenfeindlichen Plakaten. Die erste Plakatkampagne forderte Einwanderer zur Rückkehr in ihre Heimatländer auf, während die zweite das polemische Manifest der schweizerischen SVP zeigte, das darstellte, wie weiße Schafe schwarze Schafe aus dem Land jagen. Diese beiden Kampagnen riefen bei portugiesischen Journalisten unterschiedliche Reaktionen hervor. Im Fall des von der SVP inspirierten Manifests veranlasste die Entfernung der Plakate auf Anordnung des Stadtrats von Lissabon einige renommierte Kolumnisten dazu, Besorgnis zu äußern und zu betonen, dass freie Meinungsäußerung für alle gesetzlich anerkannten politischen Kräfte geschützt werden müsse, eine Reaktion, die ein positiveres Image der PNR zur Folge hatte. Die andere Kampagne, die zu einer freiwilligen

Rückkehr von Einwanderern aufrief, wurde Gegenstand eines satirischen Angriffs einer berühmten portugiesischen Comedy-Gruppe, die ein praktisch identisches, sarkastisches Plakat mit exakt der gegenteiligen Botschaft neben dem Original platzierte; durch diesen Trick wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abgelenkt, indem man sich über die Botschaft der extremen Rechten lustig machte. Zusammengenommen zeigen diese beiden Episoden, wie die staatliche Einschränkung legaler politischer Aktivitäten der extremen Rechten der PNR eine Chance bot, sich als Opfer zu präsentieren und ein gewisses Maß an Solidarität zu ernten, wogegen die Karikatur, die einige ihrer Einstellungen verspottete, die Ziele der Partei vereitelte und sie öffentlichem Hohn aussetzte.

Einwanderungsfeindliches Plakat der PNR 2007

Abbildung 1



Das einwanderungsfeindliche Plakat der PNR, das 2007 an der Praça Marques de Pombal im Zentrum Lissabons aufgehängt wurde, und das ironische Plakat der Comedy-Gruppe „Gatos Fedorentos“.

Allgemein betrachtet haben die Kampagnen, die die PNR während der ersten Jahre der Präsidentschaft von Pinto Coelho organisierte, um die Aufmerksamkeit der Medien auf die Einwanderung zu richten, die Partei definitiv landesweit ins Bewusstsein der Menschen gerückt, sie haben aber weder ihre Mitgliedgliederzahlen noch ihre lokale Unterstützerbasis

wesentlich vergrößert. Seit Beginn der jüngsten Wirtschaftskrise und dem damit einhergehenden Eingreifen der „Troika“ (aus IWF, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission) in portugiesische Angelegenheiten seit 2011 hat die Partei ihre politische Strategie leicht geändert, bedient sich einer wesentlich weniger bitteren und provokativen Tonart und konzentriert sich (konkret) auf den von der politischen Klasse verursachten Bankrott vom 25. April und (allgemeiner) auf die Gefahren der Globalisierung. Jedoch scheinen nicht einmal diese Themen, die sich wesentlich näher an bestimmten populistischen Proteststimmungen in Portugal bewegen und viel weniger durch schädigende Rassismussvorwürfe angreifbar sind, der Partei, die die breite Öffentlichkeit nach wie vor als politisch unattraktive, extremistische Kraft sieht, zu einem bedeutenden Vorteil verholfen zu haben.

4. Die politische Plattform der PNR

4.1 Immigration

Die PNR brachte ihren ethnonationalistischen Diskurs, der seit den 1980er Jahren ein Kennzeichen der extremen Rechten in Portugal ist, während José Pinto Coelho's Präsidentschaft zur vollen Entfaltung. Die Partei nimmt die klassische Haltung der europäischen extremen Rechten ein, wonach die Immigration eine Invasion ist, die eine Bedrohung von nationaler Identität, Sicherheit, Beschäftigung und Handel darstellt. Folglich war die PNR gegen die Reform der Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der sozialistischen Regierung von 2006, die das Prinzip des *jus soli* gegenüber dem *jus sanguinis* stärkte. Der Standpunkt der PNR war dem diametral entgegengesetzt, und sie forderte den Ausstieg aus dem Schengener Abkommen, null Immigration, die Abschaffung des Familiennachzugs, mehr staatliche Investitionen in die Polizei und die Absenkung der Altersgrenze für Strafmündigkeit von 16 auf 14 Jahre. Weitere Forderungen der PNR betrafen die Einführung des Prinzips der Umkehrung der Migrationsströme (sofortige Ausweisung illegaler Einwanderer, die wegen Verbrechen verurteilt sind, und Rückführung von Wirtschaftsmigranten,

die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können), einen Zahlungsstopp im Hinblick auf Leistungen für verarmte Immigranten und die Streichung von Fördergeldern für Vereine, die Immigranten Unterstützung anbieten.

Parallel zu Maßnahmen zur Immigrationsbekämpfung tritt die PNR für das Prinzip der nationalen Präferenz ein. Der „eingeborenen“ Bevölkerung Priorität einzuräumen und ihre Rechte zu verteidigen, wird von der Partei als umso dringender betrachtet, da das Phänomen der Migration zu demographischen Verschiebungen führe, die den ethnokulturellen Charakter Portugals verzerren könnten.

Um Anschuldigungen wegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu vermeiden, bedient sich die PNR eines populistischen Diskurses und behauptet, die Antieinwanderungskampagnen verliehen schlicht dem Willen der Menschen Ausdruck. Dieser Ansicht nach lehnten gewöhnliche Bürger die von den Technokraten in Brüssel auferlegten Bestimmungen ab, die dafür verantwortlich seien, die EU-Mitgliedstaaten einer Invasion von Fremden ausgesetzt zu haben. Gleichzeitig betont die Partei, wie viele ihrer Entsprechungen in ganz Europa, dass sie nichts gegen Immigranten als individuelle menschliche Wesen habe, sondern vielmehr gegen die Immigration an sich sei. Sie betrachtet die Einwanderung als ein Phänomen, das vom globalen Kapitalismus ausgelöst worden sei und als Konsequenz zu einer höheren Kriminalitätsrate insbesondere unter jungen Immigranten der zweiten und dritten Generation geführt habe.

4.2 Europa und die Europäische Union

Die Europäische Union ist ein weiteres Schlüsselthema auf der politischen Agenda der PNR. In zwei Wahlkampagnen, bei denen PNR-Kandidaten für die Wahl zum Europarlament (2005 und 2009) kandidierten, präsentierte die Partei den Wählern ihren Standpunkt, indem sie behauptete, die Europäische Union habe destruktive Auswirkungen auf Portugal, sowohl national als auch international. Schon seit den frühen Jahren des Übergangs zur Demokratie macht die portugiesische extreme Rechte, die

traditionell euroskeptisch ist, auf nationaler Ebene den Regierungsparteien (PS, PSD und CDS) Vorwürfe, die sämtliche proeuropäischen portugiesischen Politiken ausgeformt haben, die im EU-Beitritt des Landes 1986 gipfelten. Nach Ansicht der extremen Rechten hat dieser Beitritt Portugal von Zuwendungen aus Brüssel abhängig gemacht, dem Land Gemeinschaftsrichtlinien aufgezwungen, die Schlüsselsektoren der einheimischen Wirtschaft demontiert haben (Landwirtschaft, Fischereiwesen, Seehandel), und mit sinnlosen pharaonischen Infrastrukturprogrammen und Baubooms zu Umweltzerstörung geführt. Die schwerwiegendsten Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft – die Zunahme von Korruption und Klientelismus bei der Verwaltung von Gemeinschaftsfonds und der Verlust an portugiesischer Kaufkraft mit der Einführung des Euro – wurden 2011 mit der *de facto* Aufhebung der nationalen Souveränität im Zuge der Auflagen von Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Troika weiter verschärft.

Die portugiesische extreme Rechte bediente sich auch populistischer Beschuldigungen, der Wille der Menschen werde in Fragen der europäischen Integration ignoriert: Bei den drei grundlegenden Phasen dieses Prozesses (Beitritt zur EWG 1986, zur Wirtschafts- und Währungsunion 1998 und zum Vertrag von Lissabon 2007) vermied die jeweils amtierende Regierung eine Volksabstimmung. Diese Strategie entsprach derjenigen anderer europäischer Partner, die Referenden mit antieuropäischen Ergebnissen komplett wiederholen ließen und somit weitere Belege für das strukturelle demokratische Defizit der Europäischen Union lieferten.

In institutioneller Hinsicht lehnte die portugiesische extreme Rechte den föderalistischen Bauplan für Europa ab, aus Gründen, die ebenso kulturell wie geopolitisch waren. Kulturell gesehen erwuchs diese Ablehnung in allererster Linie aus dem Nationalismus der Partei, der dem Heimatland höchste Wichtigkeit zuschreibt und mit keiner Form supranationaler Macht vereinbar ist. Geopolitisch wurzelte die Ablehnung in ihrer Überzeugung, dass die europäische Integration der erste Schritt zur Errichtung einer „Weltregierung“ ist, die nationale Besonderheiten ignoriert. Für die extreme Rechte liegt die Alternative zur europäischen Integration in

uneingeschränkter nationaler Souveränität, flankiert durch multilaterale Verträge mit anderen europäischen Staaten insbesondere im Wirtschaftsbereich, um die Wettbewerbsfähigkeit des „alten Kontinents“ auf globalen Märkten zu stärken.

Analysen der portugiesischen extremen Rechten unterscheiden stets zwischen zwei Konzepten: der Europäischen Union und Europa. Letzteres wird als Portugals natürlicher Referenzrahmen im Lichte seines historischen und kulturellen Gepäcks betrachtet, insbesondere angesichts der Wurzeln des Landes im katholischen Westen. Im Gegensatz dazu gilt die EU als rein technokratischer Überbau in den Fängen der neoliberalen Globalisierung. Jetzt, da sie jede Spur der euro-afrikanischen Faszination abgeschüttelt hat, die typisch für den lusitanischen Nationalismus alter Schule war, liefert diese Festlegung auf eine klar definierte, ausschließlich europäische Identität der extremen Rechten Portugals den Rahmen, um gewisse islamfeindliche Fragen, die auch bei vergleichbaren Gruppierungen in ganz Europa eine zentrale Rolle spielen, in ihr Programm zu integrieren. Insbesondere betrachtet die PNR den Widerstand gegen den EU-Beitritt der Türkei als ein Kapitel im Kampf gegen die von den USA verfolgte antieuropäische Politik, die in den Augen der PNR danach trachte, auf dem alten Kontinent gefährliche muslimische Enklaven zu schaffen, wie schon früher durch die Anerkennung von Bosnien-Herzegowina und des Kosovo. Anders als andere Parteien der neuen extremen Rechten in Europa nimmt die PNR einen offen antiamerikanischen Standpunkt ein, wobei sie die „Unterwerfung“ Europas unter die USA scharf kritisiert und vor allem den Einsatz europäischer Streitkräfte bei den „imperialistischen“ Kriegen im Irak und in Afghanistan verurteilt. Daher fordert die extreme Rechte, Portugal solle aus der NATO austreten und seine volle militärische Souveränität zurückgewinnen.

Trotz ihres entschieden isolationistischen Tons erkennt die PNR an, dass ein sofortiger Austritt aus internationalen Organisationen unrealistisch ist und für Portugal nachteilige Folgen hätte. Bei Wahlkampagnen spricht sie daher lieber von einem stufenweisen, ausgehandelten Austritt. Währenddessen spricht sie sich für einen Kurswechsel in der EU-Politik aus,

um den unfairen Wettbewerb zu beseitigen, dem portugiesische Arbeiter aufgrund der freien Arbeitskräftemigration ausgesetzt seien, und strebt auch danach, „eingeborenen“ Familien mehr Mittel zukommen zu lassen, indem Mittel von Unterstützungsprogrammen für Immigranten in Portugal abgezogen werden. Ebenso fordert sie Maßnahmen, um der sinkenden Geburtenrate und der Alterung der „eingeborenen“ europäischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Um diese Ziele zu erreichen, hat die PNR immer auf europäischem Niveau mit anderen nationalistischen Parteien zusammengearbeitet, sowohl mit denjenigen, die in Parlamenten vertreten sind, als auch mit denjenigen, die nicht über Parlamentssitze verfügen. 2009 trat sie als Gründungsmitglied der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen (AENB) bei.

4.3 Reform des Staates

Während die PNR zu den Themen Immigration, Abtreibung, Homosexualität und Europa einen klaren Standpunkt einnimmt und drastische Maßnahmen fordert, ergibt sich ein anderes Bild, wenn man ihre Ansichten zur Reform des portugiesischen Staates betrachtet. Diese stellt seit Beginn der Finanzkrise und insbesondere unter der Kuratel der Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission ein zentrales Thema in der politischen Debatte Portugals dar.

Betrachtet man die Klarheit – bzw. den Mangel an Klarheit – der im rechts-extremen Diskurs Portugals vorgeschlagenen Reformpolitiken, wird eine ausgesprochene Dichotomie zwischen der *pars destruens* und der *pars construens* offensichtlich.

Die *pars destruens* der PNR bedient sich sämtlicher Slogans des systemfeindlichen und auf Protest ausgerichteten Populismus: Sie verweist auf die Korruption der machthabenden Parteien und wirtschaftlicher Lobbys, die eine gerichtliche Intervention nach dem Vorbild des italienischen Modells „Mani pulite“ („saubere Hände“) dringend erforderlich mache, das politische Klientelsystem und den verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Geldern durch Kommunalverwaltungen, die

ebenfalls von den Parteien der Regierungskoalition kontrolliert würden, und die Politisierung der Richter, die den Menschen ein gerechtes, gut funktionierendes Justizsystem vorenthalte. Im Verlauf von Wahlkampagnen schlägt die PNR einen kompromissloseren elitenfeindlichen Ton an, richtet ihre Angriffe gegen rivalisierende Parteien des gesamten politischen Spektrums und insbesondere gegen die gemäßigt rechte portugiesische Partei CDS-PP, der sie vorwirft, die wechselnden Regierungen von PS und PSD zu stützen, die seit beinahe vierzig Jahren an der Macht sind. Indem sie diesen Standpunkt einnimmt, versucht die PNR, sich glaubhaft als systemfeindliche Partei zu etablieren, Nichtwähler anzuziehen und vor allem der taktischen Stimmabgabe ein Ende zu machen, die stets in bedeutender Unterstützung für die gemäßigt rechte Partei durch Wähler resultierte, die andernfalls versucht sein könnten, radikalere Vorschläge insbesondere in Fragen wie Einwanderung, Sicherheit und Europa zu unterstützen. Auf der anderen Seite verfolgt die CDS-PP, um Wähler zu behalten und anzuziehen, im Laufe von Wahlkampagnen oder aus der Position als Oppositionspartei heraus in eben diesen Fragen einen radikaleren Kurs.

Im Gegensatz dazu ist die *pars construens* nicht so klar oder energisch und wartet mit einem Mischkurs auf, der staatsfixierte und liberalisierende Elemente kombiniert. Häufig kritisiert die PNR den heutigen portugiesischen Staat und stellt ihn als totalitären Leviathan dar, der seinen Bürgern immer mehr Ressourcen abverlangt und gleichzeitig immer weniger Leistungen bietet. Die PNR fordert die Modernisierung des Staates durch Absenkung der Staatsschulden, jedoch ohne den Wohlfahrtsstaat zu demontieren, und will dies durch radikalen Beamtenabbau erreichen, aber ohne das Pensionsalter für Beamte zu erhöhen. Was die Privatwirtschaft betrifft, spricht sich die Partei für eine Senkung der Steuerbelastung aus, was zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums führen und kleine traditionelle Betriebe fördern würde, die nach Ansicht der Partei durch exzessive Besteuerung erschlagen werden. Sie lehnt die vollständige Liberalisierung von Märkten ab, und Gleiches gilt für Maßnahmen, die Arbeitsmärkte flexibler und damit auch unsicherer machen würden. Sie fordert auch eine staatliche Preisregulierung für Waren des täglichen

Bedarfs, ist aber gegen zu drastische interventionistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung des Bankensektors. Die Partei favorisiert allgemein staatlich-private Partnerschaften, um die nationale Wirtschaft zu fördern, obwohl sie durchgehend gegen Pläne der ehemaligen sozialistischen Regierung für große öffentliche Projekte war (Hochgeschwindigkeitszüge, neue Flughäfen und Autobahnen), die sie als unwirtschaftlich betrachtet, vorteilhaft nur für private Interessen und die Parteien innerhalb des Systems. In jüngster Zeit hat die PNR das Privatisierungsprogramm der derzeitigen Mitte-Rechts-Regierung und deren Beschluss, die portugiesische Wirtschaft für ausländisches Kapital zu öffnen, was massive Kapitalströme aus China, Brasilien und Angola zur Folge hat, kritisiert.

Diese protektionistischen Elemente werden dadurch ausgeglichen, dass die Partei die Idee von Investitionen der Privatwirtschaft in den Wohlfahrtsstaat akzeptiert, zum Beispiel in Rentenversicherungen, das Gesundheitssystem und die Bildung. Laut der PNR muss sich der Staat, der verpflichtet ist, solche Dienste zu erbringen, eher darauf konzentrieren, das System tragfähig zu machen, als darauf, es komplett in staatlicher Hand zu behalten. Insbesondere schlägt die extreme Rechte staatlich-private Partnerschaften im Gesundheits- und Bildungswesen durch ein Gutscheinsystem vor. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Einzelpersonen und Familien Gutscheine in privatwirtschaftlichen Einrichtungen nutzen könnten, wodurch sie die Kosten decken und die Unzulänglichkeiten des öffentlichen Sektors vermeiden könnten. Im Bildungsbereich steht der vorgeschlagene Familiengutschein in Zusammenhang mit dem Kampf der extremen Rechten dafür, die Wahlfreiheit von Familien hinsichtlich der Erziehung ihrer Nachkommen sicherzustellen. Die PNR glaubt, dass der Staat nur einen Minimallehrplan bereitstellen sollte, der für alle portugiesischen Schüler gleich ist, und es den Familien überlassen bleiben sollte, die Details der Schulbildung zu bestimmen. Die Wahlfreiheit für Familien würde sich vor allem auf sensible Fragen wie die Sexualerziehung beziehen, die nach Ansicht der PNR in öffentlichen Schulen freiwillig und nicht verpflichtend sein sollte. Die positive Meinung der PNR über Privatschulen, insbesondere über katholische, rührt von ihrer Überzeugung her, das staatliche Bildungssystem im demokratischen

Portugal sei der Ort, an dem die Linke derzeit mithilfe von Propaganda und Indoktrination die Herzen und den Geist junger Leute für sich gewinnt.

Hinsichtlich der Frage der Tragfähigkeit des Wohlfahrtsstaates konzentriert sich die PNR im Allgemeinen vorzugsweise auf die demographische Entwicklung und das Problem der Alterung, weshalb mehr staatliche Förderung für portugiesische Familien und Kürzungen der Hilfe für Einwanderer erforderlich seien. Sie lehnt die von der Regierungskoalition und der extremen Linken vertretene Vorstellung ab, dass die Einwanderung ein Mittel zur Finanzierung des Wohlfahrtssystems darstelle. Auch in diesem Fall widerspricht der staatliche Interventionismus, dem die PNR das Wort redet, in gewissem Maße der Forderung der Partei nach mehr Aufsicht der Steuerbehörden über Sozialleistungen in Verbindung mit Leistungskürzungen und Kürzungen des Programms für ein garantiertes Mindesteinkommen, von denen die extreme Rechte glaubt, dass sie Empfänger häufig in „Wohlfahrtsparasiten“ verwandeln würden.

5. Das Abschneiden der PNR bei Wahlen

Was das Abschneiden bei Wahlen betrifft, demonstrieren die von der PNR während der ersten Dekade ihres Bestehens verzeichneten Resultate, welche marginale Rolle die extreme Rechte auf der politischen Bühne Portugals spielt. Bei ihrem Debüt bei den Parlamentswahlen 2002 erzielte die PNR bedeutungslose 0,09 %, was 4 712 Stimmen entspricht. Bei den darauffolgenden Parlamentswahlen 2005 verdoppelte die Partei ihren Stimmenanteil auf 9 347 (0,16 %). 2009 gab es einen weiteren leichten Anstieg bei den Parlamentswahlen auf 11 628 Stimmen (0,20 %), und dieser Trend setzte sich 2011 fort, als die PNR 17 548 Stimmen bekam (was 0,31 % entspricht).

Bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 erhielt die PNR 8 405 Stimmen (0,25 %), mit einem leichten Zuwachs 2009: 13 214 Stimmen (0,37 %). Auf lokaler Ebene veränderte sich der Stimmenanteil der PNR



Parlamentswahlen in Portugal 2011

bei Kommunalwahlen nicht. Sie schufen für die Partei nicht einmal eine ausreichende Basis, um eine weiterreichende Präsenz in ganz Portugal aufzubauen.

Obwohl die PNR ihren Stimmenanteil über die vergangenen drei Wahlen fast verdoppelt hat, kommt ihre marginale Position deutlich zum Vorschein, wenn man die absoluten Werte dieses Abschneidens mit denen der gemäßigten Rechten im selben Zeitraum oder mit denen der extremen Rechten aus den späten 1970er Jahren und den 1980er Jahren vergleicht. Im ersten Fall erhielt die PNR 2011 fast 18 000 Stimmen, was der Unterstützung für die CDS-PP, jetzt Teil der Regierungskoalition, entgegensteht, die ihren Anteil zwischen 2005 und 2011 von 400 000 Stimmen (7 %) auf 600 000 Stimmen (11 %) steigern konnte. Im zweiten Fall erhielt die *Partido da Democracia Cristã* (PDC) bei den sechs Parlamentswahlen, an denen sie zwischen 1976 und 1987 teilnahm, im Durchschnitt 40 000 Stimmen. Anders ausgedrückt, ist das beste Ergebnis, das die PNR bislang je erzielen konnte (17 548 Stimmen), immer noch niedriger als das schlechteste Ergebnis der PDC (mit 29 874 Stimmen 1976) und

entspricht grob einem Drittel des besten Resultats der PDC im Jahr 1979 (mit 72 514 Stimmen). Dieser Vergleich ist wichtig für die Einschätzung der Herausforderung, die die extreme Rechte für die portugiesische Demokratie seit ihrer Einrichtung darstellt.

Die PNR rückt ihr Abschneiden weiterhin in ein positives Licht und stellt es als einen langsamen, aber unaufhaltsamen Marsch hin zum Erreichen der ersehnten Vertretung im Parlament dar. Während der vergangenen Jahre hat sich die Partei daher darauf konzentriert, ihr öffentliches Image zu festigen und ihre Reichweite auf einen größeren Teil des Landes auszuweiten, um das Protestwählerpotential anzuziehen, das in der zunehmend niedrigen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommt (41 % der Wahlberechtigten blieben den jüngsten Parlamentswahlen 2011 fern). Während der vergangenen Monate hat die Partei einen Diskurs der „nationalen Opposition“ entwickelt, der jetzt die Globalisierung als Erzfeind betrachtet, in Portugal personifiziert durch die internationale Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission und deren nationale „Handlanger“ – und das sind sämtliche Parteien des parlamentarischen Spektrums.

6. Schlussfolgerungen

Die akademische Literatur zur extremen Rechten im heutigen Europa zählt Portugal zu den Ländern, in denen dieses Phänomen relativ schwach oder nicht im eigentlichen Sinne existent ist. Das wird oft als Ergebnis der Erfahrungen des Landes mit rechtem Autoritarismus in der jüngeren Vergangenheit erklärt – wie es auch in anderen Ländern in Südeuropa wie Griechenland und Spanien der Fall ist (bzw. in Griechenland der Fall war) – von denen man annimmt, sie hätten Portugal gegen ein erneutes Auftreten einer bedeutenden rechtsextremen Präsenz immunisiert. Diese Analyse, die eine marginalisierte extreme Rechte identifiziert, die immer noch mit einer autoritären politischen Kultur in Verbindung steht, wird im Wesentlichen von der politischen Erfahrung der PNR bestätigt, trotz der Erneuerung der Partei seit 2005 und ihres ethnonationalistischen Bruchs mit dem Mythos eines europäisch-afrikanischen Portugals.

Die Kampagnen im Zuge nationaler und europäischer Parlamentswahlen, bei denen die Partei während der vergangenen sieben Jahre Kandidaten aufstellte, zeigen den Versuch der PNR, aus ihrer Randposition auszubrechen, indem sie Themen und Strategien integrierte, die europaweit typisch für Parteien der neuen extremen Rechten sind. Dazu gehören die Aneignung einer populistischen Sprache voller Begriffe von Identitätspolitik und Protest, ein elitenfeindlicher Standpunkt mit der Forderung nach direkter Demokratie, ein gewisses Maß an Wirtschaftsliberalismus bei der Verteidigung nationalen Kapitals gegen die globale Hochfinanz, die Verurteilung der „Partitokratie“, nationaler Chauvinismus gegenüber dem Wohlfahrtsstaat, Europafeindlichkeit und Islamfeindlichkeit. Der PNR ist es jedoch nicht gelungen, ihre Politik zu personalisieren. Der portugiesischen extremen Rechten fehlt ein charismatischer Führer von der Art, die den Aufstieg populistischer Gruppen andernorts in Europa erleichtert hat. Anfängliche Versuche, José Pinto Coelho zum offiziellen Gesicht der Partei zu machen, konnten die Massenmedien und die öffentliche Meinung kaum beeindrucken und funktionierten nicht einmal bei den verschiedenen kleinen Gruppen, aus denen sich die portugiesische extreme Rechte zusammensetzt. Anstatt sich hinter Coelho als charismatischem Führer zu versammeln, nutzten diese Gruppen seine Schwäche aus, die sie als Rechtfertigung für die fortbestehende Fragmentierung der radikalen Rechten benutzten, die eher auf persönlichen Differenzen beruht, als auf ideologischen, programmatischen oder strategischen. Das jüngste Beispiel ist die Spaltung innerhalb der PNR, aus der im Juni 2010 die kurzlebige *Movimento de Oposição Nacional* (Bewegung der nationalen Opposition/MON) hervorging.

Im Gegensatz zu anderen populistischen Gruppen, die als Protestparteien entstanden und sich zu (z.B. islamfeindlichen und immigrationsfeindlichen) Identitätsparteien weiterentwickelten, liegen die Ursprünge der PNR in der Fremdenfeindlichkeit, die dem radikalen portugiesischen Aktivismus während der vergangenen 25 Jahre Nahrung gegeben hat. Während des größten Teils dieser Zeit drehte sich ihr politisches Manifest um den ethno-nationalistischen Kampf. Erst während der vergangenen zwei Jahre hat die Partei ihren eigenen politischen Diskurs verändert, teilweise

als Reaktion auf ihre dürrtigen Wahlergebnisse, und hat ihr Augenmerk in höherem Maße auf die ernste Wirtschaftskrise gerichtet, die das Land durchlebt, begleitet von der Diskreditierung der politischen Klasse, einem Zunehmen gesellschaftlicher Konflikte und ausgeprägten Beschränkungen der nationalen Souveränität aufgrund der Interventionen der Troika. Obwohl dies ein potentiell günstiger Zeitpunkt für systemfeindliche Parteien ist, geht der Einfluss der größer werdenden Wellen öffentlicher Unzufriedenheit in Portugal bislang nicht über öffentliche Demonstrationen hinaus. Trotz des Umfangs dieser Proteste sind aus ihnen noch keine neuen systemfeindlichen Parteien hervorgegangen, und sie haben auch nicht zu mehr Unterstützung für traditionelle Oppositionsparteien geführt, insbesondere des *Bloco de Esquerda* und der *Partido Comunista Português*. Daher überrascht es nicht, dass die extreme Rechte bis heute nicht einmal einen minimalen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen verzeichnen kann. Des Weiteren war die extreme Rechte während der vergangenen zwei Jahre äußerst schwerfällig, was die Mobilisierung von Unterstützung betrifft. Die traditionell am 10. Juni und am 1. Dezember organisierten Demonstrationen, die historische, offizielle Jahrestage markieren, denen eine Schlüsselrolle für die portugiesische nationale Identität zukommt, haben nur wenige Dutzend Menschen angezogen. Sogar der rechtsextreme Block, der bei den großen, gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen 2012 organisiert wurde, zog nur spärliche Unterstützung auf sich.

Welche Erklärungen sind für die Schwäche der extremen Rechten in Portugal zu finden? Warum wird die PNR in absehbarer Zukunft wahrscheinlich eine Randpartei mit unsicheren Aussichten bleiben, obwohl es ein wachsendes Reservoir an politisch desillusionierten Bürgern gibt, die sich potentiell von populistischer Rhetorik beeinflussen ließen? Die Gründe für dieses Scheitern liegen sowohl innerhalb als auch außerhalb der PNR. Der wichtigste interne Faktor für den begrenzten Erfolg der extremen Rechten in Portugal liegt zweifellos in einer Führungskrise, da die aktuellen Führer nicht in der Lage sind, den radikalen Rand um ein gemeinsames politisches Projekt zu versammeln, der Partei im gesamten Land eine klare Struktur zu geben oder auch nur lokale Kader profes-

sioneller zu machen, was unerlässlich ist, wenn eine Partei auf ein Minimum an lokalem Wahlerfolg hofft. Ganz im Gegenteil benehmen sich die sichtbarsten PNR-Führer wie Amateure und kümmern sich nur wenig um die sich entwickelnden Strategien für die Verbesserung der Kommunikation mit der Öffentlichkeit und für die Profilierung bei Wahlen. Die PNR ist an der Basis kaum vertreten, obwohl hier engere Kontakte zwischen Partei und Bürgern in Kombination mit einem Bemühen darum, Probleme zu unterstreichen, die Schlüsselthemen der PNR (wie Sicherheit und Einwanderung) reflektieren, unter Umständen gewisse Erfolge bei Kommunalwahlen bringen könnten. Das wiederum könnte als Ausgangspunkt für eine institutionelle Einbindung dienen, während es Parteikader auch in die Lage versetzen würde, professioneller zu werden. Da die PNR nicht wirklich in allen Ecken des Landes vertreten ist, sehen die Wahlberechtigten die Partei weiterhin durch den Filter der Massenmedien, die sie als extremistische Gruppe mit Nostalgie gegenüber dem früheren autoritären Regime und in der Nähe des Schlagzeilen machenden fanatischen Randes zeigen.

Zusätzlich sollte man aus organisatorischer Sicht nicht außer Acht lassen, dass die Existenz einer einzigen rechtsextremen Partei anstelle der Vielzahl radikaler Gruppen, die in den Anfangsjahren der Demokratie aktiv waren, nicht bedeutet, dass es am nationalistischen Ende des politischen Spektrums mehr Geschlossenheit; vielmehr lässt dies darauf schließen, in welchem Maße die extreme Rechte verkümmert ist, da sie sowohl Mitglieder als auch intellektuelle Kapazitäten verloren hat. Diese Schwäche im personellen Bereich war zugleich Ursache und Wirkung sowohl sinkender Wähler- und Aktivistenzahlen als auch eines abnehmenden Dialog- und Auseinandersetzungspotentials mit der gemäßigten Rechten. Während der Jahre des Übergangs versuchte die radikale Rechte, dieses Potential anzupapfen, wenn auch mit dürftigen Ergebnissen, doch die PNR hat sich im Gegensatz dazu niemals darum bemüht, solche Kontakte zu entwickeln.

Während die entscheidenden internen Faktoren für die Unbeweglichkeit der portugiesischen extremen Rechten ihre uncharismatische, unprofes-

sionelle Führung, ihre Unfähigkeit, ein stabiles Bündnis der radikalen Kräfte zu schmieden, und ihre begrenzte Präsenz an der Basis sind, liegt der bedeutendste externe Faktor in der Konkurrenz, der sie sich seitens der gemäßigten Rechten gegenüber sieht. Der CDS-PP gelingt es, ihren eigenen politischen Diskurs anzupassen, indem sie sensible Themen aufgreift, die von der extremen Rechten angesprochen werden, und so ein Abwandern ihrer radikalsten Wähler zu verhindern (obwohl vorhandene Untersuchungen keine klaren Hinweise darauf geben, wie groß dieser extremere Rand genau sein könnte). Vor diesem Hintergrund ist das politische Programm der PNR nicht geeignet, um mit dem der CDS-PP zu konkurrieren. In sogenannten „Wertefragen“ (wie Patriotismus, Drogen, Abtreibung, Homosexualität und Verteidigung der Kernfamilie) nimmt die PNR dieselben Positionen ein, die von ihrem gemäßigten Konkurrenten wesentlich effektiver vertreten werden. Beim Thema Europa ist es der CDS-PP gelungen, die Europafeindlichkeit der 1990er Jahre abzuschütteln, die nicht zu der generell europafreundlichen Stimmung des Großteils der portugiesischen Öffentlichkeit passen wollte. Sie hat den realistischen Standpunkt eingenommen, nationale Interessen innerhalb des europäischen institutionellen Rahmens zu verteidigen, ein attraktiveres Angebot für konservative Wähler als der von der extremen Rechten vertretene Isolationismus. Hinsichtlich der Immigration schaffte es die CDS-PP, einen legalistischen politischen Diskurs ganz ohne rassistische Untertöne zu formulieren, der besser auf die allgemeine Stimmung in Portugal abgestimmt ist. Mit Sicherheit gibt es Nester latenter Fremdenfeindlichkeit in Portugal, doch es hat sich für Parteien als schwierig erwiesen, sie durch bloßes Anschlagen eines ethnozentrischen Tons für sich zu nutzen. Zusätzlich hat diese Art von Sprache außerhalb der beiden Ballungsräume Lissabon und Porto, wo von der Zahl und den Begleiterscheinungen her Migration keine so große Rolle spielt wie in diesen städtischen Gebieten, nur wenig Einfluss.

Sogar antiliberalen Themen, die den größten Unterschied zwischen dem Programm der PNR und dem der CDS-PP ausmachen, dienen nicht als starker Anziehungspunkt für systemfeindliche Wähler. Das liegt größten-

teils daran, dass diese Themen von zwei Parteien aus dem linksradikalen globalisierungskritischen Lager, der PCP und der BE, monopolisiert werden. Beide Parteien sind im Parlament vertreten und in sozialen Bewegungen verwurzelt, die sie gehaltvoller und sichtbarer machen als die PNR. In diesem Sinne hat der globalisierungsfeindliche Kurs der PNR im Gegensatz zu dem der PCP und der BE nicht den geringsten Einfluss auf die Stimmung des antiliberalen Protests, der in der öffentlichen Meinung Portugals immer mehr vorherrscht.

Unabhängig davon, wie sich der Populismus als politisches Phänomen in Portugal entwickelt, wird die derzeitige extreme Rechte in Form der PNR und gleichgesinnter kleiner Gruppen in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach keine bedeutenden Wahlerfolge erzielen. Ein Anstieg ihrer Mitgliederzahlen oder Aktivitäten ist ebenso unwahrscheinlich. So wie sie von anderen konservativen Kräften an den Rand gedrängt wird, dürfte der Einfluss der extremen Rechten auf die Ausgestaltung der aktuellen portugiesischen Politik auch weiterhin marginal bleiben.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Kenneth, Maxwell (1995): *The making of portuguese democracy*. New York, Cambridge University Press.
- Marchi, Riccardo (2012): „The Portuguese Radical Right in the Democratic Period“ In: Andrea Mammone, Emmanuel Godin, Brian Jenkins (Hg.): *Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe. From Local to Transnational*. London, Routledge, S. 150–172.
- Marchi, Riccardo (2010): „At the Roots of the New Right-Wing Extremism in Portugal: The National Action Movement (1985–1991)“. *Totalitarian Movements and Political Religions*, 11 (1), S. 47–66.
- Pereira, Cícero, VALA, Jorge (2012): „Racism: an evolving virus“. In: Francisco Bethencourt, Adrian J. Pearce (Hg.): *Racism and ethnic relations in the portuguese-speaking world*. New York, Oxford University Press, S. 49–70.
- Pinto, António Costa (2008): „Political Purges and State Crisis in Portugal's Transition to Democracy (1975-1976)“. *Journal of Contemporary History*, 43 (2), S. 305–332.
- Pinto, António Costa (1998): „Dealing with the legacy of authoritarianism: political purges in Portugal's transition to democracy (1974–76)“. In: Stein U. Larsen et al. (Hg.): *Modern Europe after Fascism, 1945–1980's*. New York, SSM-CUP, S. 1679–1717.
- Pinto, António Costa (1995): „The radical right in contemporary Portugal“. In: Luciano Cheles, Ronnie Ferguson, Michalina Vaughan: *The far right in Western and Eastern Europe*. London, Longman, S. 109–128.
- Santos, Tiago et al. (2009): *Research survey on migrants: experiences of racism and discrimination in Portugal*. Porto Salvo, Numea.
- Sobral, José Manuel (2008): „Race and Space in the Interpretations of Portugal: The North-South Division and Representations of Portuguese National Identity in the Nineteenth and Twentieth Centuries“. In: Sharon Roseman und Shawn Parkhurst (Hg.): *Recasting Culture and Space in Iberian Contexts*. Albany, SUNY Press, S. 205–224.
- Zúquete, José Pedro (2012): „Between Land and Sea: Portugal's Two Nationalisms in the Twenty-first Century“. In: Paul Christopher Manuel, Alynna Lyon, Clyde Wilcox (Hg.): *Religion and Politics in a Global Society: Comparative Perspectives from the Portuguese-Speaking World*. Lanham, Lexington Books, S. 205–226.
- Zúquete, José Pedro (2007): „Portugal: A New Look at the Extreme-Right“. *Representation*, 43 (3), S. 179–198.

Radikaler Nationalismus in Polen: Von der Theorie zur Praxis

Rafał Pankowski und Marcin Kormak

Nach der klassischen Formulierung von Ernest Gellner ist „die Organisation menschlicher Gruppen in Form von großen, zentral erzogenen, kulturell homogenen Einheiten“¹. In der Praxis hat sich das nationalistische Prinzip in Polen (und in der breiter gefassten Region Ostmitteleuropa) meist als Ethnonationalismus geäußert, bei dem die ethnischen Bande einer gemeinsamen Abstammung anderen Zugehörigkeiten gegenüber Priorität haben.

Zur extremen Rechten in Polen gehören radikal nationalistische Gruppen, die an einer stark antipluralistischen, homogenen Vorstellung der nationalen Gemeinschaft festhalten und grundlegende demokratische Werte ablehnen. Rechtsextreme Politik wird häufig von Gewalt begleitet, entweder direkt oder implizit. Das „Braune Buch“, das von dem Verein „Nie wieder“ herausgegeben wurde, dokumentiert mehr als 600 Fälle von Hassverbrechen und Hassreden im Zeitraum 2011–2012. In Polen gehört die Mehrheit der Opfer rechtsextremistischer Gewalt nicht ethnischen Minderheiten an, sondern setzt sich aus politischen Gegnern, Homosexuellen, Mitgliedern kleinerer Religionsgemeinschaften und vergleichbaren Personengruppen zusammen.

Nationalistische Ideologie basiert hier häufig auf der Überzeugung, dass „Polen katholisch sind“, und der damit einhergehenden Annahme, Mitglieder ethnischer oder religiöser Minderheiten könnten nicht wahrhaft „polnisch“ sein. Der Gründungsvater des modernen polnischen Nationa-

1 Ibid., S. 35

lismus, Roman Dmowski, argumentierte 1927 in seinem Buch „Die Kirche, die Nation und der Staat“: „Katholizismus ist keine Ergänzung zum Polentum, die es gewissermaßen farblich unterlegt, sondern vielmehr Teil seines Wesens; in hohem Maße definiert er sein Wesen. Jeder Versuch, den Katholizismus vom Polentum zu trennen, die Nation von der Religion und von der Kirche zu trennen, droht das ureigene Wesen der Nation zu zerstören.“² Dmowskis Nationaldemokraten (oder die „Endeks“, wie sie genannt wurden) entwickelten sich als Bewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Sie strebten danach, gesellschaftliche Umwälzungen zu verhindern, während sie nationalpolitische Prioritäten neu definierten. Nach Ansicht der Endeks musste das Polentum nach strikt ethnischen Gesichtspunkten definiert werden, und so stellten sie sich nicht nur gegen die Besatzungsmächte Deutschland und Russland, sondern auch gegen andere Gruppen, beispielsweise Juden. Allmählich entwickelte sich der Antisemitismus zu einem wesentlichen Teil der Kernbotschaft der nationalistischen Bewegung. Dmowski schrieb unter anderem: „Der Kampf gegen die Hindernisse, die der polnischen Frage durch die Juden in den Weg gelegt worden waren, wurde künftig zur schwierigsten Aufgabe der polnischen Politik.“³

Trotz der Tatsache, dass die Nationaldemokraten nicht an der Macht waren, erlangten Dmowskis Vorstellungen von Nation und Kirche bis Ende der 1930er Jahre unter Polen im Allgemeinen und Studenten im Besonderen praktisch eine Vormachtstellung. Wie Szymon Rudnicki es formulierte: „Der allgemeine Erfolg der nationalistischen Bewegung hatte der Indoktrinierung eines bedeutenden Teils der Gesellschaft im Sinne des Stereotyps des „polnischen Katholiken“ sowie des extremen Nationalismus und Antisemitismus einiges zu verdanken: drei Elemente, die sich zu einer spezifischen Mentalität verfestigten.“⁴

2 Roman Dmowski: *Kościół, naród i państwo* (Warschau, 1927)

3 Roman Dmowski: „The Jews and the War“, in: Richard S. Levy: *Antisemitism in the Modern World: An Anthology of Texts* (Lexington, Massachusetts, und Toronto: DC Heath und Company, 1991), S. 188–189

4 Szymon Rudnicki: *Obóz Narodowo-Radykalny. Geneza i działalność* (Warschau: Czytelnik, 1985), S. 333

Die Bewunderung der Nationaldemokraten für die Nazis war aufgrund ihrer tief verwurzelten antideutschen Haltung begrenzt. Die politische Führung der Endek-Bewegung duldete den von den Nazis begangenen Genozid zu keinem Zeitpunkt. Dennoch kann argumentiert werden, dass die Endeks – durch ihre antisemitischen Kampagnen in den 1920er und 1930er Jahren – zu einem gesellschaftlichen Klima der Judenfeindlichkeit beitrugen.

Die nationalradikale Tradition der polnischen extremen Rechten, die Mitte der 1930er Jahre zu einer Spaltung innerhalb der Endek-Bewegung führte, kann als polnisches Äquivalent zum europäischen Faschismus betrachtet werden. Direkt durch das italienische und das deutsche Modell Mitte der 1930er Jahre inspiriert, hat sie bis weit ins 21. Jahrhundert hinein überlebt und dient heute als Leitstern für aktuelle rechtsextreme Bewegungen. Das gewalttätige Nationalradikale Lager (Oboz Narodowo-Radykalny oder ONR) wurde von der polnischen Regierung kurz nach seiner Gründung 1934 verboten, doch obwohl dieses Verbot bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Kraft blieb, setzten ONR-Gruppen ihre Tätigkeiten bis in die späten 1930er Jahre hinein faktisch halblegal fort. Es ist bemerkenswert, dass trotz des Reizes der Nazi-Ideologie nur eine Minderheit der nationalradikalen Aktivisten während des Zweiten Weltkriegs mit den Deutschen kollaborierte; viele von ihnen schlossen sich Gruppen im Untergrund an, die gegen die Besatzung kämpften.

Nach dem Krieg erhielt der Führer einer unter dem Namen „Falanga“ bekannten ONR-Splittergruppe, Boleslaw Piasecki, die Erlaubnis, die Gruppe unter dem Etikett „Pax“ wieder aufzubauen. 1952 wurde Pax offiziell registriert und zog mit seiner nationalistischen, katholischen und sozialistischen Rhetorik ehemalige Mitglieder der ONR an. Pax war bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen legal tätig, betrieb einen eigenen Verlag und war im Parlament vertreten.

Das kommunistische System bewahrte das ethno-nationalistische Prinzip im rechtlichen und politischen Rahmen eines jeden Landes in seinem Einflussbereich. In ganz Osteuropa versah die institutionelle kommunistische

tische Praxis jedes Gebiet und sogar jedes Individuum mit einer ethnisch-nationalen Essenz, ethnische Homogenität galt als positiv. Diese Maßnahmen schufen eine Atmosphäre allgemeiner Einschüchterung, die in der erzwungenen Emigration von ca. 15 000 bis 20 000 Juden aus Polen in den Jahren 1968 und 1969 ihren Höhepunkt fand. Hierbei handelt es sich keineswegs um einen alleinstehenden Vorfall, sondern um ein Element „der langfristigen Strategie der polnischen Kommunisten auf der Suche nach nationalistischer Legitimation.“⁵ Der judenfeindliche und nationalistische Diskurs, den die kommunistischen Behörden initiierten, war zu einem bleibenden Merkmal des politischen Lebens in Polen geworden, das später bei der nationalistischen und populistischen extremen Rechten Nachhall finden sollte.

Nach 1989 arbeiteten nationale und ethnische Minderheiten häufig mit finanzieller Unterstützung des Staates daran, ihre Kulturen und Traditionen wiederzubeleben. Doch wie Michael Fleming argumentiert, „ist die Marginalisierung von Minderheiten nach wie vor gegeben, trotz der Einführung des neuen Systems von Minderheitenrechten, des Beitritts Polens zur Europäischen Union und der Verabschiedung eines Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten.“⁶

Die sozialen und wirtschaftlichen Missstände, die aus dem Übergang zum Kapitalismus resultierten, wurden nur selten in linken oder progressiven Begriffen formuliert. Vielmehr wird sich häufig auf einen nationalistischen und populistischen Diskurs berufen. 2008 bemerkte Naomi Klein: „Wenn die Linke nicht versuchte, die Stimmen der sozial Ausgegrenzten in Polen zu gewinnen, so tat es die extreme Rechte.“⁷ Laut Jacek Kuron, einem führenden Politiker, der an der Ausgestaltung des polnischen

5 Jan Skórzyński: *Od Solidarności do wolności* (Warschau: Trio, 2005), S. 195.

6 Michael Fleming: „The Political Economy of Marginalization: The Belorussian minority in Podlaskie“, in: *Annus Albaruthenicus* (2008), S. 45.

7 Naomi Klein: „Dlaczego wierzyicie neoliberalom?“, in: *Gazeta Wyborcza*, 29. November 2008, erhältlich online unter <http://wyborcza.pl/1,76498,6004534,Dlaczego_wierzycie_neoliberalom_.html> (letzter Zugriff am 30. November 2008).

Übergangs mitwirkte, dem Ergebnis aber zunehmend kritisch gegenüberstand, hatte „der Schock zu einer Rebellion geführt. Vielleicht war diese Rebellion größtenteils irrational. Vielleicht war sie absurd und sogar dysfunktional aus der Perspektive derjenigen, die rebellierten.“⁸ „Unglückliche Menschen“ fielen politischer Manipulation zum Opfer; „ihr Unglück wurde von jemandem politisch interpretiert, ihre Frustration wurde politisch erklärt, ihre Aggressivität wurde politisch kanalisiert.“⁹ David Ost merkt an: „Hassgefühle waren eine Möglichkeit, wirtschaftliche Probleme zu erklären.“¹⁰ Von ebenso großer Bedeutung war jedoch die Weiterentwicklung der nationalistischen Kultur, die soziale Wut in Richtung nationalistischer Diskurse lenkte.

Politisch gesehen blieb die polnische extreme Rechte bis zu den frühen 2000er Jahren fast völlig bedeutungslos. Bis dahin hatte sie jedoch ansehnliche kulturelle Basen geschaffen, Nischen sozialer Legitimität, auf denen politische Organisationen aufbauen konnten. Diese kulturellen Ressourcen erwiesen sich für die extreme Rechte als höchst hilfreich bei dem Versuch, um die Mitte des Jahrzehnts Zugang zum politischen Mainstream zu finden.

Die radikalen nationalistischen Gruppen, die nach 1989 entstanden, haben viel gemeinsam. Erstens teilen sie die Vision einer nationalen Erneuerung, die sich auf die Reinigung von allen „fremden“ Einflüssen stützt, insbesondere von jüdischen. Zweitens stehen sie sowohl dem Kommunismus als auch dem liberalen Kapitalismus, den sie mit Judentum und Freimaurerei identifizieren, ablehnend gegenüber. Drittens ist ihre zentrale politische Kategorie „die Nation, verstanden als eine unveränderliche und ewige Einheit“; sie betrachten die Nation „als die

8 Jacek Kuroń und Jacek Żakowski: *Siedmiolatka czyli kto ukradła Polskę?* (Wrocław: Wydawnictwo Dolnośląskie, 1997), S. 79.

9 Ibid., S. 16–17

10 David Ost: „The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational“, in: Sabrina P. Ramet (Hg.): *The Radical Right in Central and Eastern Europe Since 1989* (University Park: Pennsylvania State University Press, 1999), S. 88.

optimale Form von Gemeinschaft, die daher dem Individuum weitreichende Verpflichtungen auferlegt.“¹¹ Schließlich eint sie eine heftige Ablehnung von Pluralismus und demokratischen Werten.

Die Anzahl der Juden in Polen ist heute sehr gering und wird auf ca. 10 000 geschätzt. Nichtsdestotrotz spielt der Antisemitismus im heutigen rechtsextremen Diskurs in Polen noch immer eine wichtige Rolle. Ireneusz Krzemiński merkt an, dass „seit 1992 gesellschaftliche Zentren aufgetaucht sind, die solche Einstellungen stärken und bewahren können – zum Beispiel Radio Maryja, bekannt für die öffentliche Unterstützung ausgesprochen antisemitischer Ansichten und Meinungen.“¹² David Ost meint: „In Polen war der Hass erster Wahl für die radikale Rechte der Hass gegen Juden.“ Antisemitismus kann gesehen werden als „Angriff auf das Universelle (also die Demokratie) durch einen Angriff auf etwas Spezifisches (eine ethnische Gruppe)“, und die relative Abwesenheit tatsächlicher Juden scheint für diese Art von Sündenbock-Denken kein Hindernis darzustellen. Mit den Worten von Konstanty Gebert: „Antisemitismus muss ohne Juden nicht notwendigerweise verschwinden. Er kann sich auch verfestigen und dauerhaft werden – und genau das ist in Polen geschehen.“¹³

In der Zeit von 2001 bis 2007 war die nationalistische extreme Rechte im Parlament durch die *Liga polnischer Familien* (Liga Polskich Rodzin oder LPR) vertreten, die 2001 8,4% und 2005 7,97% der Stimmen erhielt. 2006 bis 2007 bildete die LPR eine Koalitionsregierung mit der populistischen *Selbstverteidigungspartei* und der nationalkonservativen *Gesetzes- und Gerechtigkeitspartei* (Prawo i Sprawiedliwość oder PiS). Die Regierung bediente sich einer kompromisslosen nationalistischen Sprache, während Radio Maryja, geführt von Pater Tadeusz Rydzyk, der Koalition ihren

11 Czesław Maj und Ewa Maj, *Narodowe ugrupowania polityczne w Polsce 1989–2001* (Lublin: Wydawnictwo Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej, 2007), S. 272.

12 Ireneusz Krzemiński: „O Żydach i antysemityzmie po 10 latach“, in: Ireneusz Krzemiński (Hg.): *Antysemityzm w Polsce i na Ukrainie. Raport z badań* (Warschau: Wydawnictwo Naukowe Scholar, 2004), S. 33.

13 Konstanty Gebert: *Living in the Land of Ashes* (Krakau-Budapest: Austeria, 2008), S. 82.

wichtigsten symbolischen Rahmen lieferte. Der Parteichef der LPR, Roman Giertych, hatte den Posten des Erziehungsministers inne, und es war insbesondere seine umstrittene Politik, die zu einer Protestwelle der Zivilgesellschaft führte. Bei den Wahlen im Herbst 2007 konnte Giertychs Partei gerade eben 1,3 % der Stimmen für sich verzeichnen. Seitdem hat die extreme Rechte ihren parlamentarischen Vorposten verloren.

Der PiS ist es gelungen, politisches Terrain zu erobern, das von der LPR besetzt war, und sie hat die LPR als Hauptverfechter rechtsgerichteter Ansichten ersetzt. Seit 2007 ist sie die größte Oppositionspartei. Laut Aleksander Smolar ist die „Vorstellung des Staates [der die Führung der PiS anhängt] hierarchisch [und dreht sich um] die Nation, Gemeinschaft, Patriotismus, traditionell interpretierte Werte, staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Solidarität.“¹⁴ Somit könnte die Ideologie der PiS als nationalkonservativer Populismus beschrieben werden. Die PiS absorbierte die rechtsextreme Welle durch ihre Berufung auf die illiberale Demokratie. Sowohl 2007 als auch 2011 wurden mehrere Aktivisten, die für ihre rechtsextremen Ansichten bekannt sind, über die Liste der PiS ins Parlament gewählt, und die PiS wiederum gewann einen großen Teil ihrer Unterstützer durch ihr strategisches Bündnis mit Radio Maryja. Die fremdenfeindliche und populistische Mentalität, für die Organisationen wie Radio Maryja stehen, wird allem Anschein nach in absehbarer Zukunft ein bedeutender Faktor der polnischen Politik bleiben.

Seit 2007 haben rechtsextreme Gruppen ihre Aktivitäten auf den Straßen neu ausgerichtet, und die Märsche zum Unabhängigkeitstag am 11. November 2011 und 2012 gaben ihnen eine besondere Gelegenheit, ihre neue Stärke und Präsenz in dieser Arena zu demonstrieren. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, einige Aspekte dieser wichtigen Ereignisse zu beschreiben, wobei Aussagen von Augenzeugen und andere Berichte als Informationsquelle dienen.

14 Kamil Durczok, Piotr Mucharski: *Krótki kurs IV RP* (Krakau: Znak, 2007), S. 30.

Am 11. November 2011 zettelten Teilnehmer des sogenannten Unabhängigkeitsmarsches, der in Warschau von der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska oder MW) und dem Nationalradikalen Lager (Obóz Narodowo-Radykalny oder ONR) organisiert wurde, Ausschreitungen auf den Straßen an, wobei sie Polizeibeamte angriffen und beträchtliche Sachschäden verursachten. Ca. 10 000 Menschen nahmen an der Demonstration teil, darunter rechtsextreme Hooligans, die Anhänger verschiedener polnischer Fußballvereine sind. Andere Teilnehmer waren Nationalisten aus Italien (*Forza Nuova*), Spanien (*Democracia Nacional*), Schweden (*Nordisk Ungdom*), Ungarn (*Jobbik*, *Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom*), Serbien (Srpski Narodni Pokret 1389), der Slowakei (Slovenské Hnutie Obrody), der Tschechischen Republik (Autonome Nationalisten), der Ukraine (UNA-UNSO), Weißrussland und Litauen (Autonome Nationalisten). Im Stadtzentrum versuchten radikale Nationalisten, antifaschistischen Demonstranten mit Gewalt entgegenzutreten. Marschierende Nationalisten warfen Steine, Mülleimer und Leuchtraketen auf die Polizei und schleuderten diverse Gegenstände gegen die russische Botschaft, während sie beleidigende Slogans skandierten. Auch Fahrzeuge von Medien, die über das Ereignis berichteten, wurden beschädigt. Eine Fernsehkamera zeichnete einen maskierten Mann auf, der einen Fotoreporter ins Gesicht schlug. Eine Gruppe maskierter Männer zerstörte einen Bus, der dem Fernsehsender TVN gehörte, und ein mobiles Fernsehstudio wurde in Brand gesteckt. Weitere beschädigte Medienfahrzeuge gehörten Polsat News, dem Polnischen Hörfunk und Superstacja TV. Während des Unabhängigkeitsmarsches skandierten die Teilnehmer „Ein ganzes Polen, ganz weiß“, „Roman Dmowski, Befreier Polens“, „Das Morgen gehört uns – den Nationalisten“ und „Nieder mit Brüssel“. Einige zeigten keltische Kreuze (ein internationales rassistisches Symbol für „White Power“), einige trugen Kleidung mit „Combat 18“-Logo und andere trugen ein Transparent mit dem Text „Wird Polen das neue Palästina?“ An diesem Tag nahm die Polizei 210 Personen fest, darunter 92 deutsche Staatsbürger (die an den Gegendemonstrationen teilnahmen!) sowie Staatsbürger Großbritanniens, Belgiens, Dänemarks, Spaniens und Ungarns. 29 Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert und 40 Polizeibeamte wurden verletzt. Beschädigt wurden 14 Polizei-

fahrzeuge sowie gepflasterte Bürgersteige, Bushaltestellen und willkürlich attackierte Fahrzeuge. Am Abend des 11. November verurteilte Präsident Bronisław Komorowski die Ausschreitungen und warf die Frage der Notwendigkeit von Gesetzesänderungen hinsichtlich der Sicherheit öffentlicher Versammlungen auf.

Zwei Tage später erhob die Staatsanwaltschaft Warschau Anklage gegen 46 Personen, die während des Unabhängigkeitsmarsches verhaftet worden waren, darunter 35 Personen, denen schwere Körperverletzung von Polizeibeamten zur Last gelegt wurde. Am 15. November verhaftete die Polizei den Mann, der den Fotoreporter angegriffen hatte. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei dem Täter um einen Fußballhooligan, der bereits im Mai 2011 bei Ausschreitungen nach dem Finale des polnischen Pokalwettbewerbs in Bydgoszcz festgenommen worden war.

Eine parallel stattfindende Demonstration in Wrocław – der „Marsch der Patrioten“ – wurde von der *Nationalen Wiedergeburt Polens* (Narodowe Odrodzenie Polski oder NOP) veranstaltet. Am 5. November war eine Einladung zur Teilnahme an diesem Marsch auf der Website von Dawid Jackiewicz, einem Parlamentsmitglied der Gesetzes- und Gerechtigkeitspartei (PiS), veröffentlicht worden. An dem Marsch nahmen Hooligans von Vereinen wie Śląsk Wrocław, Sparta Wrocław, Promień Żary, Miedź Legnica, Gryf Słupsk und Górnik Wałbrzych i Chrobry Głogów teil. Weitere Teilnehmer waren Nationalisten aus Spanien (*Vertreter der Movimiento Social Republicano*), Flandern (*Nieuw-Solidaristisch Alternatif*), Schweden (*Svenskarnas parti*), Italien (*Forza Nuova*), Irland und der Tschechischen Republik. Die radikalen Nationalisten bewarfen die Teilnehmer einer antifaschistischen Gegendemonstration mit Feuerwerkskörpern, Fackeln und Steinen. Sie griffen auch die Polizei an, die Tränengas und Schlagstöcke einsetzte. Währenddessen skandierten sie: „Nationalistisches Großpolen“, „Schlagt den roten Abschaum!“ und „Roman Dmowski – der Befreier Polens“. Die Hooligans von Śląsk Wrocław trugen ein im Stil des Logos von „Blood and Honour“ (einer internationalen Neonaziorganisation) gestaltetes Transparent und Fahnen mit keltischen Kreuzen, während NOP-Mitglieder ein Transparent hochhielten, auf dem die

Worte „Katholisches Großpolen“ zu lesen waren. Zur Feier ihres Parteijubiläums hielt die NOP am Tag nach dem Marsch einen Kongress unter dem Motto „30 Jahre Kampf“ ab. Rassistische und neofaschistische Führer aus vielen Ländern nahmen teil, darunter Roberto Fiore (*Führer der Forza Nuova*), Stefan Jacobsson (*Svenskarnas parti*), José Luis Vázquez (*Movimiento Social Republicano*), Kris Roman (*Nieuw-Solidaristisch Alternatief*) und Robert Lane (*Thought and Action*, aus Irland).

Ein Jahr später, am 11. November 2012, war Warschau der Schauplatz des sogenannten Unabhängigkeitsmarsches, der von der Allpolnischen Jugend (MW) und dem Nationalradikalen Lager (ONR) organisiert wurde. Zum Komitee des Unabhängigkeitsmarsches gehörten der notorisch antisemitische Vorsitzende der „Union polnischer Vereine in Lateinamerika“, Jan Kobylański, die rechtsgerichteten Journalisten Rafał Ziemkiewicz und Jan Pospieszalski, der römisch-katholische Bischof Antoni Dydyc und die Parlamentsabgeordneten der Gesetzes- und Gerechtigkeitspartei Prof. Krystyna Pałowicz, Artur Górski und Stanisław Pięta. Die Veranstaltung – die zu Zusammenstößen führte, bei denen 22 Polizeibeamte verletzt und 176 Personen festgenommen wurden – zog ca. 30 000 Teilnehmer an, darunter Mitglieder anderer rechtsextremer Organisationen aus Polen und Mitglieder der ungarischen neofaschistischen Partei *Jobbik* (Bewegung für ein besseres Ungarn) sowie Fußballhooligans von Legia Warszawa, Jagiellonia Białystok, Wisła Płock, Lech Poznań, Resovia Rzeszów, Lechia Gdańsk und Zagłębie Sosnowiec. Mehrfach kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, die Pfeffer-spray- und Wasserwerfer einsetzte. Nationalisten skandierten „Schlagt den roten Abschaum!“, „Polen den Polen, Ausländer raus!“, „Lvov und Vilnius, wir erinnern uns!“, „Weder rot noch Regenbogen, sondern national“ und „Polen den Polen, nicht den Linken“. Sie trugen Transparente mit keltischen Kreuzen und der Phalanx, einem Symbol, das von faschistischen Organisationen der Zwischenkriegszeit benutzt wurde. Bei einer Kundgebung, die am Ende des Marsches im Agrykola-Park stattfand, rief der Führer der Allpolnischen Jugend, Robert Winnicki, zu einem „Sturz der Republik“ auf und erklärte: „Wir wollen eine Macht errichten,



Rechte Proteste gegen die Schwulen- und Lesbenparade EuroPride 2010 am 17. Juli 2010 in Warschau.

vor der Linke, Liberale und Schwule Angst haben. Wir wollen die Macht der polnischen Nation errichten.“ Der Führer des Nationalradikalen Lagers Przemysław Holocher sagte, diejenigen, die derzeit an der Macht sind, würden für all ihre Taten Verantwortung übernehmen müssen und hätten keine Vergebung zu erwarten, worauf die Menge mit dem Ruf „Hängt sie!“ reagierte. Nationalisten erklärten ihre Absicht, die sogenannte Nationale Bewegung (nach dem Modell der ungarischen *Jobbik*) zu gründen und Mitglieder für die „Unabhängigkeitsgarde“ zu rekrutieren (Schlägertruppen nach dem Vorbild der „Ungarischen Garde“, einer von *Jobbik* gegründeten paramilitärischen Organisation, deren Mitglieder schwarze Uniformen tragen, die mit denen der ungarischen Nazis im Zweiten Weltkrieg identisch sind).

Fußballhooligans, die am Unabhängigkeitsmarsch teilnahmen, verprügelten einen Kameramann des polnischen Fernsehens und beschädigten seine Kamera. Er sagte aus: „Ich sah, dass die Hooligans einen jungen Mann schlugen, der eine winzige Kamera in der Hand hielt. Also begann ich, das zu filmen. Sobald sie mit ihm fertig waren, gingen sie auf mich los... Ich wurde am Hinterkopf getroffen und fiel auf den Boden. Jemand schlug weiter auf mich ein, und dann nahmen sie meine Kamera und zertrümmerten sie.“

Darüber hinaus griffen Teilnehmer des Unabhängigkeitsmarsches das Büro von „Lambda“ an, einer gemeinnützigen NGO von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen. Die Täter warfen Steine und Flaschen gegen das Gebäude, wobei sie drei Fenster zerstörten. Obwohl sich mehrere Personen im Gebäude befanden, wurde niemand verletzt. Die Zentrale der Bezirkspolizei wurde über den Angriff informiert, und als der Vorfall am nächsten Tag untersucht wurde, teilte ein diensthabender Beamter einem Lambda-Mitglied mit, dass es nicht dazu gekommen wäre, wenn Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle „ihre Sexualität nicht zur Schau stellen“ würden. Die Organisation reichte Beschwerde gegen das Verhalten des Polizeibeamten ein.

In Wrocław fand parallel dazu am 11. November 2012 ein von der Nationalen Wiedergeburt Polens (NOP) veranstalteter Marsch statt. Andere Gruppen, die an der Veranstaltung teilnahmen, waren die Autonomen Nationalisten, Falangisten, Abgesandte der italienischen neofaschistischen Organisation *Forza Nuova*, Nationalisten aus Belgien und der Tschechischen Republik und Fußballhooligans von Śląsk Wrocław, Sparta Wrocław, Promień Żary, Chrobry Głogów, Lechia Zielona Góra und Miedź Legnica. Während des Marsches skandierten sie „Nein zu Korporationen, nein zu Eurokraten, Polen nur den Polen“, „Keine Union, keine NATO, Polen nur den Polen“, „Schluss mit der jüdischen Besatzung“, „USA, Reich des Bösen“, „Nationaler Radikalismus“ und „Schlagt den roten Abschaum!“ Sie schwangen Fahnen mit dem keltischen Kreuz und der Phalanx und ein Transparent mit dem Namen der Fußballmann-

schaft Śląsk Wrocław, geschrieben im charakteristischen Stil von „Blood and Honour“. Obwohl mehrere Nationalisten Polizisten mit Steinen und Passanten mit Feuerwerkskörpern bewarfen, schritt die Polizei nicht ein. Am Ende der Demonstration verbrannten sie die EU-Fahne. Nach dem Marsch griffen Dutzende mit Stangen und Schlagstöcken bewaffnete Männer ein Gebäude an, das von Hausbesetzern besetzt war, das Kulturzentrum Wagenburg. Eines der Opfer sagte: „Als sie sich das erste Mal dem Gebäude näherten, kamen zwei kahlköpfige Schlägertypen vor und fragten, ob hier irgendjemand von der Antifa ist und ob wir Streit wollen.“ Kurz danach stieg eine Gruppe von Männern über den Zaun und betrat das Grundstück. Sie warfen Molotow-Cocktails und Steine gegen das Gebäude, zerschlugen Fenster, demolierten Ausrüstung, die sich im Freien befand, und zerstörten geparkte Autos. Einer der Hausbesetzer wurde mit Schlagstöcken und Schlagringen ernsthaft verletzt, er erlitt Beinbrüche und Kopfwunden. Ein Krankenwagen brachte ihn in kritischem Zustand ins Krankenhaus. Zwei weitere Personen mussten ebenfalls stationär behandelt werden. Am 13. November veröffentlichte der Führer der Nationalen Wiedergeburt Polens, Adam Gmurczyk, eine Dankesmitteilung an die für den Angriff verantwortlichen Männer. Auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte er ein Bild unter der Überschrift „Das ist Krieg. Unser Land, unsere Regeln“, begleitet vom folgenden Kommentar: „Die Medien berichteten, dass nach dem Marsch der Patrioten eine Gruppe Freiwilliger aus Wrocław zum örtlichen besetzten Haus ging und beim Renovieren half... Ich danke ihnen dafür. Hört nicht auf!“ Am 16. Dezember nahm die Polizei fünf der Beteiligten des Überfalls fest: Bürger von Wrocław im Alter zwischen 18 und 29 Jahren, die dem Fußballhooliganismus zugerechnet werden. Alle wurden der aktiven Beteiligung an Gewalt gegen eine Person oder fremdes Eigentum angeklagt.

Die Untersuchung der Unabhängigkeitstagsmärsche von 2011 und 2012 offenbart einen Anstieg der Teilnehmerzahlen und ein wachsendes Mobilisierungspotential außerparlamentarischer rechtsextremer Gruppen auf den Straßen, verstärkt durch ihre Bündnisse mit rechtsgerichteten Hooligans und Fußballfans. Die radikale nationalistische Ideologie, für

die sich die Märsche einsetzten, führte zu zahlreichen Konflikten und gewalttätigen Zwischenfällen. Gleichzeitig unterstreicht die Unterstützung dieser Märsche durch rechtsgerichtete Parlamentarier und Personen des öffentlichen Lebens die hochproblematische Beziehung zwischen der antidemokratischen extremen Rechten und Teilen der parlamentarischen konservativen Rechten. Diese Beziehung könnte der extremen Rechten dabei helfen, ihre politische Legitimität zurückzuerlangen und ihren Einfluss noch weiter zu stärken.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Dmowski, Roman (1927): Kościół, naród i państwo (Warschau).
- Dmowski, Roman (2007): „The Jews and the War“, in: Richard S. Levy: Antisemitism in the Modern World: An Anthology of Texts (Lexington, Massachusetts, und Toronto: DC Heath und Company), S. 188–189.
- Durczok, Kamil and Mucharski, Piotr (2007): Krótki kurs IV RP (Krakau: Znak), S. 30.
- Fleming, Michael (2008): „The Political Economy of Marginalization: The Belorussian minority in Podlaskie“, in: Annus Albaruthenicus, S. 45.
- Gebert, Konstanty (2008): Living in the Land of Ashes (Krakau-Budapest: Austeria), S. 82.
- Klein, Naomi (2008): „Dlaczego wierzyacie neoliberalom?“, in: Gazeta Wyborcza, erhältlich online unter <http://wyborczapl/1,76498,6004534,Dlaczego_wierzyacie_neoliberalom_.html> (letzter Zugriff am 30. November 2008).
- Krzemiński, Ireneusz (2004): „O Żydach i antysemityzmie po 10 latach“, in: Ireneusz Krzemiński (Hg.): Antysemityzm w Polsce i na Ukrainie. Raport z badań (Warschau: Wydawnictwo Naukowe Scholar), S. 33.
- Kuroń, Jacek und Żakowski, Jacek (1997): Siedmiolatka czyli kto ukradła Polskę? (Wrocław: Wydawnictwo Dolnośląskie), S. 79.
- Maj, Czesław und Maj, Ewa (2007): Narodowe ugrupowania polityczne w Polsce 1989–2001 (Lublin: Wydawnictwo Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej), S. 272.
- Ost, David (1999): „The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational“, in: Sabrina P. Ramet (Hg.): The Radical Right in Central and Eastern Europe Since 1989 (University Park: Pennsylvania State University Press), S. 88.
- Rudnicki, Szymon (1985): Obóz Narodowo-Radykalny. Geneza i działalność (Warschau: Czytelnik), S. 333.
- Skórzyński, Jan (2005): Od Solidarności do wolności (Warschau: Trio), S. 195.



Rechtsextreme Demonstranten am 9.12.2012 in Saftica, Rumänien, auf dem Weg zu dem Platz, wo Corneliu Zelea Codreanu, der Anführer der faschistischen „Eisernen Garde“ 1938 ermordet wurde.

Rechtsextremismus in Rumänien

Radu Cinpoș

1. Einführung

Rechtsextremer Nationalismus in mittel- und osteuropäischen (MOE)¹ Ländern hat nach dem Fall des Kommunismus in der Region eine überraschende und dramatische Renaissance erlebt (Verdery, 1993). Obwohl Rumänien keine Ausnahme von diesem allgemeinen Muster darstellt, ist es aufgrund der ungewöhnlichen Virulenz und Zähigkeit seiner Rechtswende dennoch untypisch. Diese Abweichung beruht sowohl auf dem Einsatz des Nationalismus als Mittel der Herrschaftskonsolidierung und -legitimierung durch das kommunistische Regime, als auch auf dem gewalttätigen Charakter der Ereignisse im Dezember 1989 und dem Machtvakuum², das nach dem Zusammenbruch des Regimes entstand. Zusammen trugen diese Faktoren dazu bei, einen fruchtbaren Nährboden für Rechtsextremismus zu schaffen, und waren in weiterem Sinne auch mitverantwortlich für den vergleichsweise langsamen Übergang zu einer postkommunistischen Ordnung. In der Folge erzielten rechtsextreme Gruppen in Rumänien in der neuen Ära sehr schnell Wahlerfolge. Die

1 Die Bezeichnung „Mittel- und Osteuropa“ wird hier auf dieselbe Weise verwendet, wie ihn Cas Mudde (2005: 162) gebraucht hat: Er bezeichnet diejenigen postkommunistischen Staaten, die der Europäischen Union beigetreten sind (Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien).

2 Ich beziehe mich hier auf die Tatsache, dass es in Rumänien keine organisierten Gruppen gab, die in der Lage waren, die Dominanz des kommunistischen Regimes durch Wahlen herauszufordern und einen legitimen Machtanspruch zu stellen (so wie es zum Beispiel in Polen oder der ehemaligen Tschechoslowakei geschah). Somit waren Mitglieder der kommunistischen Nomenklatur in der Lage, die chaotischen Ereignisse im Dezember 1989 auszunutzen und den Übergang zum Postkommunismus mit Beschlag zu belegen.

Partei für die nationale Einheit Rumäniens (PUNR)³ und die *Partei für ein Großrumänien* (PRM) waren 1992 die ersten rechtsextremen Formationen in MOE, die (als Koalitionspartner) Regierungsverantwortung erreichten, gefolgt von der Slowakischen Nationalpartei 1993 (Mudde, 2005: S. 165). Den Höhepunkt Ihres Wahlerfolgs erreichte die PRM in der Folgezeit im Jahr 2000, als sie die größte Oppositionspartei wurde und ihr Führer, Corneliu Vadim Tudor, es in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen schaffte, womit er Jean-Marie Le Pens vergleichbarer Leistung in Frankreich um zwei Jahre zuvorkam.

In den letzten Jahren ist die Vertretung der extremen Rechten in den Parlamenten verschiedener Länder Ost- und Westeuropas stärker geworden, wie von Wahlergebnissen unter anderem in Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Ungarn, den Niederlanden und Schweden belegt wird. Rumänien scheint sich jedoch diesem Trend zu widersetzen. Seit 2000 ist die Unterstützung für die PRM stetig zurückgegangen, und derzeit ist die Partei nicht im Parlament vertreten. Darüber hinaus ist es keiner anderen rechtsextremen Partei in Rumänien gelungen, maßgebliche Wahlerfolge zu erzielen, und die Erfolge der PRM werden sich in naher Zukunft wahrscheinlich nicht wiederholen.

Im Vergleich könnte also die Lage in Rumänien beruhigend erscheinen. Es sind jedoch neue rechtsradikale Gruppen entstanden, die beabsichtigen, sich politisch zu beteiligen. Extremer Nationalismus, Revanchismus und Intoleranz gegenüber bestimmten Gruppen (darunter die Roma,

3 Die PUNR war die erste rechtsextreme Partei, die im postkommunistischen Rumänien entstand. Sie wurde im März 1990 als *Partei für die nationale Einheit der Rumänen in Transsylvanien* (PUNRT) gegründet, politischer Arm der Kulturvereinigung rumänisches Herz (VR), die wiederum als Reaktion auf die Organisation der ethnischen Ungarn im Dezember 1989 in der Ungarischen demokratischen Union von Rumänien oder UDMR entstanden war (Gallagher, 1992). Im Juni 1990 änderte sie ihren Namen in PUNR (aller Wahrscheinlichkeit nach, um in dem Versuch, auf dem minimalen Erfolg bei den Wahlen im vorangegangenen März aufzubauen, ihren lokalen Charakter weniger zu betonen). Die PUNR blieb jedoch im Wesentlichen eine in begrenztem Umfeld operierende Partei. Was den Erfolg betrifft, wurde sie von der Partei für ein Großrumänien (PRM) überholt, und schließlich wurde sie von der Konservativen Partei (PC) absorbiert. Später löste die VR ihre Verbindung zur PUNR. Sie arbeitet immer noch als periphere Organisation und behält ihren stark nationalistischen und autoritären Standpunkt bei.

ethnische Ungarn und sexuelle Minderheiten) sind außerhalb des Wahlgeschehens nach wie vor manifest, sowohl in institutionalisierten als auch in nicht-institutionalisierten Formen. Des Weiteren ist das, was ich *beiläufige Intoleranz*⁴ nenne, im öffentlichen und privaten Diskurs weit verbreitet. Dieses gängige Phänomen, das alles andere als harmlos ist, trägt zur Aufrechterhaltung und Verstärkung von Rassismus und Exklusion in der rumänischen Gesellschaft bei. Um ein exaktes Bild der rechts-extremen Landschaft in Rumänien zu zeichnen, ist daher eine eingehendere Untersuchung erforderlich. Zu diesem Zweck gibt die vorliegende Abhandlung einen Überblick über die aktuellen Schlüsselakteure dieser Bewegung, wobei das Hauptaugenmerk auf deren Organisation, Rhetorik, Unterstützung und Einfluss liegt. Parallel dazu liefert sie auch Überlegungen über allgemeinere Aspekte der rumänischen Gesellschaft.

Zunächst sind einige kurze konzeptionelle Klarstellungen erforderlich. In der Literatur über extremen Nationalismus und rechte Politik ist eine Fülle von Namen und Etiketten zu finden, mit denen die untersuchten Phänomene versehen werden. Es herrscht wenig Einigkeit darüber, was die „Rechte“ ausmacht, welche Bezeichnung – „extreme Rechte“, „rechter Rand“, „radikale (populistische) Rechte“ etc. – die präziseste Beschreibung darstellt und welche Arten politischer Akteure zu dieser Kategorie zu zählen sind (Hainsworth, 2008: S. 5–23; Mudde, 2000: S. 5–16; Eatwell, 2004: S. 5–15). Für die Zwecke dieser Abhandlung wird der Begriff „extreme Rechte“ in Bezug auf Gruppen verwendet werden, die – nach Muddes Maximaldefinition – Nativismus, Autoritarismus und Populismus als zentrale ideologische Bindungen aufweisen (2007: S. 20–23). Damit zeigt die extreme Rechte also „ausschließende Vorstellungen der Nation“ und auch antiparlamentarische, antipluralistische und antisystemische Tendenzen, selbst wenn sie innerhalb der Normen liberaldemokratischer Politik agiert (Hainsworth, 2008: S. 11–12).

4 Der Begriff „beiläufige Intoleranz“ ist angelehnt an Michael Billigs (1995) Begriff des banalen Nationalismus. Er bezieht sich auf die alltäglichen diskursiven Praktiken, die eine zugrundeliegende Intoleranz zum Ausdruck bringen und oft unbeachtet bleiben, aber dennoch die negative Wirkung haben, Stereotype zu verstärken. Redewendungen wie „*inecat ca tiganul la mal*“ (ertrinken wie ein Zigeuner am Ufer) sind anschauliche Beispiele.

2. Rechtsextreme Akteure

Trotz des gegenwärtigen Fehlens einer rechtsextremen Vertretung im Parlament weist die Extremismuslandschaft in Rumänien eine Fülle verschiedener Gruppen auf. Solche Gruppierungen kommen sowohl innerhalb als auch außerhalb des wahlpolitischen Rahmens vor. In der ersten Kategorie heben sich drei Akteure ab: die *Partei für ein Großrumänien* (PRM), die *Partei der neuen Generation – Christdemokraten* (PNG-CD) und die „*Alles für das Land*“-Partei (TPȚ). Diese Parteien sind eine eingehende Betrachtung wert, sei es aufgrund eines früheren Wahlerfolgs (PRM), ihres Einflusses auf die Parteiendynamik (PNG-CD) oder des Charakters und der Bedeutung ihres Diskurses (TPȚ).

Unter den Gruppen, die bislang nicht zu Wahlen angetreten sind, ist die Neue Rechte (ND), aufgrund ihrer offenen Nutzung des Erbes der Eisernen Garde (um das sie direkt mit der TPȚ konkurriert), der effektiven Verbreitung ihrer Ideen über das Internet (und bei verschiedenen öffentlichen Auftritten) und ihrer bislang noch nicht umgesetzten Absicht, an Wahlen teilzunehmen, eine besondere Erwähnung wert. Die rumänisch-orthodoxe Kirche (BOR) ist ebenfalls eine Institution, die traditionell eine nativistische Form des Nationalismus mit autoritären Tendenzen und einer Neigung zur Beteiligung am öffentlichen Leben vermischt.

Zusätzlich zu diesen Gruppen und Institutionen, welche die bedeutendsten aktuellen rechtsextremen Akteure in der rumänischen Gesellschaft darstellen, sind zahlreiche kleinere Organisationen aktiv. Andreescu (2004: S. 172) hat zum Beispiel 28 Organisationen identifiziert, die rassistische und extremistische Ansichten vertreten. Es ist jedoch außerordentlich schwierig, die Anzahl solcher Gruppen zu bestätigen. Der Grund hierfür ist, dass viele als kulturelle Vereine und Stiftungen organisiert sind, in einem sehr beschränkten Umfeld arbeiten und begrenzte Mitgliederzahlen haben, sodass ihre Aktivitäten und sogar ihr Auftauchen oder Verschwinden häufig der Aufmerksamkeit entgehen. Darüber hinaus ist eine große Anzahl von Gruppen nur im Internet aktiv, wo sie – oft anonym – rassistische, diskriminierende und intolerante Materialien und

Ideen verbreiten. Diese Abhandlung hat nicht zum Ziel, all diese Gruppen zu identifizieren und zu untersuchen. Sie soll sich vielmehr auf diejenigen mit direkter politischer Relevanz konzentrieren.

Betrachtet man schließlich rechtsextreme Subkulturen, so stellt man fest, dass in Rumänien keine skinheadartigen Gruppen aktiv sind. Willkürliche Gewaltakte, die durch Rassismus, Homophobie oder Intoleranz motiviert sind, gibt es, sie waren aber in den letzten Jahren nicht weit verbreitet (US-Außenministerium, 2011). In ähnlicher Weise kommen Fälle von Hooliganismus im Fußballsport – bei dem Fangruppen rassistische Spruchbänder zeigen und rassistische Gesänge anstimmen (meist gegen Roma gerichtet) – zwar vor, ihr Auftreten ist aber eher spontan als im Vorhinein inszeniert. Diese Vorfälle sind Teil des zuvor erwähnten Phänomens der *beiläufigen Intoleranz*.

2.1 Die Partei für ein Großrumänien

Corneliu Vadim Tudor und Eugen Barbu, zwei ehemalige Nutznießer des Ceaușescu-Regimes, gründeten die PRM ein Jahr, nachdem sie eine Wochenschrift mit demselben Namen ins Leben gerufen hatten. Unter der Führung von Tudor nahm der Erfolg der PRM stetig zu und gipfelte in den Wahlen von 2000, als sie die größte Oppositionspartei wurde. Nur vier Jahre später war die Partei aber bereits im Niedergang begriffen. Zu den Gründen hierfür zählten ein missglückter Versuch Tudors, das antisemitische Image der Partei und seiner eigenen Person abzustreifen (was zweifellos einige seiner Hauptanhänger verprellte), interne Kämpfe, Massenüberläufe und eine Neuausrichtung der politischen Landschaft Rumäniens, die eine Herausforderung für Tudors dominierende „Gerechtigkeit gegen Korruption“-Rhetorik darstellte. Bei den Wahlen 2008 konnte sich die Partei keine Sitze im Parlament sichern, und Tudor setzte seine Karriere als Mitglied des Europaparlaments fort (Cinpoes, 2010). Bei ihrem letzten Wahltest – den allgemeinen Wahlen im Dezember 2012 – erreichte die PRM ihren Tiefpunkt, konnte nicht einmal 1,5 % der Stimmen auf sich vereinigen und in keiner der Kammern Sitze gewinnen (BEC, 2012a). Das ist für die Partei das schlechteste Resultat aller Zeiten,

und wahrscheinlich markiert es für Tudor und seine Kumpane das Ende der Wahlpolitik.

Die PRM beschreibt sich selbst als „Mitte-links mit nationaler Ausrichtung“ (Statutul PRM). Die in ihrer offiziellen Publikation dargelegte „nationale Doktrin“ unterstreicht jedoch die Verherrlichung ihrer nationalistischen Vorgänger durch die PRM und ihren Anspruch, deren nationalistische Ziele zu vertreten (Doctrina PRM). Zusammen mit ihrem überzeugten Revanchismus,⁵ ihrer autoritären organisatorischen Hierarchie, ihren Hassreden gegen sexuelle und ethnische Minderheiten (insbesondere Ungarn, Roma und Juden) und der Entschiedenheit, mit der sie sich gegen den politischen Mainstream positioniert, bekämpft dies ihre Zugehörigkeit zu den Vertretern der extremen Rechten Rumäniens.

Ideologisch bedient sich die PRM dreier breit gefasster Werterahmen, wobei jeder über seine eigene diskursive Komponente verfügt (Cinpoș, 2010: 115–122). Zunächst ist ihr Begriff von Territorium und Abstammung durch eine Betonung der territorialen Integrität Rumäniens geprägt. Die (ausschließlich ethnisch definierte) historische Kontinuität Rumäniens stellt, in Kombination mit dem Imperativ der Rückkehr zu den Grenzen des Landes vor 1940, ein charakteristisches Merkmal des Diskurses der PRM dar. Die ethnisch ungarische Gemeinde in Rumänien ist das Hauptziel der Hassreden und Panikmache der Partei. Ungarn werden beschuldigt, in Kooperation mit den rumänischen Behörden oder zumindest mit deren Duldung die Abspaltung Transsylvaniens zu betreiben, und die Partei hat wiederholt ein Verbot der UDMR gefordert, die sie als „terroristische Organisation“ bezeichnet (siehe Agrigoroaie, 2003; *România Mare*, August 2002; Tudor, 2001: Band II, S. 60; und Agrigoroaie, 2012). Zum anderen fordert die PRM als eines ihrer obersten Ziele die Vereinigung Rumäniens mit seinen sogenannten „verlorenen Gebieten“ in Bessarabien und Bukowina. Die Partei hat diesen revanchistischen

5 Wie ihr Name erraten lässt (der auf das größere Staatsgebiet Rumäniens nach dem Ersten Weltkrieg verweist), hat sich die Partei offen für eine Wiederherstellung der rumänischen Grenzen von 1918 eingesetzt.

Kurs konsequent verfolgt und sich zum Beispiel für die Freilassung von Ilie Ilașcu eingesetzt, der von den Behörden des selbstproklamierten unabhängigen Transnistriens inhaftiert worden war. Er wurde später freigelassen, ist Mitglied der PRM und hatte zwischen 2000 und 2008 einen Sitz im rumänischen Oberhaus inne.

Den zweiten Werterahmen in der Ideologie der PRM bilden der Begriff von Souveränität und Unabhängigkeit und die dementsprechende Formulierung der Position Rumäniens in Europa und der Welt, die äußerst ambivalent ist. Einerseits betont die Partei eine mythologisierte Version der historischen Kontinuität Rumäniens und seiner Bedeutung in Europa. Andererseits hat sie die Mitgliedschaft in der EU akzeptiert, wenn auch widerstrebend. Des Weiteren konzentriert sich der PRM-Diskurs im Wesentlichen auf das externe „Andere“, das beschuldigt wird, unaufhörlich zu konspirieren, um Rumänien zu unterwerfen und zu zerstören. Die Lieblingszielscheiben des ungezügelten Antisemitismus der PRM sind die „jüdische Mafia“, der „Zionismus“, die (von Israel kontrollierten) USA, jüdisch-freimaurerische Gruppen und westliche Eliten im Allgemeinen, die angeblich versuchen, durch Errichten einer „neuen Weltordnung“ Hegemonie zu erlangen (Cinpoes, 2010: S. 118–120).

Schließlich stellen die christlich-orthodoxe Tradition und Vorwürfe materieller und spiritueller Korruption einen wesentlichen Aspekt der Ideologie der PRM dar. Die Korruptionsfrage nimmt im Parteidiskurs insbesondere seit dem Jahr 2000 einen wichtigen Platz ein. Politische Eliten und staatliche Institutionen werden für die Schwäche von Recht und Ordnung in Rumänien verantwortlich gemacht. Von diesem Standpunkt aus positioniert sich die PRM als populistische und systemfeindliche Partei. An anderer Stelle habe ich jedoch argumentiert, dass hierbei die extreme nationalistische Dimension der Partei relevant ist, da der Nationalismus dazu dient, die von der PRM angebotenen Lösungen zu legitimieren und sie mit der christlich-orthodoxen Tradition Rumäniens in Verbindung zu bringen (Cinpoes, 2010: S. 121). Somit geht das gesellschaftliche wirtschaftliche Scheitern Hand in Hand mit weit verbreiteter moralischer Degeneration, für die sowohl die politische Klasse generell

als auch bestimmte Minderheitengruppen wie Homosexuelle oder Roma⁶ verantwortlich gemacht werden.

Wie es bei den meisten rechtsextremistischen Gruppen der Fall ist, steht ein charismatischer Führer – Corneliu Vadim Tudor – im Zentrum der Struktur und Organisation der PRM. Interne demokratische Prozesse gibt es nicht, und Entscheidungen werden von Tudor nach Lust und Laune getroffen. Diese Situation führte im Laufe der Zeit zur Entfremdung prominenter Figuren, die die Partei schließlich verließen. Tatsächlich hat Tudor selbst seine Rolle als Hauptentscheidungsträger der Partei oft betont. Einzelne Personen, die versucht haben, seine Autorität zu untergraben, wurden aus der Partei ausgeschlossen und danach in den Partei-sprachrohren *România Mare* und *Tricolorul* angeprangert (Tudor, 2002; Cinpoș, 2010: S. 132–133, S. 168–170). Unlängst wurden Tudor und die PRM auch von ihrer Jugendorganisation und dem Herausgeber der Zeitung *Tricolorul.ro* verlassen.⁷

Traditionell zieht die PRM sowohl Menschen an, die mit nationalistischen Politiken des kommunistischen Regimes sympathisieren, als auch ehemalige Mitglieder der kommunistischen Nomenklatur (eingeschlossen in den Ruhestand versetzte Mitglieder der Armee und der *Securitate*), die ihre Entmachtung nicht hinnehmen wollen (Deletant, 1993: 111–113). Anders ausgedrückt, rekrutieren sich Mitglieder und Anhänger der PRM hauptsächlich aus denjenigen, für die die postkommunistischen Realitäten negative Folgen hatten und die der kommunistischen Ära nostalgisch gegenüberstehen dürften (Mungiu-Pippidi, 2004: S. 63). Dieser Personenkreis ist tendenziell älter, nicht besonders gut ausgebildet und gehört vorwiegend der Arbeiterklasse an (Sum, 2010: S. 22–23).

6 Tudors Beschreibung von Homosexualität als „oberflächliches und widerliches Laster“, das Rumänen „aufs Schärfste als teuflisch verurteilen“, die gegen den ehemaligen US-Botschafter in Rumänien, Michel Guest, gerichtet war (der offen erklärt hatte, homosexuell zu sein), ist bezeichnend für den Umgang der PRM mit solchen Fragen (Cinpoș, 2010: 140).

7 Zu Aussagen, die ihre Handlungsweise erklären, siehe <http://www.ziarultricolorul.ro/>, 30. Januar 2012 und 7. Mai 2012; letzter Zugriff am 11. August 2012.

Der kontrollierende Charakter des PRM-Führers und sein zunehmend unberechenbares Verhalten haben zu einem erheblichen Rückgang sowohl der Mitgliederzahlen der Partei als auch der Wählerunterstützung geführt. Hauptnutznießer des Niedergangs der PRM ist die Volkspartei – *Dan Diaconescu* (PP-DD)⁸, die auch unter denjenigen Unterstützung gefunden hat, die über die *Sozial-liberale Union* (USL) und die *Demokratisch-liberale Partei* (PDL) verärgert sind. Im Augenblick verfügt die PRM nur noch über geringfügigen lokalen Einfluss und konnte bei den Wahlen im Juni 2012 sieben Bürgermeistermandate sowie 600 Gemeinderatssitze gewinnen (aber nicht eine einzige Kreispräsidentschaft und keinen einzigen Kreistagssitz) (BEC, 2012b). Sobald Tudors Amtszeit als Mitglied des Europaparlaments (MEP) 2014 endet, werden die Partei und ihr Führer wahrscheinlich ganz von der Bildfläche verschwinden.

2.2 Die Partei der neuen Generation – Christdemokraten (PNG-CD)

Die *Partei der neuen Generation* (die ihren Namen 2006 in *Partei der neuen Generation – Christdemokraten* änderte) wurde vom ehemaligen Bürgermeister von Bukarest, Viorel Lis, gegründet. 2004 wurde George Becali – der Eigentümer des Fußballvereins „Steaua Bukarest“ und eine umstrittene Figur im öffentlichen Leben Rumäniens – der Parteiführer. Zu diesem Zeitpunkt bewegte sich die Partei in Richtung von extremem Nationalismus, Intoleranz gegenüber Unterschieden und christlich-orthodoxen Überzeugungen. Es gab Spekulationen darüber, dass die PSD Becalis Entscheidung, in die Politik zu gehen, informell unterstützte, in der Hoffnung darauf, seine Partei könnte die Wählerbasis der PRM zerstören (Shafir, 2004).

8 Die PP-DD ist eine von Dan Diaconescu, dem Eigentümer des erfolgreichen, auf Boulevardjournalismus ausgerichteten Fernsehsenders OTV, gegründete populistische Partei. Bei den kürzlich abgehaltenen Parlamentswahlen gewann sie deutlich an Boden und erreichte 47 Sitze im Unterhaus (13,98 % der Stimmen) und 21 Sitze im Oberhaus (14,63 % der Stimmen) (BEC, 2012a). Die PP-DD erfüllt jedoch nicht die Kriterien für diese Untersuchung. Sie weist zwar einige der Eigenschaften rechtsextremer Gruppen auf (wobei Populismus das offensichtlichste Beispiel ist), ihr fehlt aber eine klar nativistische Dimension.

Ob solche Behauptungen nun zutreffen oder nicht, bot die Partei potentiell desillusionierten PRM-Wählern 2004 eine Alternative. Bei den Wahlen schnitt sie jedoch nur bescheiden ab und verfehlte – mit nur 2,26 % der Stimmen zum Oberhaus und 2,23 % der Stimmen zum Unterhaus – den Einzug ins Parlament. Die Wahlen von 2008 brachten vergleichbare Ergebnisse – 2,53 % der Stimmen zum Senat und 2,27 % der Stimmen zur Abgeordnetenversammlung – und wieder keine Sitze (SRSP, 2004; BEC, 2008). Nach 2008 kreuzten sich die Wege der PNG-CD und der PRM: Trotz früherer verbaler Rangeleien zwischen den Führern der beiden Parteien ließ sich Becali bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 auf die PRM-Liste setzen und gewann einen Sitz als MEP – und das, während gegen ihn wegen Entführung ermittelt wurde und er inhaftiert war! Wie die PRM, hat auch die PNG-CD an Stärke verloren; bei den Kommunalwahlen 2012 war ihr Abschneiden mit nur einem Bürgermeistermandat und 108 Gemeinderatssitzen kümmerlich (BEC, 2012b).

Um das Ganze noch schlimmer zu machen, verkündete Becali im Oktober 2012 (nur zwei Monate vor den Parlamentswahlen) seine Absicht, als PNL-Kandidat anzutreten, und gewann in der Folge einen Sitz im Unterhaus (Adevărul, 2012; BEC, 2012a). Eine unmittelbare Folge davon war, dass die PNG-CD nicht bei den Wahlen antrat, sondern die USL unterstützte, der die PNL angehört.

Unter der Führung von Becali hat sich die Ideologie der Partei derjenigen der faschistischen Legionärsbewegung der Zwischenkriegszeit angenähert, mit einem zusätzlichen Touch von Opportunismus, Demagogie und Gossensprache. In der Vergangenheit hat sich Becali Symbole und Slogans der Eisernen Garde angeeignet, und der derzeit auf der offiziellen Website der Partei angezeigte Slogan – „Im Dienst des Kreuzes und der rumänischen Nation!“ – spiegelt eine Verschmelzung konservativer christlich-orthodoxer Werte und eines mythologisierten Nationalismus wider. Hinsichtlich ihrer Struktur ähnelt die PNG-CD der PRM insofern, als sie in hohem Maße auf ihren Führer ausgerichtet ist. Was der Partei an Programm fehlt, wird somit durch Becalis Homophobie, Intoleranz und Beleidigungsrhetorik wettgemacht. Becali wurde bereits mehrfach vom



Parlamentswahlen am 9. Dezember 2012 in Rumänien, hier in Cluj, 450 km von Bukarest entfernt.

Nationalrat für die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund ausgrenzender Aussagen gegenüber Frauen sowie Roma und anderen ethnischen Minderheiten mit einer Geldstrafe belegt, und er ist auch für seine Vorurteile gegen Homosexuelle berüchtigt: Er hat geschworen, er würde niemals homosexuelle Spieler für seine Fußballmannschaft verpflichten, und erklärt, dass „Homosexuelle vom Satan geschützt werden“ (ProTV, 2012).

Becalis fortwährende Verweise auf Gott und die orthodoxe Kirche und seine Handhabung von Legionärssymbolen mag Wählern – wie Frusetta und Glont sagen – einen „Sammelplatz für Protest gegen konventionelle Politik“ geboten haben (2009: 564). Dennoch war bisher derber Populismus sein Erfolgsrezept, und Konkurrenz von der PP-DD in diesem Bereich dürfte seine Aussichten bei zukünftigen Wahlen wahrscheinlich zunichtemachen. Was die eingeschworenen Sympathisanten der Eisernen Garde und ihres Erbes betrifft, ist es unwahrscheinlich, dass sie je

von Becalis Vorspiegelungen überzeugt wurden. Der Kern der Anhängerschaft der PNG-CD ähnelt bis zu einem gewissen Ausmaß dem der PRM. Eine Zeitlang bot die PNG-CD tatsächlich ehemaligen PRM-Mitgliedern und -Anhängern eine Heimstatt. Wie Sum (2010: 22 – 23) darlegt, scheint aber die PNG-CD trotz der gemeinsamen Klassenbasis mehr junge und arbeitslose Wähler anzuziehen.

Alles in allem sieht die Zukunft für die PNG-CD wenig vielversprechend aus. Nach einem vorsichtigen Versuch, für die Kommunalwahlen und allgemeinen Wahlen 2012 ein Bündnis mit der PRM einzugehen (das für beide Seiten vorteilhaft hätte sein können, da zu jenem Zeitpunkt beide Parteien zu kämpfen hatten), gelang es den jeweiligen Parteiführern nicht, zu einer Einigung zu kommen (Ionel, 2012). Als Becali der PNL beitrug, wurde über eine Übernahme der PNG durch die PNL gesprochen. Diese Möglichkeit wurde jedoch auf Eis gelegt und wird wahrscheinlich nie verwirklicht, insbesondere angesichts der Widerstände auf beiden Seiten. Mehrere prominente Mitglieder der PNL haben ihre Gegnerschaft gegen einen solchen Schritt zum Ausdruck gebracht, und auch innerhalb des Lagers der PNG-CD war Widerspruch zu vernehmen: Vor den Wahlen lief die Parteiorganisation Mediaș PNG-CD, unzufrieden mit Becalis Machenschaften, massenweise zur PDL über (Georgescu, 2012; Evenimentul Zilei, 2012).

2.3 Die „Alles für das Land“-Partei (TPT)

Eine Partei, die – obwohl sie seit 1993 besteht – erst kürzlich einen (gewissen) Wahlerfolg verzeichnen konnte, ist „Alles für das Land“ (TPT).⁹ Die Gruppe war bis Februar 2012, als ein Gericht den Gebrauch des Namens TPT – der Spitzname des politischen Arms der rumänischen Legionärsbewegung in der Zwischenkriegszeit – genehmigte, als *Partei für das Vaterland* (PPP) bekannt. Der Entschlossenheit der Partei, ihre rechtsge-

9 Die Partei konnte bei den Kommunalwahlen 2008 einen einzigen Gemeinderatssitz und bei den Wahlen 2012 zwei Gemeinderatssitze gewinnen, hatte aber 2012 eine deutlichere öffentliche Präsenz (BEC, 2008b; BEC 2012b).

richtete Authentizität zu festigen, ist nicht nur aus der Bemühung um die Namensänderung ersichtlich, sondern auch aus der Erklärung auf ihrer offiziellen Website, in der es heißt, die Partei sei „1993 wiedergegründet“ worden – eine klare Anspielung auf die *Eiserne Garde* (Partidul 'TPT'; kein Datum angegeben). Nur Monate, nachdem sie sich ihren neuen Namen gesichert hatte, erlebte die Partei erneut rechtliche Schwierigkeiten und Unsicherheit. Im Juli 2012 leitete die Staatsanwaltschaft ein Gerichtsverfahren gegen die TPT ein und forderte ihre Auflösung aufgrund ihres faschistischen, rassistischen Charakters und ihrer Nachfolgerschaft zur Legionärsbewegung (Ciupercă, 2012).

Mitglieder und Unterstützung findet die Partei hauptsächlich unter jüngeren, gebildeten Menschen, die mit der Mischung aus ethnischem Nationalismus, christlich-orthodoxem Glauben, Volkstraditionen und rassistischer Reinheit sympathisieren, die auf nationalistischen Gründungsmymen aufbaut, die kennzeichnend für die *Eiserne Garde* waren. Mit wenigen Ausnahmen, darunter der Parteivorsitzende Coriolan Grigore Baci, der in den Fünfzigern ist, sind die meisten TPT-Mitglieder in den Dreißigern (eingeschlossen der Geschäftsführer Florin Dobrescu). Am anderen Ende des Altersspektrums hat die Partei eine Anzahl ehemaliger Mitglieder der *Eisernen Garde* in ihren Reihen, von denen einige die Gefangenschaft während des Kommunismus überlebt haben. Die Zugehörigkeit dieser letzteren Gruppe zu den Parteimitgliedern legitimiert den Anspruch der Partei auf Fortführung des Erbes der *Eisernen Garde*.

In letzter Zeit versuchte die Partei, ihr politisches Profil als Akteur mit Wahlambitionen zu verbessern. Ihr Programm umfasst konservative Allerweltsthemen wie die Bedeutung der Familie, die Kirche und den Kampf gegen Bürokratie und Korruption, die sie in vagen Begriffen anspricht (Partidul 'TPT'; kein Datum angegeben). Dennoch fokussiert die Partei ihre Bemühungen auf Grassroots-Aktivitäten. Einmal mehr die Eiserne Garde nachahmend, organisieren Mitglieder der TPT häufig ritualisierte Aktivitäten und kulturelle Veranstaltungen, die von Märschen bei Feiern für verehrte nationalistische Helden und Persönlichkeiten bis hin zu Arbeitsprojekten und Besuchen christlich-orthodoxer Kirchen und Klöster

reichen. Obwohl die Teilnahme an solchen Veranstaltungen in Zahlen gemessen meist gering ist, zielt die Partei nichtsdestotrotz auf maximale Sichtbarkeit ab; zum Beispiel tragen Teilnehmer häufig Trachten und sowohl rumänische als auch Parteifahnen. Eine weitere Ähnlichkeit mit ihrem Vorgänger der Zwischenkriegszeit liegt in der Tatsache, dass die Gruppe beträchtliche moralische Unterstützung von geistlichen Kreisen innerhalb der orthodoxen Kirche erhalten hat.

Der Parteidiskurs betont Werte, die als zentrale rumänische spirituelle Werte dargestellt werden (insbesondere die in Volkstraditionen und der christlichen Orthodoxie verwurzelten) und hebt die Bedrohungen hervor, denen diese Werte durch Akteure innerhalb und außerhalb des Landes ausgesetzt seien. So sind in der Online-Publikation Buciumul (Das Signalhorn) – einem der Sprachrohre der TPT – zahlreiche Artikel zu finden, die Verschwörungen des ungarischen Staates oder der ungarischen Gemeinde in Rumänien anprangern, deren Ziel im Untergraben der territorialen Integrität Rumäniens bestehen soll. Ebenso unterstützt die Bewegung unionistische Forderungen hinsichtlich der „verlorenen Gebiete“ von Bessarabien und Nord-Bukowina. Was externe Bedrohungen betrifft, werden westliche Organisationen, die als „Agenten der Globalisierung“ wahrgenommen werden, oft als Instrumente „geheimer Gesellschaften“ (z. B. der Freimaurer) dargestellt, deren Ziel in der Errichtung einer neuen Weltordnung bestehe. Wie in der rechten Ideologie üblich, stellen sexuelle Minderheiten ebenfalls ein wesentliches Angriffsziel dar, und mehrere Beiträge der Online-Publikation haben Behauptungen über Verbindungen zwischen Homosexualität und Pädophilie aufgestellt.¹⁰

Obwohl sie im Hinblick auf das Wahlgeschehen irrelevant ist, kann die in letzter Zeit wahrgenommene öffentliche Präsenz der TPT für den allge-

10 Mehrere Einträge in Buciumul, seien es Originaleinträge oder Importe aus anderen Online-Kanälen, konzentrieren sich auf diese Aspekte. Siehe unter anderem die folgenden Artikel: „Ce mărturisiri face un francmason pe patul de moarte“, erhältlich unter <http://www.buciumul.ro/2012/06/25/ce-marturisiri-face-un-francmason-pe-patul-de-moarte/> und „Secretul mișcării pentru drepturile homosexualilor: pedofilia“, entnommen aus der christlich-orthodoxen Website „Familia Ortodoxă“ (<http://www.familiaortodoxa.ro>), nachzulesen unter <http://www.buciumul.ro/2012/06/28/secretul-miscarii-pentru-drepturile-homosexualilor-pedofilia/>

meinen gesellschaftlichen und politischen Kontext von Bedeutung sein. Sie zeigt, dass die *Eiserne Garde* (und das, wofür sie stand) nicht nur nach wie vor aktuell ist, sondern auch offen als legitimer Diskurs und politische Alternative im heutigen Rumänien genutzt werden kann.¹¹ Die Zukunft der Partei ist immer noch in der Schwebe, abhängig vom Urteil der Gerichte. Doch selbst wenn sie aufgelöst werden sollte, werden ihre Mitglieder und Sympathisanten aller Wahrscheinlichkeit nach ein anderes Ventil für ihre rechtsextremen Ansichten finden.

2.4 Die Bewegung Neue Rechte (ND) und die *Nationalistische Partei*

Die TPT ist nicht die einzige Organisation im postkommunistischen Rumänien, die das Erbe der Eisernen Garde für sich beansprucht. Ihr größter Rivale in dieser Hinsicht ist die Bewegung Neue Rechte (ND). Im Jahr 2000 gegründet, ist die ND seither ein beständiges Element der rechtsextremen Landschaft Rumäniens. Die Bewegung hat mehr als 25 lokale Zweigstellen (auch in Deutschland, Italien und der Republik Moldau) sowie eine aktive Online-Präsenz aufzuweisen. Über ihre offizielle Internetadresse (www.nouadreapta.org) und ihren Blog (<http://blog.nouadreapta.org>), die Websites einiger ihrer Zweigstellen und die zahlreichen von Mitgliedern und Anhängern geschaffenen Blogs hinaus hat die Bewegung ND einen YouTube-basierten Fernsehkanal mit über 70 hochgeladenen Videos und mehr als 200 Abonnenten vorzuweisen (YouTube, *NouaDreaptă TV*).

Die Ähnlichkeiten zwischen der Bewegung ND und der Partei TPT sind zahlreich. Wie die letztere, findet die ND in erster Linie bei jungen,

11 In diesem Zusammenhang demonstriert die unentschlossene Haltung der Gerichte beim Umgang mit der Partei selbst die Unfähigkeit rumänischer Institutionen, eine entschiedene und standhafte Position gegenüber dem Rechtsextremismus einzunehmen. Zum Beispiel erklärte ein Gericht 2012 die Registrierung der Partei unter dem Namen „Alles für das Land“ für legal, nachdem ein anderes Gericht denselben Namen 1993 zurückgewiesen hatte. Nur Monate später wurde ein weiteres Verfahren gegen die Partei angestrengt, das diesmal die Ideologie der Partei zum Gegenstand hatte und nicht ihren Namen. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Ideologie der Partei seit ihrer Gründung 1993 unabhängig vom jeweiligen Namen nie geändert hat, mutet es seltsam an, dass diese Frage vor diesem Zeitpunkt niemals aufgegriffen worden war.

gebildeten Menschen mit stark nationalistischen Neigungen und christlich-orthodoxem Glauben Anklang. Ihr Vorsitzender ist der 34-jährige Rechtsanwalt Tudor Ionescu, und die meisten ihrer Führungskräfte sind Studenten oder Universitätsabsolventen im Alter zwischen Anfang zwanzig und Ende dreißig.

Die Hauptthemen des Diskurses dieser Bewegung stammen ebenfalls aus einer mythologisierten Interpretation der rumänischen Geschichte, ergänzt um orthodoxe Werte. Doch ihre revanchistischen Tendenzen sind ausdrücklicher formuliert als die der TPȚ. Die offizielle Website zum Beispiel zeigt den Slogan „Für ein würdiges und starkes Großrumänien“ zusammen mit einer Karte, auf der die Grenzen des Landes von 1918–1940 zu sehen sind. Der „Bessarabienzweig“ der Bewegung und seine Aktivitäten in der Republik Moldau verstärken dieses Thema. Ein weiteres zentrales Thema der Bewegung ist die Gegnerschaft gegen die Rechte sexueller Minderheiten. Im Hinblick auf öffentliche Auftritte ist die ND am bekanntesten für das Organisieren von Gegenveranstaltungen (bezeichnet als „Demonstrationen für die Normalität“) gegen Demonstrationen sexueller Minderheiten in Rumänien. Allgemeiner gefasst, nimmt die ND auf unmissverständlich intolerante Art jeden ins Visier, von dem sie der Ansicht ist, er trage zu Rumäniens wirtschaftlichem, gesellschaftlichem oder moralischem Verfall bei. Nach außen sind die bevorzugten Ziele des ND-Diskurses Institutionen wie der IWF und die Weltbank, die häufig als Agenten der Freimaurerei dargestellt werden (ND, Acțiuni 2012). Nach innen sind das „Zigeunerproblem“, „ungarischer Irredentismus“ und das Verhalten der gesamten politischen Klasse bevorzugte Sündenböcke.

Erst 2011 unternahm die Bewegung ND einen Anlauf, in die Wahlpolitik einzusteigen, als sie versuchte, sich unter dem Namen Nationalistische Partei zu registrieren. Die Gerichte wiesen diesen Antrag aber zurück. Folglich liegt die Hauptrelevanz der Bewegung im Organisieren von Grassroots-Aktivitäten außerhalb des Parteienwettbewerbs, darunter Arbeitsprojekte, Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen. Auch in dieser Hinsicht ähnelt sie der *„Alles für das Land“-Partei*.

2.5 Der Einfluss der rumänisch-orthodoxen Kirche (BOR) auf den rechtsextremen Diskurs

Die Einbeziehung der rumänisch-orthodoxen Kirche in diese Abhandlung wird durch die Rolle gerechtfertigt, die sie durch Unterrichtung und Beeinflussung des rechtsextremen Diskurses gespielt hat. Die BOR hat eine lange Tradition der Formulierung bzw. Unterstützung eines ethnisch basierten Verständnisses der Nation. Im Laufe der Zeit überschneidet sich ihre ideologische Position (direkt oder implizit) mit der anderer extrem rechter Gruppen. Im Rumänien der Zwischenkriegszeit war die Zusammenarbeit zwischen der Eisernen Garde und der orthodoxen Kirche umfangreich, und zahlreiche Priester sympathisierten mit der Eisernen Garde und kandidierten sogar für öffentliche Ämter unter dem Banner der „*Alles für das Land*“-Partei (Iordachi, 2004: 35). Aktuell kann die Einstellung der BOR – wie Andreescu (2004: S. 178) herausstellt – anhand von vier Merkmalen zusammengefasst werden: ihrer ausgrenzenden, nationalistischen Definition des rumänischen Staates (die den Staat mit der Nation und die Nation mit dem orthodoxen Glauben gleichsetzt); ihrer autoritären, fundamentalistischen Tendenz, den Begriff der Rechtsstaatlichkeit dem des göttlichen Rechts unterzuordnen; dem Einsatz aggressiver Instrumente, um ihre Position zu schützen; und der Fähigkeit, Menschen und Ressourcen zu mobilisieren, um ihre Ziele zu erreichen.

In Anbetracht der Tatsache, dass Rumänien kürzlich in einem globalen Religiositätsindex den sechsten Platz belegt hat (WIN-Gallup International, 2012) und dass der christlich-orthodoxe Glaube die dominierende Religion des Landes ist, kann es nicht überraschen, dass die Kirche großen Einfluss auf das öffentliche Leben ausübt. Politiker des gesamten ideologischen Spektrums tendieren dazu, sich mit der BOR gutzustellen – beispielsweise indem sie religiösen Zeremonien beiwohnen, um sich die Unterstützung des Volkes zu sichern –, und die Institution ist in der Lage, das Parlament und politische Parteien unter Druck zu setzen, um wohlwollende Entscheidungen für ihre diversen Anliegen zu erreichen. Während des Wahlkampfes 2004 wurde zum Beispiel der Premierminister und

Präsidentschaftskandidat Adrian Năstase, nachdem er wiederholt von Pimen, dem Erzbischof von Suceava und Rădăuți, kritisiert worden war, gezwungen, eine öffentliche Aussöhnung mit dem Erzbischof herbeizuführen und den Rechtsstreit der Kirche zu unterstützen, in dem diese die Rückgabe von 90.000 Hektar Wald forderte (*Ziarul de Iași*, 2004).

Die nationalistischen und intoleranten Einstellungen der BOR werden durch ihre Einmischung in andere Bereiche des öffentlichen Lebens sichtbar. Durch ihre Veröffentlichungen tritt sie als entschiedener Aktivist gegen die Rechte sexueller Minderheiten auf, und sie hat zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen die Rechte Homosexueller stellen, einen Sammelplatz bereitet.¹² Darüber hinaus bestehen belegte Verbindungen zwischen der BOR und neolegionaristischen Gruppen, darunter in Kirchen abgehaltene Versammlungen solcher Organisationen und die Teilnahme orthodoxer Priester an Veranstaltungen, die von solchen Organisationen gesponsert wurden.¹³

Alles in allem spielte die BOR bei der Ausformung rechtsgerichteter Praktiken und Diskurse in Rumänien eine wichtige Rolle. Sie hat nicht nur ideologische Inspiration für rechtsextreme Bewegungen und Organisationen geliefert, sondern häufig hat ihre Einbindung ins öffentliche Leben extrem rechten Handlungen und Ansichten auch Legitimität verliehen.

12 2006 unterzeichneten beispielsweise 22 zivilgesellschaftliche Gruppen und eine Reihe von Privatpersonen eine Petition an die Vertreter der BOR, in der sie von diesen forderten, öffentlich gegen „die aggressive Agenda, die in Rumänien von homosexuellen Aktivisten verfolgt wird“ Stellung zu nehmen. Für Details vgl. http://ro.altermedia.info/familiesocietate/societatea-civila-impotriva-promovarii-homosexualitatii-memoriu_4159.html; letzter Zugriff am 11. August 2012

13 Auf den offiziellen Websites von TPT (<http://www.pentrupatrie.ro/>) und ND (<http://www.nouadreapta.org/>) erhältliche Bilder und Artikel belegen diese Verbindungen.

3. Die Relevanz der extremen Rechten in Rumänien

Wie an früherer Stelle dargelegt und wie unser kurzer Überblick über rechtsextreme Organisationen in Rumänien erkennen lässt, scheint keine wirkliche Gefahr zu bestehen, dass eine dieser Gruppen in absehbarer Zukunft erheblich an politischer Bedeutung gewinnt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens zeichnet sich das rumänische Wahlsystem seit 2008 durch ein kombiniertes Mehrheits- und Verhältniswahlrecht mit einer relativ hohen Erfolgshürde aus (5 % für politische Parteien und bis zu 10 % für politische Bündnisse), was größere Parteien begünstigt (Monitorul Oficial, 2008). Zweitens brachten die Parlamentswahlen im Dezember 2012 vorhersehbare Ergebnisse: die USL sicherte sich mit mehr als 66 % der Sitze im Unterhaus und mehr als 69 % der Sitze im Oberhaus in beiden gesetzgebenden Kammern eine bequeme Mehrheit. Die Rechte rumänische Allianz (ARD) – ein in letzter Minute eingegangenes Bündnis zwischen PDL, *Bürgerlicher Kraft* (FC) und *Christlich-demokratischer nationaler Bauernpartei* (PNȚCD) – konnte nur ca. 2 % mehr Sitze als die PP-DD auf sich vereinigen, und die UDMR schaffte es nur mit Mühe, die Fünfprozenthürde zu überwinden (BEC, 2012a). Die PRM scheiterte kläglich, und die PNG-CD (aufgrund von Becalis Weggang zur PNL) sowie die TPȚ (behindert durch ihr laufendes Gerichtsverfahren) waren bei den Wahlen überhaupt nicht angetreten. Die Tatsache, dass rechtsextreme Gruppen nicht in der Lage waren, die 2012 vorherrschende politische Instabilität auszunutzen, stellt für sie möglicherweise eine ernsthafte Gefährdung dar. Die traditionelle Wählerbasis sowohl der PRM als auch der PNG-CD¹⁴ scheint zur nächsten populistischen Gruppe weitergezogen zu sein, die unrealistische Lösungen für ihre Probleme verspricht; diesmal war es die PP-DD, die Unterstützer anzog und bei den Wahlen aufstieg. Unterdessen sind die Anhänger der Legionärsbewegung der Zwischenkriegszeit tief gespalten zwischen der TPȚ und der ND, wobei zwischen Mitgliedern

14 Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass im Fall der PNG-CD die Verschmelzung von Partei und Parteiführer den Niedergang der Partei unterstreicht. Die Tatsache, dass Becali es schaffte, im Wahlkreis 6 von Bukarest mit mehr als 60 % der Stimmen gewählt zu werden, legt nahe, dass eine große Anzahl seiner Anhänger ihm zur PNL folgte (BEC, 2012a).

und Anhängern beider Gruppen in der in Rumänien starken rechtsextremen Bloggerszene Anschuldigungen und Beschimpfungen ausgetauscht werden.

Die Tatsache, dass Rumänien dem Trend wachsender Wahlunterstützung für die extreme Rechte, der andernorts in Europa zu sehen ist, nicht folgt, mag positiv erscheinen. Allerdings gibt es einige gesellschaftliche, kulturelle und politische Realitäten in Rumänien, die den Optimismus über das Dahinschwinden der extremen Rechten dämpfen könnten.

Erstens gibt es eine sehr große Anzahl rechtsextremer Medienquellen, darunter zahlreiche neolegionaristische internetbasierte Ventile (Websites, Blogs, Veröffentlichungen, Facebook-Gruppen und -Seiten etc.), die offen rassistische und intolerante Materialien verbreiten. Ihre Bedeutung sollten wir nicht unterschätzen.¹⁵ Wie Goodwin (2012) nahelegt, kann das Internet solchen Gruppen für diverse Zwecke dienen: Es hilft ihnen in ihrem „Streben nach Glaubwürdigkeit“, es bietet einen Raum, innerhalb dessen sie die Loyalität ihrer Mitglieder aufrecht erhalten und ein Gefühl von Gemeinschaft und Kameradschaft hervorrufen können, und zu guter Letzt bietet es ihnen die Möglichkeit unmittelbarer Kommunikation und Mobilisierung für kollektive Aktivitäten. Nicht zuletzt hat das Internet dazu beigetragen, Botschaften zu validieren und Stereotypen zu verstärken, die andernfalls vor dem gesunden Menschenverstand nicht bestehen könnten.

Zweitens ist die öffentliche Meinung in Rumänien für exkludierende und diskriminierende Botschaften empfänglich. Eine Umfrage von INSOMAR (2009) hat stark vorurteilsbeladene Einstellungen gegenüber Minderheiten offengelegt. Die Untersuchung kam zu der Feststellung, dass Menschen mit atypischen sexuellen Orientierungen in den Augen der Öffent-

15 Erst im Januar 2013 hat beispielsweise die Polizei eine Ermittlung gegen eine ca. 30 Mitglieder zählende Gruppe namens Autonome Nationalisten in Timișoara eingeleitet, die in ihrem Blog eine Belohnung von 300 RON (ca. 68 €) für jede Roma-Frau ausgeschrieben hatte, die sich freiwillig sterilisieren lassen würde (Iedu, 2013).

lichkeit das schlechteste Image haben, wobei 55 % der Befragten erklärten, sexuelle Minderheiten bräuchten medizinische Behandlung, 90,5 % sagten, dass sie weder selbst eine homosexuelle Person heiraten würden noch akzeptieren würden, dass ein Mitglied ihrer Familie das tut, und 70,9 % angaben, dass sie sich nicht vorstellen könnten, mit einer homosexuellen Person eng befreundet zu sein. Negative Einstellungen gegenüber Roma sind ebenfalls weit verbreitet: 56 % der Befragten erklärten, dass sie sich in der Gegenwart von Roma unwohl fühlten, und 20 % vertraten die Ansicht, dass Roma der Zugang zu bestimmten Geschäften und öffentlichen Räumen verwehrt werden sollte.

Drittens sind intolerante und diskriminierende Tendenzen und Praktiken im Diskurs und den Handlungen öffentlicher Personen sehr präsent, und seitens der Behörden wird ihnen – trotz des Bestehens von Antidiskriminierungsgesetzen – immer noch mit Nachsicht oder völliger Gleichgültigkeit begegnet. Es genügt, einen Blick auf die gegen Roma gerichteten rassistischen Kommentare zweier ehemaliger Außenminister, Adrian Cioroianu 2007 und Teodor Baconschi 2010, oder auf den Fall von PSD-Senator Dan Sova zu werfen, der – obwohl er in einen Skandal aufgrund seiner Leugnung des Holocaust an den Juden in Rumänien verwickelt war – dennoch zum Minister für Parlamentsbeziehungen ernannt wurde (Barbu, 2011; Mihăilescu, 2012).

Schließlich bedeutet die Tatsache, dass rechtsextreme Parteien nicht erfolgreich waren, nicht notwendigerweise, dass Personen, die ihre Ansichten teilen, nicht an der Mainstream-Politik beteiligt sind. Eines der Merkmale der rumänischen Politik nach 1989 ist das, was als *traseism politic*, oder „politisches Kreuzen“ bezeichnet wurde. So haben mehrere ehemalige Mitglieder rechtsextremer politischer Parteien später Aufnahme bei anderen Parteien gefunden. Lia Olguța Vasilescu, die früher wichtige Positionen bei der PRM innehatte, ist derzeit ein prominentes Mitglied der PSD. Der Bürgermeister von Craiova, Anghel Stanciu, ist aktuell PS-Abgeordneter, nachdem er die PRM 2005 verlassen hat. Valeriu Tabără – ehemaliger Führer der PUNR – ist derzeit PDL-Abgeordneter; Vlad Hogeă, ein junger Rechtsanwalt mit extremen nationalistischen Ansichten, lief

von der PRM zur PNG-CD über, dann zur PC und zuletzt zur PP-DD, wo er Exekutivsekretär ist. Der jüngste prominente Fall von Parteiwechsel – George Becalis Wechsel zur PNL (nachdem er bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 auf der Liste der PRM angetreten war) – zeigt, dass Mainstream-Parteien bereit sind, für Wahlvorteile skrupellose Kompromisse einzugehen. Es gibt viele weitere derartige Fälle von Parteiwechsel, und es ist schwer vorstellbar, dass die Ansichten, die Politiker während der Zeit ihrer Aktivität in rechtsextremen Gruppen vertraten, bei den Parteien, denen sie jetzt angehören, nicht wenigstens ein gewisses Maß an Unterstützung gefunden haben. Immerhin legt die Tatsache, dass einige der zuvor genannten Personen bei Wahlen bedeutende Unterstützung mobilisieren konnten, die Annahme nahe, dass ihr Erfolg eher aufgrund dieser Einstellungen zustande kam, als trotz dieser Einstellungen.

All diese Faktoren schaffen einen fruchtbaren Nährboden für Rechtsextremismus und Intoleranz und liefern populistischen Führern und Gruppen Themen, die einfach und effektiv benutzt werden können. Präsident Băsescu hat sich zum Beispiel bei mehreren Gelegenheiten bereit gezeigt, die nationalistische Karte auszuspielen, wobei er den nationalen, einheitlichen Charakter des rumänischen Staates betonte. Seine Bemerkungen, die die Mobilisierung der ungarischen Minderheit in Rumänien durch die ungarische Regierung im Rahmen einer Abspaltungsverschwörung andeuteten, haben eine große Anzahl von Bürgern in Wut versetzt (Cinpoș, 2010: 179–182). Und seine Antwort auf den Vorwurf des moldawischen kommunistischen Präsidenten, Rumänien versuche das Land zu destabilisieren (anspielend auf die Lockerung einer Richtlinie, um Bürgern der Republik Moldau rumänische Pässe zu gewähren), ist ein weiteres anschauliches Beispiel für seine Politik nach dem Motto Auge um Auge, Zahn um Zahn, die sich einer revanchistischen Interpretation der Geschichte bedient (Kramer und Hill, 2009). Wenngleich nicht zu erwarten ist, dass solche Bemerkungen einen tatsächlichen Konflikt zwischen Rumänien und seinen Nachbarn auslösen könnten, fungieren sie doch als Übungen populistischer Profilierung zwischen offiziellen Vertretern der beteiligten Länder. Gleichzeitig könnte ein länger dauernder Schlagabtausch dieser Art zu einer beiderseitigen Radikalisierung des politischen Diskurses, einer zunehmenden Unterstützung für rechtsex-

treme Politik und einer Abkühlung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten führen.

Außerdem sollte man nicht außer Acht lassen, dass die extreme Rechte vor dem aktuellen Hintergrund von wirtschaftlichem Niedergang und Sparpolitik durchaus das Potential hat, an Boden zu gewinnen. Die Antipathie gegenüber der EU und anderen internationalen Organisationen wie dem IWF hat in Rumänien zugenommen. Das ist zwar auch andernorts in Europa der Fall, doch die derzeitige Abhängigkeit des Landes von IWF-Darlehen hat dazu geführt, dass eine wachsende Anzahl von Bürgern die Regierung als Marionette dieser Organisation betrachtet. Diese Stimmung gibt dem anti-europäischen und Antiglobalisierungsdiskurs populistischer rechtsextremer Gruppen neue Nahrung. Wenngleich sie nicht notwendigerweise in Unterstützung für solche Gruppen umschlägt, bereitet sie doch den Weg für eine weitere Radikalisierung der Mainstream-Politik.

4. Umgang mit der extremen Rechten: mögliche Gegenmaßnahmen

Die Fachliteratur unterstreicht die Herausforderungen des Umgangs mit der extremen Rechten aufgrund der Unterschiedlichkeit der Gruppen, die unter diesem Oberbegriff zusammengefasst werden, und aufgrund der Arten von Bedrohung, die sie für die Demokratie darstellen (Mudde, 2004). Der abschließende Abschnitt dieser Arbeit wird zwei Arten des Herangehens an diese Herausforderungen ausloten, wie sie sich im Falle Rumäniens darstellen: erstens Strategien, die politische Parteien und staatliche Institutionen einschließen, und zweitens Strategien, die die Zivilgesellschaft, die Medien und andere nichtstaatliche Akteure betreffen.

Was die zuerst genannten Strategien betrifft, verbietet die rumänische Gesetzgebung eine Reihe extremistischer Erscheinungsformen. Dazu gehören sowohl faschistische, kommunistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten, Organisationen und Symbole als auch Diskriminierung unter anderem aufgrund von Rasse, Geschlecht, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Sprache, Religion, gesellschaftli-

chem Status, Überzeugungen, sexueller Orientierung und Alter (US-Außenministerium 2011). Zusätzlich sollen staatliche Institutionen wie der *Avocatul Poporului* (das Amt des Ombudsmannes) und der Nationalrat für die Bekämpfung der Diskriminierung (CNCD) die Rechte aller Bürger schützen. Dennoch sind staatliche Organe, darunter auch die Polizei, häufig dafür kritisiert worden, die Bürgerrechte nur unzureichend zu schützen, nur schleppend zu arbeiten (insbesondere wenn hochrangige Amtsträger involviert sind), Vorfälle im Zusammenhang mit antisemitischem Vandalismus herunterzuspielen und bestimmte Menschengruppen, insbesondere Roma, schlecht zu behandeln (US-Außenministerium, 2011).

Obleich die staatlichen Akteure Fortschritte gemacht haben, besteht nach wie vor das Problem, dass ihr öffentliches Verhalten nicht im Einklang mit dem gesetzlichen Rahmen steht, innerhalb dessen sie arbeiten. Immer noch geschieht es recht häufig, dass Mitglieder politischer Mainstream-Parteien in ihrer öffentlichen Rhetorik offen nationalistische, rassistische oder diskriminierende Standpunkte einnehmen, die von der Leugnung des Holocaust bis hin zu aufwieglerischen Aussagen reichen.¹⁶ Somit sind Bußgelder, die Menschen wie Becali für diskriminierende Äußerungen auferlegt werden, nur „Schläge auf die Finger“ und ohne unmittelbare Konsequenzen. Beunruhigenderweise scheint das Fernsehen solches Verhalten zu unterstützen. Becali zum Beispiel erhält viel Sendezeit, da seine offensiven Ausbrüche für hohe Einschaltquoten sorgen, und er steht immer gern zur Verfügung. So entsteht ein Teufelskreis, der nur sehr schwer zu durchbrechen ist und der Vorurteile und Diskriminierung normalisiert, indem er sie ins Licht der Unterhaltung rückt. Solange rumänische Politiker nicht aufhören, sich in „beiläufiger Intoleranz“ zu üben, und politische Parteien und staatliche Institutionen nicht

16 Einige wichtige Beispiele wurden zuvor erörtert. Zusätzlich ist der 2010 vom PDL-Parlamentsmitglied Silviu Prigoană eingebrachte Gesetzesvorschlag erwähnenswert, die Bezeichnung „Roma“ in „*țigani*“ zu ändern, angeblich um Verwechslungen mit „roman“ (Rumäne) auszuschließen. Der Vorschlag wurde schließlich vom Senat zurückgewiesen, er hatte aber die Unterstützung der Rumänischen Akademie. Unterdessen hat eine für diese Änderung eintretende Internetpetition bereits mehr als 77 000 Unterschriften gesammelt, und eine ebenso gesinnte Facebook-Seite hat bislang 20 000 Unterstützer angezogen.

gewillt sind, bei Gesetzesverstößen sinnvolle Sanktionen zu verhängen (z.B. Entfernung aus öffentlichen Ämtern und Parteiausschluss), wird eine Kultur der Exklusion verstärkt und legitimiert.

Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen die doppelte Last, die Öffentlichkeit im Geiste der Inklusion und Toleranz zu erziehen und Druck auf politische Institutionen und Medien auszuüben, um die Verbreitung rechtsextremer und diskriminierender Ansichten zu stoppen. Auf lange Sicht könnte ein Ansatz von „Zuckerbrot und Peitsche“ positive Ergebnisse bringen.

Erziehung – das „Zuckerbrot“ in dieser Analyse – ist die wichtigste Voraussetzung einer toleranten Gesellschaft, und das ist ein Bereich, den NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen erfolgversprechend besetzen könnten. Da es so oft rumänische Partieliten und andere Personen des öffentlichen Lebens sind, die intolerante Haltungen zum Ausdruck bringen, könnten Bemühungen um deren gesteigerte Verpflichtung auf Gleichheit, Vielfalt und Inklusion dabei helfen, beiläufige Intoleranz in der Öffentlichkeit allgemein zu reduzieren. In späteren Phasen könnte dieses Projekt sich auf die Förderung institutioneller Veränderungen verlagern, die vergleichbare Verpflichtungen zum Ausdruck bringen. Auf längere Sicht könnten öffentliche Institutionen dabei unterstützt werden, interne Erziehungsprogramme für alle Mitglieder und Angestellten zu entwickeln und so einen sich selbst tragenden Rahmen zu schaffen. Diese spezifischen kurz- und langfristigen Aktivitäten könnten mit breiter angelegten Kampagnen kombiniert werden, wie zum Beispiel Lobbytätigkeit bei relevanten Behörden, um den Lehrplan für staatsbürgerliche Erziehung in den Schulen zu verbessern. NGOs unternehmen schon jetzt beachtliche Anstrengungen, um ein öffentliches Bewusstsein gegen Diskriminierung und Intoleranz zu schaffen. Solche Erziehungsprojekte könnten jedoch von umfangreicherer öffentlicher Begleitung profitieren.

Zusätzliche Strategien könnten der Arbeit antifaschistischer Organisationen in Ländern wie Großbritannien und Schweden nachempfunden werden, die häufig Gegenproteste (nicht ohne Ähnlichkeit mit den Demonstrationen der ND in Rumänien) organisieren, die den Einfluss von

Veranstaltungen extremistischer Gruppen minimieren sollen. Hierbei geht es nicht nur darum, die konkreten Ziele solcher Veranstaltungen und Organisationen zu unterminieren, sondern auch darum, eine solide und sichtbare Kritik am Rechtsextremismus allgemein zum Ausdruck zu bringen und Personen, die diese Einstellung teilen, sonst aber passiv und unengagiert sind, Kanäle und Anreize für aktives Handeln zu bieten. Schließlich könnte die Ausübung von verstärktem Druck auf Behörden hinsichtlich der Durchsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen – die „Peitsche“ in dieser Analyse – ebenfalls dazu beitragen, Rechtsextremismus und Intoleranz in Rumänien zu bekämpfen. Derzeit gleicht der CNCD beim effektiven Umgang mit Diskriminierung eher einem zahnlosen Tiger. Der bestehende strafrechtliche Rahmen könnte Bürgern mehr Schutz bieten, wenn nur die betreffenden Organe (wie Polizeibeamte, Staatsanwälte und Gerichte) überzeugt oder gezwungen werden könnten, ihn auch einzusetzen.

Da die öffentliche Meinung in Rumänien in Fragen von Gleichheit, Vielfalt und Inklusion immer noch stark polarisiert ist, kämpfen zivilgesellschaftliche Organisationen einen schwierigen Kampf. Doch in den vergangenen zehn Jahren konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden, sowohl dank der Einrichtung des CNDC als auch dank der Ausbreitung von Organisationen, die sich der Bekämpfung der Diskriminierung verschrieben haben.

5. Schlussfolgerungen

Wie diese Untersuchung darlegt, sind rechtsextreme Gruppen in Rumänien bei Wahlen von geringer Bedeutung. Zu einer sichtbaren Zunahme des politischen Erfolges solcher Parteien wird es in naher Zukunft wahrscheinlich nicht kommen, eine Prognose, die vom Ergebnis der Parlamentswahlen im Dezember 2012 bestätigt wird. Das soll jedoch nicht heißen, dass es in Rumänien keine extreme Rechte gibt. Besorgniserregend ist, dass rassistische, diskriminierende und intolerante Haltungen in der rumänischen Gesellschaft latent sind. Beiläufige Intoleranz ist weit verbreitet, und doch scheint die politische Klasse nicht gewillt zu sein,

den Versuch zu unternehmen, sie aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Folglich bleiben rassistische oder diskriminierende Stellungnahmen häufig unbestraft. Wenn Politiker sich weigern, mit gutem Beispiel voranzugehen (was in Rumänien angesichts der Gleichgültigkeit und Schwäche staatlicher Organe mit Sicherheit der Fall ist), müssen zivilgesellschaftliche Organisationen in die Bresche springen und den Versuch unternehmen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, selbst gegen erhebliche Widerstände. Abschließend lässt sich sagen, dass es trotz der zuletzt schwachen Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Rumänien (eine Abweichung vom aktuellen Trend in anderen europäischen Ländern) Wachstumspotential für Rechtsextremismus gibt, was wiederum der allgemeinen Tendenz in Europa entspricht.

Verzeichnis der Abkürzungen:

BEC	Zentrales Wahlbüro
BOR	Rumänisch-orthodoxe Kirche
CNCD	Nationalrat für die Bekämpfung der Diskriminierung
EU	Europäische Union
FC	Bürgerliche Kraft
IWF	Internationaler Währungsfonds
MOE	Mittel- und Osteuropa
ND	Neue Rechte
PDL	Demokratisch-liberale Partei
PNG-CD	Partei der neuen Generation – Christdemokraten
PNȚCD	Christlich-demokratische nationale Bauernpartei
PP-DD	Volkspartei – Dan Diaconescu
PPP	Partei für das Vaterland
PRM	Partei für ein Großrumänien
PSD	Sozialdemokratische Partei
PUNR	Partei für die nationale Einheit Rumäniens
SRSP	Rumänische Gesellschaft für Politikwissenschaft
TPT	Alles für das Land
UDMR	Ungarische demokratische Union von Rumänien
USL	Sozial-liberale Union

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Adevărul (kein Autor angegeben, 2012): „Gigi Becali și-a depus adeziunea la PNL“, 19. Oktober. Erhältlich unter: http://adevarul.ro/news/politica/gigi-becali-si-a-depus-adeziunea-pnl-1_50aeb0547c42d5a6639f240d/index.html#; letzter Zugriff am 22. Januar 2013.
- Agrigoroaie, G. (2003): „Cu ajutorul tacit al trădătorilor din PSD, ungurii pun la cale dezmembrarea țării“. In: *România Mare*, 9. Mai.
- Agrigoroaie, G. (2012): „Nu șovinii unguri sînt de vină – ci ‘cozile de topor’ românești Soluții pentru stîrpirea năpîrcilor horthyste“. In: *România Mare*, 30. März.
- Andreescu, G. (2004): „Romania“. In: C. Mudde (Hg.): *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*. London: Routledge, S. 171 – 194.
- Barbu, D. (2011): „Roma and the Public Discourse in Romania: Best Practice Guidelines“. In: *Romani CRISS*. Erhältlich unter: http://www.romanicriss.org/PDF/Indrumar_de_adresare%20politicieni.pdf; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Billing, M. (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.
- Biroul Electoral Central (BEC) (2008a): „Alegeri pentru Camera Deputaților și Senat, 30 noiembrie 2008“. Erhältlich unter: <http://www.becparlamentare2008.ro/>; letzter Zugriff am 8. Oktober 2012.
- Biroul Electoral Central (BEC) (2008b): „Alegeri pentru Autoritățile Administrației Publice Locale“. Erhältlich unter: <http://www.beclocale2008.ro/>; letzter Zugriff am 8. Oktober 2012.
- Biroul Electoral Central (BEC) (2012a): „Alegeri pentru Camera Deputaților și Senat, 9 decembrie 2012“. Erhältlich unter: <http://www.becparlamentare2012.ro/>; letzter Zugriff am 22. Januar 2013.
- Biroul Electoral Central (BEC) (2012b): „Alegeri pentru Autoritățile Administrației Publice Locale“. Erhältlich unter: <http://www.beclocale2012.ro/>; letzter Zugriff am 8. Oktober 2012.
- Cinpoș, R. (2010): *Nationalism and Identity in Romania: A History of Extreme Politics from the Birth of the State to EU Accession*. London: I.B. Tauris.

- Ciupercă, C. (2012): „Parchetul cere dizolvarea partidului legionarilor. Vezi de ce“, *România Liberă*, 22. Juli. Erhältlich unter: <http://www.romanialibera.ro/actualitate/justitie/parchetul-cere-dizolvarea-partidului-legionarilor-vezi-de-ce-271164.html>; letzter Zugriff am 21. Januar 2013.
- Deletant, D. (1993): „Convergence versus Divergence in Romania: the Role of the Vatra Românească Movement in Transylvania“. In: P. J. S. Duncan und M. Rady (Hg.): *Towards a New Community. Culture and Politics in Post-Totalitarian Europe*. London: SSEES, S. 101 – 120.
- Eatwell, R. (2004): „Introduction: the New Extreme Right Challenge“. In: R. Eatwell und C. Mudde (Hg.): *Western Democracies and the New Extreme Right Challenge*. London: Routledge, S. 1 – 16.
- Evenimentul Zilei (2012): „Supărați că Becali candidează pentru USL, membrii PNG Mediaș su plecat la PDL“, 27. November. Erhältlich unter: <http://www.evz.ro/detalii/stiri/suparati-ca-becali-candideaza-pentru-usl-membrii-png-medias-au-plecat-la-pdl-1013205.html>; letzter Zugriff am 22. Januar 2013.
- Frusetta, J. und A. Glont (2009): „Interwar Fascism and the post-1989 Radical Rights: Ideology, Opportunism and Historical Legacy in Bulgaria and Romania“. In: *Communist and Post-communist Studies*, Jg. 42, S. 551 – 571.
- Gallagher, T. (1992): „Vatra Românească and the Resurgent Nationalism in Romania“. In: *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 15, Nr. 4, S. 570 – 598.
- Georgescu, R. (2012): „Diaconu, despre fuziunea cu PNG: Mie nu-mi plac cocktail-urile de orice, nu susțin deea“. In: *Adevărul*, 11. Oktober. Erhältlich unter: http://adevarul.ro/news/politica/gigi-becali-si-a-depus-adeziunea-pnl-1_50aeb0547c42d5a6639f240d/index.html#; letzter Zugriff am 22. Januar 2013.
- Goodwin, M. (2012): „We Must Respond to the Far Right’s Web Threat“. In: *The Guardian*, 7. August. Erhältlich unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/aug/07/respond-far-right-web-threat?INTCMP=SRCH>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Hainsworth, P. (2008): *The Extreme Right in Western Europe*. London: Routledge.

- Iedu, L. (2013): „Percheziții în cazul naționaliștilor ce au anunțat recompense pentru femeile române ce se sterilizează“. In: *Mediafax.ro*, 14. Januar. Erhältlich unter: <http://www.mediafax.ro/social/perchezitii-in-cazul-nationalistilor-ce-au-anuntat-recompensa-pentru-femeile-romane-ce-se-sterilizeaza-10460811>; letzter Zugriff am 22. Januar 2013.
- INSOMAR (2009): „Fenomenul discriminării în România: percepții și atitudini“. In: *Consiliul Național pentru Combaterea Discriminării*. Erhältlich unter: <http://www.cncd.org.ro/files/file/Fenomenul%20discriminari%202009.pdf>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Ionel, C. (2012): „Becali despre alianța cu Vadim Tudor: nu ne-am înțeles la negocieri. Voi candida singur la Primăria București“. In: *Hotnews.ro*, 9. April. Erhältlich unter: http://revistapresei.hotnews.ro/stiri-radio_tv-11957697-becali-despre-aliana-vadim-tudor-nu-inteles-negocieri-voi-candida-singur-primaria-bucuresti.htm; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Iordachi, C. (2004): „Charisma, Religion, and Ideology: Romania's Interwar Legion of the Archangel Michael“. In: J. R. Lampe und M. Mazower (Hg.): *Ideologies and National Identities: the Case of Twentieth-Century Southeastern Europe*. Budapest: Central European University Press, S. 19–53.
- Kramer, D. J. und Hill, W. H. (2009): „Moldova: the Twitter Revolution that Wasn't“. In: *Open Democracy*. Erhältlich unter: <http://www.opendemocracy.net/article/email/moldova-the-twitter-revolution-that-wasn-t>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Mihăilescu, R. (2012): „Dan Sova, ministru pentru relația cu Parlamentul. Coleg de facultate cu Victor Ponta, a fost trimis la Washington să se documenteze despre Holocaust, după o gafă televizată“. In: *Hotnews*, 6. August. Erhältlich unter: <http://www.hotnews.ro/stiri-politic-12965436-dan-sova-ministru-pentru-relatia-parlamentul-coleg-facultate-victor-ponta-fost-trimis-washington-documenteze-despre-holocaust-dupa-gafa-televizata.htm>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Mudde, C. (2000): *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester: MUP.
- Mudde, C. (2004): „Conclusion: Defending Democracy and the Extreme Right“. In: R. Eatwell und C. Mudde (Hg.): *Western Democracy and the New Extreme Right Challenge*. London: Routledge, S. 193–212.

- Mudde, C. (2005): „Racism and Extremism in Central and Eastern Europe“. In: *East European Politics and Societies*, Jg. 19, Nr. 2, S. 161 – 184.
- Mungiu-Pippidi, A. (2004): „Milosevic’s Voters: Explaining Grassroots Nationalism in Postcommunist Europe“. In: A. Mungiu-Pippidi und I. Krastev: *Nationalism after Communism: Lessons Learned*. Budapest: Central European University Press, S. 43 – 80.
- Noua Dreaptă (ohne Jahr): „Conducerea“. Erhältlich unter: <http://www.nouadreapta.org/conducerea.php>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Noua Dreaptă (2012): „Timișoara: Marș naționalist împotriva ‚Guvernului FMI‘“. In: *Acțiuni 2012*. Erhältlich unter: http://www.nouadreapta.org/actiuni_prezentare.php?idx=397; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Parlamentul României (2008): „Lege pentru alegerea Camerei Deputaților și a Senatului și pentru modificarea și completarea Legii nr. 64/2004 pentru alegerea autorităților administrației publice locale, a Legii administrației publice locale nr. 215/2001 și a legii nr. 303/2004 privind Statutul aleșilor locali“. In: *Monitorul Oficial al României*, partea I, nr. 196, 13. März.
- Partidul „TPȚ” (ohne Jahr): Offizielle Website. Erhältlich unter: <http://www.pentrupatrie.ro>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- PRM (ohne Jahr): „Doctrina Partidului România Mare“. Erhältlich unter: <http://partidulromaniamare.ro/doctrina/prm/doctrina-prm/doctrina-partidului-romania-mare>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- PRM (ohne Jahr): „Statutul Partidului România Mare“. Erhältlich unter: <http://partidulromaniamare.ro/statut/prm/statut-prm/statutul-partidului-romania-mare>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- ProTV (2012): „Homosexualii sunt protejați de Satan.‘ Becali, judecat la Luxemburg pentru declarații defăimătoare“. Auf *ȘtirileProTV*. Erhältlich unter: <http://stirileprotv.ro/stiri/social/homosexualii-sunt-protejati-de-satan-becali-judecat-la-luxemburg-pentru-declaratii-de-faimatoare.html>; letzter Zugriff am 10. August 2012.
- Shafir, M. (2004): „Profile: Gigi Becali“. In: *RFLR*. Erhältlich unter: <http://www.rferl.org/content/article/1056373.html>; letzter Zugriff am 11. August 2012.

- Societatea Română de Științe Politice (2004): Alegeri 2004. Erhältlich unter: <http://alegeri.ong.ro/alegeri.htm>; letzter Zugriff am 10. August 2012.
- Sum, P. E. (2010): „The Radical Right in Romania: Political Party Evolution and the Distancing of Romania from Europe“. In: *Communist and Post-communist Studies*, Jg. 43, S.19–29.
- Tricolorul.ro (2012): „În atenția cititorilor noștri. O lămurire necesară“, 30. Januar. Erhältlich unter: <http://www.ziarultricolorul.ro/comunicate-de-presa/n-atenia-cititorii-notri-o-lmurire-necesar.html>; letzter Zugriff am 10. August 2012.
- Tricolorul.ro (2012): „Fuziune OTRM – OTUNPR“, 7. Mai. Erhältlich unter: <http://www.ziarultricolorul.ro/comunicate-de-presa/fuziune-otrm--otunpr.html>; letzter Zugriff am 10. August 2012.
- Tudor, C.V. (2001): *Discursuri*, Band I und II. București: Editura Fundației România Mare.
- Tudor, C. V. (2002): „Oameni și porci“. In: *România Mare*, 18. Januar.
- Verdery, K. (1993): „Nationalism and National Sentiment in Post-socialist Romania“. In: *Slavic Review*, Jg. 52, Nr. 2, S. 179–203.
- WINN-Gallup International (2012): *Global Index of Religiosity and Atheism*. Erhältlich unter: http://194.88.148.109/6c/f4/d2/47/default_504313010868.pdf?c=ab55dd31ce7231813a4db6cd4f9c27a5; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- YouTube (kein Datum): *NouaDreaptă TV*. Erhältlich unter: <http://www.youtube.com/user/NouaDreaptaTV>; letzter Zugriff am 11. August 2012.
- Ziarul de Iași (2004): „Pimen ne-a dojenit pe bună dreptate“, 1. November. Erhältlich unter: <http://www.ziaruldeiasi.ro/national-extern/pimen-ne-a-dojenit-pe-buna-dreptate~ni3i5m>; letzter Zugriff am 11. August 2012.

Die Rechtsextreme im politischen Mainstream der Ukraine: Was steht bevor?

Mridula Ghosh

Die Ergebnisse der Wahlen vom Oktober 2012 zur *Werchowyna Rada* (dem Obersten Rat der Ukraine) hat in der gesetzgebenden Politik der Ukraine ein neues Kapitel eröffnet: Ein großes osteuropäisches Land mit 45 Millionen Menschen strebt nach einer engeren Integration in die EU. Trotz der bescheidenen Erwartungen an ihre Wahlaussichten, haben sowohl die extreme Linke als auch die extreme Rechte eine bedeutende Anzahl an Sitzen gewonnen und Parlamentsfraktionen gebildet und ihre gemäßigten demokratischen Rivalen aus der politischen Mitte zurückgedrängt. Bezeichnenderweise besteht das Trio der parlamentarischen Führungsriege nun aus dem Sprecher der führenden *Partei der Regionen*, dem Ersten Stellvertretenden Sprecher der *Kommunistischen Partei* (die bei den Wahlen 13,18 % erreicht hat und somit auf 32 Sitze kam), und einem Stellvertretenden Sprecher der rechtsextremen *All-Ukrainischen Union Swoboda* (oder „Freiheit“, im Folgenden kurz: *Swoboda*). Während die Kommunisten in der nationalen Legislative stets vertreten waren, seitdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangt hat, traf die Tatsache, dass *Swoboda* mehr als 10,45 % der Verhältniswahl (womit sie auf 25 Sitze kam) und noch dazu 12 Sitze bei Einzelmandaten in Wahlkreisen gewonnen hat, viele Bürger völlig unerwartet. Zum ersten Mal zog die rechtsextreme *Swoboda* mit einer Fraktion von 37 Mitgliedern in das Parlament mit 450 Sitzen ein.

Das Kunststück, das *Swoboda* bei den Wahlen gelungen ist, wirft verschiedene Fragen auf. Welche Auswirkung hat die Radikalisierung der nationalen Politik auf die Pläne der Ukraine, sich in Europa zu integrieren? Welchen Einfluss hat die Woge von Rechtsextremismus auf die Zukunft des ukrainischen Staates, sein demokratisches System, das bevorstehende



Demonstrationen von *Swoboda*-Anhängern in Kiew im November 2012 nach den Parlamentswahlen

Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union und seine Rolle innerhalb einer größeren internationalen Gemeinschaft? Der vorliegende Artikel behandelt diese Fragen, indem er den historischen, den ideologischen Ursprung, die derzeitige Situation und internationale Aspekte von *Swoboda*s Aufstieg in der Ukraine aufzeigt.

Die Herausbildung der Rechtsextremen: ein historischer Überblick

In den frühen Jahren der unabhängigen Ukraine – zwischen den späten 1980ern und den frühen 1990ern – spielten Rechtsextremismus und nationalistische Parolen wie: „die Ukraine den Ukrainern!“ keine Rolle in der etablierten Politik. Die Gesetze zur Sprache (1989), Staatsbürgerschaft (1991), zu den ethnischen Minderheiten (1992) und später zur Verfassung (1996) legten die politischen Grundlagen des Landes. Allerdings

wurden auch damals Versuche unternommen, allem eine nationalistische Färbung zu verpassen. Im Herbst 1993 sandte beispielsweise das Ministerium für Erziehung ein Schreiben an die pädagogischen Einrichtungen und ordnete an, in die Lehrpläne den „wissenschaftlichen Nationalismus“ aufzunehmen, was an den „wissenschaftlichen Kommunismus“ zur Zeit der Sowjetunion erinnerte. In Reaktion auf den Aufschrei Intellektueller wie Yevhen Bystrytsky¹ wurden diese Versuche aber schließlich aufgegeben. Zwei Jahrzehnte stockender ökonomischer und sozialer Reformen, systembedingter Probleme, umstrittener Politik (z. B. dem berüchtigten Gesetz zur Sprache von 2012, das regionalen Sprachen mehr Geltung verschafft und die Idee von einer Muttersprache entstellt), ständige Spannungen mit Russland wegen des Gaspreises und der Zugeständnisse an Russland beim Charkiw-Abkommen sorgten in ihrer Summe dafür, den demokratischen Block zu spalten und gleichzeitig den Extremismus der politisch weit rechts Stehenden zu stärken.

Im politischen Spektrum der Ukraine ist eine reichliche Anzahl Parteien registriert. Die heutige Parteienlandschaft zeugt von einer großen Bandbreite, darunter die liberale Mehrheit (66.18 %), die gemäßigte Linke (3.86 %), Parteien mit kommunistischen Programmen (1.45 %) und Parteien, die ihre Ideologie nicht näher definieren (22.71 %).² Vierzehn Parteien, die die restlichen 5.8 % des politischen Spektrums ausmachen, definieren sich als Nationalisten bzw. national ausgerichtete Rechtsorientierte. *Swoboda* führt die Liste an, gefolgt von *Narodniy Rukh Ukrayini*, der *Ukrainian National Assembly* [Ukrainische Nationalversammlung], der *Social National Assembly* [Soziale Nationalversammlung], dem *Congress of Ukrainian Nationalists* [Kongress der Ukrainischen Nationalisten], „*Reformy ta Poryadok*“ und einer Schar kleinerer Parteien: die *Ukrainian Party* [Ukrainische Partei], die *Organization of Ukrainian Nationalists* [Organisation der Ukrainischen Nationalisten], *Ukrainska Soborna Partiya*, *Bratstvo*, die *Social Patriotic Alliance of the Slavs* [Sozialpatriotische Vereinigung der

1 Bystrytskyi Yevhen “Chomu natsionalizm ne mozhe buty naukoyu” (“Why nationalism cannot be a science”), in *Politychna Dumka* 1994:2, pp. 30–35.

2 <http://www.politico.ua>.

Slawen], die *Ukrainian National Conservative Party* [Ukrainische National-konservative Partei], *Samovryadna Ukrainska Derzhava* und die *Ukrainian Platform Sobor* [Ukrainische Plattform Sobor]. Als Folge der Unabhängigkeit haben sich auch mehrere Gruppen herausgebildet, die russischen Nationalismus propagieren, wie der *Ruskyi Bloc*, die *Slavic Party* [Slawische Partei] und einige Organisationen von Kosaken, die zumeist in den südlichen Regionen von des Landes rund um Odessa und auf der Krim aktiv sind.

Historisch gesehen knüpft rechtsnationale Ideologie an nationalistische Traditionen der Westukraine an, die sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen herausgebildet hatten. Zu der Zeit bekämpften Ukrainer erst die polnische und dann die sowjetische Herrschaft, ursprünglich angeführt von der *Ukrainian Armed Resistance* [Ukrainischer Bewaffneter Widerstand] und später, ab 1929, von der *Organization of Ukrainian Nationalists* (OUN) [Organisation der Ukrainischen Nationalisten].³ Beide Gruppen verfochten Terrorismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Bolschewismus und das, was sie als „integralen Nationalismus“ bezeichneten, wie er in den Ideen von Dmytro Dontsov zum Ausdruck kam. 1940 spaltete sich die OUN in zwei Fraktionen, eine gemäßigte (OUN-M, die Anhänger von Andriy Melnik) und eine radikale (OUN-R, die Anhänger von Stepan Bandera). Taktische Kollaboration mit den Nazis führte zur völligen Ablehnung der OUN-R in den östlichen und südlichen Regionen des Landes, auch wenn der bewaffnete Arm der OUN-R, die *Ukrainian Rebel Army* (UPA), zu dem Zeitpunkt sowohl gegen die nationalsozialistischen Besatzer als auch gegen die Russen kämpfte. Während der Ära der Sowjetunion mäßigten emigrierte Anführer der OUN-R in München ihren Radikalismus, betrieben jedoch weiterhin Lobbyarbeit für eine unabhängige Ukraine, und mit der eintretenden Unabhängigkeit statteten sie die Jugendlichen des Landes mit nationalistischer Literatur aus, die zuvor verboten gewesen war.

3 Nahailo Bohdan, „RFE/RL Research Report,“ June 1994.

Eine Organisation, die *Union of Ukrainian Youth* [Union der ukrainischen Jugend] (in den 1990ern in Lemberg gegründet), war anfangs vom integralen Nationalismus begeistert, doch später wurden ihre führenden Aktivist:innen, Oleg Vitovich, Anatoliy Shcherbatyuk und Volodymyr Yavorskiy wegen ihrer rechtsextremen Äußerungen verurteilt und des Landes verwiesen. Der radikale Nationalismus wurde an den Rand gedrängt und fand seinen Platz in Dmitry Dontsovs Fan Club und der *Ukrainian Nationalist Union* [Nationale Ukrainische Union], deren Vorsitzender Dmytro Korchynskiy⁴ in Kiew residierte. Kleinere, neu geformte nationale Parteien – wie die *Ukrainian National Party* [Ukrainische Nationalpartei] und die *State Autonomy of Ukraine-DSU* [Staatliche Autonomie der Ukraine-DSU] – blühten auf, weigerten sich jedoch, mit gemäßigten nationalen demokratischen Anführern von Rukh (wie Vyacheslav Chornovil, Myhailo und Bohdan Horyn, sowie Levko Lukyanenko von der *Republican Party* [Republikanische Partei] zu kooperieren und sich an Wahlen zu beteiligen. Es wurde eine innerparteiliche Vereinigung unter Leitung von Yuriy Shukhevych (dem Sohn von Roman Shukhevych, der die UPA anführte) gebildet, um sich für eine engere Zusammenarbeit einzusetzen. Diese Bemühungen konnten jedoch nicht verhindern, dass sie an den Rand gedrängt wurden und sich aufsplitteten. In der Folge waren sie nicht mehr dazu in der Lage, ihre radikalen Vorstellungen in die politischen Alltagsthemen der ukrainischen Politik einzubringen.

Nach dem misslungenen Putschversuch von 1991 und dem Zusammenbruch der UdSSR wurde diese innerparteiliche Vereinigung in *Ukrainian National Assembly* [Ukrainische Nationalversammlung] (UNA) umbenannt. Ihr bewaffneter Flügel, bekannt als *Ukrainian National Self Defence* (UNSO) [Nationale Ukrainische Selbstverteidigung], begab sich in die politische Arena und mischte sich in gewalttätige Konflikte ein und organisierte Aktionen auf der Krim, in Moldawien und Georgien. Seit 1993 macht die DSU unter Führung von Roman Koval und Ivan Kandyba offen

4 Ibid

von der Parole „die Ukraine den Ukrainern“ Gebrauch und plädiert für eine Politik, die „Mischehen“ untersagt und Nicht-Ukrainern die Einreise in die Ukraine verbietet, und darüber hinaus die Auswanderung aller Russen und Juden fordert. Ende 1993 gründeten sie die Organisation der *Ukrainian Nationalists* (OUN Ukraine) [Ukrainische Nationalisten]. Als die führenden Köpfe einer Emigranten-Organisation (an ihrer Spitze die Witwe von Yaroslav Stetsko, Frau Yaroslava Stetsko), die in der ehemaligen Sowjetunion verboten gewesen war, davon erfuhren, dass der Name von OUN in dieser Weise verwendet wurde, organisierten sie 1993 in der Ukraine den *Congress of Ukrainian Nationalists* [Kongress der Ukrainischen Nationalisten] (CUN). OUN Ukraine bekannte sich nach ihrer Gründung offen dazu, sowohl antisemitisch als auch antirussisch zu sein und daher zur Politik von CUN im Widerspruch zu stehen.

Während der letzten zwanzig Jahre haben die Wahlauftritte der rechtsextremen Parteien kraftlos gewirkt. Die Mehrheit von ihnen, einschließlich *Swoboda*, schloss sich mit anderen zusammen, um mit ihrer geringen Präsenz die Parlamentswahlen von 1998, 2002, 2006 und 2007 zu überstehen. Die meisten Mitte-rechts-Parteien – einschließlich des Kongresses der *Ukrainian Nationalists* [Ukrainische Nationalisten], der *Ukrainian People's Party* [Partei des Ukrainischen Volkes], Rukh und Reformy ta Poryadok – positionierten sich vorzugsweise als nationale Demokraten anstatt als eingefleischte Extremisten. Sie arbeiteten an Partnerschaften mit der ideologisch geprägten *Christian Democratic Party* [Christlich-Demokratischen Partei] und Mainstream-Parteien wie *Nasha Ukrayina*, *Batkivschyna* und *Front Zmin*.

Die Allukrainische Vereinigung *Swoboda* (zuvor bekannt als die *Social-National Party of Ukraine – SNPU* [Sozial-Nationale Partei der Ukraine]) wurde 1991 in Folge eines Zusammenschlusses gegründet und ist eine Vereinigung aus *Varta Rukhu*, *Students' Brotherhood* [Studentische Bruderschaft], *Organization of Ukrainian Youth* („Spadshyna“) [Organisation der Ukrainischen Jugend] und *Ukrainian Veterans of Afghanistan* [Ukrainische Afghanistan-Veteranen]. Bis zu ihrer amtlichen Eintragung am 16. Oktober 1995 beteiligte *Swoboda* sich nicht an den Wahlen. 1994

bekamen ihre Mitglieder jedoch vier Sitze im Stadtrat von Lemberg und einige Büros in der Westukraine, die unabhängig davon betrieben wurden. Bei den Wahlen 1998 bildete SNPU einen Block mit *Derzhavna Samostiynist Ukrayiny* (DSU), genannt „*Few Words*“ (*Menshe Sliv*), die es bei der Verhältniswahl nur auf klägliche 0.16 % brachte. Dennoch sicherte sich Oleh Tjahnybok als Kandidat mit Einzelmandat für den Wahlkreis einen Sitz im Parlament für den Bezirk Buh im Verwaltungsbezirk Lemberg. Die Partei versuchte sich mit ihren europäischen Pendanten zusammenzuschließen. Am 21. Mai 2000 besuchte Jean Marie Le Pen Lemberg und nahm am Sechsten Kongress der SNPU teil. Seit diesem Zeitpunkt hat die internationale Zusammenarbeit und Unterstützung zugenommen. Bei den Wahlen von 2002 behielt Tyahnybok seinen Sitz im Parlament und schloss sich der Fraktion „*Nasha Ukraina*“ an, wurde aber 2004 aus ihr ausgeschlossen, nachdem seine offen antisemitischen Äußerungen für einen Skandal gesorgt hatten. SNPU-Mitglieder gewannen zwei Wahlen für den Rat der Oblast Lemberg, während andere einige Sitze in Stadt- und Bezirksräten, sowie Gemeindeverwaltungen im Verwaltungsbezirk Lemberg und dem Verwaltungsbezirk Wolhynien ergatterten.

Ein großer Durchbruch wurde am 14. Februar 2004 erzielt, als der 9. Kongress der SNPU die Partei in *Swoboda* umbenannte und damit einen Rat von Seiten des *Front National* beherzigte. Unter neuem Namen scheiterte *Swoboda* am 4. Juli 2004 bei dem Versuch, sich mit dem *Congress of Ukrainian Nationalists* und *OUN Ukraine* zu vereinigen und eine Dachorganisation der Rechten zu gründen. 2006 kandidierte sie zum ersten Mal unter eigenem Banner für die Parlaments- und Kommunalwahlen und brachte es nur auf 0,36 % der Stimmen, womit sie unter dem für den Einzug ins Parlament geltendem Schwellenwert lag. Dennoch richtete die Partei Schaden an, da sie zehn Sitze im Rat der Oblast Lemberg, neun Sitze im Stadtrat von Lemberg und vier im Stadtrat von Ternopil erhielt. *Swoboda* verlor mit nur 0,76 % der Stimmen auch die Wahlen von 2007 und schnitt ebenso schlecht bei den Kiewer Kommunalwahlen 2008 ab. Doch sollte hier angemerkt werden, dass das wiederholte Scheitern der Partei und die niedrigen Prozentzahlen bei den Wahlen teilweise durch eine zunehmende Anzahl an erhaltenen Wählerstimmen ausgeglichen

wurde und *Swoboda* ihre vorhergehenden Ergebnisse verdoppeln konnte. Am 15. März 2009 gewann *Swoboda* überwältigende 34,69 % bei einer Nachwahl zum Rat der Oblast Ternopil und bildete dort eine 50-köpfige Fraktion. Dieser Erfolg verbesserte schlagartig *Swobodas* Aussichten, die große Hoffnung der extremen Rechten bei den Parlamentswahlen von 2012 zu werden.⁵

Die ideologische Entwicklung von *Swoboda*

Der nationalistische Diskurs rechtsextremer Gruppen der Ukraine (wie UNA, UNSO, DSU, SPAS, UNTP, UPA, usw.) ist geprägt durch Themen der Geschichte, vor allem Fragen nach der „nationalen Größe“ und der Suche nach „ukrainischer Identität“. Sie gründen ihre Appelle eher auf kulturelle Zugehörigkeiten als auf in Aussicht gestellte wirtschaftliche Vorteile. *Swoboda* hat jedoch ihre Ideologie und ihr Potential an Parolen erweitert, um sich auch Themen wie den wirtschaftlichen Aufschwung der Nation und größere soziale Gleichheit zu eigen zu machen, zusätzlich zu ihrem traditionellen Versprechen, alles zu verfechten, was ethnisch gesehen als „ukrainisch“ gilt. Mit dieser Praxis hat *Swoboda* die anderen extremen Gruppen an den Rand gedrängt und ähnlich lautende national-demokratische Ideologien überschattet, die Rukh, Nasha Ukraina und der Congress of Ukrainian Nationalists befürworten. *Swoboda* hat versucht, konkurrierende nationalistische Parteien entweder als Kollaborateure des angeblich anti-ukrainischen Regimes zu brandmarken oder als machtlose Romantiker, die nicht das Zeug haben, konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Die ukrainische Gesellschaft steht vor mehreren herben Realitäten. Die Demokratie des Landes ist in höchster Gefahr: Sie weist eine dürftige Menschenrechtsbilanz auf; es mangelt ihr an einer wettbewerbsfähigen, transparenten Marktwirtschaft; sie ringt mit endemischer Korruption; wird Zeuge einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich und dem sinkenden Lebensstandard des Durchschnittsbürgers. Und das sind nur

5 <http://www.worldaffairsjournal.org/blog/alexander-j-motyl/extremism-ukraine>.

einige der vorherrschenden Probleme. Zunehmende Sterberaten, niedrige Geburtenraten und eine Massenauswanderung der Ukrainer, die nach einem hinreichenden Einkommen streben, haben zu einem erheblichen Sinken der Bevölkerungszahl geführt (für 2050 wird vorhergesagt, dass die Bevölkerung um 36 % sinkt). Die letztgenannten Herausforderungen wurden bisher von keiner kohärenten demografischen Politik oder Migrationspolitik in Angriff genommen. Einige Bevölkerungswissenschaftler haben diese Entwicklungen in aufrührerischer Sprache wie der folgenden beschrieben: „Es gibt insgesamt eine Tendenz, dass die europäische Rasse in der Ukraine verschwinden wird und durch sich zunehmend ausbreitende asiatische und afrikanische Rassen ersetzt wird.“⁶ Wie sorgfältig solche Erklärungen auch als „wissenschaftlich“ getarnt sein mögen, so dienen sie dennoch dazu, unter ukrainischen Bürgern einen ethnozentrischen, gegen Immigranten gerichteten Nationalismus zu fördern. Darüber hinaus hat der politische Aufruhr innerhalb des Landes, die Inhaftierung von Anführern der Opposition und der Verstoß der Regierung gegen die Rede- und Ausdrucksfreiheit dem Rechtsextremismus zusätzlich fruchtbaren Boden bereitet.

Es ist höchste Zeit, dass auf diese heraufziehende Krise wirksam reagiert wird, doch bisher sind die politisch gemäßigten und Mitte-links/sozialdemokratischen politischen Kräfte innerhalb wie außerhalb des Parlaments noch nicht dazu in der Lage, sie in den Griff zu bekommen. Der Plattform der politischen Linken haben sich zum großen Teil die Kommunisten bemächtigt, die der Umstände halber die Rolle des vom Großkapital unterstützten Bündnispartners übernommen haben. Ein externer Faktor, der die Rechtsextreme in der Ukraine begünstigt, ist die allgemeine Intensivierung der populistischen Rhetorik in Europa, wie sie sich in den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2010 und den Wahlen zu verschiedenen nationalen Parlamenten niedergeschlagen hat. Die Erfolge von rechtsextremen Parteien wie *Jobbik* in Ungarn, dem *Front National* in Frankreich und der Freiheitlichen Partei Österreichs haben

6 <http://for-ua.com/ukraine/2012/04/19/123401.html>.

Swoboda, ihrem ukrainischen „Doppelgänger“, den Weg geebnet. *Swoboda*'s Aufstieg ist von vielen als Beweis für die „Europäisierung“ des staatlichen ukrainischen Gemeinwesens ausgelegt worden. In der Tat ist die Partei irrtümlicherweise in demokratischen und proeuropäischen Kreisen begrüßt worden.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass sich auf der Website dieser Partei, die sich ganz offensichtlich neu erfindet, keine programmatischen Brückenschläge zum integralen Nationalismus eines Dmytro Dontsov und anderer nationalistischer Literatur finden. Stattdessen wird Yaroslav Stetskos Werk „Two Revolutions“ (1951) als grundlegende ideologische Inspiration zitiert. (Stetsko war eine führende Figur und ein Anhänger von Stepan Bandera von der OUN, der im Münchner Exil starb.) Stetskos wesentliche Aussage besteht darin, dass die Revolution nicht mit der Gründung eines ukrainischen Staates enden dürfe. Sie müsse vielmehr voranschreiten und gleiche Chancen für alle Menschen schaffen, damit sie an den materiellen und spirituellen Werten der Gesellschaft teilhaben könnten. Jede nationale Revolution sei per Definition auch eine soziale. In Übereinstimmung mit dieser Doktrin hat *Swoboda* nationale Demokraten dafür kritisiert, Themen der Gleichberechtigung und fairen Verteilung lediglich knapp abzuhandeln (vielleicht aus der Befürchtung, mit der politischen Linke gleichgesetzt zu werden). Die Partei beteuert, dass „eine ukrainische Revolution nicht in dem Sinne einseitig sein darf, dass sie nur nationalistisch ist. Die treibende Kraft hinter Revolutionen sind die Menschen, die die Nation symbolisieren. Die Nation ist die Vereinigung der Lebenden, der Toten und Ungeborenen ... Ohne eine nationale soziale Revolution kann es keine ernsthafte ukrainische Befreiung geben.“⁷ In dieser Hinsicht bedient sich *Swoboda* der Rhetorik linker Parteien.

7 Miroslav Kabal, „Spadshyna Yaroslava Stetska“ („Through the Prism of Ukrainian Reality at the Beginning of the 21st Century“), available at <http://zakarpattyia.net.ua/Blogs/91762-Spadshyna-IAroslava-Stetska-kriz-pryzmu-ukrainskykh-realii-na-pochatku-KHKHI-st>.

Swoboda hat an ihrer ursprünglichen antikommunistischen Einstellung festgehalten: Die Partei nimmt weder Atheisten noch ehemalige Kommunisten als Mitglieder auf. Im selben Atemzug stellt *Swoboda* liberale Werte und solche der freien Marktwirtschaft infrage, bringt sie mit Korruption, ökonomischer Ungleichheit und Verletzungen der Menschenrechte in Verbindung. In dieser Hinsicht erinnert sie an die *Liberal Democratic Party of Russia* (LDPR) [Liberaldemokratische Partei Russlands] unter der Führung von Vladimir Zhirinovskiy, der in der Tat weder liberal noch demokratisch gesinnt, sondern ein Verfechter des aggressiven russischen Nationalismus ist. Doch zugleich führt das Programm von *Swoboda* mit seiner kritischen Haltung gegenüber Oligarchen und Großunternehmen die Partei in die Nähe der Linken und erinnert damit ein wenig an die Positionen des *Front National* während der französischen Präsidentschaftswahl von 2012. *Swobodas* nationalistischer Populismus und ihre antikapitalistische Haltung gleichen Positionen der Kommunisten, teilweise bis in die Wortwahl hinein: Beide fordern Staatsanleihen für Großfamilien, den Ausbau öffentlichen Wohnungsbaus, Mitzuschüsse, die Wieder-Verstaatlichung staatswirtschaftlich bedeutsamer Privatunternehmen, ein Verbot des Verkaufs landwirtschaftlicher Flächen, die Konsolidierung staatlicher Banken und die Einführung einer Reichensteuer.⁸ Im Gefolge der fortschreitenden ökonomischen Krisen gewinnt *Swoboda* mit dieser linken Rhetorik weiter an Anziehungskraft.

Auch wenn ihre jüngsten politischen Einstellungen Politiker wie Taras Chronovil dazu veranlasst haben, die Partei als nicht genügend links zu kritisieren,⁹ hat *Swobodas* neuer politischer Vorstoß der Partei dazu verholfen, bei rechtsextremen Radikalen, Nationalisten und nationalen Demokraten Fuß zu fassen.

⁸ http://odfoundation.eu/files/pdf/ODF_15.08.2012_monitoring_Ukraine_EN.pdf.

⁹ <http://obozrevatel.com/politics/53014-chornovil-tyagniboku-pozashivaj-svoim-deputatam-tyi.htm>.

Swoboda hat wiederholt behauptet, dass es der Nationalismus sei, der dem modernen ukrainischen Staat zur Geburt verholfen habe. Der Parteivorsitzende, Oleh Tjahnybok, definierte „Nation“ als „Einheit von Blut und Geist“ und bezeichnete die Ukrainer insgesamt als „soziale Nationalisten“, deren „dritte Revolution unmittelbar bevorsteht“.¹⁰ (Dabei bestreitet er im selben Atemzug, weder Neonazi noch Antisemit zu sein.) In diesem Stil beinhaltet *Swoboda*s „Programm zum Schutz der Ukrainer“ viele traditionelle rechtsextreme, fremdenfeindliche und nationalistische Ideen: strafrechtliche Verfolgung von „Ukrainophobie“ (mit anderen Worten: jeder der die Ukraine oder die Ukrainer verleumdete, ist kriminell); die Wiederbelebung der Praxis aus der Ära der Sowjetunion, die ethnische Herkunft in Geburtsurkunden und Pässen zu vermerken; das Verbot, ukrainische Kinder von Nichtukrainern adoptieren zu lassen; die bevorzugte Behandlung ukrainischer Studenten bei der Bereitstellung von Wohnheimplätzen; schließlich Änderungen der bestehenden Bestimmungen zur gesetzlichen Gleichbehandlung, sodass fortan ethnische Ukrainer per Gesetz Bevorzugung genießen würden. Da ethnische Ukrainer mehr als 70 % der Bevölkerung bilden, schlägt die Partei in den Exekutivorganen auch für ethnische Gruppen das Verhältniswahlssystem vor. Diese undemokratischen, fremdenfeindlichen Positionen werden ergänzt von unerschrocken anti-sowjetischen und antikommunistischen Vorschlägen wie dem der obligatorischen Entlassung von Beamten, die vor 1991 eingestellt wurden, und dem generellen Verbot „prokommunistischer Propaganda“ an öffentlichen Plätzen (Monumente und Namen von Straßen und Plätzen eingeschlossen).

Die ökonomischen Aspekte von *Swoboda*s Programm sind seichter und populistischer Natur. Obwohl die Partei dazu aufgerufen hat, die sozial-ökonomischen Rechte der Bürger abzusichern und Oligarchie und Großkapital den Kampf angesagt hat, zeigte sie keinen erkennbaren Weg zu größerem nationalen Wohlstand oder der Umverteilung der Ressourcen auf. *Swoboda* setzt sich ein für die Abschaffung der Mehrwertsteuer; die

10 <http://from-ua.com/politics/59d0de62e3b33.html>.

Umsetzung familienfreundlicher Programme und Programme für alternative Energien; und den Staat als Eigentümer der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (auf die Landwirte erbliches Nutzungsrecht hätten). Vor allem tritt die Partei für einen staatlich gelenkten Markt ein, was vermutlich dem Gedanken geschuldet ist, der Hauptzweck des Wirtschaftslebens bestehe darin, nationalen Ruhm zu erlangen.

Dieser Ansatz zeigt sich auch in den wesentlichen außenpolitischen Prinzipien der Partei: null Toleranz gegenüber Separatismus. Nach *Swoboda*s Ansicht sollte die Ukraine vereinigt, die nationale Einheit gestärkt und die Autonomie der Krim aufgehoben werden. Die Veröffentlichungen der Partei stellen die russische Föderation, die sich „für ihre kommunistischen Verbrechen“ zu entschuldigen habe, als den Hauptfeind der Ukraine dar. Darüber hinaus fordert *Swoboda* den Austritt der Ukraine aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und anderen postsowjetischen Strukturen. Es ist wichtig anzumerken, dass sich *Swoboda* während des militärischen Konflikts zwischen Russland und Georgien im August 2008 dazu durchgerungen hat, das russische Bombardement auf Georgien zu verurteilen, und gleichzeitig ein Parteimitglied aus Luhansk, Dmytro Snehiron, wegen des Versuchs ausschloss, Freiwillige anzuwerben, um in Georgien als Freischärler zu kämpfen.

Damit die Ukraine ihre sowjetische Vergangenheit hinter sich lassen, ihre übrigen Bindungen zu Russland abbrechen und das Land als regionale Macht installieren kann, hat *Swoboda* innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens eine ausdrückliche Beitrittsgarantie für die NATO und den Rückkauf taktischer Nuklearwaffen verlangt. Obwohl die Partei mit ihren rechtsextremen Pendants in Westeuropa (die gegen eine EU-Erweiterung sind) in Verbindung steht, ist sie einem EU-Beitritt nicht offen abgeneigt. In öffentlichen Erklärungen hat sie die Idee von der Europäischen Union aufrechterhalten und sogar vorgeschlagen, dass die Ukraine in der Organisation eine Schlüsselrolle übernehmen solle. Insbesondere wird die Notwendigkeit größerer Kooperation zwischen der Ukraine und den baltischen Staaten und den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres betont. Träte die Ukraine der EU bei, so das Kalkül, würde der Einfluss Russlands

gemindert und der „nationale Ruhm“ der Ukraine gemehrt. Darüber hinaus hat *Swoboda* multikulturelle Politik und die Förderung von Vielfalt in Europa offen kritisiert, ist in dieser Hinsicht also ihren rechtsextremen Pendants andernorts näher.

In diesem Zusammenhang tritt *Swoboda*s Antiislamismus an die Oberfläche. Dazu muss man sich nur einmal die Haltung der Partei zu den Krimtataren anschauen, die von den meisten nationaldemokratischen Parteien als die ethnische Gruppe eingestuft wird, die „am stärksten „pro-ukrainisch“ ist, in höherem Maße als die ethnischen Russen der Krim. *Swoboda* vertritt die offizielle Haltung, dass nur ethnische Ukrainer wahre Patrioten seien und schließt damit alle Personen aus, die „[ihrer Abstammung nach] Tataren, Georgier oder Russen sind“. Weiterhin wird unterstellt, dass die Krimtataren „die Autonomie der Krim in eine Autonomie für ihre eigene Nationalität umwandeln“ wollten, um daraus den Schluss abzuleiten, dass eine Autonomie sowohl der Tataren als auch der Russen“ für die Ukraine „gleichermaßen bedrohlich“ sei.¹¹ Ebenso verhält es sich mit der Position der Partei gegenüber den Tschetschenen. Während sie den tschetschenischen Widerstand anerkennt, der auf eine Abkopplung von Russland zielt, ist *Swoboda* gleichwohl nicht dafür, Tschetschenien zu helfen oder tschetschenischen Flüchtlingen in der Ukraine Unterschlupf zu gewähren – die meisten Tschetschenen sind Muslime.

Soziale Unterstützung innerhalb der Gesellschaft und Image-Gestaltung

In den westlichen Regionen des Langes bereits seit langem populär und an der Basis aktiv, versucht *Swoboda* ihren Einfluss systematisch auszubauen. Sie begann damit, die Subkultur der Jugend und andere Gruppen anzusprechen, die für radikale Weltanschauungen empfänglich sind, dann stieß sie weiter vor, um Intellektuelle und andere Gebildete mit Hilfe von Medienkampagnen und sozialen Netzwerken anzuwerben. *Swoboda* setzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihre Posi-

11 <http://www.tyahnybok.info/dopysy/zmi/005546/>.

tionen zu aktuellen Themen wie Sprache, Nationalität und Wirtschaftskrise zu kommunizieren. Die Medien wiederum nutzen *Swoboda*s Präsenz als Stoff für sensationslüsterne Berichte. Die Hauptbotschaft der Kampagne, die die Partei an die Elemente des „Lumpenproletariats“ der Stimmberechtigten verbreitete, zeigte *Swoboda* von allen gemäßigten Nationalisten als einzige existenzfähige Alternative und jene an der Macht als Mitglieder „korrupter Gangs“. Seit 2010 – nach vielen Misserfolgen – hat *Swoboda* es geschafft, eine umfassende Vereinbarung mit dem Block der Opposition zu schließen, ohne dabei ihre eigene Identität aufzugeben. Geschickt hat sie die populäre Verbitterung gegen Russlands aggressive Wirtschaftspolitik und Russlands politische Machenschaften gegen die Ukraine ausgenutzt. Mittlerweile hat sie viele Bürger davon überzeugt, dass sie die einzig wirkliche radikalpatriotische Partei des Landes ist, zumindest im Vergleich zu anderen nationaldemokratischen Parteien der Opposition. Folglich hat *Swoboda*s Medienstrategie interaktiven Charakter. Ihre Äußerungen werden häufiger zitiert als die Erklärungen anderer Parteien, ob sie nun Lob oder Kritik verteilen, und sie geraten selten in Vergessenheit.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Partei weder Atheisten noch frühere Kommunisten aufnimmt. Tatsächlich hat *Swoboda* große Anstrengungen unternommen, einen neuen Kandidatentyp für sich einzunehmen oder aufzubauen, der sich von den Politikern der alten Garde, Linker wie Rechter, unterscheidet. Daraufhin haben die Medien *Swoboda* als eine politische Kraft porträtiert, die gegen das Establishment antritt. *Swoboda*s Kandidaten für die öffentlichen Ämter (z. B. Oleh Tjahnybok, Andriy Mokhnyk, Andriy Illyienko, Yuriy Sirotyuk und Ihor Myroshnychenko) genießen in der Öffentlichkeit ein komplett anderes Image als die Mainstream-Politiker. In den Augen der Öffentlichkeit werden sie nicht als besonders wohlhabend wahrgenommen und scheinen nicht an den herkömmlichen Streitereien über Posten und Vergünstigungen interessiert zu sein. Darüber hinaus tauchen ihre Namen nicht im Zusammenhang mit undurchsichtigen Geschäften, Korruptionsfällen oder dem Missbrauch von Privatisierungsplänen auf. Obwohl diese Kandidaten dafür bekannt sind, sich in antisemitischen Verunglimpfungen und anderen

Hasstiraden zu ergehen, tat das ihrem populistischen Image vor der Wahl bei apolitischen Bürgern, jungen wie älteren, keinen Abbruch. Anstatt sich auf kostspielige Werbung zu verlassen, hielten *Swoboda*s Kandidaten ihren Wahlkampf an den Haustüren ab und verstärkten damit das Image der Bürgernähe.

Innerhalb ihres internen Kommunikationsflusses und ihrer internen Kontrolle ist *Swoboda* stets als hierarchische Organisation aufgetreten, die keinen Dialog zulässt und auch nicht zu einem kritischen Denken und zu Meinungsverschiedenheit ermuntert. Dennoch hat die Partei es verstanden, „offene“ Formen des Austauschs mit der Basis für sich zu nutzen, mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren und über soziale Netzwerke wie YouTube, Facebook, Twitter und Vkontakte neue Mitglieder an sich zu binden. In diesem Zusammenhang sollten insbesondere die Beziehungen erwähnt werden, die *Swoboda* mit „informellen“ Rechtsextremen – wie man sie nennen könnte – unterhält, eine Kategorie, die den Neonazi-Untergrund, radikale Fußballfans und Hooligans umfasst. Die Angehörigen dieser Gruppen sind gleichsam geheime Reserven, wenn es darum geht, *Swoboda* und ihre Ideologie zu unterstützen. Unter ihnen sind solche, die offen Intoleranz propagieren (z.B. indem sie Einwanderung oder Asylschutz komplett verbieten wollen). Zu nennen sind hier Gruppen wie *UNA-UNSO*; die *Ukrainian National Labor Party* [die Nationale Ukrainische Arbeiterpartei] und *Patriots of Ukraine* [Patrioten der Ukraine]; Skinheads; Anhänger von Hetman Pavel Skoropadskiy; Fans der *Third Hetmanate*; und die *Delegation of the Right* [Delegation der Rechten] aus den verschiedenen Regionen. Darunter gibt es auch welche, die keine Verfechter von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind, aber dennoch andere Ideen hegen, so wie der gemäßigte Flügel von *UNA-UNSO*; *Tryzub*; die *Ukrainian Party* [Ukrainische Partei]; *Banderivets*; *the National Alliance* [die Nationale Allianz]; die gemäßigte und radikale Gruppe der *OUN*; der *Youth National Congress* [Nationale Jugendkongress]; und *Patriot: For the Defense of the Homeland* [Patriot: Für die Verteidigung der Heimat].

Rechtsextremismus hat noch eine weitere, antiukrainische Dimension. Unter den extremen Gruppen, die nicht mit *Swoboda* kooperieren (und sich praktisch gegen sie aussprechen) sind prorussische Gruppen; Kosaken-Organisationen; die *Russkyi Bloc Party*, die im Oblast Odessa aktiv ist und dort sogar Sitze in regionalen Räten und im Gebietsrat des Verwaltungsbezirks Odessa gewonnen hat; und antiislamische Organisationen auf der Krim, wie die *Slavic Party*, die die Krimtataren angreift. Eine andere extreme Partei, bekannt als *SPAS (Social Patriotic Assembly of the Slavs)* [Sozialpatriotische Versammlung der Slawen], tritt für eine panslawische Einheit und die Gründung eines sozialistischen Staates ein, in dem nur Slawen Macht und Wohlstand erlangen dürfen. Die Partei ist antiamerikanisch und gegen europäische Integration, ihre Anhänger machten auf sich aufmerksam, indem sie im April 2007 einen afrikanischen Pastor mit Bananen bewarfen, im Juni desselben Jahres in Kiew gegen einen antirassistischen Marsch demonstrierten und die russische Position im Konflikt zwischen Georgien und Abchasien 2008 unterstützten. *SPAS* rekrutiert für ihre Ziele Angehörige von höheren Bildungseinrichtungen und widmet sich der Arbeit mit desillusionierten Jugendlichen, darüber hinaus hat sie die Kampfeinheit *Chornaya Sotnya* aufgebaut. Was sie mit *Swoboda* und ihren Verbündeten vereint, ist Antisemitismus, Antiislamismus und ihre feindliche Einstellung gegenüber Immigranten und Roma. Sie kooperiert zwar nicht mit *Swoboda*, kritisiert sie aber auch nicht.

Ein Überblick über die Ereignisse von 2011 und 2012 gibt Hinweise darauf, dass *Swoboda*s derzeitige oder ehemalige Mitglieder und Unterstützergruppen sich in verschiedenen Landesregionen bei Gewaltakten involviert waren, wenn auch nicht immer mit klar erkennbarem politischen Ziel. Diese Aktionen umfassen Zusammenstöße mit chassidischen jüdischen Pilgern in Uman im Herbst 2011 und am 9. September 2012. Extremisten zettelten auch Streit mit jenen an, die am Mahnmahl des „Hügel des Ruhms“ in Lemberg am 9. Mai 2011 Blumen niederlegten, außerdem zerstörten sie Lebensmittel-Kioske und verprügelten im Oktober jenes Jahres in Luhansk ausländische Studenten. Erhalten derartige Ereignisse mediale Aufmerksamkeit, versuchen *Swoboda*s Anführer normalerweise die damit transportierten Themen zu politisieren. Erreichen die Provokationen

jedoch keine Aufmerksamkeit, geht *Swoboda* zu den Teilnehmern auf Distanz, um sich gesetzlich nicht dafür verantworten zu müssen. Auf ebensolche Weise stößt *Swoboda* in die ukrainische Skinhead-Bewegung vor. Einst waren darin ausschließlich Heranwachsende anzutreffen, inzwischen ist die Skinhead-Szene jedoch zu einer ultrarechten Subkultur geworden, die das Potenzial zur umfassenden Vereinigung militanter Gruppen hat.¹² Die Anhänger dieser Subkultur wählen für ihre Gewaltverbrechen häufig Tage aus, die eine bedeutende historische Symbolik haben.

Laut dem Politikwissenschaftler Ostap Kryvdyk hat *Swoboda* vier ideologische und/oder soziale Stützen, um ihre Basis zu erweitern. Erstens findet *Swoboda* bei jenen Teilen der Bevölkerung Anklang, die ihre Äußerungen nicht infrage stellen und auch nicht an einem politischen Dialog interessiert sind.¹³ Zweitens erklärt *Swoboda*, dass Aggression und Gewalt legitime Methoden zur Lösung politischer Konflikte seien. Beispielsweise skandieren Parteimitglieder bei öffentlichen Gelegenheiten die Parole: „Ruhm der Ukraine! Tod dem Feind!“ (trotz der Tatsache, dass die Todesstrafe im Land abgeschafft wurde). Drittens versucht *Swoboda* hin und wieder, vernünftige Themen zu instrumentalisieren und wendet sich damit an Nichtregierungsorganisationen und die breite Bevölkerung, um das Image der Partei aufzupolieren. Und schließlich stellt *Swoboda* die nationale Identität der Ukraine verzerrt dar und vermittelt den irreführenden Eindruck, dass sie eine wirkliche Oppositionspartei sei.¹⁴ Kürzlich hat die Partei ein Team junger Politiker zusammengestellt, die – Medien zufolge – wahrscheinlich in antisemitische und gegen Einwanderer gerichtete Hassreden verwickelt waren, deren Namen jedoch nicht durch Finanz- oder Privatisierungsskandale oder in Verbindung mit dem Großkapital negativ behaftet sind. *Swoboda*s Bemühungen, ihr öffentliches

12 http://smi.liga.net/articles/2012-03-29/4848234-v_ukra_n_b_lshe_nema_sk_nkhed_v.htm. See also <http://tyzhden.ua/Society/45537>.

13 Ostap Kryvdyk, „Neyakisniy Nationalism,“ in *Ukrayinska Pravda*, April 20, 2011 <http://www.pravda.com.ua/articles/2011/04/20/6122719/>.

14 Ibid.

Image von schadhaften Spuren zu reinigen, zielten auf Angehörige der urbanen, gebildeten Klasse, die nach Fairness und einer transparenten, korruptionsfreien Gesellschaft strebt, die auf Gesetzestreue gründet und deren Stimmen nicht mit Vetternwirtschaft und einer Politik zu gewinnen sind, die nur der Wählerstimmen wegen Regierungsgelder für kommunale Projekte vergibt. Und tatsächlich stimmten viele gebildete Ukrainer aus höheren Einkommensgruppen – ungeachtet der Gefahren, nationale Themen und nationale Geschichte stark vereinfacht darzustellen – bei der letzten Wahl für *Swoboda* und bestätigten damit die Bemerkung einer Parteiführerin Iryna Farion, dass „mit *Swoboda* sympathisiert, wer in Wohnhäusern lebt, nicht in Wohnheimen.“¹⁵

Laut nationaler Wählerbefragung bei Verlassen des Wahllokals sind 48 % von *Swobodas* Wählern Menschen mit höherer Bildung, 47,5 % der Unterstützer der Partei leben in Städten.¹⁶ Der Politikwissenschaftler Andreas Umland hebt vier Umstände hervor, durch die sich die Partei von ihren europäischen Pendants unterscheidet. Erstens ist die Ukraine durch die aggressive Haltung Russlands einer ernsthaften äußeren Bedrohung ausgesetzt, was einen Grundpfeiler der Aktivitäten von *Swoboda* darstellt. Zweitens ruft *Swoboda*, trotz der Tatsache, dass ihre gesellschaftliche Unterstützung im Westen des Landes konzentriert ist, nie zu regionalem Separatismus auf, sondern befürwortet eine vereinte Ukraine. Drittens gibt es zwischen *Swoboda* und der nationaldemokratischen Opposition keinen *cordon sanitaire*. Letztere kooperiert mit *Swoboda* und verleiht ihr dadurch den Anschein einer Partei, die man durchaus wählen kann. Und schließlich kann *Swoboda* mit der Unterstützung einer ideologisch sehr facettenreichen Wählerschaft rechnen, zu der gebildete, reformfreudige Menschen zählen. Viele Bürger, die *Swoboda* gewählt haben, sind für europäische Integration (64 %), den Beitritt zur NATO (42 %) und gegen eine Zollunion mit Russland (69 %).¹⁷ Sicherlich ist es paradox, dass auch

15 <http://tyzhden.ua/Columns/50/63780>.

16 <http://www.geopolitika.lt/?artc=5801>.

17 Ibid.

viele Juden, Liberale und Angehörige ethnischer Minderheiten bei der letzten Wahl für *Swoboda* gestimmt haben und sich der Hasstiraden und des Antisemitismus, die die öffentlichen Äußerungen der Partei charakterisieren, scheinbar nicht bewusst sind. Ihre Entscheidung, *Swoboda* zu unterstützen, bestätigt die Dringlichkeit von systemischen Reformen, denn zunehmender Rechtsextremismus einerseits und zügellose Korruption und Ungleichheit andererseits scheinen in direkter Wechselbeziehung zu stehen.¹⁸ Ein damit verbundenes Thema sind die Finanzierungsquellen der Partei. Generell geben ukrainische Parteien kaum preis, wie sie ihre Kampagnen finanzieren. Daher haben einige Beobachter spekuliert, dass wohl die *Partei der Regionen*¹⁹ und/oder Oligarchen Geldmittel für *Swoboda*s Kampagnen bereitstellen.²⁰

Die extreme Rechte in der Mainstream-Politik

*Swoboda*s Wahlerfolg sollte in Beziehung zu den fortlaufenden Veränderungen gesetzt werden, die im ukrainischen Wahlrecht vorgenommen wurden. 1998 und 2002 sorgte das Gesetz sowohl bei der geschlossenen Liste einer Partei als auch der geschlossenen Liste eines Blocks für das Verhältniswahlssystem, ebenso bei den Kandidaten in den Wahlkreisen mit Einzelmandat. Obwohl die Kandidaten von *Swoboda* (SNPU) beide Optionen nutzen konnten, führte dieses Wahlverfahren nicht zu einem Wahlsieg von *Swoboda* auf breiter Front. 2005 wurde ein rein proportionales System eingeführt, das auf landesweite Parteilisten zurückgriff, die ein landesweites Partei-Netzwerk erforderten. *Swoboda* erzielte bemerkenswerte Erfolge in den westlichen Regionen, aber nicht im gesamten Land, daher scheiterte die Partei auf nationaler Ebene an der Drei-Prozent-Hürde. Hingegen erreichte sie bei den Kommunalwahlen 2009 in den westlichen Landesteilen einige erdrutschartige Siege.

Im Oktober 2012 wurden die Parlamentswahlen unter einem neuen Wahlgesetz abgehalten, das am 17. November des vorangegangenen Jah-

18 <http://tyzhden.ua/Columns/50/63780>.

19 <http://swiat.newsweek.pl/ukrainscy-chca-nam-odebrac-podkarpacie.71842.1.1.html>.

20 <http://gazeta.ua/articles/politics/346073>.

res verabschiedet worden war und für ein gemischtes System sorgte.²¹ Dem neuen Wahlrecht zufolge wird die Hälfte der Stellvertreter durch Mehrheitswahl in Bezirken mit nur einem Abgeordneten gewählt und die andere Hälfte durch Verhältniswahl in landesweiten Bezirken mit vielen Abgeordneten gewählt, für die eine 5 % Sperrklausel gilt. Verschiedene Analytiker sagten voraus, dass diese Änderung *Swoboda* daran hindern würde, ins Parlament einzuziehen,²² und die Ergebnisse der am 7. April und 7. September 2012 von der Research & Branding Group durchgeführten Meinungsumfragen bestätigten, dass *Swoboda* die Sperrklausel wahrscheinlich nicht meistern würde. Andere Analytiker meinten wiederum, dass *Swoboda* eine begrenzte Anzahl an Sitzen erwerben könne, entweder durch einen Sieg in den Wahlkreisen mit Einzelmandat oder durch Absprachen mit Oppositionsparteien, wie schon 2002, als *Swoboda*s Vorsitzender Oleg Tjagnibok als Teil des *Nasha Ukraina Bloc* gewählt wurde.

Der Wahlauftritt von *Swoboda* im Jahr 2012 übertraf alle Erwartungen, Ursache dafür war jedoch weder eine wachsende Anhängerschaft noch eine zunehmende Anziehungskraft ihrer nationalistischen populistischen Ideologie. Ein Hauptgrund für den verhältnismäßigen Erfolg der Partei lag in der Gestaltung des Stimmzettels, der die Option „gegen alles“ zu stimmen, ausschloss. Es scheint plausibel, dass viele Menschen, die von den existierenden Parteien der Opposition desillusioniert waren, aus Protest für *Swoboda* stimmten.²³ Am anderen Ende des politischen Spektrums gingen ähnliche Proteststimmen, die gegen die regierende *Partei der Regionen* gerichtet waren, offensichtlich an die Kommunisten in den südlichen und östlichen Regionen des Landes.

Obwohl die Kandidaten von *Swoboda* sich zuweilen einen erbitterten Wettbewerb mit finanzkräftigeren Rivalen lieferten, bedeutete der Ausflug

21 http://portal.rada.gov.ua/rada/control/en/publish/article/info_left?art_id=290355&cat_id=105995.

22 <http://www.opendemocracy.net/opensecurity/anton-shekhovtsov/security-threats-and-ukrainian-far-right>

23 <http://tyzhden.ua/Columns/50/63780>



Oleg Tjagnibok, Vorsitzender der nationalistischen Partei *Swoboda*

der Partei in die repräsentative Demokratie keine Qualitätsverbesserung der ukrainischen Demokratie. Anfänglich, nach dem Wahlsieg bei den Kommunalwahlen von 2009 und 2010, hatte *Swoboda* auf die Bildungseinrichtungen gewettet, die sich für ihre Ideen nicht empfänglich zeigten. Im Jahr 2010, nachdem sie im Stadtrat von Lemberg eine Mehrheit erreicht hatte, weigerte sich die Partei, die Ukrainian Catholic University [Katholische Universität der Ukraine] von den Zahlungen der Grundsteuer zu befreien, teilweise, da zwei ihrer Professoren, der Historiker Yaroslav Hrytsak und der frühere Dissident Miroslav Marynovych, als vehemente Kritiker des radikalen Nationalismus gelten. In ähnlichem Stil entthob *Swoboda* Taras Vozniak, den Herausgeber der Zeitung *Yi* und aktiven Befürworter der polnisch-ukrainischen Aussöhnung, seines Postens als Leiter der internationalen Abteilung des Rats der Oblast Lemberg. Diese Schritte dienten zur Abschreckung der intellektuellen demokratischen Elite der Westukraine.

Obwohl diese kompromisslosen nationalistischen Maßnahmen abgemildert wurden, zeigte sich *Swoboda* später unfähig, realisierbare Alternati-

ven für die Gestaltung des Staates oder eine einfallsreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitalter der Globalisierung anzubieten. In dieser Hinsicht hat sie sich nicht erheblich abgesetzt von den unrealistischen, nicht umsetzbaren kommunistischen Vorhaben der jüngsten Vergangenheit.²⁴ Nichtsdestotrotz fährt *Swoboda* damit fort, sich Hassreden und Antisemitismus hinzugeben und politische Gewalt stillschweigend zu legitimieren, indem sie ein Kampfbataillon unterstützt. Schließlich hat diese Art von Militanz die Behörden dazu gebracht, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung rigorosser gegen Dissidenten vorzugehen. Der exzessive Einsatz der Polizei und die Überreaktion der Behörden bei Meinungsverschiedenheiten in den Jahren 2009 bis 2011 resultieren aus einem Aktivismus ganz im Stile *Swobodas*, der gewalttätige Bedrohung und die Kollaboration mit kleinen rechtsextremen Gruppen wie Fußball-Hooligans einschließt. Im Ergebnis dieser Aktionen und Gegenaktionen haben die Bemühungen um kritische soziale Themen, meist unternommen von Nichtregierungsorganisationen, einen Rückschlag erlitten. So haben sich beispielsweise Demonstrationen gegen das Gesetz bezüglich der Sprache im Juli und August 2012 in Kiew als wirkungslos erwiesen, ebenso die Proteste für die Freilassung und später für einen fairen Prozess des früheren Innenministers Jurij Luzenko und der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Kurz gesagt, haben *Swobodas* Aktivitäten die ernsthaften Probleme der Gesetzesvollstreckung und des Machtmissbrauchs durch die Polizei eher noch verschärft, anstatt zu deren Eindämmung oder Überwindung zu verhelfen.

In der Ukraine sind in letzter Zeit die Aussichten auf eine gesunde demokratische Opposition geschrumpft, was in großem Maße der wachsenden politischen Polarisierung wie zwischen der *Partei der Regionen* und *Swoboda* oder bei bestimmten Themen den Kommunisten und *Swoboda* geschuldet ist. Rechtsextremisten werden in Fernsehshows und Radiosendungen zur besten Sendezeit und in der Presse als Alternative zur regierenden Mainstream-Partei präsentiert. Am 16. November 2012 fand in Charkiw ein Marsch der Rechtsextremen gegen illegale Einwanderung

24 <http://www.pravda.com.ua/articles/2011/04/20/6122719/> .

statt, auf dem offen Nazi-Parolen skandiert wurden. Das Video des Marschs wurde auf YouTube und anderen sozialen Medien von vielen gesehen. Weitere Beispiele: Der gewalttätige Angriff auf Leute, die in Kiew an einer Demonstration gegen Homophobie beteiligt waren; Randalen und zerbrochene Türen bei der Eröffnungssitzung des Parlaments; Aufrufe, in Ausweisdokumenten die Nationalität oder ethnische Herkunft zu vermerken, angeblich „ukrainophoben“ Eltern die Kinder zu entziehen und Geschichtslehrbücher zu boykottieren, die nicht die *Ukrainian Rebel Army* und den „Holodomor“ (die Massen-Hungersnot von 1932–33 in der Sowjetunion) erwähnen. Das sind nur einige der Unternehmungen, die das öffentliche Image von *Swoboda* prägen. Das sind einige der wenigen Maßnahmen, durch die *Swoboda* seit der Parlamentswahl ihr öffentliches Image geprägt hat. Es muss jedoch eingeräumt werden, dass politische Instanzen einige dieser Aktionen teilweise selbst mit provoziert haben. Sie waren es, die die kontroversen Geschichtslehrbücher eingeführt haben, ukrainische nationale Anführer durch prorussische, ehemalige sowjetische Funktionäre, ersetzten und 2012 ein Gesetz zur Sprache verabschiedeten, das regionalen Sprachen mehr Raum gab. Zudem reizte die Kommunistische Partei die extreme politische Rechte damit, dass sie versuchte, in ähnlicher Weise wie in Russland Stalin-Statuen wieder aufzurichten.

Auch hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus genießt *Swoboda* hohen Bekanntheitsgrad. Nachdem Oleg Tjagnibok, *Swobodas* Vorsitzender wegen seiner skandalösen antisemitischen Äußerungen aus der Parlamentsfraktion *Nasha Ukrayina* ausgeschlossen worden war, ließ die Partei mehr Vorsicht walten und keine weiteren Ausbrüche von Antisemitismus zu, um nicht ihre dreimonatige Wahlkampagne zu schädigen. Nichtsdestotrotz konnte man zwischen 2011 und 2012 in den sozialen Medien gelegentlich Tjagniboks Äußerungen zur „Jüdischen Mafia Moskaus“ verfolgen, und ebenso Ihor Myroshnychenkos Anspielung auf Mila Kunis, einer in der Ukraine geborenen Hollywood-Schauspielerin als „Jüdin“ (er benutzte das abfällige Wort „zhydivka“). Antisemitismus ist unter den Mitgliedern von *Swoboda* auf der persönlichen Ebene durchaus üblich, daher veranlassten diese Bemerkungen das Simon Wiesenthal Center dazu, die Partei auf der Liste der zehn globalen Quellen für antise-

mitische und antiisraelische Verleumdungen auf Platz fünf zu setzen.²⁵ Um diesem unverhohlenen Antisemitismus entgegenzuwirken und zu kaschieren, gab Tjagnibok vor den Wahlen Interviews, in denen er die Politik Israels zu befürworten schien, den Patriotismus der Juden und ihren Kampf für Israel mit dem der Ukraine verglich und am 20. Februar 2013 den ukrainischen Botschafter Israels traf. So lächerlich es scheinen mag, haben verschiedene jüdische Journalisten Tjagnibok tatsächlich als den Ben Gurion der Ukraine bejubelt.²⁶

Um die öffentliche Aufmerksamkeit von *Swobodas* Bigotterie abzulenken, versuchte die Partei, die politischen Debatten auf andere Themen zu lenken. Im Januar 2013 initiierte die Partei beispielsweise eine Kampagne gegen die Förderung von Schiefergas in Kharkiv.²⁷ *Swobodas* Repräsentant Ihor Shwyaika argumentierte, dass der Prozess der hydraulischen Frakturierung, wie bei der Förderung von Schiefergas üblich, eine Gefahr für die Umwelt sei und das Grundwasser verschmutze. Da es dem Abkommen der Ukraine mit Chevron und Shell Oil an Transparenz mangle und die davon betroffenen Kommunen nicht einbezogen worden seien, so Swoboda, sei es dem Abkommen nicht gelungen, grundlegenden demokratischen Standards zu entsprechen.²⁸ Schließlich ergriff *Swoboda* eine weitere Initiative zugunsten der Medien: ein Gesetzesentwurf, der untersagt, die Konten und das Eigentum der Medien einzufrieren, wenn gegen Journalisten Verfahren eingeleitet werden.

Swobodas Maßnahmen und Politik haben jedenfalls wenig dazu beigetragen, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Demokratie setzen. Viele Ukrainer beklagen sich darüber, „entrechtet“ und „entmachtet“ zu sein. Mit den Worten von Mykola Riabchuk: „Wir leben in einem Land, in dem keiner daran glaubt, dass die Massenmedien die Nachrichten ein-

25 http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2012_3.PDF.

26 <http://isradem.com/index.php?newsid=677>.

27 <http://www.svoboda.org.ua/diyalnist/komentari/035615/>.

28 http://zaxid.net/home/showSingleNews.do?nardep_mi__ne_chukchi_zhell_maye_z_nami_rahuvatisya&objectId=1276504.

fach berichten, dass Zollbeamte wirklich versuchen, Schmuggler festzunehmen oder Vollzugsbehörden die Bürger beschützen, stattdessen beschützen sie sich und ihre wahren Herren.“²⁹ Diese hohe Stufe an Zynismus und Misstrauen hat die Ukraine zu einer „Demokratie ohne Demokratie“ gemacht, in der sich grundlegende Werte in einer Krise befinden.

Das mühsame Ringen um eine Antwort an die Rechtsextreme

Soziale und politische Institutionen haben auf den zunehmenden Rechtsextremismus in vielfältiger Weise reagiert. Monitoring-Berichte haben die Eskalation von Hassdelikten in den Jahren 2007 und 2008 aufgezeigt, die aus einer Feindseligkeit gegen Juden, Muslime, Roma, LSBT-Einzelpersonen (Lesbische, Schwule, Bisexuelle und Transgender), erkennbare Minderheiten und Ausländer resultieren. Die Deliktrate ging 2009 und 2010 zurück, stieg 2011 jedoch wieder an, sank allerdings 2012 erneut ab.³⁰ *Swoboda* hüllte sich sogar in Schweigen, wenn ihre Sympathisanten, wie in vielen Fällen geschehen, dafür verantwortlich waren, während die Behörden oft Widerwillen bekundeten, die Täter zu verhören und strafrechtlich zu verfolgen. Daher können wir von einem kausalen Zusammenhang zwischen dem Rechtsextremismus und der starken Zunahme an Hassdelikten ausgehen. Die Auswirkungen dieses kausalen Zusammenhangs lassen sich sogar in angeblich nichtpolitischen Austragungs-orten wie Sportarenen wahrnehmen. In der Endphase der Vorbereitungszeit für die Fußball-Europameisterschaft 2012, zwischen September 2009 und Dezember 2011, gab es 85 Fälle, bei denen Hasssymbole (faschistische, rassistische, antisemitische, antiislamische, homophobe und gegen die Roma gerichtete) in den Stadien von rechtsextremen Fans zur Schau gestellt wurden. Die Palette reichte von Keltenkreuzen bis zu Transparenten mit Parolen, die sich gegen Farbige richteten, antisemitisch oder antiislamisch waren, die allesamt vom Ukrainischer Fußball-Bund verboten sind. Es ist aufschlussreich, dass weder der Disziplinausschuss der

29 Mykola Riabchuk, „Toward an Anecdotal History of Ukrainian Politics,“ February 26, 2012, available at <http://ukraineanalysis.wordpress.com/2012/02/>.

30 <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09147.pdf>.

höchsten Ukrainischen Fußball-Liga noch der Ukrainische Fußballverband sich dazu durchringen konnten, diese Symbole als Ausdruck von Gruppenhass zu kategorisieren, anstatt sie nur als „unangenehme“ oder „demütigende“ Zwischenfälle einzuordnen und den daran beteiligten Clubs Bußgelder aufzuerlegen.

Der Staat hat damit begonnen, sich den Auswirkungen des Rechtsextremismus zu stellen, indem er eine politische Rahmenstrategie ergriffen hat, entsprechende Dokumente verfasst und Maßnahmen ergriffen hat, wie (u. a.) den Aktionsplan der Minister des Kabinetts für die Integration von Einwanderern in die ukrainische Gesellschaft 2011–2015, sowie Aktionspläne auf regionaler Ebene in Chornivtsi, Donetsk, Dnipropetrovsk und Luhansk. Erwähnt werden sollten auch der Aktionsplan für die Umsetzung des staatlichen Migrationskonzepts 2011–2015, der Entwurf zur Strategie des ukrainischen Staates zur Prävention von Diskriminierung und die ethno-nationale Politik der Ukraine. Das Büro des Generalstaatsanwalts instruierte 2011 sämtliche seiner Abteilungen, eine Gesetzgebung durchzusetzen, die Minderheiten gegen Fremdenfeindlichkeit und ethnische Intoleranz schützen soll. Staatsanwälte wurden dazu angehalten, Berichte zu veröffentlichen, die ihren Fortschritt im Einzelnen darlegen sollten. Bei aller Unterstützung durch die OSZE und die internationale Gemeinschaft ist es gleichwohl an den Behörden, Kriminalitätsstatistiken und Vorgehensweisen zu veröffentlichen, die europäischen Standards entsprechen.

Die Zivilgesellschaft der Ukraine hat auf den Rechtsextremismus reagiert, indem sie versucht, seine Ursachen zu verstehen und zu eliminieren, Hassdelikte zu überprüfen und Vielfalt zu fördern. Mehr als 60 Projekte wurden 2011 von Organisationen, die dem *Diversity Initiative Network* angehören, auf kommunaler Ebene umgesetzt. Sie decken die gesamte Skala ab, angefangen von Bildungsprojekten zur Mahnung an den Holocaust, über Trainingseinheiten zur Förderung von Toleranz bis zu Änderungen in Lehrbüchern, um Material über die Geschichte ethnischer Minderheiten aufzunehmen. Überdies sind Anstrengungen gemacht worden, um erfolgreiche multikulturelle Städte wertzuschätzen, internationale Studenten anzuziehen, die Erstellung ethnischer Persönlichkeits-

profile aufzuspüren, Hasstiraden im Internet nachzugehen und Opfern von Hassdelikten Hilfe zukommen zu lassen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben während der Fußball-Europameisterschaft 2012 auch auf der Straße ausgetragene Fußballspiele gefördert. Diese Anstrengungen wurden jedoch zumeist von Sponsoren angekurbelt und waren von ihnen abhängig; die Teilnehmer hatten kaum das Gefühl, dass sie „Inhaber“ der Programme sind, und man kann sich schwer vorstellen, dass die Programme aufrechterhalten werden können, wenn die Sponsoren das Interesse daran verlieren. Kommunale Finanzierung solcher Projekte ist in der Ukraine immer noch eine Seltenheit.

Die junge Demokratie ist auf ihrem Weg zur Konsolidierung gebremst worden. Quantitative Forschung hat gezeigt, dass institutionelle Rahmen und offizielle Wahlen auf die Zähigkeit politischer Demokratie weniger Einfluss haben als eine Verbesserung sozialökonomischer Bedingungen, ebenso wie der eigentliche Inhalt von Gesetz und Politik und die Art und Weise, wie er das Alltagsleben der Bürger beeinflusst.³¹ Wir müssen diesen substanziellen, nichtinstitutionellen Faktoren wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen, um ein repräsentativeres politisches System auf die Beine zu stellen. Die so genannte „*December First Initiative*“³² [Die Initiative des ersten Dezember], die am 20. Jahrestag des ukrainischen Referendums lanciert wurde, hat ebendies versucht. Obwohl sie zunächst auf Reaktion eines Appells von drei ukrainischen Kirchen gestartet wurde, war sie dem Inhalt nach ganz und gar säkular. Die Initiative, die Kritiker des radikalen Nationalismus und international bekannte Persönlichkeiten auf den Gebieten der Menschenrechte, der Wissenschaft, der Technologie und der Künste umfasst, hat sich dafür eingesetzt, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern, die moralischen Dimensionen der Entwicklung zu stärken und bei der Verteilung des Wohlstands zu mehr Solidarität anzuregen. Die Initiative hat auch zu einem effektiveren Schutz der Menschenrechte und der Etablierung eines gerechteren Justizsystems aufge-

31 Melanie G. Mierzejewski, „Stalled on Substance: Democratization and Public Opinion in Post-Orange Revolution Ukraine,“ available at http://www.ifes.org/Content/Publications/White-Papers/2010/~media/Files/Publications/White%20PaperReport/2010/Manatt_Melanie_Mierzejewski_2010Dec21.pdf.

32 <http://1-12.org.ua/>.

rufen. Nach den Wahlen von 2012 hat die „*December First Initiative*“ die „*Declaration of the Free Individual*“. [„Die Deklaration des freien Individuums“] veröffentlicht, deren Schwerpunkt auf der Bildung eines sozialen Konsens gegen aggressiven Ethnozentrismus liegt. Für diese Kampagne hat sie führende Denker aus dem ganzen Land (wie die Professoren Yaroslav Hrytsak, Myroslav Marynovych und Taras Vozniak aus der Westukraine und verschiedene Intellektuelle aus Kiew) gewinnen können, die versucht haben, einen öffentlichen Dialog zu Fragen der nationalen Identität und anderen, seit langem ignorierten Themen anzuregen. Internationale Konferenzen, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem *East European Development Institute* [Osteuropäisches Institut für Entwicklung], sind insbesondere für die intellektuelle Seite des Anti-Extremismus-Projekts relevant.

Eine vereinte, linksgerichtete Phalanx gegen den Rechtsextremismus zu bilden, hat sich politisch dennoch als schwierig erwiesen. In der posttotalitären Ukraine scheint es unwahrscheinlich, dass eine sozialdemokratische Mitte-Links-Alternative die Mehrheit der Bürger hinter sich zu versammeln vermag. Die antifaschistischen Jugendorganisationen sind mehr darauf konzentriert, die politisch weit rechts Stehenden zu bekämpfen und mit dem Finger auf sie zu zeigen; sie sind noch nicht dafür reif, dem Rechtsextremismus auf politischer Ebene die Stirn zu bieten. Die vagen ideologischen Plattformen, die von liberalen, demokratischen und nationaldemokratischen politischen Parteien bisher entwickelt wurden, waren noch keine Herausforderung für *Swobodas* populistische Rhetorik. Sie sind im Gegenteil sogar von ihr überlistet worden: In der Endphase der Vorbereitungszeit zu den Wahlen im Oktober 2012 hat die herrschende *Partei der Regionen* sogar ungewollt zu *Swobodas* Einfluss beigetragen, während sie steif und fest behauptete, sich *Swobodas* Ideologie entgegenzustellen. Sie verstärkte *Swobodas* Sichtbarkeit in den von Behörden und Loyalisten dominierten Medien und drängte sie dazu, *Swobodas* Angriffe auf die nationaldemokratischen Parteien zu veröffentlichen, die sie als ihre Hauptwidersacher betrachtete. Damit stärkte die *Partei der Regionen* unabsichtlich einen bei Weitem gefährlicheren Gegenspieler. Diese Situation änderte sich jedoch bald – inzwischen hat sich *Swoboda* mit der Opposition verbündet. Einige moderate nationalistische Politiker vertreten

die Meinung, dass die politisch weit rechts Stehenden der heutigen Ukraine einfach nur populistisch seien und wesentlich weniger radikal als ihre Vorgängerparteien in den 1930ern und 1940ern. Demnach, so argumentieren sie, werden *Swoboda* und ihresgleichen eine politische Randscheinung bleiben. Diese Sichtweise unterschätzt jedoch in hohem Maße die Bedrohung, die von der Rechtsextremen im Allgemeinen und von *Swoboda* im Speziellen ausgeht, denn sie ist Hauptumschlagplatz für kompromisslosen Nationalismus geworden und stellt jetzt bereits jene Parteien in den Schatten, die im gleichen Lager demokratischer ausgerichtet sind. Bereits 2010 sind viele Bürger, die mit nationalistischen Ideologien sympathisieren, der Umstände halber, offene Allianzen mit *Swoboda* eingegangen und zwar innerhalb des Rahmens des KOD (Komitet Opory Diktatury), einem Komitee, das eingerichtet wurde, um die demokratischen Parteien gegen die *Partei der Regionen* zu vereinigen. Ein Schreiben, das von 40 ukrainischen Gelehrten und Intellektuellen im April 2012 verfasst wurde, um *Swoboda* aus dieser Allianz auszuschließen, wurde ignoriert. Später wurde das KOD aufgelöst und am Vorabend der Parlamentswahlen eine neue Allianz gebildet – die Vereinigte Opposition. Obwohl *Swoboda* dieser Allianz formell nie beigetreten ist, nimmt sie an sämtlichen ihrer öffentlichen Aktivitäten teil. Im Ergebnis dessen wird *Swoboda* von der Öffentlichkeit als Teil des demokratischen Blocks wahrgenommen.

Die internationalen Partner der Ukraine verurteilen die indirekte Einbeziehung einer rechtsextremen Partei wie dieser in die demokratische Opposition. Im November 2012 brach ein internationaler Skandal aus, als Kristian Vigenin, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, im Namen der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, in einer Resolution des Europäischen Parlaments einen Absatz über die Ukraine hinzufügte, in dem er forderte, dass die demokratischen Parteien sich von *Swoboda* trennen sollten. *Swobodas* „rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Ansichten stehen im Widerspruch zu den grundlegenden Werten und Prinzipien der EU“, hatte er beobachtet, und „daher raten wir den prodemokratischen Parteien des Parlaments nicht mit ihr zu kommunizieren, sie nicht zu unterstützen und keine

Koalition mit ihr einzugehen.“³³ Trotz dieser Zurechtweisung kündigte die demokratische Opposition der Ukraine an, weiterhin mit *Swoboda* zu kooperieren.

Infolge dieser Kontroverse wurde eine andere ausgelöst, die diesmal die europäischen Verbündeten von *Swoboda* betraf. Es wurde berichtet, dass *Swoboda* aus der *Alliance of European National Movements* (AENM), [Allianz der nationalen europäischen Bewegungen], ausgeschlossen worden sei, weil die Partei als zu radikal und chauvinistisch gelte. In einer von *Swoboda* herausgegebenen Erklärung bestätigte Andriy Mokhnik, der Stellvertretende Vorsitzende, dass *Swoboda* in der Allianz lediglich Beobachterstatus habe, und legte dar, dass „mit Mitgliedern der Allianz Konflikte ausgetragen würden, jedoch kein Krieg“.³⁴ Die „Konflikte“, auf die er sich bezog, umfassten Auseinandersetzungen mit der polnischen rechtsextremen Partei zur Rolle der *Ukrainian Rebel Army* gegenüber dem polnischen Volk und zum Thema Stepan Andrijowytsch Bandera, und mit der ungarischen Partei *Jobbik* zu Fragen wie Großungarn und dem Antrag, der ungarischen Sprache im ukrainischen Transkarpatien regionalen Status zu verleihen. Die Wikipedia-Webseite zur *Alliance of European National Movements* (zuletzt besucht am 30. Januar 2013) meldet, dass *Swoboda* seit 2009 Mitgliedspartei war. Die seit Oktober 2012 herausgegebenen Pressemeldungen der Allianz führen weder *Swoboda* noch eine andere ukrainische Partei als Mitglied auf. In einer Erklärung, die *Swoboda* am 11. Januar 2013 auf ihrer Webseite veröffentlicht hat, behauptet die Partei, dass sie in der *Alliance of European National Movements* nur Beobachter war und ist, keine vollständige Beteiligte.

Schlussfolgerungen

Unsere Analyse, wonach sich *Swoboda* stufenweise von einer politischen Randerscheinung zum Mainstream vorgearbeitet hat, entlarvt sie als Träger von Kernelementen rechtsextremer Ideologie. Ihr Zugang zum

33 <http://www.vigenin.eu/en/news/News-of-European-union-12/European-Parliament-demands-political-isolation-for-far-right-party-Svoboda-3623>.

34 <http://www.svoboda.org.ua/diyalnist/komentari/035896/>.

Mainstream wurde dadurch ermöglicht, dass sie über den Zeitraum eines Jahrzehntes ihr Image, ihre Ideologie, ihre Parolen und Taktik aufgefrischt hat. Heute ist die Partei von folgenden Merkmalen gekennzeichnet: Erstens wird sie als eine Kraft wahrgenommen, die nah an den einfachen Leuten ist und allein diese Tatsache verschafft ihr ein öffentliches Image, das sich komplett von dem unterscheidet, das die Politiker der meisten anderen Parteien ausstrahlen. Zweitens verwendet sie populistische soziale Rhetorik, um Bürger an der Basis zu erreichen, während sie der Politik der Elite Verachtung entgegenbringt. Es entspricht dem Rollenmodell anderer rechtsextremer Gruppen bei Themen der nationalen Identität, Sprache und Kultur. Hauptziele von *Swoboda*s Angriffen sind die aggressive Haltung Russlands gegenüber der Ukraine und die Politik und personelle Besetzung der herrschenden *Partei der Regionen*, die Zugeständnisse an Russland gemacht hat. Im Gegenzug ist *Swoboda* bei der *Partei der Regionen* als Sparringspartner gelistet und wird als „nationalistischer Feind“ der Demokratie und des Markts erachtet. Was die Mitte-Rechts- und Oppositionsparteien angeht, so haben sie sich nicht von *Swoboda*s antisemitischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Rhetorik distanziert, sondern sind stattdessen soziale Allianzen mit *Swoboda* eingegangen. Damit haben sie *Swoboda* in den Augen der Öffentlichkeit vom Stigma befreit, sie legitimiert und geben ihr den Anschein, als sei sie als Partner mit anderen Parteien gleichwertig. Diese Parteien haben keinen Konsens darüber erzielt, wie *Swoboda*s rechtsextremer Ideologie entgegengewirkt werden kann, obwohl die Elemente einer möglichen Strategie von Intellektuellen genauestens und von der Zivilgesellschaft im Allgemeinen beschrieben worden sind.

Die Idee eines vereinigten Europas gründet nicht allein auf einem gemeinsamen Markt, sondern auch auf einer paneuropäischen Solidarität, die geografische und ethnische Spaltungen überwinden soll. Wenn die europäische Integration für die Ukraine Priorität hat, sollten diese Warnungen beachtet werden.³⁵ Dazu werden die europäischen Partner der Ukraine Geduld aufbringen und sich im stetigen Dialog mit dem Land engagieren müssen.

35 <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2012/04/20124185250195670.html>

Quellen- und Literaturverzeichnis

Bohdan, Nahailo (1994): “RFE/RL Research Report”.

Kabal, Miroslav: “Spadshyna Yaroslava Stetska” (“Through the Prism of Ukrainian Reality at the Beginning of the 21st Century”), available at <http://zakarpattya.net.ua/Blogs/91762-Spadshchyna-IAroslava-Stetska-kriz-pryzmu-ukrainskykh-realii-na-pochatku-KHKHI-st>.

Kryvdyk, Ostap (2011): “Neyakisniy Nationalism,” in *Ukrayinska Pravda*.

Mierzejewski, Melanie G.: “Stalled on Substance: Democratization and Public Opinion in Post-Orange Revolution Ukraine,” available at http://www.ifes.org/Content/Publications/White-Papers/2010/~media/Files/Publications/White%20PaperReport/2010/Manatt_Melanie_Mierzejewski_2010Dec21.pdf.

Riabchuk, Mykola (2012): “Toward an Anecdotal History of Ukrainian Politics”, available at <http://ukraineanalysis.wordpress.com/2012/02/>.

Yevhen, Bystrytskyi (1994): “Chomu natsionalism ne mozhe buty naukoyu” (“Why nationalism cannot be a science”), in *Politychna Dumka* 2, pp. 30–35.



Gabor Vona, Vorsitzender der rechtsextremen Partei *Jobbik* bei einer Kundgebung am 14. Januar 2012 in Budapest, Ungarn

Radikaler als die Radikalen: Die Partei *Jobbik* im internationalen Vergleich

András Bíró Nagy | Tamás Boros | Zoltán Vasali

Einleitung

Die extreme Rechte ist seit der Wende 1989 keine unbekannte politische Kategorie in Ungarn, doch die auf diesem ideologischen Terrain erfolgreiche *Jobbik*¹ formierte sich erst 2003 zur Partei. Bei den Parlamentswahlen 2006 konnte sie nur 2,2 % der Stimmen erreichen, doch bald darauf nahm ihre Popularität sprunghaft zu.² Den wirklichen Durchbruch der Radikalen brachte die Gründung der „*Magyar Gárda*“ (Ungarische Garde), der paramilitärischen Truppe der Partei, im Jahr 2007, sodass *Jobbik* zwei Jahre später, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, bereits 14,77 % erzielte. Dieses Resultat übertraf ihre Erwartungen und auch die Meinungsforschungsergebnisse. 2010 konnte die Partei die Zahl ihrer Anhänger noch mehr erhöhen und wurde mit ihrem Wahlergebnis von 16,67 % bei den Parlamentswahlen drittgrößte Formation in der Ungarischen Nationalversammlung.³

Dieser Durchbruch ließ eine Zeitlang auch die Möglichkeit aufscheinen, dass *Jobbik* neben der gegenwärtigen rechtspopulistischen Regierungspartei *Fidesz* die Chance hätte, in einem bipolaren politischen System die Rolle der „zweitstärksten Oppositionspartei“ zu spielen. 2013, im Vorjahr der Wahlen, scheint sich diese Zielsetzung nicht zu erfüllen. Nach den

1 Anm. der Herausgeber: Der Parteiname bedeutet übersetzt die „Rechtere“ und zugleich auch die „Bessere“

2 Várnagy, Réka: Hungary. European Journal of Political Research 50: 991–998, 2011.

3 A MIÉP-pel közösen indulva [Im Verein mit der ultrarechten MIÉP], Quelle: http://www.valasztas.hu/parval2006/hu/09/9_0.html.

jüngsten Meinungsumfragen ist ihre Popularität etwas zurückgegangen und liegt in der Gesamtbevölkerung bei 9 % und unter denen, die mit Sicherheit zur Wahl gehen, bei 15 %.⁴ Der Rückgang, der jedoch nicht als Trend angesehen werden kann, liegt in erster Linie an den Skandalen wegen der zunehmenden antisemitischen und rassistischen Botschaften der Partei und einer Reihe von Rücktritten.⁵ Die immer konfliktreichere politische Kultur der letzten Jahre bewegt wohl auch *Jobbik* zu einer Profiländerung; das spiegelt auch ihre im Januar 2013 verabschiedete Wahlprogrammatik wider.⁶

Im Folgenden wollen wir *Jobbik* als eine spezifisch ungarische rechtsextreme Partei unter vier Aspekten analysieren. Erstens soll geprüft werden, in welcher Hinsicht Politik und Rhetorik der Partei Ähnlichkeiten mit anderen extrem rechten Parteien in Europa bzw. Abweichungen von diesen aufweisen. Danach wollen wir prüfen, welchen Instrumentariums sich *Jobbik* bei ihrer politischen Tätigkeit bedient und wie sich diese Instrumente zu den Methoden anderer radikaler Parteien verhalten. Als Nächstes analysieren wir, wie sich *Jobbik* seit ihrem Einzug ins Parlament auf das gesamte politische System und im Einzelnen auf die wichtigsten politischen Parteien in Ungarn ausgewirkt hat. Schließlich zeigen wir drei Szenarien auf, die die möglichen politischen Ausrichtungen von *Jobbik* bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2014 ergründen sollen.

4 Medián: Ki alkalmasabb? [Wer ist mehr geeignet?] (23. Januar 2013) <http://www.median.hu/object.9a5752eb-18c6-451b-aa98-ec5f7961d465.ivy>.

5 Megroppantotta a Jobbikot a Gyöngyösi-ügy [Der Fall Gyöngyösi: ein schwerer Schlag für Jobbik] (5. Dezember 2012), http://hvg.hu/itthon/20121205_Megroppantotta_a_Jobbikot_a_Gyongyosiugy.

6 Hét vezérelvvel készül 2014-re a Jobbik [Sieben Leitprinzipien der Jobbik für die Wahlen 2014] (17. Januar 2013), http://jobbik.hu/rovatok/orsz%C3%A1gos_h%C3%ADrek/h%C3%A9t_vez%C3%A9relvvel_k%C3%A9sz%C3%BCI_2014-re_a_jobbik.

1. Die Besonderheit des *Jobbik*-Phänomens in Europa

Obgleich wir uns in unserer Analyse darauf fokussiert haben, den spezifischen – von anderen ultrarechten europäischen Parteien abweichenden – Charakter von *Jobbik* vorzustellen, soll einleitend festgehalten werden, dass sich die in vieler Hinsicht individuelle radikale Formation im Hinblick auf ihre politischen Ansichten mehrheitlich nahtlos in die Charakteristik der bekannten vergleichbaren Organisationen auf dem Kontinent einfügt. Die Unterschiede sind in erster Linie auf die regionalen und länderspezifischen Eigenheiten sowie darauf zurückzuführen, dass *Jobbik* bewusst bestrebt ist, ihre Andersartigkeit im Vergleich zu ganz Europa sichtbar zu machen. Auf internationalem Terrain achten die ungarischen Rechtsradikalen sehr darauf, mit welchen Kräften sie in Verbindung gebracht werden können, zumal sie sehr wohl wissen, dass in der ungarischen Öffentlichkeit ihrer Bündnispolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ein eklatantes Beispiel für diese Lage ist das Dilemma der Partei bei der Fraktionssuche im Europäischen Parlament nach dem „Wahlerfolg“ 2009, als ihre Abgeordneten nach langem Ringen nur entscheiden konnten, sich keiner Fraktion des EP anzuschließen und somit nun als unabhängige Mitglieder im Parlament sitzen.⁷

Auf Themen, die von rechtsradikalen bzw. rechtsextremen Parteien⁸ auf die europäische Agenda gesetzt werden, reflektiert *Jobbik* nur, sofern sie auch eine nationalistische Konnotation haben. Die Beispiele zeigen, dass *Jobbik* den Konflikten der Immigrationspolitik oder des Multikulturalismus nur minimale Aufmerksamkeit schenkt. Man muss auch betonen, dass es eine Besonderheit der internationalen Beziehungen von *Jobbik* ist, dass sie durch ihre extrem nationalistischen Zielsetzungen auch ähnlich

7 Felvetődött, hogy Morvai különcködik Brüsszelben [Morvai spielt den Sonderling in Brüssel] (25. Juni 2009), <http://www.origo.hu/itthon/20090625-jobbik-europai-parlament-frakcialakitas-alkuk.html>.

8 Anm. der Herausgeber: Wir unterscheiden zwischen den radikalen und extremen Rechten. Die radikalen Rechten akzeptieren parlamentarische Wahlen, die Gesetzgebung und andere basisdemokratische Normen und Verfahren, während die extremen Rechten das System fundamental verändern wollen.

orientierten Parteien der Region fern steht, vertritt sie doch sowohl bei ungarischen Fragestellungen außerhalb der Landesgrenzen als auch bei der Revision der nach dem Ersten Weltkrieg von Ungarn abgetrennten Gebiete einen Standpunkt, der selbst für ihre potenziellen rechtsextremen Verbündeten inakzeptabel ist.⁹

Der politologischen Fachliteratur zufolge ist es eine spezifische Eigenschaft der radikalen und extremen Parteien in unserer Region, dass sie in ihrer Gesellschaftspolitik und Ideologie radikaler und zu Kompromissen unfähiger sind als ähnliche westliche Parteien bzw. dass sie organisatorisch viel stärker die Merkmale einer Bewegung aufweisen.¹⁰ Im Hinblick auf die Analyse der aktuellen Lage von *Jobbik* ist es nur indirekt von Bedeutung, dass die meisten Experten hervorheben, für die ultrarechten Parteien der osteuropäischen Länder sei eher eine antidemokratische Attitüde und die Forderung nach Einschränkung der freien Märkte zugunsten der nationalen Interessen kennzeichnend.¹¹

Die Entwicklung von *Jobbik* fällt unter anderem deshalb aus dem europäischen Rahmen, weil sie es durchgesetzt hat, dass so gut wie jeder früherer gesellschaftlicher Konsens aufgekündigt wurde. Die Selbstwertprobleme der ungarischen Gesellschaft ausnutzend, scheute sich *Jobbik* nicht, nahezu alle etablierten Politikansätze in Frage zu stellen und den politischen Diskurs zu radikalisieren („Romafrage“, Dämonisierung freier Märkte, unbewältigte kommunistische Vergangenheit). Die ungarischen Rechtsradikalen unterscheiden sich von Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung nicht in erster Linie durch ihre Aggressivität – obwohl die Gründung der militanten Ungarischen Garde eigentlich auch dies

9 „Elutasítjuk a Jobbikot” – radikális európai politikusok Budapesten [„Wir lehnen Jobbik ab“ – radikale europäische Politiker in Budapest] (30. Oktober 2011), http://atv.hu/cikk/20111030_elutasitjuk_a_jobbikot_radikalis_europai_politikusok_budapestben.

10 Minkenberg, Michael: Transnational dimensions of the Central and Eastern European Radical Right Today: Does Past Play a Role in the Shaping of the Present? Niedergeschriebener Text eines Vortrags auf der Konferenz „Far Right Networks in Northern and Eastern Europe“. 2010.

11 Csánó, Szabina: Radikális irányok, Az EU radikális pártjainak külkapcsolati víziói [Radikale Richtungen. Visionen der radikalen Parteien in der EU über die Außenbeziehungen]. In: Fordulat, Heft 2011/2.

untermauert –, sondern vor allem dadurch, dass sie trotz ihrer Ausgrenzung intensiv an der Neudefinierung von gesellschaftlichem Konsens und politischer Orientierung beteiligt ist.

Nicht nur bei *Jobbik*, sondern bei den radikalen ost-mitteleuropäischen Parteien im Allgemeinen zeichnet sich eine für die Region typische Formel für Wahlsiege ab. Ihre Komponenten sind: Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, linkspopulistische Wirtschaftspolitik und soziokultureller Konservatismus. Der starke Staat spielt neben *Jobbik* auch im Programm der Partei „Großrumänien“, der Slowakischen Nationalpartei und der bulgarischen Ataka eine wichtige Rolle. Diese Parteien stehen nicht einfach auf der „linken“ Seite in wirtschaftspolitischen Fragen, nicht selten überholen sie mit ihren populistischen Forderungen sogar die sozialdemokratischen Parteien ihres eigenen Landes. Eine solch radikale, linkspopulistische wirtschaftliche Forderung ist bei *Jobbik* etwa die der (Rück-)Verstaatlichung strategisch wichtiger Unternehmen, bei „Großrumänien“ die Forderung, den Preis der wichtigsten Konsumgüter zu senken oder bei der Slowakischen Nationalpartei die Vorstellung von einem sozialen Minimum. Die Ablehnung der liberalen Wirtschaftspolitik bedeutet zugleich auch, dass diese Parteien gegenüber ausländischem Kapital und multinationalen Firmen äußerst kritisch sind.

Der Widerstand gegen die multinationalen Firmen ist in Ungarn deshalb besonders gefährlich, weil diese Firmen über 50 % des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. So kann die multinationale Firmen abschreckende Politik, die nicht nur *Jobbik*, sondern auch der regierende *Fidesz* eigen ist, zu wirtschaftlicher Stagnation, schlimmstenfalls sogar zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen.

Während es bei den westeuropäischen Parteien die Migranten sind, sind es in den postsozialistischen Staaten die nationalen Minderheiten, die ins Visier der ultrarechten Parteien geraten. Hauptfeinde der Ersteren sind mittlerweile die Muslime, (obwohl sie natürlich Migranten aus egal welchen Ländern ablehnen); in den letztgenannten Ländern sind es eindeutig die Roma. In Ungarn fällt jedoch die Romafeindlichkeit der Ultrarechten gleich in vielerlei Hinsicht auf fruchtbaren Boden.

In Ungarn teilen 60 % der Bevölkerung die Meinung, dass Roma „die Kriminalität im Blut haben“ und 42 % unterstützen es, dass Roma in manche Diskotheken oder Lokale nicht hineingelassen werden.¹² Unter-
dessen nimmt in Ungarn der Anteil der Roma an der Gesamtbevölkerung zu; Schätzungen zufolge liegt ihr Anteil bereits bei 8 %. Eine zufrieden-
stellende Integration der Roma konnte auch in Ländern mit mehr Res-
ourcen und weniger Roma nicht erreicht werden. So findet die antiziga-
nistische Rhetorik von *Jobbik* bei breiten Bevölkerungsschichten durchaus
positiven Widerhall und ist eine Zeitbombe im Konflikt zwischen Roma
und Nicht-Roma in Ungarn.

Außenpolitisch sind bei den untersuchten Parteien Ost-Mitteleuropas
vorwiegend zwei Zielrichtungen auszumachen: Die serbische SRS, die slo-
wakische SNS und die ungarische *Jobbik* zeigen eine unverhohlenen östli-
che, vor allem russenfreundliche Orientierung, während die bulgarische
Ataka und die rumänische PRM eine zwischen Europa und Russland
lavierende Rolle verfolgen. Unter den außenpolitischen Bestrebungen
der genannten Parteien sind auch nationalstaatliche und nationenbil-
dende Bestrebungen zu finden: Die SRS hat die Schaffung von Großser-
bien zum Ziel, die PRM die Fusion von Rumänien und Moldawien – und
Jobbik, auf eine entsprechende historische Entwicklung hoffend, verzich-
tet nicht endgültig auf die Wiederherstellung der ungarischen Grenzen
vor dem Ersten Weltkrieg.

Es ist also ein gemeinsamer Zug der rechtsradikalen Parteien in Ost-Mit-
teleuropa, dass ihre Programme „dem Westen“ gegenüber kaum freund-
lich gesonnene Positionen enthalten. Diese Attitüde zeigt sich auch in
der Europaablehnung der extrem rechten Parteien in Bulgarien, Ungarn,
Rumänien und der Slowakei, obwohl diese Länder bereits der EU angehö-
ren. Unter all diesen Parteien ist jedoch *Jobbik* die einzige, die offen for-
dert, dass Ungarn aus der EU austreten solle. Die rechtsradikalen Parteien
der anderen genannten Länder gehen, wie ihre öffentlichen Dokumente
belegen, nicht darüber hinaus, ihre Unzufriedenheit innerhalb der EU

12 Vgl. <http://www.tarki.hu/adatbank-h/kutjel/pdf/a809.pdf>.

auszudrücken. Unter den postsozialistischen Rechtsradikalen vertreten neben der ungarischen Partei noch die Serben einen „harten“ Euroskeptizismus: Die SRS lehnt eine EU-Mitgliedschaft Serbiens ab.

Es ist ein Alleinstellungsmerkmal der Außenpolitik von *Jobbik*, dass sie nicht nur die Europäische Union und Westkontakte ablehnt, sondern auch eine Alternative bietet. Sie hat mit dem Iran und den arabischen Ländern aktive diplomatische Beziehungen ausgebaut, und zahlreiche Zeichen deuten darauf hin, dass die Partei auch in Russland starke Kooperationspartner hat. Diese „Öffnung nach Osten“ ist übrigens nicht nur eine Eigenart von *Jobbik*; in feinerer Form folgt auch die Orbán-Regierung der Ideologie von *Jobbik* – in kritischen Tönen gegenüber der Europäischen Union und in einer wesentlich freundlicheren Haltung gegenüber Russland, China oder Saudi-Arabien.

Anhand wesentlicher Merkmale geben wir im Folgenden einen Überblick über das ideologische Profil rechtsradikaler europäischer Parteien in tabellarischer Form und zeigen dabei die Abweichungen im Profil von *Jobbik* auf.



Anti-EU-Demonstration der extremen Rechten in Budapest.

Profil rechtsradikaler europäischer Parteien

Tabelle 1

	Wirtschaftspolitische Ausrichtung	Relevante soziale Themen	Außenpolitische Orientierung	Stärke des Euroskeptizismus	Feindbild
Ataka (Bulgarien)	Linkspopulistisch	Gesundheitswesen, Renten, Mindestloohnerhöhung	Völlige Neutralität, aber Offenheit für die Teilnahme an einem europäischen Verteidigungssystem	Weich – lehnt die EU ab, will aber nicht austreten	Nationale Minderheiten (Türken, Roma), USA
British National Party (Großbritannien)	Linkspopulistisch	Sozialer Wohnungsmarkt, Sozialleistungen, Gesundheitswesen	Annäherung an die „weißen“ Länder des einstigen Kolonialreichs (Australien, Neuseeland, Kanada)	Hart – für EU-Austritt	Migranten (früher Schwarze, inzwischen vor allem die Muslime)
Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei) (Dänemark)	Linkspopulistisch	Renten, Gesundheitswesen	USA-, NATO- und Israel-freundlich	Weich – lehnt die EU ab, will aber nicht austreten	Migranten (vor allem Muslime)
Lega Nord (Italien)	Rechtsgerichtete/ wirtschaftsliberal	Familienförderung	Lösung Norditaliens von Italien, Neutralität	Weich – lehnt die EU ab, für Austritt bei stärkerer Integration	Migranten (vor allem Muslime), „zentralistisches Rom“, Südtiroler
Vlaams Belang (Flämische Interessen) (Belgien)	Rechtsgerichtete/ wirtschaftsliberal	Renten	Lösung Flanderns von Belgien, „Zusammenhalt der europäischen Völker“	Weich – lehnt die EU ab, befürwortet aber in vielen politischen Bereichen eine gemeinsame europäische Politik	Migranten (vor allem die Muslime)
Fremsskrittspartiet (Fortschrittspartei) (Norwegen)	Rechtsgerichtete/ wirtschaftsliberal	Renten, Gesundheitswesen	Unterstützung für die USA und für Israel	Nicht euroskeptisch – im Falle eines Votums der Bevölkerung pro EU-Beitritt per Referendum würde dies akzeptiert werden; Unterstützung der Mitgliedschaft im EWR und Schengen	Migranten (von Übersee), aktive Wirtschaftspolitik des Staates

Jobbik (Ungarn)	Linkspopulistisch	Sozialleistungen	Orientierung nach Osten (Russland, China etc.)	Hart – lehnt die zunehmende europäische Integration ab, für ein Referendum zum EU-Austritt	Nationale Minderheit (vor allem Roma), multinationale Firmen, Kommunisten
Partidul Româna Mare (Großrumänien Partei) (Rumänien)	Linkspopulistisch	Preissenkung bei den wichtigsten Konsumgütern	Vermittelnde Rolle zwischen der NATO und Russland, Fusion mit Moldawien	Weich – lehnt die EU ab, will aber nicht austreten	Nationale Minderheiten (Ungarn, Roma, Juden)
Front National (Nationale Front) (Frankreich)	Linkspopulistisch	Sozialleistungen	Wiederherstellung der „nationalen Priorität“ und der „Souveränität“	Weich – lehnt die EU ab, will aber nicht austreten	Migranten (vor allem Muslime), Globalisierung
Freiheitliche Partei Österreichs	Linkspopulistisch	Gesundheitswesen, Familienunterstützung, Jugendpolitik	Neutralität, aber Offenheit nach Osten (Russland, China etc.), Kritik an den USA	Weich – lehnt die EU ab, für Austritt bei weiter zunehmender Integration	Migranten (vor allem Muslime)
Schweizerische Volkspartei (Schweiz)	Rechtsgerichtet/ wirtschaftsliberal	Sozialleistungen	Völlige Neutralität, partnerschaftliche Beziehungen mit der EU, den USA und den Staaten des Fernen Ostens	Hart – EU als Wirtschaftspartner aber gegen Beitritt	Migranten (vor allem Muslime)
Serbische Radikale Partei (Serbien)	Rechtsgerichtet/ wirtschaftsliberal	Renten	Orientierung nach Osten (Russland), Schaffung von „Großserbien“	Hart – lehnt einen Beitritt Serbiens ab	Gegner des serbischen Irredentismus (Albaner, Kroaten, Bosnier, USA)
Slowakische Nationale Partei (Slowakei)	Linkspopulistisch	Familienunterstützung, Forderung eines „sozialen Minimums“	Gegen die NATO, Zusammenhalt mit den slawischen Nationen	Weich – lehnt die EU ab, aber gegen Austritt (EU als „notwendiges Übel“)	Nationale Minderheiten (Ungarn, Roma)

2. Das singuläre Instrumentarium von *Jobbik*

Jobbik ist nicht nur in ihren fachpolitischen Vorstellungen, sondern auch in ihrem politischen Instrumentarium in vielerlei Hinsicht singulär in Europa. Während die auf ein Feindbild aufbauende Rhetorik, der soziale Populismus oder die euroskeptischen Töne auch bei vielen anderen radikalen Organisationen zu finden sind, sind etwa die unverhüllt neofaschistischen Floskeln oder das ausgeprägte Thematisieren von Umweltfragen so eher selten bei anderen rechtsextremen Parteien zu finden. Im Folgenden wollen wir die wichtigsten Elemente von *Jobbik* daraufhin untersuchen, wie sich diese zu den „Trends“ der ultrarechten europäischen Parteien verhalten.

Stärkung des Feindbildes

Die prägnanteste Kommunikations- und Identifikationstechnik bei den radikalen und ultrarechten Parteien ist bekanntlich, dass sie für die gesellschaftlichen Probleme vereinfachend einen Akteur der Wirtschaft oder eine leicht identifizierbare gesellschaftliche Gruppe verantwortlich machen. *Jobbik* hält jedoch über die regionalen Feindbilder hinaus seit ihrer Gründung die Thematik des kommunistischen Erbes und die Verantwortung der politischen Elite vor der Wende auf der Tagesordnung. Dies ist nicht nur eine einfache Abweichung, sondern eine multikomplexe Darstellung der Realität, in der die Mitglieder der Gemeinschaft praktisch in jedem ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Subsystem ein Ziel findet, das zum Sündenbock erklärt werden kann. Neben dem in ganz Osteuropa vorhandenen Antiziganismus ist für *Jobbik* auch typisch, dass sie intensiv gegen die Tätigkeit der in ausländischem Besitz befindlichen multinationalen Firmen auftritt und außerdem behauptet, an den negativen Auswirkungen der gegenwärtigen ökonomischen und „moralischen Krise“ seien die zu Liberalen gewandelten früheren kommunistischen bzw. sozialistischen Politiker schuld. Mit der lautstarken Verkündung dieser Botschaft erreicht sie es, ihre Position zur historischen Vergangenheit Ungarns in Zusammenhang mit aktuellen Problemen zu bringen. Bei der Deutung multinationaler Firmenaktivitäten hat die Par-

tei ein komplexes „System von Botschaften“ aufgebaut. Darin haben von der Kritik an der Geschäftspolitik, wo die Dumpingpreise ausländischer Lebensmittel die ungarischen Produkte verdrängen, über die künstlich generierten hohen Lebenshaltungskosten bis hin zum Profittransfer ins Ausland so gut wie alle Faktoren Platz.

Soziale Sensibilität und Populismus

Während bei anderen rechtsradikalen europäischen Parteien die wichtigsten sozialen Botschaften die Reformierung der Gesundheits- und der Rentensysteme betreffen, geriet dies bei *Jobbik* schon zur Zeit ihrer Gründung in den Hintergrund und tauchte auch bei der Erstellung ihres Wahlprogramms vor ihrem Einzug ins Parlament nicht markant auf. Die Partei verfügt bezüglich der Reform der Sozialsysteme über kein umsetzbares Konzept. Ihre Botschaften beschränken sich in diesen Fragen lediglich darauf, dass die Empfänger von Sozialleistungen unberechtigt in den Genuss von Zuwendungen kämen; und sie bringt es fertig, dies mit der in ihrem Feindbild dominierenden Mentalitätskritik in Verbindung zu bringen, auf der ihr Hass gegen die Roma basiert. Unter dem Vorwand der Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme erwartet sie von der betroffenen Minderheit, gewissermaßen im Gegenzug für Sozialleistungen die Bereitschaft, Pflichtarbeit, zu leisten oder in irgendeiner Form mit den kommunalen Selbstverwaltungen zusammenzuarbeiten.¹³ Im Hinblick auf die Sanierung des Gesundheitssystems behauptet sie vor allem, dass die Leistungen überwiegend von Menschen in Anspruch genommen würden, die keinerlei Beitrag für diese Versorgung leisteten. Was die Rentensysteme angeht, betont *Jobbik*, dass Personen mit „historischer Schuld“ keine Rente erhalten sollten, bzw. sie verbindet die Frage der privaten Rentenkassen mit der Kritik am profitorientierten Verhalten der multinationalen Firmen. Es ist interessant, dass bei der von *Jobbik* angestrebten

13 Kell-e közmunkaprogram? [Ist ein Pflichtarbeitsprogramm vonnöten?], http://jobbik.hu/sites/jobbik.hu/download/K%C3%B6zmunkaprogram_Jobbik_2012_janu%C3%A1r_olvasm%C3%A1nyos.pdf.

Umgestaltung des Rentensystems die bis vor kurzem private, inzwischen aber verstaatlichte Selbstvorsorge überhaupt nicht vorkommt, was für eine Partei mit konventionellem Familienmodell und angesichts des Bevölkerungsrückgangs riskant ist, ignoriert diese Haltung doch die Interessen ihrer größtenteils aus jungen Leuten bestehenden Basis. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Reformvorstellungen von *Jobbik* bei der Umgestaltung fast aller Verteilungssysteme unausgegoren sind und diese Themen vor allen Dingen das bereits vorgestellte Feindbild der Partei untermauern sollen.

Verhältnis zur europäischen Integration und außenpolitische Orientierung

Im Vergleich zu anderen rechtsradikalen Parteien des Kontinents ändert *Jobbik* immer wieder ihre Position zur Zukunft der Europäischen Union und zur Bewertung der Mitgliedschaft Ungarns in der EU. Als die Partei gegründet wurde, lehnte sie nicht nur den Beitritt zur Union und die Teilnahme an Europawahlen ab, sondern hielt jegliche Verpflichtung zur Rechtsharmonisierung, die Ungarn eingehen wollte, eindeutig für schädlich.¹⁴ Bis 2009 hat sich diese strikte Ablehnung geändert, da die für die Europawahl kennzeichnende Proteststimmung in der ungarischen Öffentlichkeit es der Partei ermöglichte, damit ihren ersten Wahlsieg zu erringen. Bei fast allen negativen Entwicklungen in Ungarn macht *Jobbik* die angeblich „im Hintergrund“ tätige EU dafür verantwortlich – ob es nun um den Konkurs der ungarischen nationalen Fluggesellschaft oder um die Regeln der Konvergenzkriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geht, die nach Meinung von *Jobbik* die ungarische Souveränität unnötig einschränken. In den vergangenen Jahren bedeutete die EU-Mitgliedschaft Ungarns für *Jobbik* einerseits ein Glaubwürdigkeitsproblem (die Partei hat drei Abgeordnete im Europäischen Parlament), andererseits bot sie ihr die Möglichkeit, finanzielle Verpflichtungen Ungarns gegenüber Brüssel für die anhaltende Rezession verantwortlich

14 A *Jobbik* külpolitikája a belügyekbe be nem avatkozás – a keleti nyitás sarkalatos nemzeti érdek (2010) [Die Außenpolitik von *Jobbik* ist die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten – die Öffnung nach Osten ist ein kardinales nationales Interesse], <http://kuruc.info/r/7/68115/>.

zu machen. Seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, wird von der Partei der Austritt Ungarns aus der EU ständig propagiert; und diese Position wird beibehalten, obwohl die von der Gemeinschaft gewährten Kohäsionsmittel Ungarn die einzige Entwicklungsmöglichkeit bieten.

Neofaschismus

Politischen Analysen zufolge gehört die Mischung von linkspopulistischen und neofaschistischen Ideologeelementen zu den spezifischen Merkmalen von *Jobbik*. Das bedeutet in der Praxis, dass in der Identität dieser Partei und der zu ihr gehörenden Bewegungen die Nostalgie nach den extremen Richtungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine besonders große Rolle spielt. Spezifisch an den von *Jobbik* in den letzten Jahren vertretenen Positionen sind auch die Wellen von Rassismus, die sich gegen die Roma richten und bei dem ohnehin in der Bevölkerung weitverbreiteten Hass gegenüber dieser Minderheit auf einen fruchtbaren Boden treffen. Wie bereits erwähnt, sind die Roma das rassistische Hauptfeindbild in Ostmitteleuropa, während es in Westeuropa die Muslime sind. Und im Gegensatz zu anderen extrem rechten Parteien in Ostmitteleuropa, deren Attacken sich auch gegen andere nationale Minderheiten richten, konzentriert sich *Jobbik* nahezu ausschließlich auf den Antiziganismus.

Ökologische Krise

In der Entwicklung von *Jobbik* scheint es ein interessantes Novum zu sein, dass sie gezwungen ist, verstärkt auch sachpolitische und wertorientierte Fragen aufzugreifen (z. B. Themen wie das Verhalten gegenüber Nachbarländern und die Beziehungen zur EU). Diese sind einerseits gut mit der ausgeprägten Pflege der nationalen Traditionen zu vereinbaren, andererseits jedoch könnten sie der Partei in Zukunft einen offeneren Charakter verleihen.¹⁵ Die Partei beschäftigt sich seit ihrer Gründung

15 Hét vezérelvvel készül 2014-re a Jobbik (17. Januar 2013) [Sieben Leitprinzipien der Jobbik für die Wahlen 2014], http://jobbik.hu/rovatok/orsz%C3%A1gos_h%C3%ADrek/h%C3%A9t_vez%C3%A9relvel_k%C3%A9sz%C3%BCl_2014-re_a_jobbik.

intensiv mit der radikalen Neuinterpretierung der nationalen Identität und der Schaffung einer daraus abgeleiteten spezifischen Subkultur. In diesem Gemeinschaftsraum prägt die Ungarische Garde nicht nur den Charakter der Partei, sondern sie bietet den Jugendlichen, die unter ihren Anhängern in großer Zahl vertreten sind, auch „trendig“ erscheinende Identifizierungsformen. Laut der 2013 eingeläuteten neuen Wahlstrategie der Partei würde sie sich intensiv mit der Lösung von Umweltproblemen und der Vertretung der Interessen kommender Generationen befassen. Dieser in Europa ungewöhnliche Wandel mag für die ungarischen Radikalen auch schon deshalb naheliegend sein, weil einerseits die Partei „Lehet más a politika“ [„Politik kann auch anders sein“, Anm. d. Übers.], die ungarische grüne Partei, nicht in der Lage ist, ökosoziale Ideen authentisch zu vertreten, und andererseits die Dramatisierung von Umweltkonflikten sehr gut zur Kritik an den multinationalen Firmen und zur Fremdenfeindlichkeit passt.

Entwicklung der Partei

Wie aus Forschungen zur Entwicklung ultrarechter Parteien hervorgeht, sind abgesehen von *Jobbik* die meisten dieser Parteien in Osteuropa gerade dort am schwächsten, wo es eine starke Minderheit oder viele Migranten gibt. Bei *Jobbik* mag sich das deshalb anders verhalten, weil es der Partei gelungen ist, Spannungen zu schüren und gleichzeitig ihre Scheinlösungen den Menschen schmackhaft zu machen. Das heißt, sie konnte gerade in den als Hochburg der Partei geltenden Orten in Nordostungarn ihrer Anhängerschaft weismachen, dass sie nach Erlangen der Macht effizient mit den lokalen Problemen fertig werden würde. Ein anderes spezifisches Entwicklungsmerkmal ist das Streben nach Professionalität. Von 2006 an hat *Jobbik* bewusst ihr Organisationsnetz aufgebaut – ergänzt durch die Schaffung einer medialen Unterstützer-Öffentlichkeit und durch Aufrechterhaltung der politischen Aktivitäten auf der Straße. Diese Bereiche sind gewiss wichtig für die Stabilisierung der Unterstützung von *Jobbik*, sind doch die eigenen Foren in der Öffentlichkeit nicht nur für die Aufrechterhaltung ihrer Feindbilder, sondern auch für die verstärkte Gewinnung einer höher qualifizierten Anhängerschaft unentbehrlich. 2013

sind wir bereits so weit, dass ein Teil der Mainstream-Medien nicht einmal mehr versucht, *Jobbik* zu isolieren. Zudem verfügt *Jobbik* nicht nur über eine eigene überregionale Zeitung, Lokalblätter und von ausländischen Servern betriebene Websites, sondern sie startete sogar eine eigene Online-TV-Plattform.

3. Die systembildende Kraft von *Jobbik* und ihre Auswirkung auf die Parteien

Nach dem Wahlerfolg von *Jobbik* im Jahr 2010 dachten viele, die Präsenz der Rechtsradikalen im Parlament würde ihren aggressiven und populistischen Charakter schwächen, doch ist dies aus vielerlei Gründen nicht oder anders eingetreten. Es erfolgte ein Konsolidierungsprozess in der Hinsicht, dass *Jobbik* – letzten Endes allerdings ohne Erfolg – begann, sich ein regierungsfähiges Image zu geben und ein sachpolitisches Profil aufzubauen. Deutlich spürbar ist diese Tendenz beispielsweise in der Veränderung der Diskussionsbeiträge des Parteivorsitzenden Gábor Vona und in der arbeitsteiligen Strukturierung der Parteiführung. In der Haushaltsdebatte oder bei Fragen der Vereinbarungen mit der EU schlägt *Jobbik* andere Töne an und versucht, sachlich zu argumentieren, wobei sie sich auch von dem durch ihre politischen Aktivitäten auf der Straße bekannten „Volkstribunen-Charakter“ nicht losgelöst hat. Durch diese Dichotomie will *Jobbik* den Eindruck erwecken, ihre Eignung zu regieren würde ihren extremen Positionen keinen Abbruch tun.

Im Parlament wurde *Jobbik* damit konfrontiert, dass nicht nur sie sich unorthodoxer Mittel bedient, sondern auch demokratische Oppositionsparteien oft aufsehenerregende politische Aktionen in der Öffentlichkeit durchführen. Gleichwohl verletzte der Diskussionsbeitrag des *Jobbik*-Abgeordneten Márton Gyöngyösi im Parlament im vergangenen Jahr, in dem er vorgeschlagen hatte, eine Liste über die Regierungsmitglieder jüdischer Herkunft zu erstellen, dermaßen das Minimum demokratischen Anstands, dass *Jobbik* erneut bei allen seriösen politischen Kräften in die Kritik geriet. Es kann heute noch nicht eindeutig festgestellt werden, ob

das Austesten der Grenzen demokratischer Normen spontan oder bewusst geplant war, um der Öffentlichkeit immer wieder zu demonstrieren, dass *Jobbik* durch ihre parlamentarische Präsenz nichts an Radikalismus einbüßt hat.

Was die Arbeitsweise des Parlaments betrifft, führten die Gegebenheiten der gegenwärtigen Legislaturperiode und der vorgegebene Rahmen der Geschäftsordnung einerseits dazu, dass die linken und grünen Parlamentariergruppen gezwungen waren, in fachpolitischen Fragen bis zu einem gewissen Maß mit *Jobbik* zu kooperieren. Dieser Zwang ergibt sich aus den Bedingungen, die zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen erforderlich sind, ist aber auch eine Folge des von der Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei diktierten Tempos der Gesetzgebung. Diese erzwungene Kooperation wurde in der Praxis nur sehr selten realisiert, verursachte sie doch für die meisten Beteiligten gegenüber der Öffentlichkeit viel größeren moralischen Schaden als sachpolitischen Nutzen. Die Parteikontakte von *Jobbik* sind also national wie international zumindest offiziell durch Isolation gekennzeichnet. Die Politik der demokratischen Oppositionsparteien kann jedoch, trotz gemeinsamer Proteste gegen *Jobbik*, nicht als erfolgreich bezeichnet werden, da sie ihr wichtigstes Ziel, die Änderung der Politik von *Jobbik* und die Minderung ihres gesellschaftlichen Einflusses, nicht erreicht hat.

Durch ihre Präsenz innerhalb und außerhalb des Parlaments hat *Jobbik* wesentlich auf alle wichtigen ungarischen Parteien eingewirkt und konnte die politische Sprache in mehreren Themen von Grund auf umformen. Im Folgenden untersuchen wir den Einfluss der rechtsextremen Partei auf die regierende rechtspopulistische *Fidesz*, auf die größte Oppositionspartei MSZP (*Ungarische Sozialistische Partei*) und auf die vor wenigen Jahren gegründete grüne Partei (Links-Mitte) LMP (Politik kann auch anders sein).

Der Einfluss von *Jobbik* auf *Fidesz*

Aus der Regierungspraxis der beiden letzten Jahre können zwei wichtige Erkenntnisse gewonnen werden: Die regierende *Fidesz* sieht keine besondere Gefahr darin, mit minimalen Änderungen die konkreten Zielsetzun-

gen im Wahlprogramm von *Jobbik* aus dem Jahr 2010 zu realisieren. Dies kann sie sich vor allem deshalb erlauben, weil die politische Kultur und die politische Sprache in Ungarn auf diese Zusammenhänge nicht sensibel reagiert, sondern vielmehr die scheinbare Effizienz und Agilität honoriert.

In der folgenden Tabelle sind die Überlappungen zwischen den Entscheidungen der *Fidesz*-Regierung und dem Programm von *Jobbik* deutlich zu erkennen.

Überlappungen zwischen den Entscheidungen der *Fidesz*-Regierung und dem Programm von *Jobbik*

Tabelle 2

Aus dem Wahlprogramm 2010 von <i>Jobbik</i>	Maßnahmen der <i>Fidesz</i> -Regierung
„Der Beitrag der Multis zu den Steuereinnahmen ist verschwindend gering; der entstehende Gewinn wird mit Buchhaltungstricks verwischt und außer Landes gebracht.“	Die Orbán-Regierung hat einigen Branchen – Telekommunikation, Energielieferung und große Handelsketten – Sondersteuern verhängt. ¹⁶ Diese Branchen sind größtenteils in der Hand ausländischer multinationaler Firmen.
„Das verbindliche Privatrentensystem soll abgeschafft und in die staatliche Rentenversicherung zurückgeführt werden, wobei die privaten Konten erhalten bleiben. Wir ermöglichen freie Wahl zwischen den Rentenkassen; es entfällt die Pflichtmitgliedschaft in den privaten Rentenkassen.“	<i>Fidesz</i> hat die Sparguthaben in den privaten Rentenkassen verstaatlicht. Der Übertritt war jedoch, im Gegensatz zur Vorstellung von <i>Jobbik</i> , nicht das Ergebnis von freier Wahl. ¹⁷
„ <i>Jobbik</i> unterstützt, entgegen den Wildwüchsen der neoliberalen Bildungspolitik, das Benotungssystem und das Wiederholen von Schuljahren in der Schule.“	Die <i>Fidesz</i> -KDNP-Regierung hat in der Schule wieder Zensuren und das Sitzenbleiben eingeführt. ¹⁸
„Das Prinzip muss demonstriert werden, dass die Heilige Krone ¹⁷ und der Staat Ungarn, die Heilige Krone und die (aus Menschen verschiedener Nationalität und Religion bestehende) Nation eins sind. Die Heilige Krone ¹⁹ steht in amtlichen Texten und Rechtsnormen für den Staat Ungarn.“	Der Hinweis auf die Heilige Krone wurde in das Grundgesetz ²⁰ aufgenommen: „Wir respektieren die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone, die die verfassungsmäßige Kontinuität und nationale Einheit Ungarns verkörpert.“



16 Vgl. http://hvg.hu/gazdasag/20101018_kulonado_parlament.

17 Vgl. http://www.fn.hu/belfold/20101124/annyi_magannyugdijpenztaraknak/.

18 Vgl. <http://www.mr1-kossuth.hu/hirek/itthon/lehet-majd-buktani-es-osztalyozni-az-also-tagozat.html>.

19 Anm. der Herausgeber: Gemeint ist im engeren Sinne die Krone, die der erste ungarische König Stephan I. (969–1038) angeblich getragen hat; im erweiterten Sinne nach ungarischem Selbstverständnis das Symbol der obersten Macht, die auch der König vom Gegenstand der Krone nur entliehen hat.

20 Anm. der Herausgeber: Das „Grundgesetz“ bezeichnet die neue ungarische Verfassung, welche Anfang 2012 in Kraft getreten ist.



„<i>Jobbik</i> schafft ein Mediengesetz, das eine neue Art von Öffentlich-Rechtlichkeit nach dem Wertprinzip erschafft und deren Kriterien wie Aufbau der nationalen Identität, vielseitige populärwissenschaftliche Tätigkeit und ausgewogene Informationen festlegt.²¹ Statt der heutigen Praxis, wo sich die Ausführung von Sanktionen gegen einzelne Medien oft über Jahre hinzieht, werden wir die sofortige Durchführung der Sanktionen ermöglichen.“	<i>Fidesz</i> hat ein neues Mediengesetz geschaffen, für dessen Verabschiedung sogar die Verfassung geändert wurde. Die Orbán-Regierung will alle ungarischen Medien unter die Aufsicht der von ihr eingesetzten Funktionäre stellen.²² Bei der Begründung der Gesetzesvorlagen setzt sich immer mehr eine Argumentation „nach dem Wertprinzip“ durch, die an den Vorschlag von <i>Jobbik</i> erinnert. Der neu geschaffenen Medienbehörde werden im Gesetz schwere Sanktionierungsmöglichkeiten eingeräumt.
„Wir werden den Grundschulen vorschreiben, den Klassenausflug in der Oberstufe [die vier letzten Jahre der achtjährigen Grundschule] mindestens in einem Schuljahr in ein von Ungarn abgetrenntes Gebiet zu organisieren.“	Im Sinne eines vom Parlament im Oktober 2010 verabschiedeten Beschlussantrags auf Initiative der Regierung kann im öffentlichen Schulsystem jeder Jugendliche als Teilnehmer einer Klassenfahrt von Ungarn bewohnte Gebiete in Nachbarländern besuchen.²³
„Die christlichen Wurzeln Ungarns werden wir im Grundgesetz festhalten.“	Auch der Hinweis auf das Christentum ist ins Grundgesetz aufgenommen worden: „Wir sind stolz darauf, dass der ungarische Staat vor tausend Jahren, durch Stephan den Heiligen auf ein festes Fundament gestellt und Ungarn zum Teil des christlichen Europa gemacht wurde.“ „Wir bekennen uns zu der die Nation erhaltenden Kraft des Christentums.“
„Das Károlyi-Denkmal²⁴ wird unverzüglich vom Kossuth-Platz entfernt. Wir initiieren den Wiederaufbau der von der stalinistisch/rákossistischen Willkür gesprengten Regnum-Marianum-Kirche. Der Roosevelt-Platz soll den Namen des einzig würdigen Namensgebers, Graf István Széchenyi²⁵, erhalten! Alle Straßen und Plätze, deren Name mit negativen historischen Figuren oder Zeiten verbunden sind, sollen generell umbenannt, solche Denkmäler entfernt und an einen dafür geeigneten Ort gebracht werden.“	Im März 2012 ist das Károlyi-Denkmal vom Kossuth-Platz entfernt worden. Der Name des früheren Roosevelt-Platzes wurde von der Fidesz-Mehrheit im Budapester Abgeordnetenhaus in Széchenyi-Platz umgeändert. Laut eines Änderungsvorschlags der Abgeordneten von <i>Fidesz</i> und KDNP [Christlich-demokratische Volkspartei] zum Kommunalgesetz „dürfen öffentliche Straßen und Plätze oder öffentliche Einrichtungen nicht den Namen von Personen tragen, die an der Gründung und Erhaltung von Systemen der politischen Willkürherrschaft des zwanzigsten Jahrhunderts beteiligt waren; dies gilt auch für Ausdrücke bzw. für die Namen von Organisationen, die unmittelbar auf Systeme der politischen

21 Anm. der Herausgeber: Dies bedeutet, dass *Jobbik* versucht, öffentlich-rechtliche Medien zu beeinflussen, zukünftig die von der Partei vertretenen Werte zu vermitteln.

22 Vgl. http://hirszerzo.hu/belfold/20101126_sajtofelugyelet_mediatorveny_Szalai.

23 Vgl. <http://csepel.info/?p=11244>.

24 Anm. der Herausgeber: Mihály Karolyi (1875–1955) führte Ungarn während der kurzen Demokratie 1918–19.

25 Anm. der Herausgeber: Istvan Szechenyi (1791–1860) war ein bekannter ungarischer Staatsreformer.

Wass²⁶, Pál Teleki, Ottokár Prohászka, Cecile Tormay, Béla Hamvas und anderen, unverdient in Vergessenheit geratenen großen Ungarn (...).“	Willkürherrschaft des zwanzigsten Jahrhunderts hinweisen oder derer gedenken“. ²⁷ Es wurde u. a. ein Platz nach Albert Wass benannt.²⁸
„Um der Häufung von Posten der Politiker ein Ende zu bereiten, wollen wir Parlamentsabgeordneten verbieten, gleichzeitig auch Bürgermeister oder Abgeordneter in einer kommunalen oder regionalen Volksvertretung zu sein.“	In der Gesetzesvorlage zum Parlamentsgesetz, die Mitte März 2012 eingebracht wurde, spricht sich die Regierungspartei dafür aus, die Unvereinbarkeit der Posten Parlamentsabgeordneter und Bürgermeister einzuführen.²⁹
<i>Jobbik</i> brachte am Tag der konstituierenden Sitzung des Parlaments den Vorschlag ein, den Jahrestag der „Entscheidung von Trianon“³⁰ zum nationalen Gedenktag zu erklären.	Ende Mai 2010 wurde der Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon von der Nationalversammlung zum Tag der Nationalen Zusammengehörigkeit erklärt.³¹
„Wir wollen der landesverräterischen politischen Praxis, die sowohl die <i>Ungarische Sozialistische Partei</i> als auch <i>Fidesz</i> und die anderen parlamentarischen Parteien verfolgten, die sich, mitunter sogar auf Kosten der ungarischen Interessen, durch weitgehende Servilität gegenüber den Interessen der Union auszeichnet, ein Ende setzen. Man denke nur an den überstürzten, sich selbst aufgebenden Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der Union, an die bedingungslose Zustimmung zum EU-Beitritt Rumäniens oder an die blitzschnelle und ungelesene Bewilligung des Vertrags von Lissabon. <i>Jobbik</i> ist, wenn es sein muss, selbst zur Konfrontation mit Brüssel bereit. Wenn es darum geht, zwischen dem Interesse der Nation und der Union zu entscheiden, werden wir uns nicht davor scheuen, uns für unser Vaterland und unsere Nation zu entscheiden.“	Für die EU-Politik der Orbán-Regierung ist eher bezeichnend, Konflikte nicht zu scheuen und die nationalen Interessen über die Interessen der Gemeinschaft zu stellen. In der Kommunikation der Regierung taucht oft Kritik an den Institutionen der Europäischen Union auf; in Sachen EU wird die Rhetorik des Ministerpräsidenten in Ungarn immer radikaler.³²

26 Anm. der Herausgeber: Albert Wass (1908-1998) war ein ungarischer Schriftsteller und Dichter. Er wurde 1946 für die Anordnung der Ermordung von Zivilisten in Rumänien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt. Diese Vorwürfe gegen Wass wurden auch vom Simon-Wiesenthal-Center bestätigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er in die USA emigriert. Dem Auslieferungsersuchen Rumäniens gab die USA nicht statt.

27 Vgl. http://hvg.hu/itthon/20111109_Fidesz_KDNP_kommunista_utcanevek.

28 Vgl. http://www.vasnepe.hu/kozugyek_politika/20110427_nevcserek_budapestszell_kalman_ter.

29 Vgl. <http://mno.hu/belfold/a-fidesz-benyujtott-a-orszaggyulesrol-szolo-torvenyjavaslatot-1060189>.

30 Anm. der Herausgeber: Gemeint ist der Friedensvertrag von Versailles, den die Vertreter Ungarns im Schloss Trianon unterzeichnet haben..

31 Vgl. <http://www.hir24.hu/belfold/2010/05/31/lesz-trianon-emleknep-junius-4-en/>.

32 Vgl. http://index.hu/belfold/2012/03/16/orban_elnaspangolta_az_eu-t/.

Es ist mittlerweile klar nachweisbar, dass *Fidesz* in fast allen Fragen von Grundwerten und sachpolitischen Auseinandersetzungen die Positionen von *Jobbik* kopiert. *Fidesz* hat die *Jobbik*-Terminologie „Politikerkriminalität“ übernommen; bei der Lösung des „Roma-Problems“ fordert sie Arbeitsverpflichtung im Gegenzug für Sozialleistungen; in ihrem Wirtschaftskonzept präferiert und subventioniert sie einheimische Produktionsformen unter Verletzung internationaler Normen; in politischen Fragen übernimmt sie die Kritik an Normen und Einrichtungen der EU sowie eine Orientierung des Außenhandels nach Osten; in gesellschaftspolitischen Belangen beschwört sie das Damoklesschwert der Wiedereinführung der Todesstrafe und fordert strengere Regeln für die Abtreibung: So gut wie alles typische Forderungen von *Jobbik*.³³

Insgesamt können wir sehen, dass die von *Jobbik* geprägte Ideologie durch die *Fidesz*-Regierung mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament umgesetzt wird – in etwas gemäßigter Form, aber hinsichtlich der Grundsätze ohne wesentliche Änderungen. Die von *Jobbik* entwickelte Ideologie wird zudem immer radikaler; je mehr die gesellschaftlichen Schranken fallen, desto mehr werden die Medien und auch die Wähler resistent gegenüber den ultrarechten Ideen, die früher als tabubrechend galten. Daher kann das Doppel aus *Jobbik* als Vordenker und *Fidesz* als effizienter ausführender Kraft im Besitz der Regierungsmacht für westliche Werte wie Toleranz, Weltoffenheit, Antirassismus oder Solidarität auch mittelfristig ernsthafte Gefahren bereithalten.

All dies ist zum Teil auch damit zu erklären, dass *Fidesz* in *Jobbik* einen ernsthaften Rivalen sieht, der nicht mehr auf die von den Sozialisten enttäuschten Wähler baut, sondern die Wähler mit rechter Gesinnung locken kann. Aus dem neuen Wahlsystem können sich auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren grundsätzlich zwei *Fidesz*-Strategien ergeben. Bei Erstarkung der demokratischen Oppositionsparteien könnten die regie-

33 Nagy, András Bíró; Boros, Tamás; Varga, Áron: A szélsőjobboldal Magyarországon [Die Rechtsextreme in Ungarn], http://www.fesbp.hu/common/pdf/DE_PS_szelsojobboldal_Magyarorszag.pdf.

renden Parteien versuchen, die Rechtsradikalen zu mäßigen, indem sie ihren extremen Charakter dämpfen. Das könnte für *Jobbik* auch den Vorteil verschaffen, sich in Europa, wenn auch nicht als die erste, so doch als das seltene Beispiel einer ultrarechten Partei rühmen zu können, der als Koalitionspartner Regierungsverantwortung übertragen wurde. Die andere strategische Möglichkeit für *Fidesz* wäre, ihre auch schon bisher vorhandene Doppelzüngigkeit, das heißt die stillschweigende Unterstützung extremer Ideologien zu verstärken.³⁴ Beide strategische Möglichkeiten können als real bezeichnet werden, hat doch *Jobbik* im Vorleben mehrerer maßgeblicher Führungspersonen von *Fidesz* eine wichtige Rolle gespielt. Das heißt, auf der Führungsebene gibt es durchaus Überlappungen und politische Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Parteien. Andererseits müsste sich *Fidesz* auch darüber im Klaren sein, dass die EU in den letzten Jahren nicht so schwach geworden ist, dass sie die – im Grunde erfolglosen – Maßnahmen gegen Österreich nicht wieder ergreifen könnte, wenn eine rechtsextreme Partei in Europa an die Macht gelangt.³⁵ Dieses Risiko würde auch bei einem EU-Mitglied, das einen Richtungswechsel nach Osten vollzogen hat, bei dem aber immer noch der Export in den Westen dominiert, größeren langfristigen Schaden als kurzfristige politische Vorteile bringen.

Der Einfluss von *Jobbik* auf die Ungarische Sozialistische Partei

Für die größte ungarische Oppositionspartei hat das Bestehen von *Jobbik* in den letzten zwei Jahren mehrere wichtige Folgen gehabt. Einerseits hat sich im politischen Kommunikationsraum durch die Rechtsradikalen der Wettbewerb im sozialen Populismus verstärkt. *Jobbik* fügt sich nahtlos in den europäischen Trend ein: ein Großteil ihrer Botschaften hat einen linkspopulistischen Tenor. In den ärmsten Regionen Ungarns hat die *Ungarische Sozialistische Partei* (MSZP) offensichtlich den Kampf noch nicht

34 Bayer, Zsolt: Ki ne legyen? [Wer darf es nicht?], http://magyarhirlap.hu/ki-ne-legyen?utm_source=mandiner&utm_medium=link&utm_campaign=mandiner_201301.

35 Spaemann R.: Európa értékközösség vagy jogrend? [Europa – Wertgemeinschaft oder Rechtsordnung?]. In: Kétezer, 14. évfolyam, 3. szám, 2002: 11 – 18.

aufgegeben, das Gros ihrer Wähler, die bei den Wahlen 2010 zu *Jobbik* oder zu *Fidesz* übergegangen sind, zurückzugewinnen. Andererseits werden ihre Ansichten durch die rassistischen und antiziganistischen Botschaften von *Jobbik* in einen thematischen Rahmen gesetzt, in dem es äußerst schwer ist, gegen die latenten und ausgesprochenen Vorurteile der Gesellschaft gegenüber der angeblichen Kriminalität der Roma anzugehen, die gerade in den betroffenen Zielgruppen immer noch dominieren. Diese Wettbewerbssituation zwingt die Sozialistische Partei einerseits, ihre bislang oft liberale Wirtschaftspolitik aufzugeben, um die Wähler, die von ihr abgewandert sind, mit linker Programmatik zurückzugewinnen. Andererseits gibt die Präsenz von *Jobbik* der Linken die Möglichkeit, das konkrete gesellschaftliche Risiko rechtsradikaler Ideen und Ansichten aufzuzeigen und ihre Botschaften im Zusammenhang mit der sozialen Integration neu zu definieren.

Der Einfluss von *Jobbik* auf die Partei „*Lehet más a politika*“ [Politik kann auch anders sein] (LMP)

Das Verhältnis der ungarischen grünen Partei zu *Jobbik* war in der Praxis der letzten beiden Jahre recht ambivalent. Man muss betonen, dass die ökopolitische Identität der LMP überaus differenziert ist, ihre Botschaft ist von der Kritik am Wirken der früheren sozialistischen Elite und gleichzeitig von der Ablehnung der extremen Ansichten der Ultrarechten gekennzeichnet. Allein daraus folgt, dass neben der Ablehnung des Antisemitismus und jeglichen vorurteilsbehafteten Denkens auch die Aversion gegen jedwede Elite zur Grundhaltung der Partei gehört. Andererseits lag jedoch beiden Organisationen viel daran, immer wieder Kritik an den vorangegangenen Legislaturperioden zu üben. Die Arbeit der LMP im Parlament erweckte den Eindruck, als sei sie, um dem dominierenden politischen Gebaren der *Fidesz* Einhalt zu gebieten, eher geneigt, zeitweilig oder in bestimmten konkreten Fragen mit *Jobbik* zusammenzuarbeiten, als die MSZP. Andererseits hat auch die Identitätssuche der LMP spezifische Folgen für ihr Verhältnis zu den Rechtsradikalen. Im Charakter der Grünen sind nämlich die Globalisierungskritik und das komunitäre Prinzip bestimmende Elemente. Wichtig ist all dies, da die LMP beispiels-

weise Kritik an der EU-Politik übt, die zwar nur oberflächlich an *Jobbik* erinnert, von der Grundstimmung her aber ähnlich ist. Obwohl sich die Basis der Grünen vor allem aus den städtischen, höher qualifizierten Schichten rekrutiert, hat die Partei auch einen relativ starken sogenannten „Provinzflügel“, der hinsichtlich der Traditionspflege an die Attitüden der hinter *Jobbik* stehenden intellektuellen Kreise vom Lande erinnert.

4. Potenzielle Szenarien von *Jobbik* bis 2014

Hinsichtlich der politischen Aktivität von *Jobbik* bis zu den Wahlen 2014 können drei mögliche Szenarien skizziert werden: Im ersten Szenario wird die auf extrem rassistische, antisemitische Rhetorik und Elitefeindlichkeit aufbauende *Jobbik*-Politik bis 2014 fortgesetzt. Sofern die Partei diese Stoßrichtung weiterverfolgt, würde sie sowohl für *Fidesz*-Anhänger wie auch für die Gruppe der Unentschlossenen weitgehend unwählbar bleiben und nicht über rund 10 % hinauskommen. Zu Wahlkampfzeiten halten die Wähler nach regierungsfähigen Kräften Ausschau, sodass die unentschlossenen Wähler unter diesen Umständen anstatt der extremen *Jobbik* entweder *Fidesz* oder MSZP wählen würden. Nach diesem Szenario würde *Jobbik* selbst im Verein mit *Fidesz* nicht koalitionsfähig und könnte – angesichts der Besonderheiten des ungarischen Wahlrechts – in etwa zehn Abgeordnete ins Parlament schicken.

Das zweite Szenario geht davon aus, dass *Jobbik* im Wahlkampf ihre extreme Rhetorik dämpft und versucht, die radikalen Wähler von *Fidesz*, aber auch solche Wähler für sich zu gewinnen, die unentschlossen und von allen Parteien enttäuscht sind. In diesem Fall würde die Partei das Gewicht auf soziale Fragen legen und sich in den Monaten vor den Parlamentswahlen der Öffentlichkeit mit sachpolitischen Lösungen und regierungsfähigen Politikern zu präsentieren versuchen. Durch die Öffnung zur Mitte könnte die Partei ihre Wählerbasis stärken und – auch wenn sie selbst weiterhin keine Siegchancen hätte – bei einem Wahlerfolg von *Fidesz* die rechte Regierungspartei gegebenenfalls als Partner außerhalb der Koalition unterstützen.

Drittens schließlich ist es denkbar, dass die Skandale, die die Partei auch schon bisher schwer belastet haben, noch mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen werden: So könnten beispielsweise die alten Geschichten einzelner *Jobbik*-Politiker mit suspekter Vergangenheit an die Öffentlichkeit gelangen oder die Namen von unlauteren Sponsoren der Partei herauskommen. Das würde die gegenwärtige Popularität der Partei erschüttern, denn *Jobbik* verdankt ihre Anziehungskraft unter anderem dem Umstand, dass sie es schafft, den Anschein zu erwecken, als sei sie – im Gegensatz zu den etablierten (und „korrupten“) großen Parteien – makellos. Wenn dieses Image zerbricht, könnte die Popularität der Rechtsradikalen bis 2014 leicht unter den heutigen Stand sinken.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bayer, Zsolt: Ki ne legyen? [Wer darf es nicht?], http://magyarhirlap.hu/ki-ne-legyen?utm_source=mandiner&utm_medium=link&utm_campaign=mandiner_201301.
- Csánó, Szabina (2011): Radikális irányok, Az EU radikális pártjainak külkapcsolati víziói [Radikale Richtungen. Visionen der radikalen Parteien in der EU über die Außenbeziehungen]. In: Fordulat, Heft 2.
- Minkenberg, Michael (2010): Transnational dimensions of the Central and Eastern European Radical Right Today: Does Past Play a Role in the Shaping of the Present? Niedergeschriebener Text eines Vortrags auf der Konferenz „Far Right Networks in Northern and Eastern Europe“.
- Nagy, András Bíró; Boros, Tamás; Varga, Áron: A szélsőjobboldal Magyarországon [Die Rechtsextreme in Ungarn], http://www.fesbp.hu/common/pdf/DE_PS_szelsojobboldal_Magyarorszagon.pdf.
- Spaemann R. (2002): Európa értékközösség vagy jogrend? [Europa – Wertgemeinschaft oder Rechtsordnung?]. In: Kétezer, 14. évfolyam, 3. szám, S. 11 – 18.
- Várnagy, Réka (2011): Hungary. European Journal of Political Research 50: S. 991 – 998.



Bund-Länder-Kommission prüft Verbot der NPD.

Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland

Gideon Botsch | Christoph Kopke | Fabian Virchow

1. Auf dem Weg zum NPD-Verbot?

Seit vielen Jahrzehnten wird mit unterschiedlicher Intensität in der Bundesrepublik Deutschland über ein Verbot der rechtsextremen *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) gestritten. Die NPD ist die älteste und derzeit aktivste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik. 1964 als breite radikalnationalistische Sammlungspartei gegründet, durchlief sie tief greifende Wandlungsprozesse. Insbesondere ihr Verhältnis zum offenen aktivistischen Neonazismus schwankte. Nach einer Phase weitgehender Abgrenzung gegenüber den Neonazis öffnet sie sich seit 1991 für immer weitere Kreise dieses Spektrums. So wurden nach und nach wieder Forderungen laut, ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die NPD anzustrengen. Ein 2001 vom Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und der Bundesregierung beantragtes Verfahren wurde jedoch vom Bundesverfassungsgericht nicht eröffnet, da eine qualifizierte Minderheit der Richter aufgrund der zahlreichen Verbindungspersonen (V-Leute) diverser Inlandsgeheimdienste (vor allem Bundesamt und verschiedene Landesämter für Verfassungsschutz) eine mangelnde „Staatsferne“ der NPD konstatierte. Als allerdings im November 2011 bekannt wurde, dass eine neonazistische Gruppe unter dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ über Jahre hinweg Morde an Gewerbetreibenden ausländischer Herkunft begangen hatte, fand eine Belebung der politischen Debatte um wirksame Maßnahmen gegen rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten statt. Obgleich der NPD insgesamt keine direkte Verbindung zu den Tätern oder Verantwortung für die Taten zugeschrieben werden kann, bewegten sich doch die Täter, ihre Helfer, Unterstützer und Sympathisanten im engsten Umfeld dieser Partei, waren teils gar deren Mitglieder oder Funktionäre. Im Dezember 2012 beschlossen

daher die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Bundesrat auf Empfehlung ihrer Innenminister – bei Enthaltung Hessens –, einen neuerlichen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu stellen und forderten die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, ebenfalls eigene Verbotsanträge zu stellen. Damit gewann die Debatte über das Für und Wider eines Parteiverbots, seine Erfolgsaussichten, seine möglichen Wirkungen und seine Legitimität in einem demokratischen Rechtsstaat erneut an Dynamik.

Im Mittelpunkt der Debatten um Verbote rechtsextremer Organisationen stand bisher fast ausschließlich das höchst seltene Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG, während das vergleichsweise häufig eingesetzte Mittel des Organisationsverbotes nach Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz (GG) in der Öffentlichkeit und in der Politik wenig kontrovers diskutiert wurde.

In diesem Beitrag werden wir die Praxis des Vereinsverbots gegen extrem rechte Organisationen in der Geschichte der Bundesrepublik skizzieren. Hierzu werden zunächst der rechtliche Rahmen für die verschiedenen Verbotsmöglichkeiten sowie die Frage der Zuständigkeit erläutert (2). Im Anschluss geben wir einen Überblick über die verschiedenen Verbotsphasen in der Bundesrepublik (3). Dem folgt in einem weiteren Kapitel die Erörterung der Fragen, wie die extrem rechte Szene auf die Verbote reagiert hat und welche Strategien des Umgangs mit staatlichen Verboten in den Jahrzehnten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erkennbar geworden sind (4). Daran schließt sich die Diskussion der Frage nach der Effizienz bzw. Wirksamkeit der Vereinsverbote an (5). Schließlich erörtern wir in einem kurzen Ausblick (6), welche Entwicklung sich nach einem möglichen NPD-Verbot abzeichnen könnte.¹

1 Der Beitrag geht auf ein gemeinsames Forschungsprojekt des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien – Forschungsschwerpunkt Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung – an der Universität Potsdam und des „Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus“ (FORENA) an der Fachhochschule Düsseldorf zurück. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 2013 als Monografie unter dem Titel: Verbote extrem rechter Parteien und Organisationen. Staatliche Verbotspolitik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen „wehrhafter Demokratie“ und symbolischer Politik 1950–2012 bei Springer/VS-Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) publiziert.

2. Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten

Parteien gelten in der Bundesrepublik dann als verboten, wenn durch das Bundesverfassungsgericht in einem eigens durchgeführten Verfahren ihre Verfassungswidrigkeit festgestellt worden ist. Antragsberechtigt, ein solches Verbotsverfahren durchzuführen, sind nur die obersten Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Die Verfassungsorgane können das Verfahren einzeln oder gemeinsam anstrengen.

Bei Vereinigungen sind die juristischen Hürden eines Verbots weniger hoch. Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz (GG) legt fest, dass

„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, [...] verboten“ sind.

Da in der Bundesrepublik das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit garantiert ist, stehen auch Vereine unter dem Schutz der Verfassung. Ihr Verbot wird aber nicht durch ein Gerichtsverfahren festgestellt, sondern ist auf administrativem Wege durchzusetzen. Das Vereinsrecht regelt das Verbot in § 3, Abs. 1:

„Ein Verein darf erst dann als verboten (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) behandelt werden, wenn durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, daß seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.“

Zuständige Verbotsbehörden sind heute der Bundesinnenminister bzw. die Landesinnenminister: Der Bundesinnenminister für Vereine, die bundesweit oder in mehr als einem Bundesland aktiv sind, die Landesinnenminister (bzw. die Innensenatoren der Stadtstaaten) für Vereine, die nur in dem betreffenden Bundesland aktiv sind. Vor der Novelle des Vereinsrechts im August 1964 konnten Verbote auch durch die Regierungspräsidenten verfügt werden; damit war eine Verwaltungsebene noch unterhalb der Ebene der Bundesländer beteiligt.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Formen von Verboten ist beachtlich. Denn Parteien stehen verfassungsrechtlich unter einem besonders hohen Schutz. Daher sind hohe Hürden für ein Parteiverbot vorgesehen, die sich aus dem Grundgesetz selbst, den beiden Verbotsentscheidungen des BVerfG gegen SRP und KPD sowie aus den §§ 1, 32 und 33 Parteiengesetz ergeben. Im Unterschied zu einem Verein reicht es für das Verbot einer Partei nicht aus, dass diese verfassungsfeindlich ist: „Es muß vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.“²

Eine Partei, die verfassungswidrig ist, oder ein Verein, der sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, werden nach dem Wortlaut des Gesetzes also nicht verboten, sondern sie sind bereits von vornherein verboten. Insofern wird die Verfassungswidrigkeit bzw. das Verbot auch nicht ausgesprochen, sondern jeweils festgestellt bzw. verfügt.

Das Instrument des Verbots von Parteien und Organisationen ist – im Gegensatz zum Selbstbild der extremen Rechten – in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Sinne einer umfassenden „Verfolgung“ der „nationalen Opposition“ eingesetzt worden. Verbotsverfügungen ergingen gegen solche Organisationen, die entweder in Ideologie, Symbolik oder Praxis offen an den historischen Nationalsozialismus anknüpften oder als Organisation unmittelbar Verstöße gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs vorbereiteten oder durchführten.

Ob das Verbot eines Vereins verfügt wird, liegt im Ermessen der Verbotsbehörde, das heißt des zuständigen Innenministeriums. Ob ein Parteiverbotsverfahren vor dem BVerfG angestrengt wird, liegt zunächst im Ermessen eines oder mehrerer der antragsberechtigten Verfassungsorgane. Damit wird ein Vereins- oder Parteiverbot immer zu einer politischen Entscheidung, die das Abwägen der möglichen Folgen ebenso ermöglicht wie nötig macht. Ausschlaggebend für Verbote rechtsextremer Organisationen war in der Vergangenheit nicht notwendigerweise eine konkrete bzw. substantielle Gefährdung der Demokratie, sondern vielmehr meist

2 BVerfG KPD-Urteil 1956. In: http://www.mik.nrw.de/uploads/media/KPD-Urteil_01.pdf [31.1.13].

eine erhebliche negative Aufmerksamkeit der deutschen und internationalen Öffentlichkeit. Wo der durch Öffentlichkeit erzeugte Handlungsdruck nicht bestand, konnten Gruppierungen, für die Voraussetzungen zum Verbot durchaus vorlagen, zumeist legal weiter bestehen. Auch daraus lässt sich erkennen, dass ein Automatismus zur Verfolgung rechtsextremer Organisationen nie bestanden hat.

Sowohl das selten angewandte Instrument des Parteiverbots als auch das vergleichsweise häufig eingesetzte Mittel des Vereinsverbots zählen neben anderen Rechtsvorschriften, Bestimmungen und politischen Traditionen zu den Kernelementen des spezifisch bundesdeutschen Konzepts einer „wehrhaften“ bzw. „streitbaren Demokratie“.³

Viele andere demokratisch verfasste Staaten hingegen kennen das Instrument des Organisationsverbots nur in engem Zusammenhang mit der Verübung von Straf- und Gewalttaten. Österreich verfügt mit den §§ 3 bis 3i des Verbotsgesetzes von 1947, mit dem die NSDAP aufgelöst und die Entnazifizierung gesetzlich geregelt wurde, über ein juristisches Instrument zur Ahndung neonazistischer Betätigung(!). Die in anderen europäischen Ländern verfüigten Verbote – in Frankreich etwa gegen den *Ordre Nouveau* (1973) und das *Elsasskorps* (2006) oder in Belgien gegen den *Vlaams Militanten Orde* (VMO) (1983) – sind mit der bundesdeutschen Verbotspraxis kaum zu vergleichen.

3. Verbotsphasen in der Geschichte der Bundesrepublik

Zwei Phasen einer intensivierten Verbotspraxis lassen sich erkennen: Die Phase von Beginn der 1950er bis Anfang der 1960er sowie die 1990er Jahre. Von Ende der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre kam die Verbotspraxis zum Stillstand, in den 1980er und den 2000er Jahren wurde das Instrument moderat eingesetzt. Charakteristisch für die beiden Hauptverbotsphasen ist, dass sie zum einen auf Bundesebene in die Zeit „bürgerlicher“ Koalitionsregierungen unter einem CDU-Regierungschef

3 Vgl. nur: Jaschke 1991; Weckenbrock 2009.
Siehe dazu den Beitrag von Brigitte Bailer in diesem Band.

fallen und zum anderen Konstituierungsphasen der parlamentarischen Demokratie und pluralen Zivilgesellschaft in der jungen „gesamtdeutschen“ Bundesrepublik betreffen. Verbote rechtsextremer Organisationen, so lässt sich folgern, dienten auch und gerade der Grenzmarkierung des politisch tolerierbaren Spektrums.

3.1 Die Verbotsverfahren in den 1950er und 1960er Jahren

Mit der militärischen Niederlage und der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die Alliierten der sogenannten Anti-Hitler-Koalition für einige Jahre die Regierungsgewalt in Deutschland. In den Potsdamer Beschlüssen hatten die Alliierten klargestellt, die NSDAP sei „zu vernichten“, und es seien „Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie [die nazistischen Organisationen] in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen [...] Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“. Gleichzeitig verpflichteten sich die Alliierten, in ganz Deutschland „alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern“.⁴ Die Besatzungsbehörden in den einzelnen Besatzungszonen regelten die Neugründung von Parteien auf dem Wege ihrer Zulassung (Lizenzierung), beabsichtigen damit also – anders als die extreme Rechte es darstellt – auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik nicht die langfristige Kontrolle der politischen Willensbildung, sondern im Gegenteil die Belebung der Demokratie. Extrem rechten Parteigründungen wurde in vielen Fällen die Lizenz versagt, so etwa im britischen Sektor im Juli 1947 der *Nationalen Einheitspartei* und in der Folgezeit weiteren Nachfolgegründungen gleicher Provenienz.⁵ Mit der Gründung der Bundesrepublik entfiel die Lizenzierungspraxis. In der Folge formierten sich diverse rechtsextreme und nationalistische Gruppierungen; andere, die bereits vorher regional tätig gewesen waren, schlossen sich nun bundesweit zusammen.⁶

4 Zit. n. Ruhl 1989: 114f.

5 Dies waren Abspaltungen der zugelassenen Deutschen Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei.

6 Wir beziehen uns hier und im Folgenden nur auf die Bundesrepublik und Westberlin. Da in der DDR Vereinigungsfreiheit nicht bestand, kam es weder zur Gründung noch zum Verbot extrem rechter Organisationen.

In den Kontext der Verbote in der Bundesrepublik gehört auch die Verbotspraxis in Berlin (West), das durch den Viermächtestatus nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lag. Hier wurde wiederholt auf alliiertes Recht zurückgegriffen, wenn rechtsextreme Vereinigungen verboten wurden. In den 1950er und frühen 1960er Jahren verfügte der Berliner Senator für Inneres zahlreiche Verbote. Das Anfang August 1951 gegen den *Bund junger Deutscher* ergangene Verbot war nach 1945 die erste entsprechende Maßnahme deutscher Behörden.⁷ Insgesamt wurden in den 1950er Jahren 25 extrem rechte Organisationen verboten, so etwa 1952 der *Bund für Wahrheit und Recht* (Hamburg; Schleswig-Holstein), 1953 das *Freikorps Deutschland* (Hamburg; Bremen), 1957 die *Reichsjugend Höller* (Nordrhein-Westfalen), 1959 der *Bundesverband der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungs-Geschädigten e.V. (BIE)* (durch den Regierungspräsidenten von Köln) und das *Soziale Hilfswerk für Zivilinternierte e.V. (SHW)* (durch den Regierungspräsidenten von Düsseldorf). Dabei ist die regionale Verteilung der Verbotspraxis insofern kein Zufall, als die extreme Rechte eine nennenswerte organisatorische Basis in den 1950er Jahren vor allem im nord- und nordwestdeutschen Raum entwickeln konnte.

Die im Oktober 1952 verbotene *Sozialistische Reichspartei*, gegen deren paramilitärische Struktur *Reichsfront* die Bundesregierung bereits im Vorfeld vorgegangen war, wurde als erste Partei in der Bundesrepublik nach Art. 21 Abs. 2 GG durch das BVerfG verboten. Anschließend wurden mitunter Organisationen als Nachfolgeparteien der SRP verfolgt, in Niedersachsen wurden beispielsweise 61 lokale Wählergemeinschaften nicht zu den Kommunalwahlen 1952 zugelassen, da sie als Tarnorganisationen der SRP betrachtet wurden. Als diese dann versuchte, ihre Strukturen in regionale Gliederungen der im norddeutschen Raum bis dahin faktisch inexistenten *Deutschen Gemeinschaft* (DG) zu überführen, wurde dieser Partei nicht nur die Teilnahme an den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1952 versagt, sondern es folgten auch Verbotsverfügungen in Niedersachsen sowie in zwei rheinland-pfälzischen und drei hessischen

7 Zur Behandlung der NPD in Westberlin vgl. Laue 1993.

Regierungsbezirken.⁸ Ein Beschluss der Bundesregierung vor den Wahlen 1953, auch gegen die *Deutsche Reichspartei* (DRP) einen Verbotsantrag vor dem BVerfG zu beantragen, wurde nie umgesetzt. Lediglich der Landesverband Rheinland-Pfalz der DRP (der im Vorjahr knapp der Sprung über die 5 %-Hürde und damit der Einzug in den Landtag gelungen war) wurde nach der sogenannten „Hakenkreuzschmierwelle“ 1960 als Nachfolgepartei der SRP verboten. Alle anderen Verbote der 1950er Jahre erfolgten nach dem Vereinsrecht.

In den 1960er Jahren wurden elf Organisationen der extremen Rechten verboten, darunter zwei extrem nationalistische kroatische Gruppen.⁹ Das Verbot der 1964 gegründeten NPD, das vor allem von Seiten der Gewerkschaften schon früh gefordert wurde, war spätestens mit der Serie von NPD-Erfolgen bei Landtagswahlen (1966–1968) Gegenstand kontroverser Debatten in Politik und Medien.

Rückblickend erscheint für die 1960er Jahre vor allem das Verbot des an verschiedenen Universitäten auftretenden *Bundes Nationaler Studenten* (BNS) 1960/61 als bedeutsam. Schließlich betraf diese Verbotsverfügung eine Organisation, deren Mitgliedschaft nicht mehr vorwiegend aus Alt-Nazis oder aus Exponenten der extremen Rechten der Weimarer Republik bestand. Auslöser des Verbots des BNS war die bereits erwähnte „Hakenkreuzschmierwelle“, die im Kontext einer rechtsextremen Mobilisierungswelle stand, die seit Ende 1958/Anfang 1959 hauptsächlich von den Verbänden der „nationalen Jugend“ getragen wurde.¹⁰ Das BNS-Verbot war Bestandteil einer „Reihe von Veranstaltungs-, Publikations- und Organisationsverboten, die zentral auf die rechtsextreme Jugendszene konzentriert war“¹¹. Die Verbote, namentlich das Verbot des BNS, waren weder Verlegenheitslösungen noch hysterische Überreaktionen. Vielmehr nutzten demokratische Politiker die Schmierwelle, um gezielt ge-

8 Vgl. Stöss: 1986: bes. 888; Schmollinger 1986: 2304 ff.

9 In Übersichten der Verfassungsschutzbehörden werden nur deutsche Gruppierungen der extremen Rechten aufgeführt, ausländische Rechtsextreme fallen dort unter die Kategorie „Ausländerextremismus“.

10 Vgl. knapp Munzert 2007: 85–86.

11 Dudek 1985: 90.

gen den dynamischsten der rechtsextremen Jugendverbände vorzuziehen, dem sie schon zuvor durch politische Ausgrenzung und Repression begegnet waren.

3.2 Verbote der 1980er Jahre

Obwohl sich nach dem knappen Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 und dem darauf folgenden rapiden Niedergang der NPD 1969/1970 die extrem rechte Szene erheblich ausdifferenzierte und in Teilen deutlich radikalisierte (neuer Neonazismus, Bildung von Wehrsportgruppen und erste rechtsterroristische Aktivitäten), rangen sich die Innenminister erst in den 1980er Jahren wieder zu Organisationsverboten durch.

Zu nennen sind hier die *Wehrsportgruppe Hoffmann* (Verbot 1980) oder die *Volkssozialistische Bewegung/Partei der Arbeit* (VSBD/PdA). Diese radikale und aktionsorientierte Abspaltung der NPD war 1971 durch Friedhelm Busse (1929–2008) zunächst als *Partei der Arbeit* (PdA) gegründet worden. Mitte der 1970er Jahre schwenkte sie vollständig auf eine neonazistische Linie ein, wobei sie an den „Volkssozialismus“ der Brüder Gregor und Otto Strasser, der frühen NSDAP-Politiker und Kritiker Hitlers, anknüpfte und ihren Namen um die Bezeichnung *Volkssozialistische Bewegung Deutschlands* (VSBD) erweiterte. Nach einer Reihe schwerer Straftaten, die von VSBD-Anhängern begangen worden waren, wurde diese zusammen mit ihrer Jugendorganisation *Junge Front* 1982 vom Bundesinnenminister verboten.

1983 folgte das Verbot der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten* (ANS/NA) um Michael Kühnen. Der in zeitgenössischen Quellen als charismatisch beschriebene Kühnen nimmt rückblickend eine Schlüsselrolle in der weiteren Entwicklung der bundesdeutschen Neonazi-Szene ein. Der Zeitsoldat wurde 1977 aus der Bundeswehr entlassen, nachdem er mit Gleichgesinnten in Hamburg eine offen neonazistisch agierende Gruppe aufgebaut hatte, die sich als *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) bzw. unter Einschluss weiterer Gruppen ab 1983 bundesweit als *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten* (ANS/NA) formieren

sollte. Der Wiederaufbau der NSDAP war ihr erklärtes Ziel. Spektakulär waren ihre provokativen Auftritte in der Öffentlichkeit, so zum Beispiel die sogenannte „Eselsmaskenaktion“ im Mai 1978: Eselsmasken tragende Demonstranten trugen Schilder um den Hals mit der Aufschrift: „Ich Esel glaube noch, daß in Auschwitz Juden vergast wurden.“

Mit dem ANS-Verbot und dem vorangegangenen Verbot der VSBD/PdA waren die legalen Strukturen des militanten Neonazismus in den frühen 1980er Jahren innerhalb kurzer Zeit von zwei empfindlichen Repressionsschlägen getroffen worden.

3.3 1990er Jahre: Organisationsverbote als Reaktion auf Mobilisierung rassistischer Gewalt

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden bundesweit elf neonazistische Gruppen verboten. Vorangegangen war eine Gewaltwelle bislang ungekannten Ausmaßes bis hin zu rassistisch motivierten Morden, Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie pogromartigen Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Migranten in Hoyerswerda, Rostock und weiteren Städten. Als staatliche Reaktion auf diese Gewalttaten wurden Anfang der 1990er Jahre eine Reihe neonazistischer Kleinstparteien und Organisationen verboten. Mit diesen Verboten versuchten das Bundesministerium des Innern und mehrere Landesministerien ab Dezember 1992, die zunehmenden rechtsextrem motivierten Gewalttaten einzudämmen und zugleich dem In- und Ausland staatliche Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Unter den verbotenen Organisationen waren auch solche, die den Parteienstatus für sich reklamierten, beim Bundeswahlleiter registriert waren und teilweise auch bei Wahlen angetreten waren. Die bedeutendste davon war die ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend offen neonazistisch auftretende und notorisch gewaltaffine *Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei* (FAP).¹²

12 So beteiligte sich die Partei an Bundestagswahlen (1987), bei Kommunalwahlen (1980) sowie bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg (1980, 1984, 1988), Bremen (1987), Hamburg (1986) und NRW (1985, 1990) und bei den Europawahlen 1989. Mit 0,1 % und knapp 20 000 Stimmen erreichte sie dort ihr insgesamt bestes Ergebnis. Noch vor dem Verbotsverfahren liefen Planungen zur Teilnahme an den Bundestags- und Europawahlen 1994. Der seit 1988 amtierende Parteivorsitzende Friedrich Busse sollte die Europaliste anführen.

Bundesregierung und Bundesrat stellten im September des Jahres 1993 beim BVerfG den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und beantragten somit das Verbot der FAP. Hätte das Verfassungsgericht seinerzeit die FAP verboten, so wäre dies nach dem Verbot von SRP und KPD in den 1950er Jahren das dritte Parteienverbot in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen. Doch überraschend wies das BVerfG die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens mit der Begründung zurück, dass es sich bei der FAP gar nicht um eine Partei handle. Die FAP biete, so hieß es zur Begründung, „nach dem Gesamtbild ihrer tatsächlichen Verhältnisse [...], insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit“, ¹³ tatsächlich auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der parlamentarischen Vertretung des Volkes mitwirken zu wollen. Insgesamt konstatierte das BVerfG:

*„Angesichts ihrer mangelnden Organisationsdichte, einer nicht ausreichend handlungs- und arbeitsfähigen Parteiorganisation, des geringen Mitgliederbestandes, des fehlenden kontinuierlichen Auftretens in der Öffentlichkeit und des Mangels an jeglichem Widerhall in der Bevölkerung bietet die FAP keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer politischen Zielsetzung. Sie ist keine Partei im Sinne von Art. 21 GG, § 2 Abs. 1 PartG. Das besondere, wegen der herausgehobenen verfassungsrechtlichen Stellung der politischen Parteien beim Bundesverfassungsgericht monopolisierte, vom allgemeinen Vereinsrecht abweichende Verbotsverfahren findet deshalb auf sie keine Anwendung.“*¹⁴

Erscheint das FAP-Verbot rückblickend zwar als inhaltlich gerechtfertigt, wenn nicht sogar längst überfällig, so gaben dennoch die Art und Weise der Umsetzung und die dabei gewählte juristische Form Anlass zu Kritik: Politisch unverständlich und juristisch umstritten bleibt die Entscheidung des BVerfG, die FAP nicht als Partei anzusehen und als solche zu verbieten. Ein juristisch wasserdichtes FAP-Parteiverbot wäre angesichts des offenen Nazismus der Partei zu erwarten gewesen, an der Verfassungs-

¹³ Zitiert nach: Möllers/van Ooyen 2010: 175.

¹⁴ Zitiert nach: Ebd.: 178.

widrigkeit der FAP gab es allgemein keine Zweifel. Stattdessen entschied sich das BVerfG für einen anderen, demokratietheoretisch durchaus bedenklichen Weg, einer kleinen Partei die Ernsthaftigkeit politischer Arbeit im Sinne der Mitwirkung an der politischen Willensbildung abzusprechen, obwohl sich diese an relativ vielen Wahlen beteiligt hatte. Im Sinne einer „streitbaren Demokratie“ wäre die Durchführung eines ordentlichen Parteiverbotsverfahrens angezeigt gewesen. Gerade angesichts der regelmäßigen Teilnahme der FAP an Wahlen erscheint es angemessen, das Verbot der FAP nach dem Vereinsrecht tatsächlich als ein „kaltes Parteienverbot“ (van Ooyen) zu bezeichnen.

4. Reaktionen auf Verbote: Mäßigung, Radikalisierung, neue Aktions- und Organisationsformen, juristische Auseinandersetzungen

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion ist umstritten, ob und in welcher Form Verbote zur Mäßigung oder zur Radikalisierung der Anhänger extrem rechter Formierungen beitragen und in welchem Maße sie rechtsextreme Aktivitäten einschränken oder gar ganz verhindern. Diese Fragen können an dieser Stelle nicht hinreichend beantwortet werden; allerdings lassen sich in der historischen Rückschau doch verschiedene Reaktionsmuster und Tendenzen ausmachen.

Eine Radikalisierung der extremen Rechten durch die Verbotswelle Anfang der 1960er Jahre ist nicht festzustellen. Vielmehr wählte die 1964 gegründete NPD ganz bewusst den Terminus „nationaldemokratisch“ für die Organisationsbezeichnung und verzichtete damit auf einen prominenten Bezug auf das Deutsche Reich, den ihre Vorläuferin, die DRP, noch im Namen geführt hatte. Über Jahre vermied sie auch allzu aggressive Töne, die ihr als „aggressiv-kämpferisches“ Verhalten hätten ausgelegt werden können, wenngleich ihre ideologisch-weltanschauliche Radikalität sich immer wieder in Parteitagsreden oder Publikationen erkennen ließ. Erst seit 1969/1970 setzte – nicht zuletzt aufgrund des Scheiterns bei den Bundestagswahlen 1969 – eine Radikalisierung ihrer zunehmend aktivistischeren Anhängerschaft ein. Zu diesem Zeitpunkt

war die Verbotspolitik allerdings bereits weitgehend zum Erliegen gekommen und kann also für die Radikalisierung keine unmittelbare Rolle gespielt haben; im Gegenteil: Es lassen sich Anhaltspunkte erkennen, dass die Verbote von Organisationen wie dem BNS zu jenen Faktoren zählen, die ein maßvolleres Auftreten der extremen Rechten Mitte der 1960er bewirkt haben. Auch die konkurrierende DG radikalisierte sich nicht im rechtsextremen Sinne, sondern vollzog nach ihrer Erweiterung zur *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD) einen „Linksschwenk“, der sie in den 1970er Jahren aus dem rechtsextremen Lager herauslöste und ihre Reste schließlich im grün-alternativen Parteibildungsprozess aufgehen ließ.¹⁵

Bewirkte die Verbotswelle der 1960er also keine Radikalisierung, so zeigte das folgende Jahrzehnt, das durch völlige Abstinenz von Verboten rechtsextremer Vereinigungen geprägt war, eine gegenteilige Tendenz. Der Niedergang der NPD und das Scheitern der von ihr initiierten Sammlungsbewegung *Aktion Widerstand* entfachte einen Umgruppierungs- und Zersplitterungsprozess der extremen Rechten, wobei sich Teile erheblich radikalisierten. Es entstanden neue offen neonationalsozialistische Gruppen und gewaltbereite, zum Teil rechtsterroristische Strukturen. Hier erfolgte offenbar die Radikalisierung in einer Phase geringer staatlicher Repression. Welcher Stellenwert fehlenden Verbotsmaßnahmen für die Radikalisierung zukommt, ist allerdings kaum eindeutig zu ermitteln.

Im Falle der *WSG Hoffmann* hat es nach deren Verbot schwerste Straftaten aus dem Umfeld bzw. dem Kreis ehemaliger Mitglieder gegeben, erinnert sei an das Oktoberfestattentat in München 1980 und an die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen im selben Jahr. Ob hier ein ursächlicher Zusammenhang zum Organisationsverbot bestand oder die Eskalation in der bereits zuvor gewalttätig auftretenden Organisation schon weitgehend angelegt war, soll hier nicht beurteilt werden.

Auf die Welle der Organisationsverbote der 1990er Jahre reagierte die Neonazi-Szene mit Eintritt in die NPD bzw. deren Jugendorganisation

15 Stöss 1980.

Junge Nationaldemokraten (JN) und mit der verstärkten Bildung sogenannter „Kameradschaften“, die in der Folgezeit häufig unter der Bezeichnung „freie Nationalisten“ bzw. „freie Kräfte“ auftraten. Damit sollten Organisationsgrad und Vernetzung verschleiert und staatliche Repression erschwert werden. Allerdings wäre es verkürzt, in der Zunahme der sogenannten Kameradschaften lediglich eine Reaktion auf staatliche Repression auszumachen. Vielmehr sind die „Kameradschaften“ als neue Organisationsform auch als Teil des soziokulturellen Wandels der extremen Rechten zu begreifen, der von Adaptionen strategischer und kultureller Elemente der Neuen Sozialen Bewegungen begleitet ist.

Der Versuch, mittels dieser Organisationsform staatlichen Verbotsverfügungen entgehen zu können, verfiel nicht. Dies zeigten Verbote etwa des *Hamburger Sturmes* (2000), der *Berliner Kameradschaft Tor* (2005) oder der *Mecklenburgischen Aktionsfront* (MAF) (2009). Bis zu den 2012 vom nordrhein-westfälischen Innenminister veranlassten Verboten gegen Kameradschaften in Köln, Dortmund, Hamm und Aachen waren es vor allem die Bundesländer Berlin und Brandenburg, die das Instrument des Verbots auch gegen Kameradschaftsstrukturen nutzten.

Im demokratischen Rechtsstaat steht es den Betroffenen frei, die Rechtmäßigkeit einer Verbotsverfügung vor den zuständigen Verwaltungsgerichten anzufechten. Im Zuge der den Verboten oftmals folgenden juristischen Auseinandersetzungen hatten die Vertreter der extremen Rechten allerdings nur in wenigen Fällen Erfolg. In jüngerer Zeit wurde das Anfang April 2008 in Sachsen-Anhalt gegen die Gruppe *Blue White Street* Elite verhängte Verbot aufgehoben; bedeutsamer war die erfolgreiche Anfechtung der Verbotsverfügungen, die im Mai 1961 von mehreren Landesinnenministern gegen den *Bund für Gotterkenntnis/Ludendorff* (BfG/L) und den ihm zuzurechnenden Verlag *Hohe Warte* wegen deren aggressivem Antisemitismus erlassen worden waren. In einer Reihe von Gerichtsverfahren, deren letztes sich bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre hinein hinzog, setzte sich der BfG/L letztlich mit der Argumentation durch, er sei eine Religionsgemeinschaft und stehe damit unter besonderem grundrechtlichen Schutz. Das Verbot gegen den Verlag war bereits recht früh mit der Begründung aufgehoben worden, das Vereinsrecht sei nicht

auf Wirtschaftsunternehmen anwendbar. Im Lichte der im Kontext der Bekämpfung des Islamismus erfolgten Aufhebung des Religionsprivilegs in § 2 Abs. 2 Nr. 3 VereinsG würden entsprechende Gerichtsentscheidungen heute möglicherweise zu Ungunsten solcher Vereinigungen ausgefallen.

5. Wie effektiv sind staatliche Organisationsverbote?

Neben der demokratietheoretischen Auseinandersetzung über die Frage, ob sich eine Gesellschaft zur Bekämpfung rassistischer, antisemitischer und extrem rechter Vereinigungen als letztem Mittel auch des Verbots bedienen sollte oder darauf zugunsten einer argumentativen Auseinandersetzung zu verzichten sei, da Verbote einen tief greifenden Einschnitt in Grundrechte darstellen, wird insbesondere die Wirksamkeit staatlichen Verbotshandelns kontrovers diskutiert.

In mehreren Beiträgen hat zuletzt die Politologin Julia Gerlach die Effektivität staatlicher Verbotspraxis massiv angezweifelt. Diese erfüllten „primär eine Placebo-Funktion“, ihre „Effektivitätsbilanz“ sei „geradezu verheerend“:

„Anspruch und Wirklichkeit stehen sich konträr gegenüber. Die Wirksamkeit der Verbote ist fraglich. Stattdessen unterminieren Kollateralschäden die streitbare Demokratie. Die Verbote von Organisationen mögen kurzfristig ein extremistisches Spektrum lähmen. Mittel- und langfristig bekräftigt die Analyse der aktiven Vereinsverbotspraxis aber keineswegs die Nachhaltigkeit von Verboten. Für den Rechtsextremismus lässt sich feststellen, dass Vereinsverbote zersplitterte Spektren eint und Kreativität im Hinblick auf Umgehungsstrategien fördert. Die Vereinsverbote gegen den Neonationalsozialismus Mitte der 1990er Jahre führen zu seiner Reorganisierung nach autonomen Organisationsmustern sowie zur Radikalisierung und Stärkung der NPD. Das Neonationalsozialismus-Risiko wird institutionell auf die Parteiebene verlagert und erhält durch die Wahlerfolge der NPD Eingang in Landesparlamente.“¹⁶

16 Gerlach 2012: 207; Ähnlicher Tenor: Gerlach 2007.

Diese Bewertung hält einer empirischen Prüfung nicht stand: Zum einen war ein Teil der „Zersplitterung“ der Szene der 1990er Jahre durchaus taktisch bestimmt, wie man am Geflecht der der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* (GdNF) zugehörigen Gruppierungen, die unter dem Einfluss Michael Kühnens standen, zeigen kann. Zum anderen ist der Einzug der NPD in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern angebotsseitig einer langfristig angelegten Strategie lokaler Verankerung zu verdanken und kann nicht als Effekt des staatlichen Verbotshandelns verstanden werden. Schließlich ist einzuwenden, dass staatliche Repression, aber auch zivilgesellschaftlicher Protest bzw. Widerstand bei einem Teil der betroffenen Akteure Lernprozesse in Gang setzt. Dies ist freilich kein grundsätzliches Argument gegen entsprechendes Handeln, sondern verweist vielmehr auf die Illusion, dass es die *eine* Maßnahme geben könne, mit der Probleme wie die extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus aus der Welt zu schaffen seien.

Demgegenüber lässt sich feststellen, dass manches Verbot zwar die jeweilige Organisation in gewissem Ausmaß behinderte – das galt insbesondere dort, wo eine Fortsetzung der Tätigkeit tatsächlich auch sanktioniert wurde –, zahlreiche Funktionäre und Akteure der betroffenen Organisationen jedoch in andere Gruppen der extremen Rechten wechselten oder in anderer Form ihren politischen Zielen weiter nachgingen. So verwies das Bundesamt für Verfassungsschutz 2001 darauf, dass etwa 70 % der Führungskader und etwa 40 % der Mitglieder der in den 1990er Jahren verbotenen Organisationen „auch heute noch (oder wieder) in rechtsextremistischen Zusammenhängen aktiv sind“.¹⁷ Folgt man diesen Zahlen, so lässt sich aber auch konstatieren, dass tatsächlich eine nicht unerhebliche Zahl von NS-Aktivist*innen nach einem Verbot der jeweiligen Struktur den Rückzug ins Private antritt.

Die Wirksamkeit bisheriger staatlicher Verbotspolitik ist insbesondere in zweierlei Hinsicht zu konstatieren. Erstens hat sie insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren einen Prozess der Integration ehemaliger Nazis in die bundesrepublikanische Gesellschaft durch die Schwächung iden-

17 BfV (2001): 4.

titärer Organisationen unterstützt, indem markiert wurde, dass offene, offensive und systematische Verherrlichung des Nationalsozialismus in Programmatik, Propaganda und Aktionen staatliche Sanktionierung nach sich ziehen kann. Hier hat insbesondere das SRP-Verbotsurteil eine entsprechende Signalwirkung gehabt.¹⁸ Zugleich lässt sich aber nicht übersehen, dass die extrem rechte Stammkultur der 1950er und 1960er Jahre auch Einfluss auf die nachfolgenden Generationen der extremen Rechten genommen hat – allen Verboten zum Trotz. durch die Biografien zahlreicher ihrer Kader. Dies dürfte aber auch ohne Verbote kaum anders gewesen sein.

Zweitens lässt sich insbesondere bei thematisch eng geführten Vereinigungen auch eine wirksame Einschränkung extrem rechter Organisation feststellen. Dies gilt etwa für den BNS, deren Verbot 1960/61 eine nachhaltige Wirkung auf die weitere Entwicklung der extremen Rechten hatte. Das BNS-Verbot führte im Ergebnis nicht zu einer Radikalisierung, sondern zu einer Mäßigung des Auftretens seiner früheren Mitglieder. Tatsächliche Einschränkungen des Handlungsraums neonazistischer Aktivitäten lassen sich auch für die Verbote gegen die *Wiking-Jugend* bzw. die *Heimattreue Deutsche Jugend* sowie im Fall der *Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene* (HNG) erkennen. In den kommenden Jahren dürfte es für die neonazistische Szene und Bewegung schwer bleiben, hier gleichwertigen Ersatz für diese jahrzehntelang tätigen Vereinigungen zu schaffen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Effizienz der Verbote hinsichtlich ihrer Umsetzung. Die Verbote gerade der 1990er Jahre sind maßgeblich als Reaktion auf die Eskalation der rassistischen Straßengewalt verfügt worden und waren insofern auch in erheblichem Umfang

18 Diese Grenzmarkierung wurde zum Teil auch hinsichtlich der Traditionsverbände der Waffen-SS vorgenommen, die in der Regel ihren Aktivitäten ungestört nachgehen konnten, wenn sie nicht allzu offen die skizzierte Trennlinie überschritten (vgl. für die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG) insbesondere Wilke 2011). Vereinzelt wurde dann – wie etwa 1966 im Fall der Vereinigung der Angehörigen der ehem. SS-Division „Nordland“, die nur wenige Kilometer von der Gedenkstätte Bergen-Belsen entfernt eine Versammlung auszurichten suchte, auch ein Organisationsverbot ausgesprochen.

„symbolische Politik“. Ob man in erster Linie tatsächlich die Strukturen effektiv zerschlagen wollte, erschien manchen damaligen Beobachtern als fraglich. So konnte sich etwa die FAP durch die lang anhaltende öffentliche Diskussion, den langen Verfahrenszeitraum und die anderen Vereinsverbote gewarnt, auf das Verbot gut vorbereiten. Auch bei den zuvor erfolgten Vereinsverboten schienen die Organisationen zum Teil vorgewarnt oder waren über die Presse schon vorab über das kommende Verbot in Kenntnis gesetzt worden.¹⁹ Der damalige Brandenburgische LKA-Chef wird sogar mit den Worten zitiert, die Verbote seien „ziemlich lax“ durchgeführt worden.²⁰

Es ist nach Vereinsverboten immer zu fragen, ob nicht Anhaltspunkte für Ersatzorganisationen vorliegen und ob hier der Ermittlungsdruck auf die entsprechenden Kreise nicht länger aufrechtzuerhalten wäre. Vereinsverbote erweisen sich dann als relativ stumpfe Waffe, wenn sie nur verkündet werden, ohne dass der Versuch gemacht wird, die Strukturen auch nachhaltig zu zerschlagen.

Ungeachtet der polizeilichen und justiziellen Umsetzung einer Verbotsverfügung darf der positive Effekt auf politischer Ebene nicht übersehen werden. Denn „symbolische Politik“ ist nicht per se negativ, sie setzt Zeichen und markiert in diesem Fall die Grenzen der Toleranz, dessen, was demokratischer Staat und Zivilgesellschaft hinzunehmen bereit sind.

Auch der Wiederaufstieg und die Radikalisierung der NPD in den letzten zwei Jahrzehnten lassen sich keinesfalls monokausal aus dem Verbot neonazistischer Vereinigungen erklären. Die programmatische Radikalisierung und die erkennbare Öffnung in Richtung Neonationalsozialismus begannen bereits 1991, also vor der Verbotswelle der 1990er Jahre in der Ära des damaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert. Die Partei suchte dadurch den Anschluss an die nach 1989 rapide angewachsene extrem rechte Jugendbewegung zu finden. Insofern wäre der Eintritt in die NPD für die Aktivisten der kleinen Gruppen auch ohne Verbote politisch inte-

¹⁹ Vgl. Siegler 1993.

²⁰ Ebd.: 130.



Vor dem Tagungshotel der Innenministerkonferenz (IMK) in Rostock-Warnemünde (Mecklenburg-Vorpommern) protestieren am 05.12.2012 NPD-Mitglieder gegen ein mögliches Verbot ihrer Partei.

ressant geworden. Gegen die Annahme, dass die Verbote zwangsläufig zur Stärkung der NPD geführt haben, lässt sich das Beispiel des ostdeutschen Bundeslandes Brandenburg anführen. Hier wurden seit 1990 mit Abstand die meisten Verbote extrem rechter Gruppierungen auf Landesebene verfügt – doch in Brandenburg ist der gesamte organisierte Rechtsextremismus sichtlich schwach und die brandenburgische NPD ist im Vergleich der neuen Länder deutlich der schwächste Landesverband.

Wenngleich die vorwiegend symbolische Bedeutung der Verbote klar erkennbar ist, ist damit noch nichts über deren Wirksamkeit oder Nicht-Wirksamkeit gesagt. Die häufig vertretene Ansicht, dass Verbote wirkungslos bleiben, juristisch und ordnungspolitisch nicht durchsetzbar sind und gar zu einer Radikalisierung des nationalen Lagers und sein Abwandern in den Untergrund führen, lässt sich jedenfalls empirisch nicht erhärten. Im Gegensatz dazu scheinen die Verbote rechtsextremer Organisationen insgesamt zu einer Mäßigung in Propaganda, Program-

matik und Aktionen der organisierten extremen Rechten geführt und zugleich deren Isolierung innerhalb der politischen Kultur der Bundesrepublik mit befördert haben.

6. Was folgt dem NPD-Verbot?

Insgesamt werden vermutlich sowohl die negativen Auswirkungen als auch die positiven Folgen von Verboten gegen extrem rechte Organisationen überschätzt. Allerdings erlaubt dieser Gedanke nicht zwingend Aussagen über die Auswirkungen eines Verbots der NPD, sollte es denn am Ende eines neuen Verbotsverfahrens stehen. Welche Auswirkungen ein Verbot der NPD haben würde, lässt sich derzeit kaum belastbar vorhersagen. Zunächst ist darauf zu verweisen, dass für eine Beurteilung möglicher Auswirkungen zwischen dem Zeitraum des juristischen Verfahrens und der Zeit nach der Entscheidung des BVerfG zu unterscheiden ist.

Anders als bei Verboten von politischen Vereinigungen nach dem Vereinsrecht, die ein nachfolgendes Auftreten unter dem entsprechenden Namen strafbar machen, kann die NPD die Dauer des Verfahrens dazu nutzen, den Verbotsantrag öffentlich als undemokratisch zu brandmarken und sich selbst als politisches Opfer zu stilisieren. Dies hat die NPD bereits im Zuge des Verbotsverfahrens Anfang der 2000er Jahre getan. In der politischen Debatte wurde mit Blick auf den Zeitraum eines neuen Verfahrens, das im Jahr 2013 beginnen könnte, die Befürchtung geäußert, dass die NPD bei den anstehenden Wahlen von einem solchen Gerichtsprozess profitieren könnte. Zwar haben sich beim letzten Versuch eines NPD-Verbots Teile der neonazistischen Strukturen des Parteieintritts als Zeichen der Solidarisierung bedient –, aber breitere Unterstützung für die NPD hat es aus der Bevölkerung nicht gegeben. Dies scheint auch im Fall eines erneuten Verfahrens unwahrscheinlich, nicht zuletzt weil davon auszugehen ist, dass die antragsstellenden Instanzen ihr Vorgehen offensiv kommunizieren werden. Übersehen wird dabei zudem, dass ein solches Verfahren auch bei der NPD erhebliche Kapazitäten an Personal, Geld und Zeit binden wird, die für anderweitige politische Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für den Meinungsbildungsprozess des Gerichts sind neben den Stellungnahmen der Prozessgegner die Urteile aus den Verbotsverfahren gegen die SRP und die KPD bedeutsam, ist in diesen doch näher definiert worden, wann eine Partei als verfassungswidrig für verboten erklärt werden kann. Dabei hat das Urteil gegen die KPD die Anforderungen an ein Verbot bereits insofern angehoben, als eine verfassungswidrige Haltung allein nicht ausreicht, sondern ein aggressiv-kämpferisches Vorgehen gegen die bestehende Ordnung erkennbar sein muss. Verschiedentlich ist bereits angemerkt worden, dass das BVerfG angesichts der seit diesen Urteilen vergangenen Zeitspanne sich wohl auch grundsätzlich mit den Kriterien eines Parteienverbots befassen wird.

Sollte das Bundesverfassungsgericht den Verbotsanträgen nicht folgen, so wäre die NPD wohl für längere Zeit vor dem Instrument des Parteienverbots sicher. Welche Auswirkungen dies für ihre Erfolgsaussichten hätte, bedürfte einer weiterführenden Analyse. Wie auch im Fall eines Verbots wäre dies differenziert regional wie entlang der ganzen Breite der Handlungsfelder und Aktionsformen der extremen Rechten (Gewaltaktionen, Wahlteilnahme, Demonstrationen usw.) unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeiträume und intervenierender Variablen (etwa staatliches Vorgehen gegen Nachfolgeaktivitäten bzw. Misserfolge/Erfolge bei zukünftigen Wahlteilnahmen) zu untersuchen. Manches – wie die weitgehende Folgenlosigkeit eines NPD-Verbots für die extrem rechte Demonstrationspolitik – lässt sich bereits jetzt begründet vermuten, anderes müsste systematisch betrachtet werden.

So bedeutsam also ein solches Verfahren werden könnte, so wenig darf übersehen werden, dass damit nur ein Teil der organisierten extremen Rechten betroffen wäre. Eine Gefahr besteht durchaus darin, dass mit einem Verbot der NPD das ganze „Problem Rechtsextremismus“ als erledigt betrachtet werden könnte. Insofern wird das Verbot rechtsextremer Parteien und Organisationen immer nur einen Baustein in einer Gesamtstrategie zur Förderung demokratischer Kultur und Abwehr menschenrechtsfeindlicher Tendenzen darstellen. So wenig es als „Allheilmittel“ überbewertet werden darf, so wenig begründet ist es, ihm jegliche Relevanz abzusprechen.

Quellen und Literaturverzeichnis:

- BVerfG KPD-Urteil 1956. In: http://www.mik.nrw.de/uploads/media/KPD-Urteil_01.pdf [31.01.13].
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2001): Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik: Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990–2000. Köln.
- Dudek, Peter (1985): Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune 1945 bis heute. Köln.
- Gerlach, Julia (2012): Verboten oder Nicht-Verboten? Vom Umgang der streitbaren Demokratie mit extremistischen Vereinen nach 1990. In: Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2012/201. Frankfurt/Main, S. 195–208.
- Gerlach, Julia (2007): Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD. In Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, S. 233–260.
- Janischke, Hans-Gerd (1991): Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik. Opladen.
- Laue, Katharina (2009): Parteiverbote, Vereinsverbote und strafrechtliche Reaktionen. In: Ostendorf, Heribert (Hrsg.): Rechtsextremismus. Eine Herausforderung für Strafrecht und Strafjustiz. Baden-Baden, S. 185–213.
- Möllers, Martin W.; van Ooyen, Robert (2010): Parteiverbotsverfahren. Frankfurt.
- Munzert, Maria (2007): Neue Antisemitismuswelle. In: Fischer, Torben; Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Bielefeld, S. 85–86.
- Ruhl, Klaus-Jörg (1989): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Stuttgart.
- Schmollinger Horst W. (1986): Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band 4, Opladen, S. 2274–2336.

- Siegler, Bernd (1993): „Vorsicht total rechtsradikal.“ Die rechte Szene nach dem Verbot und die Affinitäten zur offiziellen Politik. In: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.): Lust auf Randalen. Jugendliche Gewalt gegen Fremde. Bonn, S. 127–160.
- Stöss, Richard (1986): Die Deutsche Gemeinschaft, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band 2, Opladen, S. 877–900.
- Stöss, Richard (1980): Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen.
- Weckenbrock, Christoph (2009): Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung. Bonn.
- Wilke, Karsten (2011): „Die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Paderborn u. a.



Die wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des Oesterreichischen Widerstandes Brigitte Bailer im neugestalteten Museum und Veranstaltungszentrum des DOEW im Alten Rathaus in Wien.

Das „Wiederbetätigungsverbot“ als politisch-gesellschaftliche Gegenstrategie in Österreich

Brigitte Bailer

1. Rechtsextremismus und nationalsozialistische „Wiederbetätigung“ – eine begriffliche Klarstellung

Begriffe wie Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Neonazismus oder auch Neofaschismus sorgen in politischen und juristischen Debatten immer wieder für Verwirrung und Missverständnisse. Deshalb soll hier zunächst kurz erläutert werden, welchen Gebrauch diese Begriffe in Österreich haben, insbesondere bei der juristisch-behördlichen Klassifizierung der entsprechenden Gruppen oder Einzelpersonen, um auf dieser Definitionsbasis einen Blick in die österreichische Gesetzeslage zu werfen und speziell die Rechtsprechung zum „Wiederbetätigungsverbot“ würdigen zu können.

Die Analysen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) bezüglich des österreichischen *Rechtsextremismus* basieren auf der von Willibald I. Holzer 1979 erstmals ausgearbeiteten, 1993 überarbeiteten Definition des Begriffs¹, die in ihren Grundzügen mit den Rechtsextremismus-Definitionen anderer Forscher ziemlich deckungsgleich ist. Holzer konzentriert sich auf die Zentralbegriffe „Volksgemeinschaft“ und „integraler Nationalismus“ (der im österreichischen Rechtsextremismus stets deutschnational ausgerichtet ist), von denen er die Einzelelemente rechtsextremer Ideologie herleitet. Die Bezeichnung

1 Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus – Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*. Wien 1979: 11–97; ders.: *Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien 1993: 11–96.

„Rechtsradikalismus“ hält Holzer für wenig zutreffend, da der Rechtsextremismus keine Veränderung der Gesellschaft von den Wurzeln her anstrebe, also keine „radikale“ Veränderung (im Sinne des Wortstamms „radix“, lateinisch: Wurzel). Der in der politischen österreichischen Propaganda immer wieder verwendete Begriff des Neofaschismus geht gleichfalls an der ideologisch-historischen Realität der so bezeichneten politischen Bewegung vorbei. Die jüngere wissenschaftliche Debatte zu Nationalsozialismus und Faschismus verweist auf die Notwendigkeit, zwischen dem nationalsozialistischen Regime und den zeitgleich existierenden faschistischen Diktaturen in Europa zu unterscheiden. Im Kontext der österreichischen Geschichte müsste „neofaschistisch“ eine an die spezifische österreichische Diktatur des Austrofaschismus² oder aber an den Faschismus italienischer Prägung angelehnte Ideologie bezeichnen. Tatsächlich jedoch orientieren sich die militanten Teile des österreichischen Rechtsextremismus an nationalsozialistischen Ideologieelementen, sodass die Bezeichnung „Neonazismus“ präziser wäre als „Neofaschismus“.

In diesem Zusammenhang sind weiterhin die spezifische österreichische Rechtslage sowie die einschlägige Judikatur von Bedeutung. Während die Zuschreibung als „rechtsextrem“, im von Holzer definierten Sinne verwendet, als politisches Werturteil und nicht als beleidigend klagbar eingestuft wurde,³ impliziert die Zuschreibung „neonazistisch“ jedoch eine nationalsozialistische Wiederbetätigung und damit den Vorwurf einer strafbaren Handlung, der durch den Rechtsbehelf der Ehrenbeleidigungsklage (erfolgreich) gerichtlich bekämpft werden kann. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich höchste Sorgfalt bei der Begriffsverwendung, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DÖW im Zuge mehrerer

2 Dieser Begriff ist unter Historikern und Politikwissenschaftlern als Zuschreibung zur Diktatur 1933–1938 nicht unumstritten. Vgl. Reiter-Zatloukal, Ilse; Rothländer, Christiane; Schölnberger Pia (Hrsg.): Österreich 1933–1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Wien-Köln-Weimar 2012. Er soll trotzdem hier in Anlehnung an Tólos, Emmerich: Das austrofaschistische Herrschaftssystem. In: ders., Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Wien 2005: 394–420, angewandt werden.

3 Unterlagen zu den Verfahren im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Gerichtsverfahren selber erfahren mussten. So wurde die Veröffentlichung des 1979 erschienenen ersten österreichischen Werks zum Thema „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“⁴ durch Klagen von darin genannten Personen bekämpft, die sich erfolgreich auf die Vermischung der Begriffe im Vorwort des damaligen Bundesministers für Inneres, Erwin Lanc, beriefen. Letztlich wurden die Rechtsstreite durch Vergleiche beendet.⁵

2. Die österreichische Gesetzeslage – ein Überblick⁶

Die österreichische Rechtsordnung enthält auf mehreren Ebenen Instrumentarien zur Bekämpfung von Rassismus, Hetze gegen Minderheiten, NS-Apologiek sowie nationalsozialistische Wiederbetätigung.

Auf der Ebene der Bundesverfassung sind einerseits das Verbotsgesetz, auf das der Beitrag im Folgenden ausführlich eingehen wird, und andererseits der Staatsvertrag von Wien 1955⁷ zu nennen. In diesem Dokument der wiedergewonnenen Souveränität Österreichs normierten die Signatarstaaten⁸ in Artikel 4 ein Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland⁹ und in Artikel 9 die Verpflichtung Österreichs zur „Auflösung nazistischer Organisationen“. Dabei solle „Österreich auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um zu gewährleisten, daß die oben genannten Organisationen nicht in irgendeiner Form wieder ins Leben gerufen werden, um alle nazistische oder militärische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern“ (Artikel 9, Abs. 1).

4 Dokumentationsarchiv (Hrsg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien 1979.

5 Siehe Fn. 3.

6 Dieser kann nur aus Sicht der praxiserfahrenen Historikerin gegeben werden, eine tatsächliche Berücksichtigung aller juristischen Aspekte würde eine entsprechende juristische Expertise erfordern.

7 Bundesgesetzblatt Nr. 152, 1955.

8 Das waren die alliierten Mächte der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion.

9 Dies trifft den für seine Ideologie konstitutiven Deutschnationalismus des österreichischen Rechtsextremismus und Neonazismus.

Auf einfachgesetzlicher Ebene ist § 283 des Strafgesetzbuches¹⁰ relevant. Er bedroht jenen mit Strafe von bis einem Jahr Freiheitsentzug, der „öffentlich“ zu „einer feindseligen Handlung gegen eine im Inland bestehende Kirche oder Religionsgesellschaft oder gegen eine durch ihre Zugehörigkeit zu einer solchen Kirche oder Religionsgesellschaft, zu einer Rasse, zu einem Volk, einem Volksstamm oder einem Staat bestimmte Gruppe auffordert oder aufreizt“ bzw. gegen eine solche Gruppe „hetzt, sie beschimpft oder verächtlich zu machen sucht“. Diese Bestimmung erwies sich vielfach als nützliches Instrument in der Auseinandersetzung mit öffentlich geäußertem Antisemitismus und Fällen rechtsextremer bzw. neonazistischer Agitation, die über andere Bestimmungen nicht geahndet werden konnten, stößt aber dort an ihre Grenzen, wo nur sehr allgemein beispielsweise „gegen Ausländer“ oder „Asylanten“ agitiert wird. Andere Regelungen finden sich im Bereich des Verwaltungsstrafrechts:

Das Abzeichengesetz¹¹ stellt das Tragen, Zur-Schau-Stellen und den Verkauf von Abzeichen verbotener Organisationen bzw. Abzeichen ähnlicher Symbole unter Verwaltungsstrafe. Dieses Gesetz kommt nicht nur gegen einschlägige Publikationen zur Anwendung, sondern auch – allerdings zu selten – gegen den Verkauf von NS-Memorabilien auf Flohmärkten oder bei Trödlern.

Artikel III aus dem Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG)¹² sieht die Ahndung von Diskriminierung „aus dem Grund der Rasse, der Hautfarbe, der nationalen oder ethnischen Herkunft, des religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung“ ebenso wie minder schwere Fälle nationalsozialistischer Wiederbetätigung als Verwaltungsübertretung vor.

10 Bundesgesetzblatt 1974 Nr. 60 in der Fassung Bundesgesetzblatt I Nr. 103/2011.

11 Abzeichengesetz 1960, Bundesgesetzblatt 1960 Nr. 84, geändert mit Bundesgesetzblatt 1980 Nr. 117, sowie Bundesgesetzblatt I 2012 Nr. 50, Nr. 113. Die letzten Änderungen betrafen Formales, wie die Umrechnung der Strafe von Schilling in Euro; 1980 wurde zur Klarstellung die Bestimmung aufgenommen, dass auch Ersatzsymbole, die jenen der verbotenen Organisationen ähnlich sind, unter die verbotenen Abzeichen fallen; zusätzlich wurde die Erlaubnis formuliert, Abzeichen verbotener Organisationen in Ausstellungen oder in gegen diese Organisationen gerichteten Publikationen zeigen zu dürfen.

12 Bundesgesetzblatt I 2008 Nr. 87.

3. Das Verbotsgesetz

3.1 Der Entstehungszusammenhang des Gesetzes

Unmittelbar nach der Befreiung Wiens am 13. April 1945 konstituierten sich die politischen Parteien der Sozialdemokratie (SPÖ), der Konservativen (*Österreichische Volkspartei* – ÖVP) und der Kommunisten (KPÖ) wieder bzw. die ÖVP (auf ihrer christlich-sozialen Basis¹³) neu. Am 27. April verkündete die aus Vertretern dieser drei Parteien zusammengesetzte provisorische Regierung die Unabhängigkeit Österreichs, und am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, beschloss der Kabinettsrat das Gesetz über das Verbot der NSDAP. Dieses sah neben dem Verbot der Partei und aller ihrer Nebenorganisationen sowie jeder neuerlichen Betätigung im Sinne der NSDAP auch die Registrierung der Nationalsozialisten sowie Sühnemaßnahmen vor, konnte aber bis zum Herbst 1945, nach Anerkennung der provisorischen Regierung auch durch die Westmächte, nur im von der Roten Armee besetzten Osten des Landes vollzogen werden. Zentrale Funktion des Gesetzes war die Säuberung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Nationalsozialisten und deren Einfluss. Die ausschließlich nach festgelegten Kriterien schematisch erfolgende Entnazifizierung stieß sehr bald an ihre Grenzen und erschien der Politik, aber auch der Bevölkerung als zu rigide. Eine 1946 vom im November 1945 gewählten Nationalrat beschlossene Neufassung des Nationalsozialistengesetzes fand jedoch nicht die erforderliche Zustimmung des Alliierten Rates, die erst – nach mehr als fünfzig Änderungen, meist Verschärfungen – im Februar 1947 beschlossen werden konnte.¹⁴

Gleichzeitig liefen bereits ab 1945 im Hintergrund Bemühungen der Parteien, ehemalige Nationalsozialisten und deren Sympathisanten für sich

13 Die Christlichsoziale Partei war aufgrund ihrer Rolle bei der Etablierung des austrofaschistischen Regimes diskreditiert, daher erfolgte 1945 eine Neugründung, allerdings unter personeller Kontinuität zur Vorgängerpartei.

14 Ein Überblick dazu bei: Garscha, Winfried R.: Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Tálos, Emmerich et al. (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2000: 852 – 883, hier: 858f.

zu gewinnen bzw. die im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten für Amnestierungen in großem Stil für sich zu nutzen.¹⁵ Insbesondere die Konstituierung des Verbandes der Unabhängigen (VdU), als Sammelbecken für die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten konzipiert, von denen mehr als 90 % bei den Nationalratswahlen 1949 wieder stimmberechtigt waren, erzeugte eine neue politische Konkurrenzsituation. Mit dem VdU war im Übrigen auch ein erster Kristallisationspunkt für die Neu- bzw. Wiedergründung rechtsextremer Gruppen und Organisationen entstanden.

Obwohl auf Initiative der politischen Parteien immer weniger Personen tatsächlich noch als „belastete Nationalsozialisten“ von den Folgen des NS-Gesetzes betroffen waren, unternahmen die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ noch vor dem Staatsvertrag 1955 mehrere Anstrengungen, um die Entnazifizierung zu beenden, die jedoch alle am Widerstand des Alliierten Rates scheiterten.¹⁶ Der Abschluss des Staatsvertrags öffnete schließlich den Weg zu einer umfassenden NS-Amnestie, die am 14. März 1957 im Nationalrat beschlossen wurde.¹⁷ Das Nationalsozialistengesetz (NS-Verbotsgesetz) hatte damit seine erste historische Aufgabe erfüllt. Jene Teile des Gesetzes, die die Wiederbetätigung in nationalsozialistischem Sinne unter Strafe stellen, blieben von diesen Amnestien unberührt und bilden den zentralen Kern der gegenwärtigen Bedeutung des Verbotsgesetzes.

15 Für die SPÖ liegen dazu bereits Untersuchungen vor: Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang: Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten. Wien 2004; Mesner, Maria (Hrsg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und kaltem Krieg: am Beispiel SPÖ. Wien-München 2005. Auf die Situation in der ÖVP sind derzeit nur indirekte Rückschlüsse (z. B. über die Einbindung ehemaliger Nationalsozialisten in Ministerämter) möglich, wie Finanzminister Reinhard Kamitz, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Franz Thoma, Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Josef Böck-Greisenau. Alle drei nannte ÖVP-Generalsekretär Alfred Maleta in der Wahlauseinandersetzung 1953. Vgl. Bailer-Galanda, Brigitte: Hoch klingt das Lied vom „kleinen Nazi“: Die politischen Parteien Österreichs und die ehemaligen Nationalsozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstags von Wolfgang Neugebauer. Wien 2004: 120–135, hier: 129 f.

16 Bailer-Galanda, a.a.O., 2004: 127–131.

17 28. Sitzung des Nationalrats, VIII. Gesetzgebungsperiode, 14.3.1957.

3.2 Das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung

Bereits die Urfassung des Gesetzes von 1945 enthielt in § 3 eine Bestimmung zur nationalsozialistischen Wiederbetätigung:

„Es ist jedermann untersagt, sich, sei es auch außerhalb dieser Organisation, für die NSDAP oder ihre Ziele irgendwie zu betätigen.

Wer weiterhin dieser Partei angehört oder sich für sie oder ihre Ziele betätigt, macht sich eines Verbrechens schuldig und wird hierfür mit dem Tode und dem Verfall des gesamten Vermögens bestraft. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen kann statt auf Todesstrafe auf schweren Kerker in der Dauer von zehn bis zwanzig Jahren erkannt werden.“¹⁸

In der Neufassung des Gesetzes von 1947 waren aus dieser sehr knappen Bestimmung die §§ 3a-3g geworden. §§ 3a-f normierten das Verbot der Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Organisation sowie die Unterstützung einer solchen Organisation durch Spenden oder in Druckwerken. Für die Verfolgung neonazistischer Aktivitäten und – ab den 1980er – Jahren auch der Leugnung des Holocaust nutzten Staatsanwaltschaften und Gerichte jedoch vor allem den sehr allgemein, als Auffangbestimmung formulierten § 3g Abs. 1: *„Wer sich auf eine andere als die in den §§ 3 a bis f bezeichnete Weise im nationalsozialistischen Sinn betätigt, wird, sofern die Tat nicht nach einer anderen Bestimmung strenger strafbar ist, mit schwerem Kerker von 5 bis zu 10 Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit des Täters oder der Betätigung bis zu 20 Jahren bestraft. Auch kann auf Vermögensverfall erkannt werden.“* Absatz 2 stellte auch die Nicht-Anzeige solcher Bestrebungen unter Strafe. Die Tatbestände des § 3 und die damit verbundene Strafandrohung gelten grundsätzlich bis zur Gegenwart. Die im Gesetz 1947 noch vorgesehene Todesstrafe, die in Österreich für ordentliche Verfahren 1950, in standrechtlichen Verfahren 1968 abgeschafft wurde, verlor auch im Verbotsgesetz ihre Gültigkeit.

18 Staatsgesetzblatt 1945, Nr. 13.

3.3 Die Anwendung des Gesetzes und deren Probleme bis 1992

Bereits kurz nach Kriegsende kamen erstmals diejenigen Bestimmungen, die die nationalsozialistische Wiederbetätigung betreffen, gegen eine um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek – ehemaliges NSDAP-, HJ- und SA-Mitglied – positionierte „Werwolf“-Gruppe zur Anwendung, deren Mitglieder sich unter anderem aus ehemaligen HJ- und Waffen-SS-Angehörigen rekrutierten. Am 15. Mai 1948 wurden Theodor Soucek und zwei Mitangeklagte vom Grazer Volksgericht zum Tode verurteilt, 1949 vom Bundespräsidenten zu lebenslanger Haft begnadigt und schließlich nach drei Jahren aus der Haft entlassen.¹⁹ Soucek trat in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre als Organisator von SS-Veteranentreffen und neonazistischer Jugendvereinigungen wieder an die Öffentlichkeit.

Nachdem sich Anfang der 1950er Jahre, bestärkt durch die Existenz und die ersten Wahlerfolge des VdU, zahlreiche deutschnationale und rechtsextreme Organisationen wieder hatten etablieren können, wurde die demokratische Öffentlichkeit anlässlich sogenannter „Schillerfeiern“ 1959 mit dem Erstarken rechtsextremer und neonazistischer Organisationen konfrontiert, denen es gelungen war, insbesondere junge Menschen anzusprechen. In Reaktion auf diese Veranstaltungen lösten die Sicherheitsbehörden zahlreiche militant rechtsextreme Organisationen auf, allerdings nicht auf Basis des Verbotsgesetzes, sondern wegen des Verdachts extremer Aktivitäten auf Grundlage des Vereinsgesetzes.²⁰

Das Verbotsgesetz selbst wurde in den folgenden Jahrzehnten nur selten angewandt. Zwischen 1961 und 1967 nahm die Zahl der Anzeigen und

19 Vgl. Polaschek, Martin F.: Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945–1955. Graz 1998: 205–231. Polaschek liefert nicht nur eine detaillierte Darstellung des Verfahrens gegen Soucek, sondern nennt auch noch einige weitere in den 1940er Jahren in der Steiermark durchgeführte Wiederbetätigungsprozesse.

20 Vgl. Bundesministerium für Inneres, Gesetzliche Bestimmungen und behördliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Überarbeitete und ergänzte 5. Auflage, Wien 1981: 364–387, hier 366f., 371f.

Gerichtsverfahren nach dem Verbotsgesetz beinahe kontinuierlich ab, sodass seitens des Innenministeriums die diesbezügliche Statistik eingestellt wurde. In den 1970er Jahren waren überhaupt nur noch wenige Fälle anhängig, vom Ministerium werden fünf angeführt.²¹

Gleichzeitig erlebten Rechtsextremismus und Neonazismus in den 1960er Jahren einen beträchtlichen Höhenflug. Rechtsextreme Studentengruppen wie der „Ring Freiheitlicher Studenten“ erzielten deutliche Erfolge bei den Wahlen zur österreichischen Studentenvertretung. Der Skandal um den antisemitischen Hochschulprofessor und ehemaligen Nationalsozialisten Taras Borodajkewycz führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen seinen Anhängern und antifaschistischen Gegen-demonstranten.²² 1967 spaltete sich die neonazistische Nationaldemokratische Partei (NDP) von der Freiheitlichen Partei (FPÖ),²³ der Nachfolgepartei des VdU ab. Dies war der Auftakt einer im folgenden Jahrzehnt zunehmenden Radikalisierung einer wachsenden Zahl militanter neonazistischer Kleingruppen und Zeitungsprojekte dar. Die geringe Zahl von Verfahren nach dem Verbotsgesetz in diesem Zeitraum verweist somit auf die gesellschaftliche und politische Toleranz und Duldung gegenüber selbst dem militanten Rechtsextremismus. Damit verbunden war die mangelnde Bereitschaft, auch mit behördlichen Maßnahmen gegen solche Gruppen vorzugehen. Bis in die 1980er Jahre hinein argumentierten Politiker, auch der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), es sei besser, diese Gruppen unter öffentlicher Beobachtung zu halten, anstatt sie mit gesetzlichen Maßnahmen in den Untergrund zu drängen.

Seit den 1970er Jahren waren verstärkt neonazistische, rassistische und aggressiv antisemitische Zeitungsprojekte in Erscheinung getreten: Zum

21 Vgl. ebd.: 369 f.

22 Vgl. dazu Kasemir, Gerard: Die Borodajkewycz-Affäre 1965: spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. In: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert (Hrsg.): Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim. Thaur 1995: 486–501; Fischer, Heinz: Taras Borodajkewycz – Einer im Vordergrund. Eine Dokumentation. Wien 1966.

23 Vgl. Junge Generation in der SPÖ Wien (Hrsg.): Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP. Wien 1981.

Beispiel die Zeitung Sieg des Vorarlbergers Walter Ochensberger sowie die – anfänglich vor allem gegen Migranten gerichtete – Zeitung Halt von Gerd Honsik, einem bereits in den 1960er Jahren aktiven neonazistischen Aktivisten. Gegen Ochensbergers Vereine wie den „Bund Volkstreuer Jugend“ wurde vereinsgesetzlich vorgegangen.²⁴ Sowohl Ochensberger als auch Honsik wandten sich in den 1980er Jahren der Holocaust-Leugnung zu, wobei sich vor allem Halt damit gezielt an Jugendliche und vor allem Schüler richtete. Mehrfach kam es zur Versendung der Zeitschrift an Lehrer und Verteilaktionen vor Wiener Schulen, sodass die Schulverwaltung in Zusammenarbeit mit Historikern und Zeitzeugen gegen die in Halt verbreiteten Inhalte mit Informationsbroschüren auftreten musste.²⁵

An der Wiener Universität hatte sich gleichfalls in den 1970er Jahren mit der „Aktion Neue Rechte“ eine neonazistische Studentengruppe konstituiert, die allerdings bei Wahlen zur Studentenvertretung kaum reüssieren konnte, dies aber durch gewalttätiges Auftreten wettzumachen versuchte.

Das 1975 beschlossene Parteiengesetz²⁶, das in einer im Verfassungsrang stehenden Bestimmung ausdrücklich festlegt, dass die Tätigkeit politischer Parteien „keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen“ (Artikel I, Abs. 3) sein darf, wurde für neonazistische Gruppierungen zu einem Ausweg, um einem staatlichen Verbot bzw. der behördlichen Auflösung – wie bei Vereinen möglich – zu entgehen. Die NDP ebenso wie die an der Universität Wien aktive studentische neonazistische Gruppierung Aktion Neue Rechte ANR und andere Gruppen gründeten sich nunmehr als politische Parteien, wodurch sie tatsächlich auf einige Jahre vor behördlichem Zugriff sicher sein konnten.

24 Dieser Verein wurde 1975 behördlich aufgelöst. Vgl. Neugebauer, Wolfgang: Organisationen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Überarbeitete und ergänzte 5. Auflage, Wien 1981: 161–249, hier 180f.

25 Vgl. Gesellschaft für politische Aufklärung: Wissen macht Halt haltlos“. Innsbruck o. J.; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hrsg.): Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und „revisionistische“ Geschichtsschreibung. Wien 1991.

26 Bundesgesetzblatt 1975 Nr. 404.

Doch gerade Verfahren gegen die ANR bewiesen schließlich die Anwendbarkeit des Verbotsgesetzes gegen einzelne Aktivisten ebenso wie gegen politische Parteien. Ein 1984 geführter Prozess gegen Funktionäre der ANR, in dem auch gegen einen deutschen Neonazi und Terroristen verhandelt wurde, der Bombenattentate gegen jüdische Geschäftsleute verübt hatte, endete mit Schuldsprüchen gegen die gesamte Führungsriege der ANR. Der Richter Heinrich Gallhuber hatte sich die Rechtsbelehrung der Geschworenen ein besonderes Anliegen sein lassen und damit offensichtlich Erfolg gehabt.

Der Verfassungsgerichtshof wiederum schob ein Jahr später, 1985, in einem wegweisenden Urteil der Instrumentalisierung des Parteiengesetzes durch neonazistische Gruppierungen einen Riegel vor. Zur Wahl zur Studentenvertretung (Österreichische Hochschülerschaft) 1979 war der Wahlvorschlag der ANR von der Wahlkommission unter Berufung auf das Verbotsgesetz nicht angenommen worden. Die ANR wandte sich mit einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, der die Auffassung der ANR bestätigte. Das ermöglichte deren Kandidatur bei der nächsten Wahl 1981, bei der sie ein Mandat gewann. Wegen Verletzung der Bestimmungen über das Wahlverfahren erhoben der „Verband Sozialistischer Studenten“ und der „Kommunistische Studentenverband“ Einspruch, der jedoch abgelehnt wurde. Diese Ablehnung fochten die beiden Gruppen in einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof an, der daraufhin ein Gesetzesprüfungsverfahren über die die Wahlen regelnden Bestimmungen des Hochschülerschaftsgesetzes (§ 15) veranlasste. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das Verbotsgesetz auch dann anwendbar sei, „wenn das für die Behörde maßgebliche Gesetz²⁷ seine Beachtung nicht ausdrücklich [...] vorschreibt“. Denn „das Wiederbetätigungsverbot ist auch nicht bloßer Teilzweck der staatlichen Tätigkeit für einen bestimmten Bereich, der hinter anderen Teilzwecken anderer Bereiche zurückstehen müsste, sondern umfassende Maßgabe jeglichen staatlichen Verhaltens. [...] Ausnahmslos jede Staatstätigkeit hat sich an diesem Verbot zu orientieren. Es darf kein behördlicher Akt gesetzt werden, der eine Mitwirkung des Staates an nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde.“²⁸

27 In diesem Fall das Gesetz zur Regelung der Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft.

28 Verfassungsgerichtshof, G175/84, 29.11.1985: 17.

Auf Basis dieses Erkenntnisses wurde danach nicht nur der ANR, sondern 1988 auch der NDP der Status als politische Partei aberkannt, womit deren Auflösung nichts mehr im Wege stand.²⁹ Seither wird bei Wahlen auf allen Ebenen (Gemeinden, Landtage, Nationalrat) überprüft, ob eine der wahlwerbenden Gruppen oder Parteien aufgrund ihres Statuts, ihres Programms oder ihrer Aktivitäten gegen das Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung verstößt. Ist dies der Fall, wird die Kandidatur untersagt. So wurde beispielsweise 2009 der Antritt zweier neonazistischer Gruppen³⁰ zur oberösterreichischen Landtagswahl verhindert.

Doch die Anwendung des Wiederbetätigungsverbots gegen einzelne Aktivisten bzw. Zeitungsherausgeber wie Honsik oder Ochensberger stieß in den 1980er Jahren nach wie vor auf Schwierigkeiten. Ochensbergers NS-Apologetik und selbst seine offene Leugnung des Holocaust führten zu keinen Verurteilungen. Die Geschworenen entschieden jeweils auf Freispruch – sei es, weil ihnen die im Gesetz angegebenen Mindeststrafen zu hoch erschienen, wie allenthalben (und möglicherweise unzutreffend) vermutet wurde,³¹ sei es, weil ihnen das Verständnis für die Strafbarkeit der Taten fehlte. Eine offenkundige Schwierigkeit bestand in der sehr allgemeinen Formulierung des in diesen Fällen angewandten § 3g des Verbotsgesetzes. Mehrere gegen Honsik eingeleitete Voruntersuchungen mussten gleichfalls ohne Gerichtsverfahren eingestellt werden.

29 Vgl. Aberkennung des Status der NDP als politische Partei: Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 25.6.1988, B 999/87-15; die Auflösung des Vereins NDP erfolgte mit Bescheid der Sicherheitsdirektion für Wien, Vereinsangelegenheiten, vom 21.11.1988, Zahl I-SD-1272-BVP/88. Etwas ausführlicher zu diesem Vorgang: Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang: Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, legale/illegale Gruppen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993: 102–238, hier 163.

30 „Die Bunten“ bzw. „Nationale Volkspartei“.

31 Vgl. Gallhuber, Heinrich: Rechtsextremismus und Strafrecht. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993: 583.

3.4 Der Wendepunkt 1992

In den 1980er Jahren hatte auch in der zeitgeschichtlichen Forschung eine Hinwendung zur Holocaustforschung stattgefunden. In Österreich gaben dazu die Diskussionen um die geschönte Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims den Anstoß. Der ehemalige UN-Generalsekretär war 1986 zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt worden und hatte u.a. seine Mitgliedschaft in der SA und dem NS-Studentenbund geleugnet sowie seine Tätigkeit als Leutnant der Deutschen Wehrmacht nur sehr selektiv dargestellt und die entsprechenden Presseveröffentlichungen mit antisemitischen Untertönen kommentiert. Die „Affaire Waldheim“ sensibilisierte Öffentlichkeit, Politik und Medien gegenüber neonazistischen Aktivitäten, vor allem aber gegenüber der Leugnung des Holocaust.

Die offensichtliche behördliche und gerichtliche Machtlosigkeit gegenüber unverhohlener und unverschämter Holocaust-Leugnung durch Ochensberger und Honsik, die ja nicht zuletzt auch eine Verhöhnung und Beleidigung der Opfer darstellt, lösten heftige Kritik aus, wobei vor allem Überlebende, allen voran Hermann Langbein³² und Simon Wiesenthal, die Israelitische Kultusgemeinde und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine besonders aktive Rolle spielten. Im Mai 1990 fand zur Frage geeigneter gesetzlicher Möglichkeiten zur Bekämpfung von Holocaust-Leugnung und Wiederbetätigung eine Tagung in Wien³³ statt, deren Inhalte in den bald darauf einsetzenden parlamentarischen Prozess einfließen. Während Vertreter der ÖVP eine Herabsetzung des Mindeststrafrahmens vorschlugen, um die angebliche

32 Hermann Langbein, österreichischer Widerstandskämpfer, war im KZ Dachau und KZ Auschwitz inhaftiert, wo er im Lagerwiderstand eine herausragende Rolle spielte. Langbein widmete den größten Teil seines Lebens nach der Befreiung der Aufklärung über die Verbrechen von Auschwitz. Vgl. Stengel, Katharina: Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit. Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 21, Frankfurt/M. 2012.; Halbmayer, Brigitte: Zeitlebens konsequent. Hermann Langbein. Eine politische Biographie. Wien 2012.

33 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Israelitische Kultusgemeinde Wien, Gesellschaft für politische Aufklärung (Hrsg.): Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung. Protokoll der gleichnamigen Tagung am 15. Mai 1990 in Wien. Wien 1991.

oder tatsächliche Hemmschwelle der Geschworenen abzubauen, wurde seitens der SPÖ an einer Ergänzung der Verhetzungsbestimmung im Strafrecht gearbeitet.³⁴ An einem vom Justizausschuss des Nationalrats am 20. November 1991 einberufenen Expertenhearing nahmen neben Parlamentariern, Vertretern des Bundesministeriums für Justiz und Rechtswissenschaftlern aus dem Universitätsbereich auch Simon Wiesenthal teil, des weiteren Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde und der slowenischen Minderheit, Rechtsanwälte sowie die Verfasserin (als Vertreterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes).³⁵ Schließlich arbeiteten Abgeordnete von SPÖ und ÖVP einen Kompromissantrag aus, der zu einer am 26. Februar 1992 beschlossenen Novelle des Verbotsgesetzes führte. Darin wurden einerseits die im Gesetz vorgesehenen Mindeststrafen herabgesetzt, andererseits eine neue Bestimmung – der § 3h – hinzugefügt. Dieser bedroht mit Strafe, „wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht“³⁶. Mit dieser Bestimmung fiel auch das Erfordernis der sogenannten „subjektiven Tatseite“, also die Absicht des Täters, sich mit dieser Leugnung der Verbrechen in nationalsozialistischem Sinne zu betätigen, weg.

34 Vgl. Antrag 253/A der Abgeordneten Dr. Graff et al. betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Verbotsgesetz geändert wird (ÖVP-Antrag); Antrag 139/A der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Schranz et al. (SPÖ-Antrag) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird, Beilagen. zu den Stenographischen Protokollen, XVIII. Gesetzgebungsperiode.

35 387 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode.

36 Bundesgesetzblatt 1992 Nr. 148.

3.5 Die Anwendung des Wiederbetätigungsverbots seit 1992

Diese Novelle zum Verbotsgesetz bedeutete einen Durchbruch in der Verfolgung nationalsozialistischer Wiederbetätigung insofern, als die führenden neonazistischen Publizisten Honsik und Ochensberger nun wegen ihrer Leugnung des Holocaust erfolgreich vor Gericht gestellt werden konnten. Bereits die Diskussionen im Vorfeld der Gesetzesänderung blieben nicht ohne Einfluss auf die Haltung von Gerichten und Geschworenen: Schon im Dezember 1991 kam es zu einer ersten Verurteilung von Walter Ochensberger.³⁷ Im Mai 1992 folgte ein Urteil gegen Gerd Honsik.³⁸ Von 1992 bis zum 31. Juli 2007 wurden insgesamt 273 Personen nach dem Verbotsgesetz verurteilt, 70 Verfahren waren zu diesem Stichtag noch anhängig.³⁹

Die folgenden Statistiken verdeutlichen, dass das Verbotsgesetz seither zu einem ständig eingesetzten Instrument der Bekämpfung nationalsozialistischer Wiederbetätigung wurde:

Tabelle 1

Anzeigen	2008	2009	2010
Verbotsgesetz	360	396	522
Verhetzung (§ 283 StGB)	73	33	79
Sonstige StGB-Delikte (z.B. Sachbeschädigung, Körperverletzung, gefährliche Drohung)	304	253	380 ²
Abzeichengesetz	21	40	20
Art. III Abs. 1 Ziff. 4 EGVG	77	69	39
Gesamt	835	791	1.040

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Verfassungsschutzbericht 2011: 18.

37 Vgl. Kurier vom 10.12.1991; Lasek, Wilhelm (1995): „Revisionistische“ Autoren und ihre Publikationen. In: Bailer-Galanda, Brigitte; Benz, Wolfgang; Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Wahrheit und Auschwitzlüge. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda. Wien 1995: 252–292, hier 276f.

38 Vgl. Die Presse vom 6.5.1992.

39 Vgl. Anfragebeantwortung der Bundesministerin für Justiz Dr. Maria Berger, 1101/AB, XXIII. Gesetzgebungsperiode, 21.8.2007.

Tabelle 2

Verurteilte Personen	§ 283 StGB		§§ 3a ff. VerbotG		
	Gerichtliche Kriminalstatistik	Interne Statistik des BMJ	Gerichtliche Kriminalstatistik	Interne Statistik des BMJ	
2000	0	1	31	32	
2001	9	11	17	24	
2002	7	9	17	20	
2003	13	13	29	31	
2004	9	14	31	29	
2005	6	11	22	18	
2006	6	9	19	17	
2007	5	9	10	9	
2008	3	3	28	32	
2009	5	5	34	36	
2010	9	9	40	43	

Sonstige Verfahrenserledigungen (interne Statistik des BMJ)	§ 283 StGB			§§ 3a ff VerbotG		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Strafanträge/Anklagen	14	13	7	25	46	73
Freisprüche	3	4	1	5	7	6

Quelle: Bundesministerium für Justiz. Bericht über die Tätigkeit der Strafjustiz. Sicherheitsbericht 2010: 41.

Der Verfassungsschutzbericht 2012 des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung im Bundesministerium für Inneres verzeichnete für 2011 436 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz und 84 Anzeigen wegen des Verdachts der Verhetzung.⁴⁰ Bei der auf der Homepage des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung im Bundesministerium für Inneres eingerichteten Meldestelle zur Meldung von Beiträgen auf Websites oder in Newsgroups „mit neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten“⁴¹ gingen 2011 338 Hinweise ein.⁴²

40 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Verfassungsschutzbericht 2012: 17.

41 Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/meldestelle/, (17.1.2013).

42 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012: 20.

3.6 Der politisch-gesellschaftliche Nutzen aus der Anwendung des Verbotsgesetzes

Die Verurteilung führender neonazistischer Propagandisten nach der Novelle von 1992 zog unmittelbar positive Konsequenzen nach sich. In erster Linie ist hier das Verbot der vor allem unter Jugendlichen gezielt verbreiteten Zeitschriften und Flugblätter zu nennen, was einen deutlichen Rückgang neonazistischer Beeinflussungsmöglichkeiten mit sich brachte. Selbstverständlich können entsprechende Inhalte jederzeit aus dem Internet bezogen werden. Dies setzt jedoch in den meisten Fällen – sieht man von Zufallsfunden ab – die gezielte Suche nach solchen Inhalten voraus, während die vor Schulen verteilten Pamphlete unterschiedslos alle Schüler erreichten, wodurch auch bis dahin nicht oder wenig Interessierte mit neonazistischer Ideologie konfrontiert wurden. Dies zeigte sich deutlich 1987, als ein angebliche „echtes“ Dokument, das die Existenz von Gaskammern in verschiedenen Konzentrationslagern in Frage stellte, über Honsiks Halt in Schulen verbreitet wurde und zu beträchtlicher Verunsicherung sogar bei Lehrern sorgte.⁴³ Doch selbst gegen Internet-Propaganda kann seitens der Sicherheitsbehörden nun mit Hilfe des Verbotsgesetzes vorgegangen werden, wie die im Januar 2013 erfolgte (aber im Frühjahr 2013 noch nicht rechtskräftige) Verurteilung der Verantwortlichen für die neonazistische Website „Alpen Donau Info“ durch das Landesgericht Wien zeigt.⁴⁴ Der Verfassungsschutzbericht 2012 verweist in diesem Zusammenhang auf den Rückgang neonazistischer Aktivitäten infolge der Verhaftung dieser Personen.⁴⁵

Die in den letzten Jahren vergleichsweise hohen Zahlen von Anzeigen sowie der eingeleiteten Verfahren resultieren vermutlich weniger aus einer entsprechend höheren Zahl der Straftaten als vielmehr aus der erhöhten Sensibilität der Öffentlichkeit, der Polizeibehörden und der

43 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Das Lachout-Dokument. Anatomie einer Fälschung. Wien 1989.

44 Vgl. Wiener Zeitung vom 12.1.2013; vgl. auch Der Standard vom 12.1.2013

45 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2012: 17.

Justiz. Gesetze können stets auch als Ausdruck gesellschaftlich-politischen Wollens begriffen werden. In diesem Sinn entsprach die Novellierung selbst bereits einem neuen Willen des Gesetzgebers, energisch Wiederbetätigung und Holocaust-Leugnung zu bekämpfen, das nun in den Folgejahren weitere Konsequenzen nach sich zog.

Verfahren nach dem Verbotsgesetz sowie die damit verbundene mediale Berichterstattung tragen ihrerseits dazu bei, der Öffentlichkeit die Strafbarkeit nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu verdeutlichen, was wiederum eine erhöhte Sensibilität nach sich zieht.

3.7 Kritik am Verbotsgesetz

Seitens Rechtsextremer aller Richtungen wird dieses Gesetz kritisiert und bekämpft, da es natürlich als Hemmschuh für ihre Aktivitäten begriffen wird. 2007 stimmte auch die FPÖ in den Chor dieser Kritiker ein, wobei stets das Argument der angeblichen Einschränkung der Meinungsfreiheit durch dieses Gesetz vorgebracht wird. So behauptete FPÖ-Obmann Strache 2007, freiheitliche Politiker müssten immer wieder erleben, dass sie „mit Diffamierungen und Kampagnen kriminalisiert und in eine Ecke gestellt werden, in die sie nicht hingehören“⁴⁶. Ihm schlossen sich damals der Abgeordnete zum Nationalrat, heute der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf⁴⁷ ebenso an wie Barbara Rosenkranz⁴⁸, die 2010 für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. In diesem Zusammenhang schadete ihr diese Kritik am Verbotsgesetz jedoch deutlich, sodass auch Strache sich veranlasst sah, diese zurückzunehmen.⁴⁹

46 Zitiert nach <http://www.vol.at/news/vorarlberg/artikel/strache-will-verbotsgesetz-abschaffen/en/news-20070223-05195534>, (24.2.2007, Ausdruck im DÖW).

47 Vgl. Anfrage der Abgeordneten Dr. Graf und weiterer Abgeordneter an die Bundesministerin für Justiz, 26.6.2007, 1091/J XXIII. Gesetzgebungsperiode.

48 Vgl. Niederösterreichische Nachrichten (NÖN) vom 5.11.2007; vgl. auch profil 46 vom 12.11.2007.

49 Vgl. Erklärung Straches vom 5.3.2010, [http://www.fpoe.at/news/detail/news/strache-verbotsgesetz-ist-wic/?tx_thgenericlist\[114\]\[offset\]=0&cHash=b561e84fc882ea06926dc0346e234c67](http://www.fpoe.at/news/detail/news/strache-verbotsgesetz-ist-wic/?tx_thgenericlist[114][offset]=0&cHash=b561e84fc882ea06926dc0346e234c67), (29.01.2013).

Doch es gibt auch Stimmen, die aus einer liberalen Grundeinstellung heraus Kritik am Verbotsgesetz üben, wie rund um den Prozess gegen den britischen Holocaust-Leugner David Irving 2005 deutlich wurde. Angesehene Journalisten, selbst Wissenschaftler traten damals gegen die gesetzliche Regelung der Holocaust-Leugnung auf: Abwegige „Meinungen“ sollten in Diskussionen widerlegt anstatt mit Strafe bedroht werden;⁵⁰ „in gefestigten Demokratien“ sei „der Kampf gegen barbarische Ideologien“ doch politisch und nicht gerichtlich zu führen;⁵¹ den österreichischen Bürgern könne auch ohne Gerichte zugetraut werden, „dem Wiedererstarken der nationalsozialistischen Ideologie zu widerstehen“⁵². Im Januar 2013 sorgte wiederum die Strafhöhe gegen Gottfried Küssel, einen seit Jahrzehnten einschlägig aktiven Neonazi und einer der vermutlichen Initiatoren der neonazistischen Website „Alpen Donau Info“, für Kritik von Juristen und Journalisten, wobei auch die Forderung nach einer neuerlichen Senkung der Strafraumen erhoben wurde.⁵³

2008 wandte sich eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern, der auch der aus Österreich stammende, 2012 verstorbene Eric Hobsbawm angehörte, gegen das Verbot der Leugnung historischer Fakten: Es könne „nicht die Angelegenheit“ der „politischen Amtsgewalt“ sein, „über historische Wahrheit zu bestimmen und die Freiheit der Historiker durch Strafsanktionen einzuschränken“.⁵⁴

50 Der Grazer Soziologe Christian Fleck, „Lasst den Irving doch reden!“ In: Der Standard vom 23.11.2005; auch Der Standard vom 3./4.12.2005.

51 Georg Hoffmann-Ostenhof, „Der Fall Irving. Wie gefährlich ist der in Österreich verhaftete britische Nazi-Historiker wirklich?“ In: profil 47 vom 21.11.2005. In: profil 14 vom 2.4.2010, gesteht Hoffmann-Ostenhof ein, damals geirrt zu haben: ders., „Rauchen, Nazis und der Papst. Manchmal muss man seine Meinung überdenken – drei aktuelle Beispiele.“

52 Michael Fleischhacker, „An den Grenzen der Meinungsfreiheit.“ In: Die Presse vom 22.2.2006. Fleischhacker konzidierte, dass eine Abschaffung des Verbotsgesetzes noch nicht möglich sei, vgl. ders., „Demokratie oder Inquisition. Das Verbotsgesetz ist Ausdruck eines breiten Konsenses über den Unreifeegrad unserer demokratischen Kultur.“ In: Die Presse vom 6.3.2010.

53 Vgl. Florian Klenk, „Neun Jahre Haft für Gottfried Küssel sind unangemessen.“ In: Der Falter, 3/2013: 7.

54 Der Standard vom 27.10.2008.

Diese Gruppe knüpft an ein 2008 verabschiedetes französisches Gesetz an, das die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern durch die Türkei Anfang des 20. Jahrhunderts – ein auch von außenpolitischen Erwägungen diktiertes Gesetz – unter Strafe stellt. Im Gegensatz zu diesem deutlich politisch motivierten französischen Gesetz befindet sich das österreichische Wiederbetätigungsverbot – und das damit verbundene Verbot der Leugnung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen – in einem gänzlich anderen historischen und politischen Kontext. Das österreichische Verbotsgesetz behindert in keiner Weise seriöse historische Forschung oder die Freiheit der Wissenschaft. Der Behauptung, das Verbotsgesetz verstoße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, hielt der Verfassungsgerichtshof bereits 1985 entgegen, dass die Menschenrechtskonvention nicht „dahin gehend ausgelegt werden“ dürfe, „dass sie für den Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der darin festgelegten Rechte und Freiheiten [...] hinzielt“.⁵⁵ Eben diese Absicht jedoch verfolgen nationalsozialistische Wiederbetätigung ebenso wie die Leugnung des Holocaust, die ja letztlich darauf abzielt, die NS-Ideologie vom schwersten in ihrem Sinne begangenen Verbrechen freizusprechen und auf diese Weise wieder akzeptabel zu machen. Damit wird aber aus Meinung politische Absicht.

Gegen die Abschaffung des Verbotsgesetzes kann eine Reihe auch juristischer Argumente herangezogen werden, mit denen der Nachweis geführt werden kann, dass das Verbotsgesetz keineswegs gegen in der Verfassung verankerte Grundrechte verstößt. Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung finden sich in der Rechtsordnung durchaus auch in anderen Zusammenhängen: Beleidigung von Einzelnen oder Hetze gegen ethnische oder religiöse Minderheiten, um nur zwei Beispiele zu nennen, werden von der österreichischen Rechtsordnung ebenfalls unterbunden.⁵⁶

55 VfGH G175/84, 29.11.1985.

56 Der Rechtsanwalt Alfred J. Noll zählt hier eine ganze Liste gesetzlicher Regelungen auf: ders., „Die Abschaffer.“ In: Die Presse, Spectrum vom 17.12.2005.

Dem vordergründig von Liberalismus geprägten Diskurs ist – neben juristischen und politischen Argumenten – grundsätzlich der Aspekt der Verteidigung des Andenkens und der Ehre der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen⁵⁷ sowie die Notwendigkeit der Abwehr eines in ständig neuem Gewand auftretenden Antisemitismus entgegenzuhalten. „Das Verbot der Auschwitzlüge“, schreibt der Historiker und Schriftsteller Doron Rabinovici, „zielt gegen die globalen Hassprediger unserer Zeit, denn die Mär von der sogenannten Auschwitzlüge ist längst zur Ritualmordlegende der Gegenwart geworden. Die vorsätzliche Leugnung der Verbrechen ist nicht eine Meinung, sondern eine Hassparole. Sie geht von der jüdischen Weltverschwörung aus. Sie ist ein Identitätssymbol wie das Hakenkreuz oder der Hitlergruß. Alle Überlebenden, alle Juden werden zu Betrügern gestempelt. Der Massenmord wird wider besseres Wissen abgestritten, um Lust auf den nächsten zu machen.“⁵⁸

4. Schlussbemerkung

Das aus dem historischen Kontext der Entnazifizierung entstandene österreichische Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung erwies sich insbesondere in den letzten zwanzig Jahren als ein wirksames Instrument zur Unterbindung neonazistischer Propaganda und Publizistik sowie zur gerichtlichen Ahndung neonazistischer Aktivitäten von Gruppen und Einzelpersonen. Die verstärkte Anwendung des Gesetzes in den letzten Jahren zog darüber hinaus ein gestiegenes Unrechtsbewusstsein gegenüber der Wiederbetätigung in der Öffentlichkeit nach sich. Sowohl von rechtsextremer als auch liberaler Seite wird das Gesetz – wenn auch aus entgegengesetzter Motivation – kritisiert. Während Liberale ihm eine (aus ihrer Sicht) unnötige Beschränkung der Meinungsfreiheit anlasten, die in einer offenen demokratischen Gesellschaft ganz allgemein obsolet sei, sehen Rechtsextreme und Neonazis im Verbotsgesetz ganz konkret

57 So auch Noll, „Cui bono?“ In: Die Presse vom 3.1.2006.

58 Doron Rabinovici, „Martyrer schauen anders aus.“ In: Die Presse vom 25.2.2006.

eine ihre ureigensten Interessen tangierende Beschränkung ihrer publizistischen und propagandistischen Möglichkeiten. Es ist eben diese Kritik von rechtsextremer Seite, die die Notwendigkeit eines Wiederbetätigungsverbots, das auch ein Verbot der Leugnung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen umfasst, unterstreicht.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- 387 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode.
- Abzeichengesetz 1960, Bundesgesetzblatt 1960 Nr. 84, geändert mit Bundesgesetzblatt 1980 Nr. 117, sowie Bundesgesetzblatt I 2012 Nr. 50, Nr. 113.
- Bailer-Galanda, Brigitte (2004): Hoch klingt das Lied vom „kleinen Nazi“: Die politischen Parteien Österreichs und die ehemaligen Nationalsozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstags von Wolfgang Neugebauer. Wien, S. 120–135.
- Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1993): Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, legale/illegale Gruppen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien.
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (2012): Verfassungsschutzbericht, S. 17.
- Bundesgesetzblatt 1955 Nr. 152
- Bundesgesetzblatt 1974 Nr. 60 in der Fassung Bundesgesetzblatt I Nr. 103/2011.
- Bundesgesetzblatt 1975 Nr. 404.
- Bundesgesetzblatt 1992 Nr. 148.
- Bundesgesetzblatt I 2008 Nr. 87.
- Bundesministerium für Inneres (1981): Gesetzliche Bestimmungen und behördliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Überarbeitete und ergänzte 5. Auflage, Wien, S. 364–387.
- Der Standard vom 12.1.2013.
- Die Presse vom 6.5.1992.
- Dokumentationsarchiv (Hrsg.) (2979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien.

- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Israelitische Kultusgemeinde Wien, Gesellschaft für politische Aufklärung (Hrsg.) (1991): Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung. Protokoll der gleichnamigen Tagung am 15. Mai 1990 in Wien.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.) (1989): Das Lachout-Dokument. Anatomie einer Fälschung. Wien.
- Fischer, Heinz: Taras Borodajkewycz (1966): Einer im Vordergrund. Eine Dokumentation. Wien.
- Gallhuber, Heinrich (1993): Rechtsextremismus und Strafrecht. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien, S. 583.
- Garscha, Winfried R. (2000): Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Tálos, Emmerich et al. (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien, S. 852–883, hier: 858f.
- Gesellschaft für politische Aufklärung (1991): Wissen macht Halt haltlos“. Innsbruck o. J.; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hrsg.): Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und „revisionistische“ Geschichtsschreibung. Wien.
- Junge Generation in der SPÖ Wien (Hrsg.) (1981): Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP. Wien.
- Halbmayer, Brigitte (2012): Zeitlebens konsequent. Hermann Langbein. Eine politische Biographie. Wien.
- Holzer, Willibald I. (1979): Rechtsextremismus – Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien, S. 11–97; ders.: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1981: 11–96.
- Kasimir, Gerard (1995): Die Borodajkewycz-Affäre 1965: spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. In: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert (Hrsg.): Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim. Thaur.

- Kurier vom 10.12.1991; Lasek, Wilhelm (1995): „Revisionistische“ Autoren und ihre Publikationen. In: Bailer-Galanda, Brigitte; Benz, Wolfgang; Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Wahrheit und Auschwitzlüge. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda. Wien.
- Mesner, Maria (Hrsg.) (2005): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und kaltem Krieg: am Beispiel SPÖ. Wien, München.
- Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter (2004): Der Wille zum aufrechten Gang: Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten. Wien.
- Neugebauer, Wolfgang (1981): Organisationen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Überarbeitete und ergänzte 5. Auflage, Wien.
- Polaschek, Martin F. (1998): Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945–1955. Graz.
- Reiter-Zatloukal, Ilse; Rothländer, Christiane; Schölnberger Pia (Hrsg.) (2012): Österreich 1933–1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Wien, Köln, Weimar.
- Staatsgesetzblatt 1945, Nr. 13.
- Stengel, Katharina; Hermann Langbein (2012): Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit. Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 21, Frankfurt/M.
- Tálos, Emmerich (2005): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. In: ders., Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Wien, S. 394–420.
- Verfassungsgerichtshof, G175/84, 29.11.1985: 17.
- Verfassungsschutzbericht 2012.
- Wiener Zeitung vom 12.1.2013.

TUNNEL LICHT BLICKE

Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger
des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Berlin



Broschüre zum XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“

Die arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit gegen Rechtsextremismus am Beispiel des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“

Petra Boumaiza

Das XENOS – Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ hat Konzepte und Ideen zum Ausstieg aus der rechten Szene mit dem Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung oder Arbeit verknüpft. Damit war es das erste Programm, das eine arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit in dieser Form in der Bundesrepublik Deutschland fördert. Unterstützt wurden damit Jugendliche und junge Erwachsene, die aus der rechten Szene aussteigen und in den Arbeitsmarkt integriert werden wollten. Als Sonderprogramm des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ und Teil des „Nationalen Aktionsplans Integration“ der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz richtete sich das Sonderprogramm an Initiativen und Vereine, die vor Ort rechtsextremen Tendenzen entgegenwirken und mit ausstiegswilligen Jugendlichen zusammenarbeiten. Im Fokus stand dabei der arbeitsmarktliche Aspekt der Ausstiegsberatung. Der Artikel soll einen Überblick über die verschiedenen Ansätze der Projekte und ihrer Arbeit geben. Gleichzeitig soll versucht werden, aus den Erfahrungen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit im Bereich Ausstieg aus dem Rechtsextremismus abzuleiten.

Bislang gibt es nur sehr wenige Erfahrungswerte über erfolgreiche methodische Ansätze zur Unterstützung des Ausstiegs aus der rechtsextremen Szene.¹ Viele Studien zeigen allerdings, dass Schule, Ausbildung und Beruf eine wichtige Rolle beim Ausstieg aus der rechten Szene spielen. Wie

1 Vgl. u. a. Schelleter, S.: Staatlich organisierte Aussteigerprogramme für rechtsextremistisch orientierte Jugendliche und junge Erwachsene. Ein bundesdeutscher Ländervergleich. Diplomarbeit, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, 2007, oder Rieker, P.: Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Juventa Verlag: Weinheim und München 2009.

Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Ausstiegsarbeit und Arbeitsmarktintegration miteinander verzahnt werden können und wie andererseits Präventionsmaßnahmen bei der Arbeit mit Menschen, die Probleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, verbunden werden können, musste im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms erst erarbeitet werden. Auf wissenschaftliche oder praktische Erfahrungswerte konnte dabei kaum zurückgegriffen werden.

Die Intention, ein Sonderprogramm im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus und dem Einstieg in den Arbeitsmarkt zu starten ergab sich 2008 nach der Ausschreibung im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“. Viele Bewerbungen von Projekten, die sich gezielt dem Thema Rechtsextremismus widmeten, konnten nicht berücksichtigt werden. Man entschied sich daher kurzfristig zur Ausschreibung eines Sonderprogramms zur Hilfe und arbeitsmarktlichen Begleitung beim Ausstieg aus dem Rechtsextremismus.

Das Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ als Teil des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ startete 2009 mit einer Informationsveranstaltung zur Antragstellung mit 29 teilnehmenden Trägern. Zur Teilnahme berechtigt war, wer Erfahrungen im Bereich Rechtsextremismusbekämpfung bzw. Ausstiegsarbeit einerseits und Erfahrung im Bereich arbeitsmarktlicher Qualifizierung und Weiterbildung andererseits vorweisen konnte. Zudem wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung als Partner zur fachlichen Begleitung und Unterstützung des Vernetzungsprozesses gewonnen.²

Zur Unterstützung des lokalen und regionalen Engagements gegen Rechtsextremismus mit dem Schwerpunkt des arbeitsmarktlichen Aspektes wurden rund sieben Millionen Euro bereitgestellt. Fünf Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und zwei Millionen Euro Haushaltsmittel des BMAS. In dem Zeitraum 2009 bis 2012 wurden 15 Projekte

2 Die Informationen basieren auf einem Interview mit den Verantwortlichen für das XENOS-Projekt im BMAS am 23. Januar 2013.

gefördert. Aus der zum Start bereitgestellten Fördersumme sind 2013 rund neun Millionen Euro geworden. Sechs Millionen Euro aus dem ESF und 2,7 Millionen Euro aus Mitteln des BMAS. Nach einer Laufzeit von drei Jahren wurde 2012 allen Initiativen die Möglichkeit gegeben, ein viertes Jahr zur nachhaltigen Verankerung der Ergebnisse zu beantragen. Davon haben 13 Initiativen Gebrauch gemacht. Im Jahre 2010 konnte kurzfristig noch eine Evaluation für das XENOS – Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ genutzt werden. Dem von der Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung (GIB) mbH 2011 vorgelegten Zwischenbericht ist zu entnehmen, dass die geförderten Projekte sich auf neun verschiedene Bundesländer in Deutschland verteilen, ostdeutsche Bundesländer sind dabei stärker im Programm vertreten (mit neun Projekten) als westdeutsche. Diese Verteilung deutet auch auf die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Umfeld der Projekte hin. So gibt es Projekte in Gebieten, in denen Rechtsextreme sehr präsent sind und die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, bis hin zu Gegenden, in denen es eine entspanntere Arbeits- und Ausbildungssituation gibt.

Durch das Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ wurde es möglich, dass verschiedene Projektträger mit unterschiedlichen Ansätzen experimentieren und so neue Ansätze erarbeiten und Erfahrungen gewinnen konnten, wie ein Ausstieg aus einem rechten Umfeld mit Aktivitäten der beruflichen Integration verbunden werden kann. Neben der begleitenden Evaluation sollten so Erkenntnisse gesichert werden, welche Aktivitäten sich für einen Ausstieg aus einem rechten Umfeld einerseits und der arbeitsmarktlichen Integration andererseits eignen. Mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die ebenfalls zu den geförderten Projekten im Sonderprogramm gehört, sollte aber auch die Vernetzung der Projekte untereinander mit fachlicher Unterstützung gestärkt werden.

Die Bandbreite der an diesem Programm beteiligten Projekte ist groß. Geografisch in ganz Deutschland verteilt, sind relativ neue Projekte genauso dabei wie bereits etablierte Träger.

Das Spektrum der Projekte, die durch das XENOS-Sonderporgramm „Ausstieg zum Einstieg“ gefördert werden, reicht von der präventiven über die

sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit bis zur klassischen Ausstiegsarbeit. Exemplarisch soll hier jeweils ein Projekt aus den drei Feldern der Ausstiegsarbeit vorgestellt werden, um deren Arbeitsweise zu verdeutlichen.

Rechtsradikale Einstellungen in Unternehmen

Ein Angestellter entdeckte seinen Kollegen beim Surfen im Internet. Dort las er, dass dieser bei der letzten Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen auf der Liste der NPD kandidiert hatte. Am nächsten Tag sprach er ihn an: „Da ist einer, der heißt genau so wie du. Bist du das?“ Der Kollege war es. Für Reinhard Koch von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig (ARUG) in Wolfsburg ein typischer Fall.³ Die ARUG setzt bei ihrer Arbeit direkt in den Betrieben an. Der Betrieb aus dem Beispiel fragte kurz darauf bei der Arbeitsstelle an. Reinhard Koch recherchierte, sprach mit Kollegen in Nordrhein-Westfalen, bis es keine Zweifel mehr gab. Der Mitarbeiter wurde mit dem Vorwurf konfrontiert. Im Gespräch packte er aus: Er war in einem Freundeskreis, dort legte man ihm einen Zettel vor. Er solle unterschreiben, damit die NPD bei der Wahl antreten könne. Damit unterschrieb er aber auch für seine Kandidatur. „Die haben den über den Tisch gezogen“, so Koch.

Der junge Mann nutze die räumliche Trennung durch einen neuen Arbeitsplatz für einen Neuanfang in Niedersachsen. Er fragte bei der ARUG gezielt Unterstützung beim Aufbau eines neuen Freundeskreises an. „Die Interessensvertreter im Betrieb haben Kontakte zu Kollegen vermittelt.“ So kam der Kollege über den Betrieb in ein soziales Netzwerk. Ein gelungenes Beispiel. Doch nicht immer läuft es so reibungslos.

Es gibt auch die Fälle, in denen jemand vollmundig ankündigt, er komme zur Beratung. Dann aber lässt er die Termine platzen. „Einige versuchen, ihre Rolle zu relativieren“, so Koch. Andere haben die Vorstellung, es reiche, wenn sie an ihrem Außenbild arbeiten. Ein paar Facebook-Freunde

3 Die Schilderungen basieren auf einem Interview vom 9. November 2012 mit Reinhard Koch von der ARUG in Wolfsburg.

und Gruppen zu löschen reicht aber nicht. „Wir haben eine ganz andere Messlatte hingelegt. Wir wollen nicht die Fassade neu tünchen, sondern wissen, was sich hinter den Wänden abspielt“, betont Reinhard Koch.

Wenn bei ihm das Telefon klingelt, dann sind es häufig Betriebsräte oder Vertrauensleute aus den Unternehmen in Niedersachsen. Diese werden von Kollegen angesprochen: Wusstest du eigentlich, dass der Kollege in der rechtsextremen Szene unterwegs ist? „Es ist selten, dass jemand bei Aktivitäten im Betrieb erwischt wird“, so Koch. Es seien eher soziale Netzwerke, in denen die Personen auffallen, oder sie werden bei Veranstaltungen von Rechtsextremen gesehen. Den Ablauf, der dann folgt, haben Koch und seine Kollegen der ARUG entwickelt.

Nach der Anfrage wird zunächst geprüft, ob die Person, um die es geht, bereits als rechtsextrem aktiv bekannt ist. „Wenn er uns bekannt ist, erstellen wir aus den Materialien ein Dossier und geben eine Einschätzung zu der Szene und zu seinem Status ab“, so Koch. Dafür habe man die Infrastruktur eines Lagebildes für Niedersachsen. In der Software der ARUG werden alle Aktivitäten und Akteure erfasst. So lassen sich mit wenigen Klicks alle Informationen abrufen und fundierte Einschätzungen ableiten.

Als zweiter Schritt wird der Betroffene durch den Betrieb angesprochen. „Wir haben in den Betrieben konkrete Ansprechpartner“, so Koch. Diese seien entsprechend geschult, die Lehrgänge hat die ARUG geplant und durchgeführt und hat dabei auch mit den Unternehmen entsprechende Leitbilder erarbeitet.

In dem Gespräch positioniert sich das Unternehmen und konfrontiert den Mitarbeiter mit den Vorwürfen. Der Mitarbeiter wird aufgefordert, sich zu überlegen, wie er die Lücke zwischen seiner politischen Einstellung und den Grundwerten des Betriebes schließen will. Bei einem zweiten Gespräch gibt es dann zwei Varianten. Wenn der Mitarbeiter sich nicht ändern will, folgt direkt eine arbeitsrechtliche Prüfung. Ist der betroffene Mitarbeiter kooperativ, weiß aber nicht genau, was er tun kann, kommt der eigentliche Beratungsprozess in Gang. „Die Person bekommt dann unsere Visitenkarte.“ Dann beginne ein klassischer Ausstiegsprozess, so Reinhard Koch.

Ausstieg aus dem Rechtsextremismus

Zu dieser Form der Ausstiegsarbeit, bei der eine Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie eine zentrale Rolle spielt, haben die am XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ beteiligten Projekte eine Definition erarbeitet. Darin wird die Ausstiegsarbeit folgendermaßen beschrieben:

„Die Unterstützung von Ausstiegswilligen bei der Herauslösung aus der rechtsextremen Szene und beim Aufbau eines Lebens jenseits von Ideologie, Gewalt und rechtem Aktionismus hat positive Folgen für die Zukunft der einzelnen Person. Auch die Gesellschaft profitiert auf verschiedenen Ebenen von Aussteiger/innen. Der Ausstieg von einzelnen Rechtsextremen kann zur Destabilisierung der rechten Szene beitragen und ist somit für die strategische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Grundverfasstheit einer demokratischen Gesellschaft entscheidend. Jeder einzelne Ausstieg ist daher ein Erfolg in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene. Arbeit gegen Rechtsextremismus kann jedoch nur erfolgreich gelingen, wenn sie langfristig angelegt ist. Das gilt besonders für die Ausstiegsarbeit. Um Aussteiger/innen nachhaltig aus ihrem Umfeld herauszulösen, bedarf es langfristiger professioneller Begleitung. Kein/e Rechtsextremist/in steigt von heute auf morgen aus der Szene aus. Einem Ausstieg geht immer eine lange Auseinandersetzung mit Zweifeln an Ideologie und Idealen voraus. Auch der Prozess des Ausstiegs selbst kann Jahre dauern. Grundsätzlich markiert der Ausstieg aus der rechtsextremen Szene einen Wendepunkt im Leben derjenigen, die sich dazu entschließen. Er ist oft verbunden mit dem Wunsch nach persönlicher Sicherheit, Bildung und Arbeit, gesellschaftlicher Einbindung sowie der Suche nach einem neuen Weltbild, nach Sinn und Orientierung. Ausstieg bedeutet dabei die kritische Reflexion und Aufarbeitung sowie das erfolgreiche Infragestellen und Überwinden der bisherigen handlungs- und richtungsweisenden Ideologie. Dafür ist es unabdingbar, bisherige Bezugsgruppen, Parteien und große Teile des sozialen Umfelds zu verlassen – ein Prozess, der den Betroffenen die Mobilisierung all ihrer Ressourcen abverlangt und sie schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt, wenn kompetente Ansprechpartner/innen

und konstante Bezugspunkte fehlen. Um dem entgegenzuwirken und die soziale und berufliche Integration der Aussteiger/innen zu fördern, ist eine professionelle Ausstiegsarbeit notwendig, die nur auf einer langfristigen finanziell stabilen Grundlage geschehen kann.

Die im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ geförderten Ausstiegsprojekte konnten durch die Förderung ihre jeweiligen Arbeitsansätze auf- bzw. ausbauen. Die Projekte widmen sich den unterschiedlichen und oft sehr komplexen lebensweltlichen, sicherheitsrelevanten und ausstiegsbedingten Problemlagen und vermitteln individuelle Alternativentwürfe. Die Ausstiegsbegleitung ist in diesem Sinn nicht „klassisch“ präventiv, sondern eine Intervention mit einem schwerpunktabhängigen, generalpräventiven Ansatz hinsichtlich der Straffälligkeits- und Devianzvermeidung und des Gewaltverzichts. Die Gewichtung von präventivem und intervenierendem Ansatz ist bei den Projekten unterschiedlich. Auch die methodischen und konzeptionellen Arbeitsansätze der einzelnen Projekte weisen eine große Heterogenität auf. In den nachfolgenden Abschnitten werden die unterschiedlichen Ansätze der Ausstiegsarbeit beispielhaft dargestellt.“⁴

Präventionsarbeit

Die Präventionsarbeit wird von den Projektträgern folgendermaßen definiert:

„Präventionsarbeit bedeutet, vorausschauend die Entstehung gesellschaftlicher Probleme zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, noch bevor sie auftreten. Rechtsextremismus keimt in jeder sozialen Schicht. Die Gründe dafür sind vielfältig: Mangelndes demokratisches Bewusstsein, soziale Isolation, Bildungsferne, Perspektivlosigkeit, aber auch verinnerlichter Sozial-Darwinismus, Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die

4 Definition zur Ausstiegsarbeit nach: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 66.

vermeintlich verlockende Erlebniswelt der Rechtsextremen, die angebliche Zuneigung sowie das angebotene Geborgenheitsgefühl in der rechten Gruppe sind Faktoren, die die rechtsextreme Szene attraktiv erscheinen lassen.

Die Inhalte und Ziele der präventiven Arbeit entstehen auf der Grundlage von wissenschaftlichen Beobachtungen und Erkenntnissen Präventionsarbeit wird aber vor allem auch von der Erfahrung und dem Taktgefühl der Agierenden getragen. Die Auseinandersetzung mit den spezifischen sozio-ökonomischen Gegebenheiten in den jeweiligen Regionen, Städten, Bezirken oder Wohnquartieren ist unabdingbar. Präventionsmaßnahmen müssen ‚maßgeschneidert‘ sein. Sie entstehen in der Gegenwart und streben Veränderungen für die Zukunft an.“⁵

Den präventiven Ansatz verdeutlicht ein Beispiel des Vereins „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.“ und des „Kreisdiakonischen Werks Greifswald – Ostvorpommern“.

Der 20-jährige Martin (Name geändert) hat in seiner Familie viele Bindungsverluste erleiden müssen. Seine wichtigste Bezugsperson war die Großmutter. Diese lebte bis zu ihrem Tod in einem baufälligen Haus, das sie ihrem Enkel vererbte. Martin fühlt sich von seinen Eltern vernachlässigt – eine biografische Reflexion, die er mit vielen anderen rechtsaffinen Jugendlichen teilt. Martin hat einen Hauptschulabschluss. Seine Ausbildung zum Zimmermann bricht er ab – unter anderem wegen Lernmisserfolgen, fehlendem familiären Rückhalt, Unpünktlichkeit und Drogenmissbrauch. Er hat eine Rechtschreibschwäche und Probleme, sich auszudrücken. Diese basieren nach Einschätzung der Projektmitarbeiter auf einer fehlenden Begleitung und Förderung im Kindes- und Jugendalter. Martin fühlt sich von seinem Ausbildungsbetrieb zeitlich zu stark gefordert. Hier liegen seiner Ansicht nach die Ursachen für sein Scheitern, da er prüfungsvorbereitende Unterrichtsstunden und Qualifikatio-

5 Definition zur Präventionsarbeit nach: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 17.

nen versäumte und deshalb von der Teilnahme an der Abschlussprüfung ausgeschlossen wurde – der Moment, in dem sich für Martin die bildlich gesprochene „Hartz- IV-Drehtür“ öffnet. Der Dokumentation der Sozialagentur ist zu entnehmen, dass zum Ausbildungsabbruch eher mangelhafte Leistungen im schulischen Bereich und der unternehmerische Konkurs führten. Zunächst versucht die Sozialagentur, Martin beim Ausbildungsabschluss zu unterstützen und ihn an alternative Ausbildungsunternehmen zu vermitteln – erfolglos.

Martin hat zu wenig Kenntnis vom Bildungssystem, um sich selbst zu helfen. Aufgrund fehlender persönlicher Voraussetzungen ist er nicht in der Lage, eigenständig einen weiterführenden Weg einzuschlagen. Viele Nächte verbringt er im Suff oder zugehörnt. Die SGB II-Bezüge sind zu gering, um das geerbte, sanierungsbedürftige Haus der Großmutter instand zu setzen. Freunde nehmen Martin mit zu Demonstrationen der NPD. Mit seinen Bekannten diskutiert er mögliche Gründe und Ursachen seiner Misserfolge. Nicht nur die Eltern, auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Arbeitsagentur und Unternehmen täten nicht genug für die Jugend, heißt es in der Diskussion.

Martins Fallmanager unterbreitet ihm das Angebot, sechs Monate an dem Projekt „Szenewechsel“ teilzunehmen. Im besten Fall könne Martin im Anschluss an das Projekt einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Sein Bemühen im Projekt will der Fallmanager honorieren. Er bietet Martin eine zusätzliche Einnahme an, indem er ihn als Ein-Euro-Jobber einstuft. Wöchentlich würden Martin so bis zu 30 Euro mehr zur Verfügung stehen. Martin stimmt einer Teilnahme zu, nachdem er die Projektmitarbeiter kennen gelernt hat. Er ist zurückhaltend und findet nur schwer Anschluss in der Gruppe. Zur Teamarbeit ist er kaum in der Lage. Die Projektmitarbeiter erkennen aber schnell sein handwerkliches Geschick. Martin schafft es jedoch in den ersten Monaten nicht, über einen längeren Zeitraum an einer Tätigkeit dran zu bleiben. Unentschuldigtes Fehlen gehört zum Alltag. Nachdem er während der Arbeitszeit auf einer öffentlichen Veranstaltung Drogen konsumiert, drohen ihm die Projektmitarbeiter mit einem Ausschluss aus dem Projekt. Ein wachrüttelnder Moment – Martin beginnt, an sich zu arbeiten.

In den letzten zwei Monaten seiner Projektteilnahme verbessert sich seine Pünktlichkeit, seine aktive Kommunikation mit den Mitarbeitern und Teilnehmern steigert sich. Martin nimmt ein Beratungsgespräch bei einem Suchttherapeuten wahr und erstellt aktuelle Bewerbungsunterlagen. Er beginnt, erreichbare Lebensziele für sich zu formulieren. Während eines Praktikums wird deutlich, dass Martins Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gegenwärtig nur für einfache Helfertätigkeiten im handwerklichen Gewerbe ausreicht. Mit den Fallmanagern der Arbeitsagentur wird vereinbart, dass ihm überwiegend seinen Leistungen entsprechende Jobangebote unterbreitet werden. Eine Berufsausbildung wird vorerst nicht angestrebt.

Martins Einstellung hinsichtlich rechtsextremer Ideologien wandelt sich. Er zieht sich von den „Kameraden“ zurück und widmet sich in seiner Freizeit der Sanierung seines Hauses. Bei fachlichen Fragen wendet er sich auch nach Ende des Projekts immer wieder an die Projektmitarbeiter, insbesondere wenn es um Schriftverkehr mit Ämtern geht. Diese Begleitung über die sechsmonatige Projektteilnahme hinaus ist von Beginn an geplant gewesen. Als Martin einen Rückfall in alte Handlungsmuster befürchtet, bittet er um eine erneute Aufnahme ins Projekt. Seine Tätigkeit wird dieses Mal nicht zusätzlich vom Fallmanager honoriert, trotzdem kommt Martin zu allen Terminen. Gegenwärtig ist er in einem Handwerksbetrieb in der Region als Hilfskraft tätig. Den Kontakt zu den Projektmitarbeitern pflegt er weiterhin. Dieses Beispiel schildert einen gewissermaßen bilderbuchmäßigen Verlauf. In 20 % der Fälle, so die verantwortlichen Projektmitarbeiter, verläuft es so, rund 10% der Teilnehmer brechen vorzeitig ab. Die restlichen zwei Drittel zeigten zwar eine Veränderung im Projektverlauf und diskutierten demokratische Grundwerte sowie persönliche Möglichkeiten; die nachhaltige Wirkung blieb jedoch offen.⁶ Welche Erfahrungen sie darüber hinaus gemacht haben und welche Anforderungen sich für die dauerhafte Etablierung eines solchen Projekts ergeben, soll an einem weiteren Beispiel aus der sozialraumorientierten Ausstiegsarbeit erläutert werden.

6 Dieses Beispiel stammt aus der Broschüre: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 17ff.

Sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit

Neben der klassischen und präventiven Ausstiegsarbeit gibt es auch die sozialraumorientierte Arbeit gegen Rechtsextremismus. Bei derartigen Projekten wird versucht, Beratung in Wohngebieten anzubieten und so rechts-extreme Jugendliche und ihr Umfeld zu erreichen. In der Wissenschaft wird die sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit folgendermaßen definiert:

„Sozialraumorientierung hebt die klassische Abgrenzung von Fallarbeit, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit auf und integriert die Arbeitsformen der Sozialen Arbeit zu einem mehrschichtigen Ansatz. Die Frage ‚Was ist der Fall?‘ wird so neu beantwortet: Die dominante Beschränkung auf das Individuelle wird aufgegeben und die Relation von Menschen im Sozialen Raum an die Stelle des klassischen Falls gesetzt. Der ‚Fall‘ ist dann der kommunalpolitische Verteilungsdiskurs, die Funktionalität des Hilfesystems, die Potenziale von Stadtteilen, die Ressourcen von Netzwerken und auch, aber eben nicht mehr nur eine Lebensgeschichte. Das ist der Kern.“⁷

Die teilnehmenden Projekte im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ fügen dem hinzu: „Im Zusammenhang mit Rechtsextremismus versucht man bei der sozialraumorientierten Arbeit oft die Fragen zu beantworten, warum Jugendliche Schutz bei rechtsextremen Gruppen in ihren Wohnvierteln suchen und warum sie bestimmte Wohnquartiere nicht aufsuchen wollen. Letzteres ist vor allem zu beobachten, wenn Jugendliche eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung anfangen.“⁸

Exemplarisch sei an dieser Stelle die vom Projekt „JUMP!“ geleistete sozialraumorientierte Arbeit in den ländlich geprägten Regionen von Mecklenburg-Vorpommern genannt. In dem Beispiel geht es um den 24 Jahre alten Mark (Namen geändert) aus einer Demminer Berufsbildungsstätte (Orte geändert). Er wird seit zwei Jahren von der Ausstiegsbegleitung betreut.

7 Früchtel, Cypian, Budd: Sozialer Raum und Soziale Arbeit – Textbook. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2010.

8 Definition zur Präventionsarbeit in: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 43.

Ein Kooperationspartner wies die Mitarbeiter auf den auffälligen Jugendlichen hin. Ein Mitarbeiter besuchte daraufhin die Werkstatt und überzeugte den damals 22-jährigen von einem ausführlicheren Gespräch. Bei dem Gespräch ging es vor allem um Marks laufende Ausbildung als Teilezurichter und um seine Familie. Rechtsradikale Themen wurden mit Mark, der in einem T-Shirt mit Hitler-Aufdruck erschien, nicht besprochen. Das dritte Treffen fand in der 56-Quadratmeter-Wohnung der Mutter statt. Im Flur präsentierte Mark stolz seine schwarzen Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln und ein Feuerzeug, auf dem der Reichsadler über einem Hakenkreuz thront. Sein Zimmer war sehr klein, überall lagen Kleidung und CDs herum, außerdem eine Reichskriegsflagge. Mark war offensichtlich süchtig nach seinem Computer, nach Tabak und in Ansätzen auch nach Alkohol. In einem langen Gespräch erzählte Mark dem JUMP!-Mitarbeiter, dass er praktisch ohne eine dauerhaft anwesende Vaterfigur aufgewachsen sei. Sein leiblicher Vater erhängte sich nach dem Versuch, Mark im Alter von drei Jahren mit einem Kissen zu ersticken. Der folgende Stiefvater starb an einer Leberzirrhose, der danach folgende blieb auch nicht lange. Demütigung, Unterordnung, häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch und Schutzlosigkeit gehörten zu Marks Kindheitserfahrungen. Der dritte Stiefvater war trockener Alkoholiker und seit einigen Jahren eine emotionale und lebenspraktische Stütze für Mark. Die gewachsene vertrauensvolle Beziehung zwischen den beiden drückte sich beispielsweise in liebevollen Gesten wie einem Begrüßungskuss und scherzhaften Bemerkungen aus.

Das Verhältnis zur alkoholkranken Mutter war geprägt von Vorhaltungen, Abwertungen, Überforderung und allgemeiner Rat- und Hilflosigkeit. Die Erzählungen der Mutter machten erstmals deutlich, wie intensiv der Kontakt Marks zur örtlichen rechten Szene war. Laut der Mutter kamen oft „Kameraden“ in die Wohnung, die rechte Musik hörten, stundenlang diskutierten und ihre Privatsphäre nicht respektierten. Regelmäßig sei die Polizei wegen Ruhestörung vorbeigekommen.

Mark erzählte beim dritten Treffen stolz von der Bandbreite seiner Aktivitäten bei den Autonomen Nationalisten. Er sei unter anderem an Klebeaktionen sowie an einem NPD-Infostand beteiligt gewesen. NPD-Mitglied sei er jedoch nicht geworden. Er begleitete seine „Kameraden“

zu einem Überfall auf den örtlichen Jugendclub, woraufhin er wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung, Sachbeschädigung und Volksverhetzung vorgeladen wurde. Im Gerichtsverfahren sei er freigesprochen worden, weil seine „Kameraden“ zu seinen Gunsten ausgesagt hätten. In einem späteren Gespräch sagte er hingegen, dass die Anklage fallengelassen worden sei, weil der Kläger ihn nicht als Täter angesehen und die Anzeige zurückgezogen hatte.

Im Juni 2010, nach einer ausführlichen Kennenlernphase, erklärte Mark per Unterschrift seinen ausdrücklichen Ausstiegswillen in Verbindung mit persönlichen Zielsetzungen, die insbesondere seine Wohnsituation und seine berufliche Perspektive betrafen. Nach seinem qualifizierten Hauptschulabschluss absolvierte Mark zehn Monate lang eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Berufsfeld Metall, die er mit Erfolg abschloss. Die überbetriebliche Ausbildung zum Teilezurichter in der Bildungsstätte Demmin, die er bereits vor Beginn der Ausstiegsbegleitung angefangen hatte, setzte er fort.

Als die Abschlussprüfung vor der Industrie- und Handelskammer anstand, suchte sich Mark mit Hilfe des Case Managers eine eigene Wohnung. Der Lebensgefährte von Marks Mutter half beim Umzug, und Marks Großmutter unterstützte ihn finanziell. Diesen Schritt in die Eigenständigkeit verband Mark mit einer selbstinitiierten Distanzierung von den „Kameraden“, um sich möglichst ohne Ablenkung auf die Prüfung vorbereiten zu können. Er bestand mit einer befriedigenden Gesamtnote, seine Stärken lagen im computergestützten und praktischen Teil.

Für den weiteren Vertrauensaufbau nutze der JUMP!-Mitarbeiter seine Trainertätigkeit im Bogensport und bekam so neben dem persönlichen auch einen sportpädagogischen Zugang zu Mark. Mark nahm das Angebot dankbar an und entwickelte sich zu einem passablen Bogner. Bei einem Besuch in einem Slawendorf-Freilichtmuseum thematisierte der Mitarbeiter den von Rechtsextremen gern betonten angeblichen Ursprung des „einzig wahren deutschen Volkes“ im Heiden- und Germanentum. Eine gemeinsame Tour nach Berlin, die auf multikulturelle Erfahrungen abzielte, festigte die Beziehung zwischen Mark und seinem Betreuer.

Auch auf der beruflichen Ebene ging es voran. Durch Kontakte seines Betreuers wurde Mark in die Datenbank der örtlichen Zeitarbeitsfirma aufgenommen. Die Zeit bis zum ersten Arbeitseinsatz überbrückte Mark mit einem Praktikum bei einem Unternehmen für Entkernungsarbeiten, das ebenfalls der Betreuer vermittelte. Diese körperlich sehr fordernde Arbeit hielt Mark einige Wochen diszipliniert durch, bevor er zu einer Demminer Firma für Bühnenaufbau wechselte. Für die Zeitarbeitsfirma arbeitete Mark schließlich drei Monate in Österreich und Italien als Monteur für Solaranlagen, bis er Weihnachten zu seiner Familie zurückkehrte und den Job abbrach. Ein angebotener Callcenter-Job kam nicht in Frage. Marks Betreuer vermittelte ihn in eine stationäre Maßnahme für Jugendliche mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen in Neukloster. Mit dem Ortswechsel ließ Mark seine „Kameraden“, die Autonomen Nationalisten, hinter sich. Die Kontakte waren ohnehin immer sporadischer geworden. In und um Neukloster machte Mark ein Jahr lang zahlreiche Praktika, unter anderem auf einer Werft und in der Metallverarbeitung.

In zahlreichen Gesprächen sprachen der Betreuer und der Case Manager mit Mark über seine rechtsextreme Vergangenheit und die rechte Ideologie. Bestimmte gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen waren durch seinen neuen Mitbewohner Nick in Neukloster wieder angeregt und gestützt worden. Der Case Manager konnte schließlich bei Mark und seinem neu gewonnenen „ideologischen Mentor“ Nick Einstellungsmuster abklopfen und diese teils erneut oder erstmalig irritieren. In einem fast schon rituellen Akt entledigte sich Mark eines Großteils seiner rechtsextremen Devotionalien und Kleidungsstücke. Für die abgegebene Kleidung erhielt er neue Kleidungsstücke im Rahmen einer Pauschale. Eine räumliche Trennung wurde am Ende der stationären Maßnahme durch einen Umzug nach Parchim erreicht. Dort hatte Mark einen Termin beim Jobcenter – was die JUMP!-Mitarbeiter nicht wussten – bei dem er eine Eingliederungsvereinbarung unterschrieb, an die er sich nicht hielt. Es folgten Leistungskürzungen, die Mark zu Jahresbeginn 2011 in eine finanzielle Notlage brachten. Die JUMP!-Mitarbeiter begleiteten Mark zu zwei Terminen im Jobcenter und konnten so die Situation etwas entschärfen. Als klar wurde, dass Marks Integration in den Arbeitsmarkt noch dauern würde, wurde ihm seitens des Jobcenters eine Fall-

managerin zugewiesen. Schließlich wurde Mark in eine neue, tagesstrukturierende Maßnahme in Parchim vermittelt, die zwar keine beruflichen, aber private Verbesserungen mit sich brachte.

In seiner neuen Umgebung hat sich Mark mittlerweile eingelebt. Nach zwei Jahren hat er erstmals wieder eine funktionierende szenefremde Freundschaft. Sein neuer Freund Steve gibt ihm den alltäglichen Halt, den die JUMP!-Mitarbeiter unter anderem wegen der großen räumlichen Distanz nicht immer gewährleisten können. Selbst der Kontakt zu einer jungen Frau gelang Mark über die neue Maßnahme. Nach langer Zeit hat Mark wieder nicht nur Online-Bekanntschaften aus diversen Computerspielen, sondern auch reale Freundschaften.

Alle zwei Monate ermitteln die JUMP!-Mitarbeiter Marks Fort- oder Rückschritte auf dem Weg weg von rechtsradikalen Personen, Positionen und Anreizen.⁹

Die beispielhaft ausgewählten Fälle zeigen das Spektrum der verschiedenen Projekte und die unterschiedlichen Methoden. Gemeinsam ist vielen Projekten der ganzheitliche Ansatz. Dies umfasst das Lösen von persönlichen Problemen, die Wohnungs- und Ausbildungssuche, aber auch die Schaffung eines neuen sozialen Umfeldes.

Arbeit stabilisiert, strukturiert und schafft ein solches Umfeld. Dabei bedeutet eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt allerdings nicht automatisch die Loslösung vom rechtsextremen Gedankengut.

Auch regionale Unterschiede spiegeln sich in den Projekten wider. So stellen die Gutachter in ihrem Evaluationsbericht vom Februar 2012 fest:

„Inhaltlich ist zunächst festzuhalten, dass das Sonderprogramm eine beachtliche Breite und Heterogenität an Ansätzen zur Unterstützung des

9 Dieses Beispiel stammt aus der Broschüre: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiagsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 50–53.

Ausstiegs aus der rechten Szene hervorgebracht hat. Im Detail unterscheiden sich die Projektansätze deutlich voneinander „wenngleich natürlich in einigen wichtigen Aspekten der Projektentwicklung auch klare Überschneidungen zwischen den Projekten erkennbar waren.“¹⁰

Die Erfolgsfaktoren

Zu den Faktoren, die über eine erfolgreiche Arbeit entscheiden, zählen die Evaluatoren die Qualifikation der Projektmitarbeiter. „Hier ist es wesentlich, dass Kompetenzen sowohl im Bereich Ausstiegsarbeit/Rechtsextremismus als auch im Bereich Ausbildungs-/Arbeitsmarktintegration vorhanden sind.“¹¹ Gerade zu Beginn des Sonderprogramms war es teilweise schwierig, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mitunter wenig attraktiven Projektregionen zu gewinnen.

„Um Veränderungen und Erfolge bei den Teilnehmer/innen zu ermöglichen, ist eine sehr individuelle Zuwendung unerlässlich. Diese ist zeitaufwändig und langwierig. Das Vertrauen zwischen Projektmitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen muss wachsen – sechs Monate sind dafür eine sehr kurze Zeit. Die emotionale Belastung für die Mitarbeiter/innen wächst mit jeder schicksalhaften Biographie, der sie sich im Rahmen ihrer Tätigkeit annehmen. Das Scheitern der Teilnehmer/innen wirft auch bei den Mitarbeiter/innen immer wieder die Frage auf, ob sie selbst fachlich gescheitert sind.“¹² So beschreiben die Projektmitarbeiter vom Verein „Demokratisches Ostvorpommern“ und vom „Kreisdiakonischen Werk Greifswald – Ostvorpommern“ ihre Erfahrungen, die die Bedeutung von gut ausgebildeten und belastbaren Mitarbeitern unterstreichen.

10 Kurzbericht „Evaluation des ‚XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg‘ im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Hrsg. von der Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin 2012: 6 f. Online abrufbar unter: http://www.esf.de/portal/generator/18084/property=data/2012_03_19_evaluationsbericht_aze.pdf, im folgenden „Kurzbericht Evaluation“

11 „Kurzbericht Evaluation“, S. 7.

12 Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 20.

Dazu nennen die Evaluatoren als weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor die Vernetzung: „Projekträger, die bereits über Netzwerke im Bereich Rechtsextremismusbekämpfung bzw. Arbeitsmarktintegration verfügten und bereits mit Behörden und anderen Akteuren vernetzt waren, konnten bedeutend schneller in die eigentliche Projektarbeit einsteigen als Projektträger, die bisher nicht oder kaum in diesen Bereichen aktiv waren.“¹³ Kooperationen sind häufig an persönliche Kontakte gebunden. Daher gibt es hier eine enge Verbindung zur Qualifikation der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Hinderlich waren in der Praxis strukturelle Barrieren. In einem Fall, bei dem eine junge Mutter aus der Szene aussteigen wollte, was einen Umzug und eventuell sogar eine neue Identität erforderte, sprach das Jugendamt dem Vater, einem Kameradschaftsführer, das Besuchsrecht für sein Kind zu. Deshalb konnte die Frau nicht aussteigen, sondern musste sich langsam distanzieren, was ihr nie ganz gelang.¹⁴ Solche Probleme, die auch häufig dann auftreten, wenn eine Zusammenarbeit über die Grenzen von Bundesländern hinweg nötig ist, tauchen immer wieder auf.

Ein Problemfeld am Anfang war insbesondere, die potenziellen Aussteiger überhaupt zu identifizieren. Hier zeigte sich zudem auch ein weiteres Problem bei der Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen: „Die Direktansprache von potenziellen Aussteigerinnen und Aussteigern durch Mitarbeitende der Projekte war häufig schwer realisierbar und wurde in den entsprechenden Projekten meist zugunsten des Zugangs über Multiplikatoren aufgegeben. Als prinzipiell ungünstig erwies sich die Strategie, über die Zuweisung durch die Jobcenter oder die Agenturen für Arbeit Teilnehmende zu gewinnen, da den Angestellten der Behörden aus unterschiedlichen Gründen eine Identifikation und gezielte Vermittlung von rechtsaffinen bzw. rechtsextremen Personen kaum möglich ist.“¹⁵

13 „Kurzbericht Evaluation“, S. 7.

14 Vgl.: Tunnel Licht Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Bonn 2012: 12f.

15 „Kurzbericht Evaluation“, S. 11.

Die Zukunftsperspektiven

Die am XENOS-Sonderprogramm teilnehmenden Projekte hatten durch die Förderung die Möglichkeit, Ansätze zu erarbeiten, wie ein Ausstieg aus einem rechten Umfeld sinnvoll mit der beruflichen Integration verbunden werden kann.

Eine wesentliche Rolle hat dabei der Vernetzungsprozess gespielt, der von Anfang an Bestandteil der Programmdurchführung war. Durch die regelmäßigen, von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten und professionell durch Kristina Nauditt und Gerd Wermerskirch vom ARGO-Team moderierten Netzwerktreffen lernten sich die Projektverantwortlichen besser kennen. Im Laufe der Zeit konnte ein regelmäßiger konstruktiver Austausch entstehen. Bei allen Projekten mussten in dem einen oder anderen Bereich weitere Kompetenzen ausgebaut werden. Dafür waren die Workshops hilfreich – auch aus Perspektive der Mittelgeber, um diese zur Steuerung zu nutzen.

Als wichtiger Bestandteil der Bemühungen der Bundesregierung zum Abbau rechtsextremistischer Einstellungen und Aktivitäten in Deutschland hat das XENOS-Sonderprogramm wirksame Ergebnisse erzielt. Dies war der Grund, dass den Projekten noch ein weiteres viertes Jahr finanziert werden konnte. Dass Projektförderung bekanntlich keine auf Dauer angelegte sondern in erster Linie eine Anschubfinanzierung ist, galt auch für das Sonderprogramm. Mit der Anschubfinanzierung sollte es gelingen Projektaktivitäten in feste Strukturen zu überführen. Dass es mit dem Sonderprogramm gelungen ist, lokale und regionale Aussteigerinitiativen zu unterstützen, ihre Ergebnisse zu implementieren zeigen die guten Beispiele der Evaluation ebenso wie die Broschüre „TunnelLichtBlicke“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Allen Initiativen sei an dieser Stelle ausdrücklich für ihre engagierte Arbeit gedankt und dass sie ihre professionelle Arbeit auch in Zukunft erfolgreich weiterführen können.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Evaluation des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg“ im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (2012): Hrsg. von der Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin, 6f. Online abrufbar unter: http://www.esf.de/portal/generator/18084/property=data/2012__03__19__evaluationsbericht__aze.pdf.
- Früchtel, Cyprian, Budd (2010): Sozialer Raum und Soziale Arbeit – Textbook. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Rieker, P. (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Juventa Verlag: Weinheim und München.
- Schelleter, S. (2007): Staatlich organisierte Aussteigerprogramme für rechtsextremistisch orientierte Jugendliche und junge Erwachsene. Ein bundesdeutscher Ländervergleich. Diplomarbeit, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg.
- Tunnel Licht Blicke (2012): Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.



Mit Blumen versuchen die Menschen in Oslo, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. Überall in der Stadt werden Blumen niedergelegt, um an die Toten und Verletzten des Attentats vom 22. Juli 2011 zu erinnern.

Rechtsextremismus in Norwegen: Prävention und Intervention

Katrine Fangen | Yngve Carlsson

Der Anteil von Rechtsextremisten an der Gesamtbevölkerung eines Landes ist kein verlässliches Maß für die Wahrscheinlichkeit rechter Gewalt. Obwohl es in Norwegen vergleichsweise wenig rechte Aktivisten gibt, geschah dort am 22. Juli 2011 einer der schlimmsten terroristischen Anschläge der jüngsten Geschichte. Der Attentäter Anders Breivik war zwar kein Mitglied einer extremistischen Gruppe, aber in rechten Kreisen im Internet sehr aktiv. Da diese virtuelle Welt nationale Grenzen überschreitet, muss Breiviks Tat nicht nur als norwegisches Problem, sondern auch als Teil einer umfassenderen europäischen Kulturkrise verstanden werden (Bachmann et al. 2012). Das zeigt sich auch anhand der extremistischen Rhetorik rund um die angebliche Gefahr einer muslimischen Übernahme Europas, einem Szenario, das in antiislamistischen Kreisen als „Eurabien“ bezeichnet wird.

Um Rechtsextremismus vorzubeugen und entgegenzuwirken, müssen verschiedene Strategien entwickelt werden, denn Rechtsextremismus kann viele Formen haben. Er kann sich in Schikanierungen und Gewalt auf der Straße sowie vergleichbaren hassbedingten Übergriffen auf lokaler Ebene äußern, aber auch in groß angelegten terroristischen Anschlägen, die von Einzelpersonen begangen werden, die außer virtuellen Kontakten eventuell keine klare Verbindung zur rechten Szene haben.

In Norwegen, das von seiner Bevölkerungszahl her zu den kleinsten Ländern Europas gehört, begegnet man Rechtsextremismus auf vielen unterschiedlichen Ebenen. Dabei ist der Fokus bislang auf präventive Maßnahmen gelegt worden, während in anderen Ländern oft repressive Maßnahmen im Vordergrund stehen (Vindino und Branden 2012). Eine

Strategie, die in vielen norwegischen Gemeinden erfolgreich umgesetzt worden ist, ist die der sozialen Intervention. Sie zielt darauf ab, Täter von Hassverbrechen und Mitglieder extremistischer Gruppen wieder in ihr ursprüngliches gesellschaftliches Umfeld einzugliedern.

In diesem Artikel sollen einige Maßnahmen beschrieben werden, die gegen rassistische Gewalt und Rechtsextremismus ergriffen und auf kommunaler Ebene durchgesetzt worden sind. Des Weiteren werden Strategien kommentiert, die auf die Förderung von Toleranz und demokratischem Geist ausgerichtet sind. Letztere haben einen wesentlich größeren zeitlichen Rahmen als erstere, außerdem sind ihre Ziele weitreichender. Ebenfalls diskutiert wird die Strafverfolgung in Norwegen einschließlich des Polizeisicherheitsdienstes. Im ersten Teil wird ein Überblick über den gewaltbereiten Rechtsextremismus in Norwegen geboten.

Der Artikel orientiert sich an drei zentralen Fragen: Welche Merkmale haben die rechte Szene im Laufe der vergangenen Jahrzehnt gekennzeichnet? Welche Strategien sind entwickelt worden, um dem Rechtsextremismus entgegenzuwirken? Wie erfolgreich sind diese Strategien, wo liegen ihre Grenzen?

1. Rechtsextremismus in Norwegen

Abgesehen von dem terroristischen Anschlag am 22. Juli 2011 sind rechtsextreme Aktivitäten in Norwegen ein eher untergeordnetes Problem. Während es in Schweden bei einer Bevölkerung von knapp zehn Millionen Menschen etwa 2 000 bis 3 000 aktive, gut organisierte Rechtsextremisten gibt, sind es in Norwegen vermutlich nicht mehr als 150 bis 200 bei einer Bevölkerungszahl von gut fünf Millionen. Dennoch schwankt die Anzahl von Extremisten im Lauf der Zeit deutlich. Die rechte Szene hat in jedem Jahrzehnt seit 1970 Höhen und Tiefen erlebt (Fangen, 2001: 75–104). Es ist beinahe unmöglich, exakte Zahlenangaben zu machen, da es keine Mitgliederverzeichnisse gibt und die Schätzungen davon abhängen, ob nur aktive Extremisten oder auch Mitläufer betrach-

tet werden. Es ist wahrscheinlich, dass die Anzahl der Rechtsextremisten in Norwegen selten bei mehr als 300 gelegen hat (Carlsson 2006). Dennoch gibt es natürlich wesentlich mehr Bürger mit rechtspopulistischen Ansichten.

Trotz der relativ niedrigen Zahl an Rechtsextremisten ist es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu rechten Übergriffen gekommen. Oft ging die Gewalt von organisierten, gewalterfahrenen Gruppen aus, häufiger jedoch von Amateuren – ein Grund für die vielen misslungenen Bombenanschläge. Es gab im Schnitt alle zehn Jahre mindestens einen rechtsextremistischen Bombenanschlag in Norwegen, die jedoch nie Todesopfer forderten (für eine Beschreibung einiger dieser Anschläge siehe Strømmen 2011). Neben den Anschlägen gab es einige rassistische Morde, die aus Motiven wie Paranoia verübt worden sind (siehe Fangen 2011). Brandstifter haben mehrfach von Immigranten geführte Geschäfte sowie Zentren für Asylsuchende angezündet. Mehrere Menschen mit Migrationshintergrund sind auf der Straße angegriffen und verletzt worden.

In den 1990er Jahren gab es in Norwegen mehrere rechtsextreme Gruppen, die beachtliche Aufmerksamkeit in den Medien erlangten. Anfang der 1990er Jahre waren die norwegischen Rechtsextremisten schlecht organisiert. Das Potential an Begabung und Fähigkeiten, aus dem sie schöpfen konnten, war begrenzt. Viele hatten nur eine grundlegende Schulbildung und einen problembehafteten, teilweise kriminellen Hintergrund (Fangen 1995, 1999, 2001; Bjørge 1997; Bjørge, Carlsson und Haaland, 2001). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre organisierten sich die Rechtsextremisten besser in Gruppen wie *Viking* und *Boot Boys*. Sie legten viel Wert auf körperliches Training und waren im Vergleich zu den früheren Gruppen stärker ideologisch ausgerichtet und nicht so sichtbar uniformiert (Fangen 2001).

In den späten 1990er Jahren entstand eine neue Organisation namens *Vigrid*. Ihr Anführer, der damals 70-jährige Tore Tvedt, war von William Pierce inspiriert, dem Gründer der *National Alliance*, der größten und

aktivsten rechtsextremistischen Gruppe in den Vereinigten Staaten. Die Organisation *Vigrid* verehrt altnordische Götter wie Odin, glorifiziert Adolf Hitler und leugnet den Holocaust. Obwohl *Vigrid* nicht direkt zu Gewalt aufruft, wirbt sie für eine rassistische und gewaltbereite Ideologie (Carlsson 2006). Des Weiteren stellt sie sich gegen die „Zionistische Besatzungsregierung“ in Norwegen, eine Idee, der auch die *Boot Boys* und andere rechtsextreme Gruppen in den frühen 1990er Jahren anhängen (Fangen 1998). *Vigrid*, mit Tvedt als einem väterlichen Anführer, hat in ganz Norwegen junge Menschen angeworben, und schaffte es auch, eine Liste für die Kommunalwahlen 2009 aufzustellen, bei denen sie 179 Stimmen erhielt (Strømmen 2011).

Der norwegische Rechtsextremismus erreichte seinen Höhepunkt Mitte der 1990er Jahre und nahm mit Beginn der 2000er Jahre ab. Dieser Rückgang lässt sich zum Teil auf präventive Maßnahmen zurückführen, die in den Gemeinden umgesetzt wurden. Zum anderen wandten sich viele junge Menschen von rechten Gruppen ab, nachdem zwei Mitglieder der *Boot Boys* den jungen Benjamin Hermansen, der eine norwegische Mutter und einen kenianischen Vater hat, im Januar 2001 ermordeten. Viele wollten mit so schändlichen Verbrechen nicht in Verbindung gebracht werden (Olsen 2011).

Trotz des Rückgangs des Rechtsextremismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat es immer wieder rechtsextremistische Übergriffe und Bedrohungen gegeben. Der schwerwiegendste Fall war die angesprochene Ermordung Benjamin Hermansens. Nur zwei Jahre zuvor war ein Jugendlicher in der Kleinstadt Sogndal in Westnorwegen ertrunken, nachdem ihn zwei „Bringt den Nigger um“-rufende junge Männer in einen Fluss getrieben hatten. Sowohl die Hauptstadt Oslo als auch die Stadt Kristiansand an der Südküste sind Schauplätze gewalttätiger Konflikte zwischen rechtsgerichteten Militanten und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gewesen. Solche Konflikte können potenziell auch tödlich enden.

Im vergangenen Jahrzehnt sind auf der norwegischen Bühne neue rechtsgerichtete Gruppen mit meist antiislamistischen Ideologien aufgetaucht.

Die beachtenswertesten dieser Gruppen sind *National Defense League* und *Stoppt die Islamisierung Norwegens* (SIAN). Die Aktivitäten der Antiislamisten in den 2000er Jahren fanden in weitaus größerem Maß im Internet statt als die der Rechtsextremisten in den 1990er Jahren.

Von der Mitte der 1990er Jahre bis 2006 gab es in etwa zwanzig norwegischen Kommunen Zusammenschlüsse, die als rassistisch oder rechtsextremistisch bezeichnet werden können (Carlsson 2006). Allerdings waren gewaltbereite Gruppen nur in einer Handvoll Gemeinden länger als wenige Jahre aktiv. Laut Polizei hat sich die rechtsextremistische Szene bis 2010 so verkleinert, dass sie als kleineres Problem eingestuft werden kann (Storberget 2010). Diese Einschätzung sollte sich bereits 2011 ändern, als der rechte Militant Anders Breivik den schlimmsten terroristischen Anschlag in der norwegischen Geschichte verübte. Die rechte Szene war in den Jahren zuvor nur wenig kontrolliert worden. Vor allem in der virtuellen Szene, in der auch Breivik aktiv war, hätte man Hinweise auf einen Anschlag finden können, wenn man sie ausreichend überwacht hätte.

Die Beurteilung der Bedrohungslage durch den norwegischen Polizeisicherheitsdienst von 2013 besagt, dass rechtsextreme Gruppen nach wie vor klein sind und aus lockeren Netzwerken bestehen. Die größte Bedrohung bestehe in den potentiellen Extremisten, die ähnlich wie Breivik nicht zur organisierten extremen Rechten gehören, da sie nur schwer zu entdecken seien. Laut dem Bericht verurteilen die meisten norwegischen Rechtsextremisten Breiviks Anschläge auf das Regierungsgebäude und das Ferienlager. Dennoch gebe es einige, die Breiviks Anschlag auf das Regierungsgebäude guthießen (PST 2013). Die Zahl der Rechtsextremisten wird jedoch nach wie vor als niedrig eingeschätzt. Auch die Bedrohung durch die rechte Szene wird als niedriger im Vergleich zu den 1990er Jahren bezeichnet. Zu dieser Schlussfolgerung kommen auch die meisten norwegischen Forscher und Journalisten, die sich auf das Thema Rechtsextremismus spezialisiert haben.

2. Strategien in den Kommunen

In ganz Skandinavien werden im Kampf gegen Rechtsextremismus formelle und informelle Kontrollen mit Maßnahmen kombiniert, die darauf ausgerichtet sind, Täter wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Ein wichtiger Lösungsansatz für das Problem des Rechtsextremismus ist das Konzept der Läuterung statt Strafe. In den 428 norwegischen Kommunen sind vorwiegend kommunale Institutionen (z.B. Schulen, Kinderbetreuungsstätten, Sozialarbeiter und Jugendclubs) für die präventive Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus zuständig, außerdem sind die örtliche Polizei, politische Parteien und deren Jugendorganisationen, antirassistische Organisationen, Sportvereine und religiöse Gruppen verantwortlich. Den Gemeinden wird ein großer Freiraum eingeräumt, damit sie die präventive Arbeit nach ihrem eigenen Ermessen organisieren und darüber entscheiden können, welche Methoden und Maßnahmen sie anwenden wollen.

Präventive Arbeit ist oft ein fester Bestandteil der täglichen Aktivitäten öffentlicher Institutionen. Im Folgenden soll ein Überblick über einige der Interventionsstrategien und Maßnahmen gegeben werden, die angewandt worden sind, wenn eine rechtsextremistische Gruppe im Entstehen begriffen war. Dieser Überblick basiert auf Studien, die in den 1990er und frühen 2000er Jahren durchgeführt wurden (für eine Liste relevanter Ergebnisse siehe Carlsson 2006).

Die Ansätze, die in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren umgesetzt wurden, sind vor allem dann hilfreich, wenn der Zulauf zur lokalen rechtsextremistischen Szene in Grenzen gehalten oder Rechtsextremisten ein Ausstieg ermöglicht werden soll. Sie helfen nicht unbedingt bei Einzeltäterterrorismus, für den der Breivik-Fall steht. Intervention ist am wirkungsvollsten, wenn das Problem begrenzt und potentiell kontrollierbar ist. Wenn auf lokaler Ebene eine leicht zu identifizierende, relative kleine rechte Gruppierung entsteht, kann man mit erprobten Strategien bestenfalls verhindern, dass sie eine kritische Masse erreicht. Eine rechte Gruppierung mit 30 bis 40 Teilnehmern fällt normalerweise in der Ge-

meinde auf und hat es daher leicht, gewaltbereite Individuen anzuwerben. Eventuell zieht sie auch Gleichgesinnte aus anderen Landesteilen oder dem Ausland an, die an Treffen oder Schulungen teilnehmen. Ehe eine solche Gruppierung zu groß wird, sollte versucht werden, sie von außen aufzulösen. Um das zu erreichen, sollten unsichere Jugendliche zum Ausstieg ermutigt und der harte, oft kriminelle Kern der Gruppierung strafrechtlich verfolgt werden. Öffentliche Gegendemonstrationen wirken oft abschreckend auf an der rechten Szene interessierte Jugendliche. Andere könnten durch Gespräche mit der „präventiv tätigen Polizei“ vom Eintritt in die rechte Szene abgehalten werden.

Manche Kommunen schaffen es nicht, extremistische Gruppen vollständig aufzulösen. Dennoch kann es gelingen, die Mitgliederzahlen der rechten Gruppierung auf eine Handvoll Personen zu verringern. Die Gruppe ist dann kein anerkannter öffentlicher Akteur mehr. Die Attraktivität aller Parteien oder Versammlungen, die sie unterstützt, nimmt ab. Auf diese Weise verliert die Gruppierung die Macht, neue Mitglieder zu rekrutieren. Erwähnenswert ist, dass das Interesse der Mitglieder extremistischer Gruppen an der Rekrutierungsarbeit tendenziell abnimmt, wenn sie älter werden. Erwachsene Männer sind wesentlich weniger daran interessiert, Jugendliche in ihren Freundeskreis einzuführen, es sei denn, sie sind überaus überzeugte Aktivisten (Carlsson 2006).

Jüngere Aussteiger aus der rechten Szene können auf unterschiedlichen Wegen wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden. Die Wiedereingliederung muss in jedem Fall Schritt für Schritt und unter Anwendung verschiedener Maßnahmen passieren.

2.1 Elterngruppen

Eltern fühlen sich oft hilflos und verwirrt, wenn sich ihre Kinder an Aktivitäten einer extremistischen Gruppe beteiligen. Da diese Situation mit einem starken Stigma verknüpft ist, haben viele Eltern das Gefühl, mit niemandem offen darüber sprechen zu können. In Oslo und Kristiansand wurden in den späten 1990er Jahren Elterngruppen gegründet, um

diesem Problem entgegenzuwirken (Carlsson 2006). Da viele junge Neumitglieder rechter Gruppierungen noch stark an ihre Eltern gebunden sind und auf sie hören, haben sich Elterngruppen als erfolgreiche Strategie erwiesen. Die betroffenen Eltern tauschen sich in den Gruppen nicht nur über ihre missliche Lage aus, sondern stellen auch vernünftige Regeln hinsichtlich Kleidung, Musik und Freizeitaktivitäten ihrer Kinder auf. Ein wichtiges Ziel der Elterngruppen besteht darin, die Eltern zu unterstützen, die sich entschließen, ihren Kindern nicht den Rücken zuzukehren, auch wenn diese beleidigt reagieren oder gewalttätig werden. Wenn Eltern ihre Kinder zurückweisen, weil sie mit Rechten sympathisieren, bleibt diesen oft keine andere Quelle der Fürsorge und Aufmerksamkeit als die rechte Szene.

Die Bildung von Elterngruppen setzt voraus, dass die Eltern am Wohl ihrer Kinder interessiert bleiben. Für den Erfolg der Elterngruppen ist es notwendig, dass Eltern persönliche Eigenschaften, Mittel und Werte besitzen, aus denen sie schöpfen können, um ihre Kinder wieder auf den richtigen Pfad zu führen.¹ Nicht alle Eltern verfügen über diese Ressourcen und moralischen Ansichten. Deshalb kann es nützlich sein, wenn ein Außenstehender die Gespräche moderiert. Sowohl in Oslo als auch in Kristiansand haben und hatten Elterngruppen die Unterstützung eines solchen Moderators.

2.2 Aufbau persönlicher Beziehungen außerhalb der Familie

Die Untersuchung einer rechtsextremistischen Gruppierung in Kristiansand (Bjørge, Carlsson und Haaland 2001) hat gezeigt, dass die aktivsten Gruppenmitglieder von ihren Familien stark vernachlässigt worden waren. Oft hatten Eltern Suchterkrankungen und erhebliche psychische Probleme, oder sie waren bereits verstorben. Offensichtlich ist es in sol-

1 Die Diskussionen in solchen Gruppen können sehr angespannt sein, wenn einige Eltern die rassistischen Ansichten ihrer Kinder teilen. Das war beispielsweise eine Herausforderung in einer der norwegischen Gruppen, bis die entsprechenden Mitglieder freiwillig die Gruppe verließen.

chen Fällen sinnlos zu versuchen, die Eltern als „Sprungbrett“ zurück in die Gemeinschaft zu nutzen. Personen außerhalb der Familie, die bereit sind, eine Beziehung zu dem gefährdeten Jugendlichen aufzubauen, müssen dann als Sprungbrett dienen, indem sie ihm zuhören und sein Vertrauen gewinnen. Diese bedeutenden Dritten sind eventuell in der Lage, junge Leute zu unterstützen, wenn diese beginnen, der rassistischen Gruppierung müde zu werden oder deren Ideologie in Frage zu stellen (Aho 1994).

In manchen Fällen können diese Dritten ein Teil der kommunalen Gemeinschaft sein. In der Kleinstadt Brumunddal bemühte sich ein Unternehmer darum, Jugendliche von der rechten Szene abzuwerben. Er bot ihnen Fürsorge, Aufmerksamkeit und sogar Arbeit in seinem Unternehmen an. Laut Eidheim (1993) spielte dieser Geschäftsmann eine wesentliche Rolle bei der Schwächung der örtlichen rechten Szene.

Natürlich kann man nicht erwarten, dass solch engagierte Personen in jeder Gemeinde auftauchen. Deshalb ist es wichtig, Kontaktprojekte zu schaffen, die persönliche Beziehungen zwischen Gemeindemitgliedern und Rechtsextremisten fördern. In Kristiansand übernimmt das kirchliche Jugendprojekt CUP diese Rolle (Carlsson und Haaland 2004). Diese kleine und flexible Organisation besteht außerhalb der Gemeindebürokratie und ist bereits seit zwanzig Jahren aktiv. Ihre vier professionellen Sozialarbeiter und ihre freiwilligen Helfer arbeiten mit ausgegrenzten Kindern und Jugendlichen. Sie haben es geschafft, persönliche Beziehungen zu einigen der extremistischen Rädelsführer herzustellen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Sie haben ihnen dabei geholfen, eine Wohnung zu finden oder ihre Ausbildung wieder aufzunehmen. Oft haben sie auch einfach junge Leute dabei unterstützt, den Führerschein zu machen, der ihnen einen erweiterten Zugang zum Arbeitsmarkt gibt.

In der Theorie wird davon ausgegangen, dass positive Veränderungen der Situation von rechten Jugendlichen langfristig ihre Einstellung verändern oder zumindest ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Gewalthandlungen verringern. Es ist wichtig, dass gefährdete Jugendliche ihre Bindung

an die Gesellschaft nicht verlieren. Dieser Ansicht liegt eine völlig andere Strategie zugrunde als dem „Werft sie raus“-Ansatz, den einige Mitglieder der antifaschistischen Bewegung bevorzugen (Fangen 2001).

In einigen Fällen waren auch Außendienstmitarbeiter oder die präventiv tätige Polizei die „bedeutenden Dritten“. Einige Beamte waren höchst phantasievoll und erfolgreich darin, junge Leute beim Aufgeben ihrer extremistischen Ansichten und Bindungen zu unterstützen. Sie nutzten ihr Netzwerk, um Wohnungen, Schulplätze (z.B. in Sportschulen oder Volkshochschulen) und/oder Arbeit für die potentiellen Aussteiger zu finden.

Ehemalige Mitglieder der rechtsextremistischen Szene, die über entsprechende persönliche Eigenschaften und die erforderliche Motivation verfügen, können ebenfalls eine wichtige Rolle für den Ausstieg anderer spielen. Die Idee, Aussteiger in dieser Funktion einzusetzen, wurde in Norwegen erstmals 1997 in die Tat umgesetzt und in Schweden im darauffolgenden Jahr mit der Gründung der Aussteigerorganisation EXIT Schweden übernommen. Die ehemaligen Extremisten helfen, junge Menschen zu läutern, indem sie persönliche Beziehungen zu ihnen aufbauen. Längst haben sie dadurch ein Netz von „Aussteigern für Aussteiger“ geschaffen (Schwedischer Kriminalitätspräventionsrat 2001). Das schwedische Projekt hat auch norwegischen Rechten, die aus dem Milieu aussteigen wollten, Unterstützung angeboten. Nach der Berichterstattung des deutschen Magazins Stern über EXIT Schweden diente das Projekt auch als Inspiration für vergleichbare Bemühungen in Deutschland. Eine wichtige Voraussetzung der Inklusionsstrategie ist, dass viele Mitglieder extremistischer Gruppen, darunter auch bekannte Anführer, eigentlich aussteigen möchten. Sie haben vielleicht das Gefühl, dass alle gegen sie sind. Sie sind der ständigen Konflikte mit ihren Feinden und Verbündeten überdrüssig, sie sehnen sich nach einem normalen Leben oder sie beginnen, die Ideologie der Gruppe in Frage zu stellen (Fangen 1995, 1999). Gleichzeitig sind sie sich aber nicht sicher, wie sie sich von der rechten Szene loslösen können, da diese viele ihrer Bedürfnisse erfüllt. Ohne Unterstützung von außen sind potentielle Aussteiger oft nicht

in der Lage, sich selbst zu befreien und ihren Sinneswandel durch ein geändertes Verhalten zum Ausdruck zu bringen (Bjørge 1997). In vielerlei Hinsicht ähnelt ihre Zwangslage der von Mitgliedern krimineller Gangs, sektiererischer Gruppen oder terroristischer Gruppen im Untergrund, die sich aus ihrer Verstrickung befreien wollen. Sie brauchen Hilfe, um neue soziale Netze aufbauen zu können, oder wenigstens eine Chance, um persönliche Beziehungen zu potentiellen Mentoren zu entwickeln.

2.3 Gemeinsame Interventionen auf Wissen gründen: Modelle für die Analyse lokaler Probleme

Untersuchungen über rassistische und gewaltbereite Jugendgruppen in Norwegen zeigen, dass die Grundursachen ihrer Entstehung und ihr Verhalten sich von Kommune zu Kommune unterscheiden (Bjørge und Carlsson 1999). Es ist daher wichtig, die Beschaffenheit, das Ausmaß und die Schwere der Probleme vor Ort zu beschreiben und sowohl die manifesten als auch die latenten Faktoren zu identifizieren, die die spezifischen Ausdrucksformen des lokalen Rechtsextremismus bedingen.

Eine Lektion der 1990er Jahre lautet, dass fremdenfeindliche Gewalt ein Phänomen ist, auf das die gesamte Gesellschaft reagieren muss (Carlsson 2006). Idealerweise sollten die Organe, die gegen Rechtsextremismus kämpfen, auch versuchen, die rechte Szene zu analysieren. Abhängig von der eingesetzten Kartierungsmethode können zu diesen Organen die Polizei, Jugendämter, relevante Abteilungen der Kommunalverwaltung, Schulen, ehrenamtliche Organisationen und Vertreter der jugendlichen Bevölkerung gehören.

Drei verschiedene Modelle sind bisher bei der Kartierung und Analyse örtlicher Ausbrüche von Rechtsextremismus in Norwegen zum Einsatz gekommen (Carlsson 2006):

- Eine organisationsübergreifende Arbeitsgruppe mit erfahrenen Vertretern (fünf bis zehn Personen) relevanter Organe arbeitet zusammen, um Informationen zu sammeln und zu analysieren und um einen Handlungsplan zu erstellen. In der Regel werden die Mitglieder der

rechten Gruppe identifiziert und es wird diskutiert, welche Rollen diese Personen haben und wie mit ihnen umzugehen ist. Der Austausch von Informationen über einzelne Personen ist jedoch aufgrund der Datenschutzbestimmungen, an die Amtsträger gebunden sind, nicht unproblematisch.

- Eine schnellere Methode, die dennoch ausreichen kann, um das Problem des Rechtsextremismus einzuschätzen, ist das Abhalten eines ein- bis zweitägigen „Kartierungsseminars“ mit 20 bis 40 Teilnehmern, die verschiedene Organe und Sichtweisen repräsentieren. Es ist nützlich, einen externen Experten hinzuzuziehen, der in der Leitung solcher Seminare erfahren ist. Außerdem sollte eine Person mit weitreichender Kenntnis rassistischer und rechtsgerichteter militanter Gruppen und ihrer Arbeitsweisen teilnehmen. In einigen Fällen wird die Analyse zeigen, dass das vorliegende Problem nur wenig mit Rassismus oder Extremismus zu tun hat und ihm daher mit Strategien aus anderen „Werkzeugkisten“ begegnet werden muss. In anderen Fällen wird die Analyse ein kleineres oder erst im Entstehen begriffenes rechtes Problem zum Vorschein bringen, das mit relativ einfachen Maßnahmen gelöst werden kann.
- Eine zeitaufwändigere und teurere Strategie besteht darin, ein Projekt zu initiieren, das auf außenstehende Wissenschaftler zurückgreift, die das Ausmaß des Rechtsextremismus vor Ort analysieren. Obwohl die Forscher die Erfahrungen der lokalen Organe berücksichtigen, liegt ihrer Arbeit normalerweise eine breitere Perspektive zugrunde.

Die erwähnten Methoden können natürlich auch kombiniert werden. Ein „Kartierungsseminar“ kann wenige Tage nach einem Vorfall abgehalten werden, um sofort handeln zu können. Auf das Seminar kann dann eine eingehendere Analyse folgen, die als Basis für längerfristige Prävention und Intervention dienen kann, falls sich der Rechtsextremismus als tief verwurzelt, komplex oder bedrohlich erweist.

Das Ziel einer lokalen Kartierung und Analyse besteht darin, die Erfolgsrate von Interventionen zu erhöhen. Das Risiko, Ressourcen auf ineffektive oder sogar kontraproduktive Maßnahmen zu verschwenden, sinkt,

wenn Fragen nach dem Was, Wann, Wie und Warum gestellt werden. Zum Beispiel ist es sinnvoll, unterschiedliche Strategien einzusetzen, je nachdem wie gut organisiert die rechte Gruppierung ist, ob sie Verbindungen ins Ausland hat, oder ob die meisten ihrer Mitglieder älter als 20 Jahre sind und es sich nicht um eine Gruppe Jugendlicher handelt, die sich laufend Kämpfe mit einer Gruppe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund liefert. Einer lokalen Szene mit hundert Mitgliedern muss anders begegnet werden als einer Handvoll Heranwachsender.

In den meisten norwegischen Gemeinden sind rechte Gruppierungen klein. Das bedeutet, dass auf Einzelpersonen ausgerichtete Interventionsmaßnahmen eine große Rolle spielen.

2.7 Kompetenter und erfahrener Beratungsdienst

Kommunen, die zum ersten Mal mit Rechtsextremismus zu tun haben, sind in der Regel unsicher, was sie tun sollen, und zögern oft. Deshalb beschloss die norwegische Regierung 1996, eine Expertengruppe zu gründen, den „Interdisziplinären Beratungsdienst für ein lokales Vorgehen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“. Dieser Beratungsdienst bestand aus einem Dutzend Forschern und Fachleuten, darunter Polizeibeamte, Sozialarbeiter, Pädagogen und Mediatoren. Zusammen boten sie Gemeinden, die mit rechten Problemen zu tun hatten, auf die sie nicht vorbereitet waren, ihre Fachkenntnis an. Normalerweise half ein Team aus zwei Beratern den lokalen Institutionen, das Problem zu analysieren und sein Ausmaß zu ermitteln. Außerdem schlug es erfolgversprechende Maßnahmen vor.

Der norwegische Beratungsdienst wurde aus denselben Gründen eingerichtet wie die deutschen „Mobilen Beratungsteams“. Da das Problem mit rassistischen oder rechtsextremistischen Gruppen auf lokaler Ebene in Norwegen relativ gering ist, gibt es jedoch keine langfristigen Berater. Die eingesetzten Berater waren vielmehr bei der Polizei, Forschungseinrichtungen oder Gemeindebehörden angestellt und bereit, die Stellen, die kompetente Beratung brauchen, temporär zu unterstützen.

Es ist nicht ratsam, ein Team aus Vollzeitberatern zusammenzustellen. Es wäre vermutlich sehr schwierig, erfahrene Berater dazu zu bewegen, eine Vollzeitstelle in dieser Funktion zu übernehmen. Teams mit festangestellten Mitarbeitern fehlt unter Umständen die angemessene Qualifikation, woraus sich das Risiko ergibt, dass sie diejenigen, die sie anleiten sollen, in die Irre führen.

In Dänemark wurde im Jahr 2000 ein „Notfallteam“ aus festangestellten Beratern gegründet. Es sollte Kommunen mit gewaltbereiten und problematischen Jugendgruppen, insbesondere solchen mit Minderheitenstatus, beraten. Doch die Berater wurden kaum angefragt, wahrscheinlich, weil sie keine Experten waren. Nach vier Jahren wurde das Notfallteam aufgelöst.

In Norwegen wurden generell keine jungen oder wenig erfahrenen Berater eingesetzt, die eventuell zu starke politische Interessen haben oder eine notwendige professionelle Distanz und Aufmerksamkeit vermissen lassen. In Deutschland hingegen belasteten genau diese Eigenschaften junger Berater die Präventionsarbeit, siehe Lynen von Berg (2004).

Der norwegische Beratungsdienst ist seit 2005/2006 nicht mehr als solcher aktiv. Die Nachfrage nach derartiger Expertise war in den Jahren zuvor stark gesunken. Mittlerweile dürften die kommunalen Institutionen auch wissen, wo sie im Zweifelsfall Beratung anfragen können. Die erfahrensten Berater des Dienstes sind immer noch jederzeit ansprechbar.

2.3 Die Rolle der Schulen

In den vorherigen Abschnitten haben wir hauptsächlich Strategien zur Verminderung der Größe und des Einflusses extremistischer Gruppen vorgestellt. Aber auch längerfristig angelegte Maßnahmen, die Demokratie und Toleranz fördern, sind wichtige Strategien gegen den Rechtsextremismus. Bei diesen haben Schulen eine wichtige Funktion. Laut Pels und Ruyter (2011) wird die Rolle der Bildung in der Rechtsextremismusforschung bisher nur wenig beachtet. Dabei wird die „Entwicklung von Kindern zu demokratischen Bürgern [...] gefördert, wenn sie in demo-

kratischen Schulen erzogen werden“. Das zeigt sich auch in offiziellen norwegischen Studien über Rechtsextremismus und islamische Radikalisierung.

2010 veröffentlichte die norwegische Regierung einen Handlungsplan zur Vorbeugung des gewalttätigen Extremismus (Storberget 2010). Der Plan legt unter anderem einen Fokus auf die Verantwortung, die die Schulen bei der Erziehung zu Toleranz und der Einbeziehung von Schülern mit unterschiedlichen Hintergründen haben. Schulen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, aufzuzeigen, dass Ideologien, die Flüchtlinge, Homosexuelle und politische Gegner entmenslichen und damit Gewalt gegen sie legitimieren, inakzeptabel sind. In Norwegen haben Schulen die Aufgabe, Schülern den Wert der Demokratie zu vermitteln, ihnen beizubringen, respektvoll miteinander umzugehen, und sie in die Lage zu versetzen, multikulturelles Verständnis, moralisches Feingefühl und soziale Kompetenz zu entwickeln.

Es wird davon ausgegangen, dass diese Erziehung mit staatsbürgerlichen Werten zur Vorbeugung der Radikalisierung beiträgt (Olsen 2011). Laut dem Handlungsplan der norwegischen Regierung wurde im Frühjahr 2010 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die über die Einstellungsarbeit an den Schulen berichten soll. Jedes Jahr erhält eine Schule, die großen Einsatz in der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit gezeigt hat, den Benjamin-Preis.

3. Informelle Methoden

3.1 Öffentliche Demonstrationen

Öffentliche Demonstrationen sind natürlich nicht Teil einer kohärenten staatlichen Strategie. Sie sind vielmehr eine spontane Reaktion der Kommunen auf gewalttätige Angriffe auf Immigranten oder auf die implizite Bedrohung durch lokale rechte Gruppierungen. In Brumunddal nahmen 1991 4.000 Menschen, die Hälfte der Einwohner, an einer öffentlichen Versammlung teil, auf der ein bekannter rechtsextremistischer Anführer

sprechen sollte. Als er zu sprechen begann, wandten sie ihm wortlos den Rücken zu, erst die Menschen direkt vor dem Rednerpult, dann die in der zweiten Reihe, und so weiter. Diese Demonstration war sorgfältig geplant und ihr ging massive Mund-zu-Mund-Propaganda voraus. Oslos autonome antirassistische Bewegung war aufgefordert worden, die Konfrontation den Einwohnern Brumunddals zu überlassen, was sie dann auch tat. Aufgrund des Erfolges verbreitete sich dieser stille, gewaltfreie Protest in andere Teile Norwegens. Er ist inzwischen eine wichtige Alternative zu lauten antirassistischen Kundgebungen und bei direkteren Aufeinandertreffen.

2001 marschierten nach dem rassistischen Mord an Benjamin Herman- sen 40.000 Menschen in stillem Protest gegen Rassismus und Neonazismus durch die Straßen Oslos. Auch in anderen norwegischen Städten wurden Märsche veranstaltet. Sogar im dänischen Kopenhagen gab es einen Marsch, an dem tausend Menschen teilnahmen.

Welche Wirkung solche Mobilisierungen auf junge Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen haben, ist unklar. Die Proteste stigmatisieren Angehörige der rechten Szene und isolieren sie damit möglicherweise weiter. Auf der anderen Seite zeigen sie, dass Rassismus und Rechtsextremismus wenig öffentliche Unterstützung genießen. Diese Erkenntnis allein könnte diejenigen abschrecken, die mit rechten Gruppen liebäugeln. Einige Einwohner Brumunddals mit Migrationshintergrund gaben an, dass die lokale Demonstration den Umfang der ihnen entgegengebrachten Sympathie sichtbar gemacht habe und den Eindruck geweckt habe, dass sie unter dem Schutz der örtlichen Bevölkerung stünden (Carlsson 1995). Die Proteste hätten sie dazu veranlasst, den Ort nicht zu verlassen.

3.2 „Nachtwanderungen“ in Problemgegenden

Seit den frühen 1990er Jahren patrouillieren engagierte Bewohner in mehr als tausend skandinavischen Groß- und Kleinstädten freitag- und samstagnachts freiwillig durch das Geschäftszentrum, die Vororte und andere Krisenpunkte, um exzessivem Trinken, Drogenkonsum und Gewalt unter Jugendlichen vorzubeugen. In einer typischen mittelgroßen

Stadt mit 25.000 bis 50.000 Einwohnern sind in der Regel drei oder vier Gruppen auf Patrouille, die sich aus je fünf oder sechs Personen zusammensetzen, die auffällige Westen tragen. Ihre Aufgabe besteht darin, sichtbar zu sein und so eine nüchterne, erwachsene Präsenz in Gegenden zu bringen, die sonst von Jugendlichen dominiert werden. Sie versuchen, mit den jungen Leuten ins Gespräch zu kommen und auf diese Weise eine Art sanfte soziale Kontrolle auszuüben. Werden sie mit Gewalt oder anderen schwierigen Situationen konfrontiert, sollen sie nicht eingreifen, sondern ihre Kontaktpersonen bei der Polizei verständigen (Carlsson 2006).

Rechtsextremisten haben in Norwegen keine „national befreiten Zonen“ (Sperrgebiete) deklariert. In einigen Kommunen konnten sie aber ihr Revier abstecken, indem sie eine Gegend für Immigranten und sogar einheimische Bürger unangenehm und unsicher gemacht haben. Die „Nachtwanderungen“ wurden in den meisten Kommunen mit einer sichtbaren rassistischen oder rechtsextremistischen Gruppierung zeitweise verstärkt.

In den späten 1990er Jahren zeigten Rechtsextremisten im Zentrum des Osloer Vororts Nordstrand an Wochenenden eine sehr deutliche Präsenz. Sie veranstalteten Partys im Freien, die Gleichgesinnte aus anderen Teilen Oslos und dem Umland sowie Jugendliche aus dem Ort anzogen. In Gruppen von 15 bis 20 Personen gingen engagierte Bewohner durchs Zentrum und sprachen mit den jungen Leuten oder standen still zwischen ihnen. In einigen hundert Metern Entfernung wartete die Polizei für den Fall, dass die Situation außer Kontrolle geraten sollte. Die auffällige Präsenz der Erwachsenen in ihrer gelben Kleidung machte die Gegend als Versammlungsort weniger attraktiv. Die Rechten zogen in den Vorort Bøler weiter, jedoch folgten ihnen nur wenige Jugendliche aus Nordstrand. So wurde der harte Kern der Extremisten von denjenigen getrennt, die nur mit rechten Ideologien geliebäugelt hatten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mobilisierung von „Nachtwanderern“ eine der ersten Reaktionen der Kommune auf eine Erstarbung gewaltbereiter Gruppierungen sein sollte. Dieses Werkzeug sollte ganz oben im Werkzeugkasten liegen.

3.4 Dialogtreffen

Als Maßnahme zur Verhinderung der weiteren Radikalisierung gegen muslimische Jugendliche und zur Eindämmung von Hassverbrechen im Allgemeinen startete 2009 eine Reihe von Dialogtreffen im Osloer Literaturhaus. Die Treffen gestalten vor allem Experten und politische Vertreter. In den Debatten geht es unter anderem um den Hass gegen Muslime oder Juden, die Redefreiheit und die Rolle der Religion in der Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen bieten so eine demokratische Plattform, auf der sich Experten, Autoren, Künstler und politische Aktivisten treffen und ihre Ansichten austauschen oder sich über sie auseinandersetzen können.

Allerdings ging es bei den Dialogveranstaltungen bisher nicht um Jugendliche, die Gefahr laufen, in die rechte Szene einzusteigen. Zwar beteiligten sich auch Jugendliche, die an israelfeindlichen Demonstrationen teilgenommen hatten, mit Erfolg an den Treffen, aber es ist unklar, ob das auch mit rechtsextremistischen Jugendlichen oder Erwachsenen gelingt.

4. Rechtsdurchsetzungsstrategien

4.1 Präventive Polizeiarbeit

Präventive Polizeiarbeit spielt bei der Bekämpfung gewaltbereiter und extremistischer Gruppen in Norwegen eine wesentliche Rolle. Laut Vindino und Branden (2012) hat Norwegen „ein seit langem etabliertes System bürgernaher Polizeiarbeit in Kombination mit einem äußerst liberalen Strafrechtssystem“. Kleine norwegische Polizeihauptquartiere beschäftigen normalerweise einen oder zwei Präventiv-Polizisten, während größere Dienststellen mit Verantwortung für 50 000 bis 100 000 Personen üblicherweise vier bis zehn Präventiv-Polizisten haben. Ein wichtiges Werkzeug im Repertoire der Präventiv-Polizisten sind „Stärkungsgespräche“, die seit 1998 durchgeführt werden (Vindino und Branden 2012). Junge Menschen unter 18 Jahren und deren Eltern sind gesetzlich verpflichtet, auf dem Polizeirevier zu erscheinen, wenn sie verdächtigt wer-

den, in gesetzeswidrige Aktivitäten verwickelt zu sein oder Kontakt zu einer problematischen Gruppe aufzubauen. So sollen die Jugendlichen und Eltern vor den Konsequenzen eines Verbrechens und/oder der Verbindung zu einer problematischen Gruppe gewarnt werden. Außerdem wird thematisiert, wie man die Jugendlichen davon abhalten kann, diesen Weg noch weiter zu verfolgen. Falls gefährdete Jugendliche und ihre Eltern zu einer positiven Veränderung bereit sind, kann die Polizei Unterstützung von anderen kommunalen Institutionen anfordern.

Diese Warnung und der damit verknüpfte Zugang zu Unterstützung reichen oft aus, um junge Leute aus gewaltbereiten Gruppen oder extremistischen Milieus wieder herauszuholen. Andere gefährdete Jugendliche haben so komplexe und tief verwurzelte Probleme, dass der Erfolg von Stärkungsgesprächen begrenzt ist. Einfache und kostengünstige Maßnahmen sind leider auch kein Patentrezept.

2003 führte der Polizeisicherheitsdienst eine landesweite Kampagne gegen die Organisation *Vigrid* durch. Die Kampagne beinhaltete eine Reihe von Gesprächen mit jungen Mitgliedern unter Leitung der Polizei. Zu jener Zeit zog die Organisation junge Leute, Frauen wie Männer, mit mystischen Ritualen an. Zu ihnen gehörten Taufe, Konfirmation und sogar Eheschließungen, durchgeführt im Namen des altnordischen Gottes Odin. In Zusammenarbeit mit der Präventiv-Polizei wurden 95 junge Leute, von denen bekannt war, dass sie Kontakt zu der Gruppe hatten, zu einem Stärkungsgespräch auf das Polizeirevier einbestellt. Sie wurden über die Konsequenzen eines weiteren Engagements bei *Vigrid* und die tatsächlichen Hintergründe der Organisation aufgeklärt. Die Hälfte von ihnen brachte umgehend ihre Absicht zum Ausdruck, mit der Organisation zu brechen.

4.2 Örtliche und nationale Polizeiintervention

Die Verantwortung für den Umgang mit rein lokalen Extremisten und Gewalthandlungen liegt bei den kommunalen Gesetzeshütern. Dennoch werden relevante Informationen zwischen den Polizeibehörden weiter-

gegeben. Zu den Aufgaben der örtlichen Polizei gehört, Gewalt durch Straßenpatrouillen vorzubeugen, in akuten Situationen einzuschreiten, bei Gesetzesverstößen zu ermitteln und Straftäter der Justiz zuzuführen. Bekannte gewaltbereite Extremisten werden normalerweise engmaschig überwacht und haben daher kaum Spielraum, Verbrechen zu begehen, ohne danach gefasst zu werden. In Brumunddal räumten sowohl die Polizei als auch die Justizverwaltung dem Problem rassistischer Gewalt in den frühen 1990er Jahren hohe Priorität ein. Gewalttaten wurden rasch untersucht, die Täter wurden der Justiz innerhalb weniger Wochen zugeführt (Carlsson 1995). Leider verlaufen Strafverfahren in einigen Fällen schleppend, sodass zwischen dem Begehen eines Gewaltverbrechens und der Verurteilung übermäßig viel Zeit vergeht. Diese Tatsache macht es schwierig, Anführer schnell zu neutralisieren, indem man sie vom Rest der Gruppe trennt (Carlsson und Haaland 2004).

Im Großen und Ganzen ist die örtliche Polizei in Norwegen nicht mit Rechtsextremismus und gewaltbareitem Rassismus vertraut. Deshalb hat die norwegische Polizeidirektion 2001 ein Handbuch über illegale rechtsextreme Aktivitäten herausgegeben, in einer öffentlichen und einer zugangsbeschränkten Version, um Unentschlossenheit und Trägheit entgegenzuwirken. Das Handbuch enthält Informationen über das Phänomen Rechtsextremismus sowie detaillierte Leitlinien, wie lokale Behörden mit entsprechenden Problemen und Situationen umgehen sollen. Die öffentliche Version des Handbuchs enthält die Profile der in Norwegen tätigen rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen und eine Diskussion der verschiedenen Bedrohungsarten, die diese Gruppierungen für die nationale Sicherheit, politische Gegner und Immigranten darstellen. Außerdem enthält das Handbuch eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweisen der Gruppierungen und ihrer Aktivitäten im Internet, eine Vorstellung der von ihnen benutzten Symbole und der Anlässe, die sie feiern. Des Weiteren würdigt das Buch die verfassungsgemäßen Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsrechte, die auch für rechtsextreme Gruppen gelten und beschreibt die strafrechtlichen Bestimmungen, die diese Freiheiten begrenzen. Die Rollen von nationaler Sicherheitspolizei, Geheimdienst und örtlichen Polizeikräften im Kampf gegen Rechtsextremismus werden diskutiert.

Ideologische Fanatiker, die politische Gegner und örtliche politische Vertreter bedrohen, sind ein Fall für den Polizeisicherheitsdienst. Außerdem überwacht der Polizeisicherheitsdienst rechtsextreme Gruppen auf nationaler und lokaler Ebene. Da es nur wenige derartige Gruppen gibt und die norwegischen Kommunen transparent arbeiten, sind die örtlichen Zweigstellen der Sicherheitspolizei generell gut informiert.

4.3 Maßnahmen gegen Terrorismus

Die Terrorismusbekämpfung in Norwegen erfolgt seit 2002 in Zusammenarbeit mit Europol. Das Land ist auch Mitglied von Eurojust und des Schengen-Netzwerks. Das bedeutet, dass Informationen, beispielsweise Fingerabdrücke, Passagierdaten und die Namen von Personen, die terroristischer Aktivitäten verdächtigt werden oder aufgrund solcher Aktivitäten verurteilt wurden, über Grenzen hinweg ausgetauscht werden (Hammerlin 2011). Die Terrorismusbekämpfungspolitik Norwegens richtet sich hauptsächlich gegen al-Qaida und islamischen Radikalismus, wie es auch in den meisten anderen westlichen Ländern nach dem 11. September der Fall ist (Kellner 2011: 28).

Die Polizei trägt vermutlich die größte Verantwortung dafür, groß angelegte Terroranschläge wie den vom 22. Juli 2011 zu verhindern. Wenige Jahre vor dem Anschlag erschien Breiviks Name auf einer Liste von Personen, die Zutaten gekauft hatten, die für die Herstellung von Bomben verwendet werden können. Doch der Polizeisicherheitsdienst schenkte dem nur wenig Beachtung. Vielleicht wäre Breivik andernfalls als Verdächtiger eingestuft worden, der engmaschigerer Überwachung bedarf. Seine Verbrechen hätten eventuell sogar verhindert werden können. Auch Polizeiroutinen funktionierten zum Zeitpunkt des Massakers nicht richtig. Das Kommunikationssystem brach aufgrund der vielen Anrufe, die während des Anschlags gemacht wurden, zusammen, und zur Insel Utøya wurde kein Polizeihubschrauber beordert. Außerdem gab es in Anbetracht der Tatsache, dass ein von der größten Partei des Landes betriebenes Zeltlager ein Paradebeispiel für ein terroristisches Ziel ist, keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen rund um das Gelände. Alle diese Beobachtungen wurden im Nachhinein gemacht. Es wäre wohl angemessen zu behaupten,

dass Norwegen seinem beschränkten Wissen über die Terrorismusbekämpfung erlegen ist, welches darin wurzelt, dass es in jüngster Zeit keine terroristischen Anschläge in Norwegen gab.

Im Weißbuch der Regierung, das am 20. März 2013 veröffentlicht wurde, werden zehn wichtige Maßnahmen zur Vorbeugung des Terrorismus herausgestellt. Diese Maßnahmen sind:

- Gründung eines nationalen Polizeieinsatzzentrums, um die Fähigkeiten der Polizei hinsichtlich der koordinierten Reaktion auf Notfälle und schwerwiegende Vorkommnisse zu verbessern.
- Stärkung und Erhöhung der Anzahl polizeilicher Notfallkräfte in peripheren Gebieten.
- Verstärkte Schulung von Polizisten im Umgang mit Schusswechselsituationen.
- Einführung einer Minimalbesetzung für alle Polizeieinsatzzentren und Erfordernis einer speziellen Schulung für alle, die in diesen Zentren arbeiten.
- Ausstattung der Streifenwagen mit Tablet-Computern mit direktem Zugang zu den IT-Systemen der Polizei; auf diese Weise können mehr Aufgaben direkt von den Streifenwagen aus erledigt werden.
- Sicherstellen, dass Freiwillige Ausrüstung und Zugang zum Notfallfunksystem erhalten und bei Rettungseinsätzen mit den Rettungsdiensten kommunizieren können.
- Stärkung der Arbeit des Polizeisicherheitsdienstes durch Einrichtung eines Terrorismusabwehrzentrums, Zugang zu staatlichen Unterlagen und Verbesserung der Informationsaustauschmöglichkeiten mit anderen staatlichen Stellen.
- Einführung abgestufter Kommunikationslinien für Notfallkommunikation in den Ministerien.
- Einrichten eines Notfallhubschrauberdienstes in Nordnorwegen, so dass Polizeikräfte in Notsituationen mit Militärhubschraubern transportiert werden können
- Einführung strengerer Vorschriften und Kontrollen für Bombenchemikalien und Zugangsverbot zu solchen Substanzen für Privatpersonen.

Das Weißbuch folgt der britischen Terrorbekämpfungsstrategie mit den vier Säulen Verfolgen, Vorbeugen, Schützen und Vorbereiten, und den vergleichbaren Säulen der EU, Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion. Im Gegensatz zu den erwähnten Maßnahmen und den im Handlungsplan zur Vorbeugung der Radikalisierung und des gewaltbereiten Extremismus (Storberget 2010) beschriebenen Strategien konzentriert sich das Weißbuch eher auf Kontrolle und Überwachung als auf Erziehung und Integration. Im Bereich der Vorbeugung liegt das Hauptaugenmerk auf polizeilicher Überwachung und Kriminalisierung von Hassreden, aber auch erprobte Ausstiegsmethoden und der Einsatz von Dialogen werden erwähnt. Die bemerkenswerteste Neuerung ist die Gründung eines nationalen Polizeieinsatzzentrums.

5. Fallen der Problemlösung

In der Vergangenheit haben kommunale Behörden in Norwegen oft schockiert, verwirrt oder unsicher auf rechte Gewalt reagiert. Da Kommunen, die zum ersten Mal mit Extremismus zu tun haben, die nötige Erfahrung zum Umgang damit fehlt, laufen sie Gefahr, in eine der folgenden Fallen zu tappen.

5.1 Leugnen oder Verharmlosen des Problems

Rechtsextremistische Gruppen haben viel Aufmerksamkeit von den norwegischen Medien bekommen. Norwegen hat angesichts seiner geringen Bevölkerungszahl vermutlich eine niedrigere Schwelle, ab der solchen Gruppen öffentliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, als die meisten anderen europäischen Länder. Als „rassistischer Ort“ oder „Nazi-gemeinde“ gebrandmarkt zu werden, hat einen stark stigmatisierenden Effekt für eine Stadt, weshalb die meisten Städte versuchen, diesem Schicksal zu entgehen (Eidheim 1993). In einigen Kommunen, in denen es zu gewaltsamen Übergriffen auf Immigranten gekommen ist, haben die Behörden versucht zu leugnen, dass rassistische Motive eine Rolle gespielt haben. Wenn den Taten keine klare rassistische oder rechtsextre-

mistische Ideologie zugrunde lag, konnten sie leicht im Licht geläufiger Kategorien sozialer Abweichung interpretiert werden. Zum Beispiel wurden sie auf „Alkoholeinfluss“ zurückgeführt oder als „Jungenstreiche“ abgetan. Wenn Kommunen derart auf etablierte Kategorien zurückgreifen, erkennen sie manchmal nicht, dass die Taten, die verübt wurden, oder neue Gruppierungen, die aufgetaucht sind, ernstzunehmende Formen annehmen (Eidheim 1993).

Des Weiteren ist Leugnen verlockend, da das Anerkennen der Tatsache, dass ein Problem vorliegt, eine Stigmatisierung der gesamten Kommune mit sich bringen kann. In einigen Gemeinden haben die lokalen Behörden versucht, Probleme bewusst unter den Teppich zu kehren. Da sich kleine gewaltbereite Gruppen unter Umständen von selbst auflösen und verschwinden und da immer die Chance besteht, dass die jüngste Gewalttat auch die letzte war, können Leugnungsstrategien bisweilen erfolgreich sein. Es besteht jedoch die Gefahr, dass das Problem außer Kontrolle gerät, wenn die Polizei, die Zivilgesellschaft und/oder die Gemeindebehörden nicht rechtzeitig dagegen angehen.

5.2 Unfähigkeit zu handeln

Wenn bestimmte Verhaltensweisen als rechtsextremistisch eingestuft werden, bedeutet das noch nicht, dass auch auf angemessene Weise mit ihnen umgegangen wird. Kommunen, die erstmals mit Rechtsextremismus zu tun haben, verfügen weder über die notwendige Kompetenz, um ihn angemessen zu analysieren, noch über die richtigen Mittel, um effektiv zu intervenieren. Dann kann es passieren, dass nichts unternommen wird, oder es Jahre dauert, bevor die Behörden reagieren, wodurch das Problem weiter wachsen kann. Wenn sich zentrale Akteure uneinig sind, wer zuständig ist, kann das auch zu Unentschlossenheit führen. Zum Beispiel behaupteten Führungspersonen der Kommunalregierung der Kleinstadt Brumunddal in den späten 1980er Jahren, die rechte Bedrohung sei Sache der Polizei, während die Polizei behauptete, sie läge im Zuständigkeitsbereich der Schulen und sozialen Dienste (Carlsson 1995). Währenddessen nahm das Problem in Brumunddal Dimensionen an, die man in Norwegen nie zuvor gesehen hatte.

5.3 Moralische Panik und sichtbare Aktivität

Die Aufmerksamkeit, die die nationalen Medien Gewalttaten gewidmet haben, die von Individuen oder Gruppen verübt wurden, hat in der breiten Öffentlichkeit in der Regel Schocks und Abscheu ausgelöst. In einigen Fällen ist die Einordnung als rassistischer Vorfall falsch gewesen. Was wie ein rassistischer oder rechtsextremistischer Akt aussieht, kann Ausdruck eines tatsächlichen Konflikts zwischen Individuen oder Gruppen sein, die zufällig durch ethnische Unterschiede getrennt sind. In solchen Situationen kann man nicht immer davon ausgehen, dass die ethnische Minderheit das unschuldige Opfer und die ethnische Mehrheit der rassistische Aggressor ist. Voreilige Reaktionen zielen vielleicht nur auf die Symptome und nicht die Ursachen des Konflikts. Örtliche Gemeinden entscheiden sich oft für symbolische Maßnahmen, die sehr sichtbar sind, aber kaum Auswirkungen auf das Problem selbst haben. Ein Beispiel dafür ist etwa der Bau eines neuen kommunalen Jugendzentrums. Im reichen Norwegen ist es sehr einfach, „das Problem mit Geld zuzuschütten“, um Handlungsbereitschaft zu demonstrieren. Solche Reaktionen werden normalerweise ohne tiefgreifende Analyse des wahren Wesens und Ursprungs des Problems beschlossen. Aber die Hintergründe rassistisch motivierter Gewalttaten oder der Gründung einer rechtsextremistischen Gruppe sind normalerweise so kompliziert, dass symbolische Maßnahmen allein nicht greifen.

5.4 Weitere Radikalisierung als Folge sozialer Exklusion

Die meisten jungen Leute sind nicht für immer Rassisten oder Rechtsextremisten. Ihre Identitäten sind flexibel und formbar, insbesondere wenn sich ihre Lebensumstände verändern (Fangen 2001). In der moralischen Panik, die oft auf einen ungeheuerlichen Vorfall folgt, kann man diese konstruktive Perspektive im Kampf gegen Rechtsextremismus leicht vergessen (Eidheim 1993). Dann bricht eine Kommune beispielsweise jede Kommunikation mit Mitgliedern der rechten Szene ab oder grenzt sie aus, indem sie auf illegale und brutale Kontrollmethoden zurückgreift. Exklusion macht Menschen jedoch tendenziell für integrative Kräfte unzugänglich und stärkt somit ihre extremistischen Ansichten.

5.5 Der Mangel an Schutzmechanismen und Erfahrung im Angesicht des Terrorismus

Nach dem 22. Juli 2011 hat eine Kommission alle Vorgänge analysiert, die den Terroranschlag ermöglichten und die Polizei ineffektiv machten bei dem Versuch, den Anschlag vorzeitig zu stoppen (NOU 2012). Die Kritik gegenüber der Regierung war scharf. Insbesondere wurden die tragischen Folgen des zusammengebrochenen Notfallkommunikationssystems, die Folgen des nichterfolgten Abkommandierens des Polizeihubschraubers, mit dessen Hilfe die Polizei viel früher vor Ort hätte sein können, und die Unfähigkeit des örtlichen Polizeireviers im Umgang mit bewaffneten Konflikten angemerkt. Die Kommission schließt ein Kapitel ihres Berichts wie folgt (unsere Übersetzung):

„Breivik war ein einzelner Mann mit begrenzten Ressourcen. Dennoch war er in der Lage, erhebliche Anschaffungen zu machen und umfassende Terroranschläge mit enormen menschlichen Opfern und Schäden vorzubereiten und durchzuführen. Breiviks persönliche Entwicklung, Lebensstil und Vorbereitungen zeigten eine Reihe von Anzeichen. Sein enger Familienkreis, sein soziales Umfeld, die Gesellschaft und verantwortliche Behörden haben verschiedene Signale aufgefangen, die gelegentlich Erstaunen und Sorge hervorriefen. Ein wichtiger Grund dafür, dass die Signale nicht mit der Absicht und Fähigkeit, terroristische Handlungen durchzuführen, in Verbindung gebracht wurden, liegt wahrscheinlich darin, dass Breiviks Persönlichkeit und seine Vorbereitungsmethoden abwichen von der herrschenden Meinung darüber, wer, was und wie jemand eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen könnte. Die Vorbereitung und Durchführung des Terroranschlags durch den Täter hat auf diese Weise grundlegende Schwachstellen und den Mangel an wirksamen Barrieren gegen Terrorismus in der norwegischen Gesellschaft aufgedeckt.“ (NOU 2012: 362).

In dem Bericht ist dokumentiert, dass Familienmitglieder und andere Bekannte von Breivik auf einige seiner Verhaltensweisen reagierten, sich aber nie an die Polizei wandten. Die Frage ist, ob der Polizeisicherheitsdienst (PST) Breiviks Pläne hätte entdecken können oder sollen. Die Kommission übte Kritik am PST, beispielsweise dahingehend, dass er bei seiner Terrorismusbekämpfung hauptsächlich den radikalen Islam als

Bedrohung sieht und dass er das Blog-Netzwerk, in dem Breivik aktiv war, bemerkte, es aber nicht als Bedrohung betrachtete. Die Kommission hinterfragte ebenfalls, warum die Überwachung von Hassreden die Aufgabe der örtlichen Polizei ist und nicht des PST. Es wird positiv angemerkt, dass der PST sich an der Ausstiegsarbeit für Rechtsextremisten beteiligt. Kritisiert wird, warum der PST sich nicht mehr auf Personen konzentriert, die Zutaten kaufen, aus denen sich Bomben herstellen lassen. Der Bericht stellt fest, dass der PST traditionell versucht, Menschen zu identifizieren, die terroristische Akte planen. Erst in einem zweiten Schritt ermittle er, ob sie auch die Fähigkeit besitzen, ihre Pläne umzusetzen, was den Zugang zu Waffen und anderer notwendiger Ausrüstung involviert. Der Handel mit legalen und illegalen Waffen sowie Chemikalien, d. h. allein der Aufbau der Fähigkeit, ist nicht Gegenstand der Arbeit des PST gewesen (NOU 2012: 370).

International gelten geheimdienstliche Ermittlungen zum Waffen- und Chemikalienhandel als erfolgversprechend. Global Shield ist ein internationales Terrorismusbekämpfungsprojekt, das im Sommer 2010 gestartet wurde. Es sollte den Export von 14 legal verkäuflichen Chemikalien untersuchen, die für ihre Verwendung bei der Herstellung improvisierter Sprengmittel bekannt sind. Außerdem sollte die Fähigkeit von Terroristen, solche Waffen zu erwerben, effektiver eingeschränkt werden. Im Rahmen dieser Aktion erhielt der PST im Jahr 2010 eine Liste mit Namen, auf der auch der Name Breiviks stand. Der PST schenkte der Liste damals wenig Beachtung. Lediglich der Polizeibeamte, der die Liste erhalten hatte, suchte im Archiv des PST nach einem der 41 Namen. Diese Person war jedoch im Register des PST nicht auffindbar.

Die Kommission kritisierte auch die mangelnde Kompetenz des PST im Hinblick auf Waffen und Kampfmittel. Angestellte sowohl des Zolls als auch der norwegischen Post hatten sich über die Zunahme des Transfers legaler Chemikalien von Polen nach Norwegen besorgt gezeigt und den PST gewarnt. Der Anschlag vom 22. Juli geschah bevor der PST dem Fall Beachtung schenkte.

6. Die aktuelle Situation

Die scharfe öffentliche Debatte über Einwanderung und umfassende Bedenken in Teilen der norwegischen Gesellschaft im Hinblick auf Immigration bereiteten Breiviks Terroranschlag den Boden.

Betrachtet man aber rechte Gruppierungen statt individueller Taten, stellt man fest, dass die Anzahl rechtsgerichteter Militanter in Norwegen nicht größer ist als vor einem Jahrzehnt. Tatsächlich haben sich die rechten Gruppen in Kristiansand, Hokksund und im Osloer Vorort Bøler verkleinert. Entweder existieren sie gar nicht mehr oder ihr Aktivitätslevel ist gering. Fraglich ist, ob das so bleibt. Es scheint, dass Breiviks Terroranschlag eher zu einer erhöhten als zu einer verminderten Aktivität rechtsextremistischer Gruppen geführt hat.

Wenn Rassismus und gewaltbereiter Extremismus in einer Gesellschaft nicht verbreitet sind, besteht immer die Chance, dass einige – tatsächlich vielleicht sogar die meisten – dieser Gruppen sich von selbst und ohne externes Eingreifen auflösen. Gleichzeitig ist unwiderlegbar, dass der vom Zweiten Weltkrieg verbliebene Anti-Nazi-Impfstoff an Wirkung verliert. Der Antiislamismus in allen westlichen Ländern gewinnt immer mehr Unterstützung, was rechtsextremistischen Gruppen den Anschein der Legitimität verleihen könnte. Generell ist der Rechtspopulismus in den vergangenen Jahren in ganz Europa erstarkt, auch in Norwegen (Fangen 2011).

Die in diesem Artikel beschriebenen Strategien haben alle ihre Grenzen. Die meisten Maßnahmen zielen nicht auf die Ursachen ab, die Rassismus, Intoleranz und eine menschenfeindliche Weltanschauung entstehen lassen. Rassismus vorzubeugen und Toleranz und demokratische Werte zu fördern, ist eine längerfristige und wesentlich kompliziertere Aufgabe. Wenngleich das Schulsystem für die Erfüllung dieser Aufgabe von entscheidender Bedeutung ist, muss die Verpflichtung auf demokratische Abläufe in vielen verschiedenen Situationen und auf unterschiedlichen Ebenen anerzogen werden.

Mehrere der untersuchten Strategien umfassen Interventionsformen auf Basis der Kommunen, die darauf abzielen, der Gründung rassistischer und gewaltbereiter Gruppen vorzubeugen und/oder bestehende Gruppierungen aufzulösen. Solche Strategien funktionieren weniger gut, wenn Rechtsextreme in Netzwerken agieren, die über Gemeindegrenzen hinausreichen, wie es bei Breivik der Fall war.

Mit der Nutzung von Handys und dem Internet haben sich neue Kommunikationsformen etabliert, weshalb sich die Situation heute stark von der in den frühen 1990er Jahren unterscheidet. Von jedem Punkt des Landes aus kann man mit Gleichgesinnten in aller Welt kommunizieren. Anstatt einer kleinen und anfälligen lokalen Gruppierung anzugehören, kann man sich rechten Bewegungen anschließen, die das Gefühl vermitteln, man habe eine weitreichende und wichtigere „Mission“. Dieses virtuelle Netz macht es Gleichgesinnten leichter, sich zu „treffen“ und Gefühle von Einigkeit und Zusammengehörigkeit hervorzurufen. Die Mobilisierung von Individuen für eine Art transnationale Kraft ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum die rechtsextreme Szene nicht noch mehr dahingeschwunden ist.

Eine weitere Unzulänglichkeit des gemeindebasierten Ansatzes im Kampf gegen Rechtsextremismus besteht darin, dass er nicht auf die professionelleren Organisationsstrukturen abzielt, die sich in letzter Zeit entwickelt haben. Außerdem kann er nicht jenen Musik- und Kulturbetrieb schwächen, der rassistische und gewaltbereite Subkulturen unterstützt.

Dennoch ist es wahrscheinlich möglich, einige der gemeindebasierten Methoden nach gewissen Anpassungen weiterhin anzuwenden. Obwohl die Extremisten auf den Straßen nicht mehr so sichtbar sind, wie sie es früher waren, und obwohl einige nur Einzelpersonen sind, die allein in ihren Zimmern sitzen und an einer gemeinsamen virtuellen Realität teilnehmen, sind sie nicht unbedingt vollständig isoliert. Es gibt Menschen um sie herum, die ihre Signale auffangen können. Wenn Lehrer und Jugendbetreuer wissen, auf welche Warnzeichen sie achten müssen, können sie dafür sorgen, dass gefährdete Personen schon im Frühstadium,

also bevor sie in extreme Gruppen abdriften, eine angemessene Aufmerksamkeit bekommen. Die Forschung über terroristische Einzeltäter zeigt, dass andere Menschen generell von „dem Groll, der extremistischen Ideologie, den Ansichten und/oder der Absicht der Person, zu Gewalt zu greifen“ wussten (Gill et al. 2012). Viele Rechte haben mit Persönlichkeitsstörungen zu kämpfen. Auch terroristische Einzeltäter nehmen vor ihrem Anschlag an „feststellbaren und beobachtbaren Aktivitäten“ teil.

Obwohl Interventionsstrategien gegen gewaltbereite und rassistische Gruppen auf Kommunalebene das Problem des Rechtsextremismus nicht ein für alle Mal lösen werden, bewältigen sie doch einen Aspekt des Problems. Der Gemeindeansatz wird wichtig bleiben, so lange extremistische Gruppen lokal operieren. Sofern Mitglieder extremistischer Gruppen den Großteil ihres Lebens in nachbarschaftlicher und kleinstädtischer Umgebung verbringen, werden sie wahrscheinlich auch ihre Rekrutierungsarbeit dort leisten. Will man sie wieder in die Gesellschaft integrieren, so sollte das an ihrem Wohnort passieren, wo sie Bindungen haben. Die einzige Ausnahme sind Fälle, in denen sich eine gefährdete Person eine andere Identität schaffen und an einem anderen Ort neu beginnen will.

Es wäre einfach, die örtlichen Interventionen in Norwegen als Versuche abzutun, kleinere Buschfeuer zu löschen. Es gibt keine Wunderwaffen, die rassistische und menschenfeindliche Einstellungen und gewaltbereites Verhalten ein für alle Mal auslöschen können. Deshalb bleibt die örtliche Intervention ein nützliches Werkzeug für die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Doch sie ist nicht das einzige Werkzeug, das uns zur Verfügung steht.

Wir müssen uns vor allem auf präventive Maßnahmen konzentrieren, um Einfluss auf junge Menschen zu nehmen, um sie toleranter zu machen und um sie von Anfang an vor Ausgrenzung zu bewahren. Des Weiteren ist es wichtig, das Bewusstsein unter Fachleuten wie Polizeibeamten, Jugendarbeitern und Lehrern für die Anzeichen eines bevorstehenden Abdriftens in den Extremismus zu schärfen. Das Wissen sollte zwischen den Fachleuten, die alle ein Interesse am Wohl der Jugendlichen haben, und den Eltern ausgetauscht werden.

Im Bereich der repressiven Maßnahmen ist es nach Terroranschlägen einfach, mehr Überwachung, mehr Videokameras und mehr Kontrolle zu fordern. Dennoch finden wir, dass es wichtiger ist, dass die Polizei sich darum bemüht, Informationen aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen, um sich ein umfassenderes Bild der Ereignisse zu machen. Wenn beispielsweise jemand Zutat kauft, die sich zum Bombenbau eignen, sollten Sicherheitsbehörden nachforschen, ob der Käufer extremistische Ansichten hat. In diesem Fall sollte es möglich sein, gefährliche Individuen unter relativ strenger Überwachung zu halten, um Anschläge schon in der Planungsphase zu verhindern. Die Verknüpfung von Hassverbrechen und Terrorismus ist ein wichtiges Gebiet, das weitergehender Erforschung und Aufmerksamkeit seitens der Polizei bedarf.

Generell sollten sich Präventionsstrategien mehr auf das Sammeln und den Austausch von Informationen konzentrieren, insbesondere über verschiedene Polizeibehörden und Berufsverbände hinweg. Unsere Idealvorstellung ist, dass Anzeichen von Rechtsextremismus auf lokaler Ebene oder in der virtuellen Welt des Internets nicht unentdeckt und ungemeldet bleiben. Außerdem sollte mehr darauf geachtet werden, wer gefährliche Waffen und Chemikalien kauft und ob diese Person sich im Internet oder in anderen Bereichen extremistisch geäußert hat. Zusätzlich sollte man die langfristigen Ziele der Förderung der Demokratie in den Schulen nicht außer Acht lassen. Es sollte fortlaufend daran gearbeitet werden, Rassismus auf lokaler Ebene aufzuspüren und ihm vorzubeugen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Aho, James A. (1994): *This Thing of Darkness: A Sociology of the Enemy*. Seattle and London: University of Washington Press.
- Bjørge, Tore (1997): *Racist and Right-Wing Violence in Scandinavia*. Oslo: Tano Aschehoug.
- Bjørge, Tore und Yngve Carlsson (1999): *Vold, rasisme og ungdomsgjenger*. Oslo: Tano Aschehoug.
- Bjørge, Tore, Yngve Carlsson und Thomas Haaland (2001): *Generalisert hat – polariserte fellesskap*. Oslo: Norsk institutt for by- og regionforskning (NIBR), pluss-4.
- Carlsson, Yngve (1995): *Aksjonsplan Brumunddal – ga den resultater?* Oslo: NIBR-rapport, 13.
- Carlsson, Yngve und Thomas Haaland (2004): *Voldelige ungdomsgrupper – intervension på kommunenivå*. Oslo: NIBR-rapport, 20.
- Carlsson, Yngve (2005): *Tett på gjengen*. Oslo: NIBR-rapport, 14.
- Carlsson, Yngve (2006): „Violent Right-Wing Extremism in Norway: Community Based Prevention and Intervention“. In: Peter Rieker, Michaela Glaser und Silke Schuster (Hg.): *Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective*. Halle: Deutsches Jugendinstitut, S. 12–29.
- Cohen, Stanley (1985): *Visions of Social Control: Crime, Punishment and Classification*. Cambridge: Polity Press.
- Eidheim, Frøydis (1993): *Hva har skjedd i Brumunddal. Lokalsamfunnet i møte med de fremmede og seg selv*. Oslo: NIBR-rapport, 20.
- Fangen, Katrine (1995): *Skinheads i rødt, hvitt og blått*. Program for ungdomsforskning (UNGforsk) rapport.
- Fangen, Katrine (1998): „Living out our Ethnic Instincts: Ideological Beliefs among Right-Wing Activists in Norway“. In: Jeffrey Kaplan und Tore Bjørge (Hg.): *Nation and Race: The Developing Euro-American Racist Subculture*. Boston: Northeastern University Press, S. 202–230.
- Fangen, Katrine (1999): *Pride and Power: A Sociological Interpretation of the Norwegian Radical Nationalist Underground Movement*. Doktorarbeit zum Dr. Polit., Abteilung für Soziologie und Humangeographie, Universität Oslo.
- Fangen, Katrine (2001): *En bok om nynazisme*. Oslo: Universitetsforlaget, S. 26–44.

- Fangen, Katrine (2012): „Mellom konspirasjonsteori og galskap“. In: Svein Østerud (Hg.): *22. juli: Forstå, forklare, forebygge*. Oslo: Abstrakt forlag.
- Gill, Paul (2012): *Tracing the Motivations and Antecedent Behaviours of Lone-Actor Terrorism*. Pennsylvania: International centre for the study of terrorism.
- Hammerlin, Joakim (2011): *Terror og demokrati: Fra 11. september til 22. juli*. Oslo: Manifest.
- Kellner, Douglas (2012): „The Dark Side of the Spectacle: Terror in Norway and the U.K.“. In: *Cultural Politics*, Jg. 8, Nr. 1, S. 1–43.
- Lynen von Berg, Heinz (2004): „Die Evaluierung der Mobilen Beratungsteams des CIVITAS-Programms. Eine kritische Betrachtung ausgewählter Ergebnisse. Teil 2.“ In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, Jg. 6, Nr. 2, S. 101–138.
- Meld. St. 21 (2012-13): *Terrorberedskap: Oppfølging av NOU 2012:14 Rapport fra 22. juli-kommisjonen*. Oslo: Norwegisches Ministerium für Justiz und Polizei.
- NOU (2012): *Rapport fra 22. Juli-kommisjonen, NOU-report no. 11*. Oslo: Departementenes servicesenter.
- Olsen, Tom (2011): *Nynazistiske miljøer: En studie av tilslutnings- og exitprosessen*. Masterarbeit in Sozialarbeit, Universität Stavanger.
- Pels, Trees und Doret J. de Ruyter (2012): The Influence of Education and Socialization on Radicalization: An Exploration of Theoretical Presumptions and Empirical Research. *Child Youth Care Forum* 41, S. 311–325
- PST (2013): *Trusler og sårbarheter 2013: Samordnet vurdering fra E-tjenesten, NSM og PST*. Oslo: Polizeisicherheitsdienst.
- Schwedischer Kriminalitätspräventionsrat (BRÅ) (2001): *Exit för avhoppa-ra. En uppföljning och utvärdering av verksamheten 1998–2001*.
- Storberget, Knut (2010): *Collective Security – a Shared Responsibility. Action Plan to Prevent Radicalization and Violent Extremism*. Oslo: Norwegisches Ministerium für Justiz und Polizei.
- Strømmen, Øyvind (2011): *Det mørke nettet*. Oslo: Cappelen
- Vindino, Lorenzo und James Brandon (2012): *Countering Radicalization in Europe*. ICSR-Bericht. London: International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence



Martin Schulz in der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. November 2009

Ein gemeinsames Europa der Vielfalt gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

Wir erleben derzeit gewiss die schwerste Krise seit Gründung der Europäischen Union. Langsam begreifen wir auch, welchen Preis wir für diese Krise wirklich zahlen. Die langfristigen Konsequenzen der Vernichtung unvorstellbarer Vermögenswerte kristallisieren sich immer klarer heraus: Der Raubbau an der Realwirtschaft, das beschädigte Vertrauen in die demokratischen Institutionen, das löchrig gewordene soziale Gewebe und der geschwächte Zusammenhalt in Europa. Wenn es uns nicht bald gelingt, die Krise zu überwinden, wird Europa dauerhaft Schaden nehmen.

In Griechenland und Spanien ist jeder zweite junge Mensch arbeitslos. Viele andere stecken in einer fatalen Spirale aus Praktika und Zeitverträgen fest. Immer häufiger wird von einer *verlorenen Generation* gesprochen. Das führt zu Enttäuschung, Frustration und Wut. Und es untergräbt das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und schafft einen Nährboden für rechtsextreme Organisationen und Parteien in weiten Teilen Europas.

Nachdem ich im Dezember 2012 gemeinsam mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, den Friedensnobelpreis für die Europäische Union in Oslo entgegengenommen habe, besuchte ich die Insel Utøya, die am 22. Juli 2011 zu einem Sinnbild des Schreckens geworden war. Anders Breivik, ein Einzeltäter, erschoss an diesem Tag 69 Jungsozialisten, die auf Utøya ihr traditionelles Ferienlager veranstalteten. Fassungslosigkeit, tiefer Schmerz und Trauer über die zahlreichen Opfer legten sich damals über Norwegen und über ganz Europa. Der

norwegische Premierminister, Jens Stoltenberg, reagierte auf diesen rechtsextremistischen Anschlag auf beeindruckende und beispielhafte Art und Weise: Er rief zu mehr Demokratie, Transparenz, Toleranz und Menschlichkeit auf. Und die norwegische Bevölkerung folgte seinem Aufruf.

Der Friedensnobelpreis als Auszeichnung und Mahnung

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten Arroganz, Neid und Misstrauen zu einer vergifteten Atmosphäre zwischen den Völkern, die sich in industrialisierten Kriegen entlud. Dass wir diese vergiftete Atmosphäre überwunden haben, ist eine Leistung, für die Europa zu Recht mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden ist. In der Begründung des Nobelpreiskomitees heißt es: „Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte, die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.“

All diese Errungenschaften Europas bekämpfen Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Noch immer herrscht viel Misstrauen in Europa. Es gibt Politiker, kluge Leute, gebildete, intellektuelle Kräfte, die bewusst rechts stehen. Die ganz geplant, gezielt und reflektiert rechtsextremistisch und rassistisch argumentieren. Zu ihrem politischen Konzept gehört die Ausgrenzung. Wir sollten uns keine Illusionen machen. Es gibt Kräfte in Europa, die den Hass auf Minderheiten schüren wollen, weil sie davon politisch profitieren. Die meisten tun das nicht offen, sondern auf subtile Weise.

Es gibt Menschen, die offen fremdenfeindlich und rassistisch sind und die man deshalb leicht identifizieren kann. Und es gibt Menschen, die wegen ihrer klugen, wohlgesetzten Worte zunächst nicht erkennbar rassistisch und fremdenfeindlich sind. Ihre Ziele aber sind die gleichen: Sie versuchen sehr entschlossen und bewusst, Minderheiten zu Sünden-

böcken zu machen. Wenn ich als Politiker behaupte, dass meine Nation an erster Stelle kommt, bedeutet das, dass alle anderen Nationen an zweiter Stelle kommen. Dann sind andere Nationen schon nachrangig gegenüber meiner eigenen Nation. Das ist relativ einfach und klingt in den Ohren vieler Menschen gut und patriotisch. Das Ziel einer solchen Argumentation mit einer derartigen Wortwahl ist in der Regel politisch programmatisch und strategisch geplant. Die Argumentation richtet sich an eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen, nämlich an Wähler in einer schwierigen sozialen Lage, die Probleme haben, mit dem Alltag klarzukommen und die keine ausreichenden Antworten auf ihre zahlreichen Fragen bekommen. Die Schwierigkeiten des Lebens werden ihnen von den Rechtsextremen und Rechtspopulisten dann so erklärt: „Die anderen, die da, die sind schuld.“

Der der EU im Dezember 2012 verliehene Friedensnobelpreis ist daher nicht nur als Anerkennung für unsere historischen Leistungen zu verstehen. Vielmehr müssen wir ihn als Aufforderung und Mahnung begreifen, die Europäische Union aus ihrer demokratischen Legitimationskrise zu führen. Voraussetzung dafür ist ein Bekenntnis zur europäischen Idee, zu mehr Demokratie, zur aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft. Eine weitere wichtige Grundlage ist die geschlossene Empörung, wenn rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in nationale Parlamente und das Europäische Parlament einziehen.

Europa ist den Rechten ein Dorn im Auge

Die Europäische Union ist den Rechten und Populisten schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Die Grundidee der europäischen Integration, die auf transnationaler Solidarität beruht, lehnen Rechte ab. Sie glauben an den Nationalstaat, der Sicherheit im Inneren und Schutz vor äußeren Bedrohungen gewährleisten soll. Die Antwort der Rechtsextremisten auf jegliche Probleme ist, dass man die Grenzen wieder hochziehen und sich abschotten könne vor einer Welt, die wegen der fortschreitenden Globalisierung von vielen als bedrohlich wahrgenommen wird.

Rechte und Rechtspopulisten spielen mit der Angst vor dem Fremden und zündeln mit Begriffen wie Überfremdung. Sie unterstellen eine Homogenität der Gesellschaften, die es nie gegeben hat. Sie fühlen sich in modernen Gesellschaften unwohl, die immer heterogener werden, weil traditionelle Orientierungen und soziale Milieus sich auflösen, die Rollen der Geschlechter sich verändern und die ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten sich vervielfältigen. Sie vermissen die scheinbar einfachen, klaren Lösungen.

Rechtspopulisten sind Menschen, die Angst vor der globalisierten Welt haben und in ihr nicht klarkommen. Weil sie sich das nicht eingestehen wollen, brauchen sie jemanden, der Schuld an dem Elend ist, das sie wahrnehmen. Dieser Sündenbock ist nicht immer der gleiche. Bei den Nationalsozialisten waren es Juden, Sinti und Roma, Linke, Homosexuelle und unheilbar Kranke, die nicht nur für alles Schlechte in der Welt verantwortlich gemacht, sondern zudem mittels einer beispiellosen Vernichtungsmaschinerie ermordet wurden. In den 1960er-Jahren waren es die sogenannten Gastarbeiter, die für Arbeitslosigkeit, Werteverfall und hohe Kriminalitätsraten verantwortlich gemacht wurden. Nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 wurden plötzlich „die Muslime“ von vielen Seiten angefeindet. Seit 2008 sind zu all diesen Gruppen noch die „Eurokraten“ hinzugefügt worden, die angeblich einen teuflischen Plan aushecken, um die freien Länder Europas in eine Art „EUdSSR“ zu verwandeln.

Indirekter Einfluss und Agenda-SettingHier gibt es Anlass zur Sorge. Die Rechtspopulisten geben sich in ihren Aussagen zwar betont naiv und rechtfertigen ihre Tabubrüche mit einer vermeintlichender Meinungsfreiheit („Man wird doch wohl noch sagen dürfen!“), doch zielen ihre Provokationen einzig darauf ab, die Stimmung in den Ländern in denen sie agitierendezielt aufzuheizen. Dadurch beeinflussen sie Regierungen, entweder mittelbar oder sogar unmittelbar durch die Übernahme von Regierungsverantwortung. „Die politische Effektivität der Rechtspopulisten“, beschreibt die Friedrich Ebert Stiftung in einer Studie, „misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in

gesellschaftspolitischen sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda-Setting bleiben ihre größten Erfolge.“¹ Immer wieder gelingt es populistischen Parteien, den öffentlichen Diskurs in die von ihnen gewünschte Richtung zu drängen, in dem sich dann die etablierten Parteien bewegen.

Derweil haben Rechtspopulisten ihre Strategien verändert. Sie sind geschmeidiger und erfolgreicher geworden. In den Niederlanden, in Finnland, Österreich, Italien, Frankreich, Schweden, Dänemark, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, in Ungarn und in der Schweiz haben rechtspopulistische Parteien einen zum Teil erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung und sogar auf das Regierungshandeln. Die neue „Geschmeidigkeit“ zeigt sich auch an der Themenwahl: Die klassische „Ausländer raus“-Hetze wurde durch ein Islam-Bashing ersetzt, das sich oft als Menschenrechtsdiskurs tarnt. Da machen sich Rechtspopulisten plötzlich Sorgen um die Rolle der Frau im Islam und erklären die Burka zu einer zentralen Gefahr für unsere Gesellschaft. Mit derselben Logik spielen sie sich als Verfechter von Demokratie und Meinungsfreiheit auf und empören sich darüber, dass diese Werte in der islamischen Welt fehlten. Welch eine heuchlerische Position, wenn man sich erinnert, dass gerade Rechtspopulisten immer wieder versuchen, Meinungsfreiheit und Demokratie einzuschränken. Außerdem wollen Rechtspopulisten die populären Themen beispielsweise der Occupy-Wall-Street-Bewegung kapern, indem sie globalisierungskritische Positionen übernehmen und die Globalisierung pauschal und undifferenziert für Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit verantwortlich machen. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung heißt es über die Positionierung der Rechtspopulisten: „Sie propagieren die Illusion einer kleinen, intakten Welt, die vor globalen Wirtschaftszyklen geschützt werden kann.“² Ihr trauriges PR-Meisterstück vollzogen viele Rechtspopulisten schließlich, als die Krise in Europa ausbrach. In einem atemberaubenden Tempo wurde das Islam-Bashing mit dem Europa-Bashing ergänzt.

1 Bauer, Werner T.: Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? Berlin 2010: 15.

2 Hartleb, Florian: Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Berlin 2011: 31.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Europäischen Parlament

Seit den Wahlerfolgen des Front National unter Jean-Marie Le Pen Mitte der 1980er-Jahre sind rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in ganz Europa zur festen politischen Größe geworden. In vielen Ländern erhalten sie auf der nationalen Ebene zwischen zehn und 20 % der Wählerstimmen. Seit Mitte der 1990er-Jahre spielen sie auch wieder eine Rolle in der nationalen Politik Mittel- und Osteuropas. In vielen Ländern haben es rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien sogar in die Regierung geschafft. Die vielerorts geäußerte Hoffnung, die Rechtsextremen würden durch eine Regierungsbeteiligung „entzaubert“, hat sich nicht erfüllt. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wirken inzwischen nicht nur auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene mit, sondern auch in der Europapolitik.

Die Präsenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im Europäischen Parlament, die seit 1979 kontinuierlich gewachsen und nur 1999 leicht zurückgegangen ist, ist erst einmal ein Paradox – negiert ihre Weltanschauung doch die Werte des europäischen Friedensprojekts. Programatisch gibt es unter ihnen genügend Übereinstimmungen für eine koordinierte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Gerade die ausgesprochen europaskeptische bzw. europafeindliche Haltung, die Ablehnung der Einwanderung, der multikulturellen Gesellschaft und der Globalisierung könnten als Eckpfeiler einer potenziell erfolgreichen Kooperation dienen. Die Kommunikation zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ist ohne Zweifel gewachsen, aber sie ist größtenteils unverbindlich und unstrukturiert. Daher kann bislang nicht von einer Euro-Rechten als einem handlungsfähigen politischen Akteur gesprochen werden. Der Institutionalisierungsgrad der Rechten in Europa ist gering, denn es ist ihnen bisher nicht gelungen, eine einheitliche Ideologie, verbindliche Strukturen oder internationale Organisationen zu schaffen, insbesondere wegen der fehlenden ideologischen Rechtfertigung für internationale Kooperationen. Führungsstreitigkeiten, ideologische Unterschiede und nationale Sonderinteressen haben bislang über pragmatische Kooperationserwägungen triumphiert.

Eine gemeinsame Anti-Haltung

Somit ist der Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auf europäischer Ebene bislang vor allem eine Protestbewegung und zum Glück noch keine koordinierte politische Kraft. Die Rechten sind in erster Linie durch eine gemeinsame Anti-Haltung verbunden: durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, durch Demokratie- und Parlamentarismuskritik. Sie rechtfertigen sich insbesondere mit Gegenpositionen zur Globalisierung, zu Integration und Immigration.

Europa ist gerade wegen seiner Errungenschaften, der Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume und seines supranationalen Charakters sowie der EU-Kandidatur der Türkei zu einem der Hauptangriffsziele des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus geworden. In einer Plenaransprache am 19. Februar 2008 in Straßburg äußerte sich der Vorsitzende des Front National Jean-Marie Le Pen paradigmatisch für die Haltung der Rechten zu Europa: „Jahrtausendealte, angesehene Nationen werden so zugunsten einer konstruktivistischen Utopie geopfert, die sie wehrlos den unheilvollen Folgen der Globalisierung und des zügellosen Liberalismus aussetzt: der Masseneinwanderung, der Unsicherheit, dem wirtschaftlichen Ruin, der sozialen Katastrophe, dem moralischen und kulturellen Verfall.“

Le Pens nicht nur europaskeptische, sondern sogar europafeindliche Haltung ist unverkennbar und bezieht sich insbesondere auf den Charakter Europas als supranationale Institution und multikulturelle Gesellschaft, die angeblich die nationale Unabhängigkeit gefährden. In der gleichen Plenarrede erklärte Le Pen: „Der nationale Widerstand wird damit legitim; er ist für die Bürger ein Recht, für die Patrioten eine Pflicht.“ Die Europa-Feinde inszenieren sich als Widerstandskämpfer gegen den „totalitären Superstaat“ EU. Eine vermeintlich jahrtausendealte „naturwüchsige“ nationale Kultur wird dem als konstruiert bezeichneten Charakter Europas gegenübergestellt. Ihr Modell eines „Europas der Vaterländer“ bzw. eines „Europas der Völker“ wollen die Rechten dem „Völkergefängnis“ EU, in dem Menschen verschiedener Sprachen, Religionen und Kulturen zum Zusammenleben verdammt seien, entgegenhalten. Das Ziel

der EU-Feinde ist ein konföderales Europa, das auf unabhängigen Nationalkulturen gegründet ist. Wie genau diese Konföderation aussehen soll, wird selten spezifiziert. Einigkeit besteht nur in negativen Bezugspunkten, also darin, wie und was Europa nicht sein soll.

Aus der Anti-Haltung gegenüber der EU erwächst auch die Ablehnung einer Vertiefung der europäischen Integration und des Lissabonner Vertrags. Le Pen bezeichnete die Verfassungsgebende Versammlung in seiner Rede als „Kongress der Schande“ und erklärte, Versailles sei damit erneut zur Hochburg der Aufgabe der französischen Souveränität geworden.

Die Ablehnung der europäischen Integration als vermeintliche Wegbereiterin der Globalisierung wird von den Rechten häufig als Verteidigung der europäischen Kultur und der nationalen Identität dargestellt. Wird Europa verteidigt, dann als Kampfbegriff, als ein „Christliches Abendland“, das es gegen äußere Feinde und Bedrohungen zu bewahren gilt, oder als eurozentristisches Konzept eines „weißen Europas“. Die Rechten verteidigen Europa dann wahlweise gegen den Islam, die USA, die Globalisierung oder die multikulturelle Gesellschaft. Das implizite Ziel dabei ist ein ethnisch homogenes und ökonomisch autarkes Europa der „weißen Rasse“. Eine Mitgliedschaft der Türkei wird von allen Parteien der Euro-Rechten abgelehnt, da Europa für sie ein christliches Konzept ist.

Gerade die Globalisierung eignet sich besonders gut als Projektionsfläche der Rechtsextremen und Rechtspopulisten, um sich als Bewahrer der Nation zu inszenieren. Die Nation als Gemeinschaft mit gemeinsamer Sprache, Geschichte, Tradition und Kultur wird einer universalistischen Weltkultur gegenübergestellt, die alle Differenzen in Homogenität aufzulösen sucht. Die Rechten propagieren die illusionäre Lösung einer Abkopplung von der Globalisierung, sowohl um die nationale Identität zu bewahren, als auch um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Der protektionistische und ethnisch homogene Nationalstaat soll in einem Zeitalter, in dem Gesellschaften und Staaten immer enger zusammenrücken und in wechselseitiger Abhängigkeit verbunden sind, Schutz vor kultureller, politischer und sozialer Einwirkung bieten.

Aus der Forderung eines Zu- und Einwanderungsstopps folgt oftmals die rechtliche Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen und den Sozialsystemen. Aus der Bevorzugung der Angehörigen der eigenen Nation folgt die Schlechterstellung von Immigranten. In der Konstruktion dieser perversen Kausalkette und der daraus folgenden rechtlichen Ungleichbehandlung von Menschen liegt das Bedrohungspotenzial des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus. Dieser Provokation der Zivilgesellschaft und der Aushöhlung unserer Werte- und Rechtsgemeinschaft müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Probleme der Rechten in Europa – Chancen für Gegenstrategien

Die Kooperation und der Zusammenschluss rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien auf europäischer Ebene ist zunächst ein Widerspruch, verlangt „die Internationale der Nationalisten“ doch, dass sich Anti-Europäer zu einer europäischen Bewegung vereinigen und Nationalisten bereit sind, sich supranational zu organisieren.

Die rechten Parteien im Europäischen Parlament bilden derzeit keinen homogenen politischen Block. Die aufgrund unterschiedlicher nationaler Traditionen divergierenden Nationen- und Nationalismusverständnisse erschweren die europaweite Kooperation rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte. Die Vertreter eines ethnischen Nationenmodells wollen ein „Europa der Völker“, das auf ethnischen Gemeinschaften und Nationen und nicht auf bestehenden Staaten aufbaut, während die Vertreter des Nationalstaatsmodells der etatistischen Linie eines „Europas der Vaterländer“ folgen. Diese Ideologiedifferenz ist in der Vergangenheit eine nicht versiegender Quelle der Spannungen und Streitigkeiten innerhalb der Euro-Rechten gewesen.

2007 beispielsweise formierte sich eine faschistische Fraktion im Europäischen Parlament, deren Vorsitzender der französische Abgeordnete Bruno Gollnisch war, der Auschwitz als zu vernachlässigendes Detail der Weltgeschichte bezeichnete. Gescheitert ist diese Fraktion noch im ersten Jahr ihres Bestehens daran, dass Alexandra Mussolini, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, es nicht hinnehmen wollte, dass sich die Partei

Romania Mare, die rechtsextremistische Groß-Rumänien-Partei die ebenfalls in dieser Fraktion saß, gegen die Stigmatisierung von Rumänen und deren Gleichsetzung mit Roma in Italien wehrte. Dieser Fall führt deutlich vor Augen, dass die Bildung einer internationalen Fraktion der Ultranationalisten nicht funktioniert.

Genau hier können wir ansetzen, um rechte Parteien als extrem, ultranationalistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich, islamophob und homophob kenntlichzumachen. Wir können festhalten, dass es diesen Parteien bisher kaum gelungen ist, sich im politischen Bereich auf eine Weise zu vernetzen, die es ihnen erlauben würde, die Instrumentarien einer transnationalen Demokratie gegen die transnationale Demokratie selbst einzusetzen. Mit dieser Feststellung soll jedoch mitnichten die bereits vorhandene Vernetzung der gewaltbereiten, flexiblen, im freien Europa relativ schnell einsatzfähigen multinationalen Faschistengruppen verharmlost werden, auf die ebenfalls reagiert werden muss.

Wir haben im demokratischen Spektrum eine große Chance: Durch die Separierung der einzelnen Gruppen, die Offenlegung ihrer inneren Widersprüche sowie durch das Insistieren auf einer geschlossenen Verteidigungslinie zugunsten der für alle geltenden demokratischen Grundwerte kann das Vordringen der rechten Kräfte verhindert werden.

Das europäische Gesellschaftsmodell verteidigen

Europa ist eine Idee. Diese Idee unterscheidet sich von den Ideen in anderen Regionen der Welt. Europa ist die Idee einer offenen, toleranten, solidarischen und demokratischen Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird und in der es trotz kultureller Vielfalt eine Einheit geben kann. Auf dieser Idee beruht unser europäisches Gesellschaftsmodell. Dieses gilt es mit aller Macht gegen jeden Angriff von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zu verteidigen.

Unser europäisches Gesellschaftsmodell ist sozial und es ist demokratisch. Das ist nicht parteipolitisch gemeint, sondern ganz grundsätzlich. Der Sozialphilosoph Oskar Negt hat das Modell in einer kleinen Streit-

schrift wie folgt auf den Punkt gebracht: „Es sind die sozialstaatlichen Errungenschaften, die den europäischen Demokratien ihre Stabilität verliehen haben; Humanisierung der Arbeitsverhältnisse, Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Lebenszeit, Sicherung der Renten und der allgemeinen Gesundheitsvorsorge. All dies und viele andere Faktoren haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Demokratie als Lebensform so lange Bestand hat – über ein halbes Jahrhundert.“ Wir selbst mögen die Vorzüge unseres Modells oft nicht mehr erkennen. Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, lautet ein deutsches Sprichwort, und dieses Bild trifft es ziemlich gut.

Wenn in den Zeiten der Krisenbekämpfung propagiert wird, man müsse zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedsländer die Axt an unser soziales Gesellschaftsmodell anlegen, dürfen wir eines nicht vergessen. Unsere soziale Marktwirtschaft wurde in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg von Politikern aufgebaut, die zweierlei erkannt hatten: Erstens, Märkte brauchen einen politischen Ordnungsrahmen. Zweitens, all das, was wir als unser Sozialmodell verstehen – Zugang zu Bildung, Gesundheit, progressive Besteuerung, Mitbestimmung, Renten und Arbeitslosenversicherungen – sind die besten Stabilisierungsmaßnahmen für Demokratien, das beste Bollwerk gegen politischen Extremismus.

Werteorientierter Staatenverbund

Wichtig im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist, dass sich die Europäische Union ihres Charakters als wertorientierter Staatenverbund erinnert, der seine Werte verteidigen darf, ja verteidigen muss. Die EU wird immer wieder angegriffen, auch im Zeichen eines Kulturrelativismus, der die Universalität von Grund- und Menschenrechten anzweifelt. Deshalb wäre es grundfalsch, das europäische Modell, das ausdrücklich ein auf sozialen Ausgleich angelegtes Gesellschaftsmodell ist, im Wettstreit mit den aufstrebenden Staaten als antiquiert aufzugeben. In diesem Fall hätten die Menschen in Europa sofort verloren und die Menschen weltweit wären einer Hoffnung, wie man Zusammenleben friedlich und gerecht gestalten kann, beraubt.

Der europäische Einigungsprozess war die Antwort auf den Faschismus, den Militarismus und den Ultranationalismus, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Vernichtung von Millionen Menschen und die Verwüstung eines ganzen Kontinents verschuldet hatten. Die Geschichte Deutschlands in jener Zeit ist geprägt von den zivilisatorisch tiefsten Abgründen der Menschheitsgeschichte. Daher habe ich es mir als deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament zur Aufgabe gemacht, immer dann, wenn ich das Gefühl habe, dass Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland berührt ist, meine Stimme zu erheben. Denn der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist das beste Programm gegen Rassismus, Antisemitismus, den Hass auf Minderheiten sowie Fremdenfeindlichkeit, mit denen wir in Europa leider immer noch zu kämpfen haben.

Kampf für soziale Gerechtigkeit

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft und gleichberechtigten Zugang zu Bildung ist eine weitere zentrale Strategie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Es muss unser Ziel sein, den Menschen zu vermitteln, dass wir ihnen Arbeit in Aussicht stellen wollen und ihnen und ihren Kindern Zukunftsperspektiven eröffnen möchten. Es geht darum, soziale Solidarität zu verwirklichen, denn der innere Zusammenhalt einer Gesellschaft hängt vom individuellen Gefühl ab, dass es in dieser Gesellschaft gerecht und solidarisch zugeht.

Wenn sich die demokratischen Parteien nicht darum kümmern, dann überlassen wir die Menschen mit ihrer Verzweiflung und mit ihrem Gefühl des Verlassenseins den rechten Verführern. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden dann wirklich gefährlich, wenn sie Massenbasis gewinnen und sich weite Teile der Bevölkerung den Argumenten der Rechtsextremisten öffnen.

Unsere zentrale Aufgabe ist es deshalb, den Menschen zu zeigen, dass wir für soziale Gerechtigkeit und für gleiche Teilhabe am Wohlstand der Nation und der Nationen insgesamt kämpfen. Wir müssen diesen Menschen das Gefühl geben, dass sie nicht verlassen sind; das Gefühl, dass es

in der Demokratie Kräfte gibt, die sich um sie kümmern; das Gefühl, dass die demokratischen Parteien sagen „Das Schicksal der Menschen ist uns nicht egal“, im Gegenteil, „der Schutz der Menschen ist unsere zentrale Aufgabe“. Das ist ein wesentlicher Beitrag gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und wer, wenn nicht Europa, soll in einer Welt, in der wir in Konkurrenz zu anderen Weltregionen stehen, für Wohlstand und sozialen Ausgleich sorgen? Nur ein gemeinsames, nur ein geeintes Europa wird in der Lage sein, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Der Wunsch nach einem Rückzug in die vermeintliche nationalstaatliche Idylle, wie ihn die Rechte propagiert, ist ein Irrweg. Abschottung verspricht keine Lösung, denn wir hängen existenziell voneinander ab.

Kampf um Bildungsgerechtigkeit

Wir sind in eine völlig neue Phase der Geschichte eingetreten, die der Entgrenzung von Ökonomie und Politik. Die Welt ist komplizierter geworden, sie zu verstehen ist schwieriger als früher. Wer heute die Komplexität des ökonomischen, des finanzwirtschaftlichen und des politischen Handelns verstehen will, braucht viel mehr Informationen und einen Zugang zu diesen viel notwendiger als bisher. Deshalb sind Bildung und Qualifizierung mehr denn je wichtige Schlüssel, um die Welt zu verstehen.

Menschen dürfen deshalb nicht von Bildung ausgeschlossen werden. In Europa gibt es immer mehr private Schulen und Universitäten, die nur reichen Familien zugänglich sind. Das ist gefährlich, denn Bildung darf keine Frage des Portemonnaies der Eltern sein. Wer die Welt verstehen, wer sich in der Welt behaupten will, der muss das tun können, unabhängig davon, welches Einkommen die Eltern haben. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung jeder Schicht, jedem Kind, jedem jungen Mann, jeder jungen Frau gleichermaßen offen steht.

Gebildete Menschen brauchen keinen artifiziellen, virtuellen Feind, auf den sie ihre Vorurteile projizieren können. Im Gegenteil, sie haben das Instrument, um mit jedem anderen gemeinsam die Herausforderungen der modernen Welt zu bewältigen. Deshalb ist die Frage der Bildungs-

gerechtigkeit neben der der sozialen Gerechtigkeit ein wichtiger Schlüssel zur Lösung der zentralen Probleme des 21. Jahrhunderts und im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Wer erfahren hat, was eine andere Kultur ist, wer verschiedene Sprachen spricht, wer Literatur konsumiert, wer Filme aus anderen Ländern schaut, wer ein Museum besucht und begreift, was dort ausgestellt ist, der kann andere Menschen besser verstehen, der versteht auch Minderheiten, bekommt einen Zugang zu anderen Kulturen und ist weniger anfällig für Rassismus.

Die Rechten wollen das nicht. Sie wollen nach wie vor eine elitäre Bildung, sodass ihre Kinder zukünftig Schlüsselfunktionen in Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kultur besetzen können. Diese Ungerechtigkeit trägt immer den Kern der Spaltung und diese Spaltung immer den Kern des Kampfes gegeneinander und gegen Minderheiten in sich. Deshalb ist der Kampf um soziale Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft und um gleichberechtigten Zugang zu Bildung ein wichtiges Programm gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Vielfalt und Vielfältigkeit

Europas Stärke ist seine Vielfalt, seine unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Traditionen. Wir dürfen nie zulassen, dass die Vielfältigkeit Europas, der Gesellschaften und der Völker nicht respektiert wird, wie es etwa durch die Vereinfachung „es gibt uns und die anderen“ geschehen würde. Nein, es gibt immer sehr viele unterschiedliche Menschen mit ganz vielen unterschiedlichen Herkunft und Hintergründen. Wenn wir jedem einzelnen dieser Menschen gerecht werden wollen – und das ist ja unser Ziel, unser Anspruch – dann müssen wir ein Schwarz-Weiß-Denken ausschließen. Wir müssen versuchen, jedem Einzelnen unter Würdigung seiner ganz spezifischen, individuellen Voraussetzung seinen Platz in der Gesellschaft zu sichern.

Dazu ist es allerdings nötig, dass jeder Einzelne in seiner Individualität den Anspruch der Gesellschaft als Ganzes respektiert. Es gibt Menschen-

rechte, aber es gibt auch Menschenpflichten. Zu den Pflichten der Menschen gehören auch Solidarität, Gerechtigkeit und Respekt vor der Freiheit des Anderen. Wer diese Werte respektiert, der hat seinen Platz in der Gesellschaft. Wer das jedoch nicht tut, stellt die Gesellschaft in Frage. Das sind in der Regel diejenigen, die bestimmte Teile der Bevölkerung gesellschaftlich ausgrenzen wollen, seien es die Schwarzen, Juden, Roma und Sinti, oder die Homosexuellen.

Keine Demokratie ohne aktive Zivilgesellschaft

Ohne eine aktive Zivilgesellschaft funktioniert eine Demokratie, funktioniert der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht. Ein Gemeinwesen braucht Bürger, die sich engagieren. Ein Staat existiert nicht neben den Menschen, wie das viele Beamte früher dachten und dementsprechend die deutschen „Staatsangehörigen“ im schlimmsten Fall als Untertanen und im besten Fall als Schutzbefohlene behandelten. Nein, ein Staat konstituiert sich aus seinen Bürgern, die als Einzelne oder gemeinschaftlich ihren Beitrag für das Zusammenleben leisten. Das sind die Mitglieder der Eine-Welt-Gruppen genauso wie die Helfer der DLRG, die Sänger im Kirchenchor ebenso wie die ehrenamtlichen Feuerwehrleute, die Aktivisten von Amnesty International und die Trainer der Sportvereine. Die Zivilgesellschaft ist kommunal, regional und national organisiert. Wir erleben sie an den unterschiedlichsten Orten – ob nun Gewerkschaften und Arbeitgeber über Löhne und Arbeitszeiten verhandeln oder Vertreter der Religionsgemeinschaften sich bei nationalen Integrationsgipfeln über ihre jeweiligen Wertvorstellungen austauschen. Diese Zivilgesellschaft handelt in öffentlichen Debatten die Themen aus, die die Menschen beschäftigen und sie bringt dabei ihre unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Expertisen ein. Am Ende eines solchen Diskussions- und Anhörungsprozesses muss dann politisch demokratisch entschieden werden. So kennen wir das in den Mitgliedsstaaten der EU.

Von einer europäischen Zivilgesellschaft hingegen spricht kaum jemand. Viele halten eine weitgehende Demokratisierung der EU schon deshalb für ausgeschlossen, weil es an einer europäischen Öffentlichkeit mangle, einer Öffentlichkeit, die nicht nur funktionierende demokratische

Institutionen wie ein Parlament braucht, sondern auch eine lebendige Zivilgesellschaft und aufmerksame Medien. Wie schafft man eine europäische Zivilgesellschaft? Oder existiert sie bereits, ohne dass wir sie richtig wahrnehmen? Schließlich befinden sich Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien und viele Nichtregierungsorganisationen mitten im Prozess der Europäisierung. Manche sind in diesem Prozess schon recht weit gekommen, andere haben noch einen weiten Weg vor sich.

Europa muss seine Demokratie stärken

Europa wird entweder demokratisch sein oder es wird scheitern. Im Umkehrschluss gilt: Ohne Europa wird unsere Demokratie scheitern. Genau das wollen die Rechtsextremisten. In einer Welt, in der mehr und mehr Lebensbereiche globalisiert sind, verschärft sich die Notwendigkeit, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Der Klimawandel, die Regulierung der Finanzmärkte, die Bekämpfung des Hungers, die Flüchtlingsproblematik und eine effektive Rüstungskontrolle können von einzelnen Staaten nicht bewältigt werden. Immer mehr Entscheidungen werden deshalb von Regierungschefs in internationalen Foren getroffen.

Selbst wenn es die EU morgen nicht mehr gäbe, bestünde dennoch die Notwendigkeit, dass europäische Staaten gemeinsam Lösungen finden. Deshalb würde ein Zerfall der EU ihren Mitgliedstaaten nicht die Souveränität und Handlungsfreiheit verschaffen, die sich die Europaskeptiker erhoffen. Wie alle anderen Länder auch sind die europäischen Staaten durch die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere völkerrechtliche Verträge in ihrer Souveränität eingeschränkt, unabhängig von der Existenz des europäischen Staatenverbundes.

Die EU ist der einzigartige Versuch, mittels einer politischen Union demokratische Prinzipien in die transnationalen Beziehungen einzuführen, also Demokratie auch in einer globalisierten, interdependenten Welt zu ermöglichen. Es sollte also bei den Diskussionen über die Existenz der EU weniger um die Frage gehen, ob wir durch die Rückkehr zum National-

staat unsere Souveränität wiedergewinnen könnten. Denn das kann nicht gelingen. Die eigentliche Frage lautet, wie wir die Demokratie in Zeiten der Globalisierung durch die EU zurückgewinnen können.

Komplexe Antworten auf komplexe Herausforderungen

Es gibt keinen einfachen Ausweg aus der Krise Europas. Und was immer Rechte und Populisten an Scheinlösungen anbieten – es wird nicht funktionieren. Wir werden uns die Mühe machen müssen, auf komplexe Herausforderungen komplexe Antworten zu finden. Denjenigen, die einfache Lösungen versprechen und immer schnell einen Sündenbock zur Hand haben, dürfen wir keinen Glauben schenken. Europa ist kompliziert und oft auch ärgerlich – das ist unstrittig. Es gibt Missstände in den europäischen Institutionen genauso wie in den Mitgliedsländern. Aber wer deswegen glaubt, es ginge ohne europäische Einigung besser, der liegt falsch. Denn jeder aufgedeckte Fehler in der EU, jede bürokratische Absurdität, über die wir spotten, ist ein Beweis, dass die Kontrolle funktioniert. Das muss man den Populisten entgegenhalten. Ich bin davon überzeugt, dass ein Scheitern der EU zu einem kaum kontrollierbaren Prozess führen würde, der alte Dämonen wieder zum Leben erweckt und einen dumpfen Nationalismus begünstigt. In der gegenwärtigen Krise deutet sich dies leider schon an.

Wenn es diesen Dämonen gelingt, in den Mitgliedstaaten zu einer Mehrheit zu gelangen, dann wird der Völker verbindende, transnationale Charakter der Europäischen Union und damit das erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte in Frage gestellt.

Wir brauchen die EU mehr denn je

Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die lange Zeit gebannt geglaubten Dämonen zurückkehren. Doch tumber Populismus gewinnt wieder an Boden. In vielen Mitgliedstaaten sind rechtsextreme Parteien auf dem Vormarsch: Geert Wilders *Freiheitspartei* in den Niederlanden, *Jobbik* in Ungarn, der *Front National* in Frankreich. Und wir lassen sie gewähren.

Für den Sieg des Bösen reiche die Untätigkeit der Guten, sagte der irische Staatsmann und Philosoph Edmund Burke. Freiheit und Demokratie müssen jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Wir alle müssen einschreiten gegen die Rückkehr von Denkweisen, die immer nur Unglück über die Völker Europas gebracht haben. Es sind Denkweisen, die auch die EU zu sprengen vermögen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union ist uns Mahnung und Ansporn zugleich. Mahnung, unser Erbe nicht zu verspielen. Ansporn, unsere Probleme zu lösen. Thorborn Jagland, der Generalsekretär des Europarates, hat den Auftrag des Friedensnobelpreises bei der Verleihung eindringlich formuliert: „Wir sind heute nicht hier versammelt, weil wir glauben, dass die EU perfekt ist. Wir sind in dem Glauben versammelt, dass wir hier in Europa unsere Probleme zusammen lösen müssen.“ Und daraus schlussfolgerte er: „Zu diesem Zweck brauchen wir Institutionen, die die notwendigen Kompromisse eingehen können. Wir brauchen Institutionen, um sicherzustellen, dass sich sowohl Nationalstaaten als auch Individuen in Selbstbeherrschung und Mäßigung üben. In einer Welt voller Gefahren sind Kompromiss, Selbstbeherrschung und Mäßigung die Hauptnotwendigkeiten im 21. Jahrhundert.“

Bündeln wir die Macht der 27, bald 28 Staaten der EU, unserer 500 Millionen Menschen und des reichsten Binnenmarkts der Welt, dann können wir etwas bewegen. Wir brauchen die EU heute mehr denn je. Wenn wir nicht zusammenhalten, wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen, dann driften wir in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit ab und büßen unsere Handlungsfähigkeit und unsere Demokratie ein.

Europa muss sich reformieren, damit seine Vielfalt und sein Gesellschaftsmodell auch im 21. Jahrhundert überleben können. Dafür müssen wir lernen, unsere Demokratie zu verbessern, und wir müssen lernen, unser spezifisches Gesellschaftsmodell zu stärken und zu verteidigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa dies schaffen kann.



Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bauer, Werner T. (2010): Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? Berlin, S. 15.
- Hartleb, Florian (2011): Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Berlin, S. 31.

Das narrative Prinzip: „Good Practice“-Interventionen im Kontext des Radicalisation Awareness Network (RAN)

Harald Weinböck

Verbrechen, die aus Rassenhass oder gruppenbezogenen Ressentiments begangen werden (Hassdelikte) sind die stärkste Form antisozialen Verhaltens, die das Gefüge freiheitlich-demokratischer Staaten zu zerstören drohen. Verbale und körperliche Attacken auf ausgewählte Gruppen, motiviert durch menschenverachtende Weltanschauungen mit politischem oder religiösem Hintergrund, untergraben die bürgerlichen Rechtsgrundsätze, auf die sich liberale und gewaltfreie Gesellschaften geeinigt haben. Im Gegensatz zu sexuellen Delikten und häuslicher Gewalt, die Wissenschaftler weitgehend erforscht haben und zu denen bereits Interventionsmaßnahmen entwickelt wurden, steckt die Auseinandersetzung mit gruppenbezogenen Hassdelikten bedauerlicherweise noch in den Kinderschuhen. Bisher wissen wir nicht sehr viel darüber, wie die Entwicklung von Feindbildern und Extremismuskarrieren bei gefährdeten Jugendlichen verhindert werden und wie ihren Neigungen, die von Diskriminierung über Schikane bis hin zu Gewalt und Terror reichen, entgegengesteuert werden kann. Weiterhin bedenklich ist unsere Unkenntnis darüber, wie gewalttätigen, extremistischen Botschaften im Internet und in der medialen Alltagskultur begegnet werden kann und wie eine wirkungsvolle Entschärfung aussehen könnte: d.h., wie sich „deradikalisierende Narrative“ herstellen ließen – und, wie der Umgang mit bereits existierenden sowie mit fiktionalen Mediannarrativen zu diesem Themenkomplex aussehen könnte (siehe Fußnoten 3,5). Aus diesem Grund gestaltet es sich als schwierig, die lähmenden und gefährdenden Auswirkungen intoleranter Ideologien auf das soziale Gemeinwesen und den Staat abzuwenden.

Das *Radicalization Awareness Network* (RAN), das die Europäische Kommission im September 2011, zehn Jahre nach den terroristischen Angriffen von 9/11, eingerichtet hat, ging davon aus, dass eine Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden allein nicht ausreicht, um gewalttätigem Extremismus und Terrorismus entgegenzuwirken. Die öffentliche Sicherheit macht es zudem erforderlich, ein entsprechendes Problembewusstsein in der Zivilgesellschaft auszubilden und spezielle Präventionsstrategien für Gruppen zu entwickeln, die für extremistische und gewalttätige Handlungsmuster anfällig sind. Daher vereinigt RAN, als Dachorganisation von lokalen Akteuren, politischen Entscheidungsträgern, Forschern, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Interventionsexperten aus der Praxis, die unterschiedlichsten Perspektiven und ist an zahlreichen sozialen Schauplätzen tätig. Innerhalb von RAN haben sich verschiedene Arbeitsgruppen herausgebildet, zu denen derzeit die Themenbereiche Community Policing, Deradikalisierung und Ausstiegsintervention („Derad“), inner- und außereuropäische Dimension (Diasporas), Internet und Social Media, (psychischer) Gesundheitsdienst, Prävention, Angebote für Haft- und Bewährungszeit und Opfer von Terrorismus zählen. Das gemeinsame Ziel dieser Arbeitsgruppen ist



Cecilia Malmström, EU-Komissarin für Inneres, nimmt an der Gründung des „Radicalisation Awareness Network“ teil.

der Austausch von Erfahrungen, Wissen und „Good Practice“-Beispielen sowie die Arbeit an Entwürfen für die konkrete Politikgestaltung der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

In der Vorbereitungsphase von RAN kamen die Experten aus den Mitgliedstaaten rasch darin überein, dass es vor allem die erfahrenen Praxisfachleute aus Nichtregierungs-Organisationen (NGOs, Vereine) sind, die bei der Durchführung von wirksamen pädagogischen und sozialtherapeutischen Interventionen für extremistisch und auf Gewalt orientierte junge Menschen eine tragende Rolle übernehmen sollten, wie auch in der entsprechenden Aufklärung der Öffentlichkeit sowie in der Schulung von Personal der staatlichen Organe. Die Praktiker aus dem Nichtregierungsbereich haben häufig einen ähnlichen biographischen Hintergrund wie ihre „Klienten“, und/oder es fällt ihnen leichter als den öffentlich Bediensteten, zu den schwer erreichbaren Milieus mit hohem Risikopotenzial Zugang zu finden, mit Sprache, Verhaltensweisen und kulturellen Narrativen von radikalisierten Personen umzugehen und in überzeugender Weise Diskretion zuzusichern. Dies unterstützt den Aufbau einer vertrauens- und wirkungsvollen Arbeitsbeziehung – unverzichtbare Bedingungen, wenn die deradikalisierende Entschärfung extremistischer Gewaltpotenziale überhaupt möglich werden soll. Es ist nicht überraschend, dass ebendiese Fachleute von Nichtregierungsorganisationen häufig weit bessere Erfolgsraten mit geringerem Kostenaufwand erzielen - als z.B. Staatsorgane, die kaum Zugang zu isolierten und radikalisierten Gruppen finden können, oft nicht hinreichend den Grundrespekt für die Person (des Delinquenten) aufbringen können und somit manchmal sogar unwissentlich „die Kluft verschärfen“, die zwischen den Risikogruppen und der Gesellschaft besteht (*EC Combating Radicalization* 14781; Januar, 2005). Aus diesem Grund hat das *Stockholm-Programm* der EU-Kommission vor Kurzem entschieden festgehalten, dass „der Schlüssel zum Erfolg [in der Deradikalisierung] in dem Umfang [gegeben ist], in welchem regierungsunabhängige Gruppen ... europaweit eine aktive Rolle spielen“ (17024/2009).

Eine der bereits erwähnten RAN-Arbeitsgruppen, „RAN-Derad“, zeigt dies beispielhaft. Derad vereinigt praxiserfahrene Fachkräfte verschiedener EU-Mitgliedsstaaten, die in der ersten Linie arbeiten und, zumeist als Nichtregierungstätige, direkt im Feld agieren. Diese Experten können viel über den jeweiligen Kontext ihrer Arbeit berichten, über die wirksamen Methoden und Strategien, die Erfolge und typischen Fehler, auch über den Mangel an öffentlichem Bewusstsein und Sachkenntnis in den landesweiten Medien und den Diskursen vieler politischer Parteien, die ständig Gefahr laufen, sich von Populismus und Sensationsmacherei verführen zu lassen. Einige der Derad-Mitglieder sind auch mit Schulung und Qualitätsmanagement befasst und leisten Beiträge, die unter dem Konzept „Bewährte Praxis“ auf die verschiedenen Arbeitsbereiche der EU-Mitgliedstaaten übertragen werden können. Die RAN-Derad-Arbeitsgruppe befasst sich mit gewalttätigem Extremismus jeglicher Art, sei er motiviert durch Religion, Politik, ethnische Themen, und andere Ideologien oder durch Verhaltenscodes von feindbild-behafteten Gangs.

Die provisorische Arbeitsdefinition, die RAN-Derad derzeit für gewaltsamen Extremismus bzw. terroristische Radikalisierung zugrunde legt, umfasst Personen und Organisationen, deren Haltungen und Handeln den Prinzipien der Menschenrechte und bürgerlichen Grundfreiheiten, der geltenden Verfassung und der Rechtsstaatlichkeit widersprechen. Sie vermitteln ihren Anhängern mehr oder weniger systematische Ideologeme von eigenem Vorrecht und Überlegenheit und der Minderwertigkeit von Anderen, die Konsequenzen der Ausschließung und Diskriminierung fordern und mitunter die Berechtigung zu gruppenorientierter Gewalt mit einschließen. Diese Organisationen tendieren typischerweise dazu, in energischer Weise junge Menschen zu rekrutieren, ihnen eine verzerrte Weltanschauung mit kategorischen Feind- und Freundzuordnungen zu vermitteln und sie in ein Verhältnis zu sich zu bringen, das von unbedingter Begeisterung und Gefolgschaft sowie von Abhängigkeit, Angst und Übergriffigkeit gekennzeichnet ist. Als ersten Schritt organisierte die Derad-Gruppe internationale Workshops für Fachleute mit etwa vierzig Teilnehmern, arbeitet aber auch mit kleineren Gruppen zu bestimmten Schwerpunkten, und führte bereits Einzelgespräche mit Kollegen zahlrei-

cher europäischer Länder. Derad profitierte in wesentlichem Maße von der neuesten Forschung im Bereich Intervention.¹ Auf Basis dieser Arbeit entstand der erste Entwurf der „Good Practice Guidelines/Principles“ und „Policy Recommendations“ der Gruppe.

Im Folgenden werden die grundsätzlichen Komponenten (1) sowie die kontextuelle Einbettung deradikalisierender Interventionen (2) näher beschrieben. Obwohl bereits rund die Hälfte der europäischen Mitgliedsstaaten und Kandidatenländer in die Arbeit, die Grundlagen des Konzepts „Bewährte Praxis“ zu formulieren, einbezogen wurde, ist der Gesamtprozess, bei dem es darum geht, vollständige Profile bestimmter Ansätze, bzw. Organisationen zusammenzustellen, immer noch in der Vorbereitungsphase. Im weiteren Verlauf wird die Arbeit zweier Nicht-regierungsorganisationen dargestellt, die bereits versuchen, die erarbeiteten Definitionen in ihren deradikalisierenden Aktivitäten anzuwenden und zu reflektieren (3).

1 Diese Forschung umfasst das TPVR-Projekt (EU/„Towards Preventing Violent Radicalization“), [Zur Prävention gewältätiger Radikalisierung], unter Leitung des London Probation Trust in Verbindung mit seinem deutschen Partner, dem Violence Prevention Network (2009-11); das LIPAV-Projekt (EU/„Literary and Media Interactions as Means of Understanding and Preventing Adolescent Violence and Extremism“), [„Literarische und Mediale Interaktionen als Verständigungs- und Präventionsmittel in Bezug auf Gewalt und Extremismus bei Jugendlichen“], unter der Leitung von Cultures Interactive Berlin 2008-11); die staatlichen „Federal Model Projects“, (einschließlich VPN und CI, u.a.); und das in Belfast angesiedelte CHC-Projekt (EU/„Challenge Hate Crime“), [„Hassdelikten Entgegenen“], unter der Leitung von NIACRO (Northern Ireland Association for Care and Resettlement of Offenders), [„Nordirische Vereinigung für die Betreuung und Resozialisierung von Straftätern“], angegliedert an den deutschen Partner VPN. Die Ergebnisse wurden von Folgenden nochmals erfolgreich bestätigt: der Kopenhagener Konferenz: „Tackling Extremism: Deradicalization and Disengagement“ (2012), [„Die Bewältigung von Extremismus: Deradikalisierung und Ausstieg“], die vom dänischen Ministerium für soziale Angelegenheiten und Integration organisiert wurde (http://www.strategicdialogue.org/Tackling_Extremism_-_Conference_Report.pdf); „Preventing Extremism: A Danish Handbook Series“, die OSCE-Berichte zu Antisemitismus und Diskriminierung von Muslimen (2008/10); und Saskia Lützing „The Other Side of the Story: A qualitative study of biographies of extremists and terrorists“ (2012), [„Die andere Seite der Geschichte: Eine qualitative Studie der Biografien von Extremisten und Terroristen“].

1. Komponenten der Interventionen „Bewährte Praxis“

1.1 Aufbau von Vertrauen und Beziehungen

Interventionen, die sich in der empirischen Forschung als nachhaltig wirkungsvoll, d.h. als „Bewährte Praxis“ („good practice“) erwiesen haben, beruhen wesentlich auf einer intensiven, respektvollen und vertraulichen Arbeitsbeziehung. Nur auf dieser Grundlage können die tief verinnerlichten Überzeugungen und Identitätsanteile einer Person in Frage gestellt und ein möglicher Einstellungswandel eingeleitet werden. Diese Interventionsverfahren bieten einen geschützten und diskreten Raum, um sowohl zwischen Klienten und Fachkräften als auch unter den Klienten als eigenständige Gruppe einen tragfähigen persönlichen Rapport herzustellen. Die Herstellung einer solchen Vertrauensbasis stellt eine überaus anspruchsvolle Aufgabe dar, da es gilt, einen Personentyp für sich zu gewinnen, der von der Gesellschaft und den staatlichen Organen häufig hochgradig entfremdet ist, aus diesem Grund überaus misstrauisch und unberechenbar und möglicherweise auch von einer paranoiden Denkweise gekennzeichnet sein kann. Der Aufbau persönlichen Vertrauens, der wesentlich auch auf wirksam zugesicherter Vertraulichkeit beruht, ist eine schlichtweg unabdingbare Voraussetzung für jede Herangehensweise der „bewährten Praxis“, um durch Hass und Extremismus bedingte Verbrechen und auch Terrorismus in kleinem und großem Rahmen zu verhindern, bzw. aufzuarbeiten.

Eine Arbeitsbeziehung, die dergestalt auf Vertrauen basiert, unterscheidet sich erheblich von der fraternisierenden Kameradschaft, die unter „Kumpels“, Gefährten, Gangmitgliedern usw. herrscht und sich zuweilen auch zwischen Sozialarbeitern und ihren Klienten entwickeln kann, oft mit kontraproduktiven Folgen. Demgegenüber gründet sich eine stabile persönliche Arbeitsbeziehung immer sowohl auf Unterstützung und Respekt, als auch auf Konfrontation und Kritik. Darüber hinaus sind solche Arbeitsbeziehungen konkret auf gemeinsam vereinbarte Ziele bezogen, die in Zukunft erarbeitet werden sollen (z. B. die Entwicklung verschiedener gewünschter Kompetenzen des Klienten).

An dieser Stelle sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Fähigkeit, eine solche vertrauensvolle Arbeitsbeziehung mit den nicht leicht erreichbaren Klienten herzustellen, gleichermaßen auf dem persönlichen Talent der Fachkräfte beruht, wie sie auch durch intensive Weiterbildung befestigt und erhalten werden muss.

1.2 Narratives Verfahren und Lebenswelt als Schwerpunkte

Die Praktiker aus Verfahren der „bewährten Praxis“ richten ihren Schwerpunkt, im Gegensatz zur argumentativen oder ideologischen Diskussion, generell darauf aus, einen narrativen Austausch zu ermöglichen. „Narrativer Austausch“ meint hierbei, dass in Gesprächen zwischen Klient und Fachkraft persönlich durchlebte Erfahrungen, Ereignisse und Begegnungen geteilt werden, die subjektiv betrachtete autobiografische Erinnerungen umfassen und eine emotionale Besetzung in sich tragen. Worum es dabei besonders geht, ist die Entstehung eines Dialogs zwischen zwei Lebenswelten, der in die Entwicklung eines persönlichen Arbeitsbezugs mündet. An dieser Stelle greifen der narrative Austausch und die Schaffung von Vertrauen ineinander. Hingegen tendieren Interaktionen, die auf einem argumentativen, kontroversen und rationalen Modus basieren, eher dazu, sich auf Theorien, Meinungen und Ideologien zu konzentrieren, statt unmittelbare Lebenserfahrungen zu erschließen und sie miteinander zu teilen. Argumente schüren eher den Schlagabtausch, schaffen jedoch kaum Vertrauen oder Verständnis.

Wirklich erfolgreich praktizierende Fachkräfte im Bereich *Anti-Hate-Crime* sind deshalb dazu in der Lage, bei ihren Klienten das Verlangen nach einem narrativen Austausch zu wecken und emotional maßgebliche Erinnerungen oder Beobachtungen auszutauschen, denen zwischenmenschliche und/oder soziale Konflikt innewohnen mögen. Konkreter gesprochen, sind sie darin geschult:

- die Klienten zu motivieren, ihr Erzählverhalten zu kultivieren, d.h. subjektiv maßgebliche persönliche Erfahrungen eindrücklich wiederzugeben.

- dem Klienten dabei zu helfen, vergleichbaren Schilderungen, die von *anderen* Personen erzählt werden, aktiv und aufmerksam zuzuhören und sie zu respektieren – d. h. als „Co-Erzähler“ zu fungieren. Mit anderen Worten vermag die „Anti-Hate-Crime“-Fachkraft den Klienten zu ermutigen, in informellen sozialen Situationen die Erzählprozesse Anderer hilfreich zu unterstützen.
- eine Wertschätzung für die eigenen Erfahrungen und die Anderer zu schaffen und den Sinn von Erinnerung und von Erzählung/Mitteilung zu vermitteln.

Dieser Schwerpunkt auf narrativem und vertrauensbasiertem Erzählen mag sowohl hin und wieder Gefühle von Verlegenheit, Scham, Unsicherheit, Furcht oder Hilflosigkeit zutage fördern, als auch Aggressivität oder Feindseligkeit hervorrufen. Natürlich sind genau diese Emotionen häufig Auslöser für Akte von Hass und Gewalt gewesen, weshalb äußerst behutsam mit ihnen umgegangen werden muss. Der Fokus auf das Narrative wird somit einerseits Erfahrungen von persönlicher Zwiespältigkeit, Widersprüchlichkeit und innerem Konflikt ans Licht bringen, aber zugleich ebenso Einsichten hervorrufen, die einen Kompromiss erleichtern können. Wichtig ist die gleichberechtigte Wahrnehmung und Anerkennung all dieser Impulse.

Hierbei ist ausdrücklich zu unterstreichen, dass den viel beschworenen so genannten „extremistischen Narrativen“ im Grunde gar keine narrative Qualität eigen ist, d. h. sie beinhalten kaum subjektive Erfahrungen des Sprechers aus erster Hand. Extremisten vermeiden instinktiv, in subjektive Erzählungen („Narrative“) zu geraten, sondern bevorzugen stattdessen Argumentatives und Wortgefechte. Auf diese Weise können sie der persönlichen Ebene des Austauschs ausweichen. Aus ebendiesem Grund sind die Verfahrensweisen der „bewährten Praxis“ so bestrebt, alles Meinungshafte und alle Streitfragen in einen *narrativen* Austausch zu überführen, um so auch die Bereiche der persönlichen Erfahrung zu ergünden. Denn einzig die Stärkung und Förderung der narrativen Fähigkeiten ist geeignet, den persönlichen Wandel, die Entwicklung und Deradikalisierung des Klienten zu befördern.

1.3 Emotionale Intelligenz

Deradikalisierende Interventionen auf Grundlage von „bewährter Praxis“ fördern, im Gegensatz zum kognitiven, das emotionale Lernen und die emotionale Intelligenz. Genauer gesagt, streben sie nach der Förderung dessen, was als „Konflikt-Intelligenz“ bezeichnet werden könnte: die Fähigkeit, auf produktive Weise mit Konflikten umzugehen. Folglich legen solche Interventionen keinen Wert auf reine Bildungsthemen oder intellektuelle Fragestellungen. Im Mittelpunkt stehen vielmehr der subjektive – und zumeist konflikträchtige – Aspekt eines Themas und zudem „Fragen der Identität“. Emotionales Lernen steht hierbei im Vordergrund, da Vorurteile und Feindseligkeiten, die häufig Konflikte und Hassdelikte zur Folge haben, primär von Affekten geleitet sind, auch wenn sie sich zuweilen hinter einer kognitiven oder ideologischen Maske verstecken.

1.4 Freiwillige Teilnahme und stufenweise Kooperation

Die Teilnahme an Interventions-Programmen auf Grundlage von „bewährter Praxis“, die bei der Deradikalisierung und gegen Hassdelikte angewandt werden, erfolgt die Teilnahme ausschließlich auf freiwilliger Basis. Die Programme funktionieren am besten, wenn die Teilnehmer ernsthaft persönlich motiviert sind. Daher müssen sie aus freiem Willen kommen, es wird ihnen nicht auferlegt, nichts ist erzwungen oder angeordnet. Scheidet der Klient aus, dürfen ihm deswegen keine Vorhaltungen gemacht, noch darf es in der Akte vermerkt werden. Werden diese Grundregeln konsequent beachtet, ist die Ausscheidungs-Rate minimal und bewegt sich normalerweise zwischen drei bis fünf Prozent. Aus demselben Grund sollten den potenziellen Teilnehmern – wenn überhaupt – nur moderate Anreize gegeben werden. Gleichwohl schließt das Prinzip der freiwilligen Teilnahme niemals ein persönliches Motivationsgespräch und ein Mentoring durch einen Betreuer aus. Sobald ein mögliches Interesse bekundet wurde, unterstützen solche Formen der Förderung den Klienten dabei, sich für die Teilnahme an einem Deradikalisierungsprogramm zu entscheiden und einen persönlichen Wandel anzustoßen.

1.5 Gruppenbasierte Interventionen

Bei einigen Interventionen aus „bewährter Praxis“ finden die wichtigsten Arbeitsphasen in und mit der Gruppe statt. Hierbei richtet sich das Augenmerk auf die Gruppendynamik und die Beziehungen, die die Teilnehmer untereinander entwickeln. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass eine Gruppenarbeit stets einen effektiveren und tiefgreifenderen Einfluss auf die Deradikalisierung der Teilnehmer hat, als persönliche Einzelarbeit dies vermag.

Bei der Gruppenarbeit im Konzept der „bewährten Praxis“ muss dennoch stets sichergestellt werden, dass eine bestimmte Intensität nicht überschritten wird. Sollte die Notwendigkeit bestehen, ist es Aufgabe der professionellen Projektbegleiter, ausgleichend zu wirken und ein ausgewogenes Maß an Gruppenarbeit, pädagogischen Übungen und ergänzenden persönlichen Zweiergesprächen herzustellen. Diese Vorgehensweise ist insbesondere dann wichtig, wenn ein Klient die Institution wechselt oder einen bestimmten Lebensabschnitt hinter sich lässt (Haft, Bewährungszeit, Lebensgemeinschaft, Schule, Beschäftigung usw.).

1.6 Prozess-offene und partizipative Ansätze – sowie methodologische Flexibilität

Die Methodiken der empirisch „bewährten Praxis“ basieren auf einer prozess-offenen Interaktion. Dieser Ansatz verwendet die Anliegen und Reaktionen der Teilnehmer, die sich im Laufe der Gruppenarbeit ergeben, als Arbeitsgrundlage und ergründet sie schrittweise weiter, während die Gruppenleiter sich darauf beschränken, gegebenenfalls Vorschläge einzubringen. Es gibt keinen strikten Lehrplan, keinen festen Stundenplan und nie dieselben Instrumentarien, um die Interventionen zu steuern; sie sind vielmehr von methodologischer Flexibilität und Eklektizismus geprägt. Um in Gruppen mit schwer zugänglichen Klienten eine Atmosphäre von Vertrauen, Respekt und persönlichem Engagement zu entwickeln, ist eine Interaktion mit offenen Prozessen, allseitiger Partizipation und Selbsterforschungs-Charakter unverzichtbar.

Klienten, die aus Subkulturen kommen, wo gewalttätiger Extremismus und Hass gegenüber bestimmten Gruppen die Norm sind, werden ihre Gesinnung und ihr Verhalten kaum ändern, weil sie durch moralischen Appell dazu angehalten wurden oder ein kognitives Verhaltenstraining mit einer festgelegten Modulstruktur absolviert haben. Im Gegensatz dazu ist es sinnvoller, dass sich die Teilnehmer mit den Fragen und Themen auseinandersetzen, die aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Vergehen entstanden sind, obwohl und gerade weil sie es nicht gewöhnt sind. Typischerweise schließt das auch Themen wie Vorurteile, Extremismus und Schikanierung ein, die sich überwiegend aus den persönlichen Lebensgeschichten der Klienten ergeben. Es geht darum, sie zu eigenverantwortlichen Veränderungsschritten zu ermutigen, weniger um Überredungskünste und Belehrungen.

1.7 Mögliche Themen und Fragen der prozessorientierten Anti-Hass-, bzw. Anti-Rassismus- und Deradikalisierung-Arbeit (anti-hate-crime work)

Wenn die zuvor erwähnten methodologischen Prinzipien der narrativen Gruppenarbeit erfolgreich umgesetzt wurden und die Gruppenmitglieder sich mehr und mehr auf den Prozess einlassen, kommen in der Gruppenarbeit häufig folgende Themen und Anliegen zur Sprache, bzw. können von den Prozessbegleitern vorgeschlagen werden:

- Gemeinsame, bzw. individuelle Probleme in der Biografie sowie mit den sozialen Lebensumständen.
- Erfahrungen mit instabilen familiären Verhältnissen, funktionsgestörtem elterlichen Verhalten und chronischem häuslichen Beziehungsstress (der den Klienten häufig nicht bewusst ist). Diese Phänomene umfassen recht häufig Vernachlässigung, Erniedrigung und mit Gewalt verbundene Schikane, auch wenn die Klienten dazu neigen, den Einfluss solcher Erfahrungen zu schmälern oder abzustreiten. Außerdem ist davon auszugehen, dass einige Klienten von Alkohol- und Drogenmissbrauch als dysfunktionale Bewältigungsstrategien in ihren Familien berichten.
- Die eigenen Verhaltensmuster in der Gruppe: Es ist davon auszugehen, dass einige Klienten versuchen werden, Macht auszuüben, ihre ver-

meintliche Überlegenheit zu demonstrieren, andere Gruppenmitglieder zu verunglimpfen oder zu unterdrücken.

- Ereignisse oder Erfahrungen in einer Clique von Gleichaltrigen, die als Ersatzfamilie dient und zu der die Klienten in hohem Maße eine Abhängigkeit entwickeln können.
- Erfahrungen mit persönlicher Rekrutierung durch radikale Organisationen.
- Freundschaft und Loyalität kontra Abhängigkeit und Unterwerfung.
- Gender-Themen wie Männlichkeit, Kategorien der sexuellen Attraktivität, Homosexualität usw.
- Politische oder religiöse Themen, in deren Kontext die Teilnehmer ihr Engagement und ihren Glauben diskutieren und reflektieren. Möglicherweise müssen sie sich hier mit den vereinfachten Denkmustern und pseudo-logischen Erklärungen auseinandersetzen, die ihrem Verhalten zugrunde liegen. Darüber hinaus können in den Gruppengesprächen auch geopolitische Konflikte, wie sie in den Medien dargestellt werden, zur Sprache kommen.
- Fiktionale Mediennarrative (in Kino, TV und Internet) und ihre Auswirkungen auf Denken und Handlungen der Einzelnen.²

Besonders wichtig ist das Narrativ des Gewaltakts, in dem der Klient davon erzählt, dass er in der Rolle des Täters oder Schikaneurs war und Delikte von Hass, Verunglimpfung und Gewalt gegenüber anderen zugibt.

2 Die spezielle Option, mit fiktionalen Narrativen zu arbeiten, hat bestimmte methodologische Verzweigungen: Siehe: www.weilnboeck.net: die FP7-Projekte (in der DG-Forschung) „Media/Trauma Therapy“, (MTT), 2005-2007, EU DG Forschung/Marie-Curie-Actions, FP 6, EIF No. 23953 und „Media/Cultural and Violence/Extremism Prevention“ (LIPAV), 2008 bis 2011 EU DG Research/Marie-Curie-Actions, FP 7, ERG No. 203487. Siehe auch die folgenden Artikel, alle vom gleichen Autor und zugänglich auf seiner Website: „Provincializing Trauma: A Case Study on Family Violence, Media Reception, and Transcultural Memory“, ursprünglich in *Journal of Literary Theory* (6:1, 2012), S. 149–175; „Towards a New Interdisciplinarity: Integrating Psychological and Humanities Approaches to Narrative“, in Sandra Heinen und Roy Sommer (eds.), *Narratology in the Age of Cross-Disciplinary Narrative Research* (Berlin: De Gruyter, 2009), pp. 286–309; „Mila – eine Fallrekonstruktion der qualitativ-psychologischen Literatur- und Medien-Interaktionsforschung (LIR)“, ursprünglich in *Psychotherapie und Sozialwissenschaft* 10:2 (2008), S. 113–146; und „Die Anwendung der Gruppenanalyse in der Kulturvermittlung. Trauer-Abwehrarbeit in einer Sitzung des Gruppenanalytischen Literaturseminars über Judith Hermans ‚Hunter-Tompson Musik‘“, ursprünglich in *Arbeitshefte Gruppenanalyse* 28. Themenheft: Kultur und Gruppenanalyse (2/2002).

Gruppensitzungen, die sich mit den Gewaltakten auseinandersetzen, die die Teilnehmer begangen haben, sind, im erzählerischen wie emotionalen Sinne, besonders intensiv. Zudem werden sie manchmal mit ihrem mutmaßlichen Gegenteil verknüpft: eigene Erfahrungen von Schikane und Verunglimpfung. Erfahrungen in Forschung und Praxis zeigen deutlich, dass diese Vorfälle in einem offenen, ins Detail gehenden, emotional ehrlichen Austausch aufgearbeitet und geklärt werden müssen.

Im Gegensatz dazu sind kognitive Programme für Verhaltenstraining mit Modulstruktur nicht dazu geeignet, einen Austausch mit offenem Prozess, Mitbestimmung und Forschungscharakter zu fördern und um persönliche Fähigkeiten für die (co-)narrative Interaktion zu entwickeln – zumindest nicht in der Form, wie solche Programme derzeit in vielen Bereichen der Interventionsarbeit umgesetzt werden. Kognitive Verhaltensansätze versetzen Vermittler und Klienten sogar dazu in die Lage, direkte (co-)narrative Interaktionen gänzlich zu meiden. Sie bewirken Gehorsam anstatt, vonseiten des Klienten, eine persönliche Wandlung einzuleiten.

1.8 Politische Bildung: politische Debatte über wahrgenommene und tatsächliche Ungerechtigkeiten

In den Ansätzen der „bewährten Praxis“ (oder: In den „Good-Practice“-Ansätzen) überwiegt der narrative, emotionale, an der Lebenswelt der Klienten orientierte Austausch sehr zu Recht. Dennoch sollten Inhalte der politischen Bildung und politischen Debatte nicht vernachlässigt werden, auch wenn es erfahrungsgemäß problematisch ist, mit Klienten, die fundamentalistische Neigungen haben, über Ideologie und Moral zu sprechen. Grund dafür ist, dass ihr antisoziales Verhalten ursprünglich weder durch ideologische Gesinnungen noch moralische Bedenken motiviert war. Diese Komponenten wurden vielmehr häufig als Rechtfertigung für das eigene Verhalten wie eine neue Schicht über eine bereits vorhandene gewalttätige und extremistische Disposition gelegt.

Personen mit extremistischer Disposition haben die ideologischen Gesinnungen und die damit häufig verbundenen vereinfachten Einstellungen

und Meinungen bereits verinnerlicht. Die Prozessbegleiter müssen ergründen, wie tief solche Gesinnungen in der persönlichen Lebensgeschichte einer Person verwurzelt sind und wie gründlich die emotionale Verstrickung ist.. Anstelle eines Diskussions-„Gewinns“, sollte der Begleiter auf der Ebene von Erkenntnis und Haltung höchstens danach streben, „Samen des Zweifels“ zu säen. In dieser Klienten-Gruppe gelten weder Zweifel, Fragen noch Zwiespältigkeit im Allgemeinen als akzeptierbare Bewusstseinshaltungen.

Sollten in den Gesprächen, abgesehen von ideologischen Gesinnungen, von den Teilnehmern gefühlte Ungerechtigkeiten – ob real oder eingebildet sei erst einmal dahingestellt - zum Ausdruck gebracht werden, sind diese mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln. Derartige Klagen müssen wahrgenommen und durch einen tiefgehenden narrativen Austausch herausgearbeitet werden. Darüber hinaus ist es auch entscheidend, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass sich die breite Masse der Gesellschaft und ihre offiziellen Repräsentanten möglicherweise häufig – und sogar systematisch – durch herablassende und rücksichtslose Aktionen auszeichnen, wodurch Menschen in ihren Rechten beschnitten werden.

1.9 Pädagogische Übungen, die die persönliche Verantwortung hervorheben

Es gibt eine Reihe traditioneller Methoden, die im Rahmen pädagogischer Gruppenarbeit hilfreich sind, die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten in der Praxis zu beleuchten. „Diversity Training“, „Anti-Bias-Work“, und ähnliche Herangehensweisen – so sie nicht verordnet oder übertrieben werden – können Mitglieder einer Gruppe dazu befähigen, ihre rassistischen Neigungen, die andere Menschen ausgrenzen und herabsetzen, aufzuarbeiten. Diese Ansätze können den Klienten dabei unterstützen, ein Wertesystem zu vermitteln, das mit den Ansprüchen einer liberalen Gesellschaft vereinbar ist, wobei die Klienten gleichzeitig ihre Chancen auf eine verantwortungsbewusste Staatsbürgerschaft erhöhen.

1.10 Geschichte, (Jugend-)Kultur(en) und fiktionale Narrative

„Bewährten Praktiken“ gegen Extremismus und Hassdelikte haben an sich immer auch eine zeitliche und (lebens-)geschichtliche Dimension, auch wenn diese hier sicherlich viel unmittelbarer ist, als dies in einer lehrplangemäßen „Geschichtsstunden“ gewöhnlich erreichbar ist. Geschichte (im weiteren Sinn, wie in den Interventionen vorgesehen) legt nahe, dass Dinge sich in einer gewissen Zeit entwickeln und ihre Ergebnisse von bestimmten prägenden Umständen der realen Welt abhängen. In unserem speziellen Kontext lehrt Geschichte jedoch vor allem, dass das Leben und seine Ergebnisse, zumindest prinzipiell, ge- und verändert werden können. Folglich ist es entscheidend, dass die Biografien der einzelnen Klienten und ihre Verankerung in den jeweiligen Familiengeschichten den Ausgangspunkt der Interventionen bilden. Sind diese speziellen individuellen Geschichten einmal aufgeklärt worden, können die Prozessbegleiter die Aufmerksamkeit auf einen weiter gefassten, sozialpolitischen Sinn von Geschichte lenken.

Darüber hinaus müssen die Konzepte der „bewährten Praxis“ kulturelle Faktoren berücksichtigen, da diese ebenfalls prägend für das menschliche Verhalten sind. Dementsprechend können Gruppen auch mit medialen Narrativen aus der Erzählliteratur, aus Filmen, Musik oder aus dem Internet arbeiten, um Kreativität und Reflektion der Teilnehmer anzuregen. Bekanntlich fühlen sich junge Leute generell von Aktivitäten aus dem Bereich der Jugendkultur angezogen. Ebenso sind sie meistens begeisterte Konsumenten von Medienproduktionen, insbesondere von fiktionalen Narrativen, die einen unterhaltenden Charakter haben oder sich mit Identitätsfragen auseinandersetzen.³

3 Die geisteswissenschaftlichen Gebiete wie Literatur-, Kultur- und Kommunikationswissenschaften können bei den praktischen Herangehensweisen an Extremismus- und Gewaltprävention eine größere Rolle spielen als gemeinhin angenommen wird. Fiction Narrative Interaction Research (FIR) ist beispielsweise ein neuer methodologischer Ansatz in der empirischen kulturwissenschaftlichen Forschung. Während Prozesse der kulturellen/ästhetischen Interaktion untersucht werden, strebt FIR auch danach, neue Projekte und Instrumentarien hervorzubringen, die sowohl in der Lehre der Kommunikations- und Kulturwissenschaften als auch bei präventiven sozialen Interventionen anwendbar sind und auf diese Weise als synergetisches Cross Over zwischen mutmaßlich weit voneinander entfernt akademischen und administrativen Bereichen (wie EU-DG Forschung, DG Justice und DG Home Affairs).

2. Interventionsprogramme aus empirisch „bewährter Praxis“ in ihrem Kontext

2.1 Externe und unabhängige Fachkräfte

Was den formalen Hintergrund der Interventionen betrifft, sollten die in der direkten Deradikalisierung Tätigen wie weiter oben bereits vermerkt, günstigerweise keine staatlich Bediensteten mit personalisierter Berichtspflicht sein und nicht in der Institution angestellt sein (gleich ob im Gefängnis, oder bei Behörden der Bewährungszeit, Schulen usw.). Es ist notwendig, dass diese Praktiker in gewissen Ausmaße unabhängig handeln und so für die Teilnehmer einen sicheren und vertrauenswürdigen Rahmen schaffen können. Ebenso ist es notwendig, dass die Klienten wahrnehmen, dass die Vermittler diese Unabhängigkeit genießen, sodass eine vertrauensvolle Beziehung entstehen kann.

Unabhängigkeit und Vertraulichkeit sind, wie bereits erläutert wurde, zwei Grunderfordernisse von „bewährter Praxis“ im Kontext der so genannten *Anti-Hate-Crime* und Deradikalisierungs-Arbeit. Denn zum einen ist es unwahrscheinlich, dass radikalisierte Personen – insbesondere wenn sie institutionalisiert sind – einem Angestellten trauen, dessen Berichte und Entscheidungen ihr Schicksal beeinflussen können. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass Menschen, die ihr Einverständnis geben, an hoch anspruchsvollen Interventionen teilzunehmen, grundlegende persönliche Veränderungen durchmachen, die tief sitzende Emotionen sowie sensible Erinnerungen hervorbringen. Dieser Vorgang ist durchaus mit einer Psychotherapie vergleichbar. Aus gutem Grund ist es dort nicht zulässig, dass Patienten von Fachkräften betreut werden, die existentiell gesehen Macht über sie ausüben könnten, wie z.B. Vorgesetzte, Lehrer, Familienangehörige und dergleichen.

2.2 Institutionelle Unterstützung für die externen Prozessbegleiter

„Bewährte Praxis“-Interventionen, die von unabhängigen externen Fachkräften angeboten werden, hängen in beträchtlichem Maße von der begleitenden Institution ab. Soll eine Intervention Erfolg haben, muss die

Institution über alle Schritte informiert sein. Sie muss hundertprozentig hinter dem Ansatz der „bewährten Praxis“ stehen und sowohl ihre Wertschätzung für die Fachkräfte zum Ausdruck bringen als auch die Bereitschaft signalisieren, deren Arbeit zu unterstützen, abzusichern und weiterzuführen. Aus diesem Grund ist die Schulung der Mitarbeiter der Institution hinsichtlich der Komplexität von Anti-Hate-Crime-Arbeit und Deradikalisierung unerlässlich. Öffentlich Bedienstete und die Institutionsleitung sollten dazu ermutigt werden, entsprechende Beratung und Schulung von den unabhängigen praktizierenden Prozessbegleitern, bzw. ihren Institutionen einzufordern.

2.3 Das Verhältnis zwischen den Praktiker-NGOs/ Vereinen und dem Staat

Das *Stockholm-Programm* der EU-Kommission aus dem Jahre 2009 besagt, dass „[bei der Deradikalisierung] der Schlüssel zu unserem Erfolg in dem Umfang liegt, in welchem regierungsunabhängige Gruppen ... europaweit eine aktive Rolle spielen werden“ (17024/09). Vereinigungen praktizierender Fachkräfte, die sich überwiegend aus Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen, brauchen zweifellos stabile Finanzierungsquellen, um die Ziele des Programms effektiv umzusetzen. Prinzipiell und aus Gründen der Finanzierung ist die Erstellung rechtlicher Strukturen und der Aufbau von Haushaltsstrukturen erforderlich, um es den unabhängig praktizierenden Prozessbegleitern zu erleichtern, sich den Interventionen, die Regierungsinstitutionen in Auftrag gegeben haben, zu widmen.

Erforderlich ist hierfür, dass regierungsunabhängige Organisationen praktizierender Fachkräfte (NGOs, Vereine, Sozialunternehmer) einen bestimmten Umfang an fachlicher und berufsbezogener Sicherheit erfahren. Ferner ist in Zusammenwirken mit Politik und Medien darauf hinzuwirken, dass die Gesellschaft als ganze problembewusster und versierter darin wird, wie junge Menschen davon abgehalten werden können, in extremistische Milieus und gewalttätige Handlungen verwickelt zu werden. Dieser Schritt setzt wiederum ein bestimmtes Maß an Vertrauen zwischen Regierungsorganisationen und regierungsunabhängigen Orga-

nisationen voraus. In extremistischen Handlungen befangene Personen sehen den Staat normalerweise als Gegner. Für sie ist der Staat ein Gebilde, das die eigenen Bürger misshandelt und ihnen misstraut. Deshalb muss, damit Bemühungen um Deradikalisierung Erfolg haben können, zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Vertrauen erkennbar sein.

2.4 Praktizierende Fachkräfte und ihre Formen der Intervention

Sind narrative Interaktionen und solche, die einen prozessorientierten und experimentellen Charakter haben, die bevorzugten Arbeitsansätze (unabhängig davon, ob es um eine Einzelarbeit oder um eine Gruppenarbeit geht), sollten die Prozessbegleiter Interventionsformen entwickeln, die starke Arbeitsbeziehungen fördern. Im Besonderen ist es wichtig, dass die Fachkräfte ihre Vertrauenswürdigkeit, Authentizität, Neugier, institutionelle Unabhängigkeit und insbesondere ihren Respekt vor dem Klienten unter Beweis stellen. Eine Haltung von kritischer Aufmerksamkeit, die gleichzeitig akzeptiert und konfrontiert, ist eine gute Arbeitsgrundlage. Es geht um die grundsätzliche Abgrenzung zwischen der Persönlichkeit des Klienten, der stets respektvoll begegnet wird, und seinen extremistischen Ansichten und gewaltsamen Verhaltensweisen, die gründlich untersucht und hinterfragt werden müssen.

2.5 Training der praktizierenden Fachkräfte, fachliche Unterstützung und Qualitätsmanagement

Um gute Wirkung zu erzielen, müssen die empirisch bewährten Ansätze der Deradikalisierung von professionellen Vermittlern umgesetzt werden, die sowohl hinsichtlich der persönlichen Einstellungen als auch, was die systematisch geschulte Methodenanwendung anbetrifft, über entsprechende Kompetenzen und Wissen verfügen. Kaum jemand ist in der Lage, dergleichen ausgefeilte und voraussetzungsvolle Methoden ad hoc umzusetzen, indem er sich ausschließlich auf die Lektüre von Fallstudien stützt. Daher sollte ein „train the trainer“-Programm verfügbar gemacht werden werden, das durch einen Pool von erfahrenen Praxisexperten be-

gleitet wird. Deren Aufgabe wäre es dann, die konkrete Umsetzung solcher Trainingsprogramme an verschiedenen Standorten bzw. in den europäischen Mitgliedsstaaten direkt zu begleiten.

2.6 Parteipolitische und mediale Diskurse

Der öffentliche Diskurs zu Hassdelikten, gewalttätigem Extremismus und zu Themen der Menschenrecht übt auf die Arbeit der Deradikalisierung mit gefährdeten Personen enormen Einfluss aus. Daher ist es unverzichtbar, die Art und Weise der Berichterstattung aufmerksam zu verfolgen, mit der die breite Masse der Bevölkerung von Regierungsvertretern, politischen Parteien, Medien und anderen öffentlichen Institutionen über Opfer, Täter, Vorurteile, Interventionsmethoden und extremistische Haltungen im Allgemeinen informiert wird. Derzeit werden in der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten Themen des Extremismus sowie Vorfälle des alltäglichen Terrorismus und des Hasses gegenüber bestimmten Gruppen oftmals missachtet, verschleiert oder von populistischen Neigungen und Parteiinteressen manipuliert. Darüber hinaus tendieren die Medien dazu, diese Probleme in sensationslüsterner Weise zu nutzen, anstatt ihnen mit intelligenten Strategien zu begegnen.

Das Mindeste, was eine Intervention der Deradikalisierung in dieser Hinsicht unternehmen kann und sollte, ist, besagten öffentlichen Diskurs wahrzunehmen und auf ihn einzugehen. Dabei wäre die Aufmerksamkeit auch auf die Doppelzüngigkeit der angeblich nicht extremistischen Mediennarrative der breiten Bevölkerung zu lenken. Zusätzlich wäre es hilfreich, wenn sich politische Parteien auf einen überparteilichen Verhaltenskodex einigen könnten und eine Art Richtlinienkatalog erstellen würden, der die Darstellung extremistischer Handlungen und Haltungen im öffentlichen Diskurs regelt. Der Geltungsbereich eines solchen Kodex' könnte sich in unterschiedlichen Abstufungen auf die Bereiche Regierungsvertreter, politische Organisationen und Medien erstrecken.

2.7 Die Einbeziehung Dritter

Auch jenseits der Beauftragung von unabhängigen Praxisfachleuten, die nicht der betreffenden staatlichen Institution angehören, sind „bewährte Praxis“-Ansätze auch des Weiteren auf Dritte/ Außenstehende angewiesen. Sorgfältig ausgewählte Mitglieder verschiedener Gruppen der Zivilgesellschaft sollten eingeladen werden, als Gesprächspartner, Kommentatoren und Zeugen mit speziellen Erfahrungen in der Institution mitzuwirken. Beispielsweise wenden sich „Good-Practise“-Richtlinien an sogenannte „Ehemalige“ (die ihre gewalttätige Lebensweise aufgegeben haben) sowie an Opfer und Überlebende extremistischer Angriffe (wobei für diese Gruppe spezielle methodologische Behutsamkeit angebracht ist). Es kann auch nützlich sein, an moderate, aber charismatische Vertreter religiöser Gruppen heranzutreten. Vor allem können aber auch Familienangehörige von Extremisten einen Beitrag zum Prozess der Deradikalisierung leisten.

Um die richtigen Entscheidungen zu treffen, werden die professionellen Prozessbegleiter die Einbeziehung Dritter abwägen, entsprechende Vorbereitungen treffen und während des Deradikalisierungsprozesses als Mediatoren vermittelnd agieren. Die Einbeziehung Dritter muss darüber hinaus sorgfältig in die bestehenden Interventionsmethoden eingebunden werden.

Generell scheint es auch wünschenswert, dass die sicherheitsfokussierte Perspektive, die für zahlreiche gesetzlich festgelegte Aktionen gegen Extremismus und die meisten Präventionsmaßnahmen kennzeichnend ist, auch von eher risikobereiten und integrativ-inklusiven Standpunkten ergänzt wird. Die gängigen Spaltungen „zivil versus öffentlich“, „gesetzlich festgelegt versus regierungsunabhängig“, „beruflich versus freiwillig“, „national versus lokal (oder international)“ und „Osten versus Westen“ sollten überwunden werden (vgl.: die Kopenhagener Konvention von 2012, Fußnote 2).

2.8 Zeugenberichte/ Testimonials und „deradikalisierende Narrative“⁴

Manche Ansätze versuchen, Zeugenaussagen audiovisuell festzuhalten, um sie in deradikalisierenden Interventionen medial einzusetzen. Die Methodologie für die Entwicklung deradikalisierender Narrative befindet sich nach wie vor in der Anfangsphase. Besonderes Augenmerk muss auf die angewandten Techniken gelegt werden: die Interviews, die Nachbearbeitung und Postproduktion von audiovisuellem Material und die Möglichkeiten ihrer Einbindung in Offline-Interventionsprogramme. Natürlich wird nicht jeder Zeugenbericht oder jedes Narrativ in jedem Moment der persönlichen Entwicklung einen deradikalisierenden Effekt auf jede Art risikogefährdeter Personen haben. Auch wenn ein Prozess der Deradikalisierung in adäquater Form angeschoben wird, kann er scheitern oder sogar nach hinten losgehen. Davon einmal abgesehen und bis zum Abschluss der derzeitigen Grundlagenforschung⁵, sollten audiovisuelle Zeugenberichte an sich drei grundlegende Kriterien erfüllen:

Erstens sollten sie, wie im oben beschriebenen Sinn, weitgehend in „narrativer Form“ „an bestimmten persönlich durchlebten Erfahrungen teilhaben lassen“. Das setzt voraus, dass die Zeugnis gebende Person, aus ihrer subjektiven Sicht ausführlich über Interaktionen und Ereignisse berichtet; d.h. der detaillierte Bericht sollte von persönlicher Verwicklung und Emotion durchdrungen sein. Das unterstützt die Eindrücklichkeit des Zeugenberichts und fördert gegenseitiges Vertrauen. Anders ausgedrückt, sollten sich solche Zeugenberichte nicht auf Ansichten, Überlegungen, Ideologien oder Theorien und geschweige denn auf „Gegenargumente“ konzentrieren (siehe Punkt 1.2.). Gut gestaltete Videoproduktionen nutzen stattdessen die narrative Form, um die persönliche Erfahrung des Zeugen in den Mittelpunkt zu stellen, so dass deutlich wird, wie Meinungen und Ideologien bewusst oder unbewusst geschürt wurden. Dies soll selbstreflektierende Gedanken und authentische Gefühle erleichtern.

4 Hierzu demnächst: „Do we really need ‘counter narratives’? And what is a ‘narrative’ anyway? – Current misunderstandings about and solutions for building an approach of ‘deradicalising narratives’ interventions“, Harald Weirnböck, auf der EDNA- und ENOD- Webseite.

5 Innerhalb des ISEC-Projekts: „European Platform of Deradicalizing Narratives“ (EDNA, von VPN, Berlin).

Zweitens sollte, wie bereits angedeutet, das Videomaterial behutsam in einen systematischen Offline-Interventionsprozess eingebunden werden. Dazu muss das Material zuvor sowohl systematisch aufbereitet, als auch anschließend ausführlich besprochen werden. Diejenigen Personen, die mit dem Material konfrontiert werden, sollen in die Lage versetzt werden, subjektive Reaktionen auf die Zeugenaussagen zu entwickeln, sie auf ihre eigenen Umstände zu beziehen, sie als solche anzuerkennen, zu reflektieren und diese in der Gruppe im Laufe des Interventionsprozesses zum Ausdruck zu bringen.

Drittens schließlich sollten die Video-Zeugenberichte ausdrücklich für den Zweck der Deradikalisierung und der Interventionen gegen Hassdelikte entwickelt werden. Sie sollten nicht gleichzeitig auch für andere Zwecke konzipiert werden. Beispielsweise sollten sie nicht in die Hände effekthaschender Medien geraten oder von politischen Akteuren für eigene Interessen instrumentalisiert werden können. Darüber hinaus sollten Video-Zeugenberichte weder für moralische Lektionen eingesetzt, noch als Material für Interessengruppen (und seien es auch Interessengruppen von Opfern) genutzt werden.

Im Großen und Ganzen sollten Inhalt und Form von Video-Zeugenberichte dem Geist der empirisch ermittelten Interventions-Prinzipien entsprechen. Sie könnten sich beispielsweise mit einer Bandbreite an Erfahrungen und Themen befassen, wie z. B.:

- Wie sich einzelne Personen in den gewalttätigen Extremismus verstrickt und sich später davon abgekoppelt haben;
- Die Schwierigkeiten, die möglicherweise mit der Ausstiegsintervention einhergingen, einschließlich eventueller Komplikationen, die sich mit Familienangehörigen, Gleichaltrigen und religiösen Gemeindemitgliedern usw. entwickelten;
- Vorfälle, bei denen die Person Täter, bzw. Opfer von verbal geäußertem Hass oder Hassdelikten war;
- kulturelle und mediale Produkte (dokumentarischer oder fiktionaler Art), die in der individuellen persönlichen Entwicklung der Person eine Rolle gespielt haben (siehe Fußnoten 3, 4, 5);

- früherer und derzeitiger Zorn auf soziale und politische Umstände;
- vermeintlich nicht-radikale, potentiell jedoch extremistische Haltungen innerhalb des großen Teils der Bevölkerung;
- persönliche Hintergründe, Erfahrungen und Motivationen sowohl von Experten der Deradikalisierung, als auch von Vertretern der Familie und der Gemeinden, die durch die Arbeit beeinflusst wurden.

Zumeist entscheiden Interview-Methode und Nachbereitung über den Grad und die Tiefe der erzählten Zeugenaussage. Es gibt bestimmte Kriterien, die zur Glaubwürdigkeit einer Zeugenaussage und der emotionalen Wirkung, die sie erreichen kann, beitragen. Dazu zählen folgende Elemente:

- die Detailgenauigkeit und Vollständigkeit des Berichts (was hat beispielsweise eine Begebenheit oder einen Vorfall ausgelöst, was wollte der Handelnde erreichen, was ereignete sich durch welche Folgeergebnisse und wie bewertete der Handelnde das Vorgefallene subjektiv?);
- die Frage nach der Einbindung der Vorfälle in autobiographische und darüber hinaus gehende Kontexte;
- die Stimmigkeit des Berichts nach psycho-linguistischen Kohärenzkriterien;
- der persönlich-subjektive Gehalt und die Bandbreite des emotionalen Ausdrucks, die der Erzähler darstellt;
- der belegbare Grad an reflexiver Selbstbeobachtung und Selbsterkenntnis innerhalb des Berichts;
- der Umfang an artikulierter Wahrnehmung der Realität, an persönlicher Zwiespältigkeit, bzw. an Konflikten;
- die bereichsspezifische Glaubwürdigkeit des Erzählers;
- die interaktive Qualität des Interviewprozesses.

Kurz gesagt folgen die Methoden der Interviewführung und der Nachbereitung den gleichen Prinzipien wie die Interventionen der empirisch „bewährten Praxis“ an sich.

2.9 Institutionenübergreifende, langfristige, unterstützende Beziehungen und Change-Management

Ein erfolgreicher Ausstieg aus einem extremistischen Handlungsrahmen wird nur durch eine stabile Beziehung zwischen praktizierender Fachkraft und Klient ermöglicht, die auch dann bestehen bleibt, wenn der Klient die Institution verlässt und einen neuen Lebensabschnitt beginnt. Selbstständig arbeitende, nicht-bediensetzte Fachkräfte, die sich leicht zwischen verschiedenen sozialen Bereichen bewegen können, sind auch in dieser Hinsicht in einer günstigen Position, um eine solche Begleitung leisten zu können.

Die Notwendigkeit für ein institutsübergreifendes Coaching mag im Fall von inhaftierten Klienten am naheliegendsten sein. Der professionelle Begleiter des Inhaftierten sollte während seiner Zeit in Haft bereits vor Ort präsent sein; das dort aufgebaute Verhältnis sollte in den frühen Stadien der Reintegration des ehemaligen Täters in die Gesellschaft erhalten bleiben und dem Klienten beim Change-Management behilflich sein. Ein stabiles, anhaltendes und unterstützendes System ist auch für Klienten wichtig, die andere Formen institutioneller Wechsel durchmachen, wie z.B. von der Schule an den Arbeitsplatz.

Ebenso müssen Interventionen langfristig angelegt sein und begleitet werden von sichtbar starken institutionellen und gesellschaftlichen Verbindlichkeiten. Projektartig angelegte Interventionen von kurz- oder mittelfristiger Dauer können sogar kontraproduktiv wirken, da sie letztlich die Frustration und das Misstrauen auf Seiten der Klienten steigern können, von denen die meisten eher instabil sind und kaum Verbindlichkeiten und Verantwortung im Leben erfahren haben. Hier kann ein einmal aufgebautes zwischenmenschliches Vertrauen nur durch ein langfristiges und stabiles Verhältnis zum Mentor erhalten bleiben.

2.10 Was nicht funktioniert: reine Aggressionsbewältigung und kognitives Verhaltenstraining

Nach der Darstellung der empirisch erfolgreichen Deradikalisierungs-Methoden und -Strategien soll nun der Frage nachgegangen werden, welche Ansätze wenige oder möglicherweise sogar nachteilige Effekte haben. In den internationalen RAN Fach-Workshops, in denen sich akademische Forscher und praktizierende Fachkräfte aus verschiedenen Ländern und Bereichen austauschten, ist man sich über die Schwächen der beiden folgenden, häufig angepriesenen Alternativen einig geworden: die ausschließlich auf kognitivem Verhaltenstraining (KVT) basierenden Programme und die Antiaggressions-, bzw. Aggressionsbewältigungsprogramme (AB). KVT-Ansätze unterstützen generell weder offene, prozessorientierte Interaktion, noch narrative Partizipation und Experimentalcharakter. Sie können sogar Interaktion verhindern: Oft erzeugen solche Trainings eine Art Konformität und Folgsamkeit ohne nachhaltigen persönlichen Überzeugungswandel und fördern eine Einstellung von „Bringen-wir-es-hinter-Uns“, die das Individuelle oder das Thema der individuellen Entwicklung nicht wirklich ins Gespräch bringt. Aggressionsbewältigung (AB) wirkt wiederum oft oberflächlich, da sie den Ursprung, die Funktion und die Ziele der Aggression in der Biografie der Person wenig oder gar nicht behandelt. Solange KVT und AB nicht in einen festen methodologischen Rahmen und in einen offenen, auf einer persönlichen Beziehung basierenden Prozess und narrativer Interventionsarbeit eingebunden sind, wird die Effektivität darunter leiden oder sogar eine kontraproduktive Wirkung hervorgerufen.

3. Beispiele für Ansätze der „bewährten Praxis“ bei Hassdelikten und Deradikalisierung

Wie bereits aufgezeigt wurde, sind die erfolgreichsten Ansätze der Deradikalisierung die offenen, prozessorientierten Interventionen mit Partizipationscharakter. Methodologisch gesprochen haben sie einen narrativen, beziehungs-dynamischen Schwerpunkt und basieren sowohl auf Akzep-

tanz/Unterstützung als auch auf Konfrontation/Kritik. Vertraulichkeit und Verbindlichkeit werden am ehesten geleistet von qualifizierten, speziell ausgebildeten, selbständig praktizierenden externen Fachkräften, die jedoch autorisiert sind, unabhängig innerhalb öffentlicher Institutionen und institutionsübergreifend zu handeln und bei ihren Interventionen pro-aktiv von den Mitarbeitern der Institutionen unterstützt werden. Dergleichen offene, prozessorientierte Ansätze vereinen bestimmte Merkmale:

- Sie legen den Schwerpunkt auf die Entwicklung emotionaler Intelligenz;
- Sie nutzen Gruppensitzungen;
- Sie behandeln biographische und familienbezogene Angelegenheiten und setzen sich mit Gender-Themen und Machtverhältnissen auseinander;
- Sie beschäftigen sich mit fortgeschrittener politischer Bildung und fiktionalen oder kulturellen Texten;
- Sie beziehen Vertreter der Familie, Gemeinde und Zivilgesellschaft ein;
- Sie kombinieren sowohl akzeptierende als auch konfrontative Arten der Interaktion;
- Sie werden von systematischem Qualitätsmanagement und Evaluation begleitet;

Die Webseite des „European Network of Deradicalisation“ (ENoD),⁶ die vom Violence Prevention Network aufgebaut wird und eng mit der Derad-Arbeitsgruppe des RAN-Netzwerks der Europäischen Kommission zusammenarbeitet, wird bald dazu in der Lage sein, Profile von Deradikalisierungs-Ansätzen in ganz Europa bereitzustellen, die Verfahren der „bewährten Praxis“ einsetzen oder gerade in der Entwicklungsphase stecken. In der Zwischenzeit kann auf das Beispiel zweier Berliner Nichtregierungsorganisationen verwiesen werden: Cultures Interactive e.V. und das bereits erwähnte Violence Prevention Network e.V.

3.1 Cultures Interactive

Cultures Interactive (CI) ist ein Verein von Fachkräften, der sich mit „Gewaltprävention und interkultureller Bildung“ befassen. Obwohl die Mit-

6 <http://www.european-network-of-deradicalisation.eu>.

arbeiter gelegentlich in Polen und der Tschechischen Republik tätig sind, richten sie ihre Bemühungen insbesondere auf jene Städte und ländlichen Gemeinden in Ostdeutschland und auf Berliner Innenbezirke aus, die unter einem relativ hohen Grad an sozialen Spannungen leiden.

Methodologisch hat CI einen pädagogisch erweiterten Ansatz der Jugendkultur-Arbeit entwickelt, der gewalttätigem Extremismus und Hassdelikte proaktiv vorbeugt und das Bewusstsein für Menschenrechte und demokratische Werte unterstützt. Dieser Ansatz ermöglicht sowohl Präventionsmaßnahmen als auch direkte Interventionen der Deradikalisierung, abhängig vom jeweiligen Kontext und den Zielgruppe. CI arbeitet mit Zielgruppen im Umfeld von Neonazismus, radikalem Islamismus und Dschihadismus, Alltagsrassismus, Fremdenhass und anderen Formen von gruppenbezogener Feindlichkeit, sowie mit gewalttätigem und ausgrenzendem Verhalten im Allgemeinen – dies insbesondere bei gefährdeten Jugendlichen aus benachteiligten Lebenssituationen.

Der Ansatz von CI kombiniert politische und historische Bildung mit Workshops, die von Peer-Anleitern in verschiedenen Trainingsangeboten und auf unterschiedliche Arten durchgeführt werden. Dabei kommt auch ein psychologisch basiertes Gruppenverfahren im offenen Prozess zur Anwendung: die „Wir-unter-uns-Gruppe“ (WuuG). Die Module der politischen Bildung sind gekennzeichnet durch Übungen in Teambildung, *Diversity Training* und *Anti-Bias-Kurse*, wie auch in Gender-Bewusstsein und Aggressionsbewältigung. Mediationstechniken sind ebenfalls im Programm enthalten. In der „Wir-unter-uns-Gruppe“ nehmen die Gruppengespräche zuweilen von dokumentarischen oder fiktionalen medialen Narrativen (Filme, Fernsehen, Liedtexte) ihren Ausgang, die die Jugendlichen selbst auswählen.

Die Jugendkultur-Workshops schöpfen aus unterschiedlichen kreativen Ausdrucksformen, wie Rap-Musik, Poetry-Slam, Breakdance, Comic und Graffiti-Kunst, Skateboarding, DJ-ing, Film und digitale Musikproduktion. Geleitet von den Prinzipien des informellen Lernens durch Peer-Teaching, binden diese Workshops manchmal auch historische und andere Materialien ein, die für die heutige Zivilgesellschaft relevant sind.

Die an den urbanen Jugendkulturen ausgerichteten, praktischen Workshops ermöglichen es CI, Personengruppen zu erreichen, die von den traditionellen pädagogischen Institutionen weitgehend entfremdet sind und die durch konventionellere Ansätze kaum noch zu erreichen wären.

Die „Wir-unter-uns-Gruppe“ bemüht sich, die persönliche und Gruppen-Selbsterfahrung der Einzelnen zu fördern, indem sie Prinzipien aus der psycho- und sozialtherapeutischen Arbeit anwendet. Unter Leitung einer Fachperson werden die Teilnehmer in einen freiwilligen, vertraulichen Rahmen mit offenem Prozess eingebunden, wo sie sich über Erfahrungen und Themen austauschen, die sich spontan in der Gruppe ergeben. Hier können sich die jungen Leute mit ihren Alltagserlebnissen, besonderen Ereignisse, Gedanken und Ideen auseinander setzen. In diesen Austausch gehen in aller Regel auch die Themen und Erlebnisse ein, die in den Modulen der politischen Bildung und pädagogischen Übung sowie in den Jugendkultur-Workshops berührt wurden. Hierbei sind lediglich die grundlegenden Regeln von Schutz, Vertraulichkeit und gegenseitigem Respekt bindend. Idealerweise ist die Leitung maximal zurückhaltend. Nur wenn erforderlich, mag sie der Gruppe darin behilflich sein, sich akuten Themen zuzuwenden, den Sprecherwechsel zu moderieren, eine Sitzung zusammenzufassen und in ihrer Dynamik zu erläutern, bzw. die gewonnenen Beobachtungen und Einsichten festzuhalten. Häufige Gesprächsthemen sind Jugendkulturen, Freizeitaktivitäten, Freundschaften, zwischenmenschliche Konflikte, Erfahrungen von Gewalt, Verrat oder Unterlassung, Bekundung von Loyalität und Hilfe und vor allem Fragen zu Genderbewusstsein und persönlicher Identität. Nicht selten kommen auch familiäre Themen zur Sprache sowie Erfahrungen, die die Teilnehmer in Kinderheimen, Kinderpsychiatrien, oder in der Jugendhaft gemacht haben.⁷

CI hat kürzlich ein Programm des „train the peer trainer“ entwickelt und erprobt, den sogenannten „Fair Skills“-Lehrgang. Er ist darauf zugeschnit-

7 Harald Weilnböck, Silke Baer, and Peer Wiechmann (2012), „Hate Crime Prevention and Deradicalization in Environments Vulnerable to Extremism: Community Work with the Fair Skills Approach and the We-Among-Ourselves Group,“ ursprünglich in Zeitschrift des Informations- und Dokumentationenzentrums für Antirassismusarbeit in NRW (February issue, 3–7); bald auch auf www.weilnböck.net and www.cultures-interactive.de.

ten, Jugendliche in benachteiligten Lebenssituationen zu Jugendkultur-Trainern zu qualifizieren. „Fair Skills“ betont die Sozial-, Kreativ- und Initiativkompetenzen, wie sie vom „*European Framework of Key Competencies*“ formuliert wurden und beinhaltet „soziale und bildungspolitische“ Schwerpunkte (d.h. „zwischenmenschliche und interkulturelle Fähigkeiten“, „kritisches Denken“, „konstruktiven Umgang mit Gefühlen“ und „kulturelles Bewusstsein und Ausdruck“) (Empfehlung des Europäischen Rates 2006/962/ER). Die Ausbildung findet in drei einwöchigen Intensivkursen statt, auf die eine Supervision der ersten eigenen Erfahrungen als Trainer folgt.

CI ist an verschiedenen Orten tätig und bietet ein- oder zweitägige Workshops in Schulen und Jugendclubs an, die sich in benachteiligten ländlichen Regionen, Kleinstädten oder innerstädtischen Gebieten befinden. Aufbauend auf diese Workshops veranstaltet CI für junge Leute und ihre lokalen Vertreter Gemeindeversammlungen und Großgruppen-Diskussionen in öffentlichen Räumen, um die Beteiligung von Jugendlichen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das derzeitige Bundes-Modellprojekt „*Handlungskonzept für die offene Jugendarbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im ländlichen Raum der neuen Bundesländer*“ (HaKo_reJu) entwickelt Programme, Instrumentarien und Grundlagen für Sozialarbeiter und Jugendzentren in sozial benachteiligten Bereichen, wo Jugendliche sich vom Rechtsextremismus angezogen fühlen. Ähnlich dazu untersucht Cultures Interactive in dem von der EU geförderten Projekt *Women, Girls, and Gender in Extremism* („WomEx“) die Rolle von Mädchen und Frauen in der Rechtsextremismus- und Islamismus-Prävention. Die Beteiligten dieser Initiativen sind Jugendliche, Sozialarbeiter, Lehrer, Polizeibeamte, Angestellte der öffentlichen Verwaltung, Jugendclubs, Verbände und lokale Medienstützpunkte.

3.2 Das *Violence Prevention Network*

Das *Violence Prevention Network* (VPN) hat einen besonderen Ansatz der Gruppenintervention für inhaftierte Jugendliche entwickelt, die aufgrund von Hassdelikten verurteilt wurden, deren Wurzel im Neonazismus, Islamismus oder einer anderen gewaltbereiten Ideologie liegen. Zwei unabhängige externe Fachkräfte, die keine Angestellten des Gefäng-

nisses sind, führen die Intervention durch. Diese Fachkräfte wirken auch an der Gestaltung des Mitarbeitertrainings der Institution mit. Ehemalige Täter, Familienangehörige und Vertreter der Zivilgesellschaft werden für spezielle Sitzungen zur Unterstützung des Prozesses hinzugezogen.

Das VPN-Programm konzentriert sich auf individuelle Lebensgeschichte und Gewaltbiografie, auf Beziehungsthemen, Peer-Group, Genderthemen und Kriminalität, mit besonderem Schwerpunkt auf den belastenden Umständen der Herkunftsfamilien sowie auf Vorfälle von Gewalt, Missbrauch oder Geringschätzung in der Vergangenheit des Klienten. Junge Täter werden dazu ermutigt, die Verbindungen zwischen Ereignissen der Vergangenheit und ihrer eigenen Gewaltbereitschaft wie auch ihrer extremistischen politischen oder religiösen Haltungen zu eruieren. Darüber hinaus sind Module der politischen und religiösen Bildung in der Intervention maßgeblich.

Der VPN-Ansatz legt Wert darauf, die jungen Erwachsenen nicht auf einen kriminellen Status zu reduzieren. Jeder Teilnehmer wird ernst genommen und als Mensch mit einer eigenen Geschichte, Konflikten und einem Potential für die persönliche Entwicklung respektiert. Gleichzeitig wird die Person mit ihrer begangenen gewalttätigen Handlung konfrontiert. Diese wird ebenso systematisch analysiert, wie die intoleranten und menschenverachtenden Haltungen, die sie motiviert haben.

Ist innerhalb der Gruppe ausreichend Vertrauen aufgebaut worden, kommt der zentrale Bestandteil des Programms zur Anwendung: die sogenannten „Gewaltsitzungen“, bei die Teilnehmer sich jeweils darum bemühen, ihre Handlungen, Gefühle und Gedanken zu rekonstruieren, die während des Hassverbrechens zum Tragen kamen. Diese Sitzungen stellen sowohl hohe Ansprüche an die Gruppe als auch an den Prozessbegleiter dar. Überraschenderweise ist diese Art der Konfrontation mit der eigenen unmenschlichen Brutalität, den entsetzlichen Verletzungen und hasserfüllten Phantasien und Handlungen, die mit dem Verbrechen verbunden waren, für die Täter selbst oft eine überwältigende Grenzerfahrung. Die Teilnehmer unterstützen sich hierbei jedoch gegenseitig und lassen einander auch nicht so leicht davonkommen. In der Zeit nach der „Gewaltsitzung“ sind die meisten Mitglieder der Gruppe dazu in der

Lage, ihre Verantwortlichkeit anzuerkennen und eine neue Vorstellung von sich und Empathie mit anderen zu entwickeln.

Obwohl sich der Prozess im Kontext und mit Hilfe der Gruppe ereignet, ist es wichtig, dass er stets von Einzel-Sitzungen begleitet wird. Der gesamte Prozess findet nach einigen Vorgesprächen ausschließlich auf freiwilliger Basis statt. Die Teilnehmer erhalten nur moderate Anreize, wie beispielsweise die Gelegenheit, gemeinsam Fußball zu spielen. Da sie an dem Programm nicht teilnehmen müssen, wird ein mögliches Ausscheiden in der Akte nicht vermerkt. Hierbei ist die Austrittsrate bemerkenswerter Weise sehr gering (sie liegt bei 2 %). Pädagogische Übungen und Rollenspiele, die sich mit Konflikt-Verhalten, Provokation, Beleidigung und der Entfaltung von autobiografischen Narrativen auseinandersetzen, sowie Sitzungen mit sorgfältig ausgewählten Familienangehörigen und Freunden runden den Prozess ab.

Nach dem Trainingsprogramm wird ein Modul zum Change-Management eingesetzt. Dieses Modul bietet Entwicklungsressourcen und Risikoanalysen, rekrutiert Helfer aus der Familie des Täters oder einer größeren Gemeinde und baut ein lokales unterstützendes Netzwerk auf. Ein Coaching für die Zeit nach der Entlassung, das bis zu zwölf Monate andauern kann, wird von einem der beiden Prozessbegleiter für jeden ehemaligen Täter angeboten, um ihm dabei zu helfen, den Übergang von der Haft in die Gesellschaft zu meistern. Zentrales Ziel ist hierbei der Schutz der Öffentlichkeit, d.h. die Reduzierung der Rückfallrate, die bei Hassdelikten generell auf rund 76 % geschätzt wird. Die Logik, die dabei zugrunde gelegt wird, ist die, dass die Arbeit mit Tätern die Anzahl der Opfer, den Schaden und auch die sozialen Kosten reduzieren wird.

Auch in manchen anderen Mitgliedstaaten der EU wurden Erfahrungen mit Verfahren der *Hate-Crime*-Prävention und Deradikalisierung gewonnen und innovative Ansätze entwickelt. Das *European Network of Deradicalisation* wird zusammen mit dem *Radicalization Awareness Network* weiterhin daran arbeiten, diese Ansätze zu sichten und zusammenzuführen. Aus dem wechselseitigen Austausch der Praktiker aus dem Feld werden sich hilfreiche Empfehlungen ergeben, die direkt an die Politikgestaltung auf EU- und Länderebene rückgemeldet werden können.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Lützinger, Saskia (2012): „The Other Side of the Story: A qualitative study of biographies of extremists and terrorists“.
- Weilnböck, Harald (2012): „Provincializing Trauma: A Case Study on Family Violence, Media Reception, and Transcultural Memory,“ ursprünglich in *Journal of Literary Theory*, 6:1, S. 149–175
- Weilnböck, Harald (2009): „Towards a New Interdisciplinarity: Integrating Psychological and Humanities Approaches to Narrative,“ in Sandra Heinen and Roy Sommer (eds.), *Narratology in the Age of Cross-Disciplinary Narrative Research* (Berlin: De Gruyter).
- Weilnböck, Harald (2008): „Mila – eine Fallrekonstruktion der qualitativ-psychologischen Literatur- und Medien-Interaktionsforschung (LIR),“ ursprünglich in *Psychotherapie und Sozialwissenschaft*, 10:2.
- Weilnböck, Harald (2002): „Die Anwendung der Gruppenanalyse in der Kulturvermittlung. Trauer-Abwehrarbeit in einer Sitzung des Gruppenanalytischen Literaturseminars über Judith Hermans ‚Hunter-Tompson Musik,‘“ ursprünglich in *Arbeitshefte Gruppenanalyse* 28. Themenheft: Kultur und Gruppenanalyse Nr. 2.
- Weilnböck, Harald; Baer, Silke; Wiechmann, Peer (2012), „Hate Crime Prevention and Deradicalization in Environments Vulnerable to Extremism: Community Work with the Fair Skills Approach and the We-Among-Ourselves Group,“ ursprünglich in *Zeitschrift des Informations- und Dokumentationzentrums für Antirassismusbearbeitung in NRW* (February issue, 3–7).

Lessons learned – Können die erfolgreichen Ansätze der arbeitsmarktorientierten Ausstiigsarbeit für andere europäische Länder adaptiert werden?

Kristina Nauditt | Gerd Wermerskirch

Was sollte bei Programmen, mit denen erfolgreiche Projektansätze der Ausstiigsarbeit in Deutschland auf andere Länder ausgeweitet werden könnten, beachtet werden? Keine einfache Frage, und um der Vorstellung vorzubeugen, dies könne ohne die Formulierung passgenauer Anforderungen in den betreffenden Ländern geschehen, haben wir unseren Beitrag „Lessons learned“ genannt.

Es geht im Folgenden darum, die Grenzen und Risiken einer europaweiten Ausdehnung arbeitsmarktorientierter Ausstiigsarbeit aufzuzeigen. Wir können dies nicht für spezifische Länder tun, aber aus den Erfahrungen der Projekte, die im Netzwerk des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ mit arbeitsmarktorientierter Ausstiigsarbeit aus dem Rechtsextremismus in Deutschland gemacht worden sind, lassen sich Kriterien aufstellen, die berücksichtigt werden sollten, um die beabsichtigte Wirkung erfolgreicher Projektarbeit in anderen Ländern zu erzielen.

Generell möchten wir zwei grundsätzliche Annahmen voranstellen. Zum einen ist die Ausstiigsarbeit nicht ohne die anderen Säulen der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu denken: Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams die in der Zivilgesellschaft agieren, oder der Opferberatungsstellen, gehören zu einer effektiven Bekämpfung des Rechtsextremismus unabdingbar dazu. Im Sozialraum muss die Arbeit lokaler Bündnisse gegen Rechts gestärkt werden oder es müssen solche Bündnisse überhaupt erst gegründet werden. Die Regelinstitutionen im deutschen Hilfesystem, die das soziale Netz spannen, müssen funktionieren. Die zweite Annahme ist, dass es bei der Ausstiigsarbeit tatsächlich um den Ausstieg geht. Die Arbeitsmarktintegration kann immer nur ein zweiter Schritt sein, an dem

der „Fortschritt“ des Ausstiegs gemessen werden kann. Viele Rechtsextreme sind zudem weder Jugendliche noch arbeitslos, wohingegen sich die Arbeitsmarktintegration in der Praxis vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene, die zur rechten Szene gehören oder nach einem Strafvollzug wieder in die Gesellschaft integriert werden wollen oder sollen, bezieht.

Der Ansatz der Arbeitsmarktintegration führt gleich zum Hauptkritikpunkt am Programm „Ausstieg zum Einstieg“, der Bevorzugung rechtsextremer Jugendlicher durch Arbeitsangebote, die anderen Arbeitssuchenden vorenthalten werden. Diese Bevorzugung könnte den Rechtsextremismus erst recht attraktiv machen, so die Befürchtung.

Dieser Vorwurf ist hauptsächlich dort nachzuvollziehen, wo Arbeitsplätze rar sind, also vor allem in strukturschwachen Regionen. Das muss in möglichen Programmen ähnlicher Zielsetzung in anderen europäischen Ländern berücksichtigt werden, und zwar vor allem im Süden Europas. Wie sollen Rechtsextreme in den (nicht vorhandenen) Arbeitsmarkt integriert werden, wenn rund die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos ist? Die Arbeitsmarktstrategie kann nur dort greifen, wo eine demokratisch gesinnte Mehrheitsgesellschaft in ihrer pluralistischen Struktur das Umfeld für einen Ausstieg bietet.

Die Projekte, mit denen wir in den vergangenen Jahren gearbeitet haben, haben versucht, sich mit Erfolgskriterien abzusichern, um genauer definieren zu können, wann überhaupt von einem erfolgreichen Ausstieg gesprochen werden kann und wann einem Klienten Arbeit angeboten wird. Im sozialen Bereich ist eine solche Definition immer schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Und trotzdem: Was ist Ausstieg? Woran erkennt man ihn?

„Kein/e Rechtsextremist/in¹ steigt von heute auf morgen aus der Szene aus. Einem Ausstieg geht immer eine lange Auseinandersetzung mit Zweifeln an Ideologie und Idealen voraus. Auch der Prozess des Ausstiegs kann Jahre dauern. Grund-

1 Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung gibt es durchaus auch überzeugte rechtsextreme Frauen und Mädchen und somit auch Asteigerinnen.

sätzlich markiert der Ausstieg aus der rechtsextremen Szene einen Wendepunkt im Leben derjenigen, die sich dazu entschließen. Er ist oft verbunden mit dem Wunsch nach persönlicher Sicherheit, Bildung und Arbeit, gesellschaftlicher Einbindung sowie der Suche nach einem neuen Weltbild, nach Sinn und Orientierung. Ausstieg bedeutet dabei die kritische Reflexion und Aufarbeitung sowie das erfolgreiche Infragestellen und Überwinden der bisherigen handlungs- und richtungsweisenden Ideologie. Dafür ist es unabdingbar, bisherige Bezugsgruppen, Parteien und große Teile des sozialen Umfelds zu verlassen – ein Prozess, der den Betroffenen die Mobilisierung all ihrer Ressourcen abverlangt und sie schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt, wenn kompetente Ansprechpartner/innen und konstante Bezugspunkte fehlen.“²

Hier sind zwar noch keine Erfolgskriterien bestimmt, doch würde nach dieser Definition Michael Fischer, der Freund der Ruderin im deutschen Olympia-Achter, Nadja Drygalla, nicht als Aussteiger bezeichnet werden. Er ist trotz anderslautender Angaben vermutlich weiterhin in der rechten Szene aktiv. Von einem langen, bewussten Ausstiegsprozess kann in seinem Fall zumindest nicht die Rede sein.³ Dieses Beispiel macht deutlich, wie grundlegend ein Ausstiegsprozess ist und wie viel Trennungsbereitschaft auf allen Ebenen vorhanden sein muss. Das Beispiel zeigt auch, wie viel Know-How ein professionelles Ausstiegsprogramm braucht.

Um eine erste Annäherung an ein europäisches Programm zu wagen, wird dieser Beitrag im Folgenden in zwei Teile gegliedert. Zunächst stellen wir den Ausstiegsprozess in seinen verschiedenen Phasen dar und formulieren Qualitätskriterien, die Voraussetzung für einen erfolgreichen

2 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Tunnel Licht Blicke – Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“, Berlin 2012: 66f. Vgl. auch EXIT Deutschland: <http://www.exit-deutschland.de/EXIT/Navigation/Ausstieg/Ausstieg-K332.htm>, 05.02.2013).

3 Vgl. Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 07.08.2012: „Langjähriger Neonazi Michael Fischer. Sieben Indizien, die gegen einen Ausstieg von Drygallas Freund sprechen“, <http://www.sueddeutsche.de/politik/langjaehriger-neonazi-michael-fischer-sieben-indizien-die-gegen-einen-ausstieg-von-drygallas-freund-sprechen-1.1433037>. Siehe auch: <http://www.publikative.org/2012/08/05/fischer-ausgestiegen-zweifel-an-drygalla-aussage/>, 17.02.2013; <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-08/drygalla-mpd-rostock>, 17.02.2013.

Ausstieg sind. Diese Kriterien wurden teilweise auf den Netzwerktreffen des XENOS-Sonderprogramms gemeinsam entwickelt. In einem zweiten Teil stellen wir eine Checkliste für ein Ausstiegsprogramm vor, die unter anderem auf der Konferenz „Tunnel Licht Blicke“ der Friedrich-Ebert-Stiftung basiert.

Der Ausstiegsprozess

Um die Möglichkeiten eines erfolgreichen europäischen Transfers von arbeitsmarktorientierter Ausstiagsarbeit zu prüfen, ist zunächst ein Überblick über die Gestaltung des Ausstiegsprozesses notwendig. Daraus leitet sich dann eine Checkliste darüber ab, ob der Rahmen und die Voraussetzungen für einen Transfer überhaupt gegeben sind, da sich die sozialen, wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Systeme in jedem der 27 EU-Staaten erheblich voneinander unterscheiden.

Ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene ist ein Prozess, der mehrere Phasen durchläuft. Am Ende jeder Phase kann mit Hilfe von Indikatoren überprüft werden, ob und inwiefern der Erfolg bzw. die Qualität des Ausstiegs erreicht wurden. Die Arbeitsmarktintegration kann in diesem Zusammenhang auch als ein wesentlicher Indikator für den Fortschritt des Ausstiegs betrachtet werden. Jede Darstellung in groben Schemen wird dem einzelnen Individuum natürlich nicht gerecht, verschafft aber einen Überblick über den Diskussionsstand im Netzwerk des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. In der praktischen Arbeit mit Ausstiegswilligen zeigt sich, dass sich Phasen überlappen oder wiederholen können. Das folgende Modell suggeriert Stringenz, doch die Wirklichkeit ist komplexer, vielschichtiger und mit unterschiedlichen Problemfeldern verwoben. Basis des Modells sind die von Kurt Lewin entwickelten Phasen des „Unfreeze – Move – Defreeze“ oder, wie es EXIT-Deutschland bezeichnet, „Entschlusssituation – Ausstiegssituation – Aufbausituation“, die in der Ausstiagsarbeit erweitert werden müssen. Wir greifen auf die Konzepte zurück, die vom Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit Bremen (VAJA), Prof. Dr. Kurt Möller der Hochschule Esslingen sowie insbesondere von EXIT-Deutschland entwickelt wurden.

Die Phasen des Ausstiegs

1. Irritationsphase bzw. Anlässe, die intrinsisch zum Ausstieg bewegen.
2. Kontaktaufnahme und Anamnesephase, die im Wesentlichen die Umfeld- und Situationsklärung beinhaltet.
3. Vertrauensphase, in der die vertrauensvolle Beziehung zum Klienten erarbeitet wird.
4. De-Radikalisierungsphase, die Kernphase, in der an der ideologischen Basis der Ausstiegswilligen gearbeitet wird.
5. Neuorientierungsphase, in der die Ausstiegssuchenden das bisherige Umfeld verlassen.
6. Festigungsphase, in der Anerkennungsstrukturen, Selbstwirksamkeit und Teilhabe an demokratischen sozialen Prozessen den Ausstieg festigen.

Im Folgenden werden die Phasen erläutert und die Erfolge anhand von Qualitätsindikatoren kenntlich gemacht.

1. Phase: Irritationsphase

Diese Phase liegt vor dem Beginn des eigentlichen Beratungsprozesses. Ausstiegswillige bekommen Zweifel an der Richtigkeit ihres Verhaltens. Dazu können Anlässe aus dem familiären oder freundschaftlichen Umfeld führen, zum Beispiel der Ausstieg eines Kameraden, berufliche Veränderung, Enttäuschungen und Gewalt in der Szene sowie die anstehende Verantwortungsübernahme als Eltern für Kinder. Anlässe können aber auch staatliche Sanktionen wie der Strafvollzug oder Impulse aus der umgebenden Zivilgesellschaft wie beispielsweise Sportangebote sein. Die Auslöser sind sehr vielfältig, aber im Ergebnis suchen Ausstiegswillige nach einem Hilfeangebot, zu dem sie über mehrere Wege Zugang finden können. Die Irritation muss für den Einzelnen schwerwiegend sein. Viele Impulse können dabei aus dem Umfeld kommen. Hier setzen die präventiven und sozialraumorientierten Angebote an, die die Zivilgesellschaft demokratisch stärken.

Der Meilenstein zum Übergang zur nächsten Phase ist die Kontaktaufnahme zu einem Beratungsangebot durch die Ausstiegswilligen. Dann beginnt das eigentliche Fallmanagement, also ein systematisches, bewusstes Vorgehen, um eine Person bei ihrem Ausstieg zu begleiten.

2. Phase: Kontaktaufnahme und Anamnesephase

Diese Phase beginnt mit einer Erstansprache durch den Beratungsträger. In einem Erstgespräch lernen sich die Beteiligten kennen und der Ratsuchende bekommt einen Überblick über das Angebot des Beratungsträgers. Die Beratungsstelle versucht eine Situationsklärung, das heißt, es wird eine Anamnese des Klienten durchgeführt, mit dem speziellen Fokus auf die Form der Szenezugehörigkeit und die Bereitschaft, an der eigenen Ideologie bzw. Haltung und den Werten zu arbeiten. Es wird geklärt, inwiefern eine intrinsische Motivation beim Ratsuchenden vorliegt. Dazu gehört auch eine Bestandsaufnahme möglicher Straftaten.

Der Erfolgsindikator beim Übergang zur nächsten Phase ist der kontinuierliche Kontakt zwischen Ausstiegswilligen und Beratenden. Gemeinsam werden Ziele der Beratung und Begleitung festgelegt und dokumentiert.

3. Phase: Vertrauensphase

In dieser Phase wird der Kontakt vertieft, eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen und es werden verschiedene Auswege, also Strategien, gemeinsam besprochen und festgelegt. Für den Beratungsträger beginnt nun die intensive Phase der Absprache mit Behörden und Institutionen und der Versuch der Koordination und Mobilisierung weiterer Hilfen, weil die Bestandsaufnahme in der Regel vielfältige Probleme aufzeigt, zum Beispiel Strafverfolgung, Drogen, Schulden und Deprivation. Dieser Teil der Begleitungsarbeit zieht sich durch die weiteren Ausstiegsphasen hindurch.

Das Vertrauen ist hergestellt, wenn beide Seiten den Eindruck haben, dass ein verlässlicher De-Radikalisierungsprozess erfolgversprechend angegangen werden kann. Die verlässliche Vereinbarung der nächsten Schritte ist der Erfolgsindikator in dieser Phase.

4. Phase: De-Radikalisierungsphase

Wir haben an dieser Stelle bewusst den von EXIT-Deutschland geprägten Begriff „De-Radikalisierung“ gewählt, weil der spezifische Aspekt der Ausstiegsarbeit die Arbeit an der Ideologie ist. Die menschenverachtenden Normierungen in der rechtsextremen Szene (Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus, Ablehnung der Demokratie und ihres pluralistischen Wesenskerns, Sexismus, Geschichtsrevisionismus) müssen in der De-Radikalisierungsphase bearbeitet werden. Die Arbeit an der eigenen Vergangenheit mit ihren biografischen Verwerfungen muss dazu komplementär stattfinden. Konfliktfähigkeit und eigene gewalttätige Muster der Unterdrückung und Unterwerfung müssen erkannt und realistisch vom Klienten eingeschätzt werden. Die Auseinandersetzung mit den Opfern der Gewalt wird implementiert. Ebenso muss die Loslösung von der Szene initiiert werden. Dabei ist ein Sicherheitssystem zu schaffen, da viele Ausstiege mit Bedrohungsszenarien aus der rechten Szene einhergehen.

Die ersten Erfolge werden sichtbar, wenn schulische oder berufliche Leistungen am Ende der Phase stark verbessert sind. Der Grad der kritischen Selbstreflexion hat einen stabilen Punkt erreicht, die Ideologie wurde als falsch erkannt. Ein stabiles soziales Unterstützungssystem staatlicher (zum Beispiel Sozialamt, Jugendamt) und nichtstaatlicher Institutionen (zum Beispiel Schuldnerberatung, psychologische Betreuung) ist um den Ausstiegswilligen aufgebaut worden, das eine Neuorientierung zulässt.

Am Ende des De-Radikalisierungsprozesses leben Ausgestiegene in einem neuen Umfeld mit beruflicher und privater Perspektive, sie sind „systemisch“ ausgestiegen. Das heißt, sie üben den erlernten Beruf in neuer Umgebung aus oder haben sich durch Schulung, Schulabschluss, betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung eine neue Perspektive am Arbeitsmarkt erarbeitet. Die Ausgestiegenen sind fit für den Alltag fernab der rechten Szene.

5. Phase: Neuorientierungsphase

Nach dem Ausstieg aus der rechten Szene und dem Einstieg in ein normales Leben kommen zu den Herausforderungen des Alltags auch die Abwehr von Bedrohungen hinzu, die sogar die Erstellung einer neuen Identität beinhalten kann. In dieser Phase muss also stabilisiert werden, Ausgestiegene müssen aus eigener Kraft die Erneuerung vorantreiben und zunehmend das Unterstützungssystem loslassen.

Erfolgsindikatoren sind zum Beispiel das selbstständige Schreiben und Verschicken von Bewerbungen sowie die eigenständige Anwendung konstruktiver Konfliktbewältigungsstrategien und deren Integration in das Alltagsverhalten. Die Anerkennungsstruktur fußt auf einem stabilen sozialen Umfeld, in dem pluralistische demokratische Werte gefestigt sind. Eventuell wird die Teilhabe an demokratischen Willensbildungsprozessen erprobt.

6. Phase: Festigungsphase

In dieser Phase sind die Anerkennungsstrukturen, die Selbstwirksamkeit und Teilhabe an demokratischen sozialen Prozessen gefestigt, sie werden erlebt und gelebt. Das soziale Umfeld ist neu gestaltet. Toleranz gegenüber Minderheiten lässt neue Kontakte zu. Ausdruck einer politischen Neuorientierung kann z.B. ein öffentlich sichtbares Engagement gegen Rechtsextremismus sein. Nichts verunsichert die rechte Szene mehr als „Verrat“ aus den eigenen Reihen, also durch diejenigen Personen, die glaubhaft und authentisch einen Ausstieg zum Einstieg gewagt haben.

Lessons learned

Im Folgenden wird dargestellt, worauf bei einer Adaption der Aussteigerprogramme in anderen europäischen Ländern zu achten ist. Die Kriterien beruhen unter anderem auf Erkenntnissen der Teilnehmer der internatio-

nenalen Konferenz „Tunnel Licht Blicke – Perspektiven arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit“ der Friedrich Ebert Stiftung am 12. Oktober 2012 in Berlin.

Die Kriterien für ein erfolgreiches Programm sind:

1. Die staatliche Anerkennung der Existenz des Problems Rechtsextremismus
2. Die Entwicklung von Qualitäts- und Erfolgskriterien
3. Prävention als Bestandteil erfolgreicher Arbeit gegen Rechtsextremismus
4. Die Rolle freier Träger in Ausstiegsprogrammen
5. Die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus
6. Arbeitsmarkt und Ausstiegsarbeit
7. Einbeziehung neuer Medien
8. Netzwerkarbeit

1. Die staatliche Anerkennung der Existenz des Problems Rechtsextremismus

Nachhaltig wirkende, erfolgreiche Ausstiegsprogramme bedürfen eines klaren politischen Willens in den betreffenden Ländern. Dazu gehört eine intensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Erscheinungsformen vor Ort, gegebenenfalls auch eine historische und öffentliche Auseinandersetzung mit der eigenen faschistischen Geschichte. Ein solcher gesellschaftlicher Prozess muss ernsthaft erfolgen und darf keine Alibi-Funktion haben. Dafür ist eine Klarheit im Umgang mit rechtsextremer Ideologie notwendig, die in der etablierten Politik europaweit nur selten anzutreffen ist. Nur durch eine offene und transparente Auseinandersetzung mit dem rechten Gedankengut lassen sich Weltbilder verändern und die Gefahren des Rechtsextremismus verdeutlichen. Auch in Deutschland wird Rechtsextremismus weiterhin häufig marginalisiert und nicht adäquat bekämpft.

2. Die Entwicklung von Qualitäts- und Erfolgskriterien

Wie bereits erwähnt, ist die Entwicklung von Qualitäts- und Erfolgskriterien eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Ausstiegsarbeit. Diese setzt eine detaillierte Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie voraus und ist daran geknüpft, dass Ausstiegswillige glaubhaft ihren Ausstieg aus der Szene vertreten. Wir haben in der oben aufgeführten Beschreibung des Ausstiegsprozesses versucht, einige Indikatoren aufzuzeigen.

3. Prävention als Bestandteil erfolgreicher Arbeit gegen Rechtsextremismus

Ausstiegsarbeit ist auch Präventionsarbeit. Es werden nicht-staatliche Projekte benötigt, die in Schulen, Sportvereinen und Verbänden antifa-schistische und antirassistische Bildung anbieten und sich an ideologisch gefährdete Personen richten. Positiv formuliert muss die Ausrichtung der Bildung demokratisch und pluralistisch sein und den Bezug zu den allgemeinen Menschenrechten herstellen. Hierzu gehört auch eine flankierende Elternarbeit, die eine kompetente Beratung für betroffene Familienangehörige anbietet. Auch wenn sich rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen häufig radikaler äußern als bei Erwachsenen, besteht auch ein großer Interventionsbedarf im Erwachsenenbereich. Jugendliche kommen nicht von sich aus auf rechtes Gedankengut. Häufig wird dieses im Eltern- oder Großelternhaus kolportiert und von den Jugendlichen als Aufforderung begriffen, sich in der Szene zu engagieren. Prävention muss also im gesamten System ansetzen und „systemisch“ arbeiten, egal ob im Einzelfall, in der Arbeit mit Gruppen oder im Gemeinwesen.

4. Die Rolle freier Träger in Ausstiegs- und anderen Programmen gegen Rechtsextremismus

Die in Deutschland gemachten Erfahrungen zeigen, dass die von freien Trägern durchgeführten Projekte in der Regel flexibler und unabhängiger agieren können als die staatlicher Stellen. Grundsätzlich erscheint ein

Bottom-up-Ansatz sinnvoll, da bei diesem häufig mehr Wissen und Engagement zum Tragen kommt als bei „von oben“ verordnetem Top-down-Vorgehen. Der Bottom-up-Ansatz lässt sich jedoch nur vor Ort entwickeln und ist je nach Historie, Region und Land in unterschiedlichen Stärken und Formen möglich. In Deutschland zeigten sich die Projekte nur dort als handlungsfähig, wo sie ein gutes Netzwerk vor Ort aufbauen konnten. Das heißt: Funktionierende und tragfähige Kontakte zu Polizei, Justiz, sozialer Arbeit und zu Jugendlichen sind Bedingungen für einen Erfolg versprechende Ausstiegsarbeit.

Die Erfahrung zeigt, dass flache Hierarchien und ein Austausch auf Augenhöhe zwischen allen beteiligten Gruppen den Ausstieg fördern. Bürokratie, unterschiedliche Kompetenzverteilungen und fehlende Zuständigkeiten bei staatlichen Institutionen in einem föderalen System werden als große Hemmnisse wahrgenommen.

Die Stärkung der Menschen vor Ort, die angemessene und ihren Bedürfnissen angepasste Projekte entwickeln, wäre hier wohl der sinnvollste Schritt. Graeme Atkinson von der britischen Kampagne „HOPE not hate“ formulierte auf der FES-Konferenz den Anspruch an die antifaschistische Arbeit: „Wir wollen die Menschen in die Lage versetzen, die Arbeit gegen Rechts auf der Basisebene selbst zu machen.“⁴ Dabei soll an den „Hot Spots“ angeknüpft werden, sodass von unten eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Rechts entsteht.

5. Die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Erfahrungen bedarf es einer klaren länderspezifischen Definition der jeweils existierenden rechtsextremen Strukturen und ihrer Hintergründe. Diese Definition muss mit den aktuellen sozialen Problemstellungen abgeglichen werden. Erst dann

4 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Impulse gegen Rechtsextremismus. Berlin 2/2012: 6.

kann ein nationaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Fuß fassen und nachhaltig wirken. Dafür ist die Betrachtung des ganzen Systems notwendig, darunter das rechtliche, ökonomische, soziale und politische Umfeld, in dem das Individuum als Einzelner, in der Gruppe, in der Familie und in seinem soziokulturellen Raum agiert.

Bernd Wagner von EXIT kritisiert zu Recht, dass es in Deutschland an einer gesamtstaatlichen Strategie fehle.⁵ Die einzige Landesregierung, die erkennbar an einer Gesamtstrategie arbeite, sei die von Brandenburg mit ihrem eigenständigen Programm „Tolerantes Brandenburg“, in dem die drei Säulen Opferberatung, Mobile Beratung und Bündnisse gegen Rechts gefördert werden. Zusätzlich koordiniert eine einzige Person die interministerielle Zusammenarbeit und sitzt im Range eines Staatssekretärs an der Schnittstelle zur Zivilgesellschaft – letztlich ein Erfolg der ehemaligen Ausländerbeauftragten Almuth Berger und der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Brandenburg

Dennoch fehlt auch diesem Programm die Komponente Ausstiegsarbeit als weitere Säule.

Generell ist in den Bundesländern eine Regelförderung der zivilgesellschaftlichen Angebote und Aktivitäten notwendig. Außerdem werden staatliche Regelmechanismen zur Abstimmung aller vier Säulen (Prävention, Mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsarbeit) benötigt. Ferner sollte von einem Abbau bisheriger institutioneller Förderungen, zum Beispiel der politischen Erwachsenenbildung, den Heimvolkshochschulen und der Jugendverbandsarbeit, trotz Haushaltskonsolidierungsprogrammen Abstand genommen werden.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe der europäischen Politik, die keinen Sparzwängen unterliegen sollte. Die

5 Wagner, Bernd: EXIT: Letzter Halt Ausstieg, Berlin 2012: 13. Wagner spricht in diesem Zusammenhang von föderalen Fragmenten.

Auseinandersetzung mit der Zersetzung fundamentaler europäischer Werte und damit der sozialen, politischen und bürgerlichen Menschenrechte, auf die sämtliche faschistische Bewegungen hinarbeiten, ist dringend geboten. Es besteht die Gefahr, dass rechtsextreme Bewegungen den politischen Frieden in Europa untergraben. Daher muss die Gemeinschaft Programme gegen Rechtsextremismus institutionell fördern, denn nur so lassen sich demokratische Werte wie Minderheitenschutz, individuelle Freiheit und Gleichheit absichern.

6. Arbeitsmarkt und Ausstiegswilligkeit

Die aktuelle „Mitte“-Studie der FES zeigt auf einer repräsentativen empirischen Basis, dass in Deutschland rechtsextreme Einstellungen bei mehrfacher Arbeitslosigkeit zunehmen⁶. Gleichwohl wird auf der Handlungsebene eine Arbeitsstelle allein nicht genügen, um Menschen aus der rechtsextremen Szene Anlass zum Ausstieg zu geben. Leider sind auch nicht alle Arbeitgeber gegen die rechtsextreme Ideologie immun. Allerdings gibt es bei Ausstiegswilligen durchaus das Phänomen, dass sie beginnen, sich ein etabliertes, gesellschaftlich anerkanntes Lebensmodell zu wünschen – und das beinhaltet einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Außerdem kann ein geregelter Tagesablauf dazu beitragen, sozial auffälliges Verhalten einzudämmen.

Neben einer detaillierten Analyse der Situation vor Ort sollte auch die Arbeitsplatzsituation und die Arbeitslosigkeit in der jeweiligen Region genauer betrachtet werden. Wie reagiert die Gesellschaft auf Förderprogramme für rechtsextreme Jugendliche? Für welche Arbeiten kommen Ausstiegswillige überhaupt in Frage? Eine individuelle Einzelfallbetreuung und langfristige professionelle Begleitung sind unabdingbar.

6 Vgl. S. 67, Oliver Decker/Johannes Kies/Elmar Brähler (et al.), Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, hrsg. von Ralf Melzer, Bonn (Dietz/FES) 2012.

7. Einbeziehung neuer Medien

Die europaweite Ausstiegsarbeit sollte sich auch intensiv mit neuen Medien und sozialen Netzwerken auseinandersetzen. Hier sind aktuelle Trends und szenetypische Entwicklungen erkennbar. Die Kommunikation und Vernetzung, die im Internet stattfindet, ist oftmals auch das Eintrittstor für Sympathisanten der rechten Szene. Daher wären auf europäischer Ebene spezielle Projekte empfehlenswert, die sich auf dieses Arbeitsfeld konzentrieren. Dringend geboten ist ein europäisches Monitoring, das nicht-staatliche Initiativen aus allen Ländern einschließt, um die aktuellen Trends und szenetypischen Entwicklungen zu beobachten und zu bekämpfen.

8. Netzwerkarbeit

Aus der konkreten praktischen Arbeit lassen sich noch einige wichtige Kriterien ableiten, die in Aussteigerprojekten erfüllt sein müssen. Neben der kompetenten Betreuung und Begleitung von Ausstiegswilligen ist auch das Beobachten von Veränderungen in anderen Bereichen notwendig. Dabei müssen die Ansprechpartner im Team zusammenarbeiten, um ihre eigene psychische Situation zu reflektieren und den kollegialen Austausch zu gewährleisten. Eine gute Aus- und Fortbildung, die speziell auf den Umgang mit Rechtsextremen vorbereitet, ist unerlässlich. Außerdem muss das Team in lokale und überregionale Netzwerke eingebunden sein. Die Netzwerkarbeit im Programm „Ausstieg zum Einstieg“ hat gezeigt, dass gerade heterogene Ansätze einen gegenseitigen Lernerfolg unterstützen.

Fazit

Vernetzung spielt bei der Ausstiegsarbeit eine Schlüsselrolle. Europaweite Netzwerke und ein europäischer Erfahrungsaustausch der Praktiker sind unabdingbar. (Fußnote: vgl. in diesem Sammelband den Artikel auf Seite von bis, Weilnböck). Dabei geht es um eine Bestandsaufnahme, um Ländervergleiche und um den Austausch über Möglichkeiten der Implementierung von Programmen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden, doch

gesamtstaatliche Strategien müssen aufeinander abgestimmt und auf zentralstaatlicher, föderaler und kommunaler Ebene erarbeitet werden.

Ein erster Schritt wäre, im Sinne des Philosophen Martin Bubers, die Initiierung eines authentischen Dialogs zwischen allen interessierten, beteiligten und betroffenen Bürgern, Engagierten und staatlichen Repräsentanten. Wir haben seit Beginn des XENOS-Programms die Netzwerktreffen für die Friedrich Ebert Stiftung moderiert. Nicht nur deswegen würden wir in diesem Zusammenhang auch zu professioneller externer Moderation und Begleitung der Netzwerkarbeit raten, die einen wirklichen Dialog herstellen und zielgerichtet einen Praxisaustausch ermöglicht.

Wir brauchen eine dauerhafte und offene Austauschplattform auf internationaler Ebene, die gemeinsame Dialogtreffen organisiert und aus diesen heraus Projekte entwickelt, die den Rechtsextremismus in Europa auf allen gesellschaftlichen Ebenen beobachten und bekämpfen. Vielleicht werden dann auch in anderen europäischen Ländern Aussteigerprogramme und Arbeitsmarktintegration als sinnvolle Mittel gegen den Rechtsextremismus identifiziert.



Arbeitsgruppen bei einer Konferenz gegen Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2012): Tunnel Licht Blicke – Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“, Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2012): Impulse gegen Rechtsextremismus. Berlin, p. 6.
- Wagner, Bernd (2012): EXIT: Letzter Halt Ausstieg, Berlin: 13. Wagner spricht in diesem Zusammenhang von föderalen Fragmenten.

Anhang

RECHTS-
XTREMISM
N EUROP
beranalysen, Gegenstrategi
orientierte Ausstie

Die Autorinnen und Autoren

Brigitte Bailer

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien

Brigitte Bailer, Jahrgang 1952, ist wissenschaftliche Leiterin des DÖW in Wien, das sich den Themen Widerstand und Verfolgung durch das NS-Regime ebenso widmet wie der Beobachtung und Analyse des gegenwärtigen Rechtsextremismus und Neonazismus. Seit 1979 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im DÖW. In der Österreichischen Historikerkommission zur Erforschung von Vermögensentzug in der NS-Zeit sowie Rückstellung und Entschädigung nach 1945 wirkte sie als stellvertretende Vorsitzende. 2003 habilitierte sie sich im Fach Zeitgeschichte, 2010 wurde sie zur Honorarprofessorin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien ernannt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind neben der Beschäftigung mit Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit der Umgang der Republik Österreich mit den Opfern des NS-Regimes sowie Rechtsextremismus und Holocaust-Leugnung nach 1945.

Tamás Boros

Policy Solutions, Budapest

Tamás Boros studierte internationale Beziehungen und europäische Politikanalyse an der Corvinus-Universität Budapest. Er ist der Leiter von Policy Solutions, einem Institut für Politikforschung und Beratung mit Sitz in Budapest. Zuvor arbeitete er als Spezialist für europäische Angelegenheiten und Kommunikation für die Europäische Kommission und das ungarische Außenministerium. Außerdem war er vier Jahre lang Leiter der gemeinnützigen Pillar-Stiftung. Für seine Arbeit wurde Tamás Boros 2005 von der Schwarzkopf-Stiftung in Deutschland mit dem Preis „Junger Europäer des Jahres“ ausgezeichnet.

Gideon Botsch

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien,
Universität Potsdam

Geboren 1970 in West-Berlin, studierte Gideon Botsch Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Anschließend war er zunächst freiberuflich tätig. 2003 erfolgte die Promotion am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin. 2004–2005 war Gideon Botsch als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berliner Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ an der Konzeption der neuen Dauerausstellung beteiligt. Seit 2006 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. Darüber hinaus ist er Redakteur der *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* (ZRGG). An der Universität Potsdam ist Gideon Botsch Lehrbeauftragter sowie Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

Gideon Botsch hat zahlreiche Veröffentlichungen vorwiegend zu Antisemitismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus vorgelegt, zuletzt: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute* (= *Geschichte kompakt*), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2012.

Petra Boumaiza

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bonn
Programmumsetzung/Europäischer Sozialfonds

Petra Boumaiza (geboren 1966) ist Mitarbeiterin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Bonn und dort für die durch den Europäischen Sozialfonds geförderten Programme zuständig. Nach Studium und Magister-Abschluss an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz in den Fächern Islamwissenschaft und Politikwissenschaft arbeitete sie bei verschiedenen NGOs zu den Themen Internationales und Anti-Rassismus sowie zu Arbeitsmarktprogrammen. Seit 2002 ist sie beratend und begleitend tätig im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS“ und zuletzt des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“, welches den Ausstieg junger Menschen aus dem Rechtsextremismus im Kontext des Arbeitsmarktes fördert.

Yngve Carlsson

Norwegischer Verband der Lokal- und Regionalbehörden

Yngve Carlsson wurde 1954 geboren. Nach dem Abschluss seines Soziologiestudiums an der Universität Oslo arbeitete er fünf Jahre lang als Jugendarbeiter und Gemeindeberater in einer der größeren Gemeinden Norwegens. Von 1987 bis 2006 arbeitete er als Forscher am Norwegischen Institut für Stadt- und Regionalforschung (NIBR) – von 1993 an als leitender Wissenschaftler. Seine Hauptforschungsfelder waren Gemeindeentwicklung und kommunale Problemlösung. Von 1992 bis 2006 ist er als Auswerter und Berater in fast allen zwanzig norwegischen Gemeinden tätig gewesen, die mit gewaltbereitem Rechtsextremismus oder mit anderen Arten „straßenorientierter“ krimineller Gangs zu tun hatten. Er hat mehrere Forschungsberichte und zwei Bücher über dieses Thema geschrieben. Seit 2006 ist Carlsson beim Norwegischen Verband der Lokal- und Regionalbehörden als Sonderberater für Verbrechensvorbeugung einschließlich Vorbeugung gegen Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus angestellt. Er besetzt dort eine wichtige Schnittstelle als Vermittler zwischen den norwegischen Gemeinden einerseits und dem Justizministerium sowie der Polizeidirektion andererseits.

Roberto Chiarini

Universität Mailand

Roberto Chiarini ist Professor für Zeitgeschichte und Geschichte der politischen Parteien an der Universität Mailand in Italien. Er ist ebenfalls Vorsitzender des Centro studi e documentazione sul periodo storico della Repubblica Sociale Italiana, das sich der Forschung der Geschichte der Italienischen Sozialrepublik (1943-1945) verschrieben hat. Seine Forschungsinteressen sind Sozialismus, Liberalismus, Neofaschismus und die italienische Rechte in der Nachkriegszeit. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit schreibt er außerdem regelmäßig für die wichtigsten italienischen Zeitungen.

Radu Cinpoes

Kingston-Universität, London

Radu Cinpoes, 1975 in Rumänien geboren, ist derzeit Professor für Politik, internationale Beziehungen und Menschenrechte an der Kingston-Universität in London, wo er 2006 promovierte. Seine Forschungsinteressen umfassen Identitätspolitik, Nationalismus, europäische Politik, die Transformationsprozesse nach der Wende in Osteuropa, Menschenrechte und Migration. Er hat ein Buch (*Nationalism and Identity in Romania: A History of Extreme Politics from the Birth of the State to EU Accession*, I.B. Tauris, 2010) sowie Artikel über Nationalismus, europäische Identität und rumänische Politik veröffentlicht und an zahlreichen nationalen und internationalen Konferenzen teilgenommen. Sein aktuelles Forschungsprojekt wendet den kritisch-realistischen morphogenetischen Ansatz an, um zu untersuchen, welche Rolle die agentuell-reflexive Vermittlung struktureller Konditionierungen im Kontext transnationaler Arbeitskräftemobilität spielt.

Katrine Fangen

Abteilung für Soziologie und Humangeographie, Universität Oslo

Katrine Fangen, Jahrgang 1966, ist Professorin für Soziologie. Derzeit ist sie Leiterin des Lehrbetriebs an der Abteilung für Soziologie und Humangeographie der Universität Oslo. Sie hat in den Bereichen Migrationsforschung, Jugendforschung und qualitative Methoden veröffentlicht. Außerdem ist sie Mitherausgeberin der Zeitschrift *Nordic Journal of Youth Research and Social Inclusion*. Ihre preisgekrönte Doktorarbeit baute auf Feldforschung unter norwegischen Neonazis auf, darunter auch Interviews zu Lebensgeschichten und Analysen von Fanzeitschriften und anderen Paraphernalia. Nach ihrer Promotion widmete sie sich einem fünfjährigen Postdoc-Projekt über Identitätsbildung, Staatsbürgerschaft und Bewältigungsstrategien unter Norwegern aus Somalia. Danach koordinierte sie ein dreijähriges, EU-finanziertes internationales Forschungsprojekt zur

Analyse der multidimensionalen Prozesse von Inklusion und Exklusion unter Immigranten und ihren Nachkommen in sieben europäischen Ländern. Zusätzlich zu diesen Großprojekten hat sie mehrere kleinere Projekte im Bereich Migrationsforschung durchgeführt. Im Rahmen der Projekte entstanden mehrere Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften (auf Englisch, Norwegisch und Spanisch) sowie Bücher, wovon bislang drei in englischer Sprache erhältlich sind. Katrine Fangen ist außerdem alleinige Autorin und Mitherausgeberin mehrerer Bücher über Methodologie.

Vassiliki Georgiadou

Panteion-Universität, Athen

Vassiliki Georgiadou ist außerordentliche Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich für Politikwissenschaft und Geschichte der griechischen Panteion-Universität. Ihre Promotion in Politikwissenschaft schloss sie 1989 an der Universität Münster ab. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf politisches Verhalten, rechtsgerichtete Parteien und politischen Extremismus. Sie ist die Autorin (unter anderem) von *Die nicht-kapitalistischen Aspekte der neugriechischen Gesellschaft während ihrer Konstituierungszeit im 19. Jahrhundert* (Peter Lang, 1991) und (auf Griechisch) *Die extreme Rechte und die Folgen der Zustimmung: Dänemark, Norwegen, Niederlande, Schweiz, Österreich, Deutschland* (Kastaniotis, 2008). Derzeit arbeitet sie an einem Gemeinschaftsprojekt über den Aufstieg des Rechtsextremismus in Griechenland und nimmt als Forschungsgruppenleiterin am THALIS EU-Forschungsprogramm „Entwicklung und Betrieb einer Infrastruktur für die empirische Untersuchung von politischem und sozialem Radikalismus in Griechenland“ teil.

Mridula Ghosh

Osteuropäisches Entwicklungsinstitut, Kiew

Mridula Ghosh, geboren 1961 in Kolkata (Indien), ist Menschenrechtsaktivistin, Expertin für internationale Beziehungen und Geschichte, Lyrikerin, Übersetzerin und Journalistin. Sie absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft am Presidency College Kolkata, auf das eine Doktorarbeit in internationalen Beziehungen und Außenpolitik an der staatlichen Universität Kiew folgte. Aktuell leitet sie das Osteuropäische Entwicklungsinstitut, eine internationale NGO mit Sitz in der Ukraine, deren Projekte in den Bereichen HIV/AIDS und Gesundheitswesen, Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht internationale Anerkennung erlangt haben. Zuvor unterrichtete sie an der Abteilung für internationalen Journalismus der Universität Kiew, arbeitete im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, war Chefredakteurin der Zeitschrift *Eastern Economist* und Vorstandsmitglied der Internationalen Renaissance-Stiftung.

Christoph Kopke

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam

Geboren 1967, studierte und promovierte Christoph Kopke am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Danach Mitarbeit in verschiedenen wissenschaftlichen Ausstellungs- bzw. Forschungsprojekten. Von 2007–2009 war Christoph Kopke wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam. Seitdem ist er u. a. dort als Projektmitarbeiter tätig. Christoph Kopke ist Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen vorwiegend zu Nationalsozialismus und Rechtsextremismus. Jüngste Veröffentlichung: *Der Tag von Potsdam. Der 21. März 1933 und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Berlin/Boston: Walter de Gruyter 2013, (= Europäisch-jüdische Studien – Beiträge, Bd. 8, Hrsg. mit Werner Treß).*

Marcin Kornak

Verein „NIE WIEDER“, Bydgoszcz

Marcin Kornak ist Gründer und Vorsitzender des 1996 gegründeten antirassistischen Vereins „NIE WIEDER“ („NIGDY WIECEJ“) sowie Chefredakteur der gleichnamigen Zeitschrift. Er ist Hauptautor des „*Braunbuchs*“, eines dreibändigen Verzeichnisses von in Polen begangenen Hassverbrechen. Außerdem initiierte er die Kampagnen „Musik gegen Rassismus“ und „Wir kicken den Rassismus aus den Stadien“. 2011 wurde er vom polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski mit dem Offizierskreuz des Ordens Polonia Restituta ausgezeichnet. 2012 erhielt Marcin Kornak den jährlich vergebenen Preis „Mensch ohne Grenzen“, der einer herausragenden Persönlichkeit mit Behinderung verliehen wird, die Grenzen und Stereotype überwindet und so ein positives Vorbild für verschiedene Gruppen der Gesellschaft ist.

Riccardo Marchi

Institut für Sozialwissenschaften, Universität Lissabon

Riccardo Marchi, geboren 1974 in Padua (Italien), ist promovierter Forschungsstipendiat am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Lissabon (ICS-UL). Er schloss sein Studium der Politikwissenschaft an der Universität Padua ab und promovierte in Geschichte 2008 am ISCTE-IUL (Lissabon) mit einer Arbeit über die portugiesische extreme Rechte am Ende des autoritären Regimes. Er war Gastwissenschaftler an der UPO - Universität Sevilla (2007) und an der Universität von Kalifornien, Berkeley, (2008) mit Projekten über die extreme Rechte in Spanien und den USA. Seine Forschungsinteressen umfassen das Denken und politische Handeln der radikalen Rechten in Westeuropa von 1945 bis heute, mit besonderem Augenmerk auf den italienischen und iberischen Neofaschismus.

Michael Minkenberg

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Michael Minkenberg ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Von 2007 – 2010 hatte er den Max Weber Chair for German and European Studies an der New York University inne. Minkenberg schloss sein Studium 1984 an der Georgetown University in Washington D.C. mit einem Master of Arts in American Government ab und wurde 1989 an der Universität Heidelberg in Politikwissenschaft promoviert. Vor seiner Berufung an die Viadrina 1998 unterrichtete er vergleichende Politikwissenschaft an den Universitäten Göttingen und Heidelberg sowie an der Cornell University und der Columbia University in den USA. Minkenbergs Forschungsschwerpunkte umfassen die radikale Rechte in liberalen Demokratien sowie das Verhältnis von Religion und Politik in westlichen Gesellschaften. Zu seinen zahlreichen Publikationen gehören „The Radical Right in Europe: An Overview“ (2008) und „Legacies and the Radical Right in Post-1989 Central and Eastern Europe“ (2009), ein von ihm herausgegebenes Sonderheft der Zeitschrift *Communist and Post-Communist Studies*.

András Bíró Nagy

Policy Solutions, Budapest

András Bíró Nagy verfügt über einen Master-Abschluss in öffentlicher Ordnung und Verwaltung der London School of Economics und einen Magister in internationalen Beziehungen der Corvinus Universität Budapest. Er arbeitet bei der Europäischen Kommission als Mitglied des Kabinetts von Laszlo Andor, dem EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. Zuvor war er stellvertretender Leiter von Policy Solutions. Außerdem war er Dozent an der Corvinus-Universität Budapest und der ELTE-Universität.

Kristina Nauditt

Argo-Team, Berlin

Geboren 1966 in Pforzheim, wuchs Kristina Nauditt in Bonn und Neu Delhi auf. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften und der Germanistik an der Freien Universität Berlin und der Friedrich Wilhelm Universität Bonn arbeitete sie in den Bereichen Migration, Integration und Interkulturelle Kommunikation für die RAA Brandenburg, das Multikulturelle Zentrum e.V. Zittau und die Evangelische StudentInnengemeinde in der Bundesrepublik Deutschland. Von 2002 bis 2005 gestaltete sie freiberuflich Gemeinwesenentwicklungsprozesse und Organisationsentwicklung für internationale Organisationen in Nicaragua. Hier gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern des Argo-Teams, das seit 2006 partizipative Entwicklungsprozesse zur Demokratieförderung auch in der Bundesrepublik begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Projektbegleitung und Beratung vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen.

Rafał Pankowski

Verein „NIE WIEDER“, Warschau

Rafał Pankowski ist außerordentlicher Professor am Collegium Civitas in Warschau und stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „NIE WIEDER“ („NIGDY WIECEJ“). Des Weiteren war er Koordinator des Osteuropa-Monitoring-Zentrums, das vom FARE-Netzwerk und der UEFA unterstützt wird. Außerdem koordinierte er das Osteuropa-Entwicklungsprojekt von FARE und das Projekt RESPEKT vor Vielfalt der EURO 2012 in Polen und der Ukraine. Rafał Pankowski ist der Autor von „*Neo-Fascism in Western Europe*“ (Polnische Akademie der Wissenschaften: 1998), „*Racism and Popular Culture*“ (Trio: 2006) und „*The Populist Radical Right in Poland: The Patriots*“ (Routledge: 2010).

Britta Schellenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften,
Universität München

Britta Schellenberg ist Research Associate am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) sowie Lehrbeauftragte am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie studierte Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaft und Jüdische Studien in Heidelberg, London und Berlin und promovierte im Fachbereich Geschichtswissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Einstellungsdimensionen und Manifestationen der radikalen Rechten sowie Gegenstrategien (Prävention, Intervention, Repression). Britta Schellenberg ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Publikationen, u.a.: *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Edition Rechtsextremismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2013; Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Hrsg. gemeinsam mit Nora Langenbacher. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2011; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2009 (verantwortlich mit Orkan Kösemen).*

Martin Schulz, MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments

Martin Schulz, geboren 1955, absolvierte eine Ausbildung zum Buchhändler und betrieb zwischen 1982 und 1994 seine eigene Buchhandlung in Würselen, unweit von Aachen. Hier engagierte er sich auch kommunalpolitisch und amtierte von 1987 bis 1998 als Bürgermeister. Seit 1994 ist Martin Schulz Mitglied des Europäischen Parlaments, 2004 wurde er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion. Seit 2012 ist er Präsident des Europäischen Parlaments. Martin Schulz gehört seit 1999 dem Parteivorstand und dem Präsidium der SPD an.

Toltán Vasali

Policy Solutions, Budapest

Zoltán Vasali studierte Politikwissenschaft an der ELTE-Universität. Er ist leitender politischer Analyst bei Policy Solutions. Zuvor arbeitete er als leitender Analyst und Politikexperte für Beratungsinstitute. Außerdem war er als Journalist und Redakteur für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen tätig. Seine Dozentenkarriere begann er an der Eötvös-Loránd-Universität, derzeit unterrichtet er am King Sigismund College.

Fabian Virchow

Fachhochschule Düsseldorf

1960 geboren, ist Fabian Virchow seit 2010 Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der FH Düsseldorf (FHD) sowie Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der FHD; zuvor Forschung und Lehre an Hochschulen in Kiel, Lüneburg, Köln, Salzburg und Marburg. Als Soziologe und Politikwissenschaftler hat Virchow zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur medialen Repräsentation des Militärischen sowie zu Geschichte, Weltanschauung und Praxeologie der extremen Rechten vorgelegt; mit Alexander Häusler ist er Herausgeber der „*Edition Rechtsextremismus*“ (Springer/VS). Im Herbst 2013 erscheint unter seiner Herausgeberschaft *Far Right Visual Politics* und *Cultural Dimensions of Far Right Politics and Lifeworld* (bei Springer/VS).

Harald Weilnböck

Koordinator RAN-Derad (Radicalisation Awareness Network), Brüssel

Harald Weilnböck (Priv.-Doz., Dr./Ph.D.) ist als qualitativ-empirischer Sozial- und Medienwissenschaftler sowie als Gruppenanalytiker, Supervisor (DAGG, DGSv) und EU-Best-Practice-Interventions-Forscher tätig. Er hat in Berlin, New Haven, Los Angeles, Paris und Zürich gearbeitet. Die Projekte der letzten Jahre betreffen Ansätze der Gewalt- und Rechtsextremismus-Prävention bzw. der Deradikalisierung. Seit 2012 baut er im Auftrag von ISEC (Brüssel) und VPN

(Berlin) das ‚European Network of Deradicalisation‘ auf, seit 2013 für Minor e.V. (Berlin) die ‚European Platform of Deradicalising Narratives‘ sowie für Culture Interactive, CI (Berlin) das Praxisforschungsprojekt ‚Women, Girls, Gender in Extremism‘. Harald Weirnböck berät die RAND-Cooperation und leitet für das ‚Radicalisation Awareness Network (RAN)‘ (EC Brüssel) die Arbeitsgruppe RAN Derad (‚First-line Deradicalisation and Hate Crime Prevent Approaches‘). Es veröffentlichte Aufsätze und Monographien zur psychologischen Medienanalyse, zu Fragen der Psycho- und Sozialtherapie, Traumabearbeitung, qualitativ-soziologischen Interaktionsforschung, Methodenforschung in der Kultursozialarbeit mit Jugendlichen sowie zu narratologischen Themen.

Gerd Wermerskirch

Argo-Team, Berlin

Geboren 1965 in Aurich, studierte Gerd Wermerskirch Politikwissenschaften an der FU Berlin mit mehreren Auslandsaufenthalten in El Salvador und Zentralamerika. Er war anschließend Projektkoordinator in der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit im Landkreis Löbau – Zittau. Von 1999 bis 2002 war er als Mobiler Berater gegen Rechtsextremismus für die RAA Brandenburg tätig und von 2003 bis 2005 in Nicaragua als Partizipations-, Gemeinwesen- und Organisationsberater für den Deutschen Entwicklungsdienst engagiert. Seit 2006 arbeitet Gerd Wermerskirch freiberuflich im Argo-Team. Das Argo-Team unterstützte mit Großgruppenkonzepten wie Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen und anderen Formaten Planungsprozesse in Berliner Bezirken, für die Lokalen Aktionspläne in den östlichen Bundesländern oder das Programm Zusammenhalt durch Teilhabe. Team- und Netzwerkbegleitungen sind ein weiterer Schwerpunkt. Er ist außerdem IPMA/GPM zertifizierter Senior Projektmanager und Projektmanagementtrainer® und unterrichtet an der HTW-Berlin.

Ausgewählte Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus:

- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese, Geißler, Norman/ Brähler, Elmar (2008): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Nora Langenbacher. Berlin.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar et.al. (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Dietz: Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.) (2008): *Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen – NRW für Toleranz und Menschlichkeit*. Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.) (2006): *Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz*. Berlin.
- Grumke, Thomas; Klärner, Andreas (2006): *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hrsg.) (2008): *Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie*. Bonn.
- Korgel, Lorenz; Molthagen, Dietmar (Hrsg.) (2009): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

- Langenbacher, Nora; Molthagen, Dietmar (2008): *Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.) (2011): *Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Molthagen, Dietmar; Klärner, Andreas; Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.) (2008): *Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie*. Bonn.
- Roth, Roland (2010): *Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Nora Langenbacher, Berlin.
- Tunnel Licht Blicke (2012): *Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegssarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Bonn.
- Zick, Andreas; Küpper, Beater; Hövermann, Andreas (2011): *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

Aus der Reihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- Landwehr, Gregor (2012): *Tunnel Licht Blicke. Perspektiven arbeitsmarktorientierter Ausstiegssarbeit*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Berlin.
- Speit, Andreas (2012): *Rechtsextremismus und Arbeitswelt. Ausstiege, Einstiege, Interdependenzen*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Berlin.

Aus der Reihe „Expertisen für Demokratie“
der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- Henßler, Vera; Müller, Yves; Overdieck, Ulrich; Wörsching, Mathias (2012):
*Keine Diskussion auf Augenhöhe! Herausforderungen im Umgang mit
Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Kommunalpolitik.*
Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Nicole Zeuner
und Ralf Melzer. Berlin.
- Lehnert, Esther (2011): „Gender“ und Rechtsextremismusprävention. Heraus-
gegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Berlin.

Aktuelle Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu
Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Mittel- und Osteuropa

Bakić, Jovo

The right-wing extremism in Serbia/Jovo Bakić. – Berlin:
Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe,
2013. – 8 S. = 340 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin : FES, 2013
ISBN 978-3-86498-463-1
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09659.pdf>

Bíró Nagy, András

Right-wing extremism in Hungary/András Bíró Nagy;
Tamás Boros & Aron Varga. – Berlin:
Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe,
2012. – 14 S. = 500 KB, PDF-File. –
(International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2013. –
Title only available online
ISBN 978-3-86498-442-6
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09566.pdf>

Cinpoș, Radu

The extreme right in contemporary Romania/Radu Cinpoș. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe, 2012. – 14 S. = 360 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin ; Bonn : FES, 2012. –
Title only available online
ISBN 978-3-86498-334-4
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09408.pdf>

Ghosh, Mridula

The extreme right in Ukraine/Mridula Ghosh. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe, 2012. – 12 S. = 340 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2012
ISBN 978-3-86498-325-2
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09407.pdf>

Mareš, Miroslav

Right-wing extremism in the Czech Republic/Miroslav Mareš. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe, 2012. – 12 S. = 460 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2012
ISBN 978-3-86498-291-0
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09347.pdf>

Obućina, Vedran

Right-wing extremism in Croatia/Vedran Obućina. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe, 2012. – 10 S. = 310 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2012. –
Title only available online
ISBN 978-3-86498-290-3
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09346.pdf>

Pankowski, Rafał

Right-wing extremism in Poland/Rafał Pankowski. – Berlin:
Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe,
2012. – 9 S. = 315 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2012
ISBN 978-3-86498-333-7
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09409-20121029.pdf>

Saveski, Zdravko

The radical right in Macedonia/Zdravko Saveski & Artan Sadiku. –
Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe,
2012. – 11 S. = 360 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2013. – Title only available online
ISBN 978-3-86498-439-6
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09568.pdf>

Todorov, Antonij

The extreme right wing in Bulgaria/Antonij Todorov. – Berlin:
Friedrich-Ebert-Stiftung, Dep. for Central and Eastern Europe,
2013. – 13 S. = 600 KB, PDF-File. – (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin: FES, 2013
ISBN 978-3-86498-464-8
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09660.pdf>

Bildquellennachweis

Titel, S. 10, S. 38, S. 73, S. 78, S. 93, S. 106, S. 126, S. 134,
S. 157, S. 175, S. 191, S. 214, S. 234, S. 246, S. 253, S. 272,
S. 291, S. 296, S. 242: dpa Picture Alliance

S. 14: Foto 1: <http://www.svp.ch/>
Foto 2: <http://www.npd.de/>

S. 29: Publikation aus dem Jahr 2008, Ch. Links Verlag

S. 31: Wahlkampfplakat *Jobbik*:
<http://internetfigyelo.wordpress.com/2009/08/01/jobbik-tuntetes-a-bankokracia-ellen-hetfon/>

S. 42: NPD-Schulhof-CD

S. 52: Hubert-Jakob Denk/ (alle außer Nahaufnahme Wulff), Tobias Köhler/mediendenk

S. 54: Youtube

S. 59: Youtube

S. 100: Dorothée de Nève

S. 131: Corriere della Sera

S. 148: <http://www.pnr.pt>

S. 180: ap/dpa Picture Alliance

S. 322: Friedrich-Ebert-Stiftung

S. 376: Friedrich-Ebert-Stiftung, Fotograf: Peter Himself

S. 395, S. 398: Europäische Union

S. 443: Friedrich-Ebert-Stiftung, Fotografin: Julia Kneuse

ISBN: 978-3-86498-521-8



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



EUROPÄISCHE UNION

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG